

KURT R. GROSSMANN

EMIGRATION

**DIE GESCHICHTE DER
HITLER-FLÜCHTLINGE**

1933-1945

Europäische Verlagsanstalt

Kurt R. Grossmann

Emigration

Die Geschichte der Hitler-Flüchtlinge
1933—1945

Das vorliegende Buch ist die erste detaillierte und umfassende Darstellung der Geschichte der Hitler-Flüchtlinge.

Kurt R. Grossmann, seit 1926 in Berlin als Generalsekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte mit Problemen der Flucht, der Verfolgung und des Emigrantendaseins beschäftigt, war unter den Nazis vom ersten Tag ihrer Herrschaft an selbst ein Verfolgter. Schon im Februar 1933 mußte er fliehen. Prag, Paris und die USA waren die Stationen seiner Emigration, während der er nun selbst erlebte, welche täglichen Schwierigkeiten und Ängste das Leben auf der Flucht mit sich bringt.

Grossmann war zu jedem Zeitpunkt seines Exils an führender Stelle der Flüchtlingshilfe tätig; kaum ein Fall, kaum ein Ereignis, an dem er nicht durch aktive Hilfe oder zumindest

wissend, mitfühlend, notierend Anteil nahm. Seine seit 1933 geführten Notiz- und Tagebücher machen das vorliegende Werk nicht nur zur umfassenden »Geschichte der Emigration«, sondern zu einem lebendigen Dokument, das, ohne je die Ursache der Katastrophe aus den Augen zu lassen, die Rettungsaktionen und auch deren Unterlassung durch die Regierungen der westlichen Welt nach 1933 schildert und damit streckenweise, anklagend und mahnend, zu einer »Chronik der Apathie« wird.

Ein dokumentarischer Anhang aus Erlebnisberichten, Zeitungsappellen und Schriftwechsel der beteiligten Stellen sowie ein ausführlicher Namensindex verleihen dem vorliegenden Buch einen über den Bericht des Geschehenen hinausgehenden Wert. Kurt R. Grossmann ist nicht nur durch seine eigene Lebensgeschichte wie kaum ein anderer befähigt und legitimiert, dieses Buch zu schreiben, sondern er ist einer der wenigen, die überhaupt noch diesen Teil der deutschen Geschichte vor dem endgültigen Vergessen retten können.

© 1969 by Europäische Verlagsanstalt Frankfurt am Main
Schutzumschlag: August Bachmeier
Druck: Poesdiel & Schulz-Schomburgk, Eschwege
Best.-Nr. 0171
Printed in Germany

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader 16

«Ein Mensch fällt in den Strom. Er droht zu ertrinken. Von beiden Landseiten springen, eigener Gefahr nicht achtend, Leute ins Wasser, ihn zu retten.

Ein Mensch wird hinterrücks gepackt und in den Strom geworfen. Er droht zu ertrinken. Die Leute auf beiden Seiten des Stroms sehen mit wachsender Beunruhigung den verzweifelten Schwimmversuchen des ins Wasser Geworfenen zu, denkend: wenn er sich nur nicht an *unser* Ufer rettet.»

Alfred Polgar, Prager Tagblatt, 18. September 1938

Vorwort

«Emigration – Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933-1945», ein miterlebtes Buch, versucht, alle wesentlichen Tatsachen über ein tragisches Thema wiederzugeben. Es hat seine eigenen Entstehungsquellen.

Es begann 1926 in Berlin, als ich zum Generalsekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte berufen wurde und in dieser Funktion das erste Mal den Menschen ohne Heimat, den Staatenlosen, begegnete. Damals fing ich an, über das Thema zu schreiben und darüber im Rundfunk zu sprechen. Wichtiger aber war, dass es mir gelang, in zahllosen Interventionen bei den Behörden das Schicksal dieser «Luftmenschen» zu mildern.

Der zweite, weit einschneidendere Akt begann, als ich am 28. Februar 1933 selbst ein politischer Flüchtling wurde und meine Vaterstadt Berlin Hals über Kopf verlassen musste. Bereits 1937 wollte ich ein Buch über die «Menschen zwischen den Grenzen», denen der Leser auf den folgenden Seiten begegnen wird, veröffentlichen. Jedoch jedesmal, obwohl das Manuskript bereits fertiggestellt war, machten die explosiven politischen Ereignisse dieses Vorhaben unmöglich.

Endlich, im Jahre 1942, begann ich, für das «Institute of Jewish Affairs», den wissenschaftlichen Arm des Jüdischen Weltkongresses, eine Flüchtlingsstudie vorzubereiten, die mit einer soziologischen meines Freundes Professor Arie Tartakower (Israel) unter dem Titel «The Jewish Refugee» im November 1944 erschien. Diese Studie ist mir naturgemäss bei der Vorbereitung des vorliegenden Buches von Nutzen gewesen. «The Jewish Refugee» wurde damals allgemein als das massgebende Standardwerk anerkannt. Bevor ich 1951 eine weitere Studie über die Emigranten veröffentlichte, war ich von 1943 bis 1945 sehr intensiv an der Rettungsarbeit des Jüdischen Weltkongresses beteiligt, die in Kapitel 15-17 dieses Buches geschildert wird. Dann folgte die Rehabilitierungsperiode, die Anfang der fünfziger Jahre ihren Abschluss fand.

Das vorliegende Buch ist kein spezifisch «jüdisches» oder «deutsches» Buch, sondern es ist von meiner nie aufgegebenen Auffassung aus geschrieben: Humanität ist genau so unteilbar wie Gerechtigkeit. Ich habe diesen Standpunkt immer vertreten und brauchte ihn nicht zu ändern, als ich in verantwortlichen Stellungen in jüdischen Organisationen tätig war.

Dieses Buch geht über bisherige Studien, die zu diesem Thema erschienen sind, hinaus, da es Themen behandelt, die noch nie zusammenfassend dargestellt worden sind. Das vorliegende Buch ist ein wahrhaftiges Dokument der Zeit. Mit diesem Buche lege ich

Zeugnis dafür ab, für jene eingetreten zu sein und gekämpft zu haben, die durch Terror, Willkür, Brutalität, Kurzsichtigkeit und Apathie die tragischen Opfer der Jahre 1933 bis 1945 gewesen sind.

Meinen Dank spreche ich denen aus, die mir durch Auskünfte, Hinweise, Zurverfügungstellung von Material, Abdruckerlaubnis so selbstlos geholfen haben. Ich nenne: S. Adler-Rudel, Tel Aviv; Fritz Heine, Bonn; Dr. Gertrud Albrecht, Bratislava; Rose Frölich, Frankfurt a. M.; Staatssekretär Gerhart Jahn, Bonn; Benedikta und Robert M.W. Kempner, Landsdowne, Pa.; Hermann Kesten, New York; Dr. Frederik Lachman, New York; Franz Schoenberner, New York; Dr. Gerhard H. Wilk, New York, Georg Heintz, Worms und vor allem meiner Lebens- und Kampfgefährtin Elsa, ohne deren Geduld und Mitarbeit dieses Buch nie Wirklichkeit geworden wäre. Der Europäischen Verlagsanstalt und insbesondere meiner Lektorin Viktoria Vierheller, die sich in eine ihr fremde Materie mit erstaunlicher Schnelligkeit eingearbeitet hat, bin ich für ihr Verständnis und die kameradschaftliche Zusammenarbeit ausserordentlich verbunden.

Besonders aber danke ich den Verfolgten – Berlin, Prag, Paris, New York –, die mir in den Zeiten des Unglücks Vertrauen schenkten und mir auf diese Weise Gelegenheit gaben, ihnen zur Seite zu stehen und meine Lebensphilosophie von der allumfassenden Humanität zu verwirklichen. Sie sind die wahren Helden der Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933 bis 1945.

Kurt R. Grossmann

New York, den 9. November 1968

1. Das ungeschriebene Asylrecht

«Das Asylrecht ist ein altes Recht. Es ist ein Recht der Unglücklichen . . .» Victor Hugo, 1794

Das Asylrecht ist kein international kodifiziertes Völkerrecht, bestenfalls ein Gewohnheitsrecht, das Privileg eines jeden Staates, dem Verfolgten Zuflucht zu gewähren. Die Asylgewährung, die Erlaubnis für den Verfolgten, in einem Staate «vorübergehend zu verweilen», stellt keinen Rechtsanspruch dar, sondern ist eine Gnade, deren Grad von jedem Staate willkürlich bestimmt wird und jederzeit wieder entzogen werden kann. Kein Verfolgter hatte daher einen Anspruch auf Aufnahme oder, wenn im Asyllande, Anspruch auf irgendeine bestimmte Behandlung, die ihn beispielsweise sozial den Bürgern des Aufenthaltslandes gleichstellt.

Die einzelnen Länder, die in der Hitlerperiode Flüchtlinge aufnahmen, handelten aus eigenem souveränem Willen, oft beeinflusst von einer Tradition, die aber einer Rechtsverankerung entbehrte. Selbst die verschiedenen Flüchtlingskonventionen, die 1936 und 1938 in Genf erarbeitet wurden, halten an dem Souveränitätsprinzip fest und erlauben jedem Asylland, einen Flüchtling auszuweisen, wenn es «die Sicherheit des Staates» – ein dehnbare Begriff – erfordert. Die Staaten, die Verfolgte mit bestimmten Rechten bei sich aufnehmen und ihnen nach Ablauf einer bestimmten Zeit den Erwerb der Staatsangehörigkeit auf Antrag ermöglichen, gewähren dem Verfolgten kein Asyl, keine Zuflucht, sondern erlauben, aufgrund der dafür geltenden Landesgesetze, seine Einwanderung und Niederlassung. Dem Verfolgten gegenüber ergab sich durch diesen Akt in praxi eine Asylgewährung. Asylgewährung ist von europäischen Ländern nicht nur praktiziert, sondern – wie im Falle Berthold Jacob – auch auf diplomatischem Boden verteidigt worden, als die Schweiz nach Jacobs Entführung seine Rückstellung an die Schweiz erzwang.

Der Vertreter der modernen naturrechtlichen Schule, der französische Völkerrechtler George Scelle¹ hat eine interessante gegenteilige Auffassung vertreten, wonach aus politischen Motiven Verfolgten nicht nur ein «Recht auf Aufnahme», sondern auch ein Anspruch auf «bestimmte Behandlung im Asyllande» zustehe. Asylgewährung sei daher kein Akt willkürlicher Gnade, «sondern ein seinem Umfang und Inhalt nach bestimmbares persönliches Recht der Verfolgten».

Wie sah aber die Fremdenrechtgebung in den dreissiger Jahren aus, die nicht ein Jota der begrüssenswerten Scelleschen Gedanken enthielt? In den Zeiten bitterster russischer Verfolgung haben Staaten selbst Frauen und Kinder, ja sogar hochschwängere Frauen, ins Ursprungsland zurückgeschickt. Demokratische Länder, wie z.B. Grossbritannien,

¹ George Scelle, «Droit constitutionnel international». Paris 1934, T. 2, 48-50

Schweden, Dänemark u.a. standen, zumindest seit 1938, auf dem Standpunkt, Verfolgte, die ohne Visum die Grenze passieren, wieder zurückzubringen. Einreisevisen aber waren nur nach Erledigung umständlicher Formalitäten zu beschaffen. Illegale Einreise war und blieb ein strafbares Delikt – ein unlösbarer Widerspruch im Hinblick auf die Todesgefahr, vor der sich politische und rassische Flüchtlinge zu retten suchten.

«Die Tragik des Flüchtlingsproblems ... besteht gerade darin, dass die Intoleranz der Ursprungsländer eine grosse Zahl von Menschen zwingt, ihre Heimstätte zu verlassen, während die Intoleranz der Zufluchtsländer ihnen nicht gestattet, neue zu finden», urteilt Raoul Sylt in seiner Studie «Das Flüchtlingsproblem seit Ende des Ersten Weltkrieges».² Betrachten wir die Fremden gesetzgebung verschiedener Länder in den dreissiger Jahren, einschliesslich der deutschen.

Deutschland

Als mit der Verabschiedung des neuen Polizeiverwaltungsgesetzes in Preussen aufgrund des § 54 eine neue Polizeiverordnung für Ausländerrecht erlassen wurde, die am 1. Juli 1932 in Kraft trat, konnte man dies als einen Fortschritt bezeichnen. Jeder über 15 Jahre alte Ausländer war verpflichtet, um eine Aufenthaltsgenehmigung nachzusuchen, sofern er sich länger als 6 Monate im preussischen Staatsgebiet aufhalten wollte bzw. aufhielt. Nach § 5 der Bestimmungen konnte einem Ausländer die Aufenthaltsgenehmigung versagt werden, wenn er wegen eines Vergehens oder Verbrechens rechtskräftig verurteilt oder Trinker bzw. Geisteskranker war. Dem Ausländer wurde der Aufenthalt nicht gestattet, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigten, dass sein Aufenthalt die innere oder äussere Sicherheit des Reiches oder erhebliche wirtschaftliche Interessen desselben oder die öffentliche Gesundheit oder Sittlichkeit gefährden könnte oder wenn er offenbar nicht über ausreichende Mittel verfügte.³ Ausweisung erfolgte auch dann, wenn eine weitere Aufenthaltsgenehmigung nicht erteilt wurde, da der Fremde dem Staate zur Last zu fallen drohte.

Ein Ausländer sollte nicht ausgewiesen werden:

2 Raoul Sylt, «Das Flüchtlingsproblem seit Ende des Ersten Weltkrieges». Diss. Genf 1948. Maschinenschr. vervielf. S. 53

3 Die nationalsozialistische Reichsregierung erliess z.B. am 23. März 1934 ein Gesetz über Reichsverweisungen, in welchem die hier angeführte preussische Verordnung auf das ganze Reich ausgedehnt wurde und dessen entscheidender Paragraph lautete: «Die Verweisung eines Ausländers aus dem Reichsgebiet (Reichsverweisung) enthält das Gebot des Verlassens und das Verbot des Wiederbetretens des Reichsgebietes. Eine Verweisung aus dem Gebiet eines Landes findet nicht mehr statt.»

In der Begründung wurde erklärt, dass es seit Langem als ein Übelstand empfunden wurde, dass Ausländer z.B. wegen staatsfeindlicher Betätigung nur aus einem Landesgebiet, nicht aber aus dem Reichsgebiet ausgewiesen werden könnten. – Ergänzt wurde dieses Gesetz durch die Verordnung zur Durchführung von Reichsverweisungen vom 29. Mai 1934 (RGBl I, S. 467), welche die Formen des Abschubverfahrens regelte.

wenn er sich zehn Jahre ununterbrochen im Reichsgebiet aufhielt;
wenn er das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte;
wenn er sich fünf Jahre ununterbrochen im Lande aufhielt und nur eine Zuwiderhandlung gegen die Passvorschriften vorlag.

Die Bestimmung, dass ein Ausländer nicht ausgewiesen werden dürfe, wenn er glaubhaft machte, dass er als politischer Flüchtling bei Rückkehr in seinen Heimatstaat Verfolgungen ausgesetzt ist, bildete eine de facto Anerkennung des Asylrechts. Die Ausweisung sollte auch dann unterbleiben, wenn der politische Flüchtling öffentliche Fürsorgemittel in Anspruch nahm. Im totalitären Deutschland hatte diese Bestimmung aber nur für Flüchtlinge aus den freien Ländern Geltung, die wegen nationalsozialistischer Betätigung mit den Gesetzen in Konflikt kamen (Tschechoslowakei, Österreich, Belgien, Schweiz, u.a.).

Am 1. Oktober 1938 trat eine weitere Ausländerverordnung in Kraft, die alle liberalen Ansätze wieder radikal beseitigte. Danach wurde nur noch solchen Ausländern das Aufenthaltsrecht zugestanden, «die nach ihrer Persönlichkeit und dem Zweck ihres Aufenthalts im Reichsgebiet die Gewähr dafür bieten, dass sie der ihnen gewährten Gastfreundschaft würdig sind». Gegen Personen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllten, wurde unter Berücksichtigung «der Belange des allgemeinen Wohls» mit den erforderlichen ausländerpolizeilichen Massnahmen vorgegangen.

Frankreich

Frankreich ist das traditionelle Land der Fremden. Die französische Demokratie hatte immer die Tore ihres Landes geöffnet und die politischen Flüchtlinge aufgenommen. Die Menschen, die verurteilt waren, zwischen den Grenzen zu vegetieren, fanden in Frankreich ein Asyl. Dieses Frankreich nahm nach dem Sieg des italienischen Faschismus die italienischen Freiheitshelden mit offenen Armen auf. In Frankreich lebten in den dreissiger Jahren Russen, Spanier, Polen, Deutsche, Österreicher. Allein Paris beherbergte 1'938'400'000 Fremde.

Der Mord an Aussenminister Barthou und dem jugoslawischen König Alexander im Jahre 1934 in Marseille veranlasste Frankreich, zum Schaden Tausender unbescholtener Flüchtlinge und Staatenloser, seine Fremdengesetzgebung zu verschärfen. Tausende von Ausweisungen ergingen. Solche Ausweisungen aber bieten keinen Schutz gegen internationale Verbrecher und politische Emissäre, weil diese, mit falschen Pässen und materiellen Mitteln meist reichlich ausgestattet, sich einen Weg über alle Grenzen zu öffnen wissen. Die Beschränkungen der Freizügigkeit treffen jedoch die grosse Masse derer, die auf Legalität Wert legen und die nichts weiter wünschen, als im Lande ihres Asyls geboren zu sein.

In Frankreich war in jenen aufregenden Jahren nach Hitlers Machtergreifung aufenthaltsberechtigt, wer die *carte d'identité* erhielt. Die Ausfertigung der Karte war ein Akt der Souveränität. Die Verfügung vom 6. Februar 1935 besagte darüber:

«Die Ausstellung der Karte ist dem Ermessen des Präfekten überlassen. Eine Untersuchung soll der Entscheidung vorausgehen, um festzustellen, ob der Fremde die wünschenswerten Garantien zu bieten scheint ...

Nach Art. 2 der Verordnung muss der Ausländer, der der Verpflichtung der Identitätskarte unterworfen ist, vor allem den Beweis erbringen, dass er nur auf ordnungsgemässe Art und Weise nach Frankreich gekommen ist, d.h. gemäss den in Kraft befindlichen internationalen Abkommen.»

Verständlicherweise konnte die Mehrzahl der politischen Flüchtlinge diesen vorgeschriebenen Beweis nicht erbringen. Sie hatten weder Zeit noch Mittel oder gar Möglichkeiten gehabt, «ordnungsgemäss» zu fliehen. Von keinem Schiffbrüchigen, der sich auf ein Rettungsboot begibt, wird das Vorzeigen einer Schiffskarte verlangt.

Frankreich hatte für die deutschen Flüchtlinge, soweit sie vor dem 5. August 1936 nach Frankreich kamen, ein Dekret mit Datum vom 19. September 1936 erlassen, das sich auf die internationale Genfer Konvention vom 4. August 1936 stützte, die Frankreich ratifiziert hatte.

«Der Präsident der Französischen Republik; in Anbetracht der am 4. Juli 1936 in Genf getroffenen Vereinbarung; in Anbetracht der § 196/197 und 354 der Stempelgesetze; in Anbetracht des Dekrets vom 6.2.1935, welches die Bedingungen des Aufenthalts von Ausländern regelt, wird verordnet:

§ 1 Zugunsten der aus Deutschland stammenden Flüchtlinge, die den Bedingungen des § 1 der Genfer Vereinbarung vom 4. Juli 1936 entsprechen und ständig in Frankreich Aufenthalt nehmen, wird ein besonderer Ausweis eingeführt, der ‚Ausweis für die aus Deutschland stammenden Flüchtlinge‘ genannt wird und seinen Inhabern die Freizügigkeit in den Gebieten derjenigen Staaten gewährleistet, die die obengenannte Vereinbarung unterzeichnet haben...⁴

§ 4 Die aus Deutschland stammenden Flüchtlinge, welche in der Lage sind, den Beweis zu führen, dass sie vor dem 5. August 1936 regelmässig in Frankreich Aufenthalt genommen haben, sind berechtigt, um die Ausstellung eines Ausweises nachzusuchen. Diejenigen, die vor diesem Zeitpunkt Aufenthalt in Frankreich genommen haben, ohne die nötige Aufenthaltsbewilligung zu besitzen, können gleichzeitig um die Legalisierung ihrer Situation ansuchen und den Antrag auf Ausstellung der Identitätskarte stellen. In diesem Falle wird ihnen eine provisorische Bescheinigung ihres Antrages ausgestellt.

Sämtliche Ansuchen müssen vor dem 1. November 1936 gestellt werden.» (Diese Frist wurde mehrmals verlängert.)

Drei Personengruppen wurden durch dieses Dekret betroffen:

- a) Diejenigen, die noch die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und tatsächlich oder rechtlich nicht mehr auf den Schutz der deutschen Konsulate rechnen konnten;
- b) Diejenigen, die ihrer deutschen Staatsangehörigkeit aus politischen Gründen beraubt waren;

4 Der Fremde bedurfte der carte d'identité, die seinen Aufenthalt sicherte und des titre de voyage für Passlose – wie z.B. deutsche Flüchtlinge, der dem Inhaber das Reisen ermöglichte.

c) Diejenigen, die in Deutschland naturalisiert waren und denen die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden war.

Das Wertvolle an dem neuen Verfahren war, dass die Feststellung, wer unter eine dieser drei Kategorien fiel, durch eine Körperschaft (Comite Consultatif) erfolgte, die aus vier Franzosen und vier Deutschen (Emigranten) gebildet wurde.

Marius Moutet, sozialistischer Abgeordneter und für einige Zeit Minister der Volksfront-Regierung unter Léon Blum, aktives Mitglied des Zentralkomitees der Französischen Liga für Menschenrechte, schrieb bereits anlässlich der Debatte über die ersten Ausländerverordnungen in den Jahren 1935/36 in «Les Cahiers», dem Organ der Französischen Liga für Menschenrechte:

«Die Haltung der modernen Nationen gegenüber den in ihrem Gebiet wohnenden Ausländern ist heute, 150 Jahre nach Verkündung der Menschenrechte, einer zivilisierten Zeit wahrhaft unwürdig. Wir wissen aus der Behandlung des geltenden französischen Fremdenrechts, dass ein Ausländer aus Frankreich ausgewiesen werden kann, ohne dass ihm irgendeine Schutzmassnahme zur Seite stände, ohne dass ihm irgendein Recht der Verteidigung zuerkannt würde, ohne dass irgendeine Verfahrensregel besteht, die ihm Schutz gegenüber allen doch möglichen Irrtümern bieten könnte. Das Verfahren ist geheim, das Dossier ist das entscheidende Beweismittel. Was in ihm steht, weiss der Ausgewiesene nicht..

Das jetzige System in Frankreich basiert auf einem Fremdengesetz vom 3.12.1849. Die Polizei ist allmächtig, denn sie kann ohne Kontrolle, ohne besondere Vollmachten das Refoulement (Aufenthaltsverweigerung) aussprechen.

Das wäre nicht so tragisch für die Ausländer, die das Recht und die Möglichkeit haben, in ein anderes Land zu reisen. Aber was bedeutet das Refoulement für einen Staatenlosen? Was bedeutet es für einen Mann, der dreissig Jahre in einem Lande gelebt hat und allein durch die politische Umwälzung in diesem Lande der hier erworbenen Staatsbürgerschaft beraubt, in das Nachbarland, ohne die Erlaubnis des Eintritts zu besitzen, abgeschoben wurde? In den Diktaturen wird sich vorderhand gegen dieses System der Vernichtung eines Menschenlebens nichts machen lassen. Aber in den Demokratien? Frankreich geht dazu über, dass in Zukunft das Refoulement erst nach Äusserung des Friedensrichters des Aufenthaltsortes ausgesprochen wird. Die Ausweisung darf nur auf die zustimmende und begründete Meinungsäusserung der zuständigen Kammer des Gerichts am Hauptort des Arrondissements, in dem der Ausländer sein Domizil oder seinen Aufenthalt genommen hat, erfolgen. Der Fremde soll die Erlaubnis haben, dass seine Argumente gehört werden.»

Und Moutet verlangte mehr: er betonte, dass es drei Fälle gäbe, in denen weder ein Refoulement (Aufenthaltsverweigerung) noch Expulsion (Ausweisung) ohne fest umrissene Bedingungen ausgesprochen werden dürfen. Sie betrafen die Staatenlosen, die Ausländer, die mit Französisinnen verheiratet sind – und die politischen Flüchtlinge.

Belgien

Im Laufe des Jahres 1936 trat in Belgien das erste Mal eine Beratungskörperschaft in Emigrationsfragen in Erscheinung. Der Anlass für diesen beinahe revolutionären Schritt

war der Fall des deutschen Emigranten Heinrich Bell und vier anderen jüdischen Flüchtlingen.

Am 7. Februar 1936 wurden diese Flüchtlinge an die deutsche Grenze gebracht, wo die Gestapo sie mit einem Auto erwartete. Bell war ein kommunistischer Funktionär, hatte sich jedoch nicht als politischer Flüchtling bei den belgischen Behörden gemeldet. Als er nun von der belgischen Polizei in derselben Unterkunft wie die jüdischen Flüchtlinge aufgegriffen wurde, hielten die Polizeiorgane seine Angabe, er sei politischer Flüchtling, für eine «Ausrede», wie sie nach Meinung der Polizei «oft von unpolitischen Emigranten» benutzt werde. Sein Hilferuf erreichte die Rote Hilfe nicht. Die Sûreté Publique hatte die Angaben Bells nicht nachgeprüft, obgleich zwischen seiner Verhaftung und Auslieferung mindestens vier Tage vergingen, und – schlimmer – man gewährte dem Ausgewiesenen keine Wahl, über eine andere Grenze abgeschoben zu werden. Man brachte Bell und die jüdischen Flüchtlinge trotz ihrer heftigen Proteste, trotz Bitten und Flehen und Bells Verlangen, nach Holland überstellt zu werden, an die deutsche Grenze. Die Sûreté Publique erklärte zu ihrer Verteidigung, Bell sei bereits aus Holland ausgewiesen, und es konnte daher nicht erwartet werden, dass die Holländer ihn übernommen hätten. Der Fall löste ein starkes Echo in Belgien aus und hatte zwei Folgen: Die belgische Regierung intervenierte bei den Deutschen, und die Rückstellung der Ausgelieferten wurde tatsächlich erreicht. Ferner wurde eine königliche Verordnung am 20. April 1936 erlassen, durch die ein «Interministerielles Komitee für Flüchtlinge» geschaffen wurde. Dieses bestand aus je einem Vertreter des Aussen-, Arbeits- und Wirtschaftsministeriums mit einem früheren Richter als Vorsitzenden. Zu diesem Kollegium wurde ein Vertreter der Hilfsorganisationen hinzugezogen. Der Flüchtling hatte die Wahl zwischen fünf Vertretern der in Belgien bestehenden Hilfskomitees für deutsche Flüchtlinge. Dieses Gremium fungierte als eine Art Gerichtshof, vor dem der Flüchtling, auf Wunsch vertreten durch einen Anwalt, seinen Fall darlegen konnte. Die Feststellungen dieser Kommission erfolgten in Fällen, die dem Innenminister zweifelhaft erschienen, und wurden dann in einem Gutachten niedergelegt, das für die Entscheidung des Ministers massgebend herangezogen wurde. In der Praxis wurde kein Flüchtling ausgewiesen, wenn die Kommission zu einem für ihn günstigen Gutachten kam.

Der Zuzug von Ausländern nach Belgien wurde von einer besonderen Genehmigung abhängig gemacht. Wer diese nicht hatte, konnte bereits an der Grenze zurückgewiesen werden. Einschränkungen des freien Ermessens der Verwaltungsbehörden ergaben sich aus der Tatsache, dass Belgien sich im Allgemeinen den Regeln des Völkerrechtes zu unterwerfen bemühte. Belgien, das die deutsche Flüchtlingskonvention ratifizierte, erliess im Januar 1937 Ausführungsbestimmungen über die Ausstellungen von Identitätskarten und der Legalisierung der noch illegal im Lande lebenden Flüchtlinge.

England

Vor dem Ersten Weltkrieg war es in England Tradition, politischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren. «Es erfüllt mich mit Stolz, Sie daran zu erinnern, dass es England war, das als politischen Flüchtling Lenin aufgenommen hat; dass es England war, wo Karl Marx arbeiten konnte, ohne vor die Tür gesetzt zu werden», erklärte ein Engländer auf der Pariser Asylrechtskonferenz im Juni 1936. In der Tat, das englische Fremden-gesetz war in den dreissiger Jahren liberal. Nur eine Tücke hatte es: die Entscheidung, ob der Fremde englischen Boden betreten, das Asylrecht beanspruchen konnte, fiel dem Einwanderungsbeamten anheim. So erging es denn vielen so, dass sie von Englands Türmen nur die Silhouetten sahen. Die Frage, ob England Flüchtlingen Asyl gewährte, wurde durch politische Rücksichtnahme, durch wirtschaftliche Umstände und durch den Charakter des Asylsuchenden beeinflusst.

In Grossbritannien mussten Nansen-Flüchtlinge, d.h. jene, die unter dem Protektorat des Internationalen Nansen-Büros des Völkerbundes standen (nach der Flüchtlingskonvention vom 28. Oktober 1933), wie auch Flüchtlinge aus Deutschland, Österreich und später aus der Tschechoslowakei, bei den örtlichen britischen Konsularvertretungen ein Visum beantragen, von wo der Antrag an das Auswärtige Amt zur Bearbeitung weitergeleitet wurde. Auch wenn das Visum bewilligt wurde, konnte der Einwanderungsbeamte im Einreisehafen dem Flüchtling den Eintritt nach Art. 1 der Ausländerverordnung verweigern, wenn z.B. keine Unterhaltsmittel nachgewiesen werden konnten. Die Verwaltungspraxis des «bedingten Eintritts» regelte die Einwanderung.

Absatz 3 des britischen Einwanderungsgesetzes von 1905 enthält eine Bestimmung für die Zulassung von Flüchtlingen, die besagt: «Wenn ein Einreisender beweisen kann, dass er die Zulassung in das Land nur sucht, um der Verfolgung oder Strafe aus politischen oder religiösen Gründen oder der Gefährdung seines Lebens zu entgehen, soll diese auch dann nicht verweigert werden, wenn er nicht über genügende Unterhaltsmittel verfügt oder die Wahrscheinlichkeit besteht, dass der einreisende Flüchtling öffentlichen Mitteln zur Last fallen wird.» Nach 1933 wandte man diese Bestimmung nur zögernd an. Jahre vergingen, bevor Flüchtlinge ohne ausreichende Mittel nach England hereingelassen wurden.

Grossbritannien hatte das provisorische Flüchtlingsabkommen vom 4. Juli 1936, wie auch das endgültige vom 10. Februar 1938, ratifiziert; aber eine ausgedehntere Zulassung von Flüchtlingen fand erst 1938 nach München statt. Einige Tausend jüdische und politisch Gefährdete aus Deutschland und der Tschechoslowakei kamen ins Land. Seit dieser Zeit ist Grossbritannien eines der wenigen Länder, wo der Unterschied zwischen gewöhnlichen Ausländern und Flüchtlingen nicht nur in der täglichen Praxis, sondern auch vom gesetzlichen Standpunkt aus anerkannt wird. Während die Einwanderung nach Grossbritannien besonders schwierig bleibt und nach den bestehenden Vorschriften jeder Fall vom Arbeits- und Innenministerium geprüft wird, wird die Zulassung von Flüchtlingen vom Innenministerium investigiert und entschieden, und zwar in Zusammenarbeit mit einem aus Vertretern privater Flüchtlingsorganisationen für diesen besonderen Zweck gebilde-

ten Komitee. Die Regierung ermächtigte einige jüdische Organisationen, Flüchtlinge für Umbildungskurse «ohne Beschränkung ihrer Zahl» ins Land zu bringen, vorausgesetzt, ihre Unterbringung und Weiterwanderung werden garantiert.

Dänemark

Ähnliche Grundsätze wie in England galten auch in Dänemark, das in der Aufnahme von Flüchtlingen grosszügig sein konnte, weil sein Fremdenrecht ihre Anwesenheit gestattete, falls sie der Öffentlichkeit nicht zur Last fielen und sie sich verpflichteten, nicht an irgendwelchen politischen Aktionen teilzunehmen. Sie mussten sich bei der Polizei melden und über ihren jeweiligen Aufenthalt berichten. Wurden diese Bedingungen nicht eingehalten, so wurde die Aufenthaltsgenehmigung annulliert.

Ende November 1938 stellte der dänische Justizminister Steinke fest, dass sich in Dänemark zu diesem Zeitpunkt 1'300 Flüchtlinge befanden, davon 900 bis 1'000 Juden. Trotz allen Mitgeföhls, welches die Behandlung der Juden in Deutschland hervorrufe, könne Dänemark, ein kleines Land mit grosser Arbeitslosigkeit, zur Linderung der Flüchtlingsnot nicht beitragen. Die Massnahmen gegen weiteren Zustrom von Flüchtlingen mussten «in letzter Zeit» noch verschärft werden. Dänemark könne – nach Auffassung des Ministers – nur Transitland sein, und zwar in jenen Fällen, wo die Flüchtlinge bereits ein Visum für ein anderes Land haben oder nachweisen können, dass sie ein solches bestimmt erhalten. Die Grenzsperrre, von der der Minister sprach, wurde bereits Ende September 1938 verschärft.

Schweden

Die in Schweden gültigen Gesetze, die den Aufenthalt der Ausländer regelten, sahen zunächst keine besonderen Schutzbestimmungen für politische Flüchtlinge vor. Es konnte ihnen das Aufenthaltsrecht versagt werden. Schweden unterzeichnete aber die Genfer Konvention vom 4. Juli 1936, und ein allgemein gültiges Gesetz schützte danach die politischen Flüchtlinge. Die Behandlung und Erledigung aller Angelegenheiten der politischen Flüchtlinge wurden dem Innenministerium übertragen, während sie vorher zum Ressort der Polizeibehörde gehörten. Wichtig war, dass eine Ausweisung eines anerkannten politischen Flüchtlings stets von der Polizeibehörde dem Innenministerium zur Entscheidung übertragen werden musste.

Anerkannte politische Flüchtlinge erhielten Aufenthalts- und in der Mehrzahl auch Arbeitserlaubnis. Da kein Visumzwang bestand, konnte jeder unbescholtene Ausländer nach Schweden einreisen und musste innerhalb einer dreimonatigen Frist um dauernden Aufenthalt nachsuchen.⁵

5 Anfang November 1938 hatte die schwedische Regierung durch Einführung des Visumzwanges auch für tschechoslowakische Staatsbürger – der im Frühjahr 1938 bereits für Österreicher eingeföhrt worden war – die Möglichkeit der Zuwanderung von Flüchtlingen stark beschränkt. Zuwanderung konnte nun nur noch im Rahmen der von der schwedischen Regierung erteilten Bewilligungen erfolgen.

Norwegen

Für Norwegen galten ungefähr die gleichen Bestimmungen wie für Schweden, jedoch mussten in Norwegen bei beabsichtigter dauernder Niederlassung die notwendigen Formalitäten vor der Einreise erledigt werden. Diese Bedingungen konnte der Flüchtling der dreissiger Jahre schwer erfüllen.

Schweiz

Auf der in Paris 1936 stattfindenden Asylrechtskonferenz erklärte ein Delegierter aus der Schweiz:

«Die Schweiz besitzt in der Frage des Asylrechts eine stolze Tradition. Aber heute haben sich die Verhältnisse schon längst, für die gesamte Schweiz betrachtet, verschlechtert.»

Wer als politischer Flüchtling in der Schweiz leben wollte, musste sich binnen 18 Stunden nach dem Grenzübertritt bei der Polizei melden. Versäumte er diese Frist, so musste er mit Ausweisung rechnen. Die Aufenthaltsgenehmigung wurde nur auf kurze Zeit (3 bis 6 Monate) erteilt. Bundesrat Baumann erklärte in der Sitzung des Nationalrats vom 3. Juni 1936:

«Wirkliche politische Flüchtlinge, die sich rechtzeitig melden, werden als solche behandelt. Schriftlosen Flüchtlingen (Flüchtlinge oder Staatenlose ohne Passdokumente) räumen wir eine gewisse Frist ein, aber auf die Dauer können wir sie nicht halten.»

Das Fremdenrecht wurde in der Schweiz streng gehandhabt. Das geringste Vergehen des Flüchtlings bestrafte die Behörde mit Ausweisung. Das Verhalten der Schweiz auf der Internationalen Konferenz vom 4. Juli 1936 in Genf war ein weiterer Beweis für die damals vorherrschende Auffassung, dass nur diejenigen im Lande als Fremde leben konnten, die über genügende Mittel verfügten und sich nicht politisch betätigten.

Die Eidgenössische Fremdenpolizei nahm zur deutschen Flüchtlingsfrage im April 1934 in einem Bericht Stellung, in dem es unter anderem hiess:

«Von Anbeginn wurden die Kantone von dem Eidgenössischen Justizministerium darüber informiert, dass temporärer Aufenthalt ohne gewinnbringende Beschäftigung nicht verweigert werden solle, dass aber, wegen der übergrossen Anzahl von Ausländern und der herrschenden Arbeitslosigkeit es unmöglich war, den Ausländern dauernden Aufenthalt zu gestatten. Die kantonalen Behörden wurden ersucht, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit diese Ausländer sich sofort bei der Ortspolizei melden. Jene, die nur ein paar Wochen oder Monate in einem Hotel oder privat wohnen wollen, sollen nicht belästigt werden; andererseits müssten jene, die dauernden Aufenthalt in der Schweiz nehmen wollen, unverzüglich um eine Aufenthaltsgenehmigung einkommen. Während des

Jahres 1933 wurden 400 solcher Fälle (600 Personen) an die Eidgenössische Fremdenpolizei verwiesen. Die Letztere war in den meisten Fällen gezwungen, Aufenthaltserlaubnis für ein paar Monate zu gewähren und nach Ablauf dieser Frist musste der Ausländer die Schweiz verlassen. «^{5a}

Im März 1937 befanden sich nur 51 politische Emigranten im Kanton Zürich. Von 41 Gesuchstellern, die im Jahre 1936 dort um Gewährung des Asyls nachgesucht hatten, hatte die Bundesanwaltschaft nur 12 als politische Flüchtlinge anerkannt.

In der Schweiz erregte unter anderem der Fall des italienischen Journalisten A. Prato Aufsehen, der beim «Journal des Nations» mitarbeitete und ausgewiesen wurde, weil er seine Tätigkeit, obwohl von der Section d'Information des Völkerbundes anerkannt, nicht darauf beschränkt hatte, lediglich über den Völkerbund zu berichten, sondern Regierungen angegriffen habe. Die Schweizer Regierung beharrte trotz Interpellation im Parlament auf ihrem Standpunkt, und Bundespräsident Motta, der Prato als «Opfer eines Irrtums» bezeichnete, erklärte: «Mit dem Recht auf Asyl sei den Flüchtlingen nicht gestattet, die Schweiz als geeignetes Feld zum Kampf gegen ihre Regierungen zu benutzen.»

Nach dem Anschluss Österreichs im März 1938 kamen etwa 2'000, meist jüdische, Flüchtlinge über die Grenze in die Schweiz, oft mit Hilfe deutscher Amtsstellen. Die Schweizer Behörden gewährten diesen Unglücklichen, deren materielle Versorgung von den privaten Hilfsorganisationen übernommen wurde, in dazu errichteten Sammellagern interimistischen Aufenthalt; aber durch Einführung des Visumzwanges kam es in den letzten Augusttagen 1938 zu einer Tragödie, über die die «National Zeitung» Basel am 24. August 1938 wie folgt berichtete:

«Langsam rollt der Arlbergexpress aus der Zürcher Bahnhofshalle. Traurige Gestalten stehen an den Fenstern ... Als sie vergangenen Samstag in Wien ins Flugzeug stiegen, wähten sie für immer die Brücken zu ihrer alten Heimat abgebrochen. Sie mussten, wollten sie überhaupt ihren Platz erhalten, sich unterschriftlich verpflichten, nie mehr zurückzukehren. Alles liessen sie zurück: Haus, Geld, Beruf, Freunde – alles. Seit den Judenverfolgungen wiegt dies alles nicht mehr viel.

Dass die Schweiz ein Einreisevisum für Flüchtlinge aus Österreich verlangt, stand zwar am Freitagabend in den Wiener Blättern. Doch keiner der Auswanderer las sie in der Abschiedsstunde. Und als auf dem Flugplatz der Beamte der Swiss Air das Dutzend jüdischer Emigranten darauf aufmerksam machte, dass sie die Rückweisung aus der Schweiz riskieren würden und deshalb Retourbillette zu lösen hätten, vertrauten diese Flüchtlinge auf einen guten Stern, bauten auf die Gutmütigkeit der Schweizer und nahmen das Risiko in Kauf. Um so mehr, als die Gestapo dem Swiss-Air-Vertreter erklärt haben soll, er habe sich nicht darum zu kümmern, noch sich polizeiliche Funktionen anzumassen. Wer ein Billett löse, müsse auch befördert werden. Manche der Auswanderer legten ihr letztes Geld hin, nachdem sie alles verkauft hatten, um die Retourkarte lösen zu können, und Einzelne mussten zu diesem Zweck erst noch Anleihen aufnehmen.

Bei der Ankunft in Dübendorf traf die telefonische Order ein, die Ankommenden mit ihrem Gepäck im Auto nach der kantonalen Polizeikaserne in Zürich zu fahren. Bald entschied die Eidgenössische Fremdenpolizei: Samstag früh 8.20 Uhr sind die Flüchtlinge im Flugzeug nach Wien zurückzusen-

5a Zit. nach «Neue Züricher Zeitung», Ausg. vom 17. April 1934.

den. Anwälte intervenierten. Man bekam Angst, Selbstmorde oder sonst eine Tragödie, die alle im Flugzeug gefährden würde, könnten sich in der Luft abspielen. Ein neuer Entscheid ordnete die Rückreise auf Montag Nacht im Schnellzug an.

Ergreifende Szenen spielten sich in der letzten Stunde vor der Abfahrt in Zürich unter den Frauen und Männern ab. Von stummer Verzweiflung bis zum wilden Aufbäumen aller Lebensgeister, hemmungslosen Schreien, lautem Reden und wortlosem, düsteren Beistehen kam die ganze Skala menschlicher Gefühle zum Ausbruch. Regungslos lag eine weisshaarige, 65 jährige Frau auf der Bank, auf ihren Schuhen ruhte der Kopf ihrer Tochter. Beide sollten zurück, während der Sohn und Bruder, der einige Wochen früher nach der Schweiz geflohen war, Zurückbleiben darf. Tragödie über Tragödie. Einer hat auf das mexikanische Visum gewartet, ein anderer setzte die Hoffnung auf ein Schreiben des amerikanischen Generalkonsuls. Ein Dritter hat schon längst in der Schweiz auf seine Frau gewartet, um mit ihr nach Übersee zu reisen. Kaum ist sie im Flugzeug angekommen, verliert er sie schon wieder. Mit unruhigen, staunenden Augen stehen einige Kinder – das jüngste ist dreieinhalbjährig – umher. In wildem Entsetzen springt plötzlich eine Frau auf, händeringend fleht sie die Umherstehenden um Hilfe an und fällt, betroffen vom ergriffenen Schweigen der Erschütterten, in stummes Brüten.»

Noch vor den im November 1938 stattfindenden Judenpogromen, die eine neue Massenflüchtlingswelle erzeugten, hatte der Bundesrat am 4. Oktober 1938 den folgenden, in der Schweizer Öffentlichkeit weitgehend kritisierten Beschluss gefasst:

«Um der Fremdenpolizei die Kontrolle über die Einreise von deutschen und österreichischen Emigranten in die Schweiz und die Durchreise durch die Schweiz vor dem Eintreffen an der Grenze zu ermöglichen, hat der Bundesrat in seiner heutigen Sitzung folgenden Beschluss gefasst:

Deutschen Reichsangehörigen mit deutschem Pass, die nach den deutschen Gesetzen nichtarisch sind, wird der Grenzübergang über irgendeine Passierstelle der schweizerischen Grenzen nur noch gestattet, wenn ihr Pass mit dem Eintrag einer durch ein schweizerisches Konsulat erteilten Zusage der Bewilligung zum Aufenthalt in der Schweiz oder zur Durchreise durch die Schweiz versehen ist. Der Visumszwang für die Inhaber österreichischer Pässe bleibt nach wie vor bestehen. Angesichts der grossen Zahl von Emigranten, die sich schon in der Schweiz aufhalten, wird erneut darauf hingewiesen, dass die Schweiz für sie nur ein Transitland sein kann und dass ihnen während ihres vorübergehenden Aufenthaltes in der Schweiz jede Erwerbstätigkeit untersagt ist. Auch der Erwerb von Liegenschaften an schweizerischen Geschäften usw. geben keinen Anspruch auf Aufenthalt. Der neue Bundesratsbeschluss wird strikte durchgeführt; er gilt nicht nur für den Grenzübergang aus Deutschland, sondern auch aus Italien und Frankreich.»^{5b}

Der Schweizer Bundespräsident Baumann erklärte im Dezember 1938, dass die Schweizer Regierung nicht in der Lage sei, den illegalen Grenzübergang, der durch die deutschen Behörden begünstigt würde, zu tolerieren.

5b Zit. nach: «Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart.» Bericht von Carl Ludwig, Eduard Steiger und vom Eidg. Justiz- und Polizeidepartement. Bern 1957.

Holland

Die holländischen Behörden gingen in der Abwehr gegenüber politischen Flüchtlingen leider so weit, dass sie im Februar 1935 vorübergehend ein Konzentrationslager für politische Flüchtlinge errichteten. Die Belegschaft blieb jedoch klein, so dass diese unbeliebte Einrichtung bald wieder verschwand.

Wiederholt kam es zu Auslieferungen von politischen Flüchtlingen an Deutschland. In den Oktobertagen 1936 wurde ein gewisser Heinz Roesche auf Beschluss des holländischen Justizministeriums ausgeliefert. Roesche war Anfang 1936 aus Deutschland, wo er wegen Vorbereitung zum Hochverrat gesucht wurde, geflüchtet. Um seine Flucht durchzuführen, fuhr er bis zur holländischen Grenze in einem fremden Auto, liess es dort stehen und setzte seinen Weg über die Grenze in Holland fort. Ende Januar 1936 wurde er von der Polizei verhaftet und ins Gefängnis nach Hertogenbosch gebracht. Die deutschen Justizbehörden erfuhren von seiner Verhaftung und stellten Auslieferungsverlangen wegen Diebstahls des Autos und Benzins, dem stattgegeben wurde.

Holland hat solche Abschiebungen fortgesetzt. Der «Neue Vorwärts», Prag, vom 27. Dezember 1937, berichtete beispielsweise über den Fall eines alten Ehepaars, das nach Holland kam, weil der Sohn, inzwischen mit einer Holländerin verheiratet, dort in relativ guten Verhältnissen lebte. Der holländische Justizminister verfügte die Ausweisung. Da Holland nur zwei Grenznachbarn hat, mit Belgien jedoch ein Vertrag bestand, wonach die beiden Länder sich nicht ihre Emigranten gegenseitig «zuschieben» durften, erfolgte die Abschiebung dieses alten staatenlosen Ehepaars nach Deutschland.

Nach der österreichischen Tragödie meldete der ITA-Dienst am 21. September 1938, dass ein Passagierdampfer aus Deutschland mit 44 Wiener Juden an Bord in Holland eingetroffen sei. Die 44 jüdischen Passagiere waren alle im Besitz gültiger Pässe. Die Grenzbeamten hatten diese Gruppe ohne Schwierigkeiten durchgelassen. Auch in Rotterdam, wo die Passagiere ausstiegen, stiessen sie zunächst auf keine Schwierigkeiten. Nach erfolgter polizeilicher Anmeldung wurden die Neuangekommenen zur Fremdenpolizei vorgeladen, die sämtlichen Wiener Juden erklärte, dass sie nicht in Holland bleiben dürften, da sie kein Visum für ein Überseeland besäßen. Auf Veranlassung des Justizministeriums wurden alle 44 Juden von der holländischen Polizei über die Grenze nach Deutschland zurückgeschafft. Nach einer späteren Meldung derselben Telegraphenagentur wurde diese Gruppe von der Gestapo in Düsseldorf in Empfang genommen und ins Konzentrationslager eingeliefert. Sie verblieben dort so lange, bis eine neue Auswanderungsmöglichkeit gefunden wurde.

Ein holländischer Erlass erklärte nach dem Fall Österreichs, dass nur noch Flüchtlinge mit einem nachweislichen Kapital von 10'000 Gulden aufgenommen werden würden. Welcher deutsche oder österreichische Flüchtling sollte wohl damals dazu in der Lage sein?

Um sich gegen neue Flüchtlinge zu schützen, ordnete der holländische Justizminister Ende Juni 1938 an, dass fortan Einladungen an ausländische Familienangehörige oder

Freunde zum Besuch nach Holland von der Polizei vorher genehmigt werden müssten. Die Polizei prüfte die Beziehungen der Einladenden zu den Eingeladenen «genauestens». Ausländer, die Flüchtlinge waren, durften selbst auf ausdrückliche Einladung durch Holland nicht einreisen.

Jugoslawien

Nach Jugoslawien durften nur Personen mit ordnungsgemässen Pässen und bewilligten Einreisevisen hereingelassen werden. Der Tourist konnte sich nach Anmeldung innerhalb 24 Stunden aufgrund der sogenannten «gelben Karte» im Lande aufhalten; der Flüchtling musste ein Aufenthaltsgesuch stellen, über das die Provinzialbehörde, später das Innenministerium, entschied.

Die Aufenthaltserlaubnis musste jedes Jahr erneuert werden. Deutsche politische Emigranten, deren Pässe nicht mehr vom deutschen Konsulat erneuert wurden, hatten Einsperung und Ausweisung zu gewärtigen. Aber auch den etwa 600 jüdischen Emigranten aus Deutschland wollte man im Zuge der fortschreitenden antijüdischen Massnahmen weiteren Aufenthalt verwehren.

Im August 1938 kam aus Zagreb Dr. Gerhard H. Wilk, der nur wenige Jahre nach Aufnahme seiner anwaltlichen Tätigkeit in Berlin sich in Sicherheit bringen musste, nach Paris und übergab dem dortigen jüdischen Hilfskomitee, wie auch dem in London, das folgende Memorandum über die Lage der Flüchtlinge in Jugoslawien:

«Die jüdische Emigration nach Jugoslawien ist zahlenmässig sehr begrenzt. Es leben zur Zeit ca. 600 solche Menschen in Jugoslawien. Die Emigration fand meist noch im Jahre 1933 statt und hat neu eingesetzt nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland.

Von den nach Jugoslawien eingewanderten Emigranten haben nur ungefähr 50 die Möglichkeit gehabt, sich niederzulassen. Diese haben die zur Ausübung eines Gewerbes notwendigen Bescheinigungen und Protokollationen erhalten bzw. ist ihnen gestattet worden, Fabriken zu gründen ...^{5c} Alle Emigranten, gleichgültig ob sie das Gewerberecht haben oder nicht, werden jetzt ausgewiesen bzw. ihre Aufenthaltsgenehmigung wird nicht verlängert, sobald diese abgelaufen ist und sie eine neue beantragen müssen ...

Die meisten Aufenthaltsgenehmigungen laufen entweder am 30. September oder am 31. Dezember ab. Es ist damit zu rechnen, dass nach diesem Stichtage, von ganz geringen Sonderfällen abgesehen, keine der zugewanderten jüdischen Emigranten sich mehr in Jugoslawien aufhalten können.

Die meisten wissen dann nicht, wohin sie gehen können, zumal der Prozess der zweiten Emigration, wie die Erfahrung zeigt, auch seelisch sehr viel schwieriger ist als die erste Emigration. Ein grosser Teil dieser Leute waren mit grossen Mitteln nach Jugoslawien gekommen, die sie teilweise vererbt, verwirtschaftet oder investiert haben, ohne bisher in der Lage gewesen zu sein, sie zu amortisieren. Die Realisierung der betreffenden Vermögen ist ausserordentlich schwierig, da selbst die protokollierten Firmeninhaber oft nur eine Zeit von 14 Tagen bis zu 6 Wochen gesetzt erhielten, ihre Geschäfte abzuwickeln und das Land zu verlassen ...

5c Kürzungen bei Zitaten im Text oder im Dokumentenanhang sind durch . . . gekennzeichnet.

Es wäre nötig,

1. zu erreichen, dass diejenigen Emigranten, die Firmeninhaber sind, auch weiterhin ihre Aufenthaltsgenehmigung bekommen wie früher;
2. dass man ferner auch solchen Juden Aufenthaltsgenehmigung gibt, die nachweisbar von ihren eigenen Mitteln leben;
3. dass man denjenigen das Recht zum Aufenthalt gibt, die von ihren Verwandten ernährt werden. Bei dieser Kategorie handelt es sich meist um alte Leute oder nahe Verwandte.
4. dass man denjenigen die Aufenthaltserlaubnis gibt, die sich in Jugoslawien lediglich als einem Transitland aufhalten und auf ihren Abtransport warten und den jüdischen Gemeinden zu gestatten, ein Transitlager zu errichten.

Vordringlich ist auch die Lösung der Frage, was mit den Leuten geschehen soll, die keine Dokumente haben und denen die deutschen Pässe nicht mehr verlängert werden, da es in Jugoslawien keine Interimpässe gibt oder Laissez-passer nur in den seltensten Fällen unter grossen Schwierigkeiten ausgestellt werden. Es handelt sich hierbei um ca. 100 Menschen ... Die jüdische Gemeinde wäre in der Lage, diese Leute so lange zu halten, bis sie endgültig in ein Niederlassungsland kommen können, wenn man ihnen in Jugoslawien die Aufenthaltsgenehmigung gäbe und für ordnungsgemässe, international anerkannte Dokumente Sorge tragen könnte.»

Rumänien

Der Innenminister von Rumänien erliess im September 1936 neue Bestimmungen zur Regelung des Aufenthalts von Fremden. Der Aufenthalt der in Rumänien weilenden fremden Staatsangehörigen konnte vom Polizeipräsidenten in Bukarest oder von den Leitern der Generaldirektoren aller Polizeistationen bis zu vier Monaten verlängert werden, unter der Voraussetzung, dass diese Fremden weder einen Beruf, noch einen Handel oder Gewerbe ausüben. Aufenthaltserlaubnis über diese Frist hinaus konnte nur vom Minister «persönlich» bewilligt werden. Gesuche um Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis, die vom Minister nicht bewilligt wurden, konnten selbst in den Fällen, wo der Aufenthalt des Fremden im Lande vier Monate noch nicht erreicht hatte, revidiert werden. Über den Aufenthalt von Journalisten, Künstlern, Professoren, Studenten, Geistlichen, Mönchen, russischen und armenischen Flüchtlingen und Fremden, die in Rumänien einen Beruf ausübten, entschied von Fall zu Fall das Innenministerium.

Im Zuge der politischen Umwälzung in Rumänien 1937 hatte sich die Fremdenphobie derart verschärft, dass deutsche Juden, versehen mit Passdokumenten des Dritten Reiches und mit genügend Geldmitteln, nicht einmal als Durchreisende das Land betreten durften.

In den westeuropäischen Ländern war die Lage der Flüchtlinge in sozialer Hinsicht den Flüchtlingen in der Tschechoslowakei ähnlich. Als ich Ende 1933 Paris besuchte, fand ich, genau wie in Prag, volle Wartezimmer in den Hilfskomitees, Flüchtlingskollektiven, Speisungsküchen und dieselben Sorgen um die Aufbringung der Mittel. Demoralisation musste einsetzen, wenn die Flüchtlinge aus einer geordneten wirtschaftlichen Situation plötzlich mittellos in ein fremdes Land kommen, nur um zu warten – worauf? Symbolisch

gesprachen blieben tausende Flüchtlinge auf ihren unausgepackten Koffern sitzen. Sie konnten sich in den ersten Jahren ihres Flüchtlingsdaseins nicht entschliessen, irgendwie von Neuem anzufangen oder sich umzustellen. Es gab selbst unter den Juden, die meist bedrohte Gruppe, in den ersten Jahren eine Rückwanderung nach Deutschland, die die Nazibehörden zu unterbinden suchten. Daher setzte im jüdischen Sektor, viel früher als bei den politischen Flüchtlingen, die Suche nach der Lösung durch Wiederansiedlung in einem Überseeland ein, während die politische Emigration der Grenze so nahe wie möglich bleiben wollte, im Falle des erwarteten und erhofften Zusammenbruchs des verhassten Regimes.

Es kam bei den Politischen noch der Faktor der Organisationsdisziplin hinzu. Gleichgültig, welcher Gruppe oder Partei ein politischer Flüchtling angehörte, er fühlte sich der Führung derselben verantwortlich. Dieser Zusammenhang war bei den Intellektuellen weniger ausgesprochen als bei den Übriggebliebenen der alten Arbeiterparteien. So standen soziale Fürsorge und Organisationsdisziplin in Wechselwirkung zueinander und waren bei den Kommunisten, wie wir später sehen werden, am stärksten ausgeprägt, aber auch bei den Sozialdemokraten vorhanden.

Bei den jüdischen Flüchtlingen herrschte, besonders im zionistischen Lager, auch eine gewisse Disziplin, aber bei der restlichen grossen Masse der über die Grenze Flüchtenden herrschte Chaos. Als die Hitler-Flüchtlingsbewegung einsetzte, konnte man nicht viel von dem Geiste spüren, der Jahrzehnte vorher unter den aus dem Osten kommenden jüdischen Flüchtlingen offensichtlich geherrscht hatte. Die Gründe lagen in der nicht überwundenen Wirtschaftskrise wie auch in der Tatsache, dass ein Teil Europas sich im Übergang von einem parlamentarischen zu einem diktatorischen System befand. Russland, Italien und Deutschland wandten sich von verschiedenen Standpunkten gegen die ihrer Auffassung nach überholten, dekadenten Ideen eines universalen Liberalismus oder demokratischen Sozialismus. Selbst in parlamentarisch regierten Ländern, wie Frankreich und Belgien, fand man starke rechtsradikale Bewegungen, die – und das galt auch für die Tschechoslowakei – nicht mit freundlichen Augen auf die Hitler-Flüchtlinge blickten. «Der Fremde innerhalb unseres Landes ist nicht mehr Objekt besonderer Fürsorge: er ist unwillkommen», urteilte ein amerikanischer Soziologe.⁶

Aus dieser Situation eines ungebetenen, bestenfalls geduldeten Gastes ergab sich, wirtschaftlich gesehen, eine Reihe schwerwiegender Folgen. Der Flüchtling blieb ein Fremder, der nicht in das Wirtschaftsleben aufgesogen werden sollte, und das machte den Abstand zwischen den Opfern der Verfolgung und den Durchschnittsbürgern des Asyllandes so ungemein gross.

Wie das Beispiel der Tschechoslowakei zeigen wird, war der politische wie der jüdische Flüchtling nicht ohne Hilfe. Sie kam für den jüdischen Flüchtling durch ein Netz von Organisationen, angefangen mit der jeweiligen jüdischen Gemeinde über die Spezialorganisation, die in allen Zentren der Flüchtlingsländer entstanden. Finanziell wurden sie durch lokale Sammlungen und mehr noch durch die grossen jüdischen Organisationen un-

6 Stephen Lawford Childs, «Refugees: A Permanent Problem of International Organization». London 1938, S. 212

terstützt, vor allem durch amerikanische wie das American Jewish Joint Distribution Committee, das von Monat zu Monat, Jahr für Jahr eine immer stärkere Rolle in dem grossen Unterstützungswerk spielte. In England wurde angesichts der Fluchtbewegung der Council of German Jewry gegründet. Für die brennende Frage der Auswanderung wiederum waren andere erprobte jüdische Organisationen vorhanden. Die Gelder, die in den Fluchtländern nur für allgemeine Unterstützung aufgebracht und verteilt wurden, betrugen von 1933 bis 1939 schätzungsweise 600 bis 700 Millionen Dollar. Von den USA sind mehr als eine Milliarde Dollar an Hilfe nach Europa geflossen.

Die politischen Flüchtlinge waren ebenfalls nicht vollkommen verlassen. Der Internationale Gewerkschaftsbund, nationale Gewerkschaften, der Matteotti Fonds, Freimaurerlogen, die politischen Hilfskomitees brachten Mittel auf, die es erlaubten, die Masse der Flüchtlinge über Wasser zu halten. Sie lebten aber – ob Juden oder politische Flüchtlinge – von der Hand in den Mund, und ihre wirtschaftliche Lage wurde ständig schwieriger, während sich der politische Himmel immer mehr verfinsterte und das einst so zukunfts-trächtige Europa in den Abgrund zu stürzen sich anschickte.

2. Die politischen Flüchtlinge

«Wenn jemand wegen seiner Meinung... oder
Verteidigung der Wahrheit verfolgt wird,
so soll es ihm nicht verwehrt sein, sich in einem Staat
aufzuhalten, bis er heimkehren kann ...»

Konzil zu Sardica, 345 n. Chr.

Es war 20.20 Uhr, als am 28. Februar 1933 der D-Zug von Berlin auf dem Prager Masaryk-Bahnhof einlief. Niemand würde da sein, um mich abzuholen, denn keiner meiner Freunde wusste von meiner Ankunft. Ich verliess den Zug und ging, nur mit einem kleinen Handkoffer, dem Ausgang zu. In der Bahnhofshalle schaute ich flüchtig auf die Statue des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Thomas G. Masaryk. In tschechischer Sprache war eine Inschrift eingemeisselt. Viel später lernte ich ihren Text: «Die Wahrheit siegt». Ein Taxi brachte mich nach der Krakowska 13. Dort lebte ein Freund von der Liga für Menschenrechte, Rechtsanwalt Dr. Friedrich Bill. Es war mein erstes Quartier auf meiner Flucht vor dem Hitlerterror.

Die Gründe der Flucht aus dem Geburtsland oder Aufenthaltsland, das plötzliche Verlassen von Heimat und Wirkungskreis können verschiedener Natur sein. Sie haben nichts mit einer regulären Auswanderung aus wirtschaftlichen Gründen zu tun; im Grunde bedeutet Flucht vor einer feindlichen Macht «Mut zur Feigheit», um der Gefahr, die Freiheit, Leben und wirtschaftliche Existenz bedroht, zu entgehen. Über den Grad der Gefahr, in der sich der Flüchtende befindet, gibt es Meinungsverschiedenheiten; aber nur wenige werden leichtfertig den «Staub des Vaterlandes» von ihren Füßen schütteln, werden Existenz, Familienleben, Freundschaftsbande aufgeben, wenn nicht zwingende Gründe vorliegen. Ich gebe als Beispiel meine eigene Geschichte:

Nach Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg, den ich als junger Soldat von 1916-1918 an der Ost- und Westfront mitgemacht hatte – im September 1918 geriet ich in englische Kriegsgefangenschaft – wurde ich Pazifist. Ich begann nach meiner Rückkehr zu schreiben, zu reden und vor allem zu organisieren. Im Juni 1926 wurde ich Generalsekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte. Dieses belastende Faktum wurde noch durch meine Zugehörigkeit zum Judentum erschwert. Als die «Nacht der langen Messer» drohte, war daher Flucht die logische Konsequenz, um mich aus einer «zu intensiven Umklammerung» des Gegners zu befreien. So erlebte ich als einer der ersten Flüchtlinge kurz nach Beginn der Naziherrschaft die Problematik eines wurzellosen Daseins.

Die Weimarer Republik lag Ende 1932 in ihren letzten Zuckungen. Das preussische Bollwerk war dem Ansturm eines Leutnants und zwei Mann im Juli 1932 schnell erlegen. Bei den Wahlen Ende Juli 1932 war die Stimmenzahl der Nationalsozialisten erneut gewachsen – bis sie im November 1932 den ersten Rückschlag von 2 Millionen zu verzeichnen

hatten. Was aber die Partei auf dem Wahlschlachtfeld nicht erreichen konnte, wurde ihr nun von der Kamarilla mit Franz von Papen, dem Sohn des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, der ewigen grauen Eminenz Otto Meißner, mit Hilfe des Bankkapitals und der Industrie als müheloses Geschenk dargebracht.

Die Linke wusste, dass ihre Tage in Deutschland gezählt waren. Rückblickend kann von ihnen gesagt werden, was Winston Churchill von seinem Volke sagte: «It was their finest hour.» Der Februar 1933 war angefüllt mit politischer Aktivität: Versammlungen, Konferenzen, Aufmärsche, Kongress «Das freie Wort» usw., bis dann die Flammen über dem Wallot-Bau am 27. Februar abends aufstiegen – und der Fluchtweg zuerst Einzelner, dann Hunderter begann, bis er Hunderttausende und Millionen erreichte.

Am Abend des 27. Februar 1933 befand ich mich mit meiner Frau im Berliner Sportpalast in der Potsdamer Strasse, wo die Sozialdemokratische Partei vorzeitig eine Karl-Marx-Feier (50. Todestag) abhielt, die nach kurzer Zeit aufgelöst wurde. Als die Tausende Versammlungsteilnehmer nach Hause pilgerten, sahen sie einen blutigen Winterhimmel, die Reflexion des Reichstagsfeuers. Manchem Versammlungsbesucher wurde von SA-Schlägern aufgelauert. Meine Frau und ich gelangten unbehelligt zum Noliendorfplatz und von dort mit einer Strassenbahn zu unserer Wohnung in der Wilmersdorfer Strasse, Ecke Kurfürstendamm. In dieser Nacht verbrannte ich eines der wertvollsten Archive: Briefe aus der Feder von Albert Einstein, Thomas Mann, Romain Rolland, Henri Barbusse, Victor Marguerite, Ernst Toller, Carl von Ossietzky, Kurt Tucholsky und viele mehr. Am frühen Morgen warnte mich mein Freund Robert M.W. Kempner, nicht ins Büro der Liga zu gehen, sondern Berlin zu verlassen.

Die Entscheidung zur Flucht nach Prag fiel aber erst einige Stunden später, nach einem Treffen mit Freunden im Café Friediger am Potsdamer Platz, Telefongesprächen mit meiner Frau, dem Büro der Liga, den noch erreichbaren Vorstandsmitgliedern. Meine Frau brachte mir zum Mittagzug einen winzigen Koffer zum Anhalter Bahnhof, einen Wahrschein und 200 Reichsmark, die damals zur Ausfuhr zugelassene Summe.

Solange der D-Zug Berlin-Prag auf deutschem Boden fuhr, spielte ich die Rolle eines Mannes, der «ganz zufällig» an diesem Tage nach Prag fuhr. Mit einem gültigen Pass in der Tasche, der ein unbenutztes französisches Visum enthielt, hoffte ich, auch dringlichen Fragestellern plausibel zu machen, dass ich «nur» für einen kurzen Besuch ins Ausland ginge. Auf der Strecke Dresden-Bodenbach wurde mein Pass von sächsischen Polizeibeamten kontrolliert und mir anstandslos zurückgegeben. Ich wiegte mich bereits in dem Glauben, die gefährlichste Hürde genommen zu haben.

Bodenbach, an den Ausläufern der Sächsischen Schweiz gelegen, war die erste tschechoslowakische Grenzstation. Die Bevölkerung bestand in ihrer übergrossen Mehrheit aus Sudetendeutschen. Einst waren sie Bürger des österreich-ungarischen Kaiserreichs, bis 1918 der Weltkrieg verloren ging und das Sudetengebiet mit seinen dreieinhalb Millionen

Deutschen ein Teil der Tschechoslowakei wurde, ein Staat, in dessen Grenzen verschiedene Nationalitäten lebten: Tschechen, Slowaken, Deutsche, Ungarn, Polen, Juden. Die Tschechen mit über sieben Millionen bildeten die herrschende Minderheit.

Als der Zug mit einem Ruck in Bodenbach zum Halten kam, betrachtete ich meine Flucht als gelungen. Da trat ein baumlanger deutscher Zollbeamter in mein Abteil zweiter Klasse, verlangte den Pass und begann, mein Gepäck genauestens zu revidieren. «Geschäftsführer» las er als eingetragene Berufsbezeichnung. «Geschäftsführer wovon?» «Von einer politisch humanitären Organisation», antwortete ich; ich hätte besser lügen sollen: Geschäftsführer der Handelsfirma XYZ. Der Zöllner steckte meinen Pass ein und verließ den Zug. Aus dem Fenster konnte ich beobachten, wie er zu einem auf dem Bahnsteig wartenden Kollegen, der anscheinend sein Vorgesetzter war, ging und mit ihm konferierte.

Ich überlegte. Aus dem Zug aussteigen und in die Stadt, tschechoslowakisches Gebiet, gehen? Dann bin ich meinen noch bis 1938 gültigen Pass los und würde meine Flucht als ein Mensch ohne Papier beginnen. Ich kannte Travens «Totenschiff» mit der Geschichte des amerikanischen Seemanns, der durch den Verlust seiner Seemannskarte von einem einfachen Seemann zu einem Nichts, einem Niemand wurde – und alles, weil sein Schiff, die «Tuscaloosa», zu früh abgefahren war. Ich wusste von den Staatenlosen, die ich in Berlin betreut hatte: «Hunger ist etwas Menschliches, Papiere etwas Unmenschliches. Das ist oft die Ursache, warum Menschen aufhören, Menschen zu sein und anfangen, Figuren aus Pappmache zu werden.» (Traven)

Ich wollte mir also unter keinen Umständen meinen gültigen Pass mit dem säuberlich eingestempelten französischen Visum wegnehmen lassen. Aus meiner Tätigkeit in der Deutschen Liga für Menschenrechte wusste ich vieles über die Menschen zwischen den Grenzen, die Pass- und Papierlosen, und ich stieg entschlossen aus dem Zug und ging dem Zöllner nach. «Darf ich um meinen Pass bitten?» Er schaute mich etwas spöttisch an. «Ach Sie – kommen Sie mal mit.»

Aufgrund des deutsch-tschechoslowakischen Abkommens über die Regelung des Grenzverkehrs zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei gab es für die deutsche Zollabfertigung auf dem Bodenbacher Bahnhof zwei exterritoriale Räume. In dem einen, in den ich geführt wurde, sass ein zweiter deutscher Zollbeamter. Die Leibesvisitation begann. Der offenbare Verdacht des Zollbeamten, dass ich das «Vermögen» der Liga über die Grenze schmuggle, bestätigte sich natürlich nicht, denn ich hatte genau 197,50 RM bei mir. Das war in Ordnung. Die erlaubte Summe aber schien dem Beamten besonders verdächtig. Wehe dem Staatsbürger, bei dem alles stimmt!

In meiner Tasche hatte ich unglücklicherweise einige Notizen vom Kongress «Das freie Wort», der am 19. Februar 1933 in Berlin als letzter Aufschrei des Gewissens stattgefunden hatte. «Sieh mal an, das ist interessant», meinte der Zöllner zu seinem Kollegen. «Franz, das geht uns nichts an», antwortete dieser. «Kein Geld in den Schuhen oder sonstwo?» ... Nach zwanzig Minuten war die Untersuchung endlich beendet. Der Zollbeamte kam mit einer Taschenlampe in mein Abteil. Die Mitfahrenden standen neugierig in den Gängen. Er schob die Hände in die Ritzen der Polster, nahm jedes Stück aus meinem

Koffer in die Hand, suchte nach Geheimfächern – schaute unter den Sitz und fragte immer wieder: «Wieviel Geld bringen Sie heraus?» Die Antwort war immer die gleiche: «197,50 Reichsmark.» Der Wahlschein, den meine Frau mir für die Reichstags wahlen am 5. März noch an die Bahn gebracht hatte, imponierte nicht. «Sie kommen doch nicht wieder», meinte er. Er hatte recht; denn es sollte fünfzehn lange, blutige Jahre dauern, bis ich mein «Natürlich komme ich» wahrmachen konnte. Endlich gab er mir den Pass zurück und die Tschechoslowaken übernahmen den Zug.

«Wann fahren wir ab?» fragte ich den ersten tschechoslowakischen Beamten, als ich erleichtert auf den Gang des Zuges trat. «In sieben Minuten. Wissen Sie, die Deutschen hatten da einen beim Wickel.» «Ach, so was!» –

Der Flüchtling in der Vergangenheit unterschied sich als sozialer Typus von dem der dreissiger Jahre beträchtlich. Der Erstere war eine vorübergehende Ausnahme, der Letztere ist zu einer Dauererscheinung unseres gesellschaftlichen Daseins geworden. Wenn von Flüchtlingen gesprochen wird, so müssen wir zwei Charakteristika festhalten: 1. Flüchtlinge werden innerhalb ihrer angestammten staatlichen Gemeinschaft aus politischen, religiösen oder, wie in Hitler-Deutschland, auch aus rassischen Gründen verfolgt. 2. Die Betroffenen haben sich dieser Verfolgung durch Flucht in eine andere, ihnen fremde staatliche Gemeinschaft entzogen, wo sie manchmal nur vorübergehend, in ihren Rechten gemindert, aufgenommen werden, da sie im Gegensatz zu allen andern ausländischen Staatsbürgern keinen (diplomatischen) Schutz ihrer angestammten Staatsgemeinschaft geniessen.

«Völkerumsiedlung» kann durch Auswanderung, Flucht, Deportierung und Evakuierung verursacht werden. Auswanderung ist meist eine freiwillige Bewegung, die hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt. Der Auswanderer kann seine Einreise in das Ziel-land regeln, bevor er sein bisheriges Aufenthaltsland verlässt. Die moderne Wanderbewegung dagegen unterscheidet zwischen dem Flüchtling und dem Auswanderer, obwohl dieser Unterschied sich im Falle der Hitler-Flüchtlinge resp. Emigranten später oft verwischte.

Der Flüchtling, das zeigte sich bald, ist im Gegensatz zum Auswanderer damit belastet, dass er zwar unter dem Druck drohender Verfolgung seine Heimat verlassen muss, aber aus psychologischen, politischen oder sentimentalischen Gründen mit ihr verbunden bleibt. Der politische Flüchtling trägt «sein Deutschland mit über die Grenzen» und erst wenn er, viel später, eine neue Heimat finden konnte, mit der er sich in einem langjährigen Prozess vermählt, erst dann verliert er die «Flüchtlingseigenschaft». Es ist charakteristisch, dass bis in die jüngste Gegenwart in den Vereinigten Staaten längst eingebürgerte, ehemalige Hitler-Flüchtlinge noch zu sagen pflegen: «Kennen Sie Mr. Lowenstein? Er ist ein Refugee.» Aber von denen, die vor der Hitler-Zeit einwanderten, sagt man «Oh, Mrs. Prince, die ist Amerikanerin.»

Die politischen Flüchtlinge, die Opfer der Verfolgung für ihre Ideen und Ideale wurden, die in den Asylländern weder materielle Vorteile suchten noch zu finden hoffen konnten, kamen zu einer Zeit, da Europa sich mitten in der Wirtschaftskrise befand. So sah sich

der Flüchtling, der 1933 oder später in die Tschechoslowakei oder in eines der westlichen Länder floh, dem unerbittlichen Problem der Existenzbehauptung im materiellen und geistigen Sinn gegenüber. Wo kann ich schlafen? Wer gibt mir zu essen? waren die brennenden Fragen. Ihnen psychologisch gleichgestellt ist die plötzliche unüberbrückbare Entfernung vom Heimatort zum Aufenthaltsort im Asylland. Der D-Zug Prag-Berlin brauchte zwei Stunden bis zur deutschen Grenze, aber jahrelang konnte ihn kein politischer, religiöser oder rassistischer Flüchtling gefahrlos benutzen.

In den ersten Wochen des Monats März 1933 strömten prominente Flüchtlinge durch Prag; die Mehrzahl ging nach kurzer Zeit in westliche Länder weiter. Schon am 1. März kam Rudolf Olden, Journalist und Anwalt, Vorstandsmitglied der Deutschen Liga für Menschenrechte, mit dem ich am Wahlsonntag, dem 5. März, im Palast Hotel in der Herrengasse vor den eiligst zusammengerufenen Vorstandsmitgliedern der Freimaurerlogen über die «Lage» sprach. Kurt Rosenfeld, früherer Reichstagsabgeordneter, sein enger Parteifreund Max Seydewitz, der Ökonom Robert Kuczynski, Otto Strasser alias Dr. Hoffmann, Th. Th. Heine vom Simplicissimus, Willy Haas, Ruth Fischer mit ihrem Freund Arkadij Maslow, Heinz Pol, Regierungsrat Hohenstein, Balder Olden, Walter Kauders, Franz Höllering, Julius Hollos, Hans von Zwehl und viele andere.

Eines Vormittags, Mitte März, als ich in der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge tätig war, bat mich Rudolf Olden, mittags ins Hotel Blauer Stern zu kommen, in dessen Räumen in der ersten Etage der deutsch-österreichische Frieden 1866 unterzeichnet wurde. «Sie werden eine Überraschung erleben», sagte er mir am Telefon. Als ich kam, sassen der von den Nazis so geschmähte Polizeivizepräsident Bernhard Weiss, seine Frau und Dr. Richard Mischler, der letzte Geschäftsführer des Republikanischen Automobil Clubs, mit den Oldens an einem Tisch. Ich ging auf Weiss zu.

«Das ist aber wundervoll, Dr. Weiss, dass Sie gerettet sind!»

«Was, Sie erkennen mich?» erwiderte Weiss, beinahe beleidigt.

Zunächst verstand ich ihn nicht, bis er auf die Brille und den Schnurrbart zeigt, den er sich hatte wachsen lassen, um sich vor den Nazis zu maskieren. Dann erzählte er seine Geschichte.

Ende Februar 1933 sei Weiss zu Verwandten seiner Frau nach Hamburg gefahren. In den ersten Märztagen hörte er am Radio, dass «Isidor Weiss feige» aus Berlin «geflohen und spurlos verschwunden» sei.

«Ich hörte die Nachricht am frühen Nachmittag», berichtete Weiss, «und beschloss, sofort mit dem nächsten Zug nach Berlin zurückzufahren, wo ich in den Abendstunden ankam. Ich nahm mir ein Auto und fuhr zum Polizeipräsidium am Alexanderplatz. Bei der Politischen Abteilung fand ich den Kommissar vom Dienst vor, einen alten, mir gut bekannten Mann, der beteuerte, er wisse nichts von den Gerüchten über meine «Flucht». Als ich ihm bedeutete, dass ich in meine Wohnung in der Hardenberg Strasse fahre, wurde der Kommissar betreten und schlug vor, ich sollte mir besser woanders ein Quartier suchen. Man könne nicht wissen, da die SA in diesen Tagen «tolle Dinge» mache. Ich liess mich nicht einschüchtern.

Als ich in die Nähe meiner Wohnung kam, sah ich schon von Weitem eine Menge SA-Leute vor meinem Haus. Da packte mich der kriminalistische Ehrgeiz. Ich kalkulierte, dass kein SA-Mann in seinen kühnsten Träumen damit rechnen würde, ‚Isidor‘ könnte den Mut haben, sich unter sie zu mischen. Aber gerade das tat ich. Ich ging auf den SA-Haufen zu, schritt langsam durch die Reihen, und obwohl ich nicht weiss, wieviele Augen mich anstarrten, kam keiner auf die Idee, dass ich der sei, auf den sie seit Stunden warteten. Ich gelangte so unbehelligt in meine Wohnung, wo ich die notwendigsten Sachen für eine ungewisse Reise zusammenpackte.»

Allerdings wiederholte Weiss diese Tollkühnheit nicht, sondern verliess das Haus durch den Hinterausgang und fuhr in die Wohnung seiner Schwiegereltern in Berlin-Wilmersdorf. Kaum war er dort angekommen, rasten zwei Polizeiüberfallwagen heran und stürzten in das Haus, um nach Bernhard Weiss zu suchen. Er wäre gefasst worden, hätte ihn nicht der geistesgegenwärtige Portier schnell in seiner Besenkammer versteckt.

Bernhard Weiss hatte nun die Notwendigkeit begriffen, sicherere Gefilde aufzusuchen und, wie viele andere demokratische Politiker in jenen Märztagen, beschloss er, nach München zu fahren; denn damals hegten manche noch die Illusion, dass Bayern von der «Nazirevolution» verschont bleiben würde. Nach Überwindung einiger Schwierigkeiten bekam Weiss ein Schlafwagenbett 2. Klasse, das er unter dem Namen Dr. Wachsmann kaufte. Seinen bekannten Kneifer hatte er mit einer Brille vertauscht und das Schnurrbärtchen begann langsam zu wachsen. So hoffte er die Verwandlung vollzogen zu haben, die ihn vor seinen Verfolgern unkenntlich machen sollte.

«Ich war schon frühzeitig am Zuge auf dem Anhalter Bahnhof und hatte meine Habseligkeiten sehr bald in meinem Abteil untergebracht. Der Passagier für das untere Bett war noch nicht erschienen.

Wenige Minuten vor dem Zugabgang hörte ich verdächtige Soldatenschritte, Hackenklappen – und zu meinem Entsetzen sehe ich, wie SA-Offiziere in strahlenden Uniformen sich von einem Vorgesetzten verabschieden. Jener steigt in den Zug – und wird in mein Abteil geführt. Als ich seiner ansichtig wurde, glaubte ich in den Erdboden zu versinken, denn mein Mitpassagier war kein anderer als SA-Stabschef Ernst Röhm!»

So fuhr Weiss, alias Wachsmann, im oberen Bett des D-Zuges Berlin-München mit Stabschef Röhm eine Nacht zusammen. Er hatte sich ihm vorgestellt: «Dr. Wachsmann». Röhm winkte ihm leutselig zu. Dann verschwand Weiss ins Bett.

«Brauche ich Ihnen zu sagen, dass ich während jener Nacht nicht ein Auge zugemacht habe?» Aber lächelnd setzte er hinzu: «Gottlob, Röhm hatte einen gesegneten Schlaf.» Bevor der Herr Stabschef erwachte, hatte Dr. Weiss das Abteil längst verlassen.

Ruth Fischer und Arkadij Maslow, ehemalige führende Kommunisten, wurden bei ihrer Ankunft in Prag für so staatsgefährlich gehalten, dass die Polizei entschied, ihnen einen ständigen Überwachungsbeamten beizugeben, der sie vom Morgen bis zum Abend auf

Schritt und Tritt begleiten musste. Der sarkastische Maslow bestellte den armen Detektiv oft für 7 Uhr morgens ins Hotel, um dann gegen zehn Uhr, ausgeschlafen, unschuldig die Hotelterrasse herunterzukommen. «Ach, Sie sind schon da?» pflegte er seinen müden Bewacher zu begrüssen.

Maslow und Ruth Fischer hatten ein Motorrad mit Beiwagen gerettet. Maslow, hinter ihm der Detektiv und im Beiwagen Ruth – so fuhren sie zur Belustigung aller, die sie kannten, durch die Stadt, bis ich eines Tages zu Oberpolizeirat Benda ging. Ich versprach, dass beide «demnächst» nach Frankreich Weiterreisen würden. Sie erhielten schliesslich durch Vermittlung der Französischen Liga für Menschenrechte das Visum. Die Kontrolle der Prager Polizei war inzwischen aufgehoben worden.

Der politische Flüchtling war in den ersten Hitler-Jahren ein ständiges Angriffsobjekt der nationalsozialistischen Machthaber, denn er repräsentierte die in Deutschland zum Schweigen verurteilte Opposition. Während der Terror im Lande immer stärker und die politische illegale Arbeit immer schwieriger und riskanter wurde, hatte die politische Emigration die Möglichkeit, ihre warnende Stimme zu erheben, wenn sie nicht durch die politischen Interessen des Gastlandes gedämpft wurde. Die politische Emigration, die Deutschland nach Hitlers Machtergreifung verliess – ihre Zahl von vielleicht 50'000 war mikroskopisch verglichen zur jüdischen Flüchtlingswelle – war ideologisch uneinheitlich. Die politischen Flüchtlinge bei Beginn der Naziperiode waren ein Spiegelbild der Zerrissenheit der deutschen politischen Situation. Sie nahmen über die Grenzen denselben Groll, dieselben Vorurteile, die gleiche Dickschädeligkeit mit sich. Obwohl zahlenmässig nur 1 zu 5 zur jüdischen Emigration, gewannen sie in der umgekehrten Relation das Interesse der öffentlichen Meinung in ihrem Gastlande. Gleichgültig welcher Richtung sie angehörten, erschienen sie im Ausland in der ersten Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft als wichtige Potenz, während die jüdischen «Wirtschaftsemigranten» oft als unerfreuliche Beigabe der veränderten politischen Verhältnisse in Deutschland angesehen wurden.

Die politischen Flüchtlinge, die die verschiedenen Landesgrenzen überquerten, kamen aus allen Lagern: Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaftler, Pazifisten, Menschenrechtler, Mitglieder und Anhänger der Bekenntniskirche und Mitglieder der Splitterparteien, wie Sozialistische Arbeiterpartei, Kommunistische Opposition, Trotzlisten, Mitglieder des Freidenker-Verbandes; es gab einige Stahlhelmer und oppositionelle Nationalsozialisten, sowie den kleinen Kreis um Otto Strasser von der Schwarzen Front. Ihre politische Niederlage, die alle ins Exil getrieben hatte, warf die Schuldfrage auf, die in den ersten Monaten die Gemüter der politischen Flüchtlinge erregte, ohne dass diese Debatten zu irgendwelchen konstruktiven Resultaten führten.

Die politischen Divergenzen resultierten in der Tschechoslowakei in fünf verschiedenen Hilfskomitees. Die jüdischen Flüchtlinge wurden vom Jüdischen Sozialamt (Dr. Chaim Hoffmann) versorgt und von der Hicem (Marie Schmolka) auswanderungsmässig betreut. Das erste Hilfskomitee für die politischen Flüchtlinge aus Deutschland war die von mir geleitete Demokratische Flüchtlingsfürsorge, die von der Liga für Menschenrechte in der

ČSR initiiert worden war. Während mein Zug noch am 28. Februar 1933 gen Prag rollte, tagte deren Vorstand und hatte auf Vorschlag Dr. Friedrich Bills einen Aufruf formuliert, der am nächsten Tag in dem liberalen «Prager Tagblatt» veröffentlicht wurde:

«Gegen dieses blinde Wüten der Gewalt mit Worten zu protestieren, wäre nutzlos. Aber den Opfern der Gewalt, soweit diese in unserm Lande Zuflucht suchen, zu helfen, muss die Aufgabe nicht nur aller fortschrittlich denkenden, sondern auch aller freiheitlich denkenden Männer und Frauen in unserer demokratischen Republik sein.

Wir erwarten, nach der Erfahrung der letzten Tage, einen Zustrom von Flüchtlingen, die nichts als das nackte Leben zu uns herüberretten. Ihnen Wohnung, Kleidung und Nahrung bereitzustellen, ist die dringende Forderung der Stunde.»

Das waren wichtige und notwendige Worte. Ahnten die Ligahumanisten die Größe des Problems – in einem Lande mit einer Arbeitslosigkeit von 700'000, mit einem viel niedrigeren Lebensstandard als dem des Fluchtlandes und welches sich aus den Tagen der österreich-ungarischen Monarchie noch immer nicht verschiedener unangenehmer Methoden eines Polizeistaates entledigt hatte?

Wir standen zwei Sofort-Problemen gegenüber: die politischen Flüchtlinge mussten legalisiert und sie mussten mit Unterkunft und Nahrung versorgt werden. Wir lernten bald, dass die politische Struktur der ČSR nicht unseren Vorstellungen der Masaryk-Benesch-Republik entsprach.

Das Innenministerium, dem die Polizei unterstand, war die Domäne der Agrarier (Milan Hodza), die man als «entschieden konservativ» bezeichnen konnte. Politische Tätigkeit seitens der exilierten Sozialdemokratischen Partei, die im Sommer 1933 unter dem Namen SOPADE (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) in Prag ihre Zelte aufrichtete, wurde geduldet, öffentliches Auftreten der Flüchtlinge in Versammlungen war unerwünscht, und ich selbst bin deswegen zweimal von der Polizei «zur Ordnung» gerufen worden. Unter tschechoslowakischer Gesetzgebung mussten alle Versammlungen bei der Polizei gemeldet und genehmigt werden. Die Polizei überwachte die Flüchtlinge, besonders die Kommunisten. Als Beispiel zitiere ich ein am 21. April 1933 versandtes Rundschreiben des Präsidiums des Länderamtes (Landesamt) in Prag unter Nr. 15526:

«KPC in Brünn. Vorbereitung zur Unterbringung reichsdeutscher kommunistischer Emigranten – Streng vertraulich. – Die Polizeidirektion in Brünn erhielt eine vertrauliche Meldung, dass die Leitung der KP in Brünn unter den verlässlichen Parteimitgliedern nach Möglichkeit zur Unterbringung reichsdeutscher Kommunisten sucht, die die Grenze auf illegale Weise überschritten haben und angeblich in verschiedene Städte der ČSR eingeteilt sind. Nach Brünn sollen etwa 60 reichsdeutsche kommunistische Emigranten kommen ...»

Als ich, eingeführt von dem stellvertretenden Minister des Äussern, Dr. Kamil Krofta, im März 1933 den Kontakt mit dem Leiter der politischen Polizei, Benda, aufgenommen hatte – und ihm die erste Liste politischer Flüchtlinge zur Legalisierung vorlegte, las er sich die Namen und Personalangaben aufmerksam durch. «Herr Grossmann, Sie haben vergessen, die Parteizugehörigkeit der Flüchtlinge anzugeben.» Ich schaute Herrn Benda

erstaunt an, meinen Zorn nicht verbergend: «Herr Polizeirat, das ist ein unethisches Ansinnen. Ich bin mit der Fürsorge der Flüchtlinge betraut und darf Sie bitten, von mir nicht zu erwarten, dass ich der Polizei Spitzeldienste leiste.» Ich wollte mich erheben und das Zimmer verlassen, als Benda mir, beinahe feierlich, erklärte: «Herr Grossmann, bitte nehmen Sie meine Entschuldigung entgegen. Es wird mir nie wieder einfallen, an Sie ein derartiges Ansinnen zu stellen.» Seit dieser Zeit war mein Verhältnis zu diesem Beamten ein beinahe freundschaftliches, und wir kamen zu einer der konstruktivsten Vereinbarungen in Bezug auf die Legalisierung der Flüchtlinge.

Die Polizei war daran interessiert, einen illegalen Aufenthalt der politischen – und später jüdischen – Flüchtlinge auf jeden Fall zu unterbinden. Das Fürsorgekomitee (in den ersten zwei Monaten operierte nur die von mir geleitete Demokratische Flüchtlingsfürsorge) wollte dem politischen oder dem Flüchtling aus rassistischen Gründen ein möglichst gesichertes Asyl verschaffen. Ein weiterer Faktor war die Vermeidung von Doppelunterstützungen, die im Hinblick auf die relativ geringen Mittel und aus dem Prinzip der Gerechtigkeit und Sauberkeit unerlässlich war. Die Kombination dieser verschiedenen Faktoren führte zur Schaffung des Evidenzbogens – eines von den Hilfskomitees ausgegebenen Ausweises, der a) die Anerkennung des Flüchtlings, b) die Übernahme der Versorgung bescheinigte. Eine Zentrale der Flüchtlingskomitees, die für einige Zeit die Demokratische Flüchtlingsfürsorge war, aber dann in einer Zentral-Evidenzstelle unter Leitung eines deutschen Sozialdemokraten, Wilhelm Schrader, konzentriert wurde, verifizierte die Registrierung. War der Flüchtling von einem der Fürsorgekomitees ausgewiesen, von der Zentralstelle ebenfalls registriert worden, erhielt er bzw. sie «eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung», bis die ein oder zwei Jahre dauernden Formalitäten beim Landesamt erledigt waren. Diese vereinfachte Prozedur war aufgrund meines Vorschlages entstanden und hat sich ausserordentlich gut bewährt. Der Polizeistempel auf dem Evidenzbogen war ein Schutz, wenn auch keine Aufenthaltsgarantie, insbesondere nicht für Flüchtlinge, die sich für die Kommunisten politisch betätigen.

Verhaftungen, oft irrtümlich, und Ausweisungen kamen vor, aber durch Interventionen des unermüdlichen Sekretärs der deutschen Sozialdemokraten in der ČSR, Siegfried Taub, konnte manches «gerichtet» werden. Trotz aller Misshelligkeiten, an denen die Kommunisten nicht immer schuldlos waren, insbesondere in Verbindung mit den Moskauer Prozessen der dreissiger Jahre und der sich in den eigenen Reihen regenden Opposition, kann man Heinrich Mann zustimmen, der über die Aufnahme der Flüchtlinge wie folgt urteilte:¹

«Die verhängnisvollen Jahre, als Hitler-Deutschland unter allgemeiner Duldung heranwachsen durfte, hat der Staat des Präsidenten-Befreiers Masaryk uns die Arme geöffnet. Wir – das ganze verfolgte Deutschland, das intellektuelle, das freiheitliche, waren in dem einzigen Lande nicht nur teilnahmslos geduldet. Prag empfing uns als Verwandte.»

1 Heinrich Mann, «Ein Zeitalter wird besichtigt». Stockholm 1947, S. 472

Es war der damalige tschechoslowakische Außenminister Eduard Benesch, der am 9. April 1933 erklärte:

«Wir sind stolz darauf, den deutschen Flüchtlingen ein Asyl zu gewähren, wie einst Amerika, England und Frankreich stolz darauf sein konnten, den Verfolgten ein Asyl zu bieten.»

Zu diesen Zeiten waren die sozialen Probleme erst in unklaren Umrissen erkennbar.

Die Demokratische Flüchtlingsfürsorge blieb für wenige Monate die erste und einzige auf der Flüchtlingsszene. Weitere Fürsorgekomitees, alle mit deutlich erkennbarem politischem Charakter, bildeten sich während des Jahres 1933: z.B. die Sozialdemokratische Flüchtlingsfürsorge, geleitet von Wilhelm Sander, einem prominenten Parteifunktionär aus Sachsen, der sein Büro im Gewerkschaftshaus aufschlug. Diese Fürsorge unterstützte sozialdemokratische Parteimitglieder und bezog ihre Mittel aus dem internationalen Matteotti-Fonds, von den Bruderparteien in der Tschechoslowakei, von den Gewerkschaften und sicherlich auch aus dem geretteten Parteivermögen von 2 Millionen RM, das ein Student eines Tages über die Grenze des Riesengebirges brachte. Mein Freund Otto Friedländer, langjähriger Vorsitzender des Sozialistischen Studentenbundes, und ich trafen ihn kurz nach seiner Ankunft auf dem Wenzelsplatz, dem offenen Markt für den Austausch von Neuigkeiten und Gerüchten. Er erzählte, dass er soeben eine waghalsige Reise über die «grüne Grenze» beendet habe. Wir nickten verstehend, und Friedländer fragte neugierig, was er denn im Rucksack habe: «Das Vermögen der Partei», antwortete er. Wir lachten alle herzlich über diesen «Witz» und ahnten nicht, dass der Student die schlichte Wahrheit gesprochen hatte.

Eine weitere den Sozialdemokraten nahestehende Fürsorgestelle war die Unterstützungsabteilung für Flüchtlinge, die der Einheitsverband der Angestellten (vergleichbar mit dem Freigewerkschaftlichen Allgemeinen Angestellten-Verband) organisierte. Der SPD-Abgeordnete Siegfried Aufhäuser, Führer der freigewerkschaftlichen organisierten Angestelltenschaft, war in den fünf Jahren seines Prager Aufenthaltes in dieser Unterstützungsstelle tätig. Der Einheitsverband unterstützte solche politischen Flüchtlinge, die nachweisbar Angehörige von Mitgliederorganisationen des AFA (Allgemeiner Freier Angestelltenbund) waren.

Was die wachsende Zahl der sich in die Tschechoslowakei rettenden kommunistischen Flüchtlinge und ihre fellow-travelers anbetrifft, so begann am 15. Mai 1933 die Tätigkeit des Hilfskomitees für die deutschen Emigranten, das der bekannte tschechische Professor F. X. Saida gründete und bald als «Saida-Komitee» bekannt wurde.

Prag wurde in den Jahren 1933 bis 1938 ein Zentrum der politischen Emigration. Die SOPADE hatte hier ein relativ bescheidenes Büro, aber ihre geistigen Erzeugnisse wurden in der Druckerei der Karlsbader sozialdemokratischen Zeitung «Volkswille» hergestellt, wo die SOPADE das Verlagshaus Graphia gegründet hatte.

Da waren ferner: Max Seydewitz, der mit seinem Freunde Siegfried Aufhäuser die Gruppe der «Revolutionären Sozialisten» repräsentierte. Dieser Gruppe gehörte auch Karl Böchel aus Chemnitz an, früherer Vorsitzender des Sozialdemokratischen Landesverbandes. In Karlsbad, einem der wichtigsten Grenzsekretariate, welches nach dem westlichen Sachsen und Mitteldeutschland hinüberarbeitete, sass Willi Lange als Sekretär, der sich von der SOPADE unabhängig gemacht hatte. Ein Sturm der Kritik brach über die Köpfe der alten Parteiführer in Prag herein; die alte Linke forderte den Weg zurück zum Marxismus, zum Klassenkampf und zu den Konzeptionen der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Im August 1933 wurde die SOPADE durch den Druck der Linken gezwungen, zwei ihrer Führer in den Exilvorstand aufzunehmen: Karl Böchel und Siegfried Aufhäuser. Kaum glaubten die Sopadeer, die Opposition besänftigt zu haben, tauchte eine «neue Linke» auf, die ihre Ansprüche an die SOPADE ebenfalls in deutlicher Tonart stellte. Das waren die Neu-Beginnen-Leute, die den Kampf in Deutschland fortsetzten. Sie hatten wegen ihrer intensiven Tätigkeit innerhalb Deutschlands keine Zeit gehabt, ihren Führungsanspruch im Ausland geltend zu machen. Im Spätsommer 1933 pochten sie nun an die Türen und verlangten Einlass. In einer von Neu-Beginnen herausgegebenen Flugschrift hatte ein gewisser Miles den Fehdehandschuh hingeworfen; er spreche für die jüngeren Elemente der Partei, die die Gefahren vorausgesagt hätten und entsprechend vorbereitet gewesen seien. Sie hätten eine wirksame Widerstandsbewegung organisiert. Miles forderte den vollkommenen Bruch mit einer überlebten Vergangenheit und behauptete, dass die «jüngeren Kräfte», die sich um die Neu-Beginnen-Gruppe scharten, die Grundlage für eine erneuerte Partei seien, wenn dieser Versuch von den Parteimitgliedern im Exil nicht gehindert, sondern unterstützt werden würde.

Die Miles-Schrift erregte internationale Aufmerksamkeit. Sie bot offenbar eine dritte sozialistische Alternative zu den sozialdemokratischen und kommunistischen Wegen. Viele europäische Sozialisten waren durch das Schicksal der alten Partei erschreckt und enttäuscht und halfen, nach ideologischen und strategischen Auswegen zu suchen, und Miles schien einen solchen zu bieten. Die Gruppe erklärte, dass der Sieg des Faschismus in Deutschland ohne die «unheilvolle und absurde Politik der Kommunistischen Partei» nicht möglich gewesen wäre. Ohne Existenz der Komintern hätte es keine Spaltung gegeben, und Hitler hätte gegenüber einer einigen Arbeiterbewegung niemals siegen können. Gegenüber den «Genossen im Ausland» allerdings waren die Neubeginnler unerbittlich. Sie seien «völlig unfähig, den Bestand und die revolutionäre Arbeit der in Deutschland selbst unter dem faschistischen Regime allein in der Organisation des Kampfes für den Sturz des Faschismus dastehenden Partei zu gewährleisten». Die neue Linke wolle eine künftige Parteiführung, die inmitten der ernststen Gefahr des Kampfes selbst «die Formen und Methoden der antifaschistischen proletarischen Klassenbewegung entwickeln und anwenden» würde.

In den Jahren, da innerhalb der SOPADE und unter den emigrierten Mitgliedern der Partei sich verschärfende Richtungskämpfe ausgetragen wurden, waren nach Prag eine grössere Anzahl kommunistischer Flüchtlinge gekommen, die die Weisung hatten, unter anderem

die von mir geleitete Demokratische Flüchtlingsfürsorge zu «unterwandern». Da in der Tschechoslowakei die Fürsorge für die verschiedenen politischen Gruppen von den dafür gegründeten Komitees wahrgenommen wurde, hatte diese Infiltrierung unserer Fürsorge zwei Aufgaben: einmal die Kommunistische Partei in der Tschechoslowakei finanziell soweit wie möglich zu entlasten, zum anderen aber, was viel wichtiger war und im Sinne kommunistischer Taktik lag, sich Schlüsselstellungen innerhalb nicht-kommunistischer Einrichtungen zu verschaffen. Für kurze Zeit und im Hinblick auf das Neuland, das das Flüchtlingsdasein darstellte, gelang diese Täuschung auch zunächst. Im Jahre 1934 hatte ich einen Assistenten, der sich als Pazifist ausgegeben hatte, aber in Wirklichkeit ein strammer eingeschleuster KP-Mann war.

Bis zum 7. Weltkongress der Komintern im August 1935 war es die KP-Linie, eine «Einheitsfront von unten» zu schaffen. Dem diente auch der Einbruch in ein Fürsorgekomitee, welches Nicht-Kommunisten unterstützte, in der Mehrzahl Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei, der Gewerkschaften, ein paar Pazifisten, Bibelforscher, Strasser-Anhänger usw. Als aber Georgi Dimitroff, der Held des Reichstagsbrand-Prozesses, die «Einheitsfront von oben» proklamierte, schwenkten die in Prag amtierenden KP-Führer auf die neue Linie im Parademarsch ein. Auch die Emigration spürte die vibrierenden Ausläufer der französischen Volksfront, die sich in Paris anbahnte. Die Linkssektierer in der KPD wurden zensiert und am 30. Januar 1935 – dem 2. Jahrestag der Machtübernahme Hitlers – verkündete die KPD ihren Kampf «für die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten in Deutschland durch eine antifaschistische Volksfront unter der Führung der Einheitsfront des Proletariats ...»

Da es den Kommunisten nicht gelungen war, die Einheitsfront mit sozialdemokratischen Gruppen in Deutschland zu schaffen, begann der Frontalangriff auf die SOPADE mit einem offenen Brief des Zentralkomitees vom 11. Februar 1935, mit dem es «zur Herausgabe eines gemeinsamen Appells an die deutschen Arbeiter zur Bildung von Einheitskomitees» einlud. Die SOPADE war darauf bedacht, dass ihre in Deutschland verbliebenen Anhänger die politische Linie der Prager Genossen verstehen sollten. So schrieb die «Sozialistische Aktion», das illegale Blatt der SPD: Man wünsche ebenfalls die Einheit, glaube aber, ein grundsätzliches Übereinkommen mit dem Endziel einer gemeinsamen Aktion setze eine Verständigung über die Methoden voraus; solange die Kommunisten auf Unterwerfung bestünden, sei jede Art der «Einheit» unmöglich. Man verlangte von den Kommunisten Garantien gegen ständige Angriffe auf die SOPADE-Führer.

Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Emigration entfaltete eine ausgedehnte politische Tätigkeit. Obwohl solche Tätigkeit oft undurchsichtig war, lässt sich mit Sicherheit sagen, dass das Comité Mondial (Vorsitzender Henri Barbusse) eine der zahlreichen Organisationen war, mit und unter denen die Kommunisten operierten. 1933 gründeten sie den Untersuchungsausschuss über den Reichstagsbrand, der in London einen Gegenprozess abhielt. In Prag wurde von Bruno Frei (Pseudonym von Benedikt Freistadt) «Der Gegenangriff» herausgegeben, der später in Paris unter dem Namen «Deutsche

Volkszeitung» erschien. Willi Münzenberg, einer der wenigen Kommunisten, die sich für eine ehrliche Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte einsetzten, gründete den Verlag «Editions du Carrefour», in dem «Das braune Netz» und das «Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror» neben Büchern über die Verfolgung der Katholiken, Protestanten, Pazifisten und über die deutsche Aufrüstung erschienen. Münzenberg trennte sich von der Kommunistischen Partei, als die Anti-Trotzkisten Prozesse in den Jahren 1936/37 eine Scheidung der Geister erzwangen und alles Einheitsstreben der deutschen antifaschistischen Kräfte beendeten.

Neben diesen politischen Gruppen fand man noch eine Reihe mehr oder minder «unabhängiger» Kreise, wie die in Prag arbeitende Union für Recht und Freiheit, die zwar von einem sozialdemokratischen Sekretär – Otto Friedländer – geleitet wurde, aber von den Kommunisten initiiert und finanziert wurde.

In Prag erschien «Die Neue Weltbühne», zunächst unter der Leitung von Willi Schlamm, der daraus ein unabhängiges Blatt von hohem Niveau machte. Er wurde 1934 von Hermann Budzislawski abgelöst, der ein fellow-traveler (wenn nicht ein eingeschriebenes Mitglied) der KPD war, aber immer stolz seine sozialdemokratische Mitgliedskarte zückte, wenn Zweifel an seiner politischen Honorigkeit laut wurden. Obwohl Budzislawski mit den Kommunisten durch dick und dünn ging, bemühte er sich, einen Teil der alten Weltbühne-Autoren dem Blatt zu erhalten. Seine pro-kommunistische Haltung trat am sichtbarsten anlässlich der Säuberungs-Prozesse in den Jahren 1936/37 hervor. Als er dann in der letzten Augustwoche 1939 von dem Stalin-Ribbentrop-Abkommen überrascht wurde, schrieb er in der letzten erscheinenden Nummer der «Neuen Weltbühne» zwar einen kritischen Artikel, jedoch offenbar nicht ohne sich vorher mit seinen kommunistischen Freunden darüber verständigt zu haben.

Budzislawski war 1934 von Zürich nach Prag gekommen. Dort war er von der Witwe Siegfried Jacobsohns zum neuen Herausgeber der «Weltbühne» bestellt worden, da die Beziehungen zwischen dem damals trotzkistischen Willi Schlamm und Frau Edith Jacobsohn zu einer Reihe von Auseinandersetzungen geführt hatten, die meist mit Schlamms Rücktrittsdrohung endeten, die er dann, nachdem der Sturm abebbte, auf Bitten der Eigentümerin des Blattes zurücknahm. Als sich Anfang 1934 das Spiel wiederholte, war Willi Schlamm überrascht, aus Frau Jacobsohns Munde zu hören: «Ich nehme Ihren Rücktritt an und habe Hermann Budzislawski zu Ihrem Nachfolger bestellt.» Wutentbrannt fuhr Schlamm von Zürich nach Prag zurück, entschlossen, das Blatt nicht «auszuliefern». Den inzwischen nach Prag gekommenen Budzislawski liess er nicht in das «Neue-Weltbühne»-Büro hinein. So kam Budzislawski zu mir und bat um Hilfe. Frau Jacobsohn habe einen abgelaufenen deutschen Pass und könne mit demselben nicht rasch genug nach Prag kommen. Sie allein könne als Eigentümerin des Blattes den gordischen Knoten zerschneiden. Ich fuhr ins tschechoslowakische Auswärtige Amt und bat meinen Freund Ministerialrat Chmelaf um Hilfe. Frau Jacobsohns Pass wurde vom Konsul in Zürich visiert, sie kam, und Budzislawski konnte wenige Tage später das Blatt übernehmen. Ich hatte den Fall nicht nach politischen Sympathien, sondern menschenrechtlichen Prin-

zipien entschieden. Frau Jacobsohn hatte das Recht auf freie Bewegung, ob es Schlamm gefiel oder nicht.

Eine kleine, gut organisierte Oppositionsbewegung war die Sozialistische Arbeiterpartei, jener misslungene Versuch des Jahres 1931, aus allen sozialistischen und kommunistischen Splittergruppen in Deutschland eine neue Unabhängige Sozialdemokratische Partei zu schaffen. Die SAP veröffentlichte eine Halbmonatsschrift, «Die Neue Front». Ihre Mitglieder waren meist dogmatische Marxisten, zugleich sympathische und intégre Leute. Ihre geflüchteten Anhänger hatten alle echtes Solidaritätsbewusstsein, das auch dem Respekt abzwang, der die politischen Auffassungen dieser Gruppe nicht teilte. Die Stellungnahme zu Russland in den Jahren 1936/37 führte zur Spaltung, und infolge der Kriegereignisse kam es später zur völligen Auflösung dieser Gruppe.

Eine ethisch hochstehende Gemeinschaft war auch der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK), der aus der in Deutschland existierenden Nelson-Bewegung hervorgegangen war. Professor Nelson, ein Sozialdemokrat, kam zur Gründung einer eigenen Bewegung, als der Sozialdemokratische Parteivorstand ihm die Zusammenfassung seiner Anhänger innerhalb der Partei «verbot». Der Nelsonismus kann als die Lehre des ethischen Sozialismus bezeichnet werden, und viele seiner Anhänger hielten auch in der Emigration an seinen Prinzipien fest. In Paris veröffentlichte der ISK die «Sozialistische Warte».

Von den kommunistischen Absplitterungen muss vor allem Willi Münzenbergs Gruppe erwähnt werden, die sich um die von ihm 1938 gegründete Wochenschrift «Die Zukunft» sammelte. Daneben hielt Münzenberg noch seine Verlegertätigkeit aufrecht. «Die Zukunft» (1938-1940) bemühte sich, die grossen Perspektiven der damaligen europäischen Politik aufzuzeigen und warnte die Demokratien vor den immer stärker sichtbaren Gefahren. Zu Mitarbeitern an dieser Wochenschrift zählten: Anthony Eden, Winston Churchill, hervorragende Franzosen und viele emigrierte deutsche Schriftsteller. Mit seinen aus der KP ausgeschiedenen Freunden gründeten Münzenberg eine Freundesgruppe um «Die Zukunft».

Ausserdem schuf er eine neue Deutsch-Französische Gesellschaft. In einem von dem schwedischen Finanzier Olaf Aschberg erhaltenen Klub, «Circle des Nations», entwickelte Münzenberg ausserdem eine politisch-gesellschaftliche Aktivität. Hugo Simon, Bankier aus Berlin, hatte auf Münzenbergs Anregung einen anderen Klub gegründet, der in den gleichen Räumen zusammenkam. Wie immer bei solchen Gelegenheiten sass Willi Münzenberg bescheiden in der letzten Reihe als der «schüchterne Gast», dem es gerade noch gelungen war, sich im letzten Augenblick in die Reihen der Auserlesenen hineinzuschmuggeln.

Von den Sozialdemokraten aus dem Rheinland wurde bis zur Saarabstimmung 1935 die «Deutsche Freiheit» in Saarbrücken als Tageszeitung unter der Chefredaktion Wilhelm Sollmanns herausgegeben. An diesem Blatt arbeiteten Hitler-Flüchtlinge mit, aber es war bis zur Saarabstimmung kein reines Emigrantenorgan. Nach der Abstimmung gab Max Braun, der Führer der saarländischen Sozialdemokraten, von Paris aus eine Zeitlang die «Deutsche Freiheit» als Wochenblatt mit finanzieller Unterstützung Willi Münzenbergs heraus, aber das Erscheinen des Blattes musste eingestellt werden, als Münzenberg eine

eigene Wochenzeitung, «Die Zukunft», in Paris begründete. Braun begnügte sich mit einer Tageskorrespondenz mit zeitweilig angreifbarem Material über Deutschland, welches oft von Genevieve Tabouis in ihren täglichen Artikeln im «L'Oeuvre» benutzt wurde.

Otto Strasser, Exnationalsozialist und Führer der Schwarzen Front, gab seine eigene Wochenzeitung, «Deutsche Revolution», in Prag heraus, die aber unter dem Druck der finanziellen und politischen Verhältnisse 1938 einging. Mit Otto Strasser kooperierte in Prag eine Gruppe, die sich Volkssozialisten nannte. Sie waren der Ansicht, dass die alte Sozialdemokratie die Bauern und das Kleinbürgertum vernachlässigt habe und der vitale Begriff «Nation» und seine potentielle Kraft von der gesamten Linken ständig übersehen worden sei.

Das Bild der deutschen Emigration wäre nicht vollständig, wollte man die nichtparteigebundenen politischen Flüchtlinge unerwähnt lassen. Zu diesen gehörten vor allem grosse deutsche Schriftsteller, wie Thomas Mann, sein Bruder Heinrich, Franz Werfel, Bruno Frank, Carl Zuckmayer und Lion Feuchtwanger. Von den nicht parteigebundenen Politikern muss man an erster Stelle Hellmut von Gerlach und Oscar Cohn nennen. Beide gehörten dem Vorstand der Deutschen Liga für Menschenrechte an. Cohn war Sozialist und Zionist. Sie starben beide im Jahre 1935. Unter den exilierten Professoren stand an erster Stelle Albert Einstein; Deutschland hatte mehr als 2'500 Professoren und Wissenschaftler vertrieben.

Ein kleiner Kreis von Flüchtlingen, der nie einen Führungsanspruch erhob, sah seine Aufgabe in Folgendem: 1. Der Welt über die Hitler-Gefahr die Augen zu öffnen und vor einer Politik zu warnen, die als «appeasement» in die jüngste Geschichte eingegangen ist. 2. Alle erdenklichen Schritte zu ergreifen, um den Opfern des Nazismus innerhalb und ausserhalb Deutschlands zu helfen. 3. Für ein sozial befriedigendes Asylrecht in den Empfangsländern einen gemeinsamen Kampf zu führen.

Die gemeinsame Erfüllung dieser drei Aufgaben hätte die Aktivität einzelner politischer Gruppen in keiner Weise beeinträchtigt und sie nicht von ihrer illegalen Tätigkeit abgehalten; die Verwendung des gesammelten Tatsachenmaterials hätte jedoch nach gemeinsamen Gesichtspunkten erfolgen müssen. Alles, was auf dem Gebiete der Materialsammlung geschah, war uneinheitlich, die Ergebnisse oft widerspruchsvoll und häufig parteipolitisch gefärbt. Zweifellos sind über die deutsche Aufrüstung wertvolle Mitteilungen z.B. in Erich Rinnens «Grünen Sopade-Berichten» veröffentlicht worden, aber in Debatten der geflüchteten sozialdemokratischen Gemeinschaft kamen Zweifel darüber zum Ausdruck, ob Veröffentlichungen über die deutsche Aufrüstung vom «nationalen» Gesichtspunkt erlaubt seien.

Die unsichere Existenzbasis der Flüchtlinge erzeugte eine Neurose, die, wie die Geschichte aller politischen Emigrationen lehrt, zu übertriebenen und unwahren Anklagen eines «Führers» gegen den anderen führte. Zersplitterung und ein haarspalterischer ideologischer Kampf sind die Folgen der Entwurzelung und der Niederlage. Wenn die ökonomischen Schwierigkeiten für den Flüchtling beseitigt sind, wenn eine geordnete Nieder-

lassung möglich wird, gehen diese Krankheitserscheinungen zurück. Die Menschen sind Produkte der Verhältnisse, und Flucht und Entwurzelung sind Ursachen für den Kampf untereinander. Die deutsche Emigration konnte von diesen Krankheitserscheinungen nicht verschont bleiben, obwohl sie in den bitteren Notlagen, wie z.B. in Frankreich, einen erstaunlichen Grad solidarischen Zusammenhaltens aufbrachte.

Die Voraussetzungen für einen konstruktiven politischen Beitrag der deutschen politischen Flüchtlinge als Gesamtheit waren dagegen nicht gegeben. Die Strukturunterschiede waren zu gross. Führende konservative Männer des deutschen politischen Lebens, wie der ehemalige Reichskanzler Heinrich Brüning oder der ehemalige Minister Hans von Treviranus oder der frühere Nationalsozialist Hermann Rauschning, konnten nie politischer Bestandteil der Mehrheit der deutschen Flüchtlinge, wie gespalten auch immer, werden.

Die europäischen Empfangsländer haben bis zum Ausbruch des Krieges im September 1939 die politischen Flüchtlinge geduldet, aber sie in ihrer Aktivität gegen den Nationalsozialismus kaum ermutigt, oft ihre Tätigkeit gehindert. In der Schweiz war es den politischen Flüchtlingen nicht möglich, eine Aktivität zu entwickeln, ja das Schreiben in Schweizer Blättern war ihnen sogar verboten. (Der bekannte Schriftsteller Robert Jungk, der in der Schweiz eine Korrespondenz herausgab, wurde wegen Durchbrechung des Arbeitsverbots verhaftet und sass für ein paar Wochen im Gefängnis.)

In Frankreich war die Lage wechselnd. Einzelne politische Gruppen, wie die von Willi Münzenberg und Max Braun, wurden zeitweise von der Regierung gefördert. Man bediente sich auch deutscher Flüchtlinge, wie Hans Jacob und seiner Mitarbeiter, für Radiopropaganda über den Strassburger Sender. Als Herr von Ribbentrop im Dezember 1938 in Paris zu Besuch erschien, wurden viele politische Flüchtlinge für die Dauer des Besuchs eingesperrt, und ebenso erging es ihnen in Italien, als Adolf Hitler den Duce besuchte. Alles das aber war nur der Beginn einer blutigen, tränenreichen, opfervollen Zeit!

3. Zufluchtsland Tschechoslowakei

«... Ich wünsche Ihnen ..., dass Sie in absehbarer Zukunft Ihre Tätigkeit in Deutschland wieder aufnehmen können im Interesse Ihres Vaterlandes und der europäischen Befriedung. Bis dahin möge es Ihnen bei uns gut ergehen.»

Dr. Eduard Benesch in einem Brief vom 13. Juli 1934 an den Verfasser.

Obwohl in den ersten Monaten des Jahres 1933 die politischen Flüchtlinge in der Mehrheit waren, bereiteten das Sozialinstitut der Jüdischen Gemeinde und die Hicem sich frühzeitig auf den Ansturm vor, der unweigerlich kommen musste.

Ein jüdischer Flüchtlingsstrom setzte nach dem 1. April 1933 ein, ebte dann ab und wuchs langsam bis zu den antijüdischen Gesetzen im September 1935, als Hunderte jüdischer Flüchtlinge ins Land kamen. Ende Juni 1936, heisst es in einem Bericht, hat die Tschechoslowakei 8'000 Flüchtlinge aufgenommen, von denen 6'000 weiter emigrierten. Für Prag ergab sich das folgende Zahlenbild:

Registrierte Deutsche) Emigranten der ČSR¹ (in

	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Januar				1363	1567	1397
Februar		1497		1449	1574	1365
März				1430	1494	1391
April				1491	1493	1338
Mai				1492	1511	1216
Juni	801			1470	1446	1207
Juli				1754	1442	1252
August				1717	1472	1432
September				1746	1500	
Oktober				1695	1422	
November		2014	1347	1680	1427	
Dezember			1444	1594	1399	

Der durchschnittliche jüdische Anteil betrug 40 Prozent. Die jüdische Fürsorge bzw. die Hicem (zuständig für Auswanderung) taten alles, um die Flüchtlinge in anderen Ländern – USA, Kanada, Palästina, Südamerika – endgültig anzusiedeln, während die politischen Flüchtlinge, wie gesagt, auf ihren unausgepackten Koffern sitzen blieben und auf das Wunder von Hitlers Sturz warteten.

Die individuellen Hilfskomitees waren von einander unabhängig; aber es gab viele Fragen, an denen alle interessiert waren; sie betrafen die juristische Stellung im Lande, das

1 Nach: Bohumil Cerny, «Komitety pro pomoc nmecké emigraci v ČSR (1933-38)». In: «Ceskoslovenský asopis historicky». Rocnik XV, 1967, S. 277

Asylrecht, die alle Flüchtlinge bekümmernde Frage des Reisepasses, den Status der Neugeborenen, die Arbeitserlaubnis und viele andere Probleme. Die in den Fürsorgekomitees tätigen Funktionäre waren mehr und mehr an dem Austausch von Erfahrungen und Informationen interessiert, und schliesslich waren auch, obwohl selten, Möglichkeiten gemeinsamer Mittelbeschaffung vorhanden, wie beispielsweise von der Internationalen Roten Hilfe oder dem American Joint Distribution Committee, das eingefrorene Kronenbeträge in der ČSR zur Verfügung hatte, von denen die Demokratische Flüchtlingsfürsorge einmalig 12'000 KC erhielt.

Der Vorschlag zur Bildung eines Koordinierungskomitees kam vom Auswärtigen Amt. Es sollte vermieden werden, dass jedes einzelne Komitee mit denselben Interventionen bei den tschechoslowakischen Behörden vorstellig würde. So gründeten im Herbst 1933 die zu dieser Zeit funktionierenden Hilfskomitees das Koordinationskomitee mit dem französischen Namen: Comité National Tschécho-Slovaque pour les Réfugiés provenant d'Allemagne. Zur Vorsitzenden wurde Marie Schmolka von der Hicem, ich wurde zum Exekutivsekretär gewählt. Beide Posten waren ehrenamtlich. Das Comité National trat monatlich mindestens einmal zusammen, darüber hinaus natürlich in allen Fällen dringender Notwendigkeit. Wiewohl ideologisch die Ansichten der Mitglieder sehr weit auseinander gingen, hat die Körperschaft zusammengehalten und sich bewährt. Anlässlich der im Juli 1936 vom Hochkommissar für deutsche Flüchtlinge für die Ausarbeitung eines Flüchtlingsstatutes nach Genf einberufenen Konferenz bereitete das Comité National zum Beispiel ein Memorandum² vor, das einen objektiven Überblick über die Situation der Flüchtlinge im Sommer 1936 gibt.

Der Flüchtling aus Deutschland, heisst es in dem Memorandum, «ist genau wie jeder andere Ausländer dem Gesetz vom 28. März 1935, SLg. Nr. 52 über den Aufenthalt von Ausländern und der dieses ergänzenden Regierungsverordnung vom 26. Juli 1935, SLg. Nr. 143 unterworfen.

Danach ist jeder alleinstehende Ausländer, der die Absicht hat, sich länger als zwei Monate in der Republik aufzuhalten, verpflichtet, um eine dementsprechende Bewilligung nachzusuchen, über die die Landesbehörde zu entscheiden hat. Flüchtlinge, die ohne Passdokument nach der Republik kommen, müssen innerhalb der ersten sechs Tage ein Gesuch um Aufenthalt ohne Pass einreichen ...

Die praktische Durchführung dieser fremdengesetzlichen Bestimmungen für die deutschen Emigranten sieht folgendermassen aus:

- a) Dasjenige Komitee, welches den Flüchtling nach gewissenhafter Prüfung anerkennt, ohne dass damit gleichzeitig eine Unterstützungsverpflichtung eingeschlossen ist, stellt einen Evidenzbogen in doppelter Ausfertigung aus, der als Beweis der Anerkennung der Flüchtlinge von den Komitees ausgegeben wird. Ausserdem erhält der Flüchtling die für die Behörden notwendige Evidenzkarte (in vierfacher Ausfertigung), das Aufenthaltsgesuch und im Falle, dass der Flüchtling keinen Pass besitzt, ein zweites Gesuch mit der Bitte, sich *ohne* Pass in der Republik aufhalten zu dürfen.
- b) Diese Papiere werden von der Meldestelle für Flüchtlinge nach erfolgter zweiter Kontrolle viertelt.

² Dieses hektografierte Memorandum befindet sich im Besitz des Verf.

- c) Erst dann erfolgt die Protokollierung bei der Fremdenpolizei; die Zweitschriften der Gesuche werden abgestempelt und der Flüchtling muss nun die Entscheidung der Landesbehörde abwarten ...»

In dem Memorandum wird davon gesprochen, dass das Asylrecht in der Tschechoslowakei – nur «ein Gewohnheitsrecht» sei, der Innenminister habe aber am 5. Oktober 1934 die Gleichstellung politischer und rassischer Flüchtlinge ausgesprochen, als er verfügte, «dass die Behörden deutsche Bürger nichtarischer Abstammung *nichts* nach Deutschland ausweisen dürfen, auch wenn es sich nicht um *politische* Flüchtlinge handelt.»

«Wenn Emigranten eine umfassende politische Tätigkeit entfalten oder sich gar in unsere inneren Verhältnisse einmischen, werden sie ausgewiesen, jedoch niemand in das Land seiner Staatsangehörigkeit.»

Das Asylrecht war damit zwar praktisch anerkannt, aber in keiner gesetzlichen Bestimmung verankert. Schon damals wollten die Flüchtlingskomitees das Asylrecht «zum international kodifizierten Recht» erhoben wissen. Nicht weniger wichtig war das soziale Problem. Das Asylrecht ist keine formaljuristische Angelegenheit. Es existiert erst wirklich, wenn auch die *soziale* Seite gelöst ist.

Schliesslich beschäftigten wir uns mit dem Problem der jüdischen Flüchtlingskinder (Neugeborene, Schulpflichtige, Schulentlassene). Im Jahre 1937 versuchte ein besonderes Kinderkomitee, zumindest den Jugendlichen Erholungsaufenthalt in Zusammenhang mit dem Schweizer Komitee für Kinderhilfe zu verschaffen. Uns beschäftigte die Zukunft der Jungen, die weder einen Beruf erlernen, noch einen solchen ausüben konnten. Der Gedanke, dass die emigrierte Jugend erwerbslos bleiben sollte, war unerträglich.

Ende 1935 hatten, nach Verlautbarung des Hohen Flüchtlingskommissars, 65'000 Menschen Deutschland verlassen, darunter 40'000 bis 45'000 Juden, 5'000 bis 6'000 Sozialdemokraten, 6'000 bis 8'000 Kommunisten, 2'000 Pazifisten, Parteilose, 1'000 Katholiken und eine nicht nach Partei oder Rasse bestimmbare Gruppe von 2'000, zu denen noch 4'000 Saar-Flüchtlinge hinzuzurechnen sind.

Es gab eine Überseeauswanderung von 28'000 Flüchtlingen, der Rest verteilte sich auf verschiedene Länder in Europa einschliesslich Russland, wo nur 500 Kommunisten aufgenommen wurden.

Das Jüdische Hilfskomitee hatte für 18 Monate einen Rechenschaftsbericht ausgegeben, aus dem hervorgeht, dass von dem Prager Zentralkomitee 3'800, in Brünn und anderen Städten etwa 1'500 Flüchtlinge und Emigranten betreut wurden. «In den ersten drei Monaten betragen die Kosten für einen Emigranten (Logis, Essen und Wäsche) etwa 15 Kc täglich. Als dann der Zustrom beängstigend wuchs, mussten die Ausgaben sukzessive auf 8 Kc herabgesetzt werden.» Aus dem Finanzbericht dieses Komitees ist ersichtlich, dass

es 3'800'000 Kronen einnahm. Für die Nothilfe wurden ca. 1'700'000 Kc ausgegeben, für konstruktive Hilfe insgesamt 1'036 Kc.

Bis Juni 1936 hatte die Sozialdemokratische Flüchtlingshilfe 1'070'000 Kc verbraucht, davon 900'000 Kc in bar. Der monatliche Gesamtaufwand betrug etwa 60'000 Kc; der Durchschnitt der unterstützten Flüchtlinge 220 bis 225. Der Unterstützungssatz eines Flüchtlings betrug 200 Kc im Monat. Verbilligungen wurden durch Wohnungsheime und Wohngemeinschaften geschaffen. Die Sozialdemokratische Flüchtlingshilfe richtete das von Kapitän Voska zur Verfügung gestellte Hotel in Zbraslav ein. Auch in den Kollektiven wurde ein Monatssatz von 200 Kü durchgehalten.»

Unter den politischen Flüchtlingen war eine grosse Anzahl, die den freien Gewerkschaften in Deutschland, die seit dem 2. Mai 1933 aufgelöst wurden, angehörten. Soweit es sich um Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten, des Bundes der technischen Angestellten und Beamten und des Deutschen Werkmeisterverbandes handelte, war für diese relativ beschränkte Zahl von Flüchtlingen der Einheitsverband der Privatangestellten eingetreten. Die Zahl der von diesem durchschnittlich Unterstützten kann mit 75 bis 78 angegeben werden. Der Flüchtling erhielt durchschnittlich eine Barunterstützung von 210 bis 240 Kronen.

Bezüglich der übrigen Gewerkschaftsflüchtlinge haben die tschechoslowakischen Gewerkschaften sich darauf beschränkt, örtlich oder zentral, gewisse Zuschüsse an die Sozialdemokratische Flüchtlingsfürsorge zu geben. Da aber in den Gewerkschaften nicht nur Parteimitglieder, sondern auch andere organisiert waren, haben die Gewerkschaften ab 15. März 1934 32 bis dahin von der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge unterstützte Flüchtlinge übernommen. Von diesen Gewerkschaftsflüchtlingen wurde eine Anzahl aus der Unterstützung entlassen, und für den Rest von 21 Flüchtlingen zahlte die Gewerkschaftskommission 3'900 Kc pro Monat.

Für die Mitglieder von Splitterparteien und für die Pazifisten blieben somit als Zufluchtsstätten der Fürsorge das Hilfskomitee für deutsche Emigranten (Saida-Komitee) und die Demokratische Flüchtlingsfürsorge übrig.

Obwohl die Kommunisten das Saida-Komitee als eine «bürgerlich parteilose» Hilfsorganisation aufgezogen hatten, waren die entscheidenden Leute linientreue Kommunisten, so der Gewerkschaftsführer Georg Kohn. Im Büro im Palais Fenix, am oberen Ende des Wenzelsplatzes, arbeiteten deutsche Kommunisten. Gertrud Albrecht charakterisiert in einer Studie «Über die Solidarität der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei für deutsche antifaschistische Emigranten während der Nazidiktatur in Deutschland»⁴ die Zusammensetzung des Saida-Komitees wie folgt:

«Im Komitee bestanden drei Gruppen, die eine stand dem Aussenministerium nahe und verfügte über wertvolle Verbindungen und grosse Finanzmittel, die zweite konstituierte sich aus linksgerichteten tschechischen Intellektuellen, die dritte wurde von Kommunisten und mit ihnen Sympathisierenden gebildet.»

4 In: «Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald». Jg. XIV, 1965, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Nr. 2/3, S. 347-353

Es war die dritte Gruppe, die die politische Linie des Saida-Komitees bestimmte, welches, wie alle anderen, mit den zwei Hauptproblemen zu tun hatte: Legalisierung der Flüchtlinge und ihre Versorgung; später, nur zögernd, versuchte es auch für Auswanderung und Rettung zu sorgen. Die Rote Hilfe wurde im März 1932 in der Tschechoslowakei verboten, und das Saida-Komitee war daher zunächst der gegebene Ausweg. Aber dieses mehr auf die intellektuelle linke Flüchtlingsgemeinschaft zugeschnittene Fürsorgekomitee bedurfte mit dem zunehmenden Flüchtlingsstrom nach Auffassung der KP-Leute einer Ergänzung. So gründete die Partei Ende 1933 die Vereinigung zur Unterstützung der antifaschistischen Emigranten, deren Büro in der Ruzova 17 gelegen war. Als 1935 das Verbot der Roten Hilfe aufgehoben wurde – ein Resultat des russisch-tschechoslowakischen Paktes –, konstituierte sich 1935 die überparteiliche tschechische und deutsche Massenorganisation «Solidarität», Vereinigung zur Verteidigung der Rechte und für soziale Hilfe, mit vielen Zweigstellen im Lande, aus deren Mitteln die KP-Flüchtlingsorganisation gespeist wurde. Sie erhielt auch Mittel von der Moskauer Internationalen Roten Hilfe, die – ein einziges Mal – einen Betrag von 60'000 Kc allen Flüchtlingskomitees (einschliesslich dem jüdischen) im Jahre 1936 zur Verfügung stellte. Nur die Sozialdemokratische Flüchtlingsfürsorge lehnte die Annahme des auf sie entfallenden Anteils ab. Die Mittelbeschaffung für die politischen Flüchtlinge war eine der am schwierigsten zu bewältigenden Aufgaben. Die Demokratische Flüchtlingsfürsorge wandte sich vor allem an deutschsprachige liberale Kreise und die Freimaurerlogen; das Saida-Komitee an einen ähnlich orientierten Kreis, vornehmlich Linksintellektuelle, während der Einheitsverband der Angestellten für eine beschränkte Gruppe aus eigenen Gewerkschaftsmitteln Unterstützung gab, die über das Niveau aller anderem Komitees hinausging. Während das Innenministerium und die Polizei die Hitler-Flüchtlinge mehr oder weniger wohlwollend tolerierten, war das Auswärtige Amt in jeder Beziehung hilfreich. Nicht nur, dass publizistische Tätigkeit, wie z.B. «Das Neue Tagebuch» (Leopold Schwarzschild), Dr. Wolfgang Bretholz, Otto Lehmann-Russbüldt mit wenn auch relativ bescheidenen Summen unterstützt wurden, auch die Demokratische Flüchtlingsfürsorge und das Saida-Komitee erhielten finanzielle Hilfe, die monatlich um 8'000 bis 10'000 Kc lag, später aber reduziert wurde.⁵ Am 13. Januar 1934 wurden 50'000 Kc, ein anderes Mal 100'000 Kc für «deutsche Emigranten» der Kasse des Auswärtigen Amtes entnommen.

Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass die Demokratische Flüchtlingsfürsorge vom Auswärtigen Amt bis zu meinem Weggang aus Prag am 3. August 1938, mit insgesamt 600'000 Kc unterstützt wurde. Wie notwendig diese Unterstützung war, geht aus einem SOS-Aufruf hervor, den ich am 15. Februar 1934 im «Aufruf», Prag, veröffentlichte:

«Die Demokratische Flüchtlingsfürsorge in Prag steht unmittelbar vor dem Zusammenbruch, wenn nicht im letzten Augenblick Hilfe kommt. Sie hat 285'000 Kc aufbringen können und verausgabt. Nahezu 35'000 Mittag- und Abendessen wurden von ihr ausgegeben und ausserdem wurde für die Bekleidung der Flüchtlinge gesorgt. In Zahlen ausgedrückt sind mindestens 375'000 Kc in Werten

⁵ Vgl. Bohumil Cerny, a.a.O., Fussn. S. 287

aufgebracht und verausgabt worden. (Die hierbei aufgewendeten Unkosten für Gehälter, Telefon, Porto belaufen sich auf 2'300 Kc im Monat.) Jetzt steht diese Flüchtlingsfürsorge vor der Frage, zunächst durch Entlassungen von nahezu 30 Flüchtlingen sich noch einige Wochen am Leben zu erhalten und am 15. März ihre Tore ganz zu schliessen. In einem Augenblick, in dem durch eine internationale Behandlung des Flüchtlingsproblems zumindest die Aussicht, wenn nicht gar die Wahrscheinlichkeit besteht, dass man den Versuch machen wird, dieses Problem in seiner Gänze zu lösen, muss die «Demokratische Flüchtlingsfürsorge» ihr Fürsorgewerk einstellen. Damit würde für die 120 von ihr Betreuten ein Vakuum entstehen, das den Untergang bedeuten kann. Man vergegenwärtige sich: Was sollen die ausgesteuerten Flüchtlinge in einem fremden Lande ohne ausreichende Ausweispapiere, ohne die geringste Aussicht einer Arbeitsmöglichkeit tun? Wenn es auch wirklich einigen gelingt, sich durchzuschlagen, so wird die Mehrzahl der Flüchtlinge zwangsläufig ein Objekt der Behörden werden. Am Ende werden die Flüchtlinge wieder in Prag erscheinen, und das grausame Spiel kann von Neuem beginnen ...»

Dieser Notappell beleuchtet die damals vorherrschende Situation in einem Lande mit eigenen ernststen sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Hinzu kam die nach Ablauf einer gewissen Zeit einsetzende Apathie gegenüber den Flüchtlingen. Unter diesen Umständen war es in der Tat bemerkenswert, dass die Arbeit der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge, wie aller anderen Fürsorgen, bis zum bitteren Ende am 15. März 1939 dennoch weitergeführt werden konnte. Der obige Appell hatte, wie viele andere in den folgenden Jahren, seine Wirkung. Irgendwie geschah immer ein Wunder.

Bis zum 28. Februar 1938 hatte die von keinerlei Parteien abhängige Demokratische Flüchtlingsfürsorge fast eine Millionen Kronen aufgebracht – ein Betrag, der bis zum 15. März 1939 um weitere 500'000 Kc stieg. Fast 200'000 Essenportionen wurden verteilt; Kohle, Bekleidung beschafft, für ärztliche und zahnärztliche Hilfe gesorgt. Allein für die Jahre 1933 bis 1937 registrierte die DFF 30'000 Sprechstundenfälle und legalisierte 4418 Flüchtlinge. Aus dem Bericht der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge⁶ zitiere ich zwei Absätze, die das Unterstützungsproblem, auch für alle anderen Hilfskomitees gültig, beleuchten:

«Die Unterstützung für Flüchtlinge erfolgte auf zweierlei Weise: 1. durch vollkommene Erhaltung des Flüchtlings, 2. durch zusätzliche Unterstützung. Diejenigen, welche wir vollkommen unterhielten, haben wir, bereits beginnend mit Juni 1933, in Kollektiven untergebracht, von denen sich gegenwärtig noch zwei in Prag-Zabehlice befinden. Die Flüchtlinge, welche wir zusätzlich unterstützen, d.h. solche, die ausserhalb der Kollektive wohnen, erhalten monatlich einen Geldbetrag, der 120 Kc nicht übersteigt, ausserdem Naturalien, wie Kohle, Lebensmittelspenden (durch Vermittlung der Old-Fellow-Logen) und Sachspenden. Der Durchschnittssatz der Unterstützung betrug pro Tag:

März	1933	16,00 Kc
Juni	1933	11,- Kc
Mai	1934	6,50 Kc
	1938	4,50 Kc

Wir haben die Unterstützung nur als eine vorübergehende Hilfsmassnahme angesehen und versucht, den von uns betreuten Menschen Arbeit oder Auswanderung zu verschaffen ...

6 «Fünf Jahre Flucht, Not und Rettung». Prag 1938, S. 14-15

Die Demokratische Flüchtlingsfürsorge unterstützte in der ersten Periode ihrer Tätigkeit 295, später 150, 1938 dagegen noch ca. 60 Flüchtlinge ...»

Das Saida-Komitee hatte z.B. in einem Gesuch vom 24. Mai 1938 an das Innenministerium in einer Bitte um Unterstützung mitgeteilt, dass es «in letzter Zeit in Schwierigkeiten» geraten wäre, da es bestimmte Kollektivheime «in aller Eile» räumen musste. Man habe für die Flüchtlinge nur notdürftige Unterkunft finden können. Neue, dauernde Unterkunft, Erhöhung der Zahl der befürsorgten Flüchtlinge auf 127 machen eine Subvention aus staatlichen Mitteln in Höhe von 50'000 Kc notwendig.

Ein Fragebogen der Prager Polizei vom 22. Oktober 1937, der nur an die kommunistisch orientierten Hilfskomitees ging, bezeichnet die «politische Färbung» der Organisation als kommunistisch, und über die Quelle der Geldmittel heisst es: «teils Mitgliedsbeiträge, teils Geschenke... von Privatpersonen, Korporationen, Firmen usw.»; aber die Antworten sagten nichts aus über die laufende Unterstützung vom Auswärtigen Amt. Monatliche Einnahmen und Ausgaben seien mit 15'000 Kc angegeben. Es bestünde eine Schuldenlast von 15'000 Kc. Die Zahl der Befürsorgten sei 90, von denen 86 in Heimen im Schloss Msec und in Slaneho untergebracht seien.

Nach dem Schreck unserer plötzlichen Entwurzelung und Verpflanzung nach Prag hatten wir uns, trotz Hitler und der nahen, bedrohten und drohenden Grenze, eingelebt. Wohl keiner hat diese wundersame Stadt, die sich schnell einen Platz in unseren Herzen eroberte, innerlicher beschrieben als Rudolf Olden in seinem Essay «Kleiner Abschied»⁷.

Das Flüchtlingsdasein war mit vielen Dauersorgen verknüpft, aber irgendwie fühlte man sich in Prag geborgen, und wir wanderten oft durch die alten Gassen und Gässchen, erklimmen den Hradschin, die Burg, wo Thomas G. Masaryk und später Eduard Benesch residierten. Wir empfanden dankbar, dass es uns auch in bescheidensten Verhältnissen in der Freiheit besser ging als in dem Zuchthaus Hitlerdeutschland.

Der Kreis der Verfolgten war sich nähergerückt. Es gab natürlich Gegensätze, Klatsch und Gerüchte gingen umher und verursachten Ärger. Welcher Flüchtlingssekretär kann es allen recht machen, zumal wenn seine Fürsorge nicht über unerschöpfliche Mittel verfügt? Die Unzufriedenen aber waren glücklicherweise die Minderheit.

Unter den Flüchtlingen fand man wunderbare Typen. Da war unter anderem Max Mertin, ein SAP-Mann aus Breslau, eine goldene, treue Seele. Mertin war Arbeiter, etwa vierzig Jahre alt und in der sozialistischen Bewegung gross geworden. Sein Opfersinn für die Genossen und die Sache war grenzenlos. Er ging freiwillig nach Spanien und kämpfte gegen Franco, kam nach der Niederlage nach Frankreich und ist seitdem verschollen. Da gab es andere: die Brüder Otto und Wilhelm Plässmann, von denen der eine als einziger eine Arbeitserlaubnis als Mechaniker erhielt. Willi Rottenfusser, der nach Bolivien ging und umkam, weil nach einem Schlangenbiss im Urwald ärztliche Hilfe nicht rechtzeitig kam. In der Tat, es waren nicht die schlechtesten Menschen, die die Nazis vertrieben hatten ...

7 In: «Das Neue Tagebuch». Ausg. vom 7. Sept. 1939

In V Haji 30, wo ich mit meiner Familie in Prag bis zum Einbruch der Münchener Katastrophe wohnte, lebte auch Dr. Hermann Zucker, der letzte Chef des Berliner «8-Uhr Abendblatt», mit seiner Frau Tilly und deren Sohn Gert aus erster Ehe. Über uns wohnte Georg Fuchs von der «Leipziger Volkszeitung» mit seiner Frau.

Wir hatten Gäste, wir lachten und diskutierten – und wir prophezeiten. Man sass auch zuweilen wie die Tante Sofie auf dem Sofa und nahm übel, wenn man nicht zu einer «Gesellschaft» im Hause eingeladen war. Dann wurde am nächsten Tag grollend gefragt, wie denn der gestrige Abend verlaufen sei, und das Warum der Nichteinladung konnte der Betreffende aus Ton und Geste sofort entnehmen.

Die schwere Zeit kompensierte uns gleichsam mit Episoden, damit wir das Lachen nicht verlernten. Immerhin, Jaroslav Hasek hat den «Soldaten Schwejk» nicht erfunden, er hat ihn nur lebendig gemacht...

Einer besonderen Belastungsprobe auf dem Gebiete des Flüchtlingswesens war die Tschechoslowakische Republik nach der Besetzung Österreichs ausgesetzt. Das rettende Pressburg erreichten Flüchtlinge von Wien mit der Strassenbahn in nur vierzig Minuten. Bis zum 11. März 1938, 19 Uhr, war die Grenze normal geöffnet, um dann hermetisch geschlossen zu werden. Man konnte aber diese Massnahme nicht allein als einen Akt der Intoleranz gegen weitere Emigrantenzuwanderung interpretieren; denn wer konnte in jenen Abendstunden abschätzen, welch grösserer Wahnsinnsakt dem gegen Österreich damals folgen würde?

Die Sperre wurde leider nicht aufgehoben, als die Limitierung des Hitler-Abenteuers klar wurde. Den illegal nach der Tschechoslowakei kommenden Flüchtlingen wurden die grössten Schwierigkeiten gemacht. Hatte man für die deutsche Emigration ein wohlthuendes, durchaus nachahmenswertes System gefunden, den Flüchtling von einem im Lande tätigen Hilfskomitee überprüfen und diese Überprüfung bei einer zentralen Meldestelle registrieren zu lassen, um dann die Aufenthaltsgesuche bei der Polizei anzunehmen, das Protokoll zu fertigen und so dem Flüchtling die Legalisierung zu ermöglichen, wollte man sich durch die österreichischen Ereignisse keine neue Massenimmigration aufzwingen lassen. Sie wär sicherlich gross gewesen; die im August 1938 beim Innenministerium in Prag vorliegenden Einreisegesuche bezifferten sich allein auf über Hunderttausend, von denen nur solche genehmigt wurden, in denen tschechoslowakische Staatsangehörige um die Einreise für ihre Eltern bzw. Kinder nachgesucht hatten. Da ein Visumzwang zwischen Österreich und der Tschechoslowakei nicht bestand, musste jeder mit einem österreichischen Pass Einreisende einen besonderen Passierschein des Wiener tschechoslowakischen Konsulats vorweisen.

Den «Illegalen» drohte die Rückstellung. Sie wurde aber in vielen Fällen durch Intervention verhindert. Mehr als drei Monate befanden sich Juden aus dem Burgenland auf einem Schiff auf der Donau, weil sich keine Grenze für diese Unglücklichen öffnete.⁸

8 Zur Lage weiterer bekannter oder anonymer Emigranten in der ČSR s. Anh., Dokument 2

4. Die jüdischen Flüchtlinge

«Als wir das Prinzip der Religionsfreiheit übernahmen,
taten wir das im Namen der ganzen Menschheit...»

Lord Hugh Cecil, 1905

In der Jahrtausende alten Geschichte der Juden ist die Unterscheidung zwischen gewöhnlichen Wanderern und Flüchtlingen von geringer Bedeutung. Die Juden sind trotz ihrer Abstempelung als das Volk der Ahasvers keineswegs das typische Volk der Wanderer, die ausziehen, um Länder zu entdecken und ihre Reichtümer zu erobern. Meistens sind die Juden von Land zu Land gezogen, weil sie verfolgt wurden oder solche Verfolgungen befürchteten. Die freiwillige Auswanderung aus vorwiegend wirtschaftlichen Gründen blieb die Ausnahme, aber eine scharfe Scheidegrenze existiert zwischen wirtschaftlichen und anderen Gründen für die jüdische Wanderbewegung nicht. Die Armut der jüdischen Massen war meist eine Konsequenz ihrer Verfolgung und hatte wenig mit den herrschenden ökonomischen Zuständen in dem betreffenden Lande zu tun. Als der grosse Massensexodus vor dem ersten Weltkrieg aus dem zaristischen Russland einsetzte, waren politische und wirtschaftliche Gründe gemeinsam massgebend.

In überragendem Masse ist die jüdische Wanderbewegung in den tausenden Jahren ihrer Existenz wie die Flut von der Ebbe abgelöst worden. Vor der jüdischen Fluchtbewegung, die durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten einsetzte und ein so tragisches Ausmass annahm, unterscheidet man vier grosse Wanderbewegungen der Juden.

Die erste war eine direkte Folge der Zerstörung der ersten jüdischen staatlichen Gemeinschaft 586 vor Chr. die zweite folgte der Auflösung der zweiten jüdischen Republik im Jahre 70 n. Chr., die dritte, 1492, war die Austreibung der Juden aus Spanien, und die vierte begann nach den blutigen Pogromen in Russland.

Wenn wir «Flut und Ebbe» jüdischer Wanderung festhalten wollen, so teilt sich diese für die Periode 1800 bis 1950 in folgende acht grosse Phasen auf:

1. Überseeauswanderung von Zentral- und Osteuropa, 1800 bis 1880, die in der napoleonischen Ära begann.
2. Die erste grosse Fluchtbewegung aus Russland, 1881 bis 1890.
3. Zehn Jahre immer wachsender Auswanderung aus Ost- und Südosteuropa, 1891 bis 1900.
4. Die Flut jüdischer Auswanderung aus Europa von 1901 bis 1914.
5. Ebbe der jüdischen Auswanderung während und nach dem 1. Weltkrieg.
6. Fluchtbewegung unter dem Druck der Nazi-Verfolgung, 1933 bis 1939.
7. Flucht und Auswanderung während des totalen Krieges, 1939 bis 1945.
8. Auswanderung der Juden aus Europa nach dem Kriegsende.

Die Flucht bzw. Emigration der Juden aus Deutschland und später aus Österreich, Tschechoslowakei, Polen, Frankreich, Holland, Belgien, wo immer die braune Gewalt des Schreckens ihren Fuss setzte, hatte nicht nur die Charakteristiken einer Fluchtbewegung – nämlich sich vor dem stärkeren Druck in die Richtung des schwächsten Widerstandes zu bewegen (Franz Oppenheimer), sondern sie hatte besondere Charakteristiken, die sie von vielen vorhergehenden jüdischen Wanderbewegungen unterschied. Ein totalitäres Regime, dessen politisches Programm die Vernichtung der Juden mit allen zu Gebote stehenden Mitteln war, wandte in steigendem Masse totale Mittel an, um dieses Ziel zu erreichen, und die Flucht der Juden wurde der Wettlauf um Leben – oder Tod.

Es hätte den Juden nichts genutzt, wenn sie, um ihr Leben und das ihrer Familie zu retten, willens gewesen wären, ihre Religion zu wechseln, wie es Juden zur Zeit der spanischen Inquisition taten. Der politische Oppositionelle hatte die Chance, in seinem Heimatland die deutsche Nacht zu überleben, indem er entweder in die innerdeutsche Emigration ging oder opportunistisch zu den braunen Barbaren hielt. Die Juden, auch jene, die sich in der Weimarer Zeit politisch betätigt hatten, konnten an ihrem Schicksal nichts ändern. Sie waren vogelfrei der Willkür der Mehrheit der Bevölkerung unterworfen, die unerbittlich der Stimme ihrer braunen Herren gehorchte – und nur eine kleine Minderheit wurde der Hilfe der Wenigen teilhaftig, die der Stimme ihres Gewissens folgten.

Der zweite Unterschied der Judenverfolgung des Hitlerregimes zu den Fluchtbewegungen der Vergangenheit war das immense Ausmass. Ganze jüdische Gemeinschaften verschwanden, wie einst die Kriegsgefangenen Nebukadnezars und Titus'. Wem es nicht möglich war zu entfliehen, der wurde früher oder später deportiert – und Deportation bedeutete für die mehr als sechs Millionen Juden Europas am Ende ihre Vernichtung. Die Zahl derjenigen, die in Deutschland dank der «unbesungenen Helden», dank ihrer tapferen christlichen Freunde wie ein Wunder diese Zeit des Grauens der Mitleidslosigkeit überlebten, belief sich auf wenige Tausend. Nach den Rassentheorien der Nazis lebten in Deutschland 800'000 Juden, davon nach der Volkszählung von 1925: 564'000 Glaubensjuden.

Der westeuropäische Jude hatte sich im Zeitalter des zivilisatorischen Fortschritts als Gleicher unter Gleichen im Lande seiner Geburt gefühlt. Die Katastrophe, die über die in Deutschland lebenden Juden hereinbrach, war einfach nicht vorstellbar nach Ablauf einer fruchtbaren deutsch-jüdischen Symbiose von 1850 bis 1920. In dieser Epoche hatten die liberalen Kräfte zugunsten einer Assimilation des Judentums im Rahmen des deutschen geistigen und wissenschaftlichen Lebens gewirkt. Die geistige und wirtschaftliche Verankerung des deutschen Juden war so stark, dass er das abrupte Ende seines «deutschen Daseins» einfach nicht begriff, nicht begreifen wollte und sich gegen die Konsequenzen des totalen Antisemitismus zu wehren suchte. Er zögerte, seine Zelte zu einem Zeitpunkt abzubauen, als es dringend notwendig gewesen wäre.

Im Mai 1959 fragte mich in Vlotho a. d. W. ein Zuhörer meines Vortrages: «Die Juden in Deutschland wussten doch, dass man ihnen bei uns kritisch gegenüberstand. Warum haben sie Deutschland nicht rechtzeitig verlassen?» Die Juden glaubten an das Deutschland

der Zivilisation, des Rechts und der Menschlichkeit, und noch zu Beginn der Naziherrschaft währte sich die grosse Masse des unpolitischen jüdischen Bürgertums trotz Boykott und Ausnahmereordnungen in relativer Sicherheit.

Man war überrascht, auf Auslandsreisen «geflüchtete Juden» zu treffen. Man gab sich, eine Zeitlang wenigstens, der Illusion hin, die auf hohen Touren arbeitende Nazimaschine werde bald ruhiger laufen und man könne weiterhin in «seiner deutschen Heimat» bleiben. Der Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten – die meisten seiner Mitglieder standen der zionistischen Bewegung fern, ja feindlich gegenüber – erklärte noch im Jahre 1934, dass er «die Grundlage seiner Arbeit in einem restlosen Bekenntnis zur deutschen Heimat» sehe. Er habe «kein Ziel und kein Streben ausserhalb dieser deutschen Heimat». Der Reichsbund gründete 1935 unter der Parole «Lebendiges Judentum auf deutschem Boden» eine Siedlung in Gross-Breesen, die dann im Laufe der Jahre in ein Lehrgut für Auswanderer umgewandelt wurde. Der Central-Verein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens, Landesverband Gross-Berlin, informierte am 10. Januar 1935 seine Beratungsstellen im Reich: «Wir müssen weiter arbeiten, damit der lebenden und der nach uns kommenden Generation Arbeit und Lebensraum in Deutschland erhalten bleiben. Wir müssen die deutsche jüdische Jugendbewegung, auf der unsere Zukunft beruht, unterstützen und aufbauen.» Diese Illusionen wurden durch Massnahmen der Nazis mehr und mehr zerstört. Die in Landgemeinden und Kleinstädten angesiedelten Juden wichen dem ständig wadisenden Druck zunächst aus, indem sie in den Grossstädten Unterschlupf suchten. So wurde vor allem Berlin ein Hafen für diejenigen, die immer noch glaubten, es könne sich beim nationalsozialistischen Regime und seinen antijüdischen Massnahmen nur um eine vorübergehende Erscheinung handeln. Sie glaubten, als Illegale für einige Zeit in der Anonymität Berlins – als sog. «Taucher» oder «Unterseeboote» – verschwinden und auf diese Weise der Deportation entgehen zu können. Inzwischen erreichten die ständig zunehmenden Diskriminierungsmassnahmen mit den auf dem NSDAP-Parteitag vom 15. September 1935 verkündeten Ausnahmegesetzen ihren vorläufigen Höhepunkt. Diese sogenannten «Nürnberger Gesetze» – das Reichsbürgergesetz und das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre – degradierten die in Deutschland lebenden Juden endgültig zu Bürgern zweiter Klasse. Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre verbot unter anderem: «Eheschliessungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes»; auch durften nach diesem Gesetzestext jüdische Familien «weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren nicht in ihrem Haushalt beschäftigen».

Aus den Akten der Bayerischen Politischen Polizei der Jahre 1934/35 ergibt sich, dass die antijüdische Politik des Dritten Reiches in dieser Phase nicht weniger doppelseitig und zwielichtig war, als dies für die Gesamtheit der innen- und aussenpolitischen Massnahmen in der Periode der Machtbefestigung des Regimes gilt. In dieser Periode wurden die zionistischen und staatszionistischen Jugendorganisationen begünstigt, die nichtzionistischen überwacht und in ihrer Tätigkeit beschränkt.

Wir können aus den Zahlen der jüdischen Auswanderer am überzeugendsten ersehen, wie die Juden zunächst nur tastend ihren Weg zur Rettung suchten, ja manche in den dreissi-

ger Jahren enttäuscht von draussen zurückkehrten, und wie sie noch an das «Zeitalter des Fortschritts» glaubten, als die Wolken des Unheils sich über ihren Köpfen bereits mehr und mehr zusammenzogen.

Auswanderung aus Deutschland 1933 bis 30. Juni 1938¹

1933	37 000
1934	60 000
1935	81 000
1936	106 000
1937	129 000
1938 (die ersten 6 Monate)	142 000

Kein Zweifel, in den ersten Jahren (1933/34) war die politische Fluchtbewegung stärker als die jüdische, aber die immer brutaler einsetzende Verfolgung im Innern änderte nicht nur das Zahlenbild, sondern auch die Grösse der Tragödie der Juden – erst der in Deutschland, dann der in Österreich, Memel, Tschechoslowakei, West-, Südost-, Süd- und Osteuropa, und sie mündete in die Gasöfen von Auschwitz, Belzec, Treblinka.

Als Adolf Hitler 1933 zur Macht kam, zählte man nahezu 19 Millionen Juden in der Welt – 1945 waren es noch knapp 12 Millionen. Die Zahlen innerhalb Europas hatten sich so verschoben, dass sich aus diesen ungastlichen Ländern fast 1 Million Juden nach Amerika, Israel, Australien und anderswohin retten konnten (davon 295'000 deutsche Juden), die anderen wurden ermordet. Der dritte und vielleicht tragischste Unterschied zu anderen Wanderbewegungen war die traurige Tatsache, dass Möglichkeiten und der Wille, Lösungen zu finden, im krassen negativen Verhältnis zu der Wucht, Grösse und Brutalität der Verfolgung standen. Es war, als würde man über ein Feuerstatut mit allen seinen Einzelheiten beraten, während das Haus bereits lichterloh brannte.

Natürlich haben es Flüchtlinge zu keiner Zeit leicht gehabt, aber ihre Probleme wurden irgendwie gelöst, wie z.B. die Umsiedlung der griechischen und türkischen Flüchtlinge in den zwanziger Jahren. Assyrische und russische Flüchtlinge fanden nach 1918 Aufnahme und konnten ihr Leben behaupten; aber für die jüdischen Flüchtlinge öffneten sich die Grenzschlagbäume, wenn überhaupt, nur zögernd. Tausende konnten Palästina nicht erreichen, andere wurden auf klimatisch unwirtlichen Inseln, wie Mauritius und Zypern, der besten Jahre ihres Lebens beraubt. Die internationalen, mit so vielen Hoffnungen begrüss-ten Flüchtlingskonferenzen wie Evian und später Bermuda brachten keine der Grösse des Problems angemessene Lösung. Die Einwanderungsbeschränkungen verschiedener Aufnahmeländer wurden nicht aufgehoben. Diese Notlage der «schiffbrüchigen» Flüchtlinge bot nolens volens Ausbeutern Möglichkeiten, Geld zu erpressen und den Gejagten auf den Auswanderungs- Totenschiffen die letzten Gegenstände, die oft lebensnotwendig für den Neuanfang im Ankunftsland gewesen wären, abzunehmen.

¹ Nach: W. Rosenstock, «Exodus 1933-39, a Survey of Jewish Emigration from Germany». In: Leo Baeck Institute of Jews from Germany. Yearbook 1, 1956, S. 375

Die Lösung der von Jahr zu Jahr wachsenden Flüchtlingsprobleme war nicht nur durch die Zahl der Ausgetriebenen und dementsprechend durch die Notwendigkeit der Aufbringung finanzieller Mittel erschwert, sondern vor allem durch die fehlende Erkenntnis der Verantwortlichen, dass das Flüchtlingsproblem nur in gemeinsamer Anstrengung der ganzen freien Welt gelöst werden konnte.

5. Der Völkerbund und die Hitler-Flüchtlinge

«Alle im Rat vertretenen Mächte haben das Recht und die Pflicht, die Aufmerksamkeit des Rates auf irgendeine Verletzung oder Gefahr einer Verletzung der Minderheitsbestimmungen zu richten.»

Aus der Satzung des Völkerbundes

Die internationale Diskussion des deutschen Flüchtlingsproblems erfolgte vor dem Völkerbundsrat das erste Mal am 30. Mai 1933. Der Anlass war die Petition eines Flüchtlings aus Oberschlesien, Fritz Bernheim, an dessen Fall bewiesen werden konnte, dass der bis 1937 noch geltende deutsch-polnische Minderheitenvertrag verletzt worden war. Im dritten Teil der 1937 abgelaufenen Genfer Konvention bezüglich Oberschlesien war die Verpflichtung auf Gegenseitigkeit enthalten, keinem Zugehörigen einer nationalen oder religiösen Minderheit einen Nachteil zuzufügen, den der Völkerbundsrat (Sitzung vom 6. Juni 1933) durch die innerdeutsche antijüdische Gesetzgebung für gegeben ansah.

Fritz Bernheim war der Schwager des bekannten Verlegers Wieland Herzfelde. Seinetwegen hatte Bernheim frühzeitig flüchten müssen und war, wie die Herzfeldes, Anfang 1933 nach Prag gekommen. Eines Nachmittags, Ende April 1933, besuchte mich Bernheim in meinem provisorischen Büro, das mir die Liga für Menschenrechte in der ČSR am Wenzelsplatz zur Verfügung gestellt hatte. Er brauchte Rat und Hilfe. Während wir sprachen, klingelte das Telefon. Maria Schmolka von der Hicem fragte mich, ob es bei meinem Komitee einen Flüchtling aus Oberschlesien gäbe. Es sei wichtig! «Er sitzt gerade bei mir. Sein Name ist Fritz Bernheim,» antwortete ich ihr. «Schicken Sie ihn sofort zu mir ...»

Dr. Margulies, ein jüdischer Anwalt, Zionist, bereitete für den Jüdischen Weltkongress die Petition Bernheim vor, die dem Völkerbund unterbreitet wurde. Sie hatte zwei wichtige Ergebnisse: 1. Die deutsche Reichsregierung wurde gezwungen, alle für das durch die Genfer Konvention betroffene oberschlesische Gebiet bereits durchgeführten Ausnahmegesetze gegen die deutschen Juden mindestens für die Geltungsdauer der Konvention (1937) wiederaufzuheben. 2. Durch diese Debatte wurde die internationale Öffentlichkeit das erste Mal auf die Verfolgungen der politischen und rassischen, d.h. jüdischen, Minderheiten in Deutschland aufmerksam gemacht. Der laue Genfer Bund musste trotz seines «schleppenden Tempos» zu einem Entschluss kommen.

An jener denkwürdigen Debatte beteiligte sich auch Gesandter von Keller als Vertreter Hitler-Deutschlands. Er widersprach der einhelligen Meinung, dass internationale Vereinbarungen eingehalten werden müssen. Einstimmig wurde jedoch der Bericht des Iren Lester angenommen, der feststellte, dass der Petent im Recht sei und Anspruch auf Schadenersatz habe. Das Minderheitenabkommen sei verletzt worden. Deutschland und Italien hatten sich der Stimme enthalten.

Der Franzose Paul-Boncour erklärte damals, der Völkerbund, der sich für alle nationalen Minderheiten eingesetzt habe, könne unmöglich die Rechte einer «Rasse» übersehen, welche in allen Ländern der Welt vertreten sei. Frankreich sei keinesfalls «mit einer regionalen Lösung der Beschwerde zufrieden», erklärte Massigli, der zweite Völkerbundsvertreter Frankreichs. Anthony Eden, damals Unterstaatssekretär, wollte nicht auf die deutsche Erklärung eingehen. Daraus dürfe keinesfalls geschlossen werden, dass er sie gutheisse: «das Gegenteil sei der Fall». Christian Lange beschwor für Norwegen die Staaten, Massnahmen zu ergreifen, die eine Verletzung internationaler Verpflichtungen von nachgeordneten Behörden ausschliessen. Der damalige spanisch-republikanische Gesandte plädierte für strenge Einhaltung internationaler Verträge, und der Pole Radzinski schloss sich ihm an.

Der tschechoslowakische Delegierte, Gesandter Osusky, hielt zur Bernheim-Petition die eindrucksvollste Rede. Ausgehend davon, dass die Tschechoslowakei das Recht habe, sich an der Diskussion über die Bernheim-Petition zu beteiligen, da sie daran interessiert sei, dass das System des Minderheitenschutzes nicht zu politischen Zwecken ausgenutzt werde, betonte er: In der Tschechoslowakei werden die Minderheitenverträge respektiert. Böhmen hat den Juden immer Asyl gewährt. Im 13. Jahrhundert schützte Böhmen die Juden vor den Kreuzfahrern; später kämpfte das Land für die Glaubensfreiheit. Er wolle diese historischen Wahrheiten festhalten, um seine Aktivlegitimation zum Fall Bernheim «ein für allemal» klarzustellen.

Was den Fall selbst anbelange, so müsse er auf der Grundlage des Gleichheitsprinzips im gesamten Minderheitenschutzsystem gelöst werden. «Verstehen wir dieses Wort ‚Gleichheit‘ richtig. Es handelt sich nicht um ein nationales Gefühl des Prestiges, auch nicht um die demokratische Tugend der Gleichheit; es handelt sich um die auf-, nicht um die absteigende Gleichheit. Keine Diskriminierung ist gerecht. Die Tschechoslowakische Republik wird sich zur gegebenen Zeit für die einzige und unteilbare Gerechtigkeit aussprechen, um so die Zivilisation und den Frieden zu verteidigen.» Betrachtet man rückschauend die Bernheim-Debatte, so scheint es, dass die Mitglieder des Völkerbundes auf dem Gebiet der praktischen Humanität «ihre Zweck-Politik» zurückstellen wollten; aber bald, allzu bald, triumphierte die Politik wieder über die Humanität, deren Exekutivorgan der Völkerbund hätte sein müssen.

Im Oktober 1933 befasste sich die zweite Kommission des Völkerbundes mit dem durch die Bernheim-Petition aufgeworfenen, neu entstandenen Flüchtlingsproblem. Was soll mit den Flüchtlingen, jüdischen und nicht jüdischen, wie man sie völkerbundamtlich nannte, geschehen?

Es hätte nahegelegen, die Hitler-Flüchtlinge dem schon existierenden Nansen-Amt zu unterstellen, welches in der fürsorglichen Betreuung von Entwurzelten eine reiche Erfahrung gesammelt hatte. Das geschah aber aus rein «politischen» Gründen nicht. Das nationalsozialistische Deutschland, noch Mitglied des Völkerbundes, sollte nicht vor den Kopf gestossen werden. So kam man auf eine Verlegenheitslösung: ein vom Völkerbund initiiertes, aber sonst privates Flüchtlingskommissariat zu schaffen, weg von Genf, mit Sitz in Lausanne, später London, um seine Unabhängigkeit vom Genfer Völkerbund zu demonstrieren. Der Völkerbund sollte mit der neuen Institution nur lose Fühlung haben,

jedoch wiederum fest genug, damit nichts geschehe, was die Genfer Politik stören könnte. Dieses Flüchtlingskommissariat bekam einen Kredit des Genfer Bundes von 25'000 Schw. Franken und eine vieldeutige Resolution mit auf den Weg, die in der Vollversammlung vom 26. Oktober 1933 angenommen wurde:

«In Anbetracht der durch die Tatsache geschaffenen Situation, dass eine grosse Anzahl von Personen, Juden und andere, aus Deutschland kommen und in verschiedenen Ländern Zuflucht suchen, und ihre Anwesenheit in jenen Ländern ein ökonomisches, finanzielles und soziales Problem schafft, welches nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden kann, wird vorgeschlagen, dass der Völkerbund einen Hochkommissar ernennen soll, um eine solche Zusammenarbeit zu bewerkstelligen und zu beeinflussen und nach besten Kräften, so weit wie möglich, den Flüchtlingen in allen Ländern, wo Angebote vorhanden sind, Arbeit zu beschaffen.

Der Völkerbundsrat wird ersucht, Regierungen und, wenn ratsam, private dafür geeignete Organisationen einzuladen, den Flüchtlingen zu helfen, sie bei den betreffenden Regierungskörperschaften zu vertreten, deren Pflicht es sein wird, den Hochkommissar in seiner Aufgabe zu unterstützen. Die Völkerbundsversammlung ist überzeugt, dass alle Regierungen den Hochkommissar nach besten Kräften unterstützen werden.»¹

Erster Hochkommissar wurde der amerikanische Professor James McDonald, ein hochaufgeschossener Schotte mit durchdringenden, aber gütigen Augen. Er hatte jahrelang dem Redaktionsstab der «New York Times» angehört und wurde 1948 der erste Vorsitzende der Gesellschaft für Aussenpolitik, der Foreign Policy Association. McDonald erkannte das Problem in seiner Grösse und versuchte ernsthaft, es an seinen Wurzeln zu packen. Aber die Politik der Mitgliederstaaten des Völkerbundes brachte sein Arbeitstempo beinahe auf den Nullpunkt. McDonald, ohne Nansens Durchschlagskraft und nicht so berühmt wie der Polarforscher, fehlte es an dessen Besessenheit und Leidenschaftlichkeit, die das Amt erforderte. Er war ein durchaus fairer, an der Sache stark interessierter Mann, der bald merkte, dass seine Zwitterorganisation den deutschen Flüchtlingen wenig nutzen könne. McDonald hatte das amerikanische Volk – ohne grossen Erfolg – zur Hilfe aufgerufen und sich in öffentlichen Vorträgen als Freund der Flüchtlinge erwiesen. Als er schliesslich einsah, dass alle von ihm einberufenen Konferenzen nur die Papierberge im Genfer Völkerbundspalais vergrösserten, resignierte er in abrupter, dramatischer Weise. In seinem dem Generalsekretär des Völkerbundes unterbreiteten Demissions schreiben vom 27. Dezember 1935 appellierte er an alle Mitgliedstaaten:

«... Es ist meiner Überzeugung nach die Pflicht des Hohen Kommissars für die deutschen Flüchtlinge, der sein Rücktrittsgesuch einreicht, seine Meinung über die wesentlichen Elemente der Aufgabe auszusprechen, mit der ihn der Völkerbund betraute. Wenn die innere Politik Hunderttausende menschlicher Wesen mit Demoralisierung und Exil bedroht, dann müssen Erwägungen der diplomatischen Korrektheit zurücktreten hinter Erwägungen der einfachen Menschlichkeit. Ich wäre

1 Zit. nach: «League of Nations. Inter-Governmental Conference for Refugees, Geneva October 1933. Final Act». Geneva, December 1, 1933.

[Alle deutschen Zitate aus englischen Quellen wurden, sofern nicht anders vermerkt, vom Verf. übersetzt.]

nicht viel wert, lenkte ich nicht die Aufmerksamkeit auf diese Lage und träte ich nicht dafür ein, dass die Weltmeinung, vertreten durch den Völkerbund, seine Mitgliedstaaten und andere Staaten, sich in Bewegung setzte, um die schon eingetretenen und noch bevorstehenden Tragödien zu lindern.»

Das traf den Nagel auf den Kopf, denn ohne politische Intervention würde das Chaos, das Leiden, grösser und grösser werden.

Wenige Wochen später, am 13. Januar 1936, legte ein von der Völkerbundsversammlung eingesetztes Komitee: Michael Hannsson (Dänemark), Senator Michaelis (Italien), Dr. Osusky (Tschechoslowakei), Raoul Marcel (Frankreich) und Horace Rumbold (England) dem Rat seine eigenen Feststellungen vor, die unzweifelhaft durch den Rücktritt McDonalds beeinflusst waren:

- a) Die Sache der Flüchtlinge hat sich verschlechtert.
- b) Die Situation der privaten Hilfsorganisationen ist verzweifelt.
- c) Für die deutschen Flüchtlinge insbesondere gibt es trotz allen hochherzigen Eifers (!) noch keine Arrangements.
- d) Für die jüdischen und nicht-jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland sind daher Niederlassungen erforderlich.
- e) Aktiveres Einvernehmen mit den Regierungen, auf deren Gebiet Flüchtlinge aufgenommen worden sind, ist notwendig.
- f) Eingliederung der Flüchtlinge in den Wirtschaftsprozess ist ein Erfordernis.
- g) Die meisten von der Emigration betroffenen Staaten haben zwar ihre Pflicht in humaner Weise getan, aber die sehr verschieden angewandten Verwaltungsmethoden haben «bedauerlicherweise» zu Misshelligkeiten geführt.
- h) Besonderes Mitleid erwecken die emigrierten Angehörigen der freien Berufe, Gelehrte, Schriftsteller. Das Komitee hält es für ratsam, dem Nobelkomitee eine Petition zu überreichen, einen oder mehrere seiner Preise zu Gunsten der Flüchtlinge zu verteilen.²

Trotz des Vorschlages, hinter dem die Mehrheit des Komitees stand, eine Zentralstelle zu schaffen, die die juristischen und anderen Pläne für die Nansen-Flüchtlinge und für die deutschen Flüchtlinge realisieren sollte, beschloss der Völkerbund die Einsetzung eines neuen Hochkommissars für die deutschen Flüchtlinge, zu dem man den früheren englischen Generalmajor Sir Neill Malcolm berief. Ein nüchterner Mann, der sich mit dem Flüchtlingsproblem bis dahin nie befasst hatte. Seine Aufgabe war auf legalen und politischen Schutz beschränkt, während die so dringend notwendige soziale Hilfe weiter den privaten Organisationen überlassen blieb.

Folgende Flüchtlinge fielen im Laufe der entscheidenden Jahre 1936 bis 1939 unter den Schutz des Hochkommissars:

Die Flüchtlinge aus dem Saargebiet, begrenzt durch das Abkommen vom 24. Mai 1935, d.h. Deutsche, die in jenem Gebiet vor seiner Wiedervereinigung mit Deutschland Zuflucht gesucht hatten;

² Dieser Vorschlag lenkte die besondere Aufmerksamkeit auf die Lage der emigrierten Intellektuellen. Im «Manchester Guardian» vom 27. März 1933 erklärte Lord Rutherford, «dass die akademische Welt sich nicht durch Proteste von der Verantwortlichkeit befreien könnte». Die Geisteswelt fand sich im Academic Council zusammen, der sich die Rettung der deutschen Wissenschaft zur Aufgabe gemacht hatte und den Betroffenen auch finanziell half.

deutsche Flüchtlinge, begrenzt durch das Provisorische Abkommen vom 4. Juli 1936 und die Konvention vom 10. Februar 1938;

Flüchtlinge aus dem Gebiet Österreich im Sinne des Beschlusses des Völkerbundsrates vom 14. Mai 1938; und

Flüchtlinge aus dem von der Tschechoslowakei an Deutschland abgetretenen Gebiet gemäss der Resolution des Völkerbundes vom 17. Januar 1939.

Für den 2. Juli 1936 berief der neue Hochkommissar die Regierungsvertreter nach Genf, um ein vorläufiges juristisches Statut für die deutschen Flüchtlinge zu beraten. Im kleinen Saal des Genfer Völkerbundpalastes kämpfte der Polizeigeist einiger Delegierter gegen den praktischen Humanismus Louis de Brouckères, der Belgien vertrat. Das Ergebnis waren die «Provisional Arrangements concerning the Status of Refugees coming from Germany»³, die von Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Norwegen, Spanien und Schweiz unterzeichnet wurde. Belgien, England, Spanien und Frankreich schlossen ihre Kolonien und Protektorate aus. Belgien und Frankreich organisierten als positives Ergebnis das Comité Consultatif, bestehend aus Vertretern der Flüchtlingsorganisationen und der Emigranten, um Mängel abzustellen, von denen der Völkerbundsbericht vom 3. Januar 1936 gesprochen hatte.

Die Grundelemente dieser Konvention, die sich trotz ihres bescheidenen Charakters *nicht* durchsetzte, waren die folgenden:

- a) Definition: Flüchtling ist jede früher in Deutschland wohnende Person, die «keine andere Nationalität als die deutsche besitzt» und nicht mehr «unter dem Schutz der deutschen Regierung steht».
- b) Ausstellung und Erneuerung eines Flüchtlingspasses.
- c) Freizügigkeit des Passinhabers, aber mit einer Anzahl von Vorbehalten.
- d) Bei Ausweisung Gewährung einer ausreichenden Frist. Ausweisung darf erfolgen «aus Gründen der nationalen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung». Abschiebung nach Deutschland könne unter gewissen Umständen erfolgen (!).
- e) Rechtsstellung des Flüchtlings in allen Personenstandsfragen entsprechend der Rechtsstellung anderer Ausländer oder Staatenloser nach den Gesetzen des jeweiligen Wohnsitzes.

Die zweite Konferenz vom 7. bis 10. Februar 1938 sollte den provisorischen Zustand der Konvention beenden. Der Genfer Bund mit seinen fünfzig Mitgliedstaaten hatte die Möglichkeit, für die auf 160'000 angewachsenen Flüchtlinge juristische und soziale Befriedung zu schaffen. In Europa befanden sich Anfang 1938 allein etwa 60'000 Flüchtlinge; ihr notleidender Teil wurde auf 70 Prozent geschätzt. Das Resultat der Zweiten Konferenz war:

1. Von den 50 Mitgliedern waren nur 14 Staaten vertreten: Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Spanien, Norwegen, Holland, Tschechoslowakei, Kuba, Portugal, Schweiz, Schweden, Luxemburg und Polen.
2. Sieben Staaten (Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Spanien, Norwegen, Holland) unterzeichneten das Abkommen mit gewissen Reserven, während weitere fünf

3. «League of Nations. Inter-Governmental Conference for the Adaption of a Statute for Refugees coming from Germany, Geneva, July 2-4, 1936. Provisional Arrangements concerning the Status of Refugees coming from Germany, Geneva, July 4, 1936.» (Ser. L. o. N. P. 1936, XII, B 4)

das formale Schlussprotokoll unterschrieben, Polen die Unterschrift verweigerte und Luxemburg nicht anwesend war.

Die zweite Genfer Flüchtlingskonferenz beschloss:

1. Im Sinne der Konvention wird als Flüchtling jede Person angesehen, die aus Deutschland stammt oder dort niedergelassen war und von der es erwiesen ist, dass sie de facto nicht den Schutz der Regierung ihres früheren Aufenthaltslandes genießt und nicht irgendwelche Privilegien aus früheren Emigrantenkonventionen hat. Ausgenommen sind jene Personen, die Deutschland «aus persönlichen Gründen», also freiwillig, verlassen haben.
2. Die hohen vertragschliessenden Mächte stellen den aus Deutschland stammenden Flüchtlingen, die sich regulär in ihren Gebieten aufhalten, eine Identitätsbescheinigung oder ein anderes Dokument aus, das den gleichen Zweck erfüllt (z.B. Interimspass). Dieser Ausweis wird den Flüchtlingen am Tage des Inkrafttretens der gegenwärtigen Konvention im jeweiligen Aufenthaltslande ausgestellt werden, wenn sie sich in einer von der beteiligten Regierung festzusetzenden Frist legalisieren.⁴

Das den Hochkommissar beratende Comité Liaison der Flüchtlingsorganisationen, hatte einen Gegenentwurf zu der damaligen, gefährlichen Ausweisungspraxis vorgelegt:

- a) «In allen Fällen, wo der Flüchtling das Gebiet eines der vertragschliessenden Länder verlassen muss, soll ihm eine notwendige Frist gewährt werden.
- b) Die Flüchtlinge, denen das Aufenthaltsrecht in einem Lande bewilligt worden ist, können nicht Gegenstand von Ausweisungs- oder Abschiebungsmassnahmen werden, sofern sie nicht wegen eines schweren Verbrechens oder wegen eines Verbrechens gegen das Strafrecht verurteilt worden sind; jedoch soll ein von dem Flüchtling in seiner Eigenschaft als Flüchtling begangenes Vergehen nicht die Ausweisung oder Abschiebung zur Folge haben (z.B. Passvergehen, illegaler Grenzübertritt usw.).
- c) In allen Fällen von Ausweisung oder Abschiebung verpflichten sich die vertragschliessenden Parteien, die Flüchtlinge niemals in das Reich oder über die Grenzen des Landes ihres vormaligen Wohnsitzes abzuschicken. Die Regierungen verpflichten sich, die Auslieferungsverträge zu studieren und im Bedarfsfälle gewisse Modifikationen vorzunehmen, um zu garantieren, dass die Auslieferung niemals wegen eines politischen Vergehens oder im Zusammenhang damit oder infolge der Rassengesetzgebung möglich werden soll.»

Dieser Vorschlag, als das denkbar wichtigste Element der neuen Konvention, drang nicht durch. Wieder erklärten die Regierungsvertreter, dass die Ausweisung aus Gründen der nationalen Sicherheit oder aus Gründen der öffentlichen Ordnung erfolgen, ja dass der Flüchtling auf das deutsche Territorium abgeschoben werden könne, sofern er sich weigern sollte («bösen Willens ist»), der Ausweisung auf das Territorium eines anderen Landes, nach entsprechender vorheriger Androhung, Folge zu leisten.

⁴ «League of Nations. Convention concerning the Status of Refugees coming from Germany». Geneva, February 10, 1938. (Ser. L. o. N. P. 1938, XII, B 1)

Die soziale Frage wurde teilweise angepackt.

- d) Der Flüchtling soll nach dreijährigem dauernden Aufenthalt in einem Lande Arbeitsberechtigung erhalten; die Frist wird verkürzt, wenn er mit einer Inländerin verheiratet ist oder seine Kinder die Staatsbürgerschaft des Aufenthaltslandes haben. Auch Gewerbefreiheit soll unter ähnlichen Umständen gewährt werden.
- e) In der Benutzung aller sozialen Einrichtungen, wie auch der des Unterrichtswesens, soll der Flüchtling den übrigen Ausländern seines Gastlandes gleichgestellt sein. Den Flüchtlingen sollen für die berufliche Umschulung Erleichterungen gewährt werden, f) Eine alte, immer wiederholte Forderung wurde der Konvention wenigstens als Empfehlung beigegeben, nämlich entsprechend dem französischen Beispiel sogenannte gemischte Kommissionen (bestehend aus Regierungsvertretern und Flüchtlingen) zur Bestimmung der Qualität des Flüchtlings einzusetzen, sie möglichst mit dem Recht auszustatten, ein Veto bei Ausweisungen einzulegen, oder eine andere geeignete Art der Zusammenarbeit mit den privaten Flüchtlingsorganisationen zu schaffen.

An sich betrachtete man die 1938er Flüchtlingskonvention als einen Fortschritt, der möglich gemacht worden war, weil Hitler-Deutschland den Völkerbund verlassen hatte. Was aber Malcolms Tätigkeit anbetraf, so war diese bescheiden. Der General war stolz darauf, in 5'000 individuellen Fällen Flüchtlingen geholfen zu haben; aber weder die sozialen noch die Niederlassungsprobleme waren einer Lösung nahegebracht worden. Auch war es ihm nicht gelungen, das Gewissen der Welt zu wecken. Die Gefahren eines Krieges wurden dabei für jeden, der sehen konnte, immer deutlicher erkennbar, wiewohl im gleichen Jahr noch einmal ein Versuch einer internationalen Lösung des Problems unternommen wurde, der unter dem Namen Evian in die Geschichte eingegangen ist.

6. Die Hoffnung auf Evian

«Die Einwanderung von Flüchtlingen... ist für dieses Land ein Gewinn und kein Verlust.» Sir John Simon, April 1933

Bevor die Flüchtlingstragödie ihr nächstes Stadium erreichte, wurden wir durch einen Hoffnungsstrahl elektrisiert, der aber bald in einem Kurzschluss endete: die Konferenz von Evian, die am 6. Juli 1938 begann.

In den Vor-Hitler-Jahren arbeitete für den «Manchester Guardian», der bis heute die Fackel der Humanität und des fortschrittlichen Liberalismus in das Dunkel des Rückschritts trägt, F. A. Voigt als Korrespondent in Berlin, wo ich ihn kennengelernt hatte. Ich war erst wenige Wochen auf meiner ersten Flüchtlingsstation in Prag, als mich, im Auftrage Voigts, eine Mrs. G. aufsuchte und mich um laufende Berichte über die Flüchtlinge und ihre Lage bat. Es werde auf Ausführlichkeit Wert gelegt, und diese Berichte seien nicht für den M. G. bestimmt. Die ganze Sache müsse höchst vertraulich behandelt werden.

Später erfuhr ich, dass diese Berichte über Voigt an das Weisse Haus nach Washington gingen, weil der damals gerade gewählte Präsident Franklin D. Roosevelt Interesse für die Lage der Flüchtlinge zeigte. Die Vereinigten Staaten von Amerika gehörten nicht dem Völkerbund an. Roosevelt hatte in seiner bekannten Chicagoer Rede im Jahre 1937, auf Hitlers Angriffspläne anspielend, von «der Quarantäne für die Angreifer» gesprochen. Mehr und mehr realisierten die Verantwortlichen in Washington, dass weder der Völkerbund noch der Hochkommissar oder gar die privaten Organisationen fähig sein würden, das sich steigernde Flüchtlingsproblem zu lösen. James McDonald, der Hochkommissar für Flüchtlinge, hatte in seinem Demissionsbrief vom 27. Dezember 1935 vergebens an den Sinn für politische Realität appelliert. Doch in Washington hatte er scheinbar genug Freunde, um gehört zu werden.

So leuchtete eines Tages am Flüchtlingsfirmament die Sonne auf. Der mächtige Präsident der Vereinigten Staaten lud die freien Länder zu einer internationalen Regierungskonferenz für den 6. Juli 1938 nach Evian am Genfer See ein. Die Vertreter der privaten Hilfsorganisationen, wiewohl nicht offiziell zugelassen, seien willkommen und würden Gelegenheit haben, vor einem Sonderkomitee ihre Ansichten zu Gehör zu bringen und Vorschläge zu unterbreiten.

Präsident Roosevelt hatte Myron C. Taylor¹ mit einer grossen Delegation nach Evian entsandt. Unter Taylors Vorsitz wurden die Delegierten mit Memoranden und Informationen von 39 privaten Organisationen, darunter 21 jüdischen, überschüttet? Alle diese Ausfüh-

¹ Ein Vertrauter Roosevelts und in den Kriegsjahren Botschafter am Vatikan.

rungen stellten die Lage der Flüchtlinge selbstverständlich als äusserst kritisch dar. Das entsprach den Tatsachen. Weitere Flüchtlingswellen wurden vorausgesagt, ohne dass man zu diesem Zeitpunkt das Münchener Abkommen oder den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges voraussehen konnte.

In den Debatten beschränkte sich die Mehrheit der Delegierten darauf, die Flüchtlinge zu bedauern, ihnen ihr «Mitgefühl» auszusprechen, aber die meisten Ländervertreter folgten dem Worte «Nehmt ihn hinweg, er bricht mir das Herz», ohne irgendwelche praktischen Beiträge zur Lösung des Problems zu leisten. Die Delegierten berührten im Allgemeinen nur sehr vorsichtig die politischen Aspekte der Frage. Nur der Vertreter Kolumbiens schwang sich dazu auf, die Hitler-Regierung für die Austreibung der Kinder Israel verantwortlich zu machen, während fast alle anderen ihre «Sympathie» zum Ausdruck brachten, aber sehr vorsichtig waren, keine wie immer geartete Verpflichtung für ihre Regierung zu übernehmen. Im Gegenteil, sie machten alle Anstrengung, die angeblich bestehenden Schwierigkeiten für eine Absorbierung der Flüchtlinge in ihrem Lande noch vergrössert darzustellen.

In Evian waren die Vertreter von 32 Ländern erschienen. Polen und Rumänien hatten als «Interessierte» mit einigen anderen europäischen Ländern «Beobachter» geschickt. Dazu kamen die Delegationen der privaten Organisationen, die Presse sowie die zahlreichen nicht offiziellen Beobachter, darunter solche aus Hitler-Deutschland, und die Wichtigtuer, die man auf allen internationalen Konferenzen antreffen kann. Auch der Völkerbund und der Hochkommissar für die Flüchtlinge aus Deutschland waren in jenen hoffnungsvollen und dann so enttäuschenden Tagen vertreten.

- 2 S. Adler-Rudel veröffentlichte im Bulletin des Leo Baeck Instituts, Nr. 38/39, 10. Jahrg. 1967, Tel Aviv, seinen Briefwechsel mit dem ehemaligen Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Hans Schaeffer, der 1938 in Stockholm lebte. Die Korrespondenz gibt Einblick in die Notwendigkeit, seitens der jüdischen Organisationen sinnreiche und praktische Vorschläge zu machen. Leider war es nicht möglich, das «organisierte Chaos» der jüdischen Organisationen zu vermeiden; denn in seinem Briefe vom 26. Juli 1938 schreibt Adler-Rudel bedauernd an Schaeffer:

«Obwohl ich zum Kreise der jüdischen Organisationen gehöre und diesem Kreise viel verdanke, muss ich doch gestehen, dass das Auftreten der jüdischen Organisationen mit zu den unangenehmsten Erscheinungen der Konferenz gehörte. Der letzte Versuch, der in Evian gemacht wurde, die 35 oder 40 Organisationen zusammen zu bringen, scheiterte in der letzten Minute daran, dass der Präsident der Konferenz erklärte, dass eine Sub-Commission der Konferenz sämtliche Delegationen zu hören bereit sei. Dieses Anhören der Delegationen war ein wirklich trauriger Vorgang. Die in Frage kommenden Sprecher standen an der Tür des Sitzungszimmers, jeder, der hereinkam, hatte 3-4 Minuten Zeit, um seine Wünsche vorzutragen, Fragen wurden an ihn nicht gestellt, bei den ersten wurde noch eine Übersetzung ins Englische oder Französische vorgenommen, bei den später Kommenden entfiel sogar diese Höflichkeitsbezeugung, und die diversen Sprecher sahen sich wieder im Vorzimmer der Kommission, noch ehe sie begriffen hatten, dass sie bereits vor der Kommission erschienen waren . . .»

Im Yearbook XIII des Leo-Baeck-Institute, London, hat Adler-Rudel eine ausführliche Darstellung der Konferenz von Evian gegeben, die sowohl eine Liste der Organisationen enthält, die damals Delegierte nach Evian entsandten als auch weitere Dokumente zum Verlauf der Konferenz, wie Auszüge aus der Rede des kolumbianischen Delegierten, das Schlusswort von Myron Taylor sowie das Memorandum der Reichsvertretung der Juden in Deutschland und die am 14. Juli 1938 angenommene Resolution. Zu Adler-Rudels heutiger Beurteilung der Konferenz von Evian s. Anh., Dokument 1.

Die Texte der Memoranden, die damals vom Jüdischen Weltkongress, der Jewish Agency for Palestine und anderen jüdischen Organisationen veröffentlicht wurden, sind wiedergegeben in Arieh Tartakower und Kurt R. Grossmann, «The Jewish Refugee». New York 1944. S. 529-555.

In praxi war das Resultat der Evian-Konferenz mehr als mager. Die gut gemeinten Memoranden, die Berichte, die pessimistischen und dennoch unrealistischen Voraussagen erzeugten die gegenteilige Wirkung. Plötzlich mussten die Länder realisieren, dass es sich bei den Hitler-Flüchtlingen um ein Problem handelte: gross in der Zahl, bedeutend in sozialer Hinsicht und, politisch gesehen, ein heisses Eisen, das Länder mit Handelsinteressen in Deutschland möglichst nicht anpacken sollten. So versuchte Evian mit seinem halberwachten humanitären Gewissen einen faulen Kompromiss zu schliessen. Die angenommene Resolution sprach von Sympathie für die Verfolgten, aber de facto fanden sich nur einige wenige Länder bereit zu tun, was sie in jeder normalen Epoche ohnehin getan hätten, nämlich «erfahrene Landwirte» oder «erprobte Facharbeiter» aufzunehmen. Keine Eingangstür zu den Ländern wurde aufgerissen, damit die Gehetzten durch sie entkommen konnten. Selbst die Vereinigten Staaten machten über die existierende Einwanderungsquote hinaus, die für Deutschland 27'370 (einschl. des am 15. März 1938 einverleibten Österreichs) betrug, keine besondere Anstrengung.³

Gegen die Überbewertung der Evian Ergebnisse veröffentlichte ich im «Prager Tagblatt» vom 7. Juli 1938 einen Brief, aus dem ich zitiere:

«... Es gibt in jedem Lande einige hundert Emigranten, durch Beschäftigungslosigkeit, durch kärgliches Einkommen zermürbt, die sofort nach Übersee und anderen Ländern ausreisen könnten, wenn die privaten Organisationen, deren Leistungen der englische Hochkommissar Sir Neill Malcolm mit so warmen Worten anerkannt hat, die notwendigen Mittel erhielten, um die Ausreisefähigen endlich abzufertigen. Man hätte auch erwarten können, dass die in Evian beteiligten Länder wenigstens die Versicherung abgeben würden, die schon seit langer Zeit vorliegenden Einreisegesuche endlich zu erledigen, denn keiner kann ermassen, wie die Schiffbrüchigen das Warten auf die Rettung zermürbt. Für Hunderte, die eine sofortige Erleichterung ihrer Lage erhofft hatten, bleibt für die nächste Zeit dieselbe unverändert, was bedeutet: Fortsetzung eines menschenunwürdigen Daseins.

Amerika hat der Konferenz als Geschenk die Einreisemöglichkeit für 28'000 Auswanderer aus Deutschland und Österreich mitgebracht. Leider ist nicht definiert worden, unter welchen Bedingungen diese 28'000 in Amerika aufgenommen werden sollen. Würden die alten Bedingungen aufrechterhalten bleiben, so wäre an dem augenblicklichen Zustand kaum etwas geändert. Der Praktiker muss also nach den Bedingungen fragen, unter welchen diese neue Einwanderung erfolgen soll ... Hier erhebt sich eine Frage von gigantischem Ausmass, auf diese Frage hat Evian keine genügende Antwort gegeben. Wenn man die Dringlichkeit des Problems anerkannt hat, so muss man einige Dinge sofort tun. Darum, wenn Evian der erste grosse Schritt war, so ergeben sich als weitere die folgenden: Gebt Mittel, damit die Auswanderungsfähigen aus ihrem Elend herauskommen. Gebt schnellstens Klarheit über die neuen Einwanderungsbedingungen – öffnet eure Grenzen für ein Zwischenasyl für die Menschen aus Deutschland und Österreich!»⁴

3 Vgl. Arieh Tartakower und Kurt R. Grossmann, a.a.O. S. 100

4 Dieses kritische Urteil wurde nicht von allen geteilt. Adler-Rudel z.B. schreibt in einem Briefe an den früheren Staatssekretär Hans Schaeffer: «Als erstes würde ich sagen, dass ich mit dem Ergebnis der Konferenz absolut zufrieden bin; es entspricht ungefähr dem, was ich von der Konferenz erwartet hatte, und ich glaube nicht, dass man bei vernünftiger Überlegung mehr erwarten konnte.» Adler-Rudel betrachtete als «die wichtigste Tatsa-

Das Geschenk der USA war keins; denn, wie wir in einem späteren Kapitel sehen werden, hielt man in Washington strikt an der Quotengesetzgebung fest und weder «Klarheit» noch «Geldmittel» für die private Fürsorge wurden gegeben, ganz zu schweigen von einem Zwischenasyl.

Das «Positivum» in diesem Negativen war die Einsetzung eines permanenten Intergovernmental Committee for Refugees mit Sitz in London. Es sollte Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich «befürsorgen» oder, wie die vorsichtige technische Definition besagte, die Arbeit der Konferenz von Evian «fortsetzen und verwirklichen». Vielleicht, so hofften die aus Evian abreisenden Vertreter der privaten Hilfsorganisationen mit zugeschnürter Kehle, würde wenigstens ein Spalt in der Tür offengelassen, damit das Komitee seinen so eng gezogenen Aufgabenkreis vergrössern könnte. Alle Regierungen, die an der Evian-Konferenz teilgenommen hatten, sollten dem Londoner Hauptquartier detaillierte Berichte über Einwanderungsmöglichkeiten und bestehende gesetzliche Bestimmungen zukommen lassen, und im Falle einer Einwanderung würden Identifikationspapiere statt des für viele Flüchtlinge nicht mehr erhältlichen deutschen Passes ausgestellt werden. Keines der Länder übernahm eine finanzielle Verpflichtung für diese unfreiwillige Auswanderung der Ausgetriebenen. Das schuf bildlich einen Befehlsstand, aber liess die Armee – die Verfolgten – ohne Mittel, die rettenden Stützpunkte zu erreichen.

Das Intergovernmental Committee, geleitet von einem Vorsitzenden und vier Vizevorsitzenden, ernannte den Amerikaner George Rublee, Chef eines der grössten Warenhäuser New Yorks, zum Direktor. Er hat eine bedeutende Rolle gespielt. Rublee zur Seite stand ein Beamter des State Department, Robert Pell, mit dem ich im Spätherbst 1938 wegen der Lage der Flüchtlinge in der Tschechoslowakei verhandelte. Das Komitee trat das erste Mal am 3. August 1938 zusammen. Myron Taylor, scheinbar noch in der Illusion befangen, es sei alles halb so schlimm, berichtete, dass bis 1943 600'000 Juden, Halbjuden und Katholiken Deutschland verlassen haben würden. Aber nur wenige Monate später trafen auf der politischen Bühne Ereignisse ein, die diese Voraussage mit brutaler Gewalt konterkarierten.

Weitere Sitzungen des Intergovernmental Committee fanden am 12. Februar 1939 in London und im gleichen Jahr am 7. Oktober in Washington statt. Hier diskutierte man schon die Situation der Flüchtlinge «unter den Bedingungen des Krieges», der wenige Wochen vorher begonnen hatte. Zwischenasyle sollten gefunden werden. Präsident Roosevelt hatte gewarnt, das nationalsozialistische Regime, der Krieg, das Chaos, werde 10 bis 20 Millionen neue Flüchtlinge hervorbringen. Wohin konnte man diese Entwurzelten bringen? Doch an der Jahreswende 1938/39 ahnte niemand die Tragödie, die sich anschickte, über die europäischen Juden und die Menschheit hereinzubrechen.

So wenig Positives auch praktisch für die Flüchtlinge geschah – Öffnung der Grenzen,

che» die Gründung eines permanenten Office, das sich auf die Autorität der grossen Staaten stützen könne. Auch Staatssekretär Hans Schaeffer, in seinem Antwortbrief vom 30. Juli 1938, erklärt: «Erstens, es ist alles erreicht worden, was nach Lage der Sache erreicht werden konnte. Zweitens, es ist eine Organisation im Entstehen, die bei geeigneter Führung sowohl für Verhandlungen mit Deutschland als auch mit den Aufnahme-ländern von Nutzen sein kann.» Vgl. Anm. 2

soziale Versorgung, Bereitstellung von Transportgeldern und Transportmitteln – so viel geschah theoretisch. War der Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich durch das Londoner Intergovernmental Committee abgelöst worden? Sir Neill Malcolm hatte an der Konferenz in Evian teilgenommen, sein Bericht wurde mit Aufmerksamkeit angehört, die Delegierten sparten nicht mit ihrer «Anerkennung» für sein Amt. Das International Labour Office hatte sich ebenfalls mit dem Flüchtlingsproblem befasst. Man versprach sich gegenseitig, zu kooperieren. Doch bald wurde es klar, dass London und Genf auf vielen Gebieten das Gleiche taten. Ergo kamen die Verantwortlichen zu dem Schluss, beide Körperschaften zu vereinen. Sir Neill Malcolm war inzwischen von dem Engländer Sir Herbert Emerson abgelöst worden, und da George Rublee zurücktrat, wurden nun beide Funktionen (die des Direktors des Intergovernmental Committee und die des Hochkommissars für Flüchtlinge) in einer Person vereinigt: Sir Herbert Emerson.

Was das Intergovernmental Committee in jener Periode tun konnte, da unsere Welt sich anschickte, vollends in den Abgrund von Tränen, Blut und Leiden zu fallen, war mehr als bescheiden. Man verhandelte gemäss den Beschlüssen der Evian-Konferenz mit der deutschen Regierung: dass die Auswandernden einen Teil ihres Besitzes mitnehmen könnten und die Auswanderung der Juden in organisierter Weise vor sich gehen sollte. Das Faktum, dass die Nazis die Juden als «paupers» mit ganzen zehn Reichsmark in der Tasche über die Grenze trieben, war einer der Gründe, warum die Aufnahmeländer Barrieren errichtet hatten. Tatsächlich kam eine provisorische Vereinbarung zwischen dem Direktor des Intergovernmental Committee und der deutschen Regierung zustande, wonach alle Männer und unverheirateten Frauen im Alter von 15-45 Jahren – ihre Zahl betrug 50'000 – im Falle der Arbeitsfähigkeit im Laufe von drei bis fünf Jahren Deutschland verlassen sollten. Ihre zurückgelassene Familie – etwa 250'000 – würde nachkommen, sobald sich die Erstauswanderer wirtschaftlich etabliert hatten. Die restlichen etwa 200'000 älteren oder kranken Juden sollten in Deutschland «unauffällig und von der übrigen Bevölkerung getrennt» ihr Leben «beschliessen» können. Die Auswanderung der deutschen Juden sollte durch einen Fonds finanziert werden, zu dem 25 Prozent aus dem vorhandenen jüdischen Vermögen beigetragen werden sollten. Dieses Geld sollte mit Rücksicht auf die Devisenschwierigkeiten Deutschlands für den Ankauf von Sachwerten (Maschinen, Waren usw.) benutzt werden. Diese Transfermethode sollte insbesondere für die Auswanderung nach Palästina angewendet werden. Sie ist unter dem Namen Haavarah in die Geschichte eingegangen.

Helmut Gensehel bestätigt in einer lesenswerten Studie⁵, dass «fast alle ausländischen Staaten sich nur kapitalkräftigen Einwanderern aufgeschlossen» zeigten, aber auch: «Daneben bildete das Transferproblem das grösste Hemmnis. Inländische Vermögen der prospektiven Auswanderer waren devisenrechtlich gesperrt. Geld und Effekten wurden zu ‚Sperrmark‘ bzw. ‚Effektenmark‘ bis 1938 gehandelt. Sie konnten an Ausländer, die deut-

5 Helmut Gensehel, «Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich.» Göttingen 1966, S. 25

sche Mark brauchten, gegen Devisen mit 50%, dann 60% bis 70% Verlust verkauft werden.»⁶

In den Verhandlungen mit dem Intergovernmental Committee bestand die deutsche Regierung darauf, dass das gesamte jüdische Vermögen in einen Fonds fließen sollte, aus dem nur die obigen 25 Prozent für Auswanderung Verwendung finden sollte. Es wurde offengelassen, was mit den übrigen 75 Prozent geschah.

Diese Erpressung wurde von der jüdischen öffentlichen Meinung abgelehnt, und damit hatte die Haavarah ihr Ende erreicht, unter der 139 Millionen Reichsmark = 8 Mill. pal. Pfund seit 1933 transferiert worden waren.

Im Juli 1939 gab das Intergovernmental Committee die Gründung einer halbamtlichen Auswanderungskörperschaft unter dem Namen Coordinating Foundation bekannt, mit einem anfänglichen Fonds von 1 Million Dollar, die jüdischen und nichtjüdischen Flüchtlingen in gleicher Weise dienen sollten. Der Ausbruch des Krieges brachte aber alle diese Anstrengungen zu einem abrupten Ende. Als ein Jahr später die amerikanische Öffentlichkeit vorwurfsvoll fragte, was denn für die Rettung der verfolgten Hitler-Opfer getan würde, erinnerte man sich, wie wir sehen werden, des zur Untätigkeit verdammten Intergovernmental Committee, das in Evian unter den ungünstigsten Sternen auf die politische Bühne trat, weil das Gewissen der Verantwortlichen schlief.

⁶ Ebda, S. 259

7. Der braune Arm greift über die Grenze

«Es ist ein elementares Menschenrecht, den Verfolgten Zuflucht zu geben.»
Erklärung der Hitler-Regierung vom 31. Juli 1943

Bevor wir zu unserer Berichterstattung über die wachsende Flüchtlingstragödie zurückkehren, ist es notwendig, einige Aspekte in der Geschichte der deutschen Flüchtlinge zu beleuchten, die bisher nirgendwo einen schriftlichen Niederschlag gefunden haben.

«Die Welt möge sich mit ihren eigenen Problemen beschäftigen! . . . Die Emigranten vergiften die Quellen unter den Nationen. Für Deutschland ist ihr Verschwinden eine grosse Entlastung.»

So sprach Adolf Hitler am 1. November 1933, als der Strom jüdischer und nichtjüdischer Flüchtlinge erst begonnen und die Fluchtbewegung erst bescheidenen Umfang erreicht hatte. Wenige Tage vorher – am 24. Oktober 1933 im Berliner Sportpalast – hatte Hitler erklärt, dass er froh sei, die Emigranten los geworden zu sein. «Wir sagen nicht: sendet sie uns zurück! – im Gegenteil, wir sagen: behaltet sie, je länger, je besser.»¹ Als diese Worte gesprochen wurden, war die politische Emigration zahlenmässig stärker als die jüdische; [denn die Juden in Deutschland, trotz des Boykottages am 1. April 1933, hatten die Illusion, dass Adolf Hitler verschwinden würde, dass das Ungeheuerliche, welches Einsichtige ahnten, sich nie im Lande Goethes, Schillers und Beethovens ereignen könne.] Während im Jahre 1933 die Nazi-propaganda Hohn und Verachtung über die ausschüttete, die ihr Leben und ihre Freiheit zu retten suchten, endete das Leben anderer, denen diese Flucht nicht gelang, in den Kellern der Gestapo, der SA und in den Konzentrationslagern.

Die politische Tätigkeit der Flüchtlinge, ihre leider vergeblichen Warnungen vor dem, was kommen musste, waren den Nationalsozialisten ein ständiger Dorn im Auge. Hitler erklärte z.B. am 21. Mai 1935 im Reichstag:

«Von draussen arbeitet eine Armee von Emigranten gegen Deutschland. In Prag und Paris werden nach wie vor revolutionäre Zeitungen in deutscher Sprache gedruckt ... und fortgesetzt ins Reich hineingeschmuggelt, öffentliche Aufforderungen, Gewaltakte zu begehen, werden nicht nur in diesen Zeitungen gedruckt, sondern auch in mehreren der grossen Zeitungen [in den betreffenden Zufluchtsländern], die eine weite Verbreitung haben... Wir sind daran interessiert, dass alle diese Propaganda und Methoden der Aufregung aufhören»¹ Kein Wort mehr darüber, dass Hitler froh sei, die «Untermenschen» los geworden zu sein, denn längst hatte sich die Politik des

¹ Zit. nach: Arthur D. Morse, «Die Wasser teilten sich nicht». München 1968, S. 137

braunen Reiches gegenüber den Flüchtlingen geändert. Das Hitlerregime versuchte, mit verschiedenen Methoden sich dieser «unbequemen Gesellen» zu versichern, sie in Acht und Bann zu tun, sie zu entführen und, wenn notwendig, zu ermorden.

Im September 1935 fand in Kopenhagen die Sechste Internationale Konferenz für die Vereinheitlichung des Strafrechts statt, auf der das erste Mal das nationalsozialistische Deutschland durch seine «Rechtsexperten» vertreten war. Sie schlugen dieser Konferenz ein vereinfachtes Auslieferungsverfahren vor, welches, wäre es akzeptiert worden, jedwedes politische Asylrecht für die von den Nazis Verfolgten illusorisch gemacht hätte. In der reichsdeutschen Zeitschrift «Der Gerichtssaal»^{ia} wurde ein Fall geschildert, aus dem hervorging, was Hitlers Rechtsvertreter in Kopenhagen gewollt hatten. Die Schweiz hatte sich geweigert, einen deutschen Flüchtling dem Reich zum Zwecke der Sterilisation zu überstellen. Die deutsche Seite argumentierte, dass Sterilisation nur eine Sicherheitsmassnahme und keineswegs eine Bestrafung sei. Die Juristen des Dritten Reiches folgerten, dass Personen, die aus Gründen der Sicherheit von einem Zufluchtslande angefordert werden – und dies schliesse selbstverständlich auch politische Flüchtlinge ein – ohne ein langwieriges Auslieferungsverfahren den Behörden des Dritten Reiches übergeben werden sollten. Sie sollten nach dem Wunsch der braunen Juristen in gleicher Weise heimgesandt werden wie aus einer Anstalt entlaufene Insassen oder entlaufene Kinder oder Unmündige. Deutschland sei, so hiess es in diesem Artikel, vornehmlich am Abschluss solcher internationaler vereinfachter Heimschaffungs- und Auslieferungsverfahren interessiert und erst in zweiter Linie an Auslieferungsverfahren mit eingebauten Schutzregeln für den Verfolgten. Als der Völkerbund Nazideutschland im Jahre 1938 einlud, an einer Konferenz zur Bekämpfung des Terrors teilzunehmen, die eine bittere Konsequenz der Ermordung des jugoslawischen Königs Alexander und des französischen Aussenministers Louis Barthou im Jahre 1934 war, lehnte Hitler die Entsendung einer Delegation nach Genf mit der Begründung ab, dass die Länder in den Vorberechungen nicht die Grundideen über die vereinfachte Handhabung des Asylrechts anerkannt hätten.

Geschichte ist selten ohne Ironie. Nur einige Jahre später – am 31. Juli 1943 – wurden die Nazis plötzlich die eifrigsten Protagonisten der humanitären Prinzipien eines unantastbaren Asylrechts. «Es ist eines der elementarsten Menschenrechte, den Verfolgten Zuflucht zu geben», erklärte der offizielle Sprecher der Naziregierung. Bis sich diese Erkenntnis Bahn brach, griff der braune Arm brutal über die Grenzen in diejenigen Länder hinein, in die politische und jüdische Flüchtlinge in wachsender Zahl zu entkommen suchten. Eine der frühesten Waffen gegen die Flüchtlinge und Emigranten war ihre Ausbürgerung, die Verfemung des Exilierten, seine Diffamierung und die seiner Familie und schliesslich die Beschlagnahme seines beweglichen und unbeweglichen Vermögens. Aufgrund des im März 1933 der Regierung Adolf Hitlers gegebenen Ermächtigungsgesetzes wurde am 14. Juli 1933 (Reichsgesetzblatt 1, S. 480) das Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und Aberkennung der Staatsangehörigkeit erlassen, welches sich gegen die folgenden Gruppen wandte:

ia «Der Gerichtssaal». Bd. 109, 1937, S. 179 ff.

1. Gegen die nach dem 9. November 1918 in Deutschland Eingebürgerten, darunter auch eine Anzahl von Juden aus den östlichen Ländern, von denen viele im Ersten Weltkrieg als Soldaten dienten. Deren Einbürgerung wurde nunmehr summarisch widerrufen, und die Ausweisung war die Folge, wenn sie nicht freiwillig vorher Deutschland verlassen hatten.
2. Gegen die nach dem Ausland Geflüchteten, die trotz Aufforderung der deutschen Behörden nicht zurückgekehrt waren.
3. Gegen den Personenkreis, der sich «gegen die Pflichten zur Treue gegen Volk und Reich vergangen hatte».²

Die beiden letzten Gruppen gehörten schicksalsmässig zusammen. Denn nur wenige der politischen Flüchtlinge erhielten Rückkehraufforderungen. In solchen Fällen handelte es sich meist um geflüchtete Beamte, da man einen Vorwand suchte, ihnen ihre Pension oder Ruhegehalt zu nehmen. Als das Gesetz erlassen wurde, kommentierte die gleichgeschaltete «Vossische Zeitung» vom 15. Juli 1933 wie folgt:

«Mit dem Besitze der deutschen Staatsbürgerschaft ist als vornehmste Pflicht die Treue gegen Reich und Volk untrennbar verknüpft. Zahlreiche ins Ausland ausgewanderte oder geflüchtete Reichsangehörige verstossen gegen diese Treuepflicht, indem sie der feindseligen Propaganda gegen Deutschland Vorschub leisten und Massnahmen der nationalsozialistischen Regierung herabzuwürdigen versuchen. Diese landesverräterischen Elemente können im Ausland nicht anders zur Rechenschaft herangezogen werden, als dass man sie aus der deutschen Volksgemeinschaft ausstösst. Zur Ergänzung der Aberkennungsmassnahme und zur Verstärkung ihrer abschreckenden Wirkung sieht die Verordnung die Möglichkeit des Vermögenseingriffs (Beschlagnahme oder Verfallserklärung) vor.»

Die erste Ausbürgerungsliste wurde am 25. August 1933 im «Reichsanzeiger» Nr. 1983 veröffentlicht. Die Propagandamaschine Goebbels setzte gegen die ersten dreiunddreissig Ausgebürgerten mit einer solchen Wucht ein, dass z.B. wenige Tage später im Deutschen Klub, London(!) die Bilder der 33 Ausgebürgerten mit der folgenden Unterschrift ausgestellt wurden: «Wenn Ihr einen trifft, schlägt ihn tot!» Auch mein Name stand auf dieser Liste.³

Meine Reaktion zur Ausbürgerung veröffentlichte ich am 30. August 1933 im «Prager Mittag»:

«Weil ich durch mein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstösst, die deutschen Belange geschädigt haben soll, bin ich durch die gegenwärtigen Machthaber der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt worden.

Pflichten zur Treue gegen Reich und Volk? Ist das nicht die Liebe zur Wahrheit, das unbedingte Aussprechen dessen, was ist? Ist das nicht der Kampf um die primitivsten Menschenrechte? Die Rechte auf Freiheit, auf Menschenwürde?

Treue zu Reich und Volk? Manifestiert sich nicht diese Treue in dem Einsetzen für gehetzte Volksgenossen? Schädigung der deutschen Belange? Wurden die deutschen Belange geschädigt durch

2 Nach: Robert M.W. Kempner, «Who is expatriated by Hitler: an Evidence Problem in Administrative Law». In: University of Pennsylvania Law Review. Vol. 90, 1942.

3 Wiederholt im «Reichssteuerblatt» vom 1. Sept. 1933, s. Anh., Dokument 3

den, der jahrein und jahraus gegen die Isolierung Deutschlands in der Welt ankämpfte? Eine spätere, ruhigere Zeit wird besser beurteilen können, wer diese ‚Belange‘ des Deutschen Reiches mehr geschädigt hat. Das Regime, das unsagbare Not und Qual über das Land brachte, oder diejenigen, die bestrebt waren, die Präambel der noch in Kraft befindlichen Reichsverfassung mit verwirklichen zu helfen: ‚dem inneren und äusseren Frieden zu dienen‘.»

Fast fünfunddreissig Jahre nach diesem Ereignis hat Professor Adolf Leschnitzer diese erste Ausbürgerungsliste als einen «Adelsbrief» bezeichnet: «Kurt Grossmann steht auf der ersten Ausbürgerungsliste der Naziregierung ... Er befand sich auf jener Liste in sehr guter Gesellschaft. Alle dreiunddreissig auf dieser Liste aufgeführten Persönlichkeiten waren im Deutschland der Weimarer Republik der weitesten Öffentlichkeit bekannt. Sehr erlauchte Namen sind darunter ...»

Als aber in jenen erregenden Augusttagen die Zeitungen, das Radio die «Verfemungsliste» verkündeten, begleitet von diffamierenden Kommentaren aus Goebbels' Küche, waren meine Freunde wie ich selbst weit davon entfernt, diesen modernen lettre de cachet als «Adelsbrief» oder gar «Ehrung» zu empfinden; denn die meisten Ausgebürgerten, wie auch ich, hatten noch Familie im Bereich des «Dritten Reiches», und wer konnte sicher sein, dass sie sich nicht ihrer als Geiseln bedienen würden? Nach ein paar Tagen aber war ich so weit, dem «Prager Mittag» die obige Erklärung abzugeben und vorauszusagen: «Mögen jene, die heute mit brutaler Gewalt über das deutsche Volk herrschen ... wissen, dass ihre Tage der Herrschaft nicht nur gezählt, sondern auch gewogen werden.»

Der Schriftsteller Heinrich Mann liess mich wissen, er wolle in der Sache der Ausbürgerung den Haager Schiedsgerichtshof anrufen – ein frommer, aber unerfüllbarer Wunsch, da dieser nur Klagen von Regierungen behandelt. Als ich mit meinem Freund Kurt Tucholsky in Göteborg über seine Reaktion korrespondierte, schrieb er resignierend:

«In der Aberkennungssache möchte ich zunächst nichts unternehmen. Der Völkerbund gibt keinen Nansenpass, ‚en aucun cas‘. Der Fall liegt aber exakt genau so wie damals bei den russischen Emigranten ... Bleibt es bei dieser Entscheidung – und es wird sicherlich bei ihr bleiben –, so halte ich das für eine Schändung des Namens Nansen. Dass bei manchen der Expatriierten der Grundsatz ‚Nulla poena sine lege‘ durchbrochen worden ist, wissen Sie natürlich.»

Anlässlich eines konkreten Falles erfolgte eine Stellungnahme der Kolumbianischen Regierung. Ein Generalkonsul hatte bei seiner Regierung um Instruktionen nachgesucht, als ein Staatenloser ihn um einen kolumbianischen Pass bat. Die Instruktion der kolumbianischen Regierung stellt eine der seltenen eindeutigen offiziellen Stellungnahmen einer Regierung in der Zeit der Treibjagd auf Staatenlose dar.

Nachdem die Regierung ihren Generalkonsul daran erinnerte, dass es sich bei diesem Fall um die «schmerzliche Wirklichkeit im Nachkriegseuropa» handle, da «Tausende von Menschen als Opfer politischer, religiöser oder Rassenhetze ihr Vaterland, ihr Heim verloren haben», gibt das Ministerium seinem Vertreter die folgende Instruktion:

«Im vorliegenden Falle und in weiteren ähnlichen Fällen habe ich die Pflicht, Ihnen mitzuteilen, dass unser Land seine Pforten nicht verschlossen hält und auch gar nicht verschlossen halten kann, wenn diese in Europa verfolgten ‚Menschen ohne Vaterland‘ unter Anrufung des Gefühls menschlicher Brüderlichkeit auf der Suche nach einem Heim, einem Vaterland und nach Arbeit ihre Zuflucht . . . nehmen wollen. Die moralischen Qualitäten des Gesuchstellers, seine Arbeitswilligkeit und seine schöpferischen Fähigkeiten müssen Gegenstand Ihrer Erwägungen bilden, und wenn diese Prüfung positiv ausfällt, haben Sie die Pflicht, den Pass auszustellen. Vaterlandslosigkeit darf nicht der Grund sein, die Ausstellung eines Passes zu verweigern. Mein Ministerium vertraut auf die klare Erkenntnis der Konsularbeamten.»

In vielen Fällen verzichteten die braunen Machthaber auf Begründungen für die Ausbürgerung, aber in anderen Fällen, z.B. bei Thomas Mann, hielten sie diese für notwendig:

«Thomas Mann, Schriftsteller, früher in München wohnhaft. Nach dem Umschwung kehrte er nicht mehr nach Deutschland zurück und begründete mit seiner Ehefrau Katharina geb. Pringsheim, die einer jüdischen Familie entstammt, seinen Wohnsitz in der Schweiz. Wiederholt beteiligte, er sich an Kundgebungen internationaler, meist unter jüdischem Einfluss stehender Verbände, deren Feindseligkeit gegenüber Deutschland allgemein bekannt war. Seine Kundgebungen hat er in letzter Zeit wiederholt offen mit staatsfeindlichen Angriffen gegen das Reich verbunden. Anlässlich einer Diskussion über die Bewertung der Emigranteliteratur stellte er sich eindeutig auf die Seite des staatsfeindlichen Emigrantentums und richtete öffentlich gegen das Reich die schwersten Beleidigungen, die auch in der Auslandspresse auf starken Widerspruch stiessen. Sein Bruder Heinrich Mann, sein Sohn Klaus und seine Tochter Erika sind bereits vor längerer Zeit wegen ihres unwürdigen Verhaltens im Ausland der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt worden.»^{3a}

Auf derselben Liste (Liste 7 v. 2. Dez. 1936) wurde der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Sollmann ausgebürgert. Hier lautete die Begründung wie folgt:

«Wilhelm Sollmann, marxistische Parteigrösse des Novembersystems. Seit 1920 gehörte er der ehemaligen SPD-Fraktion an und war während des Kabinetts Stresemann Reichsminister des Innern. Nach der Machtübernahme flüchtete er zuerst ins Saargebiet und begab sich nach der Saarabstimmung nach Frankreich. Dort trat er einem Journalistenverband bei, der alle ausgewanderten Schriftsteller umfasst, betätigte sich als Verfasser zahlreicher gegen das Reich gerichteter Artikel. Ausserdem unterhielt er enge Beziehungen zu führenden Prager Emigrantenkreisen.»^{3a}

Auf dieser Liste stehen auch Konrad Heiden, der grosse Geschichtsschreiber der nationalsozialistischen Bewegung und Biograph Adolf Hitlers, Professor Alfons Goldschmidt, einer der besten Kenner Mexikos, Rudolf Olden, jahrelang mit dem «Berliner Tageblatt» verbunden, der Dichter Karl Schnog und andere. Familienangehörige wurden das erste Mal auf Liste 6 vom 22. Juli 1936 ausgebürgert, und die Listen 9 und 10 vom 22. März und 3. April 1937 bürgerten die Familienangehörigen aus, die auf den ersten fünf Ausbürgerungslisten nicht erwähnt waren.

Unter Art. 2 und 3 des Gesetzes über Widerruf der Einbürgerung und Aberkennung der

3a Zit. nach «Reichsanzeiger.» Ausg. vom 2. Dez. 1936

Staatsangehörigkeit wurden bis September 1935 4'137 Personen ausgebürgert, davon 1'587 Frauen und Kinder. Diese Ziffer stieg von Jahr zu Jahr, erreichte 1938 6'000, um dann durch eine Generalausbürgerung vom 21. November 1941 in die Hunderttausende zu steigen.

Praktisch hat diese Ausbürgerung den Flüchtlingen draussen nicht so sehr geschadet, da sie ohnehin nicht um deutsche Pässe bei den Konsulaten nachgesucht hätten. Soweit sie Reisepapiere brauchten, halfen ihnen die Asylländer gemäss internationaler Vereinbarungen mit Interimspässen oder, wo das nicht möglich war, mit einem Affidavit au lieu de passport.

Die Gestapo wandte jedes Mittel der Bespitzelung der Emigranten an. In meinem Buche, «Ossietzky – Ein deutscher Patriot», habe ich im Anhang, S. 500 ff., eine Reihe von Berichten der Deutschen Botschaft in Paris wiedergegeben, aus denen diese Überwachung klar hervorgeht. Die Tschechoslowakei war für die Gestapo, insbesondere ihre Filiale in Dresden, ein relativ leichtes Terrain, denn es existierte zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei kein Visumzwang, und zweitens waren die Grenzen so ausgedehnt, dass es keine Mühe war, diese «illegal» zu überqueren. So war Prag von Spitzeln, Achtgroschen-Jungen jeden Kalibers, übersät. Als beispielsweise im Jahre 1936 ein aus Oberschlesien stammender politischer Flüchtling von Prag nach Deutschland fuhr, um dort illegal für einige Zeit zu arbeiten, wurde er, offensichtlich verraten, in Dresden aus dem Zuge geholt. Ein ihn vernehmender Kriminalkommissar Greiser fragte ihn, ob er mich kenne. Der Verhaftete versuchte auszuweichen und antwortete: «Nicht persönlich». Als er leugnete, mich gesehen zu haben, schlug der Kriminalkommissar das vor ihm liegende Aktenstück auf, entnahm demselben eine Anzahl von Photographien, auf denen der politische Flüchtling und ich in lebhaftem Gespräch zu sehen waren.

Als wir im März 1933 in Prag das Fürsorgewerk für die Flüchtlinge aus Deutschland organisierten, erkannten wir, dass sich die deutsche Emigration gegen Spitzel und auch kriminelle Elemente nur dann schützen konnte, wenn sie freiwillige Selbstkontrolle übte. Diese wiederum war nur möglich, wenn wir auf der einen Seite mit den Führern der politischen Gruppen und den Behörden zusammenarbeiteten. Die Tschechoslowakei war das einzige Asylland, in dem für die Flüchtlinge ein einheitlicher Registrierungsbogen geschaffen wurde, den die Polizei als vorläufigen Ausweis anerkannte. Nur wer im Besitz dieses Evidenzbogens war, galt als Flüchtling, erhielt Unterstützung und konnte in Ruhe abwarten, bis er eine Aufenthaltsgenehmigung erhielt. Wenn ein «Flüchtling» sich nicht registrierte, wurde a priori angenommen, dass er gute Gründe habe, sich bei den Flüchtlingskomitees und der Polizei nicht zu zeigen, obwohl es in dieser Beziehung sicher Ausnahmen gab.

Eine zentrale Meldestelle kontrollierte den Flüchtling, der sich bei einer der sechs arbeitenden Flüchtlingsfürsorgen gemeldet hatte, und so entstand eine zentrale Registrierung aller Flüchtlinge. Diese zentrale Meldestelle, unter Leitung eines deutschsprechenden Sozialdemokraten namens Schrader, wurde eine wichtige Informationsquelle für alle Fürsorgekomitees und für die tschechoslowakischen Behörden. Wann immer sich ein Flücht-

ling meldete, wurde er einer eingehenden Prüfung unterzogen; es sei denn, seine politischen Freunde in Prag kannten ihn und garantierten für ihn. Wir schreckten bei unserer Investigation nicht davor zurück, sämtliche Papiere des Neuangekommenen durchzusehen, Suggestivfragen zu stellen, bewährte Flüchtlinge als «Experten» hinzuzuziehen. Ausserdem verfügte die Demokratische Flüchtlingsfürsorge über die Pläne der meisten Konzentrationslager. Wir wussten die Namen der Bewachungsmannschaften und konnten so einen grossen Teil der Angaben nachprüfen. Wir hielten an einem Prinzip fest: Solange die Investigation nicht beendet war, wurde jeder Flüchtling unterstützt. Oft hat aber diese strikte Untersuchung den Erfolg gehabt, dass ein Teil der Spitzel und Spione wieder verschwand.

Es kamen gewiss genug Flüchtlinge, die mit der Untergrundbewegung in Deutschland per se nichts zu tun hatten und dennoch plausible Fluchtgründe hatten. Bei den jüdischen Flüchtlingen gab es solche Probleme nicht, denn jeder wusste, dass Juden verfolgt wurden, und jeder geflüchtete Jude war ein geretteter Jude. Bei den politischen Flüchtlingen war die Situation anders, denn sie repräsentierten die letzten aktiven Kader gegen den Nazismus. Hier handelte es sich nicht um die Ausgabe von Flüchtlingsgeldern an Unwürdige, sondern mehr um den Schutz der schwachen politischen Widerstandsgruppen, die in Prag, Paris und anderen Städten ihre Quartiere aufgeschlagen hatten.

Hat es unter den Spitzeln auch Juden gegeben? Dies ist nur in ganz seltenen Fällen festgestellt worden. Es gab nach meinen Erfahrungen drei bis vier Fälle, in denen Juden für die Devisenüberwachungsstelle tätig wurden, um sich und ihre eigene Familie vor Verfolgungen zu schützen. Solchen Menschen wurde ein Verfahren angehängt, und die Gestapo sagte etwa zu Herrn «Lehmann»: «Sie haben Gelegenheit, Ihre Sache mit uns in Ordnung zu bringen. Herr Cohn ist in Prag, aber wo sein Geld ist, wissen wir nicht. Versuchen Sie, seiner habhaft zu werden. Locken Sie ihn nach Deutschland oder bringen Sie uns zumindest die Namen seiner Helfershelfer. Ihre Frau und Ihr Kind, lieber Lehmann, bleiben hier als Garantie, dass Sie zurückkommen.»

Herr Lehmann konnte sich drehen und wenden, wie er wollte, aber er war in einer Situation, aus der es, ausser Selbstmord, keinen Ausweg gab. Anfang 1934 wurde bekannt, dass man z.B. die Frau und das Kind des aus dem Konzentrationslager geflüchteten Reichstagsabgeordneten Gerhart Seger als Geiseln verhaftet hatte.

Im Juni 1933 kam ein Mann namens Toller nach Prag, der sich als Vetter des Dichters Ernst Toller, der 1939 in New York Selbstmord beging, ausgab. Er suchte weder eines der Hilfskomitees auf, noch trat er mit einem der vielen Freunde Ernst Tollers, die in Prag weilten, in Verbindung. Vielmehr interessierte er sich für eine Anzahl jüdischer Kaufleute, deren Vertrauen er zu erringen suchte. Er begann, sie auszufragen und wenige Tage später erreichte mich die Geschichte von dem mysteriösen Vetter meines Freundes Ernst Toller. Wir warnten die Kaufleute, baten sie, «Toller» zu veranlassen, sich bei einem Komitee zu melden, aber er lehnte das ab. Da er nicht polizeilich gemeldet war, wurde er festgenommen und die Ermittlungen ergaben, dass es sich um einen notorischen Devisenspitzel der Nazis handelte. Da er kein Verbrechen begangen hatte, wurde er ausgewiesen.

Walter Schellenberg, einer der engsten Mitarbeiter Heinrich Himmlers, hat in seinen nach seinem Tode veröffentlichten Erinnerungen über bestimmte jüdische Kontakte im Dienste der deutschen Spionage berichtet/ Als er z.B. die Nachrichtenorganisation für den Fernen Osten aufbaute, sprach er mit dem damals noch lebenden Heydrich darüber. In seinen Memoiren schreibt er: «Ich wusste, dass Jahnke [ein enger Mitarbeiter von ihm] exzellente Verbindungen mit Japan hatte. Die eine war ein früherer zaristischer Offizier, jetzt ein naturalisierter Chilene –; die andere war ein deutscher Jude, Mitglied einer angesehenen Familie, dessen Bruder eine einigermaßen wichtige Position in der englischen Bankwelt hatte ...» Schellenberg erzählt dann, wie er und sein Freund Jahnke diesen Mann geschützt haben und ihn und seine Familie unter allergrössten Schwierigkeiten mit Hondura-Pässen retteten. Dieser jüdische Kontaktmann arbeitete nicht nur prompt und umsichtig, sondern ausserordentlich «zuverlässig». Als Schellenberg später die Spionageoperationen des Admirals Canaris übernahm, konnte, wie er schreibt, ein wichtiges «Informationszentrum» seinem schon umfangreichen Spionagenetz hinzugefügt werden. «Sein Chef war ein deutscher Jude, und er führte seine Aufgaben in einzigartiger Weise durch. Sein Bürostab bestand aus zwei Personen; sein ganzes Büro war mechanisiert und sein Informationsnetz berührte verschiedene Länder und erreichte alle gesellschaftlichen Gruppen. Er lieferte nicht nur prompte, sondern auch exakte Berichte von den Stäben der russischen Armee, welche nach Auswertung und Analyse unseres Armeeeoberkommandos als von besonderer Bedeutung charakterisiert wurden. Die Arbeit dieses Mannes war wirklich meisterhaft. «5

Die Flüchtlinge, die in den Prager Wartezimmern der Hilfskomitees sassen, bis sie gerufen wurden, hatten oft den verständlichen Hang, ihre Erlebnisse zu erzählen. Sie nahmen es als selbstverständlich an, dass jeder andere Wartende ein Schicksalsgefährte sei, dem man sich anvertrauen könnte. Das war aber ein Irrtum. Trotz aller Mahnungen, auf der Hut zu sein, erschien zum Beispiel im gleichgeschalteten «Acht-Uhr Abendblatt», Berlin, im August und September 1933 eine Serie von Schmähartikeln gegen die Prager Emigration. Ein Journalist, der vorgab, ein politischer Flüchtling zu sein, hatte es verstanden, das Vertrauen einzelner Flüchtlinge, darunter sicherlich auch einiger unzufriedener, zu erwerben, und bereichert durch eigene Phantasie erschien das Elaborat gegen die «vaterlandslosen Gesellen». Zugegeben, manches Mal war es schwer, die wahren Absichten solcher agents provocateurs zu entdecken, denn sie erschienen freundlich, bescheiden, ja teilnahmsvoll, hatten fast immer gute «Fluchtgründe» und waren dank der Gestapo über die Untergrundbewegung in Deutschland gut informiert. Von Fall zu Fall gelang es, solcher gefährlichen Individuen Herr zu werden.

Als die Weltpresse die Berichte über die Verfolgungen der politischen Gegner und Juden druckte, jene entsetzlichen Dokumente menschlichen Tiefstands, erschien bei der Demokratischen Flüchtlingslürsorge ein Mann, der behauptete, einst ein Funktionär einer der grossen demokratischen Organisationen gewesen zu sein. Mitbewohner hätten ihn der SA

4 Walter Schellenberg, «The Labyrinth». New York 1956

5 ebda., S. 263

denunziert und diese habe ihn abgeholt und ihn für Tage schrecklichen Torturen unterworfen. Der Mann wurde gebeten, einen schriftlichen Bericht einzureichen, den wir zunächst mit seinen mündlichen Angaben verglichen. Dieser Bericht wurde dann von KZ-Experten und Ärzten durchgesehen und alle kamen zu dem Ergebnis, dass der Mann schwinde, weil er nach solchen Torturen nicht mehr den Hradschin in Prag hätte erblicken können. Was waren seine Gründe? Wir beruhigten den Flüchtling, dass wir ihn nicht nur unterstützen, sondern ihm jede Pflege geben würden, um seine Gesundheit wiederherzustellen. Unser Vertrauensarzt Dr. V. K. würde ihn untersuchen und uns seine Empfehlungen übermitteln. Der Mann schien zufrieden, nahm den Brief der Fürsorge an den Arzt an sich, und als er bereits die Tür in der Hand hatte, sagte er in einem gesucht gleichgültigen Ton: «Wenn Sie wollen, können Sie den Bericht, den ich Ihnen gegeben habe, ruhig veröffentlichen.» Ich bedankte mich für die Erlaubnis. Aber diese Bemerkung hatte uns allen den Zweck seiner Rolle aufgezeigt. Wäre dieser Bericht in der Prager Presse erschienen, dann wären drei oder vier Tage später die Erklärungen der Nazis gekommen, welche Lügen die Emigration über Deutschland verbreite; dass alles nur Greuelpropaganda sei, aber in Wirklichkeit in Deutschland selbst dem verabscheuungswürdigsten politischen Gegner kein Haar gekrümmt werde. Weder ging der Mann zum Arzt noch veröffentlichten wir den Bericht. In diesem war die grausame Geschichte nachzulesen, dass die SA dieses «Opfer» nicht nur mit Peitschen und Knüppeln geschlagen, sondern den ganzen Körper, besonders den Rücken, mit Messern bearbeitet hätte. Nach drei Tagen war der agent provocateur aus Prag verschwunden.

Die sechs verschiedenen Flüchtlingskomitees Prags arbeiteten in der Abwehr gegen Spitzel und Provokateure natürlich engstens zusammen, aber Grenzsekretariate wurden hauptsächlich von der Sozialdemokratischen Partei und zu einem gewissen Teil von den Kommunisten unterhalten. Diese aber kooperierten auch mit den sogenannten unabhängigen Flüchtlingskomitees, zu denen die von mir geleitete Demokratische Flüchtlingsfürsorge gehörte.

Eines Tages meldete mir das Grenzsekretariat von Bodenbach einen «verdächtigen Strasser-Mann». Otto Strasser führte seine in Deutschland nach der im Jahre 1930 erfolgten Trennung von Hitler gegründete Oppositionsbewegung «Schwarze Front» auch in der Emigration weiter fort. Er war im Mai 1933 von Wien unter dem Pseudonym «Dr. Hoffmann» nach Prag gekommen, und eine Anzahl oppositioneller SS- und SA-Leute gehörten zu seinem Kreis, dessen Verlässlichkeit, wie wir später sehen werden, manchen Prüfungen unterworfen wurde. Der uns aus der Provinz avisierte Strasser-Mann hiess Johannes Seidenfaden, und als er in mein Büro kam, zog er aus seinen Taschen viele Briefe und Ausweise, die ein wirklicher Flüchtling gewöhnlich nicht mehr mit sich herumträgt. Durch telefonische Rückfrage bei Otto Strasser hatten wir festgestellt, dass ihm der Name des Mannes nicht bekannt sei und, was wichtiger war, seine politischen Freunde innerhalb des Reiches hätten ihn nicht avisiert. So liessen wir uns die Geschichte Seidenfadens erzählen: Er sei 1927 in die NSDAP eingetreten, weil er in der nationalsozialistischen Bewegung die militante Streitmacht gegen den Kapitalismus und gegen die Juden sah. Er

sei seit Jahren arbeitslos gewesen, und der Eintritt in die SA habe ihm Beschäftigung gegeben und seinen Hunger gestillt. Dann sei 1930 der Krach Hitlers mit Otto Strasser und dessen Ausschluss aus der Partei gekommen. Das habe ihn schwankend gemacht. Aber er sei erst ein Jahr später, beim sogenannten Stennes-Putsch, aus der Partei ausgeschlossen und habe dann Anschluss an Strasser gefunden.

Das Sammelsurium von Briefen, Ausweisen, Erklärungen, Zeitungsausschnitten, Parteitagsbefehlen, Erinnerungskarten und Familienbildern wurde gesichtet, während Seidenfaden weiter berichtete: Nach Hitlers Machtantritt sei er wieder arbeitslos geworden, bis ihn ein Kamerad von der Schwarzen Front in einem grossen Maschinenbetrieb untergebracht hätte. Dort hätten die Strasser-Leute eine Zelle gebildet und begonnen, gegen die Naziartei zu arbeiten. Vor etwa einer Woche, so sagte Seidenfaden, sei die Gestapo plötzlich in den Betrieb gekommen, um ihn zu verhaften. Im letzten Augenblick gelang es ihm zu entfliehen, und «vor drei Tagen bin ich in der Tschechoslowakei angekommen». Die Vernehmung begann: Er behauptete, Otto Strasser zu kennen, aber war nicht so sicher, ob das Umgekehrte der Fall war. Seidenfaden gab zu, dass er «einer illegalen Betriebsgruppe angehörte», aber wusste nicht, was aus seinen Kameraden im Betrieb geworden sei. Er habe keine Zeit mehr gehabt, mit denselben irgendeine Verbindung aufzunehmen; es sei nicht ausgeschlossen, dass sie verhaftet wurden. Die Namen dieser Kameraden wollte er zunächst nicht nennen, aber als ihm bedeutet wurde, dass das unbedingt notwendig sei, schlug er vor, dies nur unter vier Augen tun zu wollen, was ich ablehnte. Schliesslich schrieb er die Namen auf ein Blatt Papier. Ich bat ihn, für einige Minuten das Zimmer zu verlassen, und rief erneut Otto Strasser an. Es waren sechs oder sieben Namen, und jedesmal erklärte Strasser, dass derselbe ihm als Mitglied seiner Gruppe bekannt sei. Es seien offensichtlich seine Leute, aber Seidenfaden sei ihm völlig unbekannt. Strasser lehnte es ab, den Mann zu sehen, und die weitere Vernehmung wäre schwierig gewesen, wenn mir nicht ein Zufall zu Hilfe gekommen wäre.

Als Johannes Seidenfaden wieder ins Büro kam, sprachen wir über seine Zukunft. «Arbeit wird schwer zu erhalten sein, denn hier in der Tschechoslowakei herrscht starke Arbeitslosigkeit», bedeutete ich ihm. «Haben Sie noch Geld?» fragte ich etwas nachlässig. «Nur sehr wenig», gab er zur Antwort; er habe in Bodenbach seine letzten zwanzig Mark gewechselt. Von den 160 Kronen habe er nur noch 60 übrig. «Kann ich die einmal sehen?» fragte ich ihn. Seidenfaden schien überzeugt zu sein, das Misstrauen überwunden zu haben und wollte uns helfen, den letzten Verdacht, dass er vielleicht eigene grössere Mittel habe, zu zerstreuen. So legte er bereitwillig seine Geldtasche mit 62,40 Kr auf den Tisch. Aber als er sein Portemonnaie öffnete, sah ich, wie er ein kleines Stück Papier in dessen rückwärtige Tasche schob. Als wir uns, nach einem gewissen Hin und Her, dieses Stückchen Papiers versicherten, fanden wir auf demselben eine Adresse, von der Seidenfaden sagte, sie sei die eines Freundes, der ihm möglicherweise helfen könnte – aber in Wirklichkeit war es eine Anlaufadresse für Naziagenten. Wie oft, hatte Seidenfaden eine Jahreszahl verwechselt (er sei aus der Partei ausgeschlossen im Jahr 1931, aber der Brief der

NSDAP stammte aus dem Jahre 1932). So brach sein Lügengebäude zusammen, und er wurde den tschechischen Behörden übergeben und alle Flüchtlingskomitees vor Seidenfaden gewarnt, da wir mit seiner baldigen Freilassung rechnen mussten: dank unserer Wachsamkeit hatte er bisher kein Gesetz seines Aufenthaltslandes verletzt.

Der exilierte Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hatte mit Genehmigung der tschechoslowakischen Behörden seine Zelte in Prag aufgeschlagen. Er wurde von den deutschsprachigen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei sowie von den tschechischen Genossen und Gewerkschaften freundschaftlichst empfangen. Während das Büro des Parteivorstandes sich in einem der Aussenbezirke Prags befand, hatte die Sozialdemokratische Flüchtlingsfürsorge unter Wilhelm Sander, einem prominenten Sozialdemokraten aus Sachsen, ihr Büro im Zentrum der Stadt, im Gewerkschaftshaus.

Die Gestapo war natürlich daran interessiert, die Aktionszentren der politischen Emigration zu erkunden und alles Wissenswerte zu erfahren. So tauchte bei der SOPADE ein gewisser Reinhold Schwabe auf, der vor der Machtergreifung Hitlers Mitarbeiter des «Volksfunks», einer Zeitschrift des Arbeiter Radio-Bundes war. Im Herbst 1933 wurde er in Berlin verhaftet, jedoch nach sehr kurzer Zeit wieder entlassen, und unter dem Vorwand einer angeblich drohenden zweiten Verhaftung flüchtete er in die Tschechoslowakei. Dort kam er mit einem Motorrad an und betätigte sich sehr bald als Lockspitzel, provozierte seine Schicksalsgenossen zu Sprengstoffverbrechen und Morden. Als diese ihn fallen liessen, ging er nach Deutschland zurück, wo er versuchte, die illegalen Gruppen der SPD aufzuspüren und sie ans Messer zu liefern. Nach Mitteilung des «Neuen Vorwärts» vom 7. April 1935 hatte Schwabe seine agent-provocateur-Tätigkeit in den folgenden Ländern ausgeübt: Frankreich, Holland, England und Tschechoslowakei. Er trat unter verschiedenen Namen auf, wie Pieper, Spielmann und Reinhold Neumann. Unter dem letzteren Namen besass er einen gültigen deutschen Pass sowie einen internationalen deutschen Führerschein. Das war der Beweis, dass die deutschen Behörden mit ihm arbeiteten und er also ein Agent der Gestapo war, dessen unheilvolle Tätigkeit zum Glück ziemlich frühzeitig aufgedeckt werden konnte.

Die Sozialdemokratische Flüchtlingsfürsorge erlebte jedoch etwas später einen viel ernsteren «Betriebsunfall». Wenn Flüchtlinge in die Fürsorgestellen kamen, wurden Protokolle aufgenommen, die Angaben über die Fluchtgründe, die illegale Arbeit usw. enthielten. Diese Protokolle, wenn sie jemals in die Hände der Gestapo gefallen wären, hätten für diese nicht nur eine willkommene Fundgrube dargestellt, sondern für Hunderte von Menschen Verfolgung, Konzentrationslager, ja möglicherweise den Tod bedeutet. Jede Fürsorge hatte ihr eigenes Sicherungssystem. Die Demokratische Flüchtlingsfürsorge nahm die Protokolle in einem Code auf und, was wichtiger war, sie und alle anderen entscheidenden Akten wurden jede Nacht in einem Bankschliessfach aufbewahrt. Diese Methode des täglichen Abholens und Hinbringens war zwar mühevoll, aber sie garantierte einen ziemlich sicheren Schutz gegen Spitzel und Spionagearbeit. Unsere sozialdemokratischen Freunde wandten eine andere Methode an: die Protokolle wurden ausführlich aufgenommen, im Büro in einem Schrank aufbewahrt, und dieses Büro wurde nach Schluss

von einem «bewährten» Funktionär, Ernst Ochmann aus Oberschlesien, bewacht. Natürlich schworen alle auf seine Zuverlässigkeit...

Eines Tages reiste von Deutschland ein Mann in die Tschechoslowakei, bei dem der Zollbeamte Photokassetten fand. Als er den Reisenden fragte, was denn das für Filme wären, sagte er, es seien Schmalfilme, mit denen er einige Aufnahmen in der Tschechoslowakei machen wolle. Der tschechoslowakische Zöllner alarmierte die Passkontrolle, und diese notierte sich Namen und alles Wesentliche aus dem deutschen Pass des Reisenden. Man wünschte ihm viel Glück und guten Aufenthalt in der Tschechoslowakei, und er reiste weiter nach Prag. Als derselbe Mann nach einigen Tagen wieder an der Grenze erschien, wurde er festgehalten, die Filmkassetten, die man bei ihm fand, entwickelt. Zur Verwunderung der Tschechen enthielten die Aufnahmen keine strategischen Punkte, keine Geschütze, Brücken etc., sondern Berichte von Flüchtlingen in deutscher Sprache. Der Mann wurde verhaftet, nach Prag zurückgeschickt, und am nächsten Tag schlug eine Sensation unter den Emigranten wie eine Bombe ein: Ernst Ochmann ist als Gestapospitzel verhaftet worden! Was war geschehen?

Ochmann war bestochen worden. Die Gestapo hatte ihn mit einem Spezialapparat versehen, der bei ihm gefunden wurde, und der Kurier brachte ihm die Aufnahmefilme aus Deutschland und nahm die aufgenommenen Filme mit zurück. Die Aufnahmen wurden in der Nacht gemacht, und immer, wenn Willy Sander, der Sekretär der Fürsorge, ins Büro kam, war alles in bester Ordnung. Mit Ochmann wurde ein ganzes Netz vor Helfershelfern verhaftet. Als die Gestapo merkte, dass ihr Mann «hoch» gegangen war, griff sie zu und verhaftete hundertsebzig Funktionäre der sozialdemokratischen Untergrundbewegung, die aufgrund der Ochmannschen Aufnahmen überführt wurden. Der Prozess und die Urteile in Prag waren ein geringer Trost. Ochmann wurde zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, Helmut Ernst, der Kurier, erhielt acht Jahre, ein Helfershelfer Ochmanns, der Tscheche Rudolf Kossek, 2 Jahre 9 Monate Zuchthaus. Als Hitler im März 1939 in Prag einmarschierte, wurden sie, soweit sie noch in Zuchthäusern sassen, befreit.

Die Kommunisten versuchten bei ihrer Spitzelabwehr zweierlei zu erreichen: einmal die kommunistischen Flüchtlinge gegen die Spionage der Nazis zu schützen – ein legitimes Unterfangen, an dem alle Flüchtlingskomitees in gleicher Weise interessiert waren. Darüberhinaus aber war für die Kommunisten «der Klassenfeind» nicht nur Hitler, sondern auch vor «Elementen» unter den Emigranten wurde gewarnt.⁶

Weitere Bespitzelungen durch Gestapoagenten gehen aus den folgenden Kurzdarstellungen hervor:

22. August 1933: Die Gendarmerie in Joachimsthal verhaftete die Hakenkreuzler Wagener und Lorenz, bei denen man Instruktionsmaterial für Emigrantenüberwachung fand. Beiden gelang die Flucht aus dem Bezirksgefängnis nach Deutschland.

24. August 1933: Laut «Pravo Lidu» (tschechisch-sozialdemokratische Tageszeitung) wurde der Hitler-Emissär Walter Härtel verhaftet und mit ihm in Verbindung ein gewisser

6 Vgl. Bulletin Nr. 1. Abgedr. in: Bohumil Cerný, a.a.O., S. 298-99

Stefan Filip in Aussig. Beiden wurden Verbindungen zu reichsdeutschen Stellen nachgewiesen.

29. September 1933: Die Gendarmerie in Komotau verhaftete den Nationalsozialisten Josef Göpfert. Er erkundigte sich in Komotau nach den Adressen von Emigranten. Die bei ihm durchgeführte Haussuchung ergab, dass er sich eine Liste von sechzig Emigrantenadressen aus Komotau, Teplitz und Brüx verschafft hatte.

30. März 1934: Durch Denunziation wurde der Grenzübertritt des Emigranten Hohlfeld nach seiner Heimatgemeinde Sebnitz verraten. Er wurde von im Hinterhalt lauernnden SA-Leuten überfallen, bewusstlos geschlagen und der Polizei übergeben.

26. April 1934: Das Kreisgericht in Brüx verurteilte den Nazispitzel Gottfried Herbert Schulz, der am 22. September 1933 verhaftet wurde und gestand, von der Leitung der SA nach der Tschechoslowakei geschickt worden zu sein, um Adressen und illegale Verbindungen auszukundschaften, zu drei Jahren schweren Kerkers.

28. Februar 1935: Ein Mann namens Viktor Wolf, der nachweislich Emigrantenspitzelei betrieb, wurde in Marienbad verhaftet.

September 1935: Neben einem gewissen Berthold wurden seine Ehefrau Martha Berthold und die Eheleute Manfred und Hertha Lieberwirth in Prag verhaftet. Eine weitere Gestapoagentin, Else Stoeve, konnte entkommen.

März 1936: In Bodenbach wurde die Sängerin Olga Kulka, die der Emigrantenspitzelei überführt wurde, verhaftet. Nach kurzer Zeit gelang es, zwei Dresdener Gestapobeamte, die Aufträge zu Kulka brachten, ebenfalls in Bodenbach zu verhaften.

Als am 15. März 1939 deutsche Truppen Prag besetzten, musste sich zeigen, wer von den Emigranten aus Deutschland zur fünften Kolonne gehörte. Im Ganzen wurden sechzig Überläufer gezählt, von denen notabene der grösste Teil frühere Kommunisten waren. Nur einer von ihnen war ein leidenschaftlicher Antikommunist gewesen, ein Mann, der bereits 1934 wegen asozialen Verhaltens von den Fürsorgekomitees ausgeschlossen worden war. Nun, geschmückt mit einem Hakenkreuz, erpresste er seine einstigen Schicksalsgefährten.

Auch in anderen Ländern, in die Emigranten aus Deutschland geflohen waren, kamen Fälle von Spitzeldiensten für die Gestapo vor.

Ein gewisser Kurt Martin Büttner, der sich auch Walter Dahlberg nannte, erreichte im Mai 1933 Stockholm, wurde vom Flüchtlingskomitee aufgenommen und verstand es, sich dessen Vertrauen zu erwerben. Man beschäftigte ihn dort als Hilfsarbeiter. Am 30. Juni 1934 verschwand Büttner-Dahlberg unter Mitnahme wichtiger Dokumente und einer grösseren, für die Unterstützung von Emigranten bestimmten Geldsumme. Die Ermittlungen ergaben, dass dieser damals 25jährige junge Mann, von Beruf Elektromechaniker, Beziehungen mit schwedischen Nationalsozialisten unterhielt und ein Agent der Gestapo war.

Das sozialdemokratische belgische Blatt «Le Peuple» von Sonntag, den 10. September 1933, berichtete über umfangreiche Spionagearbeiten des Dritten Reiches in Belgien. Die Spitzel waren nach diesem Bericht beauftragt, Nachrichten über die politische Aktivität

der Emigranten zu sammeln und gleichzeitig die Namen solcher Deutschen zu erfassen, die der nationalsozialistischen Propaganda zugänglich waren. Sie verfügten über reiche Geldmittel aus Berlin, und der Bericht erwähnt als einen der wichtigsten Spitzel einen gewissen Hjalmar Kronberg. Dieser habe sich im Antwerpener Gewerkschaftshaus aufgehalten und versucht, unter dem Vorwand, er sei als deutscher Kommunist in der illegalen Arbeit auch für die Sozialdemokraten tätig gewesen, Anschluss bei belgischen Sozialisten und deutschen bonafide Flüchtlingen zu finden. Ein sozialistischer Flüchtling erkannte in dem Mann den Polizeispitzel aus Hamburg, der dort und an anderen Orten in Norddeutschland die sozialdemokratische Bevölkerung wiederholt zu unbesonnenen Exzessen verleiten wollte. Als Kronberg sich entdeckt sah, griff er in einem voll besetzten Restaurant des Gewerkschaftshauses zum Revolver, wurde aber entwapfnet, verprügelt und der Polizei übergeben. Man fand bei ihm einen reichsdeutschen Pass auf seinen Namen und drei weitere Ausweise der Staatspolizei Hamburgs auf den abgeänderten Namen «Kronenberg».

Die Gestapo hatte ihr braunes Netz über alle Länder, in die politische Flüchtlinge geflohen waren, geworfen. Das beweist der Fall Beschnitt, der bereits 1933 in Riga auftauchte, wo er dank der Wachsamkeit der Sozialdemokratischen Partei Lettlands entdeckt wurde. Beschnitt besass einen gültigen deutschen Pass, ein Empfehlungsschreiben der Deutschen Gesandtschaft in Riga und gestand, im Dienste der deutschen Spionage zu stehen. In einem längeren Protokoll teilte er damals mit, zu welchen Personen er Kontakte in der Deutschen Gesandtschaft in Riga hatte. Auf die Frage, welche Aufträge ihm diese erteilt haben, antwortete er:

«Über die Persönlichkeit der Emigranten, über Kuriere und Grenzübergänge, über Angehörige im Reich näheres zu erfahren; auch ist die Gesandtschaft, wie mir Herr Z. erklärte, von anderer Seite genau informiert. Ich erhielt den Auftrag, die Korrespondenz der Emigranten zu entwenden und die politische Verbindung der Emigranten in Lettland nach Deutschland zu überwachen und zu melden.»^{6a}

Beschnitt wurde dafür bezahlt und für grössere Aufträge besonders gut entlohnt. Man beauftragte ihn, alles Erdenkliche über einen Bürger der Vereinigten Staaten, einen Kaufmann Jack Katz, in Erfahrung zu bringen, und für diese «grosse Sache wurde mir von Herrn E. ein grosser Batzen Geld, ein vielfaches von dem, was ich bekommen hatte, versprochen ...»

Dieses Protokoll wurde am 17. September 1933 in Riga aufgenommen und von Beschnitt unterschrieben; aber zwanzig Tage später verschwand er aus Riga und tauchte später in Paris auf ...

In dem Bestreben der verschiedenen Spionagedienste aller Länder, ihre Netze gegenseitig zu zerstören, spielt die Entführung keine geringe Rolle. Walter Schellenberg hat in seinen Memoiren den berühmten Venlo-Fall geschildert, der zu der Entführung zweier britischer

6a René Sonderegger (Hrsg.), «Mordzentrale X. Enthüllungen und Dokumente über die Auslandstätigkeit der deutschen Gestapo.» Zürich 1936, S. 93

Agenten an der holländischen Grenze führte, die in dem Glauben waren, mit einer wichtigen deutschen Oppositionsgruppe in Kontakt zu sein.

Auch politische Flüchtlinge sind wiederholt aus ihrem Zufluchtsland entführt worden. Einige Fälle wurden zu causes célèbres.

Am 27. April 1935 mittags 12 Uhr wurde der reichsdeutsche Emigrant Josef Lampersberger auf tschechoslowakischem Boden überfallen, verletzt und, nachdem er bewusstlos geschlagen worden war, mit Hilfe eines bayerischen Gendarms auf reichsdeutsches Gebiet verschleppt. Diese Entführung wurde dadurch ermöglicht, dass die Gestapo durch einen Spitzel davon Kenntnis erhalten haben musste, Lampersberger erwarte am besagten Tage einen Verwandten aus Deutschland auf dem Grenzbahnhof von Eisenstein. Als Lampersberger am 27. April auf der tschechoslowakischen Seite von Eisenstein seinen Freund erwartete, hörte der diensttuende tschechische Gendarmeriewachtmeister Manoch, der mit der Passkontrolle beschäftigt war, Hilferufe. Er eilte aus dem Bahnhofgebäude, das halb auf reichsdeutschem und halb auf tschechoslowakischem Boden stand, auf den Vorplatz und sah, wie zwei Zivilpersonen einen jungen Mann, Lampersberger, auf das reichsdeutsche Gebiet hinüberzerrten. Als er sich einmischte und die Angreifer aufforderte, von diesem Vorhaben abzulassen, erklärten diese, sie befänden sich auf deutschem Boden, und bedrohten den tschechischen Beamten. Lampersberger wehrte sich verzweifelt. Er hielt sich mit beiden Händen am Geländer fest, aber die Deutschen bekamen Hilfe durch den bayerischen Gendarm Wyspeck, und der tschechische Wachtmeister wiederum fürchtete sich, von seiner Schusswaffe Gebrauch zu machen, um nicht die unschuldigen Zuschauer zu treffen. So wurden diese ebenso wie die Beamten der Tschechoslowakei Zeugen der gewaltsamen Entführung eines Emigranten, nachdem ihn die deutschen Polizisten bewusstlos und blutig geschlagen hatten.

Die deutsche Version war natürlich eine andere. Sie sprach von der Verhaftung eines deutschen Emigranten, der «im Dienste der deutschfeindlichen Propaganda» stand, selbstverständlich «auf deutschem Gebiet». Die tschechoslowakische Regierung erhob Einspruch in Berlin, und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Bülow, versprach die Nachprüfung der Angelegenheit. In der Tat, als die Tschechoslowakei drohte, das Schiedsgericht zur Beurteilung des Falles anzurufen, wurde Lampersberger, schwer verletzt, wieder an die Tschechoslowakei ausgeliefert.

Am 8. November 1933 verurteilte das Pilsener Schwurgericht den reichsdeutschen SA-Führer Leonhard wegen Menschenraubes zu 4 Jahren schweren Kerkers. Leonhard hatte versucht, bei dem Grenzort Schönbach den Kommunisten Lippert, der dort mit seiner Frau Zusammentreffen wollte, gewaltsam über die Grenze zu bringen.

Am 17. Januar 1935 versuchte in St. Katharinaberg ein Mann, der später als SS-Mann Hans Hoffmann festgestellt wurde, den Tschechoslowaken Rudolf Klug mit Gewalt über die Grenze zu ziehen, und im Januar 1936 wurde der SA-Mann E. H. Willkommen wegen versuchten Menschenraubes ins Leitmeritzer Gefängnis eingeliefert. Er hatte versucht, den früheren SA-Mann Anders über die Grenze zu locken. Dergleichen Fälle mehrten sich 1936. Ein Teil dieser Entführungsversuche waren erfolgreich.

1934 wurden bei Zinnwald am Sonntag, den 13. Mai, bei der Lugsteinbaude, zwei Emigranten, Vater und Sohn, die sich mit einem Verwandten dort treffen wollten, von mehreren aus Sachsen kommenden Männern überfallen und über die Grenze geschleppt. Im Mai 1935 verschwand der Emigrant Richard Proft aus Prag. Er wohnte in einem Flüchtlingskollektiv der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge. Seine Genossen baten ihn, eine Flasche Milch zu besorgen. Er ging in Hausschuhen herunter und kam nicht wieder. Nach zwölf Tagen wurde festgestellt, dass er sich in einem deutschen Gefängnis befand. Später wurde bekannt, er sei zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Im Oktober 1934 wurde der tschechoslowakische Staatsangehörige Frodl beim Grulicher Schneeberg über die Grenze gelockt und dort mehrere Monate inhaftiert. Er musste freigelassen werden. Nach seiner Rückkehr bezichtigt er drei Personen des Menschenraubes. Einer von diesen, namens Nedelke, wurde im März 1936 vom Schwurgericht in Königgrätz wegen Menschenraubes zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Es sind noch zahlreiche weitere Entführungen aus der ČSR nach Deutschland bekannt geworden.

Zur gleichen Zeit, da sich auf dem Grenzbahnhof in Eisenstein der Fall Lampersberger abspielte, fand in Holland ebenfalls eine Entführung statt, über die ein holländischer Abgeordneter seine Regierung interpellierte. Ein politischer Emigrant Gutzeit, der in dem holländischen Ort Hengelo gearbeitet hatte, sei entführt worden. Gutzeit habe die Bekanntschaft eines in Haarlem wohnenden Holländers gemacht, der ihm Arbeit in seinem Wohnort Haarlem versprach. Er würde ihn mit seinem Auto mitnehmen. So holte der «Holländer» Gutzeit am 4. Februar 1935 ab, fuhr aber nicht nach Haarlem, sondern über die deutsche Grenze bei Gronau. Der deutsche Schlagbaum war, sicher kein Zufall, offen, und das Auto passierte «ohne amtliches Hindernis». Jenseits der Grenze lieferte er sein Opfer an die Nazis ab; aber als er nach Holland zurückkehrte, wurde er von der holländischen Polizei verhaftet und gestand die Entführung, ja nannte seine Mitwisser, unter ihnen der deutsche Kriminalbeamte Kruschwitz.

Der holländische Untersuchungsrichter lud Kruschwitz vor, der sich weigerte zu erscheinen. Er könne sich ohnehin nicht über die Angelegenheit äussern, da es sich um eine dienstliche handle und er keine Aussagegenehmigung von seinen vorgesetzten Behörden habe. Die Holländer schienen sich zufrieden zu geben und warteten geduldig. Als Kruschwitz, seiner Sache sicher, eines Tages sich auf holländischem Gebiet befand, wurde er verhaftet, legte ein Geständnis ab und bestätigte die Richtigkeit der Aussagen des Entführers. Die holländische Regierung protestierte bei der deutschen Reichsregierung, und diese schien auch in diesem Falle dem Drucke des geringsten Widerstandes zu folgen, denn sie erklärte sich bereit, den entführten Gutzeit wieder an Holland, und zwar am 11. Mai 1935, zurückzuliefern. Die Übergabe Gutzeits an die Holländer wurde dann auf den 18. Mai festgesetzt, und tatsächlich erschienen deutsche Polizisten mit Gutzeit, aber zum

Erstaunen der holländischen Beamten und seiner holländischen Wirtin, die man zu Identifizierungszwecken mitgebracht hatte, erklärte Gutzeit, dass er in Deutschland bleiben wolle. Das Geheimnis, warum Gutzeit diesen Entschluss gefasst hatte, ob freiwillig oder mit dem Revolver im Rücken, ist nie aufgeklärt worden.

In der Weimarer Zeit gab es unter den Mitarbeitern der «Weltbühne» einen Militärfachmann, der oft in den roten Blättern unter dem Pseudonym «Von einem alten Soldaten» sachkundige Aufsätze schrieb. Wegen eines seiner Artikel, «Des Zeitfreiwilligen Grab an der Weser», den Berthold Jacob im Juni 1925 in der Wochenzeitung «Das Andere Deutschland» veröffentlicht hatte, war er am 14. März 1928 wegen Landesverrat zu 9 Monaten Festung verurteilt worden. Er hat diese Strafe nie verbüsst, denn er verliess im Herbst 1932 Deutschland und schlug sein Domizil in Strassburg auf. Dort setzte er die Herausgabe seines «Unabhängigen Zeitungsdienstes» fort, der bereits jahrelang in Deutschland erschienen war. Er war ein Spezialkenner der geheimen Aufrüstung, der Fememorde und daher in gleicher Weise bei der Reichswehr und der Geheimpolizei verhasst. Beide Behörden arbeiteten zusammen, um ihm «das Handwerk zu legen».

Sie fanden in einem Dr. Hans Wesemann das willkommene Werkzeug. Er war Mitarbeiter an der «Welt am Montag» gewesen, der er eines Tages ein angebliches Interview mit dem NSDAP-Führer Adolf Hitler brachte, das nie stattgefunden hatte. Wo immer er sich aufhielt, hatte er Frauenaffären, hinterliess er Schulden. Ob in Genf, wo er einmal den «Sozialdemokratischen Pressedienst» vertrat, oder ob in Berlin, das er nach dem gefälschten Hitler-Interview verlassen musste, überall gab es über ihn Beschwerden. In Buenos Aires kontaktierte er das «Argentinische Tageblatt», das von einem Schweizer gegründet worden war; aber trotz Empfehlungen der SPD ergab sich keine Mitarbeit. Mit Schulden und Frauengeschichten endete auch sein südamerikanischer Aufenthalt. 1932 traute er sich noch nicht nach Berlin zurück, sondern suchte sich in London als Journalist über Wasser zu halten. Dabei hielt er mit der Deutschen Botschaft Kontakt, unter anderen mit Legationsrat von Scherpenberg, dem Schwiegersohn Hjalmar Schachts. Nach der «Machtergreifung» erbot er sich, im Dienst des Dritten Reiches deutsche Emigranten zu bespitzeln, worauf Scherpenberg, der lange Jahre der SPD angehörte, ihn gehörig abfahren liess. Dafür hielt ein anderer Botschaftsangehöriger es für richtig, sein Angebot an die zuständigen Stellen in Berlin weiterzuleiten. In den Akten des Auswärtigen Amtes, die in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg auftauchten, hat sich folgender Brief erhalten:

Deutsche Botschaft

London, den 28. Juni 1934

A, 2089

Auf den Erlass vom 14. d. M.

- N. 83 – 75 2/6 –.

GEHEIM

Inhalt: Mitteilungen aus Emigrantenkreisen 83-75 25/6

Nach eingehender Prüfung der Frage bezüglich eines von dem Geheimen Staatspolizeiamt vorgesehenen Treffpunkts mit der in meinen Vorberichten bezeichneten Persönlichkeit X. Y. möchte ich anregen, dass dieser Treffpunkt im deutschen Reichsgebiet festgelegt wird. Die bisher mit X. Y. be-

zeichnete Persönlichkeit, Dr. Hans Wesemann, dessen Personalien ich nachreichen werde, früher in Berlin wohnhaft, hat sich auch damit einverstanden erklärt, in das Reichsgebiet zu fahren. Er sprach lediglich die Befürchtung aus, er könnte eventuell wegen seiner früheren politischen Tätigkeit im Reichsgebiet Schwierigkeiten haben und festgenommen werden. Er fügte allerdings hinzu, dass seines Wissens keinerlei Verfahren gegen ihn schwebte, dass er aber früherer Mitarbeiter des «Vorwärts» und als gelegentlicher Mitarbeiter der «Welt s.m Montag» immerhin mit Schwierigkeiten rechnen müsste. Aus diesem Grunde sei er auch nach der nationalen Revolution etwas voreilig aus Deutschland ausgewandert. Er bat daher, dass ihm für eine etwaige Reise in das Reichsgebiet sicheres Geleit für Hin- und Rückreise zugesichert würde.

Ich bitte, dass von Seiten des Geheimen Staatspolizeiamtes ein Treffpunkt und Zeitpunkt festgesetzt wird, und dass ich ermächtigt werde, dem Genannten sicheres Geleit für seine Reise nach Deutschland und zurück zuzusichern.

Im Auftrag gez.
von Bismarck^{6b}

So trat Wesemann in die Dienste der Gestapo. Die Rolle eines antifaschistischen Emigranten sollte er weiterspielen, um auf diese Art Wissenswertes über das Tun und Treiben der Hitler-Flüchtlinge zu erfahren. Sein abgelaufener Pass wurde im Londoner Generalkonsulat erneuert. Im Herbst 1934, als er nach Berlin reiste, machte das neue Deutschland grossen Eindruck auf ihn. «Ich begriff, dass ich die deutsche Sache verraten hätte und legte mir eine Sühne auf», erklärte er später.

Zunächst sollte sich Wesemann an Willi Münzenberg heranmachen, der in Paris eine kommunistische Propagandazentrale mit grossem Geschick leitete. Aber Münzenberg war überaus vorsichtig und misstrauisch. Wesemann konzentrierte sich also auf Berthold Jacob, den er von früher her gut kannte. Jacob war sogar Wesemanns Trauzeuge gewesen, als dieser die kleine Jüdin Herta Meyer aus Leipzig heiratete, die ihren lang aufgeschossenen Hans abgöttisch liebte. Mit diesem alten Freund nahm also Wesemann die Verbindung wieder auf. Er sandte ihm unter anderem aus London «Geheimmaterial», das ihm die Gestapo zurechtgemacht hatte. Er verschaffte ihm auch angebliche Abnehmer seines Strassburger «Zeitungsdienstes» und überwies die Bezugsgelder dafür. Er hatte sogar die Frechheit zu behaupten, der englische Publizist Wickham Stead könne Jacobs Artikel verwenden, und überwies dafür angeblich von diesem stammende Honorare. Wesemann liess sich den Empfang der Gelder bestätigen und bewies so seinen Auftraggebern seine zuverlässige Arbeit. So wurde Jacob eine Zeitlang von den Berliner Stellen unterstützt, die mit ihm als ihrem ärgsten Gegner seit Jahren in bitterer Fehde lagen. Schliesslich suchte er im Herbst 1934 Jacob in Strassburg auf und machte ihm Hoffnungen auf einen grösseren Wirkungskreis im Dienste antifaschistischer Propaganda. Wesemann war es dabei darauf angekommen zu erkunden, ob von Strassburg aus eine Entführung möglich sei. Er kam jedoch zu dem Ergebnis, dass sie sich von französischem Staatsgebiet aus schlecht bewerkstelligen liesse.

Wesemann fuhr ins Saargebiet weiter, wo damals der Abstimmungskampf im vollen Gan-

6b Wesemann erschien am 27. April 1934 in der Deutschen Botschaft, wo er eine längere Unterredung mit Gesandtschaftsrat Rüfer führte. Rüfer berichtete seinem Chef, Otto von Bismarck, schriftlich über dieses Gespräch.

ge war. Er gab sich dort als Vertreter eines englischen Blattes aus, um so getarnt Informationen über die deutschen Emigranten zu sammeln. Von hier aus besuchte er Trier, wo die Zentrale der an der Saar tätigen Gestapo ihren Sitz hatte. Dort traf er Manz, seinen Gestapo-Kontaktmann und dessen Kollegen Dr. Richter. Die beiden gaben ihm neue Weisungen zur Bespitzelung der Saaremigranten und wiederholten den Auftrag, Jacob «unter allen Umständen» nach Deutschland zu locken.

Wesemann unternahm dann seinen ersten Versuch. Er schlug Jacob vor, nach Saarbrücken zu kommen, wo es sensationelle Enthüllungen geben werde. Er habe erfahren, dass die Reichswehr in der Nähe der Saargrenze geheime Waffenlager unterhalte und sogar Truppen stationiert habe. Zwischen Niederwürzbach und Blieskastel gäbe es ein solches Lager; er wolle es gemeinsam mit ihm auskundschaften. Jacob erzählte jedoch dem damals im Saargebiet führenden Sozialdemokraten, Max Braun, der im Abstimmungskampf für die Erhaltung des Status quo unter Völkerbundsaufsicht eintrat, davon und lud ihn ein, an der Erkundungsfahrt teilzunehmen. Braun war aber zu seinem Glück verhindert und bat den – neutralen – Polizeidirektor des Saargebietes, die Nachforschung der beiden zu fördern. Dieser sandte einen Polizeioffizier und zwei Beamte in die angegebene Gegend. In Blieskastel trafen sich die beiden Gruppen. Ihre Suche aber blieb vergebens. Keiner ausser Wesemann hatte gewusst, welchem Zweck die Fahrt hatte dienen sollen.

Als die Entführer ihren Saarplan aufgeben mussten, entschieden sie sich, von Basel aus einen neuen Versuch zu machen. Von dort aus ist man in zehn Autominuten auf deutschem Gebiet. Ende Dezember 1934 lud Wesemann Jacob ein, ihn in Basel zu treffen, wo er mit den Gestapoleuten Manz und Richter im Hotel «St. Gotthard» abstieg. Aber Jacob war wieder einmal so knapp bei Kasse, dass er für die zweistündige Bahnfahrt kein Geld hatte. Ende Februar 1935 tauchte Wesemann wieder in Basel auf und traf sich mit Manz und Richter wieder im «St. Gotthard», um einen neuen Entführungsplan auszuhecken. Dann fuhr er nach Paris und besuchte von dort aus Jacob in Strassburg. Diesmal kam er mit einem ganzen Bündel voll guter Nachrichten. Es sei eine englische Ausgabe des «Unabhängigen Zeitungsdienstes» gesichert, auch könne er ihm nun endlich einen gefälschten Pass verschaffen. In Basel werde ein Vertrauensmann, ein Beamter des Reichswehrministeriums, eintreffen, der sich nicht durch eine Reise nach Frankreich kompromittieren wolle. Deshalb sei eine Begegnung in der Schweiz vorgesehen. Jacob dankte seinem «Freunde» herzlich für seine guten Absichten, meinte dann aber, es fehle ihm wieder einmal an Reisegeld. Wesemann griff in die Tasche und händigte ihm grosszügig zweihundert Franken «Vorschuss» aus. Zeit und Stelle des Rendezvous werde er ihm von Paris aus telegrafieren. So seien alles für die Entführung bestens vorbereitet.

Am 7. März erschien Manz in Zürich bei der Firma Welti-Furrer und mietete eine stattliche Chrysler-Plymouth-Limousine. Sein eigener Wagen sei in Lörrach steckengeblieben. Er zahlte die Wagenmiete für fünf Tage im Voraus, hinterlegte die geforderte Kautions und gab auch noch einen Schweizer Nationalrat als Referenz an. Dann liess er sich in dem Wagen von seinem Chauffeur «Krause» – es war der SS- und Gestapomann Gustav Ott

aus dem Grenzstädtchen Lörrach – nach Basel fahren, wo er wieder im «St. Gotthard» abstieg. Wesemann hatte aus Paris an Jacob gedrahtet, er solle am 9. März nach Basel kommen und rief ihn auch noch an, um sich zu vergewissern, dass sein Opfer ihm tatsächlich ins Garn ging. Dann fuhr er seinerseits nach Basel, um sich mit Manz und Richter zu treffen.

Am 9. März nachmittags drei Uhr stieg Jacob in dem nahe bei Basel gelegenen französischen Grenzstädtchen St. Louis aus, stellte seinen Koffer bei der Gepäckaufbewahrung ein und erkundigte sich nach einer Unterkunft, um nicht auf Schweizer Boden übernachten zu müssen. Zwei Stunden später fiel einem Polizisten in Basel ein grosser Wagen auf, der in unerlaubtem Tempo andere Wagen überholte. Er notierte sich die Zürcher Nummer ZH 9512 – es war der Chrysler, der mit «Krause» am Steuer und mit Manz neben ihm in Richtung der Reichsgrenze eine Probefahrt machte.

Sechs Uhr abends suchte Jacob das Hotel «St. Gotthard» auf und bekam vom Portier den Bescheid, dass ihn die Herren im Restaurant «Zum schiefen Eck» in Klein-Basel jenseits des Rheins erwarteten. Sparsam wie er war, fuhr er mit der Strassenbahn dorthin. Es fiel Jacob nicht auf, dass es zu den letzten Häusern der Stadt gehörte. Ein paar hundert Meter weiter lag das unauffällige deutsche Zollhaus von Klein-Hüningen. In dem netten, holzgetäfelten Lokal traf er Wesemann, und der erzählte ihm, er erwarte einen Mann aus Liechtenstein, der ihm einen Pass verschaffen könne. Der «Liechtensteiner» – es war Manz – kam dann auch gegen acht Uhr. Die drei verkonsumierten, wie die Kellnerin später aussagte, vier Glas Bier, drei Liter Wein und zehn Schnäpse. Sie wollten Jacob wohl leicht benebeln, wenn sie ihm nicht sogar ein Betäubungsmittel beimischten.

Der Mann aus Liechtenstein liess Jacob einige leere deutsche Pässe sehen und schlug dann vor, einen davon in seiner in der Nähe gelegenen Wohnung auszufüllen; die gehörigen Stempel könne man ja wohl schlecht in einem öffentlichen Lokal anbringen. Er wohne in Riechen, das in ein paar Minuten zu erreichen sei. Wesemann besorgte ein «Taxi» – und alsbald stand die Zürcher Limousine vor der Tür. Wesemann setzte sich zu dem Fahrer – es war Krause –, Jacob und Manz nahmen im Fond Platz. Man fuhr erst in mässigem Tempo und mit abgeblendeten Lichtern. Kurz vor der Grenze aber flammten die Scheinwerfer dreimal auf, und der Fahrer gab Vollgas. Der Schweizer Zollbeamte rettete sich durch einen Sprung auf die Seite und schon war der Wagen über der Schweizer Grenze. Wunderbarerweise stand der reichsdeutsche Schlagbaum offen. Der Wagen fuhr weiter, bog dann in die Adolf-Hitler-Strasse ein, und dort stoppten ihn zwei Beamte, der eine in Polizeiuniform, der andere in Zivil.

Nun begann ein Theater, bei dem sich die Beteiligten kaum das Grinsen verkneifen konnten. Der Polizist verlangte die Papiere der Insassen zu sehen.

«Wieso?» fragte Wesemann. «Wir sind doch in der Schweiz?» Manz und Krause protestierten ebenfalls. Sie erklärten, den Grenzposten nicht bemerkt und geglaubt zu haben, sie befänden sich noch auf Schweizer Gebiet.

«Nein», sagte der Polizist. «Sie sind in Deutschland.»

Auch Jacob musste seinen Pass zeigen. Es stellte sich heraus, dass er längst abgelaufen

war. Die drei wurden zur Polizeiwache gebracht und dort ein Protokoll aufgenommen. Die Entführer, deren Papiere in Ordnung waren, wurden wieder entlassen, Jacob aber behielt man da. Er war in die Falle gegangen.

Wesemann kehrte nach Basel zurück und telegraphierte an Frau Jacob, ihr Mann werde erst in einigen Tagen nach Strassburg zurückkehren. Dann machte er aber eine Dummheit. Statt die Schweiz so schnell wie möglich zu verlassen, fuhr er mit seiner Freundin nach Locarno und Ascona. Dort nahm ihn bald die Schweizer Polizei fest, die dem Attentat auf die Spur gekommen war. Ohne viel Federlesens gestand er, Jacob aus Basel aufs Reichsgebiet gelockt und der Gestapo in die Hände gespielt zu haben.

Jacob wurde nach Berlin gebracht. Nach den Quellen seiner so genauen Militärintformationen gefragt, gab er seinen skeptischen Befragern eine Probe seines Könnens. Er bewies ihnen, dass er auf ganz legale Weise, an Hand der amtlichen Blätter, die die Beförderungen und Versetzungen von Obersten und Generälen mitteilten, die Aufstellung neuer Regimenter und Divisionen erkennen konnte. Aus dem «Reichsanzeiger» wies er nach, welche neuen Gesellschaften – GmbH's und Aktiengesellschaften – gegründet worden waren und was der Zweck dieser neuen Unternehmungen war. Die Reichswehr hatte ihm also mit eigener Hand die Unterlagen über die deutsche Aufrüstung in die Hände gespielt. In Berlin war man über Jacobs so einfache Methode einigermaßen bestürzt – den unbedachten Bürokraten brach der Angstschweiss aus bei dem Gedanken an die unberechenbaren Wutausbrüche Hitlers.

Aus den Vernehmungen Wesemanns ergab sich unzweideutig, dass auf Schweizer Boden ein Menschenraub verübt worden war. Der Bundesrat forderte die Rückgabe Jacobs und die Bestrafung der schuldigen deutschen Beamten. Da die Gestapo ihre Urheberchaft an der Aktion leugnete, behauptete das Auswärtige Amt gutgläubig, deutsche Stellen seien an der Entführung nicht beteiligt gewesen. Die von der Schweiz genannten Beamten gäbe es nicht. Jacob hatte offenbar illegal ins Reich einreisen wollen. Mit Wesemann hätten deutsche Stellen nichts zu tun. Doch die Schweiz liess nicht locker. Sie berief sich auf den zwischen den beiden Staaten bestehenden Schiedsvertrag und verlangte eine eingehende Untersuchung und Entscheidung durch die für Streitigkeiten vorgesehene Instanz. Jetzt wurde man im Auswärtigen Amt doch bedenklich. Die Gestapo musste zugeben, dass sie falsche Angaben gemacht hatte. Auf Initiative des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Bernhard von Bülow, kam man in der Wilhelmstrasse zu dem Schluss, dass nur eine Auslieferung Jacobs weitere peinliche Enthüllungen verhindern könne, und der Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, übermittelte dem Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Hans Lammers einen entsprechenden Vorschlag an den Führer und Reichskanzler. Dieser schäumte wohl über die unfähigen Untergebenen, die nicht einmal einen Menschenraub sachgemäss zu verdecken im Stande waren, und entschied, Jacob den Schweizer Behörden zu übergeben. Am 18. September 1935 entrann er seinen Häschern.

Wesemann erhielt drei Jahre Zuchthaus wegen Menschenraubes. Später wanderte er mit Hilfe der deutschen Gesandtschaft in der Schweiz nach Venezuela aus. Dort soll er dem

Dritten Reich von Neuem seine Dienste angeboten haben. Aber die Gestapo verzichtete auf die weitere Mitarbeit ihres allzu geschwätzig, international bekanntgewordenen Agenten.

Als Jacob in Paris ankam, bestürmte man ihn von allen Seiten, seine Erlebnisse zu berichten. Er schrieb eine lesenswerte Darstellung über seine Gefängnistage. Er sprach darin weniger von sich als von seinen Mitgefangenen; oft genug hatte er mitangehört, wie sie misshandelt wurden und sogar aus dem engen Gitterfenster seiner Zelle Hinrichtungen mit ansehen müssen. Immer wieder ging es ihm durch den Kopf, dass unter den Gepeinigten auch der von ihm verehrte Ossietzky sein werde. Seinem ergreifenden Bericht gab er den Titel: «Carl von Ossietzky – wir warten auf Dich.»

Der Fall Berthold Jacob endete besonders tragisch. Jacob und seine Frau wurden 1941 von Varian Fry vom Emergency Rescue Committee betreut. Sie waren mit einem gefälschten Visum nach Spanien gegangen. Als sie die portugiesische Grenze passieren wollten, wurden sie verhaftet und nach Madrid in ein Gefängnis gebracht. Fry telegraphierte den in Lissabon vertretenen Unitariern, Himmel und Erde in Bewegung zu setzen, um Jacob aus dem Gefängnis herauszuholen, denn unter den bedrohten politischen Flüchtlingen war Berthold Jacob einer der bedrohtesten. Eine Woche später telegraphierte Lissabon, dass die Jacobs entlassen seien und in einem Madrider Hotel lebten. Für Varian Fry war das nicht nur wegen Jacob eine grosse Entlastung, sondern es bewies, dass die durch einen illegalen Kontakt mit einem gewissen Carlos erworbenen spanischen Transitvisen so gut waren, dass sie selbst einer Prüfung wie im Falle Jacob standhielten.

Ein spanischer Geschäftsmann, Freund der Unitarier, hatte eines Tages die Jacobs illegal nach Lissabon gebracht. Als sie bei den Unitariern dort vorsprachen, waren die Visen aus Amerika noch nicht eingetroffen. In der darauffolgenden Nacht kehrte Berthold Jacob nicht mehr in sein illegales Quartier zurück. Seine Frau berichtete sein Verschwinden: Als er das Unitarierbüro verliess, wurde er von zwei Kriminalbeamten angehalten, die von einem Dritten, der portugiesisch mit Akzent sprach, begleitet waren. Jacob wurde nach Madrid in dasselbe Gefängnis zurücktransportiert, dort zur Verfügung des spanischen Auswärtigen Amtes gehalten und kurze Zeit darauf an die Deutschen ausgeliefert. Wir wissen aus Zeugenaussagen, dass er in das Gefängnis Berlin-Plötzensee gebracht wurde, keinen seiner Freunde verriet und an einer angeblichen Lungenentzündung starb.

Anfang 1938 begann ein Auslieferungsverfahren gegen einen politischen Flüchtling, welches bewies, dass die Nazibehörden jedes Mittel ergriffen, um sich der politischen Flüchtlinge zu versichern, auf die sie Wert legten. Der 1900 in Zeitz (Sachsen) geborene Journalist Franz Krause, durch seine Eltern tschechoslowakischer Staatsangehöriger, lebte bis zum Jahre 1935 ununterbrochen in Zeitz. Auch nach der Machtergreifung Hitlers betätigte er sich politisch innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung und nahm vor allem an Hilfsaktionen für inhaftierte politische Gefangene des Dritten Reiches teil. Als ihm Verhaftung drohte, floh er Anfang 1935 nach Prag, wo er sich journalistisch betätigte und insbesondere über eine Reihe von Prozessen gegen Nazioppositionelle berichtete.

In diesen Jahren waren bereits eine Anzahl politischer Flüchtlinge, natürlich auch jüdische, weitergewandert, und einige von ihnen hatten in La Paz, Bolivien, neue Zelte aufgeschlagen. Freunde von Krause schlugen ihm vor, ebenfalls nach Bolivien auszuwandern, und so, mit allen notwendigen Papieren versehen, verliess Krause Prag, um sich nach Genua zu begeben und sich dort einzuschiffen. Als er jedoch am 8. Januar 1938 auf der ersten italienischen Grenzstation, Tarvis, ankam, wurde er auf dem Bahnhof verhaftet, ohne dass ihm die Gründe hierfür mitgeteilt wurden. Von der Aussenwelt völlig abgeschnitten, sass er für mehr als zwei Monate in einem italienischen Gefängnis. Wann immer er fragte, warum man ihn verhaftet habe, was man ihm vorwerfe, worin seine Schuld läge, zuckten die Beamten nur mit Bedauern die Achseln.

Um sich aus dieser ausweglosen Situation zu befreien, machte Krause einen Fluchtversudi, der misslang, und ein italienisches Gericht bestrafte ihn für seinen Freiheitsdurst zu 18 Monaten Gefängnis, obwohl der Staatsanwalt nur 12 Monate beantragt hatte. Das hohe Strafmass hatte einen teuflischen Sinn. Wenn das Gericht ihn zu weniger als 12 Monaten verurteilt hätte, müsste er bei Ablehnung des Auslieferungsbegehrens, von dem er zu dieser Zeit noch gar nichts wusste, freigelassen werden.

Ein Resultat hatte dieser Prozess und seine Verurteilung: Jetzt wurde Franz Krause ein vom 12. März 1938 datierter Haftbefehl des Amtsgerichts Zeitz vorgelegt, nach welchem er in dem Verdacht stehe, «in den Jahren 1920 oder 1921 oder 1922 in Köln am Rhein» eine Frau, die unter dem Namen «Schwarze Locke» allgemein bekannt gewesen sein soll, ermordet zu haben, da sie von Krause die Heirat verlangte. Er habe sie angeblich an den Rhein gelockt, ihr ein Gift gegeben, dass sie ohnmächtig wurde. Dann habe er sie, mit Steinen beschwert, in den Rhein geworfen.

Der verdächtige Krause konnte nachweisen, dass er in seinem Leben nie in Köln war und daher eine «Schwarze Locke» nicht gekannt haben konnte, über deren Ermordung die Zeitungschonik Kölns der Jahre 1920 bis 1923 nichts verrät. Merkwürdiger ist, dass bis zum 12. März 1938 kein deutsches Gericht jemals Krause einer solchen Tat beschuldigt hatte und, noch grotesker, dass das Gericht in seinem Haftbefehl sagte: Man wisse nicht das genaue Datum des Todes, aber die angebliche Ermordung sei an einem von 1'080 möglichen Tagen jener drei Jahre erfolgt. Merkwürdig war, dass die sonst so papierwütigen deutschen Behörden nicht auf den Totenschein der «Schwarzen Locke» zurückgriffen. Es waren aber noch einige andere Merkwürdigkeiten vorhanden, wie:

1. Obwohl als Tatort Köln am Rhein angegeben wurde, hatte das Amtsgericht in Zeitz den Haftbefehl ausgestellt. In Zeitz aber wusste jeder von Krauses politisch-oppositioneller Tätigkeit.
2. Auf eine Anfrage des tschechoslowakischen Generalkonsulats an den Kölner Oberstaatsanwalt teilte dieser ausweichend mit: es sei ihm zwar bekannt, dass gegen Krause (es gibt Millionen dieses Namens in Deutschland) ein Verdacht «geäussert» wurde, aber er könne nicht bestätigen, dass «überhaupt ein Straf- oder Untersuchungsverfahren eingeleitet wurde» oder «anhängig» sei. Der «Mörder» Krause lebte bis 1935 in Zeitz, bis Anfang 1938 in Prag, und in all den Jahren hat

nie eine Vernehmung stattgefunden, gab es kein Ermittlungs- oder gar Auslieferungsverfahren.

3. Als Krause am 8. Januar 1938 auf der italienischen Grenzstation verhaftet wurde, wusste niemand die Gründe, und erst drei Monate später wurde die makabre Geschichte von dem Mord an der «Schwarzen Locke» aufgetischt.

Das Deutsche Reich ersuchte damals Italien um Auslieferung Krauses durch eine Verbalnote aufgrund des deutsch-italienischen Übereinkommens vom 31. Oktober 1871, nach welchem die vertragschliessenden Parteien verpflichtet seien, bei in dem Abkommen angegebenen Verbrechen, darunter auch Mord, wenn sie der Beschuldigten habhaft werden, dieselben gegenseitig auszuliefern. Dieses Abkommen wurde durch die strafprozessgeset2,lichen Bestimmungen ergänzt, nach denen das Justizministerium über das Auslieferungsbegehren entscheidet. Das zuständige Oberlandesgericht musste die notwendigen Erhebungen durchführen, nach deren Beendigung der Generalstaatsanwalt seine Anträge stellte. Als eine weitere Rechtssicherung tritt dann die Ratskammer des Oberlandesgerichts zusammen, hört den Generalstaatsanwalt und den Verteidiger, um dann das Gutachten abzugeben. Wenn diese Rechtsprinzipien eingehalten werden konnten, würde das Schicksal des politischen Flüchtlings Krause damals nicht zu solcher grossen Sorge Anlass gegeben haben. Wir schrieben aber das Jahr 1938, und zu dieser Zeit war Hitler-Deutschland mächtig. Das Oberlandesgericht in Triest erklärte, eine Nachprüfung der Schuld oder Unschuld sei nicht zulässig. Auslieferung müsse «auf den blossen Haftbefehl» aufgrund des deutsch-italienischen Abkommens vom 31. Oktober 1871 erfolgen.

Die Verteidiger Krauses appellierten an das Justizministerium, und die Tschechoslowakei intervenierte. Aufgrund eines Auslieferungsabkommens zwischen der Tschechoslowakei und Italien vom 6. April 1922 verlangte die erstere Krauses Auslieferung. Nach § 10 dieses Abkommens müsse im Falle der gleichen Schwere eines Verbrechens dem Auslieferungsbegehren dann der Vorzug gegeben werden, wenn der zur Auslieferung Begehrte die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft besitzt. Das war natürlich nur ein Rettungsanker für den armen Krause, dessen endgültiges Schicksal durch die politischen Ereignisse und den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Vergessenheit geriet.

Im Konzentrationslager Buchenwald befand sich der «Politische» Peter Forster (angeblich Sozialdemokrat). Als zwei SS-Leute ihm den Weg in die Freiheit versperrten, tötete er sie in Notwehr und entkam Oktober 1938 in die amputierte Tschechoslowakei. Alle Bemühungen, ihn per Flugzeug unter einem anderen Namen nach Frankreich zu bringen, scheiterten buchstäblich im letzten Augenblick. Das Prager Auswärtige Amt, ja die Polizeibehörden waren willens, beide Augen zuzudrücken, aber das Innenministerium kam der Rettungskonspiration auf die Schliche – und Peter Forster wurde am 21. Dezember 1938 nach Buchenwald zurückgeschickt. Auf Seite 279 des «Dienst-Tagebuch» befindet sich unter «Besondere Vorkommnisse» die folgende Eintragung: «... Der Häftling Peter Forster wurde heute um 17 Uhr eingeliefert und um 19.30 erhängen ...»⁷

7 Dienst-Tagebuch des Blockführers vom Dienst. 18. März 1938, s. Anh., Dokument 4 –. Nach Dr. Eduard Blumberg, New York, der sich zur damaligen Zeit im Konzentrationslager Buchenwald aufhielt, war Forster mit ei-

Pater Gapp war bei seiner Entführung im November 1942 fünfundvierzig Jahre alt. Er wurde vor den Volksgerichtshof gestellt, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Diese Menschenraub-Affäre erzählt Benedikta Maria Kempner in ihrem Buche «Priester vor Hitlers Tribunalen»⁸. Pater Gapp wurde durch Menschenraub, verübt durch die Gestapo, aus Spanien über Frankreich nach Berlin gebracht, wo er in Plötzensee durch das Fallbeil am 13. August 1943 hingerichtet wurde. Etwa ein Jahr später fiel der Benediktinerpater Edmund Pontiller einer ähnlichen Gestapo-Entführung zum Opfer.

In der Anklageschrift des Oberreichsanwalts Parisius vom 4. Juni 1943 (Akt.Z. I J 167/43 g) gegen Gapp wird der Menschenraub zugegeben; es heisst dort: «In Hendaye (spanisch-französischer Grenzübergang) im November 1942 vorläufig festgenommen.» Gestapobeamte wussten von seinem Aufenthalt und hatten die Aufgabe, den Pater aus dem neutralen Spanien in das besetzte Frankreich zu locken. Sie sollten sein Vertrauen «durch Tarnung als jüdische Flüchtlinge» gewinnen, die bereit wären, zu konvertieren.

Gapp, ein aufrechter Kämpfer gegen den Nationalsozialismus, war so verhasst bei den braunen Machthabern, dass die Gestapo nicht allein den Lebenden durch Entführung in ihren Machtbereich brachte, sondern nach der Hinrichtung die sterblichen Reste des Märtyrers nicht zur öffentlichen Beerdigung freigab.

In einem Schreiben des Leiters des antikatholischen Referats des Reichssicherheitshauptamtes, D. Neuhaus, vom 13. Juli 1943 an den Oberreichsanwalt, wenige Tage nach dem Todesurteil gegen Gapp, heisst es:

«Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin
an Oberreichsanwalt

... (IV B I – 13. Juli 1943 – 1213/42)

... Gapp selbst hat in seiner Vernehmung wiederholt angegeben, dass sein katholischer Glaube ihn zu seinem landesverräterischen Tun geführt habe und hat seine Handlungsweise ausschliesslich religiös bezeichnet. Unter der konfessionell gebundenen Bevölkerung würde Gapp als Märtyrer seines Glaubens gelten, und seine Bestattung könnte von katholischen Volksgenossen zum Anlass einer stillen Demonstration für einen angeblich um seines Glaubens willen hingerichteten Volksverräter genommen werden ...»

Pater Gapp war ein Tiroler, «mutig mit einem leidenschaftlichen Sinn für Gerechtigkeit, ohne jede Verstellung, voller Glaubenstreue, unbeugsam, tapfer, grundehrlich.» Seine Haltung war kompromisslos. Im Gerichtssaal schrie er den Vorsitzenden Freisler an, dass

nem kriminellen Häftling auf Aussenarbeit. Beide töteten den sie bewachenden SS Mann und flohen. Forster versuchte, die Tschechoslowakei zu erreichen, der Kriminelle nahm einen andern Weg, wurde aber sehr schnell wieder verhaftet und an Ort und Stelle von der SS ermordet. Forster entkam in die Tschechoslowakei, wurde nach seiner Rücklieferung, so berichtet Blumberg, vor ein Volksgericht gestellt, zum Tode verurteilt und dann, wie oben geschildert, erhängt. Im Weissbuch der deutschen Opposition gegen die Hitlerdiktatur, welches der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in London 1946 herausgab, wird ein Prozess gegen Peter Forster vor dem Volksgerichtshof nicht erwähnt.

8 Benedikta Maria Kempner, «Priester vor Hitlers Tribunalen». München 1966

er «den Nationalsozialismus bekämpfen müsse, und er werde es zeitlebens tun». Er war bereit «unter Hintansetzung aller irdischen Interessen» sich zu opfern.

Der besondere Hass der Nazis galt Otto Strasser, dem Renegaten, und einigen anderen Persönlichkeiten, die den Nazis unangenehm waren. Im August 1933 fand in Prag der Weltzionistenkongress statt, der naturgemäss im Schatten der Ereignisse im Dritten Reich stand. Dieser Kongress hatte viele Journalisten nach Prag gebracht, und in jenen Augusttagen kamen auch in mein Büro viele Besucher aus allen Teilen Europas – und auch einer aus Berlin. Der Mann stellte sich als Max Braude vor und behauptete, Verbindungen mit Sozialdemokraten in Deutschland zu haben. Er habe von einem dieser Sozialdemokraten, Emil Barth, eine Nachricht für Otto Strasser und bat mich, den Kontakt mit letzterem herzustellen. Das lehnte ich ab, schlug aber vor, dass er mir einen Brief für Strasser geben solle, und wenn Strasser ihn sehen wolle, würde er ihn kontaktieren.

Der Zufall wollte es, dass im Wartezimmer sich ein gewisser Hans Zirker befand, der zu dem vertrauten Kreise von Strasser gehörte. Ich sagte ihm, was ich Braude angeraten hätte, aber überliess es ihm zu tun, was er für richtig halte. So lernte Max Braude Hans Zirker kennen.

Strasser hatte einen zweiten Mitarbeiter, der sich Hans Lukas nannte. Er war jahrelang bei der Deutschen Bank angestellt gewesen. Es war ein riesengrosser, blonder Kerl mit rohen Gesichtszügen, und wenn man alle seine Abenteuergeschichten hörte, ein wirklich verwegener Mensch. Lukas traute Zirker nicht und, wie sich später herausstellte, hatte er dazu einigen Grund.

Braude sah ich des Öfteren auf dem Zionistenkongress. Er wurde von der tschechischen Polizei beschattet. Eines Tages kam der Beamte zu mir: Braude sei mit einer Tschechin, Anna Vitrichova, nach Deutschland gegangen. Nach einigen Tagen aber war Max Braude zurück, und Anna Vitrichova war mit einem deutschen Pass auf den Namen Anna Krüger in die Tschechoslowakei zurückgekehrt. Ihren Bekannten erzählte sie, sie habe einen deutschen Staatsbürger namens Krüger geheiratet. In Wirklichkeit, wie sich später herausstellte, hatte sie den Pass von der Gestapo erhalten. Da die tschechische Polizei Braude und die Krüger überwachte, kümmerte ich mich nicht weiter um die Sache. Anfang September 1933, an einem Sonntagnachmittag, kamen wir nach Hause und konnten die Tür unserer in der 2. Etage gelegenen Wohnung in der Dolni Blanicka nicht öffnen. Der Schlüssel stiess auf einen Widerstand, und erst nach längeren Versuchen stellten wir fest, dass sich in dem altertümlichen Schloss ein Röllchen Papier befand. Als wir es endlich aus dem Schlüsselloch herausfischen konnten, las ich folgende Warnung: «Gehen Sie heute nicht mehr aus. Hüten Sie sich vor Zirker. Morgen mehr. Lukas.» Wir verbrachten eine unruhige Nacht, bis am frühen Morgen ein Polizeidetektiv erschien, der mich bat, sofort zum Polizeidirektor, Oberregierungsrat Benda, zu kommen. Benda klärte mich über den Mordversuch an Otto Strasser, einem gewissen Lorentz von der SOPADE und an mir selbst auf. Hans Lukas, der «Kamerad» von Zirker, hatte seit Langem den Verdacht, dass Zirker zur anderen Seite übergegangen sein. Zirker aber genoss nach wie vor das Vertrauen von Strasser und hatte den Schlüssel für das Postschliessfach beim Hauptpostamt

in der Heinrichsgasse. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag entwendete Lukas Zirker den Postschlüssel, den dieser unter dem Kopfkissen aufbewahrte, eilte zum Postamt und fand von Braude die folgende Botschaft: «Berlin teilt mit: für Otto Str. 15'000, für Gr. 5'000», und ein Postskriptum besagte: «Lo. muss auch dran glauben». Lorentz, so hiess der Betreffende, bearbeitete die Spitzelabwehr der Sozialdemokratischen Partei und sollte sozusagen als «Zugabe» mit erledigt werden. Als ich Oberregierungsrat Benda fragte, ob Zirker und Braude verhaftet seien, schüttelte er nur mit Bedauern den Kopf. Nur die Anna Vitrichova alias Anna Krüger sei verhaftet. Zirker selbst muss, kurz nachdem Lukas das Zimmer verlassen hatte, erwacht sein, hatte seinen Mittäter Braude gewarnt, und beide waren entkommen.

Diese Episode hatte mehrere Nachspiele. Als ich Otto Strasser ein paar Tage später im Café Fenix traf, hatte er nur die eine Bemerkung zu machen: «So etwas kann vorkommen.» Die Polizei verhaftete Hans Lukas und klagte ihn und Anna Vitrichova wegen Spionage an. Ich wurde als Zeuge vernommen und konnte gewiss nichts gegen Hans Lukas, der sich oft gegenüber seiner Umgebung als «Graf von Goebbelsburg» ausgab, aussagen. Er wurde freigesprochen und aus der Tschechoslowakei ausgewiesen, aber Anna Vitrichova alias Anna Krüger zu 4 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Während des Wahlkampfes des Jahres 1925 erschien im «Prager Tagblatt» am 25. April aus der Feder von Professor Theodor Lessing eine kurze charakterologische Skizze «Hindenburg». Diese führte zu einer Hetze gegen den Professor mit der Behauptung, er habe im «deutschfeindlichen, jüdischen Prager Tagblatt ... einen Artikel der gröblichsten Beleidigung über unseren grossen Generalfeldmarschall von Hindenburg geschrieben». Theodor Lessing hat in einem ausführlichen Artikel im «Tagebuch» zu den Entstellungen, Verunglimpfungen, der organisierten Hetze Stellung genommen. Am Ende seines Artikels stellt er die Frage: «Wie wird dies enden? Ich weiss es nicht...»

In den Tagen, da sich die Zionisten in Prag im Repräsentantenhaus versammelten – Ende August 1933 –, war Professor Lessing längst aus Deutschland geflohen, lebte in Marienbad im Hause eines Arztes, aber war, wie so viele in jenen Tagen, in Prag. Aus aller Herren Länder waren interessante Persönlichkeiten gekommen: Chaim Weizmann, der spätere erste Präsident des Staates Israel; der Führer der Revisionisten, Meir Grossmann; aus New York Stephen S. Wise, den ich damals kennenlernte, und Louis Lipski. Für mich waren diese Tage besonders erregend, da zu dieser Zeit die erste Ausbürgerungsliste veröffentlicht wurde. Professor Lessing nahm als Gast an dem Kongress teil. Er ist als «rationalistischer Kulturpessimist» beschrieben worden. Unter seinen vielen Büchern war «die Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen» das bekannteste.

Gegen Mittag des 30. August traf ich Professor Lessing im dichtgefüllten Café des Repräsentantenhauses, in dem man die Sprachen vieler Länder hören konnte. Als Theodor Lessing meiner ansichtig wurde, erhob er sich, kam auf mich zu, ergriff meine Hand und sagte: «Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Ausbürgerung. Das ist in der Tat eine grosse Ehrung. Ich bin wirklich beschämt, dass man mich vergessen hat.»

Etwas betreten antwortete ich: «Aber Herr Professor, seien Sie gewiss, der Hitler vergisst Sie nicht. Sie können Gift darauf nehmen.»

Mit dem Mittagszug fuhr Lessing nach Marienbad zurück, in die Villa Edelweiss, wo er wohnte, und am nächsten Morgen, zu unserer aller Schrecken, meldeten die Schlagzeilen der Zeitungen: «Professor Theodor Lessing in Marienbad ermordet!» Nach dem Abendbrot war Lessing zu seinem Schreibtisch zurückgekehrt, in seine schriftstellerischen Arbeiten vertieft. Das Fenster stand weit offen, alles war ruhig bis – zwei Schüsse ertönten ...

An das Haus angelehnt fand man später eine Leiter. Zwei Sudetendeutsche, Max Eckert aus Schranz und Daubner aus Marienbad, hatten, während Lessing in Prag weilte, eine Leiter an das Fenster des Zimmers gelehnt, in dem der Professor arbeitete. Als an jenem Abend das Licht im Studierzimmer anging, kletterte einer der Mörder auf die Leiter, und zwei Revolverschüsse trafen den 61-jährigen Professor. Die Täter flohen und entkamen ins Dritte Reich.

Am 26. September 1963 schrieb ich an die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen nach Ludwigsburg und erbat Aufklärung über die Sühne dieses schändlichen Verbrechens. Hier folgt die Antwort des Oberstaatsanwalts Ernst Schüle:

«Mordsache Professor Lessing.

Die Täter bzw. Mittäter Eckert (alias Rudolf Forster) und Zischka (alias Theodor Körner) konnten ermittelt werden. Gegen Eckert führte die Staatsanwaltschaft Coburg unter dem Aktenzeichen 8 Js 3/59 ein Ermittlungsverfahren, das jedoch gemäss § 153b StPO eingestellt wurde, da Eckert wegen dieser Tat bereits von einem tschechoslowakischen Gericht zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt wurde und in einem neuen Strafverfahren keine höhere Strafe zu erwarten war.

Rudolf Zischka lebt jetzt unter dem Namen Theodor Körner in der russisch besetzten Zone. Das Verfahren gegen ihn wird von der StA Hannover unter dem AZ 2 Js 396/60 geführt. Der von Ihnen erwähnte Daubner ist in beiden Ermittlungsverfahren bisher noch nicht genannt. Es war zwar immer von einem dritten Tatbeteiligten die Rede, jedoch soll dies ein Reichsdeutscher mit Vornamen ‚Karl‘ gewesen sein. Da Sie offensichtlich über diesen Fall mehr wissen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir hierzu geeignete Informationen zugehen liessen.»

Bis heute ist das Verbrechen an Theodor Lessing nicht voll gesühnt.⁹

9 Dr. Robert M.W. Kempner stellt mir freundlicherweise am 2. November 1968 die folgenden ergänzenden Angaben zur Verfügung:

Als Beteiligte an der Ermordung von Professor Lessing kommen die folgenden Personen aus der Gegend von Marienbad nach den Ermittlungen in Betracht:

Max Rudolf Eckert, Rudolf Zischka und Karl Henni.

Alle drei flüchteten mit falschen Papieren nach Deutschland und traten in München in die SA ein. Eckert wurde nach dem Kriege in der Tschechoslowakei zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt und später in die Bundesrepublik abgeschoben. Karl Henni soll im Kriege gefallen sein.

Hinter den eigentlichen Tätern soll der Chef der Nachrichtenabteilung der IV. Division, Wehrkreiskommando Dresden, gestanden haben, über dessen Verbleib nichts bekannt ist.

Im Jahre 1960 hat die Staatsanwaltschaft Hannover ein Verfahren gegen einen Teil der Beteiligten eingeleitet. Dieses wurde jedoch eingestellt. Im Oktober 1968 hat Dr. Robert M.W. Kempner beantragt, das Verfahren wiederaufzunehmen und Ermittlungen nach den Befehlsgebern und Hintermännern anzustellen. Er hat darauf hingewiesen, dass in alten Aktenunterlagen der Gestapo Berlin möglicherweise noch Hinweise zu finden sind.

Am 24. Januar 1935 verbreitete das tschechoslowakische Pressebüro die folgende Meldung:

«In der Nacht vom 23. zum 24. Januar – gegen Mitternacht – wurde im Hotel ‚Zahofi‘ – Gendarmeriestation Cim bei Pfibam – Rudolf Formis, ein reichsdeutscher Emigrant aus Stuttgart, erschossen.

Die Täter sind Gert Schubert, geboren 23. Oktober 1912 in Berlin, Hans Müller, geboren 20. September 1911 in Kiel und Edith Karlsbach, Turnlehrerin, geboren 7. Mai 1909 in Berlin. Laut polizeilicher Meldung entkamen die Täter im Automobil E. V. Nummer L. P. 48259, mit dem sie am 10. ds. die Grenze bei Bodenbach überschritten hatten. Die Leiche des Erschossenen wies zahlreiche Schusswunden auf. Die Täter versuchten nach der Tat das von Formis bewohnte Hotelzimmer in Brand zu stecken.»

Rudolf Formis war der Sendeleiter der Radiostation Mühlacker bei Stuttgart und galt damals als ein führender Kopf auf dem Gebiete der Kurzwellentechnik. Er war ein Gegner Hitlers, aber blieb auf seinem Posten. Als während einer Rundfunkrede des Führers das Stuttgarter Kabel durchschnitten wurde, fiel er in Ungnade, und in dem Kampfe zwischen zwei Nazibonzen, die er glossierte, wurde er verhaftet und in ein Konzentrationslager gesperrt. Es gelang ihm zu entkommen. Er erreichte die Tschechoslowakei und schloss sich der Schwarzen Front Otto Strassers an.

Rudolf Formis war ein gebildeter Mann, nicht nur technisch, sondern auch sprachlich, und schon kurze Zeit nach seinem Prager Aufenthalt baute er für die Schwarze Front einen Kurzwellensender, den er in einem kleinen Hotel Zahori unterbrachte. Der Kurzwellensender war in einem grossen Lehnstuhl eingebaut. Von dort aus sendete er nach Deutschland. Die Sendung begann mit Melodien aus «Carmen» und schloss mit «Auf in den Kampf, Torrero». Er identifizierte sich als «Sendestation der Landesstelle Berlin», auf Welle 48, nicht weit von einer deutschen Kurzwelle des Senders Zeesen.

Wenige Tage vor seinem Ende sprach Formis mit einem Freund über den Schwarzsender: Jeder, der sein Herz für Deutschland bewahrt habe, müsse gegen Hitler kämpfen. Auf die Frage, wie er die Weihnachtstage verbracht habe, sagte er, dass er sich an seinem Geburtstage, am 25. Dezember, ein Glas Wein geleistet habe und seiner alten in Deutschland zurückgebliebenen Mutter zugestrotzt habe: Prosit, Mutter, auf ein besseres Deutschland! Der mittelgrosse, untersetzte Formis, mit Hornbrille und etwas ungelenktem Wesen, machte mehr den Eindruck eines Wissenschaftlers, eines versonnenen, träumerischen Menschen, dessen grösster Fehler es war, seinen Mitmenschen zu sehr zu vertrauen.

Der Schwarzsender ging dem Dritten Reich auf die Nerven. Das bewies nicht nur die Pressepolemik, z.B. des «Völkischen Beobachters» vom 12. Januar 1935, sondern auch eine Anzahl von Noten der Berliner Machthaber an die tschechoslowakische Regierung, dass in «Zahori» ein Schwarzsender existiere. Dies dulde die Tschechoslowakei, ja sie begünstige es. In Wirklichkeit versuchten die tschechoslowakischen Behörden durchaus, diesen Sender zu finden. Aber hier spielte ein Zufall eine Rolle. Es gab, etwa 80 km von Prag, einen Ort «Zahori», aber dort befand sich kein Schwarzsender. Das Hotel Zahori lag in einem kleinen Örtchen bei Cim bei den Stromschnellen (nur 32 km von Prag).

Am 10. Januar 1935 reisten Schubert, Müller und die Karlsbach in einem Mercedes-Benz über Schneeberg bei Bodenbach in die Tschechoslowakei ein. Eigentümer des Wagens war Hans Müller. Dieser und die Karlsbach fuhren direkt nach Prag, stiegen im Hotel Wilson ab, gaben sich als Ehepaar aus und fielen unangenehm durch häufigen Hitlergruss auf. Das Trio, biedere reichsdeutsche Touristen, begab sich in dem Auto am 14. Januar nach dem Orte Stechovice, wo sie in einem Gasthof Zimmer nahmen. Am 15. Januar gingen sie an den Stromschnellen entlang und stiessen auf das Hotel Zahofi, wo sie das erste Mal den Ingenieur Formis trafen. Am 16. Januar waren sie in Stechovice, am nächsten Tag fuhr Müller nach Prag, liess seinen Wagen im Hotel Alcron, flog um 11 Uhr vormittags nach Berlin, holte sein Auto wieder ab und fuhr nach Stechovice, wo seine Freundin auf ihn wartete, mit der er am gleichen Tage ins Hotel Wilson zurückkehrte. Dort erschien am 20. Januar Gerhart Schubert, der sofort mit Müller und der Karlsbach Kontakt aufnahm. Am 21. Januar liessen sie den Wagen kontrollieren, um nachmittags wieder nach Stechovice zu fahren und im gleichen Gasthof Quartier zu beziehen. Sie machten mehrere Autofahrten, die als Sichtung des Terrains gewertet werden können.

Am 23. Januar 1935 kontrollierten sie aufmerksam alle Personen, die mit Autobussen nach Prag fuhren. Es war ein Mittwoch, und gewöhnlich fuhr Formis Mittwochs immer nach Prag, um am nächsten Tage wieder ins Hotel Zahofi zurückzukehren. An diesem Tage aber fuhr Formis nicht nach Prag. Hans Müller und Edith Karlsbach stiegen im Hotel Zahofi ab, wo sie nachmittags den Kaffee einnahmen. Formis befand sich im Speisesaal und las Zeitungen. Gegen 18 Uhr gingen Müller und Karlsbach spazieren, kamen eine Stunde später zurück und begannen, sich mit Formis zu unterhalten. Diese Unterhaltung dauerte bis gegen 20.30 Uhr. Müller gab vor, nicht wohl zu sein und zog sich in sein Zimmer Nr. 4 zurück, während Formis im Zimmer 6 wohnte. Von Zimmer 4 liess Müller einen Strick herunter, an dem der unten wartende Gert Schubert in Müllers Zimmer gebracht wurde.

Edith Karlsbach unterhielt sich bis gegen 22 Uhr mit Formis, während Wirt und Personal des Hotels sich bereits zur Ruhe gelegt hatten. Eine Viertelstunde später hörte der Kellner plötzlich Schüsse krachen und eine helle, hohe Stimme schreien. Der Kellner kleidete sich rasch an, stürmte vom Parterre in das Stockwerk, wo sich die Gastzimmer befanden, wo er vor dem Zimmer 6 des Formis einen unbekanntenen Mann erblickte, der half, eine Person von Zimmer 4 in das Zimmer 6 zu ziehen. Der Kellner wurde bedroht und aufgefordert, die Hände hoch zu halten. Er erkannte die Leiche des Formis. Schubert schrie ihn an: «Marsch weg, Sie haben nichts gesehen!» Er warf eine Brandbombe und der Kellner flüchtete nach unten. Eine spätere Obduktion der Leiche Formis' ergab, dass er zwei Schüsse erhalten hatte. Eine Kugel war oberhalb des linken Auges in den Schädel gedrungen. Die zweite Kugel ging durch den Brustkorb am Herzen vorbei, durchschlug die Leber und trat unterhalb des rechten Schulterblattes aus dem Körper. Der Schädelknochen war durch heftige Schläge mit einem stumpfen Gegenstand verletzt.

Die Täter flüchteten im eigenen Kraftwagen, der gegen 1 Uhr morgens in der Nacht vom 23. zum 24. Januar 1935 in der Stadt Lobositz gesichtet wurde. An der Grenze auf dem Schneeberg kamen sie zwischen 4 und 5 Uhr morgens an, und das Auto, welches die Mör-

der an der Grenze stehenliessen, wurde von einem Bevollmächtigten des Hans Müller um 5.30 Uhr früh abgeholt.

Zweifellos war der Sender den Nazis verraten worden, und zwar von einer Anzahl angeblicher Strasser-Anhänger, die sich Ende 1934 von ihm trennten; darunter der Journalist Hildebrandt, dessen wirklicher Name Franke-Griecsch war. Oberstaatsanwalt Ernst Schüle teilte mir in der Sache am 17. Oktober 1963 mit:

«Es konnten als Täter ermittelt werden:

- a) Alfred Naujocks alias Hans Müller, jetzt in Hamburg wohnhaft;
- b) Werner Götsch alias Gert Schubert, gegenwärtiger Aufenthalt unbekannt;

Über Edith Karlsbach (wahrscheinlich Deckname) ist bisher noch nichts bekannt. Das Ermittlungsverfahren wird von der Staatsanwaltschaft Hamburg unter dem Az. 141 Js 1549/50 geführt.

In beiden Fällen wurden die Vorermittlungen von der zentralen Stelle geführt, die auch dafür gesorgt hat, dass die Verjährungsfrist unterbrochen wurde.»

Anfang Juni 1967 teilte der frühere Nürnberger Ankläger Dr. Robert M.W. Kempner über die späte Sühne des Mordes an Formis das Folgende mit:

«Der Überfall auf den Prager Geheimsender am 23. Januar 1935, bei dem der Ingenieur Formis durch zwei Pistolenschüsse getötet wurde, wird Gegenstand eines Strafverfahrens in Hamburg sein. Dieser Überfall wurde von der Gestapo in Berlin angeordnet. Ausführende Organe waren der jetzt in Hamburg angeklagte frühere SS-Obersturmführer Werner Götsch, ein SS-Mitglied mit der niedrigen Nummer 10238 und der berühmte SS-Führer Alfred Naujocks, damals Sturmbannführer. Die Gestapo wollte den Prager Sender zum Schweigen bringen und dabei wurde Ingenieur Formis, der den Sender betrieb, durch zwei Pistolenschüsse ermordet.»

Es sind dies nur einige Beispiele; denn in der Tat, das Thema «Der braune Arm greift über die Grenze» verdiente durchaus ein besonderes Buch. Viele andere Fälle müssten berichtet werden.

Nach dem Münchner Abkommen und der Besetzung der ČSR, nach dem Beginn des Blitzkrieges im Westen, schwand die letzte Sicherheit für die Flüchtlinge. Sie wurden für die braunen Häscher und Henker zum Freiwill und fielen zu Hunderten, ja Tausenden der Verfolgung zum Opfer.¹⁰

8. Die Affäre um das «Pariser Tageblatt»

«Die Wahrheit siegt.»

Thomas Masaryk

Als in den ersten Monaten nach der Machtergreifung Adolf Hitlers Flüchtlinge über die Grenzen der benachbarten europäischen Länder entkamen, strebten sie vor allem nach dem Recht, in dem gewählten Asyllande bleiben und dort existieren zu können. Es war gewiss kein Zufall, dass unter den politischen Flüchtlingen der ersten Monate sich eine Menge Journalisten und Schriftsteller befanden, die, wenn sie irgendwie konnten, ihr Wissen und ihre Begabung weiterhin zu verwenden suchten. Gewiss, der Absatzmarkt für deutschsprachige Erzeugnisse hatte sich mit dem Wegfall des von der Zensur kontrollierten Dritten Reiches verengt. In der Tschechoslowakei lebten Millionen Menschen, die deutsch sprachen und lasen, ebenso in Österreich und in der deutschsprachigen Schweiz. Überall dort bestand ein grosses Interesse an Veröffentlichungen von Nachrichten aus Deutschland, Analysen, Betrachtungen und Berichten. In der ČSR hatte zum Beispiel die Liga für Menschenrechte, ausser ihrem tschechischen Blatt, auch eine deutschsprachige Monatsschrift, die ihr Vizepräsident, der Anwalt Dr. Friedrich Bill, herausgab. Diese Monatsschrift, «Aufruf», wurde unter dem Einfluss der Ereignisse im Nachbarlande zu einer Wochenzeitschrift. Kurze Zeit darauf, etwa April 1933, siedelte die «Weltbühne» von Wien nach Prag über. In Wien hatte der Verleger im Hinblick auf die Entwicklung im Reich eine zweite «Weltbühne» erscheinen lassen, die nun – bis 1938 – von Prag aus, zuerst von Willi Schlamm und später von dem Kommunisten Hermann Budzislawski herausgegeben wurde. Schlamm wiederum fand Finanziere, um eine eigene Zeitschrift, «Europäische Hefte», herauszugeben. Otto Strasser erschien mit seiner Wochenzeitung, «Deutsche Revolution», die Sozialdemokraten gaben wöchentlich den «Neuen Vorwärts» heraus. Ausserdem hatte Prag eine Reihe eigenständiger deutschsprachiger Zeitungen, wie den «Sozialdemokrat», die «Bohemia», die von der tschechoslowakischen Regierung finanzierte «Prager Presse» und vor allem das angesehene, unabhängige «Prager Tagblatt», eine der ältesten deutschsprachigen Zeitungen im mitteleuropäischen Raum. Nicht genug, es erschien abends die «Prager Abendzeitung», auch in der Prager-Tagblatt-Redaktion gemacht. Ferner erschien ein Wochenblatt, «Die Montagszeitung», das gewisse Ähnlichkeit mit dem von Leopold Schwarzschild in der Weimarer Zeit herausgebrachten «Montag Morgen» hatte. Der 1933 gegründete «Prager Mittag» hatte vorübergehend Franz Höllering als Chefredakteur, später Julius Hollos, der bis vor Kurzem bei Springer tätig war. Der «Prager Mittag» war eine Emigrationsgründung und konnte sich für einige Jahre halten, während die Nachahmung des Simplizissimus, genannt Simplicus, mit

Heinz Pol als Chef nach neun Monaten einging. Sein Finanzier verlor fast alle Ersparnisse, die er nach Prag zu retten vermocht hatte.

Wenn man berücksichtigt, dass zu jener Zeit in Österreich die alte gute «Arbeiterzeitung» und eine Reihe liberaler Wiener Blätter erschienen, so ist natürlich die Frage berechtigt, ob nicht die Grenze der Nachfrage längst überschritten war, denn die am meisten interessierte Leserschaft war die am wenigsten kaufkräftige. Kein Zweifel, dass einige Blätter, wie später «Die Weltbühne» nach Schlamms Ausscheiden, aus kommunistischen Quellen finanziert wurden, und dasselbe gilt auch für eine Reihe von Zeitungen und Zeitschriften in anderen Zufluchtsländern.

Zeitungen und Zeitschriften gewannen zunächst an Bedeutung, einmal weil die geistige Emigration diesen Publikationsorganen bedeutende Mitarbeiter versdiaffte, das Thema von Tag zu Tag erregender wurde und, soweit Deutsche ins Ausland reisten, diese alle deutschsprachigen Zeitungen und Zeitschriften, deren sie habhaft werden konnten, verschlangen, ja ihren Schlaf opferten, weil der Durst nach Wahrheit beinahe unstillbar war.¹ Als nach Frankreich Tausende von Flüchtlingen aus Hitler-Deutschland strömten, von denen ein grosser Teil in Paris hängen blieb und der andere in die Provinz ging, stieg dort das Bedürfnis nach einer deutschsprachigen Zeitung. Schliesslich erschienen ausser «Auf-ruf», «Weltbühne», «Europäische Hefte», die «Arbeiter-Illustrierte-Zeitung», «Der Gegenangriff» (die beiden letzteren kommunistische Produkte), dann der «Neue Vorwärts» und «Die Deutsche Revolution». Bis zur Saarabstimmung existierte die von Max Braun herausgegebene «Deutsche Freiheit», die man in Paris und Prag an den Zeitungsständen kaufen konnte.

Paris hatte eine Anzahl Emigrantenblätter, wenn auch keine deutschsprachigen, aber der angesehene russische Jude Wladimir Poliakoff hatte mit Erfolg eine Zeitung für die russische Emigration begründet. Als Georg Bernhard, der langjährige Chefredakteur der «Vossischen Zeitung», nach Paris kam, hatte Poliakoff die Idee, mit Georg Bernhard eine seriöse Tageszeitung der deutschen Emigranten zu gründen. Poliakoff brachte nicht nur Geld in das Unternehmen, sondern auch sein verlegerisches Können, während Bernhard eine Menge guter Journalisten kannte, die nur zu gerne wieder hinter einem Schreibtisch sitzen wollten und für die die Druckerschwärze immer ein anziehendes Lebens-element gewesen war.

Ich kannte Georg Bernhard aus den Berliner Tagen. Er war ein glänzender Journalist, aber in jeder Beziehung ein Spieler. In der Weimarer Republik hatte er sich mit allen, die Widerstand zu leisten willens waren, dem braunen Strom entgegengeworfen. Bernhard war auch ein tapferer Mann; er hatte nicht nur den Mut, seine politischen Fehler während des Ersten Weltkrieges zuzugeben, sondern als das Wasser schon ziemlich hochstand, war er es, der im August 1932 einen Kreis politisch Entschlossener zu sich lud, um Mittel und Wege zu suchen, für die Ideen der Freiheit und Demokratie auch dann einzutreten, wenn die landläufigen Organisationen verboten sein würden. Auf jener August-Zusammenkunft wurde ein Komitee gegründet, das den Namen «Das Freie Wort» erhielt, dessen Sekretär

1 Vgl. Das Verzeichnis der Emigrantenpresse, in: «Deutsche Exilliteratur 1933-1945». Hrsg. von Eva Tiedemann und Wilhelm Sternfeld. Heidelberg 1962, S. 391 ff.

ich wurde und welches im Februar 1933 das erste und letzte Mal mit der Organisierung des Kongresses «Das Freie Wort» in der Berliner Kroll-Oper an die Öffentlichkeit trat.

Georg Bernhard hatte die Allüren eines «reichen» Mannes, und oft fehlte ihm weise Zurückhaltung und Beurteilung, die ihm manche Ungelegenheiten hätte ersparen können. Seine Position als Chefredakteur der «Vossischen Zeitung» mit einem Monatsgehalt von 5'000 RM schien unantastbar, bis er sich zum Mitspieler einer Intrige gegen den Senior des Ullsteinreiches, Franz Ullstein, machte, der «vor Sonnenuntergang» eine relativ junge Frau, Rosi Gräfenberg, heiraten wollte.

Die Ullstein-Brüder, wie auch Bernhard, fürchteten, dass Rosi Gräfenberg das Heft des Verlages an sich reißen würde, und so suchte man, sie zu diffamieren, verdächtigte sie, eine bezahlte Agentin des Deuxième Bureau gewesen zu sein. Als diese Affäre Gräfenberg spielte, ging Franz Ullstein schutzsuchend zu dem Herausgeber des «Tagebuch» und «Montag Morgen», Leopold Schwarzschild, dessen erster und engster Mitarbeiter Josef Bornstein in einem Memorandum die Anschuldigung zerriss. Die Ehe kam nicht zustande, die Brüder vertrugen sich, aber Georg Bernhard blieb auf der Strecke, denn er war «entbehrlich».

Als nun Wladimir Poliakoff Bernhard, noch dazu in der Emigration, den Wiedereintritt in den alten Beruf ermöglichte, griff Bernhard zu, und in wenigen Tagen präsentierte er dem Verleger seinen Redaktionsstab mit Kurt Caro, der bis 1933 als leitender Redakteur der «Berliner Volkszeitung» tätig war, als seinem Stellvertreter. Die erste Nummer des «Pariser Tageblatt» erschien am 12. Dezember 1933 und war ein voller Erfolg. Der Verleger hatte mit einer bescheidenen Auflage gerechnet, aber in wenigen Tagen verdoppelte sie sich, und selbstverständlich war mehr Kapital notwendig, um die Zeitung auszubauen. Schon sehr frühzeitig ergaben sich zwischen dem «Russen» Poliakoff und dem «Deutschen» Bernhard Missshelligkeiten; denn Bernhard versuchte, die Kontrolle der Zeitung vollkommen an sich zu reißen. Sein Freund, der Bankier Hugo Simon, war willens, sich zu beteiligen; aber die offerierte Kapitaleinlage stand in keinem Verhältnis zu den Forderungen Bernhards, und so fiel das Angebot Simons ins Wasser.

Im Juli 1934 gab Poliakoff Bernhard und Caro eine Option, die Zeitung zu kaufen, aber diese Option wurde nie realisiert. Im Mai 1935 vollendete Wladimir Poliakoff sein 70. Lebensjahr. Er wurde von der russischen und deutschen Emigration gebührend gefeiert, und die stärkste Rede auf ihn hielt – Georg Bernhard, der vorschlug, dass Poliakoffs Name in goldenen Buchstaben in die Geschichte der deutschen Emigration eingeschrieben werden sollte.

Im April 1936 trat ein Mann auf die Bühne, von dem alle Eingeweihten wussten, dass er Beziehungen zu den Kommunisten habe. Sein Name war Fritz Wolff, bei Freund und Feind als «der schöne Wolff» bekannt. Er repräsentierte, so sagte er, eine «anonyme» Gruppe, die bereit sei, das «Pariser Tageblatt» finanziell zu unterstützen. Die Summe, die er nannte, war 200'000 Francs; aber für diese Investierung verlangte er Einspruchsrechte und Kontrolle, ergo eine wesentliche Reduzierung des Einflusses Poliakoffs, dem die Zeitung gehörte und der weit mehr in dieselbe investiert hatte. Poliakoff lehnte ab und suchte nach anderen Möglichkeiten.

Während diese Dinge sich abspielten, war ich in Prag. Seit 1935 schrieb ich ständig als tschechoslowakischer Korrespondent für das Blatt. Eines Tages erhielt ich einen Expressbrief, in dem Caro um eine möglichst eingehende Auskunft über einen Prager Kaufmann bat, der interessiert sei, das «Pariser Tageblatt» käuflich zu erwerben. Ich half mir damit, dass ich einen befreundeten Polizeidetektiv bat, mir eine genaue Auskunft über die politische Zugehörigkeit und politischen Intentionen des Mannes sowie seine finanziellen Möglichkeiten zu beschaffen. Innerhalb von zwei Wochen hatte ich einen so ausführlichen Bericht über den Mann, seine Familie, seine Absichten, dass meine Achtung vor der Prager Polizei stieg. «Wie haben Sie das fertiggebracht?» fragte ich meinen Detektivfreund. Er lachte und erzählte mir, dass er sich mit dem Dienstmädchen befreundet hätte, tagelang in der Wohnung des interessierten «Tageblatt»-Käufers gewesen sei, und so war ich in der Lage, den Parisern einen wirklich aufschlussreichen Bericht zu geben. Das Interesse des jüdischen Kaufmanns in Prag war inzwischen geschwunden, und aus der Sache wurde nichts.

Als das «Pariser Tageblatt» mir für die Dienste des Detektivs 3'000 Francs überwies und ich meinen Freund bat, heraufzukommen, um sie sich abzuholen (er bezog damals das königliche Monatsgehalt von 900 Kronen), erlebte ich eines der seltensten Dinge. Der Mann weigerte sich, das Geld anzunehmen, und spendete es der Fürsorge «für Ihre Flüchtlinge».

Poliakoff suchte inzwischen weiter nach Möglichkeiten, die immer dringendere finanzielle Krise zu lösen. Ein Mann namens Leites war interessiert, wollte aber, dass Bernhard durch Richard Levinsohn, früher Chef des Wirtschaftsteils bei der «Vossischen Zeitung», ersetzt werden sollte. Levinsohn, der auch das Pseudonym Morus benutzte, hat unzählige Bücher geschrieben. Bevor aber diese Verhandlungen zu irgendeinem Abschluss kommen konnten (Georg Bernhard befand sich in den Vereinigten Staaten), erschien am 11. Juni 1936 auf der ersten Seite des «Pariser Tageblatt» die folgende Erklärung:

Wir sehen uns gezwungen, unsern Lesern und der Öffentlichkeit von folgenden Tatsachen Kenntnis zu geben:

1. Der Verleger des «Pariser Tageblatt», Wladimir Poliakoff, hat vor etwa zehn Tagen im Deutschen Konsulat, 2, rue Huysmans, mit Dr. Schmolz, dem Leiter der Presse- und Propaganda-Abteilung der Deutschen Botschaft in Paris und Sonderbeauftragten zur Überwachung der deutschen Emigration verhandelt.
2. Im Anschluss daran erfolgte die Kündigung des Chefredakteurs des «Pariser Tageblatt», Georg Bernhard, der anlässlich eines Kongresses in Amerika weilte.
3. Dem Geschäftsführer des Verlages ist ebenfalls von dem Verleger Poliakoff mit der Erklärung gekündigt worden, dass ein neuer Chefredakteur und ein neuer Geschäftsführer die Leitung des Blattes übernehmen werden.
4. Der Verleger Wladimir Poliakoff hat ferner erklärt, der neue Chefredakteur werde einen anderen Kurs in der Zeitung einschlagen und sich gegenüber Hitler und dessen Bestrebungen loyaler einstellen.

Nachdem die Redaktion von diesen Tatsachen Kenntnis erhielt, hat sie sich zu sofortiger Arbeitsniederlegung entschlossen.

Dies ist daher *die letzte Nummer des freien nazi-feindlichen «Pariser Tageblatt»*.

Ab morgen, den 12. Juni 1936, erscheint unter Mitwirkung der bekanntesten Schriftsteller, Politiker

und Journalisten der deutschen Emigration die «*Pariser Tageszeitung*».

Rechtzeitig gewarnt können wir so das Gelingen dieses Coups der Hitler-Propaganda verhindern und den schamlosen Verrat dieses Verlegers anprangern.

Unser Kampf für Frieden, Freiheit und Menschenrechte gegen die nationalsozialistischen Weltbrandstifter geht weiter.»

So erschien vom 12. Juni 1936 die «*Pariser Tageszeitung*», welche, wie auch die folgenden Nummern, Botschaften der Sympathie und Unterstützung enthielt. Als mich in Prag ein Telegramm erreichte, der «*Pariser Tageszeitung*» eine Botschaft der Sympathie zu übersenden, zweifelte ich nicht eine Minute, dass die Behauptungen, so ungeheuerlich sie auch klangen, wahr seien. Als ich dann, vier Wochen später, nach Paris kam und Gelegenheit hatte, die Wahrheit über diesen Coup zu erfahren, habe ich mich sofort bei Wladimir Poliakoff entschuldigt; und das taten auch viele andere, mit deren Namen die «*Pariser Tageszeitung*» sich brüstete.

Wladimir Poliakoff war sein «*Pariser Tageblatt*» los. Er war diffamiert und mit ihm Richard Levinsohn und viele andere, die sich dem Coup widersetzt hatten. Dass es ein verabredeter Coup war, ist leider nachgewiesen. Am 28. Mai 1936 verliess Georg Bernhard Paris für eine Vortragstournee in den Vereinigten Staaten. Als er sich von Poliakoff verabschiedete, regte der letztere an, dass Bernhard in USA gewisse Geldmittel für die Zeitung aufzutreiben versuchen solle. Aber Leites wollte Levinsohn ins Blatt bringen und Bernhard draussen haben, und nach Bernhards Vertrag musste Poliakoff ihm bis zum 1. Juli des Jahres kündigen. Andernfalls würde der Vertrag automatisch bis zum 31. Dezember 1937 weiterlaufen. Am 2. Juni hatte Poliakoff Bernhard in einem Brief erinnert, dass die Sache dränge. Es wäre ihm recht, wenn Bernhard in Amerika Finanzmittel aufbringen könnte, die dann eine weitere Kooperation der beiden Männer ermöglichen würden. Aber Poliakoff machte auch klar, dass, falls durch Bernhards Freunde keine Hilfe käme, «so schmerzlich es auch für mich ist», eine Änderung «unserer persönlichen Beziehungen» unvermeidlich erscheint. Diesen Brief Poliakoffs muss man kennen, um zu verstehen, was sich nun ereignete.

Am 4. Juni 1936 erhielt Georg Bernhard zwei Kabel, das eine, unterzeichnet von seiner Frau, Caro und Wolff (es trug die Nummer LF 89), lautete:

«ENTLASSUNG BEVORSTEHEND STOP POLIAKOFF VERHANDELT NAZIS STOP STREIKDROHUNG UM GARANTIE STOP ABGEORDNETER SALOMON¹ BIETET UNTERSTÜTZUNG AN STOP PLANEN ERKLÄRUNG WIE VERABREDET STOP WENN MÖGLICH WEITERARBEIT WENN NICHT NEUGRÜNDUNG STOP VERBINDUNG MIT BUCHWALD² STOP DISKRETIION NOTWENDIG DAMIT WLADIMIR NICHTS AHNT STOP FÜR SIE UNERHÖRTE CHANCE FÜR MITTELBESCHAFFUNG STOP ZU DIESEM ZWECK FOLGT SPEZIELLES KABEL STOP ANTWORTET CARDINET³»

Gleich darauf wurde ein zweites Kabel gesandt, unterschrieben «Redaktionsleitung Humbert Wolff» mit der telegrafischen Nummer LF 90:

1 Salomon Grumbach, sozialistischer Abgeordneter des französischen Parlaments.

2 Arthur Buchwald, bekannter Börsenmakler und Finanzier, damals in US lebend.

3 Privatadresse von Georg Bernhard in Paris.

«HERAUSGEBER PROFITIERT VON IHRER ABWESENHEIT AN BOTSCHAFT ZU VERKAUFEN STOP OFFIZIELLE INFORMATION ERHALTEN STOP IHRE ENTLASSUNG BEKANNTGEGEBEN STOP BEREITEN GEGENSCHLAG VOR STOP NAZI COUP SCHLÄGT FEHL WENN MÖGLICHT NEUGRÜNDUNG MIT HERAUSGABE ZUSAMMENFÄLLT STOP DAFÜR BEREITS 200'000 FRANCS GESAMMELT STOP 400'000 NOTWENDIG STOP BITTEN SIE HILFE BEI FREUNDEN MOBILISIEREN STOP BITTE TEILZAHLUNGEN SENDEN STOP LUFTPOSTBRIEF FOLGT

REDAKTIONSSTAB HUMBERT WOLFF»

So erlebte im Jahre 1936 die deutsche Emigration eine ihrer grössten und beschämendsten Skandalaffären. Wladimir Poliakoff verlor das «Pariser Tageblatt», aber er wollte nicht seine Ehre verlieren, und das Gewissen einer Anzahl von Menschen, die um die wahren Vorgänge wussten, revoltierte. Eine der wichtigsten Persönlichkeiten war eine junge Jüdin, Charlotte Meyer, die als «technisches Werkzeug» von all den Intrigen wusste, obwohl sie zunächst ihren Chefs glaubte. Sie war Georg Bernhards Privatsekretärin und hatte jene zwei Kabel geschrieben, die so offenkundig waren, dass sie beschämt resignierte und die Gegenseite mit der dringend notwendigen Munition versah.

Selbstverständlich war Richard Levinsohn kein Naziagent. Bis zum Ausbruch des Skandals um das «Pariser Tageblatt» waren Bernhard und Levinsohn eng befreundet. Selbstverständlich hatte Poliakoff niemals mit irgendwelchen deutschen Stellen verhandelt. Der Verleger brauchte neue Investitionen, und die neuen Herren hatten zu Levinsohn mehr Vertrauen als zu Bernhard, d.h. eine andere Garnitur von Emigranten-Redakteuren hätte Bernhard und Kurt Caro ersetzt.

Es war der verstorbene Leopold Schwarzschild, der in seinem «Neuen Tagebuch» diesen Skandal aufdeckte, und Gerichte wie Ehrengerichte kamen alle zu demselben Urteil: dass Wladimir Poliakoff ein unerhörtes Unrecht geschehen sei, dass er nichtswürdig verleumdet worden war, und viele der Männer und Frauen, die zunächst auf die Anklagen hereinfließen, haben mit tiefem Bedauern ihre damals leichtfertig abgegebenen Erklärungen zurückgenommen.

Die Verhandlungen vor den verschiedenen Ehrengerichten der emigrierten deutschen Journalisten, vor den französischen Gerichten und einer Reihe anderer Berufsorganisationen wurden in einer Dokumentation veröffentlichte Auf Seite 26 dieser Dokumentation finden wir einen Brief, gezeichnet von Fritz Wolff vom 26. Oktober 1937, in dem er als de facto Verleger der «Pariser Tageszeitung» Georg Bernhard wegen ähnlicher Machenschaften wie gegen Poliakoff, nun aber gegen Fritz Wolff gerichtet, sich «gezwungen sieht», den einst so machtvollen Georg Bernhard zu entlassen. In der oben angeführten Dokumentation sind nicht nur die umfassenden Machenschaften Georg Bernhards und seiner Freunde ausführlicher beschrieben, sondern auch alles Material, was dem greisen Verleger zumindest moralische Genugtuung gab. Mit Georg Bernhards Ausscheiden aus der «Pariser Tageszeitung» erreichte die Affäre des «Pariser Tageblatt» ihr Ende, die Lion Feuchtwanger in einem Roman «Scandale Gazette» festgehalten hat.

Es war der Schriftsteller Konrad Heiden, der in einem Epilog zu dem Fall feststellte, dass

das Lügengewebe zerschmettert worden sei und das Bündnis mit der Unwahrheit und Schlechtigkeit denen nicht geholfen habe, die dieses infame Ränkespiel schmiedeten. Heiden kommt zu dem Schluss, dass der Schwindel um das «Pariser Tageblatt», auf den das Publikum hereinflie, ein wichtiger Prüfstein vom moralischen und intellektuellen Standpunkt aus bleibt. Jene, die ihren Irrtum zugaben und, wie z.B. Victor Basch, der Präsident der französischen Liga für Menschenrechte, die Konsequenzen daraus zogen, seien entschuldigt; aber es blieben genug übrig, die sich weigerten, ihren Irrtum bis zur jüngsten Gegenwart zuzugeben.

«Die entscheidende Frage, die für uns zu beantworten bleibt, ist, ob Politiker, die für Freiheit, Wahrheit und Recht kämpfen, lügen und betrügen dürfen, wenn sich ihre Politik mit ihren persönlichen Interessen im Raume stösst. Wir beantworten diese Frage mit einem klaren Nein, und wir sind froh, dass viele Menschen, ob sofort oder nach der ersten Konfusion, mit uns dieses ‚Nein‘ ausgesprochen haben. Diese negative Antwort konstituiert eine Haltung. Keine grosse, keine heroische, aber eine unerlässliche.» (Konrad Heiden)

Die «Pariser Tageblatt»-Affäre machte es offenkundig, dass die deutsche Emigration unter keinen Umständen das Wort *Integrität* aus ihrem Wörterbuch streichen durfte.

9. Die Kommunisten und das Asylrecht

«Die UdSSR gewährt Bürgern auswärtiger Staaten, die wegen Verfechtung der Interessen der Werktätigen oder wegen wissenschaftlicher Betätigung ... verfolgt werden, das Asylrecht.»

Art. 129 der sowjetischen Verfassung

Was die Sowjetunion betrifft, so verspricht der Artikel 129 der Verfassung der Sowjetunion theoretisch den Werktätigen, soweit sie politisch verfolgt wurden, das Asylrecht. Der Stockholmer «Social-Demokraten» vom 20. Oktober 1938 kommentierte:

«Sozialisten sollten auch etwas über die Haltung Russlands in der Flüchtlingsfrage sagen. Sogar heute nennt sich Russland einen sozialistischen und proletarischen Staat. Keine Partei und kein Land hat sich seiner internationalen und proletarischen Solidarität so häufig gerühmt wie die Kommunisten und die Russen. Was haben sie getan, um den sozialistischen Flüchtlingen beizustehen? Nichts! 1933 und 1934 haben sie eine Anzahl Deutscher und Österreicher aufgenommen. Aber wie ist es ihnen ergangen? Sie sind entweder im Gefängnis gelandet, erschossen oder ausgewiesen worden. Ist es nicht kläglich, dass es ein Problem sozialistischer Flüchtlinge gibt angesichts einer sozialistischen Macht mit 180 Millionen Einwohnern, der tatsächlich ein Kontinent zur Verfügung steht? Warum sollte man zögern, einen Vergleich anzustellen zwischen der Haltung des Dritten Reiches in der Frage der Naziflüchtlinge aus Österreich, gegen 50'000 an der Zahl, die während vier Jahren von den Deutschen genährt und gespeist wurden? Indes das Regime Stalins hat nicht einmal seinen Glaubensanhängern die Einreise erlaubt. Die Haltung des russischen Regimes und der russischen Kommunistischen Partei in der Flüchtlingsfrage muss als skandalös bezeichnet werden, als ein Verrat, der zum Himmel schreit.»

Diese Kritik des sozialdemokratischen Blattes entsprach der damaligen politischen Entwicklung des Stalinismus, der Auswirkungen der Säuberungsprozesse. Immer wieder hatten die nicht-kommunistischen Komitees in Prag auf die Internationale Rote Hilfe einzuwirken gesucht, den Massenzustrom von Flüchtlingen zu entlasten und im Hinblick auf die wachsende jüdische Flüchtlingsbewegung einen Teil der Bürde zu übernehmen. Während aber 1933 und 1934 die Sowjetunion gefährdete kommunistische Funktionäre direkt von Deutschland aufnahm, änderte sich dieses Bild unter dem Einfluss der Prozesse, und wir empfangen in der Tschechoslowakei politische Flüchtlinge aus Russland, unter ihnen Erich Wollenberg und Eberhard Schütz, heute Programmdirektor des Senders Freies Berlin.

Die Generalsekretärin in der Internationalen Roten Hilfe, Frau Helena Stassova, erklärte in einem 1934 an mich gerichteten Brief, es handle sich nicht darum, dass Russland Flüchtlinge aufnehme, sondern darum, das Asylrecht in den «kapitalistischen Ländern» zu erkämpfen. Diese Linie wurde beständig aufrechterhalten, und nach Beginn der Trotz-

kisten-Prozesse hörte jede Möglichkeit auf, Flüchtlinge in die Sowjetunion zu bringen. Wieland Herzfelde, Verleger und Schriftsteller, engagierter Kommunist, versuchte 1938 die unverständliche Stellungnahme Russlands, wegen der ich ihn befragt hatte, wie folgt zu erklären:

«Sie behaupten, ‚die Sowjetunion habe nicht ein Kind hereingelassen‘. Nun Sie wissen so gut wie ich, dass in der SU Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende Flüchtlinge leben. Und das Asyl dort gestattet ihnen, ihrem Beruf nachzugehen, sich auszubilden usw., und der Staat gibt die finanziellen Mittel dazu her. Unter diesen Umständen befinden sich übrigens nicht wenig Sozialdemokraten aus Deutschland und Österreich. Besonders zahlreich sind auch spanische Flüchtlinge, Kinder vor allem. Sie aber behaupten, sogar die ‚Genossen wurden im Stich gelassen‘. Sie werden erwidern: Flüchtlingen aus Deutschland, Österreich, Spanien, China wurde geholfen – aber nicht solchen aus der ČSR. Ich kann es nicht prüfen, glaube aber, es ist – zumindest tendentiell – so. Wenn es so ist, dann kann es technische Gründe haben: vielleicht lassen Polen und Rumänien keine Flüchtlinge in die SU durch. Aber ich neige zu der Meinung, die persönlich ist und vielleicht irrig, dass ein anderer Umstand die erwähnte Haltung der SU hervorrief: das ist das Abkommen von München. Keinerlei Kampf, sondern nur dieses Abkommen hat die Flüchtlinge in der ČSR erzeugt. Es wurde ohne Zutun, ja gegen den Willen der SU abgeschlossen. Was liegt näher als die Erwartung, dass alle anständigen Menschen aller *jener* Länder die Pflicht haben, das Unglück zu mildern, deren Politik es erzeugte. Tatsächlich beweist die spontane und gewaltige Welle der Hilfsbereitschaft in England, dass diese Pflicht auch in den breitesten Kreisen empfunden wird. Und sie setzt sich durch. Setzt sich durch gegen den Willen der offenen und versteckten Freunde Hitlers in den demokratischen Ländern. Glauben Sie, dass dieser Prozess auch zu verzeichnen gewesen wäre, wenn die SU ihre Grenzen geöffnet hätte, um jenen die Erfüllung ihrer selbstverständlichen Pflicht zu ersparen, deren Friedenswerk das Flüchtlingsproblem schuf?

Sie wissen sehr gut, lieber Grossmann, dass Ihre Tätigkeit eine politische ist und nicht etwa eine charitative wie die der Quäker oder der Heilsarmee. Sie wissen genau so gut wie ich, dass jeder Flüchtling, der in eines der demokratischen Länder hereingelassen wird, den Faschisten in jenen Ländern ein Dorn im Auge ist. Wollen Sie ernsthaft, dass diese Dornen aus dem Weg geräumt werden, indem man sie nach dem Osten befördert? Ich jedenfalls bin überzeugt: im gleichen Mass, wie das geschähe, würde die Hilfsbereitschaft im Westen und Amerika nachlassen. Der Endeffekt wäre nicht vermehrte Hilfe für die Flüchtlinge insgesamt, sondern lediglich ein Triumph der Gegner von Demokratie und Sozialismus in den übrigen Ländern.

Ich erwähnte bereits, das ist meine Meinung. Sie mögen eine andere haben. Sicher gibt es noch andre, etwa arbeitstechnische Gründe für das Verhalten der SU. Gerade weil die SU niemand einlässt, ohne Verantwortung für seine Existenz zu übernehmen, liegt dort das Emigrationsproblem ganz anders als überall sonst.»

Auf meine Veranlassung sprach Sir Neill Malcolm, der Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich, am 2. November 1938 mit dem russischen Botschafter in England, J. Maiskij, über dieses Problem. Er erhielt von dem letzteren unter dem 2. Dezember 1938, also zu der Zeit eines bereits bestehenden, höchst alarmierenden Zustandes, den folgenden entmutigenden Bescheid:

«Sehr geehrter Sir Neill,

Am letzten 2. November warfen Sie mit mir die Frage auf, ob die Sowjet-Regierung bereit wäre, eine gewisse Anzahl von Flüchtlingen, die sich unter Ihrem Schutz als Hochkommissar des Völkerbundes für Flüchtlinge aus Deutschland befinden und die ihr Land wegen Verfolgung durch das deutsche Regime verlassen mussten und ein zeitweiliges Heim in der Tschechoslowakei, Frankreich, Belgien usw. gefunden haben, aufzunehmen.

Sie erklärten, dass etwa neun Zehntel dieser Flüchtlinge Juden sind und dass ihre wirtschaftliche Existenz in den erwähnten Ländern äusserst prekär ist. Um ihre Leiden zu mindern, schlugen Sie vor, dass die Sowjetregierung, dass die USSR eine gewisse Anzahl dieser Flüchtlinge hereinlassen sollte, besonders jene, die zu den folgenden beiden Gruppen gehören: a) Hochqualifizierte Spezialisten, wie Ingenieure, Ärzte, Agrarfachleute usw. und b) Menschen, die aufgrund ihrer Erfahrung am besten für Landwirtschaft und Ackerbau geeignet sind.

Wie ich bei unserer Unterhaltung erwähnte, war ich zu jener Zeit nicht in der Lage, auf Ihre Anfrage eine Antwort zu geben, und ich versprach, diese Angelegenheit meiner Regierung zu unterbreiten. Ich bin jetzt über die Haltung der Behörden in der USSR auf meine Anfrage unterrichtet: die Sowjetunion ist prinzipiell bereit, eine gewisse Anzahl Flüchtlinge des obigen Typus hereinzulassen, aber jeder Fall wird individuell entschieden werden.

Volle Details müssen daher von jedem Bewerber über seine oder ihre Qualifikationen und Ausbildung eingereicht werden. Antragsformulare sind bei den Sowjetkonsulaten in den betr. Ländern auf Verlangen erhältlich und diese Formulare werden nach Ausfüllung den USSR-Behörden zur Prüfung übersandt werden.

Seien Sie meiner Wertschätzung versichert, Herr Hochkommissar,

Ihr ergebener gez. J. Maiskij»

Unnötig zu betonen, dass diese «prinzipielle Bereitwilligkeit» angesichts der sich von Tag zu Tag verschärfenden Ereignisse keinerlei praktisches Ergebnis hatte. Die Sowjetunion war zu dieser Zeit nicht bereit, selbst «dem linientreuen Volk» ein sicheres Asyl zu geben. Während der Trotzki-Prozesse hatten sich Episoden abgespielt, die auf die kommunistische Haltung zum Asylrecht ein düsteres Licht warfen. Zu dieser Zeit wurden in den 1936er Prozessen aus kommunistischen Halbgöttern von gestern Halunken, Spione und Verräter der kommunistischen Ideen. Die Debatte um den Hintergrund dieser Prozesse füllte viele Spalten in der Emigranten-Presse, und monatelang gab es bittere Argumente um die wahren Gründe für diese Prozesse.

Bis 1933 lebte der bekannte russische Menschewik Paul Olberg in Berlin, ein Journalist, der den «Social-Demokraten», Stockholm, vertrat. Seine Frau Valeria war eine amerikanische Opernsängerin. Als Olberg in Berlin bedroht war, ging er nach Stockholm.

Sein jüngster Sohn, Vladimir Olberg, tauchte mit seiner jungen Frau mit Empfehlungen seines Vaters im Laufe des Jahres 1933 bei mir in Prag auf. Er gehörte sehr bald zu unserm Kreis, der sich bei uns oder dem verstorbenen Chefredakteur des «8-Uhr Abendblatt», Hermann Zucker, traf. Dr. Berndt Götz, geflüchteter Chefarzt der Irrenanstalt Ruhleben, war ein ständiger Gast, der unsere Lachnerven oft überforderte. Eines Abends erzählten uns die jungen Olbergs, dass ihnen von der jüdischen Gemeinde eine Lehrstelle in Karpathorussland, dem östlichen Zipfel der Tschechoslowakei, wo Wunderrabbis ihren Ein-

fluss auf die meist orthodoxen Juden ausübten, angeboten worden sei. Das Gehalt wäre zu gering, um die Stellung reizvoll zu machen. Aber die Olbergs wollten aus dem Dilemma des Nichtstuns, des ewigen Wartens heraus, und so reisten sie nach dem kleinen unaussprechlichen Ort, von wo sie mir einmal schrieben. Das nächste Mal hörte ich erst wieder von den Olbergs – durch die Presse. Er war einer der Mitangeklagten in einem der Moskauer Prozesse, beschuldigt des Mordkomplotts gegen Stalin, zum Tode verurteilt und hingerichtet! Das Geheimnis des Sohnes konnte der schwer getroffene Vater nie lüften.

In den Sommermonaten des Jahres 1936 kam eine Frau in mein Fürsorgebüro. Ihr Mann und sie würden von dem in Prag operierenden kommunistischen Flüchtlingskomitee unterstützt und seien in dessen Kollektiv untergebracht. Die Kommunisten hätten versprochen, ihren in Deutschland zurückgelassenen zwölfjährigen Sohn herüberzuholen, aber trotz ihres Drängens hätten sie das Versprechen nicht gehalten. Die Moskauer Prozesse hätten im Kollektiv zu lebhaften Debatten geführt, und ihr Mann habe «seine Schnauze nicht halten können». Darauf sei er, zusammen mit anderen Oppositionellen, in die im Kollektiv vorhandene Arrestzelle gesperrt worden.

Die Geschichte schien mir zunächst unglaublich, aber als die von mir benachrichtigte Polizei in das Kollektiv eindrang, fand sie sechs solcher Zellen besetzt. Sie befreiten die Gefangenen, und unsere Fürsorge nahm sie auf. Politik mit dem Holzhammer auf dem Magen lehnten wir ab.

«Lidove Noviny», deren Chefredakteur Hubert Ripka war, war das einflussreiche Blatt der tschechischen intellektuellen Demokraten. Ausgerechnet diese Zeitung veröffentlichte im Januar 1937 einen Artikel mit kompromittierenden Mitteilungen über Gestapospitzel unter den Flüchtlingen aus Deutschland. Da wurde unter anderen Rita Watz zitiert, die mit der Gestapo in Verbindung gestanden hätte. Andere politische Flüchtlinge, z.B. August Henning, wurden ebenfalls genannt und ihre Gestapo-Verbindung durch direkte Zitate «bewiesen». Sie hätten angeblich gestanden, «Gestapoagenten gewesen zu sein»... Diese Flüchtlinge kamen schutzsuchend zu mir, denn ihre Existenz war in jeder Richtung gefährdet. Sie liefen Gefahr, nach Deutschland ausgewiesen zu werden.

Rita Watz stammte aus dem Baltikum. Sie war in Deutschland Mitglied der KP und bei der russischen Handelsvertretung angestellt gewesen. Schon lange vor Hitlers Machtantritt hatte sie ihr Einbürgerungsgesuch bei den preussischen Behörden eingereicht. Sie erhielt nach Hitlers Machtergreifung eines Tages vom Polizeipräsidium eine Vorladung, in ihrer anhängigen Einbürgerungssache im Polizeipräsidium in Berlin zu erscheinen. Das hätte bei Rita keinen Verdacht ausgelöst, wenn diese Vorladung nicht für 5 Uhr nachmittags gelaute hätte. Warum so spät? Amtsstunden bei der Polizei waren gewöhnlich nur vormittags. Sie zeigte die Vorladung ihrem Vorgesetzten, einem Genossen, in der Handelsvertretung. Er stimmte mit Rita überein: es sei verdächtig.

Die Partei gab ihr den Befehl, hinzugehen und zu berichten. Der Beamte war jovial. Auf seinem Tisch lag die Akte Rita Watz. «Sie wollen eingebürgert werden?» begann er die

Unterhaltung. Er sprach von den Pflichten eines Staatsbürgers – und dann liess er die Katze aus dem Sack: «Sie müssen erst beweisen, dass Sie der deutschen Staatsbürgerschaft würdig sind.» «Wie?» Nun, Rita Watz sei doch bei der russischen Handelsvertretung angestellt. Man brauche einige Informationen, wie Liste und Rang der Angestellten, den Plan des Hauses, Aufbewahrungsort wichtiger Dokumente. Rita wich aus, aber stimmte schliesslich einer Verabredung mit dem Kriminalbeamten im Café Telschow am Potsdamer Platz eine Woche später zu.

Am nächsten Morgen berichtete sie den Genossen ihr Erlebnis am Vortage. Beratungen fanden statt. Dann kam der Befehl: Halte den Kontakt, brich' den Verkehr mit dem «Freund» nicht ab. Berichte! So blieb Rita unter den strengen Augen der Partei mit dem Gestapomann in Verbindung, spielte ihm gefälschtes Material, das sie von ihren Parteigenossen erhielt, in die Hände, war jeden Tag in Gefahr, als Gegenspionin erkannt zu werden und konnte mit niemanden, ausser mit den Zuständigen, über dieses gefährvolle Spiel sprechen. Ihre Nerven versagten, und nach drei Monaten durfte sie mit Erlaubnis der Partei emigrieren. In Prag wurde sie von den Genossen freundlichst empfangen, belobigt und gebeten, das Erlebte niederzuschreiben. Das war bei den Kommunisten üblich. Rita wurde vom Verein aufgenommen und unterstützt, bis ihr Freund, der mit ihr geflüchtet war, als Trotzkiist verdächtigt wurde. Das Kesseltreiben der Partei begann. Durch den auf allen Linien wandelnden Ulbricht-Typ Wilhelm Koenen spielte man der «Lidove Noviny» das Material in die Hände, zitierte aus dem Zusammenhang Gerissenes und machte aus Rita eine «geständige Gestapoagentin».

Ich ging zu Ripka, schenkte ihm reinen Wein ein und forderte ein Schiedsgericht für die Betroffene. Der noble Chefredakteur stimmte sofort zu. Ein Gremium von Drei, Ripka, ein Mann des Verlages und ich luden Koenen ein, in Anwesenheit der «Gestapoagentin» seine Beweise vorzulegen. Wir warteten auf ihn vergebens und «Lidove Noviny» gaben gentlemen-like den Irrtum, dem sie zum Opfer gefallen waren, zu. Rita Watz, August Henning und andere konnten sich nun wieder sorgloser auf den Prager Strassen zeigen.

In einem Memorandum «Zur Lage der Flüchtlinge in der Tschechoslowakei» von Anfang 1939 schrieb ich:

«Eine der grössten Differenzen gab es innerhalb des Comite Central, als die Kommunisten in der ‚Roten Fahne‘ forderten und die Vertreter der Kommunisten im Comite Central diese Forderung deckten, dass der politische Emigrant Franz Pfemfert, weil er von dem Recht der freien Meinungsäusserung Gebrauch machte und sich gegen die sogenannten Trotzkiisten-Prozesse in Moskau wandte, aus der Tschechoslowakei ausgewiesen werden sollte. An diesem Fall schieden sich die Geister. Alle Nicht-Kommunisten im Comite Central wandten sich mit Schärfe dagegen, mit Menschen in einer Institution zum Schutze des Asylrechts zusammenzuarbeiten, die aus rein politischen Opportunitätsgründen die Ausweisung eines politischen Emigranten forderten, der nicht zum juste milieu der Kommunistischen Partei gehörte. Es wird mir unvergesslich sein, dass der Vertreter der Kommunisten, als ich mich leidenschaftlich gegen diese Methoden wandte, mir drohte, dass die Sowjetunion der Verbündete der Tschechoslowakei sei und man ja seine Beziehungen zum Aussenministerium habe ...»

Nach dem Münchner Abkommen waren Tausende von Flüchtlingen in der Tschechoslowakei in Gefahr, ihren Verfolgern in die Hände zu fallen, und der Kampf um ein Visum erhielt alle Kennzeichen einer Panik, um jeden Preis das brennende Haus zu verlassen. Zu dieser Zeit sassen die Kommunisten an lebenswichtigen Schaltbrettern und wussten für die Linientreuen recht erfolgreich zu operieren. Wir werden darüber an späterer Stelle das Notwendige berichten.

10. November 1938

«... von nun an durfte sich niemand mehr sicher fühlen.»

Hermann Graml, Der 9. November 1938

Im Oktober 1938 setzte in Deutschland urplötzlich die Verhaftung polnischer Juden ein. In wenigen Tagen schob man rund 15'000 Ostjuden über die polnische Grenze ab. Allein 9'000 waren im Umkreis des Grenzortes Bentschen konzentriert. Die polnischen Behörden liessen die Flüchtlinge zunächst anstandslos in das Innere des Landes Weiterreisen; sie änderten jedoch wenige Tage später ihre Haltung und verweigerten weiteren 5'000 jüdischen Flüchtlingen polnischer Staatsangehörigkeit die Einreise. Sie blieben im Niemandsland stecken. Am 6. Oktober 1938 erliess die polnische Regierung eine Verfügung, derzufolge alle diejenigen polnischen Pässe am 31. Oktober 1938 für ungültig erklärt wurden, die nicht einen speziellen, nur in Polen eingetragenen Stempel aufwiesen. Diese Massnahme konnte verschieden interpretiert werden. Während die polnische Gesandtschaft in Berlin erklärte, man wolle lediglich die Pässe der im Ausland lebenden polnischen Juden kontrollieren, bekannte sich das polnische Aussenministerium ohne Umschweife zu der eigentlichen Absicht: eine Massenrückwanderung polnischer Juden in ihr Ursprungsland zu verhindern. Weshalb die Polen den Nazibehörden erst am 26. Oktober 1938 davon Mitteilung machten, blieb ungeklärt. Zwei Tage danach begannen bereits die Deportationen.

Hier schreibt z.B. ein sechzehnjähriges Mädchen, hüftgelähmt, von Nationalität Polin, die aus Frankreich zum Besuch der Eltern nach Deutschland fuhr und dort, .kaum angekommen, nach Polen abgeschoben wurde:

«Alt-Bentschen, den 1. November 1938

Eigentlich ist es unvorstellbar, dass Ihr dort ruhig weiterlebt, während hier die Menschen verhungern und verkommen. Alle Polen (Juden) sind am Freitag aus Deutschland nach Polen abgeschoben worden. In Elberfeld, Berlin und Mannheim durften Mütter und Kinder zu Hause bleiben. So bin ich hier mit meinem Vater allein. Wir können nicht weiter, obgleich wir Geld haben, denn es sind Verhandlungen im Gange, so heisst es, dass wir wieder nach Deutschland zurückdürfen. Ihr könnt Euch kein Bild von diesem Elend hier machen. 5'000 bis 6'000 Menschen sind in vier Baracken untergebracht worden. Die Menschen liegen förmlich aufeinander. Jede Nacht sterben Menschen, andere werden verrückt, ohnmächtig oder bekommen Schreikrämpfe. Einige legen sich unter die Züge, um ihrem Elend ein Ende zu machen. Durch das viele Wassertrinken haben einige Leute Typhus bekommen. Zwei Nächte habe ich mit drei Jungens und meinem Vater auf Koffern im Freien geschlafen, weil innen kein Platz mehr war. Hier ist eine schreckliche Kälte. Gestern Abend haben wir uns ein halbes Zimmer gemietet, wo wir mit 6 Mann schlafen, aber es ist besser als draussen. Wenn man was essen will, muss man sich für zwei Stunden anstellen und bekommt nur Brot und Butter. Weg

können wir nicht, weil man uns keine Fahrkarten verkauft und die Autos auf den Strassen angehalten und zurückgeschickt werden. Es ist nicht zu beschreiben, denn die Wirklichkeit ist zu schlimm.»

Unter den Menschen zwischen den Grenzen befand sich auch der aus Hannover stammende Schneider Grünspan mit Frau und Tochter. Sein siebzehnjähriger Sohn Herschel war nach Paris gegangen, wo er am 6. November 1938 von seiner Schwester eine Nachricht erhielt, dass sie sich mit den Eltern im Niemandsland befände. Am 7. November 1938 kaufte Herschel Grünspan bei einem Waffenhändler einen Revolver und sechs Schuss Munition. Um 9.30 Uhr meldete er sich beim Portier der deutschen Botschaft und begehrte, zum Botschafter vorgelassen zu werden. Er habe mit ihm über «wichtige Dokumente» zu verhandeln. Stellvertretend erklärte sich der Legationssekretär Ernst-Eduard vom Rath zu einer Unterredung bereit. Beim Eintritt in das Zimmer, in dem Grünspan wartete, gelang es diesem, fünf Schüsse auf den Legationssekretär abzufeuern. Vom Rath – der Führer ernannte ihn nach dem Vorfall zum Gesandtschaftsrat 1. Klasse – erlag am darauffolgenden Tage seinen Verletzungen. Sein Tod wurde von den Nationalsozialisten zum willkommenen Anlass erklärt, den Pogrom in der Nacht vom 9. auf den 10. November durchzuführen.

Angekündigt wurde dieser Pogrom bereits in einem am 8. November im «Völkischen Beobachter» erschienenen Leitartikel, in dem unmissverständlich erklärt wurde, was die Juden zu erwarten hätten:

«Es ist klar, dass das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, dass in unsern Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Landstrassen beherrschen, Vergnügungstätten bevölkern und als ,ausländische Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken ... Wir werden uns die Namen jener merken, die sich zu dieser feigen Meucheltat bekennen, so wie wir auch die Namen jener nicht vergessen haben, die in der kritischen Septemberwoche das französische Volk zum Kriege gegen Deutschland auf hetzen wollten .. »¹

Da diese Sätze im wichtigsten Organ der NSDAP abgedruckt wurden, kann man sicher sein, dass auch der Propagandaminister Joseph Goebbels davon wusste.

Die Vorgänge in Wachenbuchen bei Hanau vom Abend des 8. November sowie Ausschreitungen in verschiedenen kleinen Orten Hessens, Magdeburg-Anhalts usw. waren die ersten Anzeichen. Der eigentliche Massenpogrom vom 9./10. November wurde in München ausgelöst, und zwar auf persönliche Anweisung von Goebbels. Am Abend des 9. November hatte sich die «Alte Garde» zum Kameradschaftsabend im alten Rathaussaal in München wie üblich getroffen. Auch Hitler war anwesend. Kurz nach dem Essen, gegen 21 Uhr, erschien ein Bote und teilte Hitler flüsternd mit, dass der Gesandtschaftsrat vom Rath seinen Verletzungen erlegen sei. Hitler sprach daraufhin eindringlich mit dem neben ihm sitzenden Goebbels und entfernte sich kurze Zeit danach, ohne das Wort er-

1 Zit. nach: Hermann Graml, «Der 9. November 1938». Hrsg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst. Bonn 1955, S. 17/18

griffen zu haben. Statt seiner teilte Goebbels in einer fanatisch antisemitischen Rede den Tod vom Raths mit. In Kurhessen und Magdeburg-Anhalt sei es deshalb bereits zu spontanen Vergeltungsmassnahmen des Volkes gekommen; man rechne allenthalben mit weiteren Racheaktionen. Die Partei habe sie zwar nicht gerade zu organisieren, sie solle jedoch, sofern echte «Spontaneität» am Werke sei, auch nicht hindernd eingreifen. Das oberste Parteigericht berichtete später Göring über die Vorfälle vom 9. und 10. November wie folgt:

«Die mündlich gegebenen Anweisungen des Reichspropagandaleiters sind wohl von sämtlichen anwesenden Parteiführern so verstanden worden, dass die Partei nicht nach aussen als Urheber der Demonstration in Erscheinung tritt, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte.»²

Himmler diktierte in der gleichen Nacht:

«... ich vermute, dass Goebbels in seinem mir schon lange aufgefallenen Machtstreben und in seiner Hohlköpfigkeit gerade jetzt in der aussenpolitisch schwersten Zeit diese Aktionen gestartet hat.»^{2a}

Im Verlauf der Nacht wurde deutlich, dass ein ausdrücklicher Befehl, die Synagogen niederzubrennen und die jüdischen Geschäfte zu plündern, nicht mehr nötig war. Hermann Graml hat die Vorgänge folgendermassen beschrieben:

«Der Appell erregt einen gemeinsamen Willen, dessen Taten dann auf keine individuelle Verantwortlichkeit mehr zurückgeführt werden können. Diese Zusammenhänge waren, allerdings in perverser Form, in der Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung immer wieder von entscheidender Bedeutung. Im Mechanismus, der den Pogrom vom 9. und 10. November auslöste, treten sie mit seltener Deutlichkeit zutage.»³

Aus telegrafischen Anweisungen, der der Chef der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, in derselben Nacht an alle staatlichen Polizei- und Gestapostellen funken liess, geht hervor, dass die Nazifolgschaft Goebbels richtig verstanden hatte. Es seien antisemitische Demonstrationen zu erwarten, heisst es in diesen Anweisungen. Alle Polizeistellen hätten sich mit den Gauführern und Kreisleitern der NSDAP in Verbindung zu setzen. Es sei aber darauf zu achten, dass nur diejenigen Massnahmen ungehindert durchgeführt werden können, die weder «deutsches» Eigentum antasten noch «deutsches Leben» gefährden. Schliesslich sollten Synagogen nur dann in Brand gesteckt werden, wenn mit Sicherheit keine Brandgefahr für umliegende Wohnhäuser bestehe. «Geschäfte und Wohnungen von Juden können zerstört, aber dürfen nicht geplündert werden.» Schliesslich wurde die sofortige Beschlagnahme jüdischer Synagogen und Gemeindecarchive angeordnet. Interessant waren vor allem Archive, die historisches Material und Steuerlisten enthielten. Mit der Plünderung, Brandstiftung und Beschlagnahme war es freilich nicht genug. Man startete in der gleichen Nacht eine umfassende Verhaftungswelle, die insbesondere reiche

2 ebda., S. 24

2a ebda. S. 25/26

3 ebda., S. 26

und gesunde Juden erfassen sollte. Die Polizeistellen waren beauftragt worden, mit den verschiedenen Konzentrationslagern wegen Übernahme der Verhafteten in Verhandlung zu treten. Dennoch wurden die zitierten Instruktionen – Goebbels hatte den Inhalt seiner Rede eigens in einem Fernschreiben an alle Gaupropagandaämter gehen lassen – nicht überall mit dem gleichen Pflichtetifer, dem gleichen Fanatismus ausgeführt. In einem Kreis bei Darmstadt beispielsweise ergab es sich, dass der Kreisleiter mit der vom Gau eingetroffenen Anweisung nichts anzufangen wusste. Auch nachdem er im Rundfunk schon von Ausschreitungen gehört hatte, unternahm er nichts. Dann traf am Vormittag des 10. November ein Regierungsrat vom Landratsamt bei ihm ein und drückte sein Erstaunen über die Passivität des Kreisleiters aus.

Hitler interpretierte diese Geschehnisse als Zornesausbruch des deutschen Volkes und benutzte sie als Vorwand, die Juden wirtschaftlich vollständig zu ruinieren, wie er es immer geplant hatte. In einem Schnellbrief berichtete Heydrich am 11. November 1938 aufgrund der bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen Meldungen über das Gesamtergebnis der Aktionen Folgendes:

«Der Umfang der Zerstörung jüdischer Geschäfte und Wohnungen lässt sich bisher ziffermässig noch nicht belegen. Die in den Berichten aufgeführten Zahlen: 815 zerstörte Geschäfte, 29 in Brand gesteckte oder sonst zerstörte Warenhäuser, 171 in Brand gesetzte oder zerstörte Wohnhäuser, geben, soweit es sich nicht um Brandlegungen handelt, nur einen Teil der wirklich vorliegenden Zerstörungen wieder. Wegen der Dringlichkeit der Berichterstattung mussten sich die bisher eingegangenen Meldungen lediglich auf allgemeinere Angaben, wie ‚zahlreiche‘ oder ‚die meisten Geschäfte zerstört‘, beschränken. Die angegebenen Ziffern dürften daher um ein Vielfaches überstiegen werden.

An Synagogen wurden 191 in Brand gesteckt, weitere 76 vollständig demoliert. Ferner wurden 11 Gemeindehäuser, Friedhofskapellen und dergleichen in Brand gesetzt und weitere 3 völlig zerstört. Festgenommen wurden rund 20'000 Juden, ferner 7 Arier und 3 Ausländer. Letztere wurden zur eigenen Sicherheit in Haft genommen. An Todesfällen wurden 36, an Schwerverletzten ebenfalls 36 gemeldet. Die Getöteten bzw. Schwerverletzten sind Juden... »⁴

Das Ausmass der Zerstörung war tatsächlich weit grösser. Mehr als 5'000 Läden wurden «beschlagnt». Ausserdem wurden die Juden mit einer Milliarde als «Sühnezahlung» belegt. Das war der kalte Weg, den man bis zur Endlösung weiterverfolgte. Die in den Konzentrationslagern inhaftierten Juden konnten nur freikommen, wenn ihre Auswanderung gesichert war. Ihre wirkliche Zahl belief sich auf etwa 30'000.

Alle Hoffnungen, die Juden aus Deutschland zu evakuieren, fanden durch die Novemberereignisse des Jahres 1938 ein abruptes Ende. Die wenigen Aufnahmeländer hatten bereits den österreichischen Flüchtlingen und – nach München – denen aus dem Reich in die Tschechoslowakei aufgenommenen Flüchtlingen sowie später den nach dem 15. März 1939 gefährdeten tschechoslowakischen Flüchtlingen Asyl zu geben. Der Novemberpo-

4 ebda., S. 49

grom brachte in wenigen Tagen eine geordnete Emigration zum Zusammenbruch, und die Stimmung «Rette sich wer kann» beherrschte die chaotische Szene.

Da die in Deutschland verhafteten Juden aus den KZ's entlassen wurden, wenn sie Auswanderungsmöglichkeit nachweisen konnten, verkauften lateinamerikanische Konsuln für mehrere hundert Mark fiktive Briefe, laut denen Herr X. Y. ein Visum bei Vorlage des gültigen Passes erhalten würde. Die Jahresquote für USA – fünf Jahre lang nicht ausgenutzt – war für 1938 erschöpft, und der Visenhandel blühte. Während in den Jahren 1933 bis 1937 die gesamte jüdische Auswanderung 143'000 betrug, wanderten in den ersten sechs Monaten 1938 allein 14'000 Juden aus Deutschland aus. 1937/1938 (Quotajahr) wanderten 11'917, 1938 30'096 jüdische Immigranten in die Vereinigten Staaten ein. Palästina nahm 50'342 jüdische Flüchtlinge von Deutschland auf. Für das Jahr 1939 registrierte man eine Gesamtauswanderung von 103'501. Die chaotischen Zustände mussten sich naturgemäss weiter verschärfen, da die meisten Einwanderungs- und Durchgangsländer, wie wir es am Beispiel der Flüchtlingsbewegung vor und nach München sehen werden, ihre Grenzen schlossen. Tausende Juden, die nun aus Deutschland, oft mit Hilfe der Gestapo, buchstäblich hinausgetrieben wurden, hatten keine Mittel, keine Visen oder nur solche, die keine Gültigkeit hatten. Diese Juden wurden von einem zum andern Land als unwillkommene Ware geschoben; sie waren Menschen zwischen den Grenzen. München und die November-Ereignisse waren nicht nur für die Welt die letzte Station vor dem grossen Blutbad. 1939 war für die Juden, wie es in einem Zirkularbrief des Berliner Auswärtigen Amtes vom Januar 1939 heisst, «das Schicksalsjahr», weil sie «die Stärke und Logik der nationalsozialistischen Idee unterschätzt haben».

«Zugleich mit dem in Versailles zur Niederhaltung Deutschlands geschaffenen Staatensystem in Mitteleuropa brach 1938 auch die jüdische Machtposition in Wien und Prag zusammen. Italien stellte sich mit seiner Rassengesetzgebung Deutschland an die Seite. In Bukarest übernahm ein Kenner der Judenfrage, Prof. Octavian Goga, mit einem gegen das Judentum gerichteten Programm die Regierung, ohne sich allerdings gegen den übermächtigen internationalen Druck von Paris und London durchsetzen zu können. In Ungarn und Polen wurde das Judentum unter Sondergesetzgebung gestellt. Überall beginnt jetzt der deutsche aussenpolitische Erfolg von München,... die seit Jahrhunderten befestigte Stellung des Judentums zu erschüttern.»⁵

Dieser Brief, der an alle auswärtigen Konsulatsvertretungen und an alle diplomatischen Stellen ging, zerstörte mit einem Schlage alle jene Hoffnungen auf eine Lösung des Flüchtlingsproblems, die man auf der Konferenz von Evian formuliert und gehegt hatte. Es heisst in dem genannten Dokument weiter:

«Vielmehr betrachtet es die Konferenz und das später von ihr in London unter Führung des Amerikaners Rublee gebildete Komitee als ihre Hauptaufgabe, Deutschland unter internationalen Druck

5 Zit. nach: Leo Poliakov und Josef Wulf, «Das Dritte Reich und seine Denker». Berlin 1956, S. 151 ff.

zur Freigabe des jüdischen Vermögens in möglichst weitem Ausmass zu zwingen. Deutschland sollte also die Abwanderung ... mit der Preisgabe deutschen Volksvermögens erkaufen.»

In den Instruktionen wird weiter erklärt, dass «selbstverständlich» der Transfer «auch nur eines Bruchteils jüdischen Vermögens devisentechnisch unmöglich wäre». Obgleich die Frage der Finanzierung damals noch ungeklärt war, erwiderte man auf Anfragen,

«dass deutscherseits damit gerechnet werde, dass das internationale Judentum – insbesondere die Verwandten der auswandernden Juden – die Abwanderungsaktion ebenso nachdrücklich unterstützen werde, wie es seinen mittellosen Rassegenossen zu einer Zeit, als Deutschlands Schwäche den Zustrom der Ostjuden nicht aufhalten konnte, die Einwanderung nach Deutschland ermöglicht habe.»

Schliesslich beinhaltet der zitierte Brief eine offene Verhöhnung des Westens: Evian habe keine Antwort gefunden, in welche Zielländer eine organisierte Abwanderung der Juden gelenkt werden sollte, «da jedes der beteiligten Länder unter Bekundung grundsätzlicher Anteilnahme an dem Flüchtlingsproblem sich ausserstande erklärte, grössere Massen jüdischer Auswanderer auf seinem Territorium aufnehmen zu können». Das Problem jüdischer Massenauswanderung sei damit festgefahren. Wegen des arabischen Widerstandes käme selbst Palästina als Auswanderungsland nicht in Frage, obwohl «von deutscher Seite zunächst die Auswanderung deutscher Juden durch Abschluss eines Abkommens mit der Vertretung des Judentums in Palästina, das den Transfer jüdischen Vermögens im Wege zusätzlichen Exports ermöglichte, weitgehend gefördert» worden sei. Man setzte sich gegen die Entstehung eines eigenständigen jüdischen Staates entschieden zur Wehr; man befürchtete, dieser könne dem «Weltjudentum» eine völkerrechtlich gesicherte Machtbasis verschaffen, die man nicht dulden könne. Sicher ist, dass der zitierte Zirkularbrief den Hintergrund schaffen half, auf dem sich das abspielen konnte, was als «eine in der Zukunft liegende internationale Lösung der Judenfrage» bezeichnet wurde, «die nicht von falschem Mitleid mit der «vertriebenen religiösen jüdischen Minderheit», sondern von der gereiften Erkenntnis diktiert ist, welche Gefahr das Judentum für den völkischen Bestand der Nationen bedeutet.»

Der Pogrom vom November 1938, der alles, was in den ersten Jahren der Nazierrschaft geschehen war, in den Schatten stellte, traf die nach einem rettenden Ausgang strebenden Verzweifelnden in einem Augenblick, da die meisten Länder – ob als Einwanderungs- oder Durchgangsland – ihre Grenzen geschlossen hatten. Tausende vertrauten sich Schiffen an, die sie illegal nach allen möglichen Ländern, vorzugsweise Palästina, bringen sollten. So wanderten oder fuhren die Vertriebenen hin und her, ein Spielball der bürokratischen Gewalten.

Die jüdischen Organisationen in und ausserhalb Deutschlands, die mit relativ grossen Mitteln den Versuch gemacht hatten, einen geordneten Exodus der Juden aus Deutschland zu bewerkstelligen, waren diesem organisierten Chaos gegenüber zunächst machtlos, und ebenso erging es dem Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland und dem Inter-governmental Committee. In den an Deutschland angrenzenden Ländern wurden Transit-

lager errichtet, wo geflüchtete Juden bis zu ihrer möglichen Weiterwanderung notdürftige Aufnahme finden konnten. Kein Wunder, dass die Zahl der Flüchtlinge nun katapultartig emporschnellte und die jährlichen Quotennummern für die Vereinigten Staaten zum Beispiel für die nächsten Jahre voll in Anspruch genommen wurden.

11. Die Irrfahrt der St. Louis

«Wo öffnet sich ein Hafen, zu empfangen
Die ausgestossenen Tausend?»

Berthold Viertel, 15. Juli 1939

Je grösser die Gefahr für die verlorenen Kinder Israels im Innern des Nazireiches wurde, desto höher stiegen die Preise für Visa oder lateinamerikanische Pässe. Visum oder Pass waren aber nur die erste Voraussetzung, dem Hexenkessel zu entkommen. Die Novembervorgänge waren ein unmissverständliches Warnzeichen gewesen, und mehr und mehr Juden, wenn auch nicht alle, suchten das rettende Ufer, gleichgültig wo es sich bot. Die Juden aus Deutschland, die frühzeitig genug nach den Vereinigten Staaten gekommen waren, hatten im Jahre 1936 ein Mitteilungsblatt ihres «New World Club» begründet, das 1939 dem genialen Dr. Manfred George, einem alten Ullsteiner, anvertraut wurde. Er nannte es in «Aufbau» um, und es wurde ein geachtetes, weitverbreitetes Wochenblatt. In der Ausgabe vom 15. Juni 1939 finden sich die folgenden Verse von Berthold Viertel, den Älteren als Kritiker und Literat in Berlin noch in Erinnerung:

Schiff mit der Menschenfracht, die es den Küsten
Wie ein Hausierer seine Ware bietet.
Wo ist das Land, das Menschen kauft, tauscht, mietet?
Wo öffnet sich ein Hafen, zu empfangen
Die ausgestossenen Tausend?

Wo wird der neue Bürger eingetragen,
Wer wagt es, seine Ankunft zu verkünden?
Wir aber leben auch in diesen Tagen
Das Dasein unsrer Unterlassungssünden.

Dieses Gedicht war der Irrfahrt der «St. Louis» und ihren 907 Passagieren gewidmet. Diese Fahrt begann am 13. Mai 1939 von Hamburg auf dem Luxusdampfer der Hamburg-Amerika Linie, «St. Louis». Das Schiff hatte damals für einige Zeit im Freihafen in Kuhwerder am Schuppen 76 der Kaiser Wilhelm Werft gelegen. Es war ein schönes Boot mit seinen schneeweissen Aufbauten und schwarz-weiss-rotglänzenden Schornsteinen. Es wusste nichts von dem Kummer und der Qual der Menschen, denn es diente der Erholung und der Freude, der «Kraft durch Freude». Während bereits allenthalben die politischen Gewitterwolken sich zusammenballten, die Schreie aus den Konzentrationslagern immer

hörbarer wurden, fuhr die «St.Louis» in den Meeren herum, und die Fahrten wurden annonciert unter der Parole «Es reist sich gut mit der Hamburg-Amerika Linie». Der damalige Direktor der Hapag, Claus Gottfried Holthusen, schildert, wie es zu dieser «Sonderfahrt» des Luxusschiffes gekommen war.¹

«Damals buchten immer mehr Juden, die noch ausreisen konnten, unsere Schiffe; nach Ostasien, hauptsächlich Shanghai, nach New York und nach Südamerika. Die Nachfrage war so stark, dass wir die meisten abweisen mussten. So viele Plätze hatten wir gar nicht. Sie standen Schlange vor unseren Reisebüros. Das Ganze war schon eine Transportfrage geworden. Besonders nach Südamerika war es schwierig, sie unterzubringen. Wir fuhren dorthin mit vier Schiffen, der ‚Caribia‘, der ‚Cordillera‘, der ‚Iberia‘ und der ‚Orinoko‘. So waren wir froh, dass wir ein Schiff frei hatten, das zwischen zwei Reisen eine Sonderfahrt machen konnte, die ‚St. Louis‘. Ende Juni sollte sie von New York aus eine Vergnügungsreise machen, mit Amerikanern. Es blieb also noch genug Zeit, um eine Sonderfahrt nach Kuba einzuschieben.

Wir standen damals mit allen Stellen, die mit der jüdischen Auswanderung zu tun hatten, in dauerndem Kontakt. So haben wir dem Leiter der europäischen jüdischen Vereinigung in Paris², Mr. Morris Troper, mitgeteilt, dass wir dieses Schiff frei hatten. Die Antwort war: ‚Ja, sehr schön, aber wir haben eine grosse Sorge, hoffentlich werden die Länder nicht nervös, wenn ein so grosser Schub ankommt.‘ Sie gaben die Warnung an die Reederei weiter; mit halbem Herzen, denn sie wussten am besten, wie bedrohlich die Lage der Juden in Deutschland war.

Wir konnten nur sagen: Hier ist eine Möglichkeit, fast tausend Menschen herauszubringen. Unsere Bedingungen sind: die Passagiere zahlen die Hinreise – 800 Mark in der ersten Klasse und 600 Mark in der Touristenklasse – ohne alle Extras; aber sie müssen für alle Fälle, falls wir sie nicht landen können, 230 Mark für die Rückreise deponieren. Damit war das Komitee einverstanden. Und so wurde der Start der Abreise festgesetzt.

In einem Kabel vom 15. April 1939 telegrafierte wir an unsere Agentur in Havanna:

**ST. LOUIS EXTRAFAHRT ANGESETZT DREIZEHNTEN MAI AB HAMBURG
NACH HAVANNA RÜCKREISE CA. ERSTEN JUNI.**

Es gab da noch Schwierigkeiten mit den Landepermits für Kuba. Der grösste Teil der Passagiere der ‚St. Louis‘ war im Besitz dieser Permits, die von der kubanischen Emigrationsbehörde ausgestellt waren. Diese waren am 4. Mai in Havanna plötzlich für ungültig erklärt worden. Aber drei Tage vor der Abfahrt erreichte uns die schriftliche Zusicherung, dass die Passagiere der ‚St. Louis‘ in Havanna landen dürften.

Nun wussten wir allerdings, dass noch zwei andere Schiffe unterwegs nach Kuba waren, ein englisches Schiff, die ‚Orduna‘ und ein französisches, die ‚Flandre‘. Auch sie hatten jüdische Emigranten an Bord. So bekam der Kapitän der ‚St. Louis‘ von uns den Auftrag, alles zu tun, um vor diesen Schiffen Kuba zu erreichen.»

In den sechs Wohndecks des Schiffes waren 409 Männer, 330 Frauen, 148 Kinder untergebracht, insgesamt 258 Familien. Ausserdem waren ein paar Spanier und Südamerikaner an Bord und einige Juden mit besonderen Visa, die sie sich für teures Geld (2'000 DM) zusätzlich besorgt hatten. Im Ganzen betrug diese bevorzugte Gruppe 28 Menschen. 734 jüdische Passagiere hatten bei den Konsulaten der Vereinigten Staaten ihre Anträge ge-

1 Zit. nach: Hans Herlin, «Kein gelobtes Land. Die Irrfahrt der ‚St. Louis‘«. Hamburg 1961, S. 15 ff.

2 Diese Organisation war dem American Joint Distribution Committee angeschlossen.

stellt, aber die damals überschrittenen Quoten machten das Abwarten in einem andern Lande notwendig. Einige hofften, schon nach drei Monaten Kuba wieder verlassen zu können, die Spätmelder rechneten jedoch mit einer Wartezeit bis zu drei Jahren. In jedem Falle, Kuba war ein Zwischenaufenthalt. Für viele hatte die Reise ausser dem Entkommen vor dem Unheil den zusätzlichen Zweck, mit ihren Familien wieder vereint zu werden, denn in Kuba lebten bereits 1939 mehrere tausend jüdische Flüchtlinge.

Der damalige kubanische Generaldirektor der Immigration, Oberst Manuel Benitas, hatte die Landungszertifikate gegen gutes Geld und wenig gute Worte verkauft. Millionen Dollar wurden für die Ablösung der verlangten Bürgschaften eingezahlt, einschliesslich der \$ 150 für die Weiterreise, meist nach USA. Alles, was aber ein Jude damals mitnehmen durfte, waren 10 Reichsmark und ein Koffer mit den allernotwendigsten Gebrauchsgegenständen, der vor der Abreise genau von den grünen Zöllnern inspiziert wurde. Immerhin, diese Juden waren gewiss, als das Schiff in See stach: sie würden weiterleben.

Alle die Hoppes, Berggrüns, Michaelis, Lustigs, Wassermanns, Danzigers, Löwes, Friedmanns, Levis usw., von denen 872 Deutsche, 23 polnische, 9 tschechoslowakische, 5 ungarische Staatsangehörige waren (21 waren staatenlos), gläubige und nicht-gläubige Juden, träumten, hofften, planten, als das Boot über den Ozean glitt. Was würde die Zukunft bringen? Wie würde man sich einleben? Was ist mit der Sprache? Alle möglichen Fragen wurden aufgeworfen, aber keiner zweifelte daran, dass sie ihren Fuss am Landungstag auf kubanischen Boden setzen würden. Irgendwie waren diese Menschen glücklich, wenn auch verhalten, weil sie ahnten, dass sie einer grossen Gefahr entronnen waren, und jene, die «Heimweh» hatten, brauchten nur an die Nacht der Schande vom 9. zum 10. November 1938 erinnert zu werden. Die Irrfahrt der «St. Louis» ist seit Jahren Gegenstand dramatischer Schilderungen geworden, denn dieser Wettlauf mit dem Konzentrationslager und dem Tode hat damals das Gewissen der Welt gepackt, trotz aller anderen Ereignisse, die zum Zweiten Weltkrieg führten. Hans Herlins oben erwähnte Reportage und das englischsprachige Buch von Arthur D. Morse «While Six Millions Died»³ heben sich als besonders wertvoll und zutreffend von der übrigen St. Louis-Literatur ab. Als wir in den vierziger Jahren über die «St. Louis»-Affäre schrieben,⁴ endete diese Irrfahrt im letzten Augenblick glücklich, weil Frankreich, Belgien, Holland und England mit der Garantie des «Joint» die Flüchtlinge aufnahmen. Wer konnte damals ahnen, dass von den 623 Passagieren, die Belgien, Holland und Frankreich aufgenommen hatten, nur 40 den Krieg überleben würden?⁵

Keiner wusste bzw. wusste es nicht genau oder wollte es nicht wissen, dass der kubanische Präsident, Frederico Laredo Bru, genau acht Tage vor der Abfahrt des Schiffes die Verordnung 93 unterzeichnete, welche die Landungszertifikate seines Immigrationsgeneraldirektors Manuel Benitas für ungültig erklärte. Als sich nun das Drama in seiner ganzen Grausamkeit entfaltete, ergab sich, dass diese 907 unglücklichen Passagiere auf der einen

3 Arthur D. Morse, «While Six Millions died». New York 1968

4 Tartakower und Grossmann, a.a.O., S. 320 ff.

5 Herlin, a.a.O., S. 177

Seite die Opfer der Geldgier von Bru waren, auf der anderen die Versuchskaninchen in dem sich damals anbahnenden Machtkampf zwischen Bru und dem neu aufgestiegenen Stern Fulgencio Batista, ein enger Freund Benitas. Diesem Teufelsspiel waren selbst die opferwilligen jüdischen Organisationen gegenüber hilflos. Sie waren bereit, weitere grosse Summen zu geben, aber ahnten nicht, dass der Präsident des Staates Kuba damit bestochen werden sollte.

Wenn man die Fahrt und das Schicksal der 900 «St. Louis»-Passagiere nach Episoden teilen will, dann war die erste Episode die der Hoffnung, die zweite die des Zweifels und Wartens, die dritte die der Verzweiflung und die vierte die der Erlösung und Rettung. In der ersten Episode erlebten die jüdischen Passagiere alle die Annehmlichkeiten und Höflichkeiten einer Schiffsreise, für die sie bezahlt hatten. Sie lagen in ihren Liegestühlen, tranken ihren Kaffee oder Tee. Das Essen war ausgezeichnet, die Stewards höflich und taktvoll, und der Kapitän Gustav Schroeder war ein Mann, der sich, als die Sturmzeichen immer deutlicher wurden, als ein grosser Mensch erwies. Bevor das Schiff Havanna erreichte, hatte der Hapagvertreter Kapitän Schroeder gekabelt, dass Schwierigkeiten bei der Landung zu erwarten seien, und der Kapitän hatte diskret ein kleines Komitee von Juristen gebildet, welches ihn und die Passagiere in den kommenden Verhandlungen beraten sollte. Der Hapag-Agent Luis Clasing wollte die Reise der «St. Louis» unter allen Umständen zu einem guten Ende bringen, denn 280 Passagiere würden Havanna am 29. Mai mit der «St. Louis» verlassen, und die nächste Mittelmeerreise war bereits ausverkauft. Die «Orduna» und die «Flandres» suchten, wie gesagt, zur selben Zeit Havanna zu erreichen. Wollte man die 907 Passagiere loswerden, musste man unbedingt vor diesen Schiffen ankommen, und das gelang. Einige Stunden vor Ankunft der anderen Schiffe warf die «St. Louis» am 27. Mai in Sicht des Moro Castle Anker. Die Passagiere warteten darauf, an Land gehen zu dürfen – eine Erwartung, die sich nie erfüllte.

Während der Episode des Wartens versuchte nun das Joint Distribution Committee den gordischen Knoten der Korruption und der Machtkämpfe zu durchschlagen. Von New York kam eiligst nach Havanna eine der energischsten Frauen jener Zeit, Cecilia Razowski, die in den dreissiger Jahren den National Refugee Service leitete. Sie war begleitet von einem jüdischen Anwalt, Laurence Berendson, der in New York der kubanischen Handelskammer vorstand und ein Freund von Fulgencio Batista war. Der Joint war willens, eine weitere Garantie von \$ 125'000 zu hinterlegen, dass keiner der zugelassenen Flüchtlinge dem kubanischen Staate oder der Stadt Havanna zur Last fallen würde. Präsident Laredo Bru aber inszenierte ein Doppelspiel. Er sagte Berendson zu, ihn am 1. Juni zu empfangen, aber zur gleichen Zeit erhielt Kapitän Schroeder den Befehl, am 1. Juni den Hafen zu verlassen, und Bru unterzeichnete an diesem Tage eine entsprechende Verordnung. Dennoch empfing Bru Berendson, erklärte, dass das Schiff ausreisen müsse – aber wenn es zwölf Meilen von Havanna entfernt sein würde, würde Bru bereit sein, bestimmte Bedingungen für die Landung der Passagiere mit Berendson und Frau Razowski auszuhandeln. So trat am Freitag, den 2. Juni, 11 Uhr vormittags die «St. Louis» ihre Rückfahrt an, und die Episode der Verzweiflung, der Tränen und Selbstmordversudie begann.

Kapitän Schroeder fuhr langsam, sehr langsam gen Europa und während die Verzweigung stieg, wurden Versuche gemacht, möglichst die Flüchtlinge nach Kuba zurückzubringen. Berendson wurde durch Mittelsmänner informiert, dass der Präsident und Batista dafür \$ 500'000 haben wollten. Je aussichtsloser die Situation wurde, desto höher stiegen die Forderungen. Am 4. Juni liess Bru die Katze aus dem Sack und verlangte innerhalb von 48 Stunden eine Million Dollar.

Indessen versuchte Kapitän Schroeder, die Rückkehr nach Europa so lange wie möglich hinauszuschieben. Was würden die Vereinigten Staaten tun? Würden sie die 734 prospektiven Einwanderer, die in der nächsten Zeit ohnehin in die USA einwandern würden, in sogenannte geschlossene Häfen aufnehmen? Das heisst in ein Gebiet, wo sich die Flüchtlinge bis zu ihrer regulären Einwanderung aufzuhalten hätten? Die Associated Press aber meldete kurz und bündig, dass keinerlei Arrangements getroffen seien, «die Flüchtlinge in New York oder einem anderen amerikanischen Hafen zu empfangen».

Während die «St. Louis» die Floridaküste entlang kroch, erklärte am 5. Juni Laredo Bru, dass Kuba bereit sei, die Flüchtlinge auf der «Tanneninsel» aufzunehmen, vorausgesetzt die notwendigen Garantien würden bis 6. Juni mittags erfüllt. Dieser Mann hatte die Stirn zu erklären: «Der Posten, den ich habe, erfordert von mir schmerzliche Pflichten, die mich zwingen, nicht den Wünschen meines Herzens folgen zu können, weil ich strengen Befehlen der Pflicht gehorchen muss.»

Berendson hatte inzwischen mit Cecilia Razowski unter Hochdruck neue Vorschläge ausgearbeitet. Der Joint würde sofort \$ 434'000 deponieren, und Brus Vermittler meinte, ihm scheinbar nun alles in Ordnung. Aber die verabredete Telefonverständigung kam nicht, und als Berendson nach der Ursache forschte, bedeutete man ihm kaltblütig, dass die Beamten von den Garantien ja nichts bekommen würden. «Was hättet Ihr denn für Euch selbst zuzüglich erwartet?» fragte Berendson verzweifelt. «Na mindestens \$ 350'000.»

So endete das grausame Spiel in Havanna, und die «St. Louis» nahm nun normalen Kurs auf Europa. Die Passagiere hatten sich inzwischen in einem verzweifelt Kabel an Franklin D. Roosevelt gewandt, und die «St. Louis» lag still und wartete – aber es kam nie eine Antwort!

Das Schicksal der «St. Louis» war nun besiegelt. In einem Leitartikel der «New York Times» vom 9. Juni 1939 heisst es:

«Man kann sich schwer die Bitterkeit des Exils vorstellen, wenn es sich weit entfernt abspielt. Hilflose, von ihren Heimstätten auf eine öde Insel in der Donau vertriebene Familien, über die polnische Grenze Getriebene, vor dem Schrecken ihr Leben nach der Schweiz oder Frankreich Rettende, sind für uns in einem freien Land schwer vorstellbar. Aber diese Exilierten gleiten an unsern Ufern vorbei, einige davon auf der amerikanischen Quotenliste, die später hier hereingelassen werden. Was mit ihnen in der Zwischenzeit geschieht, bleibt unsicher von Stunde zu Stunde. Wir können nur hoffen, dass einige Herzen irgendwie weich werden und eine Zuflucht gefunden wird. Die Seereise der ‚St. Louis‘ schreit zum Himmel, die Unmenschlichkeit des Menschen gegen den Menschen.»

Arthur D. Morse weist in seinem Buche mit Recht darauf hin, dass weder die Regierung

noch die amerikanische Öffentlichkeit, abgesehen vom Joint, auf die Idee kamen, den Flüchtlingen einen Hafen in USA zu öffnen. Aber der Joint und sein europäischer Direktor Morris C. Troper versuchten alles: erst wandte er sich an die Regierung von Kolumbien, und später entwickelte er jenen Aufteilungsplan zwischen vier europäischen Ländern, der bereits in die Episode der Rettung fällt. Auf der St. Louis formierte sich ein Komitee der Flüchtlinge, welches alles tat, um Selbstmorden vorzubeugen, und Kapitän Schroeder war nicht willens, diese Menschen in den Nazirachen zu werfen. Bevor die endgültigen Vereinbarungen durch Troper getroffen wurden, wurde bekannt, dass 200 Männer an Bord des Schiffes einen Selbstmordpakt geschlossen hatten. Sie schworen, vor der deutschen Küste geschlossen ins Meer zu springen; aber ein solcher Pakt hat nie bestanden. Er war die Erfindung eines jungen Mannes, «der klar erkannt hatte, dass man der christlichen Nächstenliebe auch das menschliche Elend am besten verkaufen kann, wenn es in schreiende Reklame verpackt wird.»⁶ – Auf der «St. Louis» gab es jedoch ein Sabotagekomitee, mit dem Schroeder dauernd verhandelte und das er ständig von «Überraschungen» abzuhalten hatte. In einer der dramatischen Sitzungen, als man drohte, das Schiff in Brand zu stecken, hatte er versprochen: «Ich sagte Ihnen, dass eine Landung ausserhalb Deutschlands schon irgendwie ermöglicht werden würde. Ich versprach es, obwohl ich nicht wusste wie ...» Der rettende Gedanke kam Schroeder in der folgenden Nacht. Als er es recht bedachte, wurde ihm klar, dass er nichts anderes vorhatte, als was die Männer vom Sabotagekomitee auch planten. – Im Kartenzimmer fand er die Landkarte der Südküste Englands. Es war kurz nach vier Uhr morgens. In der Bordküche war die Frühschicht schon an der Arbeit. An diesem Morgen wollte Schroeder mit Hilfe des Schiffingenieurs das Schiff an der Südküste Englands auf Sand auflaufen lassen. Er hatte einen Plan, für den er die Hilfe seines ersten und wichtigsten Offiziers brauchte. «In sechs Tagen werden wir Cap Lizard passieren. Ich bin entschlossen, die Passagiere an Land zu setzen, falls sich bis dahin keiner ihrer erbarmte ... Wir werden bei Ebbe auf Sand laufen und alle Passagiere mit den Booten landen», erklärte Schroeder. «Wir selbst werden später bei Flut und mit Schlepperhilfe leicht wieder freikommen ...»⁷

Schroeders Plan brauchte nicht ausgeführt zu werden. Am 10. Juni kamen die ersten Telegramme, dass man mit England verhandle, dann kabelte einen Tag später Morris Troper, dass die seit einiger Zeit geführten Verhandlungen «einen guten Fortgang nehmen». Aber die Lage an Bord des Schiffes wurde von Stunde zu Stunde schwieriger. In der Nacht vom 12. Juni gab Schroeder pflichtgemäss ein Kabel nach Hamburg auf: **GEDULD DER PASSAGIERE IST ERSCHÖPFT, FRÜHER ODER SPÄTER, WENN KEINE HOFFNUNG MEHR IST WERDEN AKTE DER VERZWEIFLUNG UNVERMEIDLICH SEIN DIE ZAHL DER SELBSTMORDKANDIDATEN WÄCHST AUCH DIE BESATZUNG IST BALD AM ENDE IHRER KRAFT WERDEN FREITAG MORGEN LIZARD PASSIEREN**

Paris, von wo nach 36 Stunden weitere Nachrichten kommen sollten, schwieg, und erneut schien die Hoffnung von Verzweiflung abgelöst zu werden – bis plötzlich über das Radio

⁶ Herlin, a.a.O., S. 133

⁷ ebda., S. 126 ff.

die Nachricht kam, Belgien habe sich bereit erklärt, 250, Holland 200 Flüchtlinge aufzunehmen und am Abend war das Kabel von Troper da, der diese Nachricht bestätigte. Schliesslich sagte auch Frankreich zu, aber das vierte Land, England, liess auf sich warten. Auch diese letzte Schwierigkeit wurde überwunden und 284 Passagiere gingen nach England und überlebten den Krieg. Aber für den Rest war die Rettung nur eine illusionäre. Nur noch zwei Monate trennten uns von dem Ausbruch des Weltkrieges, der Millionen Menschen verschlingen sollte; unter ihnen fast alle Passagiere der «St. Louis». Am Ende ihrer Irrfahrt übergaben die Passagiere im Hafen von Antwerpen am 18. Juni 1939 Kapitän Schroeder den folgenden Brief:

«Hochverehrter Herr Kapitän!

Als wir in Hamburg Ihr schönes Schiff betraten und auf der Fahrt nach fernen und unbekanntem Gestaden waren, ahnten wir noch nicht, welches seltsame und schwere Geschick uns beschieden sein würde. Nach den ungeheuren Sorgen in der Heimat, die wir verliessen, nach den aufreibenden Vorbereitungen der Ausreisearbeiten war Ihr wunderschönes Schiff, Herr Kapitän, Ihre sichtbar waltende Fürsorge für die Passagiere, die fabelhafte Verpflegung, die Aufmerksamkeit Ihres gesamten Personals und insbesondere aller Ihrer leitenden Herren so eindringlich und geradezu überwältigend, dass wir fast vergessen konnten, was zu verlassen und zu verlieren wir im Begriff waren.

Als dann das Unheil von Havanna über uns hereinbrach und Sie mit uns den Hafen unserer Hoffnungen verlassen mussten, war es wiederum Ihre unendliche Güte und Geduld, Ihr menschliches Verstehen und mitfühlendes Herz, das es uns ermöglichte, in täglicher und stündlicher Zusammenarbeit mit Ihnen unsagbares Unheil und Elend, eine Panik von unabsehbaren Folgen zu vermeiden. Dass Sie, Herr Kapitän, in dieser vorbildlichen Arbeit mit uns zusammenwirkten, dafür, Herr Kapitän, danken Ihnen alle Passagiere, danken Ihnen ganz besonders die über 400 Frauen und Kinder der ‚St. Louis‘ aus vollem Herzen. Sie haben, als das Schiff sich weiter entfernen musste, unsere Hoffnungen neu belebt, indem Sie an der Küste von Florida langsam kreuzten und dadurch die schon in Verzweiflung Geratene aufrichteten. Sie haben verständnisvoll Rücksicht geübt auf uns, als den meisten Passagieren auf der Rückfahrt das Bordgeld ausgegangen war. Wir selbst haben die Vereinfachung der Speisekarte bei Ihnen angeregt, und jeder Passagier erkennt uneingeschränkt an, dass Verpflegung und Behandlung an Bord vom Anfang bis zum Ende der Reise höchstes Lob verdienen. Ihnen selbst aber, Herr Kapitän, möchten wir sagen: In unseren Herzen und in den Herzen unserer Kinder wird eingegraben sein – dauernder als in Erz und Marmorstein – unvergesslich und unauslöschlich das schöne Schiff ‚St. Louis‘ und sein wunderbarer Kapitän Schroeder. Auch den übrigen Herren der Schiffsleitung gilt dieser unser Dank und Anerkennung.

In verehrungsvoller steter Dankbarkeit die
Passagiere des M. S. ‚St. Louis‘ von der
Havanna-Fahrt Mai-Juni 1939.»

12. München 1938 – Prag 1939

Wir schreiben den 21. Mai 1938 – ein Sonnabend, als plötzlich an allen möglichen Punkten Prags Soldaten auftauchten. Auf den Dächern bemerkte man Maschinengewehre, und die Stadt war voller Gerüchte über einen Angriff der Deutschen auf die Tschechoslowakei.

Bereits am Nachmittag des 20. Mai hatte der deutsche Botschafter in einem dringenden und streng geheimen Telegramm Berlin darüber informiert, dass das tschechoslowakische Auswärtige Amt ihm soeben über das Telefon seine ausserordentliche Bestürzung über deutsche Truppenkonzentrationen in Sachsen zum Ausdruck gebracht habe. Damit begann eine Reihe fieberhafter diplomatischer Aktionen in Berlin, Paris und London sowie die Anordnung der Teilmobilmachung in Prag. Dr. Paul Schmidt, Hauptdolmetscher des Auswärtigen Amtes, hat in seinen Memoiren, «Statist auf diplomatischer Bühne 1923-1945»^x die «stürmische Besprechung zwischen Ribbentrop und dem englischen Botschafter, Sir Neville Henderson,» geschildert und die Maiereignisse als Vorboten des Münchener Abkommens vier Monate später interpretiert:

«Ich konnte mir daher bei dem Gespräch vom 21. Mai sehr gut vorstellen, mit welchem Zorn Hitler den Bericht Ribbentrops über die Intervention des englischen Botschafters und die Drohungen, die er dabei aussprach, entgegennehmen würde. Ribbentrop flog sofort nach der Unterredung nach München und am Tage darauf, am Sonntag, den 22. Mai, wurde die bereits erwähnte persönliche Warnung von Halifax gegeben. Das Barometer stand deutlich auf Sturm.

Dazu kam, dass die Tschechen aufgrund der angeblichen deutschen Truppenkonzentrationen am 20. Mai eine Teilmobilmachung durchgeführt hatten und dass die Weltpresse, als von deutscher Seite nichts erfolgte, in ein wahres Jubelgeschrei über das Nachgeben des deutschen Diktators ausbrach, dem man nur, wie die Tschedien, energisch entgegenzutreten müsse, um ihn zur Raison zu bringen.

Wenn sich jemand vorgenommen hätte, Hitler mit allen Mitteln zur Raserei zu bringen, dann hätte er sich keine bessere Methode aussuchen können als diese; denn einem Diktator öffentlich Schwäche vorzuwerfen, ist wohl das ungeeignetste Mittel, ihn zur Vernunft zu bringen, noch dazu wenn, wie in diesem Falle, die ganze Angelegenheit völlig aus der Luft gegriffen war. Die Folgen sollten nicht lange auf sich warten lassen.»

Wie dem auch immer war, wir hatten bisher die vertragswidrige Besetzung des Rheinlan-

1 Paul Schmidt, «Statist auf diplomatischer Bühne». Bonn 1949, S. 388 ff., 392 ff.

des, die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Besetzung Memels und die Österreich schon erlebt. Wir waren Zeugen der sich steigernden Agitation Konrad Henleins und seiner Mannen, die für Hitler die Aufgabe des trojanischen Pferdes pflichtgetreu erfüllten. Kurzum, ich glaubte an jenem Sonnabendmorgen an die Gerüchte und ebenso meine Kontakteleute im Prager Aussenministerium. Der Sozialdemokrat Paul Hertz (der nach der Katastrophe nach Berlin zurückkehrte und Senator für Handelsfragen war bis zu seinem Tode am 23. 10. 1961) hatte seinen Freunden, darunter auch «den Grossmanns», nach der Besetzung Österreichs Visa (bon pour l'entrée en France) durch Léon Blum besorgt. Meine Philosophie war: Ein unbenutztes Visum hat den gleichen Wert wie gar kein Visum. Auf Anraten des Prager Auswärtigen Amtes entschied ich, mit meiner Familie am 23. Mai 1938 nach Paris zu fliegen. Die Fürsorge übergab ich meinem Assistenten Günther Nelke. Der Vorstand ermächtigte mich, mit allen in Frage kommenden Stellen wegen der Rettung unserer eingekesselten Schützlinge zu verhandeln. Es konnte jedoch nicht ausbleiben, dass man mich wegen meiner «Abreise aus dem Kessel» kritisierte. Schweizer Blätter brachten Polemiken und ich antwortete. Mit Ludwig Marcuse² war ich der Ansicht, in einer bestimmten Situation sei es notwendig, «Mut zur Feigheit» zu zeigen. Ich wollte den Hitlerbestien unter keinen Umständen in die Hände fallen. So flogen wir nach Paris.

Nach Erledigung der Aufenthaltsformalitäten, Besprechungen und Appellen flog ich Anfang Juni allein nach Prag zurück. Das Flugzeug, das mich an jenem gewitterschwülen Junitag in den Kessel zurücktrug, war fast leer: drei Passagiere! In Prag war die Stimmung gedrückt. Henlein schlug immer stärker auf die nazistische Propagandapauke, und Hitler redete sich heiser: seine Geduld sei erschöpft. Die Engländer waren auf Nachgeben eingestellt.

Meinem Prinzip entsprechend, dem Unangenehmen nicht aus dem Wege zu gehen, lud ich alle von der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge Betreuten ein, stellte mich ihnen und war verwundert über das Schweigen selbst jener, die meine Reise nach Paris kritisiert hatten. Die politischen Ereignisse überschatteten mehr und mehr interne Emigrantenausinandersetzungen. Wir rieten zur Abreise, vor allem zur Ausnutzung vorhandener Visen. Ich übergab die Geschäfte meinem Vertreter Günther Nelke, der Vorstand gab mir seinen Segen und bescheinigte, «dass ich mich um die Sache der Flüchtlinge verdient gemacht» habe. Am 3. August 1938 bestieg ich das Flugzeug nach Zürich. Lange Zeit sassen wir schon in der Maschine und konnten nicht starten. Da schliesslich rollte ein englisches Flugzeug heran. Es brachte wichtige schicksalhafte Gäste aus London. Ich sah durch das Fenster einen Herrn die Treppe herunterkommen, begrüsst von Beamten des Prager Auswärtigen Amtes: Lord Runciman! – Dann stiegen wir in die Lüfte.

Die Monate August und September in Paris krampften einem das Herz zusammen. Obwohl das nächste Opfer der Appeasement-Politik die Tschechoslowakei war, wussten wir, sie würde nicht das letzte Opfer sein. Die in Prag arbeitenden Hilfskomitees konzentrierten ihre Anstrengungen, so schnell wie möglich und so viele wie möglich ihrer Schützlin-

2 Ludwig Marcuse, «Mein 20. Jahrhundert». Frankfurt a. M. 1968

ge wegzubringen. Dazu waren zwei Voraussetzungen unerlässlich: Visa und Geld für Transport und Unterhalt.

Vom 6. August 1938 lief bis zum 15. März 1939 ein intensiver Briefwechsel, durch zahlreiche Telefongespräche ergänzt, zwischen mir und meinem in Prag arbeitenden Büro der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge; dieser Briefwechsel ist ein Spiegelbild jener chaotischen Zeit. Mein Partner in Prag, Günther Nelke, war ein 1934 nach der Tschechoslowakei gekommener junger Sozialist aus Stettin. Er übergab uns seine mitgebrachten Ersparnisse von 3'000 Kronen, weil er es nicht besser haben wollte als seine Genossen. Günther wurde nach einiger Zeit mein Assistent und Freund. Heute lebt er in Bonn und ist beim Sozialdemokratischen Parteivorstand tätig. Seine Art zu berichten war oft sarkastisch, oft schroff abbrechend, «morgen mehr», aber im Ganzen optimistisch. Die von ihm betreuten Flüchtlinge haben ihm viel zu danken und ich nicht minder, da er in den kritischen Stunden mit selbstverständlicher Pflichterfüllung meinen Platz einnahm. Nach seiner Abreise übernahm Rolf Bader die Leitung der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge in Prag.

Unsere Korrespondenz handelt von den leidigen Problemen aller Fürsorgeorganisationen: Geld aufbringen, damit die Notleidenden unterstützt und – wichtiger – die Gefährdeten aus der Tschechoslowakei herausgeschafft werden konnten.

In Nelkes Brief vom 10. August 1938 ist das erste Mal eine auf die immer gespannter werdende Situation deutende Bemerkung enthalten: «Von der Messerstecherei im sudenteutschen Gebiet zwischen Sozialdemokraten und Nazis haben Sie ja sicher gelesen. Gottseidank ist der Mann, der den einen Nazi erstochen hat, zwar Emigrant, aber tschechoslowakischer Staatsbürger. Sonst wäre ja hier die Hölle los gewesen. Auch so ist die Sache mies genug.»

Inzwischen hatte ein von uns betreuter politischer Flüchtling, Hugo Körner, der exponiert an der Grenze lebte, ein Visum nach Bolivien erhalten. Um ihn wegzubringen, wären 2'500 Kc notwendig gewesen. «Von Körner heute Jammerbrief. Er bekommt das Geld nicht zusammen. Hat jetzt erst 300! Ob wir nicht mehr tun könnten?» Was die notwendigen polnischen Durchreisevisa für Schweden- und Norwegenfahrer anlangt, verfiel das Reisebüro auf den Ausweg, dem polnischen Konsulat eine Schiffskarte 2. Klasse Riga-Stockholm vorzuweisen, erhielt den für den Flüchtling so wichtigen Stempel, um dann die Schiffskarte in eine 3. Klasse umzutauschen. «Dadurch sind überhaupt keine Mehrkosten über die ursprüngliche Kalkulation hinaus entstanden,» berichtete Nelke am 19. August.

In meinem Briefe vom 20. August behandelte ich unter anderem die Frage von Gasmasken, die jeder Einwohner der Tschechoslowakei haben musste. In allen Fällen, wo durch einen fehlenden Anschlag in unserm Komitee Anträge bei der Polizei nicht gestellt worden waren, müssten wir dafür aufkommen.

Der Brief vom 22. August aus Prag ist voller Aufregung. Eine Ilse Maass, Lehrerin, hat das amerikanische Visum, aber das Geld für die Überfahrt fehlt – und die Geldeingänge sind mehr als dürftig.

Dann bessert sich die Geldsituation. Die Petscheks sandten zehntausend Kronen, Ernst Lubitsch, der Filmregisseur, schickte 60 Dollar, andere Spenden liefen ein, «so dass im

Augenblick genug Geld da ist». «Bin sonst nicht ganz so pessimistisch, was die Lage anbetrifft», schreibt Nelke am 25. August.

Inzwischen waren Schiffsplätze immer schwieriger zu haben und die Demokratische Flüchtlingsfürsorge hatte eine Anzahl Leute nach Bolivien auf den Weg zu bringen. Flüchtlinge blieben sitzen, weil Durchreisevisen nicht vom schwedischen Konsul in Prag, sondern nur auf Anweisung Stockholms erteilt wurden, und das dauerte mindestens zehn Tage. Günther Nelke schrieb: «Die allgemeine Situation ist sehr gespannt. Aber ich rechne nicht mit irgendwelcher Kapitulation.»

Am 31. August schlug ich vor, alle Flüchtlinge mit bolivianischem Visum zusammenzurufen, Leistungsfähigkeit festzustellen und die fehlende Geldsumme mir schleunigst durchzugeben. Während die Gefahr dort von Tag zu Tag grösser wurde, meldete Nelke am 3. September: «... Dann sehr wichtig: Durchreisevisen durch Polen (für Leute mit norwegischen oder schwedischen Visen) sind nicht mehr zu bekommen!» So wechselte ein Brief mit dem andern zwischen Prag und Paris. «Wir müssen die Bolivienfahrer auf den Weg bringen. Russo soll schleunigst zum amerikanischen Konsul gehen, weil die meisten der amerikanischen Konsulate die Ausreise gesperrt haben,» schrieb ich am 5. September. Dann berichtete Nelke am 8. September zur Frage des Ankaufs von Schiffskarten mit Tschechenkronen: «Immer im letzten Moment. Wegen der politischen Situation. Für Schiffskarten nach Ländern, mit denen die ČSR nicht im Clearingverkehr steht, nimmt die Bank 30 Prozent Aufschlag. Also sämtliche Schiffskarten – ausser über Italien – verteuern sich um 30 Prozent, falls überhaupt die Devisenbewilligung gegeben wird ...» Zu dieser Zeit waren noch wegzubringen: 2'600 Juden, 691 Kommunisten, 118 Sozialdemokraten und Gewerkschaftler und 81 Flüchtlinge, die von unserm Komitee unterstützt wurden. Sie alle brauchten ein Einreise-, mindestens in den meisten Fällen ein Durchreisevisum, Reisegeld, Fahrkarte, Schiffsverbindung, Bewilligung für Ankauf von Schiffskarten und Ausfuhr eines Minimumgeldbetrages. Die Beschaffung aller dieser Erfordernisse dauerte Wochen, Monate, während welcher die politischen Ereignisse immer rascher, mächtiger und drohender heranrollten.

Dieser Situation gibt Nelke in seinem Brief vom 14. September Ausdruck, in dem es heisst: «Alles, was ich heute schreibe, ist natürlich sehr unbestimmt... Es hängt ja tatsächlich von den nächsten Tagen, wenn nicht nächsten Stunden ab, ob wir das, was wir uns vorgenommen haben, noch ausführen können oder nicht. Man hat ja bereits heute Nacht um 12 Uhr mit dem deutschen Einmarsch gerechnet, zu dem Termin, an dem das Ultimatum der Sudetendeutschen Partei abgelaufen ist. In Prag ist alles ruhig, äusserst ruhig, nur viel Militär selbstverständlich. Bahnhöfe überfüllt. Das Randgebiet wird bereits von gefährdeten Personen evakuiert.»

Im August 1938 und dem ihm folgenden hektischen September hatte sich die politische Situation von Tag zu Tag verschärft. Äusserste Grenze für Prag war der «vierte Plan», der den von Berlin geschürten Aufruhr der wild gewordenen Sudetendeutschen besänftigen sollte. Man war in Prag bereit, den Sudetendeutschen «vollste Gleichberechtigung» zu geben, Konzessionen im Aufbau einer «deutschen Selbstverwaltung» zu machen, ja im deutschen Gebiet nur deutsche öffentliche Angestellte zu haben, also einen Staat im Staate zuzulassen.

Am 15. September 1938 meldet das «Prager Tagblatt»: «Chamberlain bei Hitler». «Im Hinblick auf die zunehmende kritische Lage schlage ich vor, sofort zu Ihnen herüberzukommen, um zu versuchen, eine friedliche Lösung zu finden», telegrafierte der 69jährige Chamberlain an den 40jährigen Adolf Hitler. Aber zur gleichen Zeit brachen in elf Bezirken des Sudetengebietes Aufstandsversuche aus, die die tschechoslowakische, gut trainierte Armee schnell unterdrückte. Das Standrecht wurde erklärt – das Ultimatum der Sudetendeutschen Partei abgelehnt. Mitglieder der sich in Prag aufhaltenden Runciman-Delegation versuchen zu vermitteln. Konrad Henlein aber empfängt die Engländer nicht, zieht seine Verhandlungsdelegation aus Prag zurück!

Inzwischen «flieht» Konrad Henlein ins Dritte Reich. Ein Hochverratsverfahren wird gegen ihn eingeleitet. Die Bürgerkriegshetze steigert sich – und die bedrohten Flüchtlinge aus dem Sudetengebiet setzen sich nach Prag in Bewegung. Die neuen Besprechungen, die von London und Berchtesgaden aus angekündigt werden, können die schwerer werdenden Schatten nicht mehr verscheuchen. Sudetendeutsche Sozialisten, Demokraten, Katholiken, Landbündler erlassen einen gemeinsamen Aufruf, das «gegenseitige Missverständnis» zu überwinden. «Vereinigen wir unsern guten Willen und unsere Kräfte in dem Streben, den Krieg von unserer Heimatzone fernzuhalten und unserm schwergeprüften Volke eine bessere Zukunft zu bereiten.»

Vergeblich! Günther Nelke berichtete von den fehlgeschlagenen Mühen der Hitlerflüchtlinge wegzukommen. Getreulich gibt er Rechenschaft über Einnahmen, Ausgaben, Monatsmiete, Gehälter, als ob die dramatischen Ereignisse der Gegenwart sich auf einer anderen Weltkugel abspielten. Ich nehme zu den aktuellen politischen Geschehnissen mit einer melancholischen Bemerkung Stellung: «Ich brauche Dir nicht zu sagen, wie uns die Vorgänge bedrücken und mit welchem Bangen wir dem nächsten Tag entgegensehen ...» Dann kommt der Kolbenschlag des Abkommens von München, des «Friedens unter Opfern», in der Hoffnung des «peace for our time» – und am 30. September 1938 beginnt die Räumung, beginnt der neue Flüchtlingsstrom. Die deutschen Sozialdemokraten befanden sich bereits vor München, im Hinblick auf den Aufruhr, in Flüchtlingslagern, südwestlich und südöstlich von Prag, wo die Flüchtlinge in Kollektiven notdürftig untergebracht waren. «Doch mag es ihnen noch so schlecht gehen und, was wir nicht hoffen wollen, noch ärgere Tage bevorstehen, nichts kann sie erschüttern in ihrer Liebe zur Partei, in ihrem Glauben an die Bewegung, der sie in des Wortes wahrster Bedeutung ihr Leben geweiht haben,» heisst es in einem Bericht im Prager «Sozialdemokrat» vom 28.9.1938.³

«Was die Fürsorge anbetrifft», berichtet Nelke schon am 28. September, «alle Auswanderungsangelegenheiten sind ja nun durch die Ereignisse überholt. Der Flugverkehr ist, wie aus den Zeitungen ersichtlich, zum grössten Teil eingestellt, und selbst wenn einige Linien verkehren, unterliegen alle Fahrkarten der Bewilligung der Nationalbank, also praktisch für Emigranten nicht zu machen. Ich bin allerdings der Meinung, dass man sich

über das Schicksal der Emigranten keine besondere Sorge zu machen braucht, sie unterliegen jetzt dem allgemeinen Schicksal und werden ihre Pflicht tun müssen wie alle anderen ...» Diese Ansicht teilte ich nicht. Vielmehr kam es jetzt erst recht darauf an, die «geborgte Zeit» vor der anrollenden Katastrophe zu nutzen, um so viele Flüchtlinge wie möglich herauszuschaffen, und Nelke attestierte bereits am 1. Oktober: «Sie haben doch leider Gottes recht behalten.» Es war kein Kunststück, in jener Zeit Pessimist zu sein. Kabelrufe um finanzielle Hilfe hatten mein Pariser Büro verlassen in dem Augenblick, als es klar wurde, wir müssten nun erst recht Weiterarbeiten – und sie wurden positiv beantwortet. Das Jüdische Arbeiterkomitee New York kabelte 500 Dollar, ein christliches Komitee in New York zweitausend Dollar. Aus Schweden sandte mir meine verehrte Freundin Anna Lindhagen Geld, und wir liessen alles nach Paris kommen, um seine Verwertung nicht durch verschärfte Devisenbestimmungen in der ČSR zu erschweren. Wir nutzten alle Möglichkeiten, in einheimischer Währung (Kronen) zu zahlen, aus; aber die Fahrkarten von europäischen Häfen bis zum Ziel wurden in Paris bezahlt. Später transferten wir tausende Kronen für diesen Zweck nach Prag.

Am 7. Oktober 1938 wurde in Paris offiziell das Büro der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge eröffnet, und im Laufe der nächsten Monate – im Wettlauf mit der unerbittlich nahenden Katastrophe – unsere Schützlinge herausgebracht. Am 4. März 1939 kam Günther Nelke fast als Letzter nach Paris.

Es dauerte fünf Monate, bis die Franzosen Visen für eine eingereichte Liste bewilligten; es war die einzige, während die Flüchtlinge für Wochen und Wochen auf Listen für Norwegen, Schweden, England, Frankreich, Bolivien standen – und warteten.

Wie an anderer Stelle dieses Buches bereits berichtet, herrschten in der Tschechoslowakei um die Frage der Aufrechterhaltung des Asylrechts Konflikte, die im Koordinationskomitee ihren Niederschlag fanden. Jeder kommunistische Flüchtling, der von der Partei ausgeschlossen wurde, war plötzlich ein Gestapoagent – auch wenn er bis dahin noch so wichtige Funktionen für die KPD ausgeübt hatte. Zu diesen von der Partei verfolgten Flüchtlingen gehörte auch Otto Wollenberg, ein Mann von damals über 40 Jahren, der bis dahin Kommunist gewesen war.

Um den Fall Wollenberg zu verstehen, muss zunächst der übergrosse Einfluss der Kommunisten auf das Comite National in Prag geschildert werden. Ich folge einem im November 1938 geschriebenen Memorandum zur Lage der Flüchtlinge in der ČSR, das sich mit Vorgängen der Flüchtlingswegschaffung nach dem «Münchener Frieden» beschäftigt.

Das Comite National hat seine Funktionen, trotz der Schwierigkeiten, die die Mitgliedschaft der Kommunisten ihm bereitete, nach besten Kräften erfüllt; insbesondere hat es im Jahre 1936 eine wesentliche, aufklärende Tätigkeit in der Tschechoslowakei und im Ausland über die Lage der Emigration geleistet. Die Hauptarbeit wurde von Nichtkommunisten durchgeführt. Die Kommunisten waren gleichberechtigte Mitarbeiter, und das Comite National hatte sich nicht mit den Einzelfällen zu beschäftigen – das war Sache der einzelnen Komitees. Es war keine Aufsichtsinstanz, keine vorgesetzte Behörde; es sollte aus rein praktischen Gründen da, wo die Interessen aller Komitees die gleichen wa-

ren, die Arbeit vereinfachen oder durch den Gesamteinsatz aller Komitees diese Arbeit positiver gestalten.

Frau Marie Schmolka hatte die Gesamtinteressen der Emigration in verdienstvoller Weise objektiv wahrgenommen, und ich war ihr Berater und Mitarbeiter. Der Hauptdifferenzpunkt lag in der Zusammenarbeit mit den Kommunisten, die aus politischen Opportunitätsgründen nicht für ein unteilbares Asylrecht für alle vom Comité National durch seine Mitglieder betreuten Flüchtlinge zu gewinnen waren; auf der einen Seite initiierten die Kommunisten Aktionen für das Asylrecht (Kongress im Juni 1936 in Paris), auf der anderen Seite gingen sie aber gegen ihre ausgeschlossenen Leute mit der ökonomischen Waffe in niederträchtigster Weise vor und schwiegen besonders zu den schmählichen Vorgängen in der Sowjetunion.

Diese Methoden und die hier angeführten Fakten hätten ausgereicht, den unumstößlichen Grundsatz aufzustellen, dass die kommunistischen Flüchtlinge zwar als gleichberechtigte Objekte jeder Art von Fürsorge und Asylschutz anzusehen sind, ihre Funktionäre aber von allen jenen Funktionen zu entfernen seien, wo es darum geht, nicht-kommunistische Interessen zu vertreten. Noch deutlicher: die Kommunisten mögen innerhalb ihres Sektors ihre Initiative ergreifen und ihre Fürsorgearbeit, so gut oder schlecht sie es vermögen, ausüben. Aber sie sind nicht die berufenen Vertreter – und ebensowenig alle, die mit ihnen gehen – einer Gesamtmigration. Es handelt sich hier nicht um politische Schlüsselstellungen, es handelt sich vielmehr bei den Gesamtigrationsfragen um ein grosses ökonomisches und humanitäres Problem, welches nur jene werden lösen können, die vorurteilsfrei und ohne politische Bindungen sind, um die dringendsten Aufgaben so objektiv wie möglich zu lösen.

Diese grundsätzlichen Betrachtungen sind notwendig, um die Vorgänge zu verstehen, die sich seit Anfang 1938 in der Tschechoslowakei bei der Rettung der deutschen Emigranten zugetragen haben. Nach dem «Frieden von München» haben die einzelnen Komitees Hilferufe an ihre internationalen Freunde ergehen lassen und gebeten, alles zu tun, um die in der Tschechoslowakei verbliebene deutsche Emigration, die sich aus 1180 politischen und etwa 4'000 jüdischen Emigranten zusammensetzte, so schnell wie möglich aus dem Lande zu bringen. Die Vorsitzende des Comité National, Frau Marie Schmolka, reiste nach Paris und London, um ihre Stimme im Interesse der Gesamtmigration zu erheben. Die englischen Stellen zeigten Bereitschaft und stellten für die reichsdeutsche Emigration 100 Visa zur Verfügung (später noch einmal 100). In Frankreich wurde für den von uns betreuten Sektor eine Agentur errichtet mit der Aufgabe, vor allem Mittel für jene Emigranten zu mobilisieren, die bereits Visa für Übersee besaßen. Wir versuchten auch, einen Teil der Flüchtlinge nach Frankreich zu bringen. Wir leisteten, so gut es ging, Rettungsarbeit und haben in drei Monaten 41 Emigranten zur Auswanderung nach den verschiedensten Ländern Europas und Übersee verholfen. Frau Schmolka hat uns zu dieser Arbeit ermuntert.

Während Frau Schmolkas schon erwähnter Reise nach Paris und London Anfang Oktober 1938 traf Rudolf Katz, beigeordneter Sekretär beim Hochkommissar für deutsche Flüchtlinge, in Prag ein und errichtete bei dem kommunistischen Salda-Komitee für die techni-

sche Durchführung des Abtransports der Flüchtlinge ein Zentralbüro. Diesem Büro stand Rudolf Katz vor, der Kommunist war, und Frau Helena Matuskova vom Saida Komitee war erste Mitarbeiterin. Die Reisevorbereitungen lagen in den Händen von Dr. Raphael und Hugo Gräf, beides Kommunisten.

Mit der Passbesorgung war man zufrieden. «Das Saida-Komitee macht das sehr prompt und vollkommen korrekt», heisst es in einem Brief (3.11.38). Aber schon deuteten sich Misshelligkeiten an. Günther Nelke berichtete aus Prag, dass die Kommunisten begannen, ihnen nicht genehmen Leuten die Ausreise aus der ČSR zu erschweren. Man hatte in Prag eine kleine Kommission, Comite Central, aus Vertretern der diversen Flüchtlingsorganisationen gebildet, um die Wartelisten der einzelnen Flüchtlingskomitees zu vergleichen und die nach diesen Listen erfolgende Visaerteilung zu koordinieren. Gräf versuchte, seinen Leuten den Löwenanteil unter den erteilten Visen zu sichern. Im Dezember 1938 beschwerte sich Nelke über die zunehmende Beherrschung der Kommission durch Katz und Gräf, die die anderen Vertreter im Komitee «wie kleine Schuljungen» behandelten. Katz und Gräf strichen Namen von Listen, fügten andere hinzu «wie es Herrn Katz zu belieben scheint». Katz bewiese durch die Auswahl seiner Mitarbeiter, dass ihm nicht an einer paritätischen Besetzung seines nun entscheidend wichtigen Büros, an einer wirklich überparteilichen Instanz gelegen sei, sondern dass er sich in seiner errungenen Schlüsselposition zu behaupten gedenke.

Flüchtlinge berichten am 5. Dezember 1938 nach Paris:

«Der Sekretär des Hohen Flüchtlingskommissars, ein Parteikommunist Katz, hat aus dieser Institution ein regelrechtes KP-Parteibüro gemacht und kommen nach England nur dem Pol-Büro genehme Leute. Der Ihnen bekannte Abgeordnete Hugo Graef hat in einer der letzten Sitzungen die Streichung eines KP-Oppositionellen damit begründet, dass ‚Trotzkisten und Gestapoagenten kein Anrecht haben, hier herauszukommen‘.»

Die Vorwürfe, die ich persönlich gegen diese Methoden von Katz habe, habe ich ihm, nachdem er mich in verschiedenen Sitzungen, an denen ich nicht teilnahm, angegriffen hatte, in einem unbeantwortet gebliebenen Brief mitgeteilt, der hier zitiert sei:

«Den 26. November 1938

Sehr geehrter Freund Katz,

es liegt mir daran, mit Ihnen die Unterhaltung direkt aufzunehmen, nachdem diese in den verschiedenen Komitees bisher leider einseitig begonnen hat. Ich möchte Ihnen sagen, dass ich es ausserordentlich bedaure, dass die Zusammenarbeit in einer so wichtigen Frage wie die der reichsdeutschen Emigration aus der Tschechoslowakei nicht so ist, wie man es wünschte und wie wir alle es 1936 auf der in Paris abgehaltenen Konferenz uns vorgestellt haben.

Es ist ein Irrtum von Ihnen, wenn Sie behaupten, ich hätte Briefe in die Welt versandt, in denen ich schrieb, dass Sie bei der Visazuteilung nicht gerecht vorgingen und sich von Ihrem kommunistischen Parteistandpunkt leiten liessen. Ich habe lediglich ein Telefongespräch mit Dr. Lambert geführt, in dem ich gesagt habe, dass mir aus Prag Briefe vorliegen, in denen diese Behauptung aufgestellt wird. Ich könne diese Behauptung nicht nachprüfen und würde gerne Gelegenheit haben, mit Ihnen darüber

zu sprechen. Diese Briefe stammten nicht von meinem Büro, sondern von einzelnen Flüchtlingen, die sich hilfeschend an mich wandten.

Ich glaube, es ist notwendig, das festzustellen, damit die Atmosphäre gereinigt wird. Ich verhehle allerdings nicht meine Ansicht, dass es unglücklich ist, dass das Comité Central (Comité National) im Exekutivapparat nur von Kommunisten beherrscht wird, und ich kann das um so weniger verstehen, als von kommunistischer Seite nichts geschieht, um Flüchtlinge – zumindest kommunistische Flüchtlinge und hier vornehmlich Frauen und Kinder – nach Russland zu bringen. Alle die Vorwürfe, die mir berichtet werden, wären sicherlich vermieden worden, wenn bei der Konstruktion des Büros im Hotel Steiner (!) dieser Geburtsfehler nicht gemacht worden wäre.

Sie können uns auch nicht den Vorwurf machen, diese Zusammenarbeit nicht in wünschenswerter Weise gefördert zu haben, da wir uns hier und anderswo bemühen, Einreisevisen für unsere Schützlinge zu erhalten, und abgesehen davon, dass Frau Schmolka bei ihrer Anwesenheit uns ausdrücklich bat, alles Erdenkliche auf diesem Wege zu tun, hatten wir diesen Weg schon selbst beschritten, weil das Comité Central zu jener Zeit sich noch nicht gerührt hatte. Dass die von uns eingeleitete Aktion erst jetzt wirksam wird – das werden Sie als Kenner der Verhältnisse wissen – ist nicht unsere Schuld.

Im Übrigen würde die Zusammenarbeit sicherlich gut klappen, wenn jede politische Gruppe ihren Einfluss dort geltend machen würde, wo sie ihn nach Lage der Situation hat. Das wäre also bezüglich der Kommunisten vor allem Russland. Wir haben uns bei unserer Arbeit nicht von irgendeinem parteipolitischen Gesichtspunkt leiten lassen, sondern haben auf die von uns eingereichten Listen – wie Sie sich leicht in Prag überzeugen können – auch Kommunisten gesetzt und haben insbesondere alle möglichen Schritte für die Ausreise von Hellmut Herzfelde (John Heartfield) versucht.

Wenn von Ihnen im Sinne der Beschlüsse der Mai-Konferenz von 1936 der Kontakt mit uns hier aufgenommen worden wäre, hätte sich vielleicht unsere Zusammenarbeit im Interesse der Gesamtmigration noch fruchtbarer gestalten können. Wie gesagt, ich stehe zu einer Aussprache bei Ihrer nächsten Anwesenheit in Paris gern zur Verfügung.»

Der Standpunkt, den ich in diesem Briefe eingenommen habe, wurde durch die Stellungnahme des Comité National in seiner Sitzung vom 22. Dezember 1938 gebilligt.

«Die Kommunisten bequemen sich endlich, ihre Totalitätsansprüche im Comité Central aufzugeben, und es sind jetzt auch einige andere Mitarbeiter dort beschäftigt. Es wird abzuwarten sein, ob sich nun die Zusammenarbeit bessert», heisst es in einem Bericht.

Ich habe diese Affären hier angeführt, um nachzuweisen, dass in einer überparteilichen Organisation unmöglich eine Partei, die nicht den allgemeinen Standpunkt in der Asylrechtsfrage teilt, dominierend sein darf, auch wenn es den Anschein hat, dass es sich nur «um die Erledigung technischer Arbeiten» handelt. Wir haben im Comité National schon immer beklagt, dass z.B. das Bureau pour le Respect d'Asile in Paris zwar grössten Wert auf unsere Zugehörigkeit zu seiner Institution gelegt hat, aber in der Berichterstattung mindestens ein Jahr lang sich nur auf die Berichte der kommunistischen Organisationen gestützt hat. Unserer Organisation in Paris gegenüber hat der Kommunist Dr. Lambert den Standpunkt eingenommen, dass er zwar anerkenne, dass unsere Linie, die Frage der Emigration durch Auswanderung zu lösen, sich als richtig erwiesen hat, aber eine Zusammen-

arbeit käme nicht in Frage, und man habe sich überlegt, ob man gegen uns öffentlich Stellung nähme, lediglich weil wir durch eigene Kraft und Initiative unseren Schützlingen zu helfen bemüht sind.

Die Visaverteilung durch Katz und seine Freunde hatte das Ergebnis, dass Misstrauen wegen unberechtigter Bevorzugung geübt wurde, und, wie damals der Schriftsteller Friedrich Burschell vom Thomas-Mann-Komitee mir schrieb, «Es steht leider zu befürchten, dass Prag ganz ausgeschaltet wird, da zu ungünstig von dort berichtet wurde.»

Der Fall Otto Wollenberg kann nur auf dem Hintergrund dieser Ereignisse verstanden werden... Otto Wollenberg ging für die KP ins Gefängnis und dann nach Entlassung mit Genehmigung der Partei in die Emigration, wo man ihm aufgrund seiner besonderen Qualifikation sehr wichtige Funktionen übertrug. Es mag Anfang 1937 gewesen sein, als Otto Wollenberg aus sachlichen Gründen mit der Partei Differenzen hatte. Die Folge war, dass man ihm die ökonomische Grundlage seiner Existenz entzog, keine weitere Unterstützung gewährte und er nach einiger Zeit aus der Partei ausgeschlossen wurde.

In dieser Zeit kam Wollenberg zu mir, empfohlen von Julius Hollos, den ich seit Jahren kannte. Ich erinnere mich noch an das Zusammentreffen, welches mir deswegen so eindrucksvoll in Erinnerung blieb, weil Wollenberg, obwohl ihm jede ökonomische Grundlage entzogen worden war und die Partei ihm die schamlosesten Dinge nachsagte, mich bat, ihn nicht nach internen Dingen der KP zu fragen, weil er sich trotz allem an die konspirativen Grundsätze der Partei gebunden fühle. Er hat diesen Standpunkt auch später nicht aufgegeben.

Die KP begann gegen diesen Mann, dem sie Brot und Wohnung entzogen hatte, ein Kesselreiben, als sie erkennen musste, dass es auch in der Emigration genügend unabhängige und einflussreiche Leute gab, die einen Mann wie Wollenberg unterstützen konnten. Man veröffentlichte in der illegalen «Roten Fahne» seinen Ausschluss unter vollem Namen und Angabe von fünf Gründen – und gefährdete damit Wollenbergs Angehörige und ihn selbst. Wollenberg bemühte sich, nach Frankreich zu kommen, und es waren einflussreiche Freunde, die ihn dabei unterstützten. Die eingereichten Visaanträge aber kamen nicht weiter. Man kann in diesem Punkte jedoch nicht mit Sicherheit sagen, dass die KP daran schuld war. Immerhin bleibt in dem ganzen Verfahren auch das nie erteilte französische Visum ein dunkler Punkt in dem Kampfe der KP gegen einen ihrer früheren treuesten Anhänger.

Es war klar, dass unser Komitee und ich persönlich sich für ihn bemühten, besonders nach den Münchener Ereignissen; und da seine Frau seit längerer Zeit in England als Hausangestellte tätig war, ergab es sich von selbst, dass man ihn nach England vorschlug, damit das Ehepaar nach langer Trennung wieder zusammenkommen könne. Die ersten 100 England-Visen trafen Anfang Oktober in Prag ein, und Otto Wollenberg stand an der Spitze der Liste. Von den 100 vorgeschlagenen Leuten wurden von den Engländern 16 zunächst abgelehnt ... Otto Wollenberg war nicht darunter. Sein Pass wurde vielmehr mit den anderen Pässen eingereicht und der Visastempel befand sich bereits im Pass – als aus uner-

klärlichen Gründen das erteilte Visum durch den Stempel «cancelled» ungültig gemacht wurde und die Engländer jede Begründung ablehnten. Darüber berichtete Wollenberg mir Folgendes:

«Meine Bemühungen um Aufklärung waren bisher erfolglos. Günther [Nelke] kann nichts machen, da die Engi, keine Auskunft geben. Ich selbst konnte Miss Worringer von dem engl. Büro hier – durch Hilfe von Jola [Josef Lang] – sprechen. Man glaubte uns zuerst nicht, und ich zeigte dann den Pass. Die Dame nahm denselben zwecks Rückfrage beim Konsulat an sich. Die Antwort einen Tag später: es wäre eine nachträgliche Annullierung von London erfolgt. Ob das wahr ist oder nicht – wer weiss das?»

In einem Bericht vom 5. Dezember 1938 sind bereits über die Hintergründe dieses Falles mehr Andeutungen gemacht:

«Der Vertreter des Hohen Kommissars ist Katz. Frau Schmolka hat ihm restlos die Arbeit überlassen. Hat zuviel mit dem jüdischen Problem zu tun und dann: ‚man hilft so gut man kann, und d.h. in der Wirklichkeit, dass wer die Arbeit durchführt, eben die Macht hat. Die hat also unumschränkt K[at]z und weder Günther noch ein anderer Vertreter ist z. Z. in der Lage, diese Arbeit zu kontrollieren, auf diese Einfluss zu nehmen oder gar Änderungen durchzusetzen.‘ Ich habe weiss Gott nichts dagegen, wenn Kommunisten führende Arbeit machen. Es geht also nicht um diesen Punkt, dass diese 3 Kommunisten sind. Es geht *darum*, dass offizielle und überparteiliche Arbeit nicht überparteilich geleistet wird. Auf der Sitzung des Comité Central erhob Graef gegen den Vorschlag Günthers, mich auf die Dringlichkeitsliste für E. zu setzen, Einspruch. Wäre nicht gefährdet, da ich für den Generalstab arbeite. Wir wollen die Frage nicht untersuchen, ob das nun in jener letzten vergangenen Periode hier verwerflich oder nicht verwerflich war. Wir können nur feststellen, dass es gerade Graef und seine Freunde waren, die sich mit dem Militär hier solidarisieren. Was sie also propagierten und taten, wurde in meinem Fall z.B. als schädlich bezeichnet. Zum zweiten wussten aber Graef und seine Freunde ganz genau, dass jene Behauptung über mich nicht der Wahrheit entsprach. Das war die erste objektive Handlung. Es gibt ausser bei mir keinen weiteren Freund, der ein Visum schon in seinem Pass eingetragen hatte und das dann gestrichen wurde. Also: entweder hat das Home Office nachträglich über mich Nachrichten erhalten, die solche waren, dass es telegrafisch anwies, dass mein Visum nicht auszufüllen ist und dieses Telegramm kam im Moment des technischen Ausstellungsvorgangs an. In diesem Fall muss ich also in London verleumdet worden sein. Die zweite Möglichkeit – und es gibt nur diese zwei Möglichkeiten – während hier auf dem Konsulat man bei der Ausstellung des Visums begriffen war, wurde dem entscheidenden Beamten eine Mitteilung zuteil – von *hier* –, die zur Streichung veranlasste. Für beide Fälle steht eindeutig fest: nachträglich muss ich verleumdet worden sein. Es gab bei den in Frage kommenden engl. Stellen keinen Fakt, der gegen mich an sich vorlag. Wie hat nun darauf der Beauftragte K[at]z, der nicht nur wegzutransportieren hat, sondern auch die Interessen der Emigration vertreten und betreuen soll, reagiert? Wie hat er sich meines Falles angenommen? Guenther bekam den Pass zurück. Zurück mit der Erklärung: abgelehnt... Das Büro K[at]z nahm einfach hin, dass ein Emigrant abgelehnt worden war, und zwar in solcher Form, dass sein Pass wertlos wurde. Kein Wort, kein Vorschlag erfolgte, wie man dem Emigranten helfen könne, damit er einen neuen Pass erhalte oder was das Gegebene war: welche Vorstellungen man bei den engl. Stellen vornehme und ihnen klar mache, dass sie nicht nur ein Visum annulliert, sondern einen Pass und damit einen Menschen fast vernichteten. Das Büro K[at]z tat in diesem haarsträubenden Fall nichts. Es war passiv. – . . .»

Als Frau Schmolka am 18. Dezember 1938 in Paris war, sprach ich mit ihr über den Fall Wollenberg, und sie erklärte mir zu meinem allergrössten Erstaunen, Rudolf Katz habe ihr gesagt, dass Otto Wollenberg ihm (Katz) selbst gestanden habe, für «die Gestapo gearbeitet» zu haben. Meine Verblüffung war um so grösser, als Frau Schmolka hinzufügte, Katz habe trotzdem nichts dagegen einzuwenden, dass Wollenberg auf die Frankreichliste gesetzt werde. Kann man sich eine grössere Infamie vorstellen? Gibt es einen anderen Standpunkt als den: ein Gestapoagent muss der nächsten Polizeistelle des Asyllandes übergeben werden mit allem zur Verfügung stehenden Beweismaterial? Erklärt man: Otto Wollenberg sei ein Gestapoagent und schickt ihn trotzdem in ein anderes Asylland, so begeht man ein Verbrechen an der Gesamtmigration und hat nicht das Recht, einen wichtigen Sekretärposten innezuhaben. Wollenberg selbst stimmt zu, wenn er in einem Brief vom 16.12.1938 schreibt:

«Nach Aussage von Menne⁴, der einen ausserordentlich schweren Zusammenstoss mit Katz hatte, brachte K[at]z meinen Namen in die Diskussion und erklärte, Graef hätte ja schon seinerzeit Ihren Vertreter Guenther vor mir gewarnt. Dieser hätte jedoch auf die Warnung nicht gehört. Er, Katz, wiederhole, dass ich ein Gestapoagent sei. Graef hatte allerdings seinerzeit erklärt, ich arbeite für das ‚MMO‘.

Gleichzeitig jedoch sagte Katz, dass ich vom Comité Central auf eine französische Liste gesetzt worden sei. Menne nahm gegen diese Beschuldigung energisch Stellung und forderte von Katz einen Beweis. Des Weiteren erklärte Menne es für einen Skandal, dass das Comité mich für Frankreich vorschlage, wenn es gleichzeitig der Meinung wäre, dass ich Agent sei. Ich teile Ihnen das heute nur in aller Kürze mit und werde Ihnen innerhalb der nächsten zwei Tage ausführlich schreiben . . .»

Frau Schmolka erfüllte ihr Versprechen und konferierte mit Otto Wollenberg. In der Aussprache fragte sie ihn immer wieder, ob er mit Katz entweder in Prag oder vielleicht in Paris gesprochen habe. Es stellte sich heraus, dass Wollenberg überhaupt noch nie mit Katz gesprochen hatte. Wollenberg, im Vollbewusstsein nicht nur seiner Unschuld, sondern seines Rechts, fasste die Unterredung mit Frau Schmolka wie folgt zusammen:

«... Ich erkläre auf das dezidierteste, dass ich nach wie vor jeder Untersuchungskommission, wenn sie sich aus einwandfreien Antifaschisten zusammensetzt, zu jeder Zeit Rede und Antwort stehen werde. Es ist mein dringlichster Wunsch, dass dies endlich geschehe. Solange dies aber durch die Ablehnung seitens der Freunde des Herrn Katz ständig unterbunden wird, muss ich meine dringend ausgesprochene Bitte, dass der von Herrn Katz gegen mich erhobene Vorwurf, ‚ich sei ein Gestapoagent‘, seitens des Comité Central zurückgewiesen wird, aufrechterhalten, und zwar nicht nur aus obigem Grunde. Es ist eine infame Verleumdung meiner Person, die ich nicht unwidersprochen – aus prinzipiellen Gründen – lassen kann. Dass dies eine blanke Lüge ist, zeigt Herr Katz und seine Freunde aber auch selbst auf, denn es dürfte wohl klar sein, dass man nicht gleichzeitig für den hie-

4 Bernhard Menne, einst Kommunist in Essen, dann Sozialdemokrat. Bis zu seinem Tode im November 1968 Chefredakteur bei «Welt am Sonntag»

sigen Generalstab und die Gestapo – noch dazu als politischer Emigrant – arbeiten kann, und es spricht jeder politischen Flüchtlingshilfe Hohn, wenn Herr Katz einerseits obiges von einem Flüchtling erklärt und andererseits seine «energische Bereitwilligkeit», denselben auf Amtswegen als einwandfreien politischen Antifaschisten in die Hilfsaktion miteinzusetzen, deklariert. Da Herr Katz führendes Mitglied der zentralen Flüchtlingsorganisation ist und jenes im Büro des Comité Central in Gegenwart von sieben Personen behauptete, muss ich auf meiner Bitte bestehen.»

Frau Schmolka schreibt mir unter dem 29. Dezember, sie hoffe, dass Wollenberg und ausserdem noch Eugen Brehm und Bernhard Menne (besonders bei dem Letzteren besteht der Verdacht, dass er von den Kommunisten bei den Engländern ebenfalls denunziert worden ist) Visa erhalten. Dann soll die Rehabilitierungsangelegenheit durchgeführt werden. Der Fall kann deswegen hier in dieser Breite erörtert werden, weil Wollenberg sich zu wehren begonnen hatte – auch auf das Risiko hin, die Tschechoslowakei nicht verlassen zu können. Andere, denen gleiches geschah, haben es nicht getan oder nur unvollkommen oder falsch. Ein nach Paris gekommener Flüchtling berichtete mir z.B., dass ein Otto Zimmermann, der bereits ein Visum nach Frankreich hatte, deswegen zuletzt abtransportiert werden wird, weil er mit dem Saida-Komitee Differenzen hatte. «Herr Katz als Verantwortlicher für alle diese Dinge hat sich bisher in Schweigen gehüllt. Seine Methode ist die typisch kommunistische: Beschuldigungen in die Welt zu setzen, aber – genau wie Wilhelm Koenen bei der Veröffentlichung gegen Rita Watz und August Henning – vor der Verantwortung zu kneifen.»^{4a}

Ende 1938 ging ich nach London und konnte u.a. mit Hilfe der Quäker die Otto Wollenberg-Affaire zu einem guten Ende bringen. Wollenberg erhielt sein englisches Visum und vertrat die Demokratische Flüchtlings-Fürsorge in London.⁵

Der Optimismus meiner Freunde in Prag hatte sich nicht bewahrheitet und die Ereignisse um den 15. März 1939, mit dem drohenden Adolf Hitler, den bereitstehenden Generälen und der bemitleidenswerten Figur des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Hacha, waren herangerollt, wie ein sich zusammenziehendes Gewitter – und hatten sich entladen, die tschechoslowakische Republik war dem gefräßigen Diktator zum Opfer gefallen, und Chamberlains «peace for our time» war wie ein ferner frommer Wunsch zerstoßen, zerschmettert, zerstört ... Was geschah nun mit den in der Falle befindlichen Flüchtlingen? Im «Manchester Guardian» vom 2. März 1939 berichtete ich über die Flüchtlingstragödie in der Tschechoslowakei.⁶

Am 15. März 1939 wurde der restliche Teil des heimgesuchten Staates, Tschechoslowakei genannt, von den deutschen bzw. ungarischen und polnischen Armeen besetzt.

4a Rudolf Katz, dessen wirklicher Name Leo Bauer ist, wurde nach 1945 von den ostdeutschen Kommunisten und den Russen verhaftet und verbrachte neun Jahre in Sibirien. Ich weiss ihn heute sicher auf meiner Seite.

5 Über die Schwierigkeiten, nicht linientreue KP-Mitglieder aus Prag wegzubringen, berichteten Emigranten in der «Freien Sozialistischen Tribüne», die in Paris erschien. S. Anh., Dokument 7

6 s. Anh., Dokument 8

Die Slowakei wurde ein Nazivasall. Hier folgt, gekürzt, ein von mir für die Zeit vom 15. März bis 15. Mai 1939 verfasster Bericht – ein Spiegelbild jener qualvollen zwei Monate (der Bericht erscheint hier das erste Mal in Druck):

«Nach den Septemberereignissen 1938 wurde an der Evakuierung der deutschen Emigration gearbeitet, und am 15. März 1939 hatten insgesamt 2'000 Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich, davon 600 politische, die Tschechoslowakische Republik verlassen.

Als die Hitlertruppen am 15. März 1939 in die Tschechoslowakei einzogen, waren folgende Flüchtlingsgruppen besonders gefährdet:

a)	Reichsdeutsche und österreichische Flüchtlinge: Politische	900		
	Jüdische	5 000	insgesamt	5 900
b)	Sudetendeutsche politische Flüchtlinge: Sozialdemokraten, Kommunisten, Katholiken und Demokraten	12 500		
	Jüdische Flüchtlinge aus dem Sudetenland	14 500	insgesamt	27 000
c)	Durch die Vorgänge des 15. März kamen die Juden der gesamten ČSR in dieselbe Lage wie die Juden Deutschlands und Österreichs. Es entstand daher für die Gebiete Böhmen, Mähren, Slowakei und Karpathorussland ein neues Flüchtlingsproblem von			345 000
d)	Durch die Besetzung wurden alle jene tschechischen, slowakischen, karpathorussischen Politiker und Funktionäre gefährdet, die sich auf Seiten der Linken betätigt hatten oder als Freunde des ehem. Präsidenten Eduard Benesch exponiert waren. Ihre Zahl ist nicht abschätzbar.			

Das in der Tschechoslowakei durchgeführte Hilfswerk war am 15. März 1939 durch die eingetretenen Ereignisse beendet. Zwar wurde noch von der einen oder anderen Stelle, insbesondere von den Vertretern der englischen Komitees versucht, Transporte zusammenzustellen, um wenigstens jene Flüchtlinge zu retten, die bereits im Besitz von Visen für die skandinavischen Länder, England oder Frankreich waren. Diese Versuche aber scheiterten, und nur in zwei bis drei vereinzelt Fällen gelang es, wenigstens noch am 14. März 1939 sudetendeutsche Flüchtlinge abzutransportieren, und auch ein Palästina-transport, bei dem sich Max Brod und Felix Weltsch, Herausgeber der ‚Selbstwehr‘, befanden, konnte noch über Mährisch-Ostrau das Land verlassen.

Wohin?»

Um den Versuch zu machen, die Stimmung zu verstehen, welche in den Stunden des Einmarsches bei der Flüchtlingsfürsorge herrschte, zitiere ich aus einem Brief:

«Am 15. März war die Situation derart unübersichtlich, dass es schwer war, einen Entschluss zu fassen. Am 14. abends war eine Sitzung des Comité Central vorausgegangen, in der K. den Vorschlag machte, sofort Verhandlungen über Massentransporte nach Gdingen einzuleiten. Meine Informationen waren aber besser gewesen, denn ich hatte bereits am 14. März mittags erfahren, dass deutsche Truppen marschieren, und daraufhin Brünn alarmiert. Otto Schütz und viele seiner Leute

sind daraufhin nach Prag abgefahren. Ich forderte daher sofortige Verhandlungen über die Aufnahme der Gefährdeten in den Gesandtschaften, wobei ich selbstverständlich voraussetzte ... dass die Saida-Leute in der sowjetischen Gesandtschaft unterkommen würden. Beschluss hierüber wird bis zum 15. früh vertagt. Die Sitzung kommt natürlich nicht mehr zustande. Schon gegen 9 Uhr erfahren wir, dass Gestapoleute im Polizeipräsidium wirtschaften. Militärpatrouillen haben schon den Hradschin besetzt. SS, SA und Hitlerjugend fahren schon durch Dejvice. In der Zwischenzeit haben wir alles verbrannt. R. versucht noch, die letzten 2'000 Kc von der Bank zu holen; es gelingt nicht mehr. Am Graben wird schon Spalier gebildet. Keine Taxe ist zu haben. Es geht auf 10 Uhr. R. und ich nehmen uns einen Wagen und fahren alle Bekannten ab. Parole: Zur englischen Gesandtschaft! Hunderte vor dem Tor. Keiner kommt herein. K. und Sch. ratlos.

Halten Verhandlungen für nutzlos. Ich raffe zusammen, was zu erreichen ist. Zu den Franzosen! Monsieur G. empfängt mich sofort. Stellt mich dem Legationssekretär X. vor, der mir Asylzusicherung gibt ... R. und ich gehen wieder in die Stadt, aber alles hat sich verkrochen. Edith R. erwische ich und schicke sie in die Gesandtschaft, ebenso einen Saida-Mann. Am Abend sind wir 36 Mann. Zuständigkeiten, alte Gegnerschaften sind verschwunden. Das Gesandtschaftspersonal ist freundlich und entgegenkommend.»

Aus Brünn liegt für die gleichen Tage ein Bericht vor:

«Nachdem es am Sonntag in Brünn bei dem Fest der Deutschen zu Zwischenfällen kam, wurde die innere Stadt von tschechischer Gendarmerie abgesperrt, und jeder wusste bereits, vor allem durch die unerhörte Hetzkampagne des Wiener Radios, dass ein Einmarsch der deutschen Truppen zu erwarten sei.

Ich möchte berichten, dass mir bereits von einem Parteimann am Freitag nahegelegt wurde, Sonntag nicht in die innere Stadt zu gehen, da bei einer Versammlung im Deutschen Haus für Sonntag die Parole ‚Zwischenfälle erwünscht‘ ausgegeben wurde. Mittwoch (15. März 1939) wurden wir mit dem Ruf ‚Hakenkreuzfahnen heraus! Hitler kommt!‘ geweckt. Das war um 6 Uhr früh. Um 8 Uhr war Brünn bereits eine vollkommen deutsche Stadt ...

Die ersten Juden wurden aus ihren Geschäften vertrieben und teilweise verhaftet. Ebenso konnte man auf den Hauptstrassen die in Wien zur traurigen Berühmtheit gewordenen Menschenfallen, oder besser ‚Judenfallen‘, sehen. Ein Auto am Gehsteig mit Chauffeur, ein Henlein-Mann davor, und jeder jüdisch aussehende oder bekannte Jude wurde mitgenommen und bei der Polizeidirektion, die selbstverständlich vollkommen deutsch ist, abgeliefert. Die Juden sind in verzweifelter Situation, die man nicht schildern kann, da sie ja auf keiner Seite die Möglichkeit zur Flucht haben.»

Für alle Emigranten ergab sich die Frage des Wohin? Ein Teil der Flüchtlinge versuchte, in den Gesandtschaften Rettung zu finden. Aber die englische Gesandtschaft nahm nur vier besonders gefährdete Personen auf, die Franzosen 36; in allen anderen Gesandtschaften befanden sich keine Flüchtlinge. Einige gefährdete Flüchtlinge, die die Möglichkeit hatten, verliessen die Gesandtschaften nach zwei Tagen wieder, weil sie ihre Lage dort für noch aussichtsloser hielten als in irgendeinem illegalen Quartier.

Ausreisemöglichkeiten existierten zwei:

- a) die legale Ausreise, mit Genehmigung der Gestapo oder der deutschen Militärbehörden;
- b) der illegale Weg über Polen.

Die legale Ausreise war für einen grösseren Teil der Flüchtlinge möglich, weil sich sehr bald herausgestellt hatte, dass die deutschen Überwachungsbehörden weit mangelhafter über die Emigration informiert waren, als man zunächst annehmen konnte. Seitens der tschechischen Behörden erhielten die Deutschen keine Unterstützung, und in dem allgemeinen Wirrwarr gelang es vielen Flüchtlingen, die «blaue Ausreisekarte» der Gestapo zu bekommen oder jenes hektografierte Schreiben des Wehrkreiskommandos, welches sich in der Vodickova in Prag installiert hatte. Die Voraussetzung für den Erhalt dieses Schreibens war aber in jedem Falle das Vorhandensein eines Visums. Die in Prag angewiesenen Visen wurden seitens des englischen Konsulats, nach den vorliegenden übereinstimmenden Berichten, erst dann in den Pass gestempelt, wenn die vollkommen legale Ausreise sichergestellt war. Andere Konsulate haben ohne Rücksicht auf die Erfüllung dieser Formalität das Visum gegeben. Dieser relativ günstige Zustand währte jedoch nur etwa vier Wochen und wurde zunächst durch den Erlass eingeschränkt, dass Juden bis auf Weiteres keine Ausreisegenehmigung erhalten. Für die politischen Flüchtlinge wurde die Bewegungsfreiheit automatisch durch eine wachsende Sicherheit der Gestapo eingedämmt, die sich einer Menge von Spitzeln bediente, um die Emigration auszukämmen. Es blieb also der Mehrzahl der Flüchtlinge nur der illegale Weg über Polen offen. Mährisch-Ostrau wurde das rettende Zentrum für viele Hunderte. Mit jedem Tag jedoch wurde der Grenzübergang schwieriger, und es sind uns eine grosse Anzahl von Verhaftungen (30.5.1939: 725) auf Protektoratsseite gemeldet worden. Da aber die polnische Grenze den einzigen Durchschlupf bot, versuchten täglich neue Flüchtlinge diesen oft schwierigen Grenzübergang.

Um die verzweifelte Lage der gefährdeten Altemigranten und der Juden und Tschechen ganz zu verstehen, ist es notwendig, den Versuch zu machen, etwas über die Lage dieser Menschen in Böhmen und Mähren zu sagen.^{6a} In einzelnen Teilen dieser Gebiete war die tschechische Bevölkerung beim Einzug der deutschen Truppen vollkommen konsterniert. Ganz anders verhielt sich die Sache in Prag. Beim Einzug der Deutschen wurde beim Pulverturm geschossen, ausserdem eine Menge Scheiben von deutschen Wagen zerschlagen und das Militär mit lauten, immer sich wiederholenden Pfi-Rufen und «Drei Liter» statt «Heil Hitler» empfangen. Juden und politische Gegner des Naziregimes haben sich in grosser Zahl das Leben genommen, so dass die Gestapo sich veranlasst sah, im Radio in tschechischer Sprache mitzuteilen, dass es kein Konzentrationslager geben würde und keinem tschechischen Arier etwas geschähe.

Julius Hollos berichtete über die Lage in Prag, das er am 1. April 1939 verliess:

6a Wie intensiv die Gestapo nach den Altemigranten und jenen, die sie unterstützten, forschte, geht aus einem Brief vom 26. Mai 1939 von der Frau des Vorsitzenden der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge Siegfried Neumann hervor: «... Vor einigen Tagen erschienen Gestapoleute in der Wohnung und durchsuchten diese mit einer unglaublichen Gründlichkeit. Die Wände wurden abgeklopft, die Täfelung im Badezimmer teilweise abgelöst, Parketts durchleuchtet. Sie suchten nach Verzeichnissen von Flüchtlingen und ihren Gönnern. Sie verlangten Korrespondenzen von Dir und von Kurt Grossmann. Sie vermuten, dass Ihr eine illegale Tätigkeit noch in Prag entfaltet und Flüchtlingen zur Flucht verhilft und sie mit Geldmitteln versorgt. . . »

«Einerseits existiert eine Knappheit an Butter und Eiern, so dass die Tschechen als Volk unzufriedener werden; man soll jetzt auch mehr junge Leute mit dem tschechischen Abzeichen herumlaufen sehen. Andererseits ist der Beamtenapparat jetzt fest in den Händen der Deutschen. Dass die Verhaftungen in Prag nach politischen Richtungen vorgenommen werden, während die im Bürkelschen Teil (Brünn und Ostrau) nach Wiener Muster, dürften Sie wissen. In Ostrau z.B. sind generell alle reichen Juden, deren man habhaft werden konnte, verhaftet worden.

Anfang April wird eine von hier nicht nachzuprüfende Zahl von 573 verhafteten politischen Altemigranten gemeldet. Die jüdischen Hilfsinstitutionen werden aufgelöst und der Mitarbeiterstab, 47 Funktionäre, wandert ins Gefängnis. Ein grosser Teil von Tschechen wird verhaftet, aber später wieder freigelassen. Auch die Mehrzahl der jüdischen Funktionäre wird in Freiheit gesetzt, die jüdischen Hilfsinstitutionen unter Einsetzung eines kontrollierenden Nazikommissars wieder eröffnet.

Die nachfolgend erwähnten Einzelfälle behandeln Personen, die nicht wieder enthaftet worden sind, während auf die Wiedergabe der nur zeitlich Verhafteten (Ferdinand Peroutka z.B.) verzichtet wird. Verhaftet und wahrscheinlich nach Deutschland abtransportiert sind: Marie Schmolka, die Vorsitzende des Comite Central und Leiterin der Hicem^{6b}; Dr. Ernst Froehlich, der frühere verantwortliche Redakteur der «Neuen Weltbühne», Funktionär einer Gewerkschaft; Arnold Marlee, früher Regisseur am Neuen Deutschen Theater, später in der Jüdischen Fürsorge tätig; Ingenieur Bohumil Prikyrl, Verlagsdirektor von ‚Cin‘ und Vorsitzender der Liga für Menschenrechte; die Emigranten Martin Bieber, Dr. Türkischer, Georg Ascher und Heppenheimer, die, obwohl die Gestapo ihnen die legale Ausreiseerlaubnis gab, beim Verlassen der französischen Gesandtschaft verhaftet wurden; Oskar Biewald, Dr. Wolfgang Gerber, Margarete Zeissig, Dr. Colbert, Dr. Sekanina, ein Anwalt; Dr. Emil Strauss, früher Redakteur beim «Prager Sozialdemokrat». Diese Mitteilungen können natürlich in keiner Weise Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

In den Aussenbezirken Zabelice und Strasnice, Bezirke, die von Emigranten stark bewohnt waren, wurde von der Gestapo systematisch durchgekämmt. In den ersten Tagen hat die tschechische Polizei alles getan, um die gefährdeten Emigranten zu retten; die Gestapo bekämpfte das mit dem Absuchen der verschiedenen Quartiere. Der Berichterstatter, der selbst aus seiner Wohnung abgemeldet war, sich dann vier Wochen in einem Hotel aufhielt, musste erfahren, dass die Gestapo dreimal in der seit damals unbewohnten Wohnung war. Dieses Faktum soll nur als Symptom dafür angeführt werden, mit welcher Intensität die Gestapo nach den Emigranten forscht.»

Aus den zahlreichen Berichten über die Lage in Polen, die die Demokratische Flüchtlingsfürsorge erhielt, gebe ich hier eine Anzahl wieder. Sie sprechen für sich selbst.

«Nachdem die Gestapo bereits dreimal in unserer Prager Wohnung war, fuhren wir zwei Familien mit je einem Kinde von 3 und 7 Jahren am Dienstag an die polnische Grenze nach Mährisch-Ostrau. Nachdem wir mit Mühe an den Deutschen vorbei mit unsern Kindern über die Grenze kamen, wurden wir von den Polen gefangen und an den polnisch-deutschen Grenzschlagbaum gebracht. Nach vielem Bitten wurden wir dann in die Gendarmeriestation Reichswaldau gebracht, mussten dort zwei Tage bleiben und wurden, trotz gegenteiliger Versicherung und obwohl einer von uns schwere Herz-

6b Marie Schmolka war einige Zeit in einem Prager Gefängnis. Nach ihrer Entlassung kam sie nach London, wo sie jedoch 1940 Selbstmord beging.

krämpfe bekam, am Donnerstag um 7 Uhr abends, bei vollkommener Dunkelheit, jede Familie separat, an die Grenze gebracht. Alle unsere Einwendungen, dass wir bereits Einreise nach England haben, waren bei dem sehr robusten Kommandanten Wiesner erfolglos. Ich kam um 7 Uhr abends mit Frau und Kind an der Grenze an. Ein Polizist führte uns in dickem Schlamm zur Grenze. Nachdem er weg war, strahlten die Laternen der Deutschen auf. Wir rannten zurück, und dann ertönten die Schüsse der Grenzwatche. Mit aller Kraft rannten wir aufs polnische Gebiet zurück, fielen in einen Bach, und das war unsere Rettung. Nach einer Stunde wagten wir uns hervor. Mein Kind und ich wurden durch das Hinwerfen im Gesicht verletzt. Vollkommen durchnässt fanden wir dann eine tschechische Frau, die uns aufnahm und durch ihren Sohn am nächsten Tag nach Oderberg brachte.»

Ein anderer Bericht zweier politischer Flüchtlinge:

«In den frühen Morgenstunden des 20. April 1939 überschritten wir die Grenze zwischen dem Protektorat Böhmen und Polen. In dem Orte Terlinko wurden wir von einem Kriminalbeamten angehalten und zur Grenzpolizei gebracht, die uns sofort an die Grenze zurückstellen wollte. Auf unsere Weigerung hin wurden wir nach Abfassung eines Protokolls nach Teschen in Untersuchungshaft eingeliefert.

Hier wurden wir am nächsten Morgen, dem 21. 4., vom Richter zu einer Geldbusse von 10 Zloty verurteilt und von ihm zu dem Zwecke der Weiterreise nach Kattowitz bzw. England in Freiheit gesetzt. Ein Beamter der Entlassungsabteilung des Gefängnisses setzte aber durch, dass wir der Polizei zurückgestellt wurden mit der Anweisung, uns an die Grenze zu stellen und dort den deutschen Behörden zu übergeben.

Auf dem Polizeikommissariat wurde uns verweigert, mit dem englischen Konsulat in Kattowitz in Verbindung zu treten. Wir weigerten uns, zurückzufahren. Erst nachdem wir einen höheren Polizeioffizier sprechen konnten, wurde uns von ihm am 21. 4. nachmittags um 15 Uhr erlaubt, an das englische Konsulat eine Depesche folgenden Inhalts abzusenden: ‚R.N. und W.W. sind auf Polizeidirektion Teschen; sollen ausgeliefert werden. Sofortige Intervention nötig. Hersenden sofortige Bestätigung Visen und Fahrkarten. N.‘

Als nach zwei Stunden keine Antwort vorlag und der Polizeioffizier selbst mit dem Konsulat telefonisch gesprochen hatte, ohne eine Auskunft bekommen zu haben, erklärte er, uns zurückstellen zu müssen. Es gelang uns, ihn zu bewegen, uns in Polizeihaft zu nehmen, um bis zum nächsten Morgen auf eine Antwort des englischen Konsulats warten zu können. Als diese bis mittags 12 Uhr des 22. 4. nicht vorlag, wurden wir gezwungen, die Rückfahrt an die Grenze anzutreten. Hier ist es uns gelungen zu erbitten, dass der Befehl, uns direkt an die deutschen Beamten zu übergeben, nicht in dieser Form ausgeführt wurde und wir durch die ‚grüne Grenze‘ gehen konnten.

Bei nochmaligem Versuch einige Tage später, die Grenze zu überschreiten, sind wir mitten im Grenzbach watend von deutschen Grenzpolizisten von einigen Metern Entfernung aus der Dunkelheit beschossen worden. Einem von uns gelang es, die Böschung des Ufers hinaufzukommen, während der zweite unten lag und auf ihn etwa zehn scharfe Revolver- und Gewehrscüsse aus nächster Nähe abgeschossen wurden. Erst nachdem er den Deutschen zurief, dass er zurückkommen wolle, hörte das Schiessen für einige Sekunden auf, die er dazu benutzte, das Ufer auf polnischem Gebiet zu erreichen und davonzulaufen.»

Der «Manchester Guardian» vom 5. Mai 1939 berichtet noch zwei Fälle über den Grenzübergang von Flüchtlingen:

«Ein Mann, der vorige Woche in Polen war und auf ein englisches Visum wartete, ist von einem starken und freundschaftlichen kommunistischen Ringer mit erfrorenen Füßen acht Stunden über die Karpathen getragen worden. Ein anderer wählte einen bequemerem, aber nicht weniger gefährlichen Weg mit der Eisenbahn. Er musste ohne Pass durch die deutschen und polnischen Grenzkontrollen. Er kam auf die deutsche Station, indem er ‚zufällig‘ von einem Schnellzug in einen lokalen Personenzug stieg, der in derselben Richtung fuhr. In der ersten polnischen Station markierte er, einer Chaplinschen Eingebung folgend, als die Passkontrolle seinen Wagen erreichte, einen Reiseführer, indem er von einem Ende des Wagens zum anderen ging und rief: ‚Pässe bereithalten!‘ Dann schritt er auf die Plattform und schlenderte zurück, um wieder in den Hintergrund des Wagens zu kommen. Tagelang danach war er einem Nervenzusammenbruch nahe.

Aus Kattowitz wird berichtet, dass in Mährisch-Ostrau noo Flüchtlinge, bevor sie die Grenze zu überschreiten vermochten, verhaftet wurden und, soweit sie nicht als schwer gefährdete politische Flüchtlinge nach Deutschland abgeschoben wurden, ihrer Aburteilung wegen irgendwelcher Devisenvergehen entgegensehen. Eine mir vorliegende Liste von 60 Namen zeigt, dass sehr schwer gefährdete Flüchtlinge in die Hände der Gestapo gefallen sind.»

Ein anderer Bericht weist besonders auf die Unübersichtlichkeit dieser neuen Emigration und auf die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten hin:

«Das Menschenmaterial, das hier zusammengeströmt ist, ist. . . von verschiedener Art. Soweit es heute möglich war, ist eine Gruppeneinteilung vorgenommen worden, um eine Übersicht vorzunehmen. Wir haben eine politische Gruppe zusammengestellt:

- a) Politische Emigranten, Sozialdemokraten, Demokratische Flüchtlingsfürsorge, Saida-Komitee;
- b) Katholische Flüchtlinge, Bibelforscher und die einmal organisiert Gewesenen.

Diese Gruppe b, die in einem grossen Vorteil uns gegenüber ist, konnte alle möglichen Referenzen in England angeben: Die Anglikanische Kirche, Reverend Smith und viele Persönlichkeiten . . . Ein Teil ist mit Geld versehen. Sie haben aufgrund der Referenzen eine grosse Chance, abgefertigt zu werden. Die Gruppe c (Hicem) und alle jüdischen Flüchtlinge organisieren zum Teil in Gruppen, zum Teil allein oder in Verbindung mit einem Rechtsanwalt ihre Belange. Wir haben nun grosse Schwierigkeiten, unsere Dinge zu erledigen. Hinzu kommt, dass wir Politischen alle mittellos angekommen sind und einer dem anderen, soweit es geht, hilft. Die Jüdische Kultusgemeinde hat im Anfang 5 Zloty gegeben, was aber jetzt beendet ist.»

Der bereits zitierte Bericht des «Manchester Guardian» zeichnet plastisch die Situation der Flüchtlinge. Nach seiner Schilderung, wie hunderte Flüchtlinge in Prag vergeblich auf das Visum gewartet haben, es einigen gelang, nach Polen zu entkommen, fährt der Berichterstatter fort:

«Wenn etwas aus ihnen werden sollte, müsste eine neue Organisation geschaffen werden: das ist die Aufgabe des British Committee for Refugees from Czechoslovakia in den letzten fünf oder sechs Wochen gewesen. Einige Tage nach der Besetzung Prags hatte das Komitee Leute, die in Polen arbeiteten, um einen Zug mit 450 Personen zu empfangen, der inmitten der Invasion nach England geleitet werden musste, frei für andere Arbeit. Als diese Zugladung weg war, gab es bereits genug Flüchtlinge in Krakau und Kattowitz, die diese freiwilligen Kräfte 16 Stunden beschäftigten. Viele

Flüchtlinge hatten bereits Visen nach England erhalten, aber weitere Formalitäten waren notwendig, und ihre Pässe, wenn sie solche überhaupt besaßen, waren ohne Konsularstempel.

Visen und Passformalitäten sind für normale Zeiten gedacht, nicht aber, wenn mächtige Regierungen unschuldige Menschen rachsüchtig von Land zu Land hetzen. Sie passen nicht in eine gegenwärtige Situation wie die in Mitteleuropa. Wenn die normalen Vorschriften strikt befolgt worden wären, wären Hunderte von Menschen verlorengegangen, wie Hunderte in Prag bereits durch die strikte Befolgung der Vorschriften in den Ressorts der Britischen Regierung verlorengegangen sind. Um den Kreislauf der Formalitäten abzukürzen, wurde eine neue Art Kollektivgarantie, ‚Blockvisen‘ genannt, erdacht, und dieses Dokument wird noch heute benutzt, um Teile der Flüchtlinge aus Polen herauszubekommen.»

«Für jene», so führt der Berichterstatter fort, «welche nicht zugelassen worden waren, werden Visenanträge nach England geschickt, und während diese von den Regierungsstellen geprüft werden, müssen die Flüchtlinge am Leben erhalten werden. Wenn die Zeit kam, sie nach England zu schicken, mussten Schiffe ausfindig gemacht werden, und zwar solche, die bereit waren, nicht Danzig, Memel oder andere Plätze anzulaufen, wo die Gestapo mit Vergnügen hätte arbeiten können. Die meisten Schiffe von Gdingen nach England gehen durch den Kieler Kanal. Tatsächlich sind Flüchtlinge bisher, wenn sie den Kaiser-Wilhelm-Kanal passierten, nicht belästigt worden. Aber das gegenwärtige Deutschland schafft leicht Präzedenzfälle, und niemand kümmert sich darum, für eine grosse Zahl gehetzter und erregter Menschen einzutreten. Dies ist nur eine der vielen komplizierten Schwierigkeiten; die ganze Arbeit ist verzwickelt und schwierig und ungeheuer eilig.»

Die Flüchtlingszentren befanden sich in Warschau, Krakau und Kattowitz. Die Hauptlast der Fürsorge lag auf der Jüdischen Gemeinde, die neben den reichsdeutschen, österreichischen und tschechischen Emigranten noch 12'000 jüdische polnische Flüchtlinge aus dem Protektoratsgebiet zu ernähren hatte. «Unter den Flüchtlingen, die zur jüdischen Gemeinde in Warschau in den letzten Wochen gekommen sind, befinden sich auch eine Reihe Nichtjuden. Ihnen wie den anderen gab man Obdach und Verpflegung.»

Auch die Arbeiterorganisation, die polnische Sozialdemokratie, wie auch der jüdische Bund nahmen sich der Flüchtlinge an. Über die rührende Fürsorge des Bundes schreibt der hier mehrfach angeführte Journalist Julius Hollos Folgendes:

«Hervorragend in Polen benimmt sich der jüdische Bund. Leute, die zu Fuss nach Teschen gingen, berichten, dass sie schon vor der Stadt von jugendlichen Mitgliedern des Bundes abgefangen wurden, damit sie nicht den Polen in die Hände fallen und sofort vom Bund untergebracht und weiterbefördert werden. Es muss zumindest einige Tage lang dort ein regelrechter Dienst auf der Landstrasse, die von der Tschechoslowakei nach Teschen führt, eingerichtet worden sein.»

Über Kattowitz und Krakau liegen eine Anzahl Berichte vor. Ich zitiere zunächst den Berichterstatter des «Manchester Guardian»:

«In jeder dieser Städte unterhält die Jüdische Gemeinde einige hundert mittellose Flüchtlinge, deren einzige Hoffnung die Auswanderung ist. Ich sah sie in ihrem schlimmsten Zustand, immer in der Furcht, nach Deutschland zurückgeschickt zu werden ... Von allem physischen und psychischen Unglück, das über die Flüchtlinge kommt, ist dieses hilflose Warten am demoralisierendsten.»

Aus einem Bericht über eine Versammlung der politischen Emigranten aus Warschau geht hervor, dass es den polnischen Freunden gelungen ist, die materielle Versorgung sicherzustellen und auch gegenüber den Behörden den Schutz zu übernehmen.

Aber es blieben grosse Schwierigkeiten zu überwinden. Aus einem Bericht eines Vertrauensmanns zitiere ich:

«Mit der Besetzung der Tschechoslowakei durch Hitler wurde die deutsche Emigration sowie die politischen Funktionäre der tschechischen Arbeiterbewegung gezwungen, nach Polen zu gehen. Weder in Prag noch in Polen gab es eine Organisation zur Bewältigung der für die Emigration gestellten Aufgaben. Nach dem Grenzübertritt war es die erste Aufgabe, Einrichtungen zu treffen, die nach Polen gekommenen Flüchtlinge zu registrieren und den noch in Prag sich Aufhaltenden den Weg zu weisen. Unabhängig voneinander hatten Kattowitz und Krakau ihre Evidenzstellen, die die Überprüfung der politischen wie tschechischen Emigration vornahmen. Um eine gemeinsame Arbeit zu leisten, gingen die Freunde, die sich in Kattowitz befanden, nach Krakau.

Die Arbeiterorganisationen – PPS, Bund und Gewerkschaften – errichteten das Hilfskomitee: Komitet robotniczy z Czechoslowacji przy OKR, PPS i Bundzie w Krakowie.

In aufopferungsvoller Weise hat dieses Komitee für Unterkunft und Verpflegung gesorgt. Es muss festgestellt werden, dass die Arbeiterorganisationen von Krakau trotz ihrer bescheidenen Mittel, die zur Verfügung standen, den bisher über 200 deutschen und tschechischen Flüchtlingen die notwendigsten Dinge bereitstellten. Besonders ist zu erwähnen, dass sie in Verbindung mit Warschau der politischen Emigration die polizeiliche Aufenthaltsgenehmigung in Polen unter dem Schutz von PPS und Bund verschafften.

Alle ehemaligen Komitees wurden für die Zeit des Aufenthalts in Polen liquidiert. Zum ersten Mal in der Emigration seit 1933 gelang es, eine Einheitlichkeit in die Emigrantenhilfe zu bringen. Die Einheit, die ihren Ausdruck in einem einheitlichen Evidenzkomitee fand, zeigte auch ihre Früchte. Trotz aller Schwierigkeiten gelang es, in gemeinsamer Arbeit mit der Krakauer Arbeiterbewegung der stark fluktuierenden Emigration, die durch die besonderen Verhältnisse bedingt ist, Hilfe und Unterstützung zu gewährleisten. Diese einheitliche Emigration wurde nach einigen Wochen gespalten. Die Ursache war das Anschwellen der tschechischen nationalen Emigration. Diese an sich objektive Tatsache wurde bald in demagogischer Weise von den K. Leuten (Kommunisten) ausgenutzt, die unter Betonung von ‚national-revolutionären‘ Grundsätzen die Führung in der tschechischen Gruppe an sich rissen und die Emigration nunmehr bewusst zu spalten versuchten. Statt die sozialistische Emigration zu betonen und zu fördern, liessen sie es nicht nur zu, dass das Tschechische Komitee wahllos alle Tschechoslowaken evidierte, sondern förderten auch die Tendenzen zum Hypernationalismus... Dazu kommen die Quertreibereien der genannten politischen Gruppen

...

Nicht klar bleiben für das deutsche politische Komitee die Richtlinien, die für die Visazuteilung galten. Den Gerüchten, dass von London aus nur Blankovisen ausgegeben wurden, die in Kattowitz auf Namen ausgestellt würden, traten wir entgegen. Wir konnten aber nicht verhindern, dass an der Methode der Visazuteilung Kritik geübt wurde. Durch Überprüfung der Grenzarbeit erfuhren wir von den Mitgliedern über die Methoden, nach denen dort gearbeitet wurde. In Teschen sind die Listen des Saida-Komitees vorhanden, so dass die Emigranten, die auf Listen standen, nicht nach Krakau, sondern nach Kattowitz dirigiert wurden. Von Kattowitz fuhren in der Regel immer mehr Emigranten nach London, was mit der grossen Gefahr durch die Nähe der Grenze begründet wurde.

Betrachtet man die parteimässige Zugehörigkeit der Abgefahrenen, so zeigt es sich, dass der Anteil der Saida-Leute 90% beträgt. Dieser Prozentsatz ist so hoch, dass er durch ein rein zufälliges Zusammentreffen einzelner Bedingungen nicht zu erklären ist. Von hier aus lässt sich nicht prüfen, ob die Schuld an der Visazuteilung London oder Kattowitz trifft. Wir sehen unsre Pflicht darin, auf diesen Missstand aufmerksam zu machen. Die Nervosität unter den Emigranten verlangt von einer verantwortungsbewussten Leitung die Unterstreichung der Gefahr eines solchen Zustandes ...»

Der bereits mehrfach zitierte Berichterstatter des «Manchester Guardian» schreibt über die Situation am 5. Mai 1939 das Folgende:

«Für einige weitere Wochen mag, grob gesehen, die Situation die gleiche bleiben. 400 bis 500 Flüchtlinge aus der Tschedioslowakei, meist Frauen und Kinder, leben in Krakau und ähnlich in Kattowitz; einige in von der Jüdischen Gemeinde oder sympathisierenden politischen Körperschaften errichteten Massenquartieren in den mittelalterlichen, ungesunden Vierteln von Krakau, mit Unterstützung der Gewerkschaften und Katholiken. Ihre Zahl wächst, ca. 100 bis 120 werden wöchentlich nach England gebracht. Und einige nehmen die skandinavischen Länder auf. Aber neue Flüchtlinge in weit grösserer Anzahl überschreiten die Grenze.

Eine der schwersten und unablässigsten Aufgaben, die das Komitee in Polen zu leisten hat, ist, die polnischen Behörden, die viele eigene Gründe haben, nicht mehr Flüchtlinge und nicht mehr Fremde in ihren eigenen Grenzen zu haben, daran zu hindern, die ganze Masse nach Deutschland zurückzuschicken. Alle paar Tage werden hilflose Leute verhaftet und mit Ausweisung bedroht, weil sie in Polen ‚illegal‘ sind. Dies passierte 15 Männern und Frauen in Warschau, von denen ich weiss, und die psychologische Wirkung dieser Drohung war eines der furchtbarsten Dinge, die ich je gesehen habe. Um gerecht zu sein, die polnischen Behörden haben eine Fülle von Warnungen ergehen lassen. Wenn die Flüchtlinge nicht rasch weiterbefördert werden, werden sie zurückgeschickt. Ihre Sicherheit besteht im raschen, verständnisvollen Handeln, nicht nur eines freiwilligen Komitees und unbezahlter Arbeitskräfte, sondern der Regierungen der Länder, die Platz haben. Wenn nicht schnell gehandelt wird, wird der europäische Ruf einen neuen Makel erhalten.»

Nach dem 15. März 1939 setzten von verschiedenen Seiten Hilfsaktionen ein. Trotz des grossen Ausmasses der Tragödie, die sich in der Tschechoslowakei abspielte, war es nicht möglich, diese Hilfsaktionen gemeinsam durchzuführen. Eine gute Zusammenarbeit ergab sich mit dem British Committee und auch mit der Nansen-Hilfe. Letztere beschränkte sich jedoch darauf, jene Flüchtlinge zu retten, für die schon ein norwegisches Visum erteilt war. Das Bureau pour le Respect d'Asile hat eine Anzahl von Forderungen zur Rettung der Flüchtlinge gestellt und auch einen Delegierten in Polen gehabt; wieweit aber dieses Büro praktisch Flüchtlinge abtransportiert hat, ist nie bekannt geworden.

Der Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland war mehrere Wochen in Prag, versuchte zu retten, was zu retten war. Er veröffentlichte am 11. April 1939 im «Manchester Guardian» einige Vorschläge:

Der Hochkommissar Sir Herbert Emerson/ solle die polnische Regierung ersuchen, keine

7 Sir Herbert Emerson war zugleich Direktor des Intergovernmental Committee for Refugees.

Flüchtlinge zurückzusenden, bevor den privaten Hilfsorganisationen die Gelegenheit des Beistandes gegeben worden ist. Der Appell sollte unterstützt werden von den Regierungen der Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Russland, Belgien, Holland, Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland. Der Hochkommissar sollte an diese Länder appellieren, um Flüchtlinge in sogenannte Wartelager aufzunehmen, bis sie endlich auswandern könnten. Um diese Bemühungen zu unterstützen, wollte man an die Carnegie-Stiftung, an das Rockefeller-Institut und an das Internationale Rote Kreuz appellieren. Mehrere Wartelager sollten in Polen und, wenn möglich, in Skandinavien eingerichtet werden, und zwar möglichst unter der Kontrolle des Hochkommissars. Die hierzu notwendigen Mittel sollten von den Regierungen vorgestreckt werden.

Der wichtigste Teil der Hilfsarbeit lag auf den Schultern des Britischen Komitees (British Committee for Refugees from Czechoslovakia), welches für den Abtransport aus Polen zu sorgen hatte. Man rechnete mit einem wöchentlichen Abtransport von 150 Flüchtlingen. Die beim British Committee akkreditierten Vertreter früherer Prager Hilfskomitees hatten die schwierige Aufgabe, die einzelnen in Polen angekommenen Flüchtlinge zu legitimieren, auf ihren Gefährdungsgrad hinzuweisen, sie in London zu empfangen, bei der Unterbringung behilflich zu sein usw. Von den 4'000 Flüchtlingen, die nach dem «Journal des Débats» vom 27. April 1939 über den Gdinger Hafen geleitet worden sind, sind die meisten nach England gekommen, nur ein Bruchteil nach den skandinavischen Ländern, Nordamerika u.a.

Am 15. März 1939 waren von der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge noch 81 Personen in Prag. Am 15. Mai 1939 ergab sich das folgende Bild:

	Gerettet	Verhaftet	Ungewisses Schicksal
48 Männer	19	4	25
26 Frauen	14	2	10
7 Kinder	5	-	2
81 Flüchtlinge	38	6	37

Bereits am 13. März hatten wir dringende Appelle nach Oslo, Stockholm, London zur Beschleunigung der im Gange befindlichen Hilfsaktionen gesandt. Wenige Tage nach der Katastrophe richteten wir in deutscher und französischer Sprache an eine grosse Anzahl von Organisationen und Persönlichkeiten in Paris einen neuen Appell, in dem es hiess:

«... Die deutsche Besatzungsbehörde hat ein generelles Ausreiseverbot verfügt. Sofern die Grenzen wieder geöffnet werden, ist diese Ausreise nur mit blauen Karten, die von der Gestapo in Prag ausgestellt werden, zulässig. Von diesen Möglichkeiten können also auf keinen Fall die politischen Flüchtlinge Gebrauch machen. Ihre Rettung ist daher nur möglich, wenn die amerikanische, englische, französische und russische Regierung diese Flüchtlinge unter ihren diplomatischen Schutz stellen und den Abtransport über die polnische Grenze, wohl am besten nach dem Hafen Gdingen, organisieren, von wo aus dann die Verteilung in die verschiedenen Länder erfolgen könnte...»

1. Die in der ČSR am 15. März 1939 befindlichen Flüchtlinge aus Deutschland, Österreich und den

früheren angeschlossenen Gebieten (Sudeten) werden unter den diplomatischen Schutz Amerikas, Englands, Frankreichs und Russlands gestellt. Der Abtransport dieser Flüchtlinge wird dem Internationalen Roten Kreuz in Zusammenarbeit mit den bereits existierenden Hilfsorganisationen übertragen.

2. Sofern dieser Vorschlag seitens der deutschen Regierung nicht angenommen werden sollte, wird allen Flüchtlingen empfohlen, den Versuch zu machen, über die polnische Grenze illegal zu gelangen, damit sie von den dort installierten Hilfskomitees, die sich in den Städten Krakau, Gdingen und Warschau befinden, aufgenommen und weitergeleitet werden können. Auf Wunsch der an dem Rettungswerk interessierten Regierungen hat die polnische Regierung ihren sämtlichen Grenzorganen die Instruktion zu erteilen, die Flüchtlinge an die Hilfsorganisationen weiterzuleiten.
3. Indem wir aus der Sorge um unsere Flüchtlinge heraus diese Vorschläge machen, bitten wir eine der grössten Organisationen, etwa das American Joint Distribution Committee, dem wir eine Liste der Organisationen und Persönlichkeiten, an die wir uns mit diesem Appell gewandt haben, überreicht haben, die Initiative zu einer eventuell notwendig werdenden Besprechung zu ergreifen. Mit diesem Appell wollen wir unsererseits unsere Pflicht erfüllen, die wir unseren Schützlingen gegenüber zu haben glauben.»

Unsere Fürsorge hatte in London, in Paris, in Basel und in Luxemburg durch Freunde erreicht, dass bestimmte Meldungen durch das Radio durchgegeben wurden, die für die Flüchtlinge in Prag Wegweiser für ihre Rettung sein sollten.

Die Demokratische Flüchtlingsfürsorge hatte in Krakau und Kattowitz Korrespondenzstellen eingerichtet und in einigen individuellen Fällen eingreifen können. Wir haben M. Chatigneau (Kabinettschef) über die Lage der Flüchtlinge in der ČSR informiert. In Oslo hatten wir einen Vertreter (Walter Fischer) beauftragt, die notwendigen Schritte zur Rettung unserer Freunde in Prag zu unternehmen. Dieser Vertreter hat in Oslo, in vierwöchiger intensiver Arbeit eine sehr fruchtbare Arbeit geleistet. In London hatte unser ständiges Sekretariat (Otto Wollenberg) in engster Zusammenarbeit mit uns gearbeitet. Wir haben in Polen die Listen unserer Flüchtlinge zur Erleichterung der Legitimation bei Vertrauensleuten hinterlegt. Wir haben mit dem englischen Vizekonsul in Kattowitz Kontakt erhalten, der sogar Funktionen unserer Fürsorge übernahm (Auszahlung von Unterstützungsgeldern, die wir ihm telegrafierten).

In Prag standen wir noch mit einer Anzahl von Flüchtlingen in Verbindung.

Der Bericht schliesst am 15. Mai 1939 ab. Zu dieser Zeit wurden für Juden in Prag keine Ausreisegenehmigungen mehr gegeben. Ariar, die eine Ausreiseerlaubnis beantragen, müssen den Ariernachweis bringen. Ausreiseerlaubnisscheine sind nur für begrenzte Fristen gültig, die von einem Tag bis zu einer Woche gelten. Diese Frist wird ohne Rücksicht auf die Möglichkeit, ein Visum zu erhalten, gegeben. Personen mit Papieren, die in Ordnung sind und für ein fremdes Land gelten, oder die Arrangements getroffen oder Ausbildung haben, bekommen oft nur eine Frist von ein paar Tagen. Andere, die noch gar keine Aussichten auf ein Visum haben, erhalten eine längere Frist. Politische Flüchtlinge konnten es natürlich nicht mehr riskieren, bei der Gestapo vorzusprechen. Die Konsulate werden von der Gestapo bewacht. In Mährisch-Ostrau befanden sich 1'100 Flüchtlinge, die beim versuchten Grenzübergang verhaftet wurden, und den Weg über die Slowakei (Kar-

pathen) konnten nur die Wenigsten versuchen. Das Schicksal von Tausenden war ungewiss. Vielleicht würden sich noch einige hundert jüdische Emigranten «legal» retten können, nachdem man sie, wie in Deutschland, ihres Vermögens beraubt hat. Jene politischen Flüchtlinge, die sich aber noch in Prag illegal aufhielten, mussten mit dem allerschlimmsten rechnen. Aus einer mir von in Mährisch-Ostau Verhafteten zugegangenen Liste ist die «Auslese» erkennbar, die die Gestapo vornahm. Politische Flüchtlinge aus Deutschland wurden ins Reich abtransportiert.

Die grosse Tragik des Rettungswerkes der Emigration aus der Tschechoslowakei lag darin: Man hatte das Furchtbare kommen sehen. Es war von allen Seiten appelliert und alarmiert worden. Trotzdem geschah von den Verantwortlichen aus zu wenig, um diese Menschen aus ihrer gefährlichen Lage zu befreien.

Wir haben den Leser ungebührlich lange mit der tschechoslowakischen Flüchtlingstragödie aufgehalten, aber sie war der Ausgangspunkt, der die letzten Barrieren, dem Wahnsinn Einhalt zu gebieten, für immer wegräumte – und den Ereignissen von München 1938 bis Prag 1939 folgte die chaotische Flucht, als das furchtbarste Verbrechen des Jahrhunderts einsetzte.⁸

⁸ Zur Lage der Juden in den besetzten Gebieten s. Anh., Dokument 9

13. Verschlossene Tore – verschlossene Herzen

«Verschliesst das Tor und werft den Schlüssel fort!»

Martin Dies, U. S. Kongress-Abgeordneter

Die Konferenz von Evian hatte im Schatten der kommenden tragischen Ereignisse stattgefunden, die, immer stärker erkennbar, das Schicksal der Juden und Oppositionellen in den von Hitler kontrollierten Ländern besiegelten. Als die privaten Organisationen im Dienste der Flüchtlinge Gelegenheit hatten, ihre Meinung zu sagen, appellierten sie an die Konferenz für eine Politik der offenen Tür. Es waren nicht nur jüdische Organisationen, die in Evian vertreten waren, sondern insbesondere katholische, und es fehlte nicht an bedeutenden Persönlichkeiten, die nach dem französischen Badeort gekommen waren, um ihre gewichtige Stimme der Warnung und Vernunft zu erheben. Graf Richard N. Coudenhove-Calergi, der italienische Exilpolitiker Pietro Nenni und der Italiener Graf Sforza waren anwesend, sowie Dr. Arthur Ruppin als Vertreter der Jewish Agency for Palestine. Sie alle konnten auf die Entwicklung der Einwanderung in den letzten Jahren hinweisen. Die Einwandererzahlen waren gerade zu dem Zeitpunkt gesenkt worden, als die Länder als Zuflucht vor der Verfolgung am notwendigsten gebraucht wurden. In der Zeit von 1926 bis 1939 kamen nach den Vereinigten Staaten und Kanada nur 173'000 jüdische Einwanderer, nach Argentinien und Brasilien nur 107'000 und nach allen anderen amerikanischen Ländern nur 58'000. Wenn man den prozentualen Anteil jüdischer Einwanderung in den verschiedenen Zeitabschnitten in Beziehung zur allgemeinen setzt, so betrug er für die USA und Kanada in der Zeit von 1901-1925 86%, aber im Zeitraum von 1926-1939 nur 26,5%. Was Südamerika anbetrifft, so war die Einwanderung von 1901-1925 prozentual ausgedrückt geringer, nämlich 8%, als in der Periode von 1926-1939, nämlich 25,2%; aber von 1940 an fiel diese Einwanderung auf 9,7%.

In der Zeitschrift «Population» der International Union for the Scientific Investigation veröffentlichte der Bevölkerungspolitiker Kurt Zielenziger 1938 eine Arbeit, «Die Auswanderung der deutschen Juden seit dem Jahre 1933», wonach von rund 140'000 damals geflüchteten Juden bis Ende 1937 nach Übersee ausgewandert waren:

USA	Südamerika	Palästina	Südafrika	Übrige Welt	Gesamt
15'000	21'000	43'000	4'000	2'000	85'000

Diese Einwanderer waren unter Beachtung aller existierenden Einwanderungsbestimmungen in die genannten Länder gekommen. Diese Frühauswanderer konnten einige

Sachwerte mitnehmen, wenn sie auch ihre Sperrmark zu denkbar ungünstigen Kursen verkaufen mussten.

Per 31. Dezember 1933 waren von 59 000 Flüchtlingen

allein in Frankreich	42,4%	
in allen anderen europäischen Zufluchtsländern	17,6%	
in Palästina	11 %	
in den Vereinigten Staaten	13,8%	
in Ursprungsländer zurückgekehrt	15,2%	100%

Im Juni 1935 sah die Situation für 80 000 Flüchtlinge dagegen wie folgt aus:

Europa	Palästina	Vereinigte Staaten	andere Überseeeländer	repatriiert	Gesamt
31,9%	33,6%	7,4%	3,7%	22,4%	99%

Im März 1936 veränderten sich die Zahlen trotz Steigerung der Flüchtlinge auf 108'000 wie folgt:

Europa	Palästina	USA	Andere Länder	Südafrika	Repatriierung	Gesamt
27,3%	28,7%	11,8%	3,3%	11,3%	16,6%	99%

Ende Dezember 1937 sah die Lage bei 154'000 Flüchtlingen (jüdische und andere) folgendermassen aus:

Europäische Länder	Palästina	USA	Südamerika	Südafrika	andere Länder	Gesamt
24,7%	27,2%	17,1%	3,1%	3,1%	14,5%	100%

Diese Ziffern zeigen, wie stark die jüdische Flüchtlingsbewegung von Jahr zu Jahr anwuchs. Erst im Jahre 1938, unter dem immer stärker werdenden Druck von Berlin und dem sich abzeichnenden Unheil, entschlossen sich auch nicht-jüdische Flüchtlinge, nach Überseeeländern, wie Bolivien und Kolumbien, auszuwandern. Während die Nachfrage nach Niederlassung seitens der verfolgten jüdischen Minderheit immer grösser wurde, nahm das Angebot von Aufnahmeländern ab. Keines der Länder, in die die Flüchtlinge einwanderten, hat etwa seine gesetzlichen Einwanderungsbestimmungen, einschliesslich der Quotengesetzgebung der USA, geändert. Zunächst wanderten diese Juden nach Prüfung ihres Falles in diese Länder ein, oder sie kamen, wie im Falle Argentinien, mit Touristenvisen, die später für teures Geld in Aufenthaltsvisen umgewandelt wurden. Je stärker der Druck innerhalb Deutschlands wurde, desto stärker pochten die Flüchtlinge an die Tore der Länder, die ihnen Sicherheit oder eine neue Lebenschance geben konnten.

Da die Verfolgung gegen die Juden im Hitlerreich ständig zunahm – Juden, die für das

Bleiben in Deutschland agitierten, erhielten Redeverbot, und die Gestapo wurde oft der, wenn auch unwillkommene, Helfer der auf Auswanderung drängenden Juden – begannen die Briefe an wirkliche oder angenommene Verwandte im Ausland sich zu mehren, bis sie nach dem November-Pogrom 1938 zu einer Lawine anschwellen. «Besorgt uns ein Visum. Schickt uns die Bürgschaft! Wir müssen aus diesem Hexenkessel heraus, koste es, was es wolle!» Die Mehrzahl der Auswanderer wollte entweder nach Palästina, auch wenn sie keine Zionisten waren («Kommen Sie aus Überzeugung?») fragte man sie beim Eintritt in das Heilige Land. «Nein, aus Deutschland» lautete die Antwort), oder nach den Vereinigten Staaten. Andere suchten Kanada oder südamerikanische Länder zu erreichen. Die Einreise in alle Länder war aber von schwer zu durchbrechenden Einreisebestimmungen bzw. Quotengesetzgebung abhängig. So suchten die «Schiffbrüchigen» andere Länder als Zwischenaufenthalt, um später in das endgültige Wahlland einreisen zu können. Die Hilfsorganisationen – in Deutschland z.B. die Reichsvertretung der Juden in Deutschland, in andern europäischen Ländern die jüdischen Hilfskomitees – konnten den steigenden Flüchtlingsstrom zunächst wenigstens in geordnete Bahnen lenken. Die Nazis trieben die Juden bis 1939 aus dem Lande, bevor sie ihre Politik änderten und die schicksalhafte «Endlösung» einsetzte, und ein blühender, schamloser Visenhandel begann. Als die von mir geleitete Demokratische Flüchtlingsfürsorge in Prag für eine Gruppe politischer Flüchtlinge Anfang 1938 Überseevisen nach Bolivien brauchte, da die Flüchtlinge sich zur Auswanderung entschlossen hatten, erhielten wir sie unter ganz normalen Bedingungen. Die Antragsformulare wurden ausgefüllt und nach wenigen Wochen waren die Visen bei dem ehrenamtlichen bolivianischen Konsul Lederer in Prag angekommen. In Paris, wohin ich Anfang August 1938 gegangen war, um auf mein USA-Visum zu warten, glaubte niemand, dass Bolivienvisen gegen eine normale Gebühr erhältlich sein könnten. Zu jener Zeit war das Visengeschäft bereits in vollem Schwunge. In Paris hatte sich unter anderem ein bolivianischer Delegierter etabliert, der 1'000 Bolivienvisen für 4'000 Francs das Stück über die Reisebüros verkaufte, die natürlich einen unerschöpflichen Kundenkreis hatten. Die Einnahmen wurden nach einem vereinbarten Schlüssel zwischen den Reisebüros, dem Delegierten, dem zuständigen Minister und den Abteilungsleitern der Ministerien in Bolivien geteilt.

In einem Reisebüro auf dem Boulevard des Capucines in Paris stempelte der Delegierte die Visen ein, unterschrieb sie, kassierte das Geld, kaufte für seinen Minister die teuersten Geschenke, telegraphierte nach neuen Visen. Aber nur wenigen Empfängern fiel es auf, dass es sich um «landwirtschaftliche Visen» handelte, die den Einwanderer verpflichteten, aufs Land oder in den Urwald zu gehen, wenn er sich in La Paz, der Hauptstadt Boliviens nicht von dieser Verpflichtung erneut mit Aufwendung weiterer Mittel loskaufen konnte. Was Bolivien anbetrifft, so operierte der Ring der Visa-Verkäufer in Paris, Zürich und Buenos Aires. Diese Visen wurden zum Preise von 200 bis 1'500 \$ verkauft, und 3'000 Besitzer kamen auch tatsächlich ins Land, als der Skandal losbrach. Zwei bolivianische Konsuln wurden entlassen, viele hunderte Visainhaber aber konnten nicht ins Land einreisen, obwohl zuvor viele Millionen Dollar den Verwandten dieser Flüchtlinge abge-

nommen worden waren. Am 3. Mai 1940 verkündete Bolivien bis auf weiteres eine Einwanderungssperre für alle Juden. Im Ganzen sind 6-7'000 Juden nach Bolivien gekommen, aber 2'200 von ihnen emigrierten entweder in andere südamerikanische Länder oder in die USA.

Die Hyänen stürzten sich auf die Verfolgten. Die Argentinier verkauften Touristenvisen zu dem hohen Preis von 6'000 fr. Francs per Stück, um sich nach Ablauf einer gewissen Anstandsfrist erneut für die Umwandlung dieses zeitlich begrenzten Visums in ein dauerndes eine neue Gebühr zahlen zu lassen. Im Falle Argentinien musste das Joint Distribution Committee, die grösste und finanzkräftigste jüdische Wohlfahrtsorganisation in USA, die Summe von \$ 250'000 auf den Tisch legen, um etwa 8'000 Flüchtlingen das Verbleiben zu ermöglichen; für diese Summe wurden die Besuchsvisen im zweiten Ausbeutungsgang in Einwanderungsvisen umgewandelt. Für Flüchtlinge, die aus politischen, religiösen oder rassischen Gründen Argentinien zu erreichen suchten, war das Land unter den obwaltenden Bestimmungen geschlossen. Ähnlich war die Situation in Brasilien, wo nach 1937 nur Kapitalisten und Besucher hereingelassen wurden.

Ecuador, Uruguay, Kolumbien, Mexiko, Kuba und andere mittelamerikanische Länder stiegen, je stärker der Drang nach draussen wurde, in das Visen-Geschäft ein, welches die Reisebüros als durchaus legitim betrachteten. Es konnte nicht ausbleiben, dass obskure Verbindungsleute im Trüben fischten oder Gutgläubige von korrupten Beamten hereingelegt wurden oder der Streit unter den verschiedenen politischen Gruppen in diesen Ländern auf dem Rücken der Verfolgten ausgetragen wurde.

Der Visenhandel hatte trotz der Ausnutzung der Notlage der Gejagten einen Zweck, der die Mittel heiligt, er bedeutete möglicherweise am Ende Rettung vor der Verfolgung, vor dem Untergang und später vor der Vernichtung. Das Teuflische bei dem Spiel mit Menschenleben war der Umstand, dass die für teures Geld erkauften Visen plötzlich von den Ländern für ungültig erklärt wurden, weil die korrupten Beamten unter sich nicht handelseinig werden konnten und sich um die Beute stritten. Der selbst von den Unterweltorganisationen anerkannte und beachtete «Ehrenkodex» existierte weder für die Verantwortlichen, die Einwanderungsbehörden, noch gar für den Präsidenten eines Staates.

Lateinamerika hat am Ende eine gewisse Zahl von Flüchtlingen aufgenommen, aber die Ziffern in den einzelnen Ländern differieren beträchtlich, und das Ergebnis war nicht die Reaktion eines Landes, das als ein Mitglied der Familie der Nationen seine Tore den Verfolgten öffnete und auf diese Weise eine der ältesten Traditionen – die des Asylrechts – in die Tat umsetzte. Natürlich gab es Ausnahmen, aber die Ziffern der jüdischen Einwanderung in die südamerikanischen Länder sind in ihrer Mehrheit mit der brutalen Ausnutzung einer ausweglosen Notlage der Flüchtlinge verbunden.

Da nicht wenige der entscheidenden Männer korrupt waren, konnten sie, wie in den Fällen Argentinien und Brasilien, jederzeit die gesetzlichen Bestimmungen ihrem persönlichen Vorteil entsprechend ändern. Im Jahre 1937 waren Chile, Peru, Ecuador für die jüdische Einwanderung geschlossen. Ecuador instruierte erst am 30. Sept. 1944 – also fast am Ende

der jüdischen Tragödie – seine Konsulate, Juden Visen auszustellen. Selbst Kolumbien, das Land, dessen Vertreter in Evian so ermutigende Reden hielt, lehnte allein im Jahre 1938 10'000 Visaanträge «deutscher Flüchtlinge» ab. Bolivien, das immerhin 7'000 Verfolgte aufgenommen hatte, suspendierte am 3. Mai 1940 die Einwanderung von Juden «bis auf weiteres.»

Kuba, die einstige spanische Insel im Karibischen Meer, nur 90 Meilen von der nordamerikanischen Küste entfernt, hatte in jenen Jahren eine besondere Anziehungskraft für Tausende von Juden, weil sie in der Neuen Welt – das galt besonders für die während des Krieges nach USA strebenden Flüchtlinge – sozusagen vor den Toren des gelobten Landes auf ihr USA-Visum warten konnten. Ihre bereits in die Vereinigten Staaten eingewanderten Verwandten konnten ohne allzu grossen Kostenaufwand nach Kuba herüberkommen, und Kuba bedeutete gewissermassen eine Vorstufe des Geborgenseins. Zu jener Zeit hatte Kuba eine Bevölkerung von 4'228'000 und eine jüdische Gemeinde von 7'800, die so hilfreich wie möglich war.

Ende Juli 1936 konferierte Dr. William I. Sirovich, ein Mitglied des US-Repräsentantenhauses, mit kubanischen Regierungsstellen, um 100'000 oder mehr jüdische Flüchtlinge nach Kuba zu bringen; aber die kubanische Öffentlichkeit reagierte «fremdenfeindlich» und «antisemitisch», und selbst der reduzierte Plan, 25'000 jüdische Menschenleben zu retten, wurde nie verwirklicht.

Wer über einige hundert Dollar verfügte, konnte das kubanische Touristenvisum erhalten, obwohl die gesetzlichen Bestimmungen verlangten:

Sicherheit in Höhe von 2'000 Dollar, damit der Tourist nicht dem Staate zur Last falle;
Garantie von \$ 500, die, wie die obigen \$ 2'000, dem Einreisenden zurückgegeben wurden, wenn er innerhalb von sechs Monaten das Land wieder verliess;

\$ 150 für die Bezahlung der Schifftkarte bei Verlassen des Landes;

\$ 150 bis \$ 350 Gebühren für die Ausstellung des Visums, meist durch Vermittlung eines Reisebüros.

Die Visumpreise schwankten nach den ewigen Gesetzen von Angebot und Nachfrage. Es gab Gelegenheiten, wo Visen bei Ankauf von 50 Stück billiger waren. Diese Gebühren teilten sich die Immigrationsbeamten, der Visavermittler und das Reisebüro.

Da viele Flüchtlinge oder ihre Angehörigen oft nicht über die notwendigen Garantiesummen verfügten, hatten sich Banken in das Kubageschäft eingeschaltet, die gegen eine a-fonds-perdu Gebühr den kubanischen Behörden diese Summen garantierten, was bedeutete: an die Beamten wurden erneut Bestechungsgelder gezahlt. Solche Gebühren betrugen zwischen \$ 300-400 für die \$ 2'000 Garantie und \$ 100 für die notwendigen \$ 500, so dass für ein Kubavisum 800 bis 1'200 Dollar aufgebracht werden mussten, von denen dann nur die Transportkosten für die Weiterreise zurückerstattet wurden.

Ging alles in Ordnung, d.h. waren die Summen eingezahlt, wurde das Visum an den zuständigen kubanischen Konsul gekabelt, wo der Flüchtling es sich abholen musste. Wie er den Konsul erreichte, war seine Sache. Wenn Verwandte in USA, in der Sorge, den Flüchtling nicht zu gefährden, das Visum nach Lissabon gehen liessen, und es gelang dem

Begünstigten nie, Portugal zu erreichen, war das Gesdiäft seitens der Kubaner dennoch rechtmässig konsumiert – und das eingezahlte Geld (abgesehen von den \$ 150 für die Weiterfahrt) wurde nicht zurückerstattet. Dieser Zustand trat vor allem nach November 1941 ein, als die Judentransporte nach dem Westen aufhörten und zur Verwirklichung der Endlösung die nach dem Osten einsetzten. Ende 1938 erlangte Kuba durch die erwähnte «St. Louis «-Affäre» traurige Berühmtheit.

Obwohl die südamerikanischen Länder durchaus ein erhebliches Aufnahmepotential hatten, haben sie als Rettungsländer für die «Schiffbrüchigen» eine relativ kleine Rolle gespielt.

	Brasilien	Uruguay	Argentinien
1932	2.049	1.083	2,755
1933	3.317	411	1.962
1934	3.794	500	2,215
1935	1.758	776	3.159
1936	3.418	1.262	4.261
1937	2.003	1.530	4.178
1938	530	3.115	1,050
1939	4.601	2.170	4.300
1940	2.416	373	1.850
1941	1.500	639	2.200
1942	108	138	1.318
1943	11	17	524
1944	–	–	384
1945	50	–	728
1946	450	100	295
1947	573	1.128	128
Insgesamt	26.578	13.242	31.307

Die südamerikanischen Länder gehören alle zur iberischen Kultursphäre. Toleranz gehörte nicht zu den ausgeprägtesten Charakteristiken dieser Länder, und die oft wechselnden Machthaber wollten keinesfalls durch eine Masseneinwanderung das kulturelle Gesicht der Länder ändern. In dem Augenblick, da die Vernichtungsmaschine in Europa auf hohen Touren lief, beschloss zum Beispiel der erste Interamerikanische Demographische Kongress in Mexico City (12. bis 22. Oktober 1943), dass die Einwanderungspolitik der Länder beeinflusst sein sollte von einer «demographischen Einwanderungspolitik, welche die Assimilierung der Einwanderungsgruppen» im Auge habe, und alles vermieden werden sollte, dass dieselben sich von der Mehrheit der Bevölkerung isolieren. Auf einer späteren Konferenz wurde diese Linie noch verdeutlicht: auf der Interamerikanischen Konferenz für Krieg und Frieden, die vom 21. Februar bis 2. März 1945 stattfand, wurde das obige Prinzip neu bestätigt und die auf dieser Konferenz angenommene Resolution erklärt, dass es nicht ratsam sei, bestimmte kompakte homogene Gruppen in die südameri-

kanischen Länder zu bringen, die eine Fortsetzung ihres nationalen Lebens, ihrer politischen Parteien bedeuten und die vielleicht gar den Status der Minderheiten fördern könnten. Ergo, die südamerikanischen Länder haben von Anbeginn eine Auswahleinwanderungspolitik unter Berücksichtigung der ökonomischen, politischen, rassischen und religiösen Elemente getrieben. Das führte dazu, dass Juden nur mit grössten Schwierigkeiten (durch Bestechung korrupter Beamten) zugelassen wurden, aber dass es in vielen südamerikanischen Ländern eine starke deutsche Kolonie gab, bei der man die selektiven Gesichtspunkte scheinbar nicht als Barriere aufgestellt hatte.

Natürlich existierte keine Gefahr der Überflutung Südamerikas mit jüdischen Einwanderern. Der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung für die Zeit 1933-1945 betrug: für Argentinien 0,38%, Brasilien 0,06%, Chile 0,31%, Bolivien 0,34%, Uruguay 0,35%.

Bei legaler Einwanderung musste jeder zukünftige Einwanderer bei der diplomatischen Vertretung des betreffenden Landes einen individuellen Antrag stellen, der von den Ministerien des Einwanderungslandes entschieden wurde. Kein Konsul konnte von sich aus eine Entscheidung fällen. Wer z.B. Deutschland oder später Österreich aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen verlassen hatte, galt als «unerwünscht» für das betreffende Land. Ausnahmen bildeten nur Besitzer gekaufter Visen oder Einwanderer, die enge Verwandte in Argentinien hatten.

Brasilien hatte im Vergleich dazu eine relativ liberale Einwanderungspolitik, die allerdings Ende 1937 revidiert wurde. Von da an gab man nur noch Visen für Kapitalisten aus, und im Übrigen beobachtete man bereits die später auf den interamerikanischen Kongressen angenommenen Prinzipien, den ethnischen Charakter des Landes nicht durch «Minderheiten» zu ändern. Chile schloss das Empfangstor für Flüchtlinge aus Nazi-besetzten Ländern im Dezember 1939 vollkommen und war in seiner Einwanderungspolitik geleitet von der Doktrin der «verwandten Rassen».

Auf der Evian-Konferenz war es der Delegierte von Kolumbien, der eine der mutigsten und positivsten Reden für die Verfolgten hielt. Was die Einwanderungspolitik seines Landes betrifft, so waren in der Tat eine Anzahl von nicht-jüdischen Flüchtlingen mit Hilfe des Bischofs von Chichester, der dem International Christian Committee vorstand, nach Kolumbien gekommen; aber de facto gaben die Einwanderungsbehörden «Arbeitern des katholischen Glaubens» den Vorzug. Im Jahre 1938 lehnte die kolumbianische Regierung die Einwanderungsanträge von 10'000 Flüchtlingen, davon die Mehrheit Juden, ab, obwohl 50 Prozent der Antragsteller Verwandte oder zumindest Freunde im Lande hatten. Kolumbiens Einwanderungspolitik wurde ebenfalls von demographischen Gesichtspunkten bestimmt.

Das kleine Costa Rica spielte keine besondere Rolle in der Aufnahme von Flüchtlingen – Juden und anderen –, es hat im Ganzen etwa 1'000 Flüchtlinge aufgrund individueller Anträge oder «gewisser Verbindungen» aufgenommen.

Die Dominikanische Republik hat eigentlich seit 1882 als eines der wenigen lateinamerikanischen Länder eine Einwanderungspolitik «der offenen Tür» betrieben, die sie selbst unter dem Diktator Trujillo aufrechterhielt. Ein General Luperon schlug der Alliance Isra-

élite Universelle und den beiden Brüdern de Rothschild die Aufnahme von russischen Juden im Beginn des 20. Jahrhunderts vor. Er versprach, dass die russischen Juden «mit offenen Armen» empfangen werden würden, dass die Regierung ihnen Land und Bürgerrechte zusichere. Das Projekt aber blieb auf dem Papier stehen. Fünfzig Jahre später war Santo Domingo auf der Evian-Konferenz das einzige Land, welches bereit war, 100'000 Einwanderer «nach und nach» anzusiedeln. Eine Untersuchung der Möglichkeiten, die durch nordamerikanische Organisationen durchgeführt wurde, ergab, dass 29'000 Familien absorbiert werden könnten, und es wurde vorgeschlagen, 200 Familien versuchsweise anzusiedeln. Das Joint Distribution Committee kam mit der Dominikanischen Republik zu einer Vereinbarung, und mit vieler Mühe und grossen Kosten gelang es, 400 Flüchtlinge, etwa 125 Familien, nach Sosua zu bringen – ein Stück Land, das der damalige Präsident Raphael Trujillo zur Verfügung gestellt hatte. Diese Sosua-Siedlung erwies sich als ein Fehlschlag, die Siedlung desintegrierte. Santo Domingo hat aber während des Krieges als Nothafen 3'000 jüdische Flüchtlinge aufgenommen, deren grösster Teil das Land wieder verlassen hat: nach USA oder später nach Israel.

In gewissem Sinne gehört Ecuador zu den liberalen südamerikanischen Ländern, obwohl die jüdische Gemeinde nur 0,1% der Gesamtbevölkerung ausmacht. Ecuador ist für Europäer kein leichtes Land. Es ist unterentwickelt, sehr dünn bevölkert, und das Klima ist für Europäer ungesund. Obwohl Ecuador keine durch Antisemitismus vergiftete Atmosphäre hat, haben sich nur wenige Juden, etwa 4'000, dorthin geflüchtet, von denen wiederum ein grosser Teil das Land wieder verlassen hat. Guatemalas Einwanderungspolitik war ausserordentlich limitiert. Von etwa 4 Mill. Einwohnern sind nur 1'000 Juden, es hat also in den Verfolgungsjahren keine irgendwie nennenswerte Rolle gespielt. Das gilt noch stärker von Honduras mit etwa 200 Juden bei einer Gesamtbevölkerung von 1,3 Millionen. Aber Honduras hat durch den Handel mit seinen Pässen in der Zeit der Verfolgung gute Geschäfte gemacht. Auch Haiti ist kaum erwähnenswert. Von 3,5 Mill. Einwohnern sind 200 Juden. Weder hat es eine jüdische noch eine politische Einwanderung in diesem diktatorisch regierten Inselstaat gegeben.

Mexiko war ein Anziehungspunkt für jüdische wie für andere Einwanderer und hat beide Gruppen aufgenommen. Von Mexikos Gesamtbevölkerung von 24 Millionen sind 25'000 Juden, also etwa 0,1%. Mexiko hat nach der Niederlage der Republik Spanien 1938/39 spanische Republikaner und eine Anzahl ihrer Verbündeten aufgenommen. Die liberale Einwanderungspolitik Mexikos endete mit der Verordnung vom 21. April 1942, wonach nur in der westlichen Hemisphäre Geborene als Emigranten nach Mexiko zugelassen würden, obwohl Ausnahmen durch den Präsidenten der Republik gemacht werden konnten. Mexiko hat sich streng an das demographische Konzept der interamerikanischen Konferenzen von 1943 und 1945 gehalten.

Nicaragua mit einer Bevölkerung von etwa 1,3 Millionen hatte in jenen Jahren nur 170-200 Juden und hat jede Art von Einwanderung jüdischer und demokratischer Elemente gedrosselt.

Panama sperrte die Einwanderung aus den von den Nazis und Faschisten besetzten Län-

dern. Von seiner Gesamtbevölkerung von 614'000 waren zu damaliger Zeit 1'000 Juden, von denen nur etwa 300 nach 1933 ins Land gekommen waren.

Paraguay, ein Land, das seit Jahrzehnten unter der Diktatur steht, war «einwanderungsfeindlich». Seit 1933 hat es für Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich den Eintritt in das Land gesperrt und sich dabei auf alte, «schlafende» Konventionen berufen.

In Peru existierte eine jüdische Gemeinde seit dem Jahre 1504. In den Krisenjahren hatte Peru eine Bevölkerung von 7'107'000, davon 3'000 Juden. Peru galt als ein willkommenes Einwanderungsland, da es nicht nur Kapital brauchte, sondern auch Handwerker und Mechaniker. Die Einwanderungsbestimmungen waren und sind aber so streng und eng, dass nur wenige Juden und andere Flüchtlinge in dieses Land kommen konnten. Im Gegensatz zu Peru kann man Uruguay anführen: eng bevölkert mit 2'281'000 Einwohnern, davon 37'000 Juden. Uruguay hat ernsthaftes Interesse für das Flüchtlingsproblem gezeigt und war bei den internationalen Flüchtlingskonferenzen fast immer vertreten. Gewiss bevorzugt das Land Farmer und Handwerker; aber Juden kamen, wenn auch nicht direkt, so über andere südamerikanische Länder hinein, so dass Uruguay trotz aller Ein- und Beschränkungen dennoch als eines der mehr einwanderungsfreundlichen Länder bezeichnet werden kann.

Venezuela mit einer Bevölkerung von 4'300'000, davon 3'000 Juden, hatte eine gewisse jüdische und auch eine kleine nichtjüdische Einwanderung, die aber in späteren Jahren infolge der angewandten Bevölkerungspolitik der meisten südamerikanischen Länder vollkommen zum Erliegen kam.

Wenn wir die Bilanz bezüglich Zentral- und Südamerika ziehen wollen, so diese:

- a) in Südamerika leben 621'000 Juden, von denen 390'000 Einwanderer (nicht Flüchtlinge) sind. In Zentralamerika gibt es 35-40'000 Juden, davon etwa 15 bis 20% Einwanderer.
- b) Mit wenigen Ausnahmen ist die Einwanderungspolitik der zentral- und südamerikanischen Länder immer limitiert und selektiv gewesen (die Länder suchten Landwirte, aber jüdische und andere Einwanderungsaspiranten waren meistens Städter).
- c) Die demographische Politik, die diese Länder gewählt haben, hat dazu geführt, dass diese Staaten, soweit sie Einwanderer brauchten, Italiener und Spanier bevorzugten.
- d) Das missglückte Sosua-Experiment in Santo Domingo beweist, dass weder der gute Wille der Regierung, noch die Zurverfügungstellung grosser Mittel den Erfolg für eine Einwanderungspolitik garantieren. Die Dominikanische Republik wollte 100'000 Juden ansiedeln; aber der aufschlussreiche Bericht des Brookings Institute fand, dass das Land mit seinen sehr beschränkten Naturschätzen nicht mehr als 5'000 Juden absorbieren könnte.

Lassen wir nunmehr eine Reihe von anderen Ländern Revue passieren, zuerst die zum damaligen britischen Weltreich gehörigen Länder und Besitzungen. Sieht man von Kanada ab, so haben sie trotz ihrer grossen Möglichkeiten in der Aufnahme von Flüchtlingen eine beschämende Rolle gespielt.

Keines dieser «Dominions» wurde als ein Nothafen geöffnet, und in allen den Fällen, wo Flüchtlinge, jüdische und andere, aufgenommen wurden, geschah dies gemäss den umständlichen Bestimmungen der betreffenden Länder, die für normale ruhige Zeiten akzeptiert werden können, nicht aber, als ein Erdbeben von der Intensität der Hitlerverfolgung über Europa hereinbrach. Als ich mich 1938 in London auf hielt und damals die Frage der Weiterwanderung für gefährdete politische Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei akut war, sprach ich bei der Vertretung von Neuseeland vor und erhielt Gehör. Dann wurde ich nach der Anzahl der interessierten Einwanderer gefragt und erhielt schliesslich für jeden derselben einen umständlichen Fragebogen. Später reichten wir dieselben ein – aber die dann folgenden Ereignisse machten eine Antwort aus Wellington überflüssig.

Waren die Mitgliedstaaten des englischen Imperiums nicht geneigt, politische Flüchtlinge aufzunehmen (von Ausnahmen abgesehen), so war der Widerstand, Juden ins Land zu lassen, noch stärker, obwohl diese Länder angesichts der Palästina-Politik des Mutterlandes eine «Wiedergutmachungs-Einwanderungsverpflichtung» gehabt hätten. Einmal waren rein wirtschaftliche Gründe, das andere Mal politische Gründe massgebend.

In Südafrika existierten Ende der dreissiger Jahre bereits gespannte Verhältnisse zwischen der weissen herrschenden Minderheitenbevölkerung und den beherrschten schwarzen Einheimischen. Ein anderer Gegensatz in Südafrika war der zwischen dem britischen Element und den Buren. Dazu kam, dass von Tanganjika, dem ehemaligen Deutschostafrika, die Situation der jüdischen Flüchtlinge propagandistisch negativ beeinflusst wurde. Die Einwanderung von wenigen Hundert in den ersten Jahren der Hitlerherrschaft erfolgte fast unbemerkt. Als aber Mitte der dreissiger Jahre die Ziffer auf 7'000 gestiegen war, nahm die Propaganda gegen die «jüdische Einwanderung» solche Ausmasse an, dass die Regierung glaubte, keine andere Alternative zu haben, als die Tore Südafrikas für die verfolgten Kinder Israel zu schliessen. Die nicht ganz einflusslose jüdische Gemeinde in Südafrika – Board of Deputies of South African Jewry – protestierte am 16. September 1936 gegen die Diskriminierung der jüdischen Einwanderer und ihre angebliche Unfähigkeit, sich in Südafrika zu «assimilieren». Es ist bezeichnend, dass sich die südafrikanische jüdische Vertretung in dieser Erklärung mit aller Heftigkeit gegen den Vorwurf verteidigen musste, sie habe angeblich «die Einwanderung organisiert».

Ähnliche Verhältnisse, wenn auch nicht so klar gegen die jüdischen Einwanderer gerichtet wie in Südafrika, existierten auch in Australien. Hier dominierte der Leitgedanke, dass unter keinen Umständen der «britische Charakter des Landes» geändert werden dürfe, und daher war die Zulassung von nicht-britischen Einwanderern à priori unerwünscht. Australien hat sich immer gegen jedwede japanische Einwanderung gewehrt und limitierte die Einwanderung von Italienern, Juden und anderen Nationalitäten auf das äusserste. Australien ist ein unterbevölkertes Land, etwa so gross wie Europa mit einer Bevölkerung von 7 Mill. Einwohnern in den dreissiger Jahren gegen 460 Mill. Europas. Hinzu kam der «nationale Egoismus» der Australier, die unter keinen Umständen ihren ungewöhnlich hohen Lebensstandard vermindern wollten. Sie fürchteten, dass eine substantielle Einwan-

derung von «Elendsemigranten» denselben ungünstig beeinflussen könnte. Agitation für eine Politik der offenen Tür für die Verfolgten war in Australien nicht beliebt.

Bis zu dem Zeitpunkt, da in Asien die Feindseligkeiten ausbrachen, kamen 8'500 Flüchtlinge nach Australien, meistens Juden, aber auch einige wenige politische deutsche Flüchtlinge. In den meisten Fällen mussten die Einwanderer ein Landungsgeld von 200 Pfund pro Person vorweisen, in anderen war diese Summe sogar höher. Im Jahre 1938, wohl unter dem Eindruck der Evian-Konferenz, beschloss die Regierung, für die nächsten drei Jahre je 5'000 Flüchtlinge hereinzulassen. Aber diese an sich erfreuliche Wandlung war mit einer Reihe zum Teil unerfüllbarer Bedingungen verbunden:

- (a) Nur Personen, die die existierenden Arbeitsbedingungen nicht stören oder beeinflussen, sollten zugelassen werden,
- (b) Bevorzugt würden Antragsteller mit Eigenkapital und Erfahrung in der Entwicklung von Industrien, die bisher im Lande nicht existierten,
- (c) Als positiven Beitrag war die Regierung bereit, den Flüchtlingsorganisationen gewisse Geldmittel zur Verfügung zu stellen, die für die Assimilierung der Neuankömmlinge als unerlässlich angesehen wurden.

Der Weltkrieg machte einen Strich durch diese Rechnung. Von den 15'000 garantierten Einreisevisen wurden nur 4'000 ausgegeben. Während des Krieges sind einige hundert polnische Juden nach Australien gekommen, deren Unterhalt von den jüdischen Organisationen garantiert wurde.

Was Neuseeland, Indien, Kenia und andere britische Einflussphären anbelangt, so sind bei diesen Ländern dieselben einschränkenden Bestimmungen festzustellen, wie sie oben beschrieben wurden, und daher ist die Zahl der zugelassenen jüdischen und anderen Flüchtlinge relativ bedeutungslos. Eine Anzahl polnischer Flüchtlinge, darunter mehrere hundert jüdische Familien, wurden aufgrund von Sondervereinbarungen Englands mit der polnischen Exilregierung in Rhodesien, Kenia, Tanganjika und anderen englischen Kolonien in Afrika für die Dauer des Krieges aufgenommen. Jüdische Familien haben unfreiwillig in der britischen Kolonie Mauritius, einer Insel im Indischen Ozean unweit der Küste von Madagaskar, Aufnahme gefunden, als über 1'500 Juden aus Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei und Danzig im Januar 1941 von der britischen Mandatsmacht in Palästina, die das Land illegal zu erreichen versucht hatten, im Lager von Port Louis, Hauptstadt von Mauritius, interniert wurden. Dort befanden sich im September 1943 1'422 Flüchtlinge, die später nach Palästina gingen.

In jenen Jahren existierten Pläne der Kolonisierung jüdischer Flüchtlinge, z.B. in East Kimberley im Westen Australiens. Ein ähnlicher Plan wurde für Kenia vorgeschlagen. Das Kimberley-Projekt, das von der nichtzionistischen Jewish Freeland League, deren Vorsitzender der verstorbene Sozialist J. Steinberg war, gefördert und lanciert wurde, ist über Verhandlungen und theoretische Erklärungen nie hinausgekommen. Dasselbe kann für den Vorschlag von Lord Winterton gesagt werden, der England in Evian repräsentierte. Trotz eingehender Debatten im House of Commons, z.B. am 21. November 1938, scheiterten selbst die reduzierten, bescheidenen Pläne am Widerstand der Opposition der Hindus in Kenia. Ähnliches Schicksal erlitt ein von der englischen Regierung vorgeschlagenes Projekt für British Guinea, Westafrika. Die folgende Tafel gibt einen Überblick

über die von 1933 bis 1943 empfangenen jüdischen Einwanderer; die angegebenen Ziffern basieren auf den damaligen Angaben:

Aufnahmeländer jüdischer Flüchtlinge 1933-1943

Land	Anzahl	Prozent
Vereinigte Staaten von Amerika	190 000	23,5
Palästina	120 000	14,8
England	65 000	8,1
Frankreich	55 000	6,8
Belgien	30 000	3,7
Holland	35 000	4,3
Schweiz	16 000	1,9
Spanien	12 000	1,4
Andere europäische Länder	70 000	8,8
Argentinien	50 000	6,2
Brasilien	25 000	3,1
Uruguay	7 000	0,8
Bolivien	12 000	1,4
Chile	14.000	1,7
Andere lateinamerikanische Länder	20 000	2,4
China	25 000	3,1
Südafrika	8 000	1,0
Australien	9 000	1,1
Kanada	8 000	1,0
Andere Länder	40 000	4,9
Insgesamt	811 000	100

Von den potentiellen Aufnahmeländern, die vor allem die jüdischen Flüchtlinge suchten, um ein neues Leben in Sicherheit und Selbstwürde beginnen zu können, hatte *Palästina* aus vielerlei Gründen eine besondere Bedeutung. Die Assimilationsbewegung in Deutschland und später in anderen Ländern hatte mit der 1933 einsetzenden Verfolgung ihre entscheidende Niederlage erhalten. Das Judentum in Deutschland hatte wie kein anderes sich bemüht, sich zu assimilieren und betrachtete sich nur als eine Glaubensgemeinschaft. Als dank Theodor Herzl nach dem Dreyfus-Prozess die zionistische Bewegung unter den Juden stärker wurde, blieb sie in Deutschland für lange Zeit einflusslos. Gewiss gab es unter den Juden in Deutschland eine Anzahl, die bereit waren, sich an Geldsammlungen zu beteiligen, damit andere Juden, die meisten aus Russland, nach Palästina gehen konnten. Aber die zionistische Bewegung in Deutschland war bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges so schwach, dass die «deutschen Zionisten» nicht mehr als 8'000 Juden auf den Zionistenkongressen vertraten.

Die einflussreichsten Organisationen der Juden waren die assimilatorischer Art; dies gilt vor allem vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, aus dessen Namen man bereits die Einstellung der deutschen Judenheit ablesen kann.

Erst nach dem ersten Weltkriege wuchs die zionistische Bewegung in Deutschland, aber repräsentierte jahrelang lediglich eine Minderheit der deutschen Juden, abgesehen von Berlin, wo zum jüdischen Repräsentantenhaus 8 Assimilanten, 8 bürgerliche Zionisten und 1 Arbeiterzionist (Dr. Oscar Cohn) gehörte, der mit seiner entscheidenden Stimme starken Einfluss auf die Geschicke der Gemeinde in Berlin erhielt. Der wachsende Antisemitismus in den zwanziger und besonders Anfang der dreissiger Jahre hatte der zionistischen Bewegung viele Anhänger gebracht, darunter vor allem junge Juden, in denen die Sehnsucht nach Zion, dem von Herzl visionär geschilderten «Judenstaat» erwacht war. Aber Palästinas Bedeutung wurde nicht auf dem ideologischen Parkett von Kongressen und Versammlungssälen erkämpft, sondern durch den Zwang der Ereignisse, die mit Hitlers Machtantritt über die Judenheit hereinbrachen und, wenn nicht alle, doch zumindest einen Teil zu einer Entscheidung zwangen. Wie wir aus zahlreichen Dokumenten wissen, kämpften die Assimilanten noch lange um ihre Position, die sie nicht aufgeben wollten, auch als es längst zu spät war; die Zionisten übernahmen nun die Führung der Geschicke des deutschen Judentums ideologisch, philosophisch und auch oft praktisch-organisatorisch. Es war der Zionist Robert Weltsch, der in seiner in Hamburg erscheinenden «Jüdischen Rundschau» vom 4. April 1933 den Artikel mit der Balkenüberschrift veröffentlichte: «Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck».

Viele Juden erreichten damals Palästina, und ein grosser Teil kam «nicht aus Überzeugung, sondern aus Deutschland». Andere versuchten Länder wie die Vereinigten Staaten, Australien, Südafrika, Neuseeland, Südamerika zu erreichen oder begnügten sich mit längeren oder kürzeren Zwischenaufenthalten in europäischen Ländern, wie Tschechoslowakei, Frankreich, Schweiz oder, besonders nach den Ereignissen vom September und November 1938, England.

Palästina hatte vom Beginn der Hitlerflucht bis September 1939 90'000 jüdische Flüchtlinge, einschliesslich der sogenannten illegalen Immigranten aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei absorbiert. Um die besondere Rolle Palästinas als eines der wichtigsten Zufluchtsländer, insbesondere der jüdischen Verfolgten, zu verstehen, ist es notwendig, an einige Tatsachen zu erinnern. Palästina hatte für viele Juden in wachsender Masse die Stellung eines jüdischen nationalen Heims, das durch die berühmte Balfour-Erklärung vom 2. November 1917 international rechtlichen Ausdruck gefunden hatte. Diese Balfour-Erklärung führte zum Mandat über Palästina, dem der Rat des Völkerbundes am 29. September 1921 zustimmte und dem die Vereinigten Staaten in einem besonderen Vertrag im Dezember 1929 beitraten. So bestand die Hoffnung, dass die verfolgten Juden endlich eine eigene Heimstätte haben würden, die durch internationale Abkommen garantiert und durch die psychologischen Aspekte jüdischer Tradition und jüdischer Hoffnung untermauert sein würde.

Ein zweiter wesentlicher Faktor war die rasante wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die in einer Zeit, da europäische und aussereuropäische Länder noch unter der im Jahre 1929 begonnenen Wirtschaftskrise litten, ausserordentlich günstig war und die Absorbierung der Einwanderer ohne grosse Schwierigkeiten möglich machte. Während z.B. in der Tschechoslowakei in den Jahren 1933 bis 1938 eine ständige Arbeitslosigkeit von ca.

700'000 Arbeitsfähigen zu verzeichnen war, erfreute sich Palästina einer ökonomischen Prosperität, und Kapitalinvestitionen waren von Erfolg gekrönt. Die Flüchtlinge selbst, die mit ihrem Können, ihrem Wissen, ihren Ideen und ihrem Kapital nach Palästina kamen, leisteten einen wesentlichen Beitrag zu der wirtschaftlichen Entwicklung und Blüte des Landes. Als 1937 die englische Mandatsmacht die erste Einwanderungsbeschränkung aussprach, hatte diese eine Reduzierung der wirtschaftlichen Prosperität zur Folge. Das Land verlangte aber so nach einer wirtschaftlichen Entwicklung, dass selbst in dieser Zeit die Wirtschaftskrisen nicht mit denen in Europa oder gar in USA vergleichbar waren. (Dieselbe Erfahrung des produktiven Einflusses der Einwanderung haben im Übrigen die Vereinigten Staaten zu verzeichnen gehabt.)

Als die Hitler-Flüchtlinge nach Palästina hineinströmten, wurden sie von der dortigen jüdischen Bevölkerung mit offenen Armen empfangen. Diese zionistischen Pioniere, die, wie z.B. Professor Ernst Simon, Ende der zwanziger Jahre nach Palästina gegangen waren, waren froh und glücklich, als die Juden aus Europa kamen und sich damit der Traum der Alijah (Heimwanderung) zu erfüllen schien. Die Schwierigkeiten, die existierten, kamen von der arabischen Bevölkerung, die ihren nicht geringen Einfluss auf die britische Mandatsmacht ausübte. Die Haltung der Araber wandte sich nicht so sehr gegen die Schutz und Sicherheit suchenden Nazi-Flüchtlinge wie gegen die Errichtung eines Jüdischen Nationalen Heims in Palästina, und ihre Furcht war, dass die wachsende jüdische Bevölkerung eines Tages die Mehrheit bilden könnte und ihnen das nehmen würde, was sie als ihr Eigentum betrachteten. Die Mandatsmacht kam dieser arabischen Auffassung entgegen, und nach den Unruhen im Jahre 1936 versuchte sie, die Einwanderung nach Palästina zu beschneiden, nicht weil das Land wirtschaftlich nicht in der Lage gewesen wäre, mehr Menschen aufzunehmen, sondern um die unruhig gewordenen Araber zu besänftigen.

Hier setzt nun der *circulus vitiosus* ein: von Tag zu Tag wachsen die Massnahmen, die zunächst Juden aus Deutschland zur Auswanderung zwingen, die Tore der Zufluchtsländer hingegen schliessen sich entweder oder öffnen sich nur nach langer umständlicher Prozedur für einige Wenige. In diesem Gegensatz liegt in Wahrheit die grosse Tragödie und die grosse Schuld der westlichen Welt, ja aller Zufluchtsländer. Statt dem logischen Gesetz zu folgen, die «Einwohner» aus dem «brennenden Hause» zu retten und sie in Notasylen unterzubringen, wie dies bei Feuer oder anderen Naturkatastrophen üblich ist, haben die Mächtigen der Erde im übertragenen Sinne eine Überprüfung der zu Rettenden vorgenommen – und dabei kamen Hunderttausende buchstäblich in dem Flammenmeer um.

Die Juden in Palästina, die damals ein Drittel der dortigen Bevölkerung ausmachten und durch die Jewish Agency for Palestine organisiert und vertreten wurden, haben sich naturgemäss nicht geschaut, ihrerseits ebenfalls Druck auf die Mandatsmacht auszuüben. Dieser Druck hat nicht immer Erfolg gehabt, aber die bestehende ökonomische Kraft der Juden in Palästina hat für die Integration der Flüchtlinge und, wie wir später sehen werden, ihre Rettung trotz der einschränkenden Bestimmungen eine Rolle gespielt.

Was die Jewish Agency for Palestine anbetrifft, so war sie die «de facto Regierung» der Juden. Sie war von der Mandatsmacht anerkannt mit dem Zweck, «zu beraten und zu kooperieren und vor allem in der Entwicklung des Landes zu helfen». Die Jewish Agency for Palestine war verantwortlich für den Transport der Flüchtlinge nach Palästina, ihre Absorbierung im Lande, und durch diese Organisation hatten die Neuankommenden eine Vertretung ihrer eigenen nationalen Gemeinschaft; durch sie konnten psychologische Integrierungsschwierigkeiten viel leichter überwunden werden als in anderen Ländern. Schliesslich kam in Palästina noch hinzu, dass die jüdischen Flüchtlinge sich eigene Selbsthilfeorganisationen geschaffen hatten.

Der Anpassungsprozess der Einwanderer wurde durch die psychologischen Bedingungen erleichtert. Tausende von Palästina-Einwanderern mussten sich umstellen von intellektuellen auf manuelle Berufe, denn Palästina war der «Judenstaat», und die Umstellung vom Angestellten zum Arbeiter oder, sehr oft, vom Rechtsanwalt zum Farmer war hier weniger schmerzvoll als in irgendeinem anderen Aufnahmeland, da der Impetus die Vorstellung des eigenen Landes war. Damals kursierte die Anekdote von dem jungen jüdischen Mädchen, das sich weigerte, einen Rechtsanwalt zu heiraten und das der Vater anherrschte: «Ich kenne deine Grossspurigheit. Ich weiss, du möchtest einen Maurer heiraten!» Der liberale Handelsberuf trat in Palästina an Wichtigkeit gegenüber dem manuellen Beruf zurück.

Das jüdische Palästina hatte aber noch einen anderen allgemeinen Aspekt, der zu Schwierigkeiten und grossem Leid führte. In den Köpfen der jüdischen Menschen war Palästina das Flüchtlingsaufnahmeland par excellence. Nachdem insbesondere junge Juden in Deutschland und später in anderen europäischen Ländern erkannt hatten, dass sie in den europäischen Aufenthaltsländern nicht länger bleiben konnten, erschien es ihnen selbstverständlich, dass Palästina sie aufnehmen würde, zumal selbst im Deutschen Reich, bis «die Endlösung» die Austreibungspolitik der Nazis ersetzte, vieles geschah, jene Sehnsucht nach Zion zu fördern. Als Beweis mögen z.B. die in den «Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte»¹ veröffentlichten Dokumente aus den Akten der Bayerischen Politischen Polizei der Jahre 1934/35 angeführt werden. Diese Dokumente zeigen zwar, dass man 1935 noch nicht zu einer klaren Konzeption hinsichtlich der «Lösung» der Judenfrage gelangt war und dass die NSDAP und Gestapo in der Frage der einzuschlagenden Methoden differierten. Immerhin zeigen diese Dokumente aber auch deutlich, dass alle Versuche jüdischer Bevölkerungskreise und ihrer Organisationen, sich ihre Positionen in Deutschland zu erhalten, unterdrückt wurden. Polizeiliche Eingriffe waren von der Absicht getragen, die zionistischen Organisationen, die die Auswanderung in besonderem Masse unterstützten und sich intensiv mit der beruflichen Umschulung und Umschichtung der jüdischen Bevölkerungsgruppe befasste, gegenüber den deutschbewussten Gruppen, vor allem dem «Reichsbund jüdischer Frontsoldaten», dem «Nationalverband der deutschen Juden» und der «Erneuerungsbewegung der jüdischen Deutschen», indirekt zu för-

1. Jg. 10, 1962, H. 1

dern, aber zu vermeiden, das zionistische Programm offiziell überall anzuerkennen, weil solche Hoffnung natürlich die arabischen Freunde Hitlers auf den Plan gerufen hätte.

Aus den Dokumenten, die aus jener Zeit vorliegen, geht hervor: Man legte den zionistischen und staatszionistischen Jugendorganisationen, die massgebend an der Umschulung, Umschichtung und Auswanderung beteiligt waren, keine Hindernisse in den Weg und machte für sie Ausnahmen bezüglich eines gewissen Masses von Versammlungsfreiheit, Geldsammlungen usw. Der Kontrast in der Behandlung «deutschbewusster» jüdischer Organisationen und zionistischer ist aus Verfügungen der bayerischen politischen Polizei zu ersehen:

Bayerische Politische Polizei

München, den 28. Jan. 1935

An alle Polizeidirektionen,
Staatspolizeiamter,
Bezirksämter,
Stadtkommissare,
nachr, an die Kreisregierungen.

Betr.: Jüdische Jugendverbände

Vorgang: Entsdil. vom 19.12.34, B Nr. 36420/34 I 1 B⁵

Die Tätigkeit der zionistisch eingestellten jüd. Jugendorganisationen, die sich mit der beruflichen Umschichtung von Juden zu Landwirten und Handwerkern vor ihrer Auswanderung nach Palästina befassen, liegt im Sinne der nationalsozialistischen Staatsführung. Wo es die auf diese Berufsumschichtung abgestellte Tätigkeit erforderlich macht, wird es anheimgestellt, Ausnahmen gegenüber den in der Entschliessung vom 19. 12. 34, B Nr. 36420/ 34 I B, niedergelegten Bestimmungen in eigener Zuständigkeit zuzulassen. Jedenfalls sind die Bundesmitglieder der zionistischen Verbände im Hinblick auf die auf Abwanderung nach Palästina gerichtete Tätigkeit nicht mit derjenigen Strenge zu behandeln, wie sie gegenüber den Angehörigen der sogen. deutsch-jüdischen Organisationen (Assimilanten) notwendig ist. Es obliegt natürlich der eine Ausnahme genehmigenden Stelle nachzuprüfen, ob die Berufsumschichtung auch tatsächlich mit dem Ziele der Auswanderung erfolgt.

i. A.
gez. Klein

Bayerische Politische Polizei
B Nr. 17186/35 I 1 B.

München, den 20. Februar 1933

An alle Polizeidirektionen,

Betreff: Versammlungen jüdischer Organisationen.

In letzter Zeit mehrt sich die Zahl der Vorträge in jüdischen Organisationen, in denen Propaganda für das Verbleiben der Juden in Deutschland getrieben wird. Da ohnehin die Versammlungstätigkeit der Juden sehr rege ist und eine ordnungsgemässe Überwachung solcher Versammlungen nicht gewährleistet ist, wird mit sofortiger Wirkung angeordnet, dass sämtliche Versammlungen jüdischer

Organisationen, soweit in ihnen *Propaganda für das Verbleiben der Juden in Deutschland* gemacht werden soll, bis auf weiteres zu verbieten sind.

i. A.
gez. Brunner

Nachdem die Illusionen auf Rettung der Positionen innerhalb Deutschlands immer mehr schwanden, aber vor allem Zehntausende Juden in Deutschland plötzlich auf eine sehr bittere Art lernen mussten, dass sie unerwünscht waren, zugleich die antijüdischen Gesetze die wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten immer mehr reduzierten, wurde Palästina das «Land der Hoffnung und der Rettung». Seine Bedeutung für die Juden in Deutschland stieg aber noch unter einem anderen Gesichtspunkt: Rettung der Kinder. Hier begegneten sich die Wünsche und Ideen der Zionisten mit denen der jüdischen Eltern, die zweierlei wollten: einmal ihre Kinder vor dem drohenden Unheil retten und zweitens sie in einer Umgebung aufwachsen sehen, die nicht feindlich war. Gewiss hätten Tausende jüdische Väter und Mütter auch ihre Kinder nach England und noch lieber nach den Vereinigten Staaten geschickt, wenn das ohne Schwierigkeiten möglich gewesen wäre. Die existierende Jugend-Alijah aber entsprach der damaligen gegebenen Situation, obwohl sie einer der ältesten zionistischen Programmpunkte war, der nun infolge der Judenaustreibung aus Deutschland grossen Auftrieb erhielt.

Als die Engländer 1921 das Palästinamandat übernahmen, instruierte sie ein Artikel 6 des Mandats, dass die palästinensische Verwaltung «jüdische Einwanderung unter geeigneten Bedingungen erleichtern sollte». Dieser Artikel wurde in dem berühmten Churchill White Paper vom 1. Juli 1922, also nach den ersten arabischen Unruhen des Mai 1921, wie folgt interpretiert: Zwar bestätigt das White Paper, dass sich die Juden in Palästina «aufgrund eines Rechtsanspruchs und nicht als Verfolgte» befinden, aber die Voraussetzung «geeigneter Bedingungen» wurde nunmehr in dem Sinne ausgelegt, dass Palästina nur so viele Juden aufnehmen könne, wie es in der Lage sei, ökonomisch zu absorbieren. Die Formel der «beschränkten ökonomischen Absorbierungsmöglichkeit» wurde immer wieder als Grund für eine Einschränkung der Einwanderung vorgeschoben, selbst dann, wenn die politischen Elemente offenkundig waren. Das war z.B. der Fall nach den antijüdischen Aufständen des Jahres 1929, als eine königliche Kommission unter dem Vorsitz von Sir Walter Shaw und dem Landfachmann John Hope Simpson in dem sogenannten Passfield White Paper im Oktober 1930 zu dem Ergebnis kam, es stehe kein weiteres Land für jüdische Siedlungen zur Verfügung. Es wurde gefordert, dass jüdische Einwanderung nach Palästina strengeren restriktiven Kontrollen unterliegen solle. Dieser Versuch, damals die Tore Palästinas de facto zu schliessen, wurde abgewehrt. Der damalige Premier Ramsay MacDonald schrieb Dr. Chaim Weizmann, dem Präsidenten der Jewish Agency, im Februar 1921, dass das Prinzip der wirtschaftlichen Absorbierungsmöglichkeit allein nicht die jüdische Einwanderung nach Palästina bestimmen solle; ein Prinzip, dem auch die permanente Mandatskommission des Völkerbundes zustimmte.

Als 1933 die grosse jüdische Tragödie begann, bestand eine Verordnung für die Einwan-

derung nach Palästina, welche nur eine «wahlweise Einwanderung» zulies, die jedoch für die Juden, insbesondere in den ersten Jahren der Verfolgung, ausreichte. Die folgenden Kategorien von potentiellen Einwanderern waren berechtigt, nach Palästina zu kommen:

(A) Personen mit eigenen Mitteln, was bedeutet:

1. Personen, die im Besitze eines Kapitals von mindestens engl. Pf. 1'000 sind.
2. Angehörige der freien Berufe, die ein Mindestkapital von £ 500 haben, vorausgesetzt, dass der Direktor der Einwanderungsbehörde die weitere Einwanderung von Personen in solchen Berufen für notwendig erachtet.
3. Gelernte Handwerker, die ein Mindestkapital von £ 250 haben, vorausgesetzt, dass der Direktor der Einwanderungsbehörde der Auffassung ist, dass solche Personen in den betr. Berufen von der palästinensischen Wirtschaft absorbiert werden können.
4. Solche Personen, die ein garantiertes wöchentliches Einkommen von mindestens £ 400 haben, und zwar abgesehen von dem Einkommen, das sie durch Arbeit verdienen würden.
5. Personen, die ein Kapital von £ 500 zur Verfügung haben, vorausgesetzt dass der Direktor der Einwanderung glaubt, dass solche Personen eine gute Chance haben, in dem beruflichen Engagement, das sie einzugehen planen, Erfolg zu erringen; des ferneren müssen sie physisch in der Lage sein, dem geplanten Beruf nachzugehen, und ihre Zulassung dürfte nicht zu einer unlauteren Konkurrenz führen.

(B) a) Waisen, die bis zu dem Zeitpunkt, da sie sich selbst erhalten können, von öffentlichen Institutionen erhalten werden.

b) Personen, die im religiösen Sektor tätig sind und deren Unterhalt garantiert ist.

c) Studenten, deren Zulassung zu einer Universität und Unterhalt bis zu dem Zeitpunkt, da sie sich selbst ernähren können, garantiert ist.

(B) Personen, die eine definitive Aussicht, Anstellung in Palästina zu erhalten, besitzen.

(C) Abhängige Angehörige von solchen Personen, die unter den Bedingungen in den Abschnitten A, B und C permanenten Aufenthalt in Palästina erhalten haben.

Diese Vorschriften, selbst wenn sie in liberalster Weise praktiziert worden wären, entsprachen natürlich nicht der aussergewöhnlichen Notsituation der nach Auswanderung strebenden Juden; denn je nach der politischen Atmosphäre konnte der Direktor für Einwanderung die Voraussetzung für dieselbe enger oder weiter auslegen. Die «reale wirtschaftliche Möglichkeit Palästinas», die Einwanderer zu verkraften, war und blieb für Jahre das Kernstück der englischen Einwanderungspolitik. Man begann, Quoten für bestimmte Berufe festzusetzen, und diese entstanden aufgrund der Nachfrage der Jewish Agency for Palestine. Um die Einwanderung überhaupt in Fluss zu halten, wurde die Absorbierungsfähigkeit des Landes in jenen Jahren für sedis Monate projiziert. Die Vorschläge der Jewish Agency wurden von der Mandatsregierung geändert, meist reduziert, und schliesslich bewilligte dann der Hochkommissar eine Anzahl Zertifikate für Arbeiteremigranten, «gültig für eine Frist von sechs Monaten», die dann von der Jewish Agen-

cy zur Verteilung durch ihre Vertretungen, die sie an allen Brennpunkten der Auswanderung hatte, übergeben wurden.

Da in den dreissiger Jahren ein Staat Israel noch in weiter Ferne lag, ja eine unerfüllbare Illusion schien, Palästina jedoch in der Praxis ein Zufluchtsort für die verfolgten Juden wurde, haben die Araber, unterstützt von der deutschen und italienischen Propaganda, der Einwanderung einen sich steigernden Widerstand entgegengesetzt. In Wirklichkeit lag Palästina im Vorfeld der Kriegsvorbereitungen, und den Achsenmächten kam es darauf an, in den Arabern potentielle Verbündete zu gewinnen. In ihrer Propaganda gingen sie so weit, ihnen Waffenunterstützung für ihren Unabhängigkeitskrieg gegen die Engländer zu versprechen. In den Jahren 1936-1939 steigerten sich die terroristischen Akte der Araber, und diese reduzierten nolens volens die Zahl der jüdischen Einwanderer, insbesondere derjenigen, die ohne Mittel als Arbeiter ins Land kommen wollten.

Die englische Mandatsmacht flüchtete immer wieder zu Untersuchungskommissionen, die sie einsetzte, um der arabischen Seite zu zeigen, dass etwas in ihrem Interesse geschehe. Eines der weitreichendsten Ergebnisse hatte die palästinensische Kgl. Kommission, deren Vorsitzender Lord Peel war, welcher in seinem Endbericht im Juli 1937 dem Konzept der «Absorbierungsfähigkeit» eine neue, für die jüdischen Verfolgten ungünstige Interpretation gab:

«Allgemein gesprochen hat die Palästinensische Verwaltung, was die Einwanderung anbetrifft, weder politische, soziale oder psychologische Elemente berücksichtigt, und in der Tat, solche Beurteilungen wären eine Verletzung der Instruktionen, die der Ministerpräsident (Ramsay MacDonald, Februar 1931) gegeben hatte, wonach die Aufnahmefähigkeit des Landes rein ökonomischen Bedingungen unterliegt. Wir (die Peel Kommission) kommen aber zu dem Schluss, dass die Situation in Palästina bezüglich der Einwanderung unter Berücksichtigung aller Elemente und nicht der ökonomischen allein entschieden werden muss ... Politische und psychologische Faktoren müssen berücksichtigt werden.»²

Die Peel-Kommission schlug vor, dass die Einwanderung für die nächsten fünf Jahre auf jährlich 12'000 limitiert werden sollte. Immerhin bestand keine Illusion darüber, dass selbst eine solche Beschränkung eine Beruhigung der Gemüter, ganz zu schweigen von einem dauernden Frieden, herbeiführen könne. Daher empfahl die Kommission die Teilung des Landes in einen arabischen Staat, einen jüdischen Staat und einige strategisch wichtige Gebiete, die unter dem britischen Mandat verbleiben sollten.

Die Peel-Vorschläge lösten im jüdischen Lager heftige Reaktionen aus. Praktisch schlossen sich die Tore des rettenden jüdischen Landes, da die Ziffer von 12'000 Einwanderern nach oben begrenzt war und, wenn immer notwendig, «aus politischen und psychologischen Gründen» reduziert werden konnte. Das entsprach weder der realen Lage noch den Vorstellungen der jüdischen Führer. Während also weniger Palästina-Zertifikate zur Verfügung standen, wurde die Bedrohung der Juden in Deutschland grösser, und in den Büros

² Zit. nach: Tartakower u. Grossmann, a.a.O., S. 59

der Jewish Agency entstanden in jenen Jahren bittere Konflikte, wenn ihre Funktionäre mit der schmerzhaften Aufgabe konfrontiert waren, die wenigen Zertifikate, die die Mandatsmacht zögernd gab, zu verteilen. Tausende Telegramme und Briefe von Verwandten der in Deutschland verbliebenen Juden verlangten die Hilfe der zionistischen Organisationen, aber die Jewish Agency konnte nicht auf legalem Wege helfen.

Als im November 1938 die Pogrome gegen die Juden in Deutschland stattfanden, appellierte man an die britische Mandatsmacht, wenigstens 10'000 jüdische Kinder von Deutschland nach Palästina kommen zu lassen. Die palästinensische jüdische Gemeinde war mit Hilfe der zionistischen Organisationen bereit, alle Unkosten für ihren Transport, Lebensunterhalt und Schulbildung zu übernehmen. Als dann in den schwarzen Novembertagen 1938 das volle Ausmass der gegen die Juden unternommenen Brutalitäten bekannt wurde, bot die Jewish Agency an, 100'000 Juden aus Deutschland in Palästina anzusiedeln, die grossen Finanzmittel aufzubringen und für ihre ökonomische Absorbierung im Lande Sorge zu tragen. Die Mandatsmacht aber folgte nicht dem Rufe des Gewissens, sondern machte nur einige wenige Konzessionen.

Im November 1938 hatte eine zweite von den Engländern eingesetzte Kommission, die sogenannte Woodhead-Kommission, den Vorschlag von Peel über die Möglichkeit der Teilung des Landes beraten. Zur selben Zeit, da in Deutschland die Synagogen in Brand gesteckt wurden und 30'000 Juden in Konzentrationslager eingeliefert wurden, veröffentlichte man die Untersuchungsergebnisse der Woodhead-Kommission, die den Teilungsplan als «unpraktisch» zurückwies. Palästina solle weiter von der britischen Mandatsmacht regiert werden; ein Mandat, welches, wie betont wurde, «internationalen Charakter» habe. Statt eine praktische Lösung anzustreben, flüchtete man zu Konferenzen; diesmal war es eine nach London einberufene Konferenz zwischen Juden und Arabern.

Die Konferenz begann und endete praktisch am 15. März 1939, denn die Ideen für die Lösung des jüdisch-arabischen Problems, die der damalige Minister für Kolonien vorschlug, wurden sowohl von arabischer als auch von jüdischer Seite verworfen. Die englische Mandatsmacht hatte angekündigt, dass sie im Falle einer Nichteinigung der Parteien ihr eigenes politisches Programm verkünden und verwirklichen würde. Am 12. April 1939 veröffentlichte die «Palestine Gazette» eine neue Einwanderungsverordnung, wonach der palästinensische Hochkommissar «nach Gutdünken» die Zahl der Einwanderer in den verschiedenen Kategorien bestimmen würde. Endlich am 17. Mai 1939 wurde das britische Weissbuch «Palästina, Programmatische Politische Erklärung» veröffentlicht. Das Weissbuch erklärte, dass die Engländer «innerhalb von zehn Jahren» ein unabhängiges Palästina schaffen würden, und am Ende dieser Übergangsperiode würden sie das Mandat, die Kontrolle Palästinas, aufgeben. Die Engländer sprachen damals davon, dass die Voraussetzung dafür «solche Beziehungen zwischen Arabern und Juden sind, die eine gute und funktionierende Regierung möglich machten». Pferdefuss des Weissbuches war die Erklärung der britischen Regierung, dass sie wesentliche Beschränkungen für Verkauf von Land an Juden und deren Einwanderung aufzustellen beabsichtige. Was das Letztere

betrif, so sei die Regierung keineswegs verpflichtet, die Einwanderung nur aus den Gründen der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes zu limitieren. Es wurde daher geplant, in den nächsten fünf Jahren soviel jüdische Einwanderer zuzulassen, dass am Ende dieser Frist Juden ein Drittel der Gesamtbevölkerung Palästinas bildete. In Zahlen ausgedrückt würden also nicht mehr als 75'000 Einwanderer, davon 25'000 Flüchtlinge, der Rest in jährlicher Quota von 10'000 hineingelassen werden. Massnahmen würden ergriffen werden, «illegale Einwanderung» zu verhindern. Illegale Einwanderer, die nicht deportierbar seien, würden von der jährlichen Quota abgezogen werden.

Der Hochkommissar sollte die letztverantwortliche Instanz sein, die Fragen der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit zu entscheiden; er sollte jüdische und arabische Vertreter von Zeit zu Zeit konsultieren. Nach Ablauf der fünf Jahre würde keine weitere jüdische Einwanderung erlaubt werden, «es sei denn, die Araber Palästinas sind damit einverstanden».

Das Weissbuch fand bei den Arabern keinen Gefallen, wiewohl man sie offensichtlich damit besänftigen wollte; es wurde im Hinblick auf die im Jahre 1939 verzweifelte Situation der Juden in Europa auch jüdischerseits leidenschaftlich angegriffen. In einer Erklärung der Jewish Agency, der anerkannten Vertretung der Juden in Palästina, heisst es z.B., dass die Juden unter keinen Umständen sich der in dem Weissbuch der Engländer formulierten Einwanderungspolitik unterwerfen werden.

Im weiteren Verlauf dieser Erklärung wird dargelegt, dass das jüdische Volk keine Konflikte mit dem arabischen Volke habe. «Die Araber sind nicht ohne Land oder eine heimatlose Rasse wie die Juden, noch brauchen sie ein Zufluchtsland. Jüdische Arbeit in Palästina hat keine negative Wirkung im Leben und Fortschritt arabischer Länder, jüdische Kolonisierung hat Palästina und *allen* seinen Bewohnern genutzt.» Am Ende der Erklärung heisst es, dass diese Enttäuschung «das jüdische Volk nicht unterwürfig machen würde. Das historische Band zwischen dem jüdischen Volke und dem Lande Israel kann nicht zerschnitten werden. Die Juden werden niemals die Schliessung der Tore Palästinas, noch die Umwandlung des nationalen Heims in ein Ghetto akzeptieren.»

Trotz der Erklärung der Jewish Agency, trotz aller Proteste in und ausserhalb Palästinas und mehr noch trotz der Notwendigkeit, in jenen Jahren die Tore Palästinas weit offen zu halten, änderte sich die britische Politik nicht, und die im Weissbuch (CMD. 6019/1939) festgelegten Bestimmungen blieben bis zum bitteren Kriegsende in Kraft, obwohl die illegale Einwanderung zu einem Teil die grausamen Folgen dieser kurzsichtigen Politik aufhob. Selbst die Tatsache, dass die vom Völkerbund eingesetzte permanente Mandatskommission am 17. August 1939 das Weissbuch als eine eklatante Verletzung der Mandatsbestimmungen verurteilte, änderte sich nichts in der praktischen Durchführung der neuen britischen Politik.

Zunächst gab es keinen jüdischen Einwanderungsplan für die Zeit von Oktober 1939 bis März 1940. Dreihundert Zertifikate für Nichtjuden wurden bewilligt, kein einziges für Juden. In der Periode April/September 1940 wurden für alle Einwanderungskategorien 9'330 Zertifikate ausgegeben. Für die Zeit von Oktober 1940 bis März 1941 hatte die Jewish Agency um die Bewilligung von 3'150 Arbeiterzertifikate ersucht aufgrund einer

detaillierten Analyse der wirtschaftlichen Situation des Landes. Aber diesem Ersuchen wurde nicht stattgegeben, sondern einige wenige Zertifikate für Personen reaktiviert, die infolge des Krieges in dem gegebenen Geltungszeitraum Palästina nicht erreichen konnten. Davon profitierten im Ganzen 300 Personen. Keine Einwanderungsquote wurde für die Periode vom April bis Juni 1941 festgesetzt, abgesehen von 850 Ersatzzertifikaten, davon 100 für Nichtjuden. Für September 1941 bis März 1942 standen 1'250 solcher Ersatzzertifikate plus 1'750 für Juden, deren Ernährer sich bereits in Palästina befanden, zur Verfügung. Im Zeitraum April/Dezember 1942 wurden 5'500 Einwanderungszertifikate bewilligt und für Januar/März 1943 35'400. Aber zu dieser Zeit erreichte Palästina ein Strom von Einwanderern auf allen möglichen anderen Wegen. Die Blockade der verschlossenen Tore des Heiligen Landes wurde dank dem Mute und der erfinderischen Phantasie der Verzweifelten gebrochen, wenn auch diese Rettungsversuche tausende Opfer forderten.

Die «illegale Immigration», die gewaltsame Öffnung der verschlossenen Tore, die Erreichung des Heiligen Landes «auf geheimen Wegen» stellte eine Abwehrmassnahme gegen die restriktive Einwanderungspolitik der englischen Mandatsmacht dar. Jon und David Kimche haben diese Saga in ihrem Buche «The Secret Roads» beschrieben.³ Eine andere dramatische Darstellung stammt aus der Feder von Bracha Habas.⁴ Drei wichtige Elemente müssen bezüglich der illegalen Einwanderung in Palästina registriert werden:

1. Solange Hitler-Deutschland in der Auswanderung der Juden eine Lösung des jüdischen Problems sah (der letzte Auswanderungstransport verliess im November 1942 das Reich), war die Gestapo und waren die deutschen Schifffahrtlinien de facto Helfershelfer in der illegalen Einwanderung Palästinas.
2. Obwohl die Mandatsmacht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln diese illegale Einwanderung zu verhindern suchte, war sie zu einem erheblichen Teil erfolgreich, da die jüdische Bevölkerung mit den Flüchtlingen sympathisierte und die Juden in Palästina, obwohl in ideologische Lager geteilt, gut organisiert waren.
3. Wenn sich Tausende von Juden aus Europa Schiffen anvertrauten, deren Seetüchtigkeit, gelinde gesagt, anzweifelbar war, wenn diese für die abenteuerliche Überfahrt unter oft unvorstellbaren Umständen, die an die Masseneinwanderung in die Vereinigten Staaten in der dritten Klasse kurz nach der Jahrhundertwende erinnern, horrende Preise zahlten, ja oft auf offenem Ozean von geldgierigen Kapitänen gezwungen wurden, ihren letzten Pfennig zu opfern, um das rettende Land zu erreichen, dann beweist dies, wie stark diesen Menschen bereits die Angst im Nacken sass. Viele dieser Einwanderer haben Palästina nie gesehen, sind untergegangen oder wurden von den Engländern z.B. auf der Insel Mauritius interniert. Aber je mehr die Zeit vorschritt, um so mehr Versuche wurden unternommen, das rettende Land zu erreichen.

Der Organisationsplan der illegalen Einwanderung entstand im Winter 1937 zu einer Zeit, als die Araber jüdische Siedlungen angriffen und sie in Brand steckten.

4. Jon und David Kimdie, «The Secret Roads. The ,illegal' Migration of a People». London 1954 4 Bracha Habas, «The Gate Brakers». New York 1963

Das Zentrale Arbeiterkomitee hatte alle Hände voll zu tun. Eines seiner Mitglieder, Zeev Shind, den man überall «Danny» nannte, war gerade von einer Mission aus Polen zurückgekommen und berichtete seinen Genossen über die ernste Situation der Juden in Polen. Die Lage der Juden in Deutschland sei noch gefährlicher. Man hatte damals nach Berlin einen jungen Palästinenser, Pino, geschickt, dem die Gestapo freie Hand gab, Auswanderung zu betreiben. In Wien arbeitete Pinos Kollege Bar-Gilad, der im frühen Sommer 1938 in der Stadt an der Donau ankam. Die beiden jüdischen Funktionäre erkannten sehr bald, dass substantielle Auswanderung nur mit Unterstützung des in der Villa von Baron Rothschild installierten «Zentralbüros für jüdische Auswanderung» möglich sei, dessen Chef kein anderer war als SS-Hauptmann Adolf Eichmann.

In dieser Periode entstanden die Trainingslager für junge jüdische Menschen, wurden die verschiedenen Bedingungen für die Erlaubnis auszuwandern (die Reichen bzw. Besitzenden mussten zahlen) und die Zusammenarbeit Eichmanns mit den eher rechtsextremen zionistischen Organisationen festgelegt. Dabei sprach sich die zionistische Organisation in Wien gegen eine illegale Auswanderung nach Palästina aus. Als es endlich zu dem aktuellen Transport der potentiellen illegalen Auswanderer kam, schalteten sich die Schieber ins Schiffahrtsgeschäft ein und beuteten die Auswanderer aus, indem sie exorbitante Preise für den illegalen Transport nach Palästina forderten.

Ein erster illegaler Transport erreichte bereits im Sommer 1934 auf dem griechischen Schiff «Vellos» Palästina. Das Schiff brachte etwa 300 Einwanderer von Polen unter der Führung eines jungen polnischen Juden, Levi Schwartz. Die zweite Reise der «Vellos» war jedoch nicht so erfolgreich. Zehn Wochen fuhr das Schiff von Flafen zu Hafen im östlichen Mittelmeer, konnte aber die Passagiere nicht ausladen. Sie waren nahe am Verhungern und mussten nach Polen zurückgebracht werden. Zu diesem Zeitpunkt schien es, dass die illegale Einwanderung ein Fehlschlag wäre und ihr Ende erreicht hätte.

Dieser Episode folgte die kommerziell organisierte Auswanderung, bis im Hinblick auf die innerpolitische Entwicklung in Palästina im Jahre 1937 die Mossad le Aliyah Beth, das Komitee für illegale Einwanderung, von den massgebenden zionistischen Organisationen gegründet wurde. Das Komitee entsandte seine Emissäre zu den bedrängten Juden in Europa. Sie reisten alle nach Paris, um von dort in die verschiedenen Länder mit verschiedenen Aufgaben weiterzufahren (Shind nach Polen, Bar-Gilad nach Wien, Pino nach Berlin). Die Emissäre, die in den von den Nazis kontrollierten Ländern arbeiteten, mussten sich mit der Gestapo arrangieren, um nicht Juden per se zu retten, sondern qualitätsmässig die besten, d.h. junge jüdische Menschen nach Palästina zu bringen, die nicht nur aufopferungsvolle Pioniere in der Eroberung der Wüste sein würden, sondern im Notfall fähig und bereit, das Land zu verteidigen. Zu der Zeit, als die selektive illegale Auswanderung organisiert wurde – sie nahm von 1937 an zahlenmässig an Bedeutung zu –, standen den andern Juden andere Auswanderungsländer zur Verfügung; denn die volle Quote für die Vereinigten Staaten wurde z.B. das erste Mal im Quotenjahr 1938/39 in Anspruch genommen.

Trotzdem sind Juden, die nicht von der Mossad le Aliyah Beth ausgesucht waren, illegal nach Palästina gekommen, denn Ende 1938/39 annoncierte die Hamburg-Amerika Linie öffentlich «Illegale Auswanderung nach Palästina». Diese Schifffahrtslinie konnte sich nicht darüber beklagen, zu wenig Kunden für diese illegale Auswanderung zu haben, denn immer, wenn Not an Mann war, veranstaltete die Gestapo Judenrazzien und drohte den Verhafteten, sie ins Konzentrationslager zu bringen – es sei denn, sie würden schleunigst Deutschland verlassen. Wenn sie dann die Beamten bestürmten mit der Frage: «Wohin können wir denn auswandern?» lautete die stereotype Antwort: «Nach Palästina». Wie Samuel Lubell in einem Aufsehen erregenden Artikel «War by Refugees» in der «Saturday Evening Post» vom 29. März 1941 berichtete, war die Gestapo immer bereit, wenn auch in bescheidenem Rahmen, den Transfer von Geldmitteln für die Auswanderung der Juden zu bewerkstelligen, Ausreiseerlaubnis zur Verfügung zu stellen und sogar für die Durchreiseländer Transitvisen zu besorgen. Die Deutsche Donau-Dampfschiff-Kompagnie transportierte die Flüchtlinge die Donau herunter zu den rumänischen Häfen. Man stellte alle möglichen alten Schiffe in Dienst, die dem Transport von Vieh gedient hatten, Tankschiffe, die dringender Reparatur bedurften. Die Beschreibung dieser Reisen lesen sich wie Geschichten aus der Zeit des Sklavenhandels. Oft wenn das Boot bereits überladen war, zur Abfahrt bereit, erzwang die Gestapo die Mitnahme weiterer 200 bis 300 Flüchtlinge. Diese Transporte hatten nichts mit denen zu tun, die das Einwanderungskomitee durch seine Emissäre zu organisieren suchte. Raub, Diebstahl, Ausbeutung auf den Auswanderungsschiffen wurden die Regel. Der amerikanische Journalist H. R. Knickerbocker berichtete in dem in Paris erscheinenden «Neuen Tagebuch» vom 30. Juni 1939, dass skrupellose Kapitäne, deren Schiffe das Schwarze Meer oder Mittelmeer befuhren, einen Profit von 50'000 bis 100'000 Dollar per Reise machten.⁵ Um das Risiko so weit wie möglich zu verringern, kauften die Schifffahrtshyänen alte Boote als Abfall, so dass für sie kein Verlust eintreten würde, selbst wenn diese Schiffe an der palästinensischen Küste liegen bleiben sollten. Die wenigen Passagiere, die Deckkabinen bekamen, mussten den Fahrpreis erster Klasse bezahlen. Nicht genug damit, das Schiff konnte plötzlich anhalten, der «menschenfreundliche» Kapitän konnte den angsterfüllten Passagieren mitteilen, das Schiff habe kein Wasser mehr. Aber siehe da, Wasser war wieder vorhanden, wenn Uhren, Ringe und anderer Schmuck im Werte von tausend Dollar gesammelt waren. Kaum war die «Wasserknappheit» vorbei, wiederholte der Kapitän diese Methode mit Lebensmitteln, bis die Passagiere alles abgegeben hatten, was sie am Leibe hatten. Erst dann liess er die gebrochenen, verelendeten, kranken Menschen landen. Viele starben auf diesen Fahrten.

Der erste organisierte Transport von 280 Juden aus Deutschland verliess indessen im März 1939 Berlin. In Wien stiess eine grosse Anzahl österreichischer Juden hinzu. Nach vielen Mühen, Bestechungen und Differenzen mit Eichmann konnte dieser Transport nach dem jugoslawischen Hafen Susak gebracht werden, wo das Schiff «Colorado» auf sie wartete.

Der Plan, die Passagiere in die Nähe der Insel Korfu zu bringen und sie dort auf ein besseres Schiff, die «Otrato» zu laden, wurde ausgeführt. Levi Schwartz, der 1933 den ersten illegalen Transport jüdischer Einwanderer nach Palästina gebracht hatte, kommandierte die «Otrato». Etwa 600 junge Juden landeten «geheim» in Palästina und verschwanden in den landwirtschaftlichen Siedlungen. Die Engländer hatten nichts bemerkt, und das Schiff kehrte ohne Schwierigkeiten nach Europa zurück.

Einmal gab es einen Zwischenfall durch die Torheit des Kapitäns der «Colorado», der im Hafen von Susak eine blonde Jugoslawin kennengelernt hatte. Drei Tage, nachdem er in der Nähe von Korfu seine angeblich nach Mexiko fahrenden Passagiere losgeworden war, fuhr das Schiff leer in den Hafen von Susak ein und rief eine Sensation hervor. Wie war es möglich, dass die «Colorado» von Mexiko unbeladen nach drei Tagen wieder im Hafen von Susak sein konnte? Eine Untersuchung fand statt, die die wahren Zusammenhänge enthüllte. Die Transiterlaubnis Jugoslawiens wurde zurückgezogen, bis die königliche Familie intervenierte und das Durchlassverbot nach einiger Zeit wieder aufgehoben wurde.

Die «Colorado» machte eine zweite und letzte Reise mit 400 jüdischen Passagieren; aber als die «Otrato» dieses Mal die übernommenen Flüchtlinge ausladen wollte, nahm sie ein englischer Zerstörer ins Tau, und die Juden wurden in Haft genommen.

Die Schwierigkeiten der illegalen Einwanderer wuchsen. Obwohl der Ausbruch des Krieges ihre Deportierung in das Ursprungsland erschwerte oder fast unmöglich gemacht hatte, weil die meisten von ihnen keine Identitätspapiere hatten, hatte man, wie bereits erwähnt, bis zum 3. Dezember 1940 1584 von ihnen auf die Insel Mauritius, eine englische Besetzung im Indischen Ozean, gebracht. Tausende anderer Flüchtlinge wurden von Patrouillenbooten am Landen gehindert. Knickerbocker hat in seinem bereits erwähnten Artikel im «Neuen Tagebuch» ausgerechnet, dass innerhalb von sechzig Tagen achtzehn Schiffe mit 5'627 Flüchtlingen zurückgeschickt wurden – was bedeutete, dass diese Unglücklichen wieder ihre Reise auf den unsicheren Schiffen mit allen ihren Nöten, wie Hunger, Krankheit und Verzweiflung, antreten mussten. Es gab Schiffe, die sich fünf bis sechs Monate auf See befanden, ohne dass ihre Passagiere irgendwo landen durften.

Die «Liesel» setzte 906 hungernde Männer, Frauen und Kinder auf einer kleinen, unbewohnten Insel aus. Von ihnen hat niemand wieder etwas gehört. Damals erregte die Tragödie solcher Schiffe die Öffentlichkeit. Das rumänische Schiff «Salvador» sank im Marmara Meer im Februar 1940, und über zweihundert Menschen ertranken. Ein anderes Schiff versuchte, die Überlebenden illegal in Palästina zu landen, aber sie wurden dort sofort interniert. Im November 1940 hatten 1'770 jüdische Flüchtlinge Palästina in zwei Schiffen erreicht. Die Engländer befahlen ihre Deportierung, und alle Passagiere wurden auf die «Patria» geladen, die sie nach dem rumänischen Ausgangshafen zurückbringen sollte. Eine Explosion auf dem Schiff tötete 251 Menschen, und erst danach erlaubte die englische Mandatsbehörde, dass der Rest in Palästina bleiben dürfe.

Ein tragisches Schicksal hatte die «Struma», ein nicht seetüchtiges Boot mit 769 jüdischen Flüchtlingen aus Rumänien. Als das Schiff türkische Gewässer in der Nähe von Is-

tanbul erreichte, weigerte sich die türkische Regierung, das Schiff landen zu lassen, es sei denn, die englische Mandatsmacht sei bereit, den Türken die Versicherung zu geben, dass die Passagiere in Palästina aufgenommen werden. Alle diesbezüglichen Bemühungen der Jewish Agency for Palestine blieben erfolglos, und so ordneten die türkischen Behörden an, dass die «Struma» in See zu stechen habe. Der Kapitän intervenierte, erklärte, das Schiff sei dazu nicht in der Lage; aber alle Proteste halfen nichts. Als die «Struma» das offene Meer erreichte, explodierte sie, und von den 769 Menschen wurden nur zwei gerettet.

In meinem in englischer Sprache erschienenen Buche «The Jewish Refugee» habe ich eine Liste über das Schicksal von Schiffen, die 1939/40 Palästina zu erreichen suchten, zusammengestellt. Diese, wenn auch unvollständige Liste ist auch heute noch von beträchtlichem Interesse für den Historiker.⁶

Die Frage der Verantwortung für die Tragödie der «Struma» am 24. Februar 1942 und die des türkischen Motorseglers «Mefkure» im Bosphorus ist von Jürgen Rohwer/ untersucht worden. Auf der «Struma» befanden sich 763 Juden, die sich in dem rumänischen Hafen Konstanza eingeschifft hatten. Auf der «Mefkure» waren 320 Passagiere. Jürgen Rohwer kommt in seiner sorgfältigen Untersuchung zu dem Schluss:

- (a) dass die beiden Judentransportschiffe nicht von deutschen, sondern von sowjetischen Kriegsschiffen versenkt worden sind;
- (b) dass das deutsche Auswärtige Amt und der Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine die Judenauswanderung aus Rumänien, vor allem von dem Schwarzmeer-Hafen Konstanza, aus politischen Rücksichten gegenüber dem rumänischen Verbündeten, kaum behinderte.

Ich registriere die Ergebnisse dieser Untersuchung, die an sich die Grundfrage des Schicksals der ausgewiesenen Juden nicht berühren. Ein in meinen Akten befindlicher Bericht des Kapitäns der «Mefkure», Kazim Turan, schildert, dass der Angriff eines nicht identifizierbaren Unterseebootes um 2.10 morgens erfolgte. Die britische Marine hat damals die angreifenden Schiffe als «Unterseeboote» identifiziert. In dem Bericht vom 9. September 1944 heisst es: «Die angreifenden Schiffe wurden von keinem der Überlebenden klar identifiziert; alle stimmen darin überein, dass es drei Boote waren, und einige der Überlebenden behaupten, dass es deutsche Boote waren. Alle Überlebenden stimmen darin überein, dass die drei Boote mit jüdischen Flüchtlingen, von denen die «Mefkure» eines war, von deutschem Marinepersonal in Konstanza zu der Zeit, als sie den Hafen verliessen, fotografiert wurden . . .» Aber gleichgültig, ob die «Struma» und «Mefkure» von den Russen oder den Nazis versenkt wurden, die Flüchtlinge hätten sich nie auf diesen Schiffen befunden, wenn nicht die barbarische Judenverfolgung in Deutschland sie aus ihrem Aufenthaltslande herausgetrieben hätte.⁸

6 s. Anh., Dokument 11

7 Jürgen Rohwer, «Die Versenkung der jüdischen Flüchtlingstransporter ‚Struma‘ und ‚Mefkure‘ im Schwarzen Meer (Februar 1942 und August 1944).» Frankfurt a. M. 1965.

8 Fünf Monate vor der Landung der Alliierten in Frankreich, brachte die «Nyassa» 750 jüdische Männer, Frauen und Kinder nach Haifa. An dieser Aktion hatten die grossen jüdischen Organisationen und die Regierung Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten Anteil. Die Fahrt der «Nyassa» mit diesen 750 jüdischen Flüchtlingen 1944 wurde als ein «humanitärer Durchbruch inmitten des Krieges» bezeichnet.

Die Zahl der illegalen Einwanderer in Palästina ist nie bekannt geworden. Sie sind heute, soweit noch am Leben, Bürger ihres eigenen Staates Israel. Für die Jahre 1938/1939 sollen es nach den Quellen der Jewish Agency 30'000 gewesen sein, die das Land illegal erreichten. Die Mandatsregierung erklärte, dass allein im Jahre 1939 11'156 unautorisierte Einwanderer nach Palästina gekommen seien, und für das Jahr 1941 wurde die Ziffer mit 18'500 angegeben. Wer die Heldensaga der illegalen Einwanderung liest, wird mit mir übereinstimmen, dass jene, die das Tor nach Palästina zur Rettung der Menschen öffneten, eines der grossen Heldenepen unserer Zeit geschrieben haben; gleichzeitig ist es ein anklagendes Zeugnis für den mangelnden guten Willen derjenigen, die den Schlüssel für die Öffnung des rettenden Tores in der Hand hielten.

14. Der Krieg und die Flüchtlinge

«Jeder hat das Recht, in anderen Ländern Zuflucht
(Asyl) vor Verfolgung zu suchen und zu finden.»

Universal Declaration of Human Rights of the
United Nations, 10.12.1948

Polen – Russland

Im September 1938 war ich in Paris, die zweite Station auf meiner Flucht vor den braunen Henkern. Wir hatten die Tschechoslowakei im August endgültig verlassen. Kaum in Paris angekommen, spürte ich, dass man die Masaryk-Republik dem Diktator Adolf Hitler überlassen würde. Die Stimmung unter den Flüchtlingen war bedrückt, denn alle fühlten mehr oder minder, dass unsere Welt in den Abgrund stürzte und es kein Halten gab. Eines der belastendsten Probleme im Flüchtlingsdasein ist der Widerspruch zwischen dem immer näherkommenden Abgrund und der unbeweglichen Bürokratie des Aufenthaltslandes, die von den Alarmzeichen keine Kenntnis nimmt.

Die Septembertage 1938 in Paris waren für uns, die wir aus der Tschechoslowakei gekommen waren, die quälendsten und schmerzhaftesten. Wohl, wie das in einem der vorhergehenden Kapitel beschrieben worden ist, gaben sie uns die Chance, eine Anzahl von Flüchtlingen zu retten, aber in Wahrheit nutzte nur denen diese Rettung, die in diesen Monaten nach England oder den Überseeländern gekommen waren. Anderen, die sich nach Frankreich, Belgien, Holland «gerettet» hatten, wurde nur eine Atempause gegeben bis zum Ausbruch des Krieges, ganz zu schweigen von den Flüchtlingen, die in Polen auf einen Abtransport gehofft und gewartet hatten. Auf der anderen Seite verlangte und erpresste das nationalsozialistische Regime die Auswanderung der Juden.

Die Folgen des Kriegsausbruchs am 1. September 1939 waren für die «Altflüchtlinge» in Polen katastrophal; eine irgendwie geordnete Auswanderung für die nunmehr gefährdeten Juden in Polen existierte nicht. So seltsam es klingt, der einzige winzige Hoffnungsschimmer in jenen Septembertagen war die de facto vierte Teilung Polens aufgrund des geheimen Molotow-Ribbentrop-Abkommens vom 23. August 1939, welches einer Million polnischer Juden bis zum Beginn der Operation Barbarossa im Juni 1941 eine relative Sicherheit zu geben versprach.

Was die Flüchtlinge, die sich in den westeuropäischen Ländern befanden, betrifft, so waren sie während des achtmonatigen Blitzkrieges nicht durch die Hitlerarmeen gefährdet, wohl aber wurden die Feinde Hitlers und die Freunde der Freiheit plötzlich dem gemeinsamen Feind Nazideutschland gleichgesetzt. In Frankreich und England wurden die deutschen Flüchtlinge interniert, in Belgien kam es nicht dazu, da das Land überrannt wurde, Holland versteckte seine Flüchtlinge und schützte sie nach besten Kräften. Während des Krieges hörten die legalen und illegalen Versuche nicht auf, die Flüchtlinge in ein Überseeland zu bringen, aber je länger der Krieg andauerte, desto riskanter wurden solche Rei-

sen, wie wir dies aus dem tragischen Schicksal Rudolf Oldens wissen, der von England nach USA wollte. Er begleitete einen Kindertransport auf der «City de Benares», die am 15. Juni 1942 torpediert wurde. Er kam dabei mit seiner Frau Ika und vielen anderen Passagieren ums Leben.

Versuchen wir, im Zuge der damaligen chronologischen Ereignisse, beginnend mit Polen – Russland, die Situation der Flüchtlinge zu schildern.

Polen hatte die grösste und aktivste Judenheit. Die allenthalben anerkannte Zahl war 3'300'000. Von diesen 3,3 Millionen gelang es 400'000 zu fliehen oder zu emigrieren. 250'000 wurden innerhalb des Landes deportiert. Zunächst kontrollierte Gouverneur Hans Frank von Warschau aus «nur» 2 Millionen Juden, aber nach dem Ausbruch des deutsch-russischen Krieges wuchs diese Zahl, und nach den Berechnungen des jüdischen Soziologen Jacob Leszczinsky¹ sind insgesamt 2'900'000 polnische Juden umgekommen. Wir wissen nicht, wieviele Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei sich noch in Polen befanden. Nach vorsichtiger Schätzung dürften es zwischen 600-800 gewesen sein. 600 Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei flüchteten von Krakau im September 1939, aber ob sie sich jemals in Sicherheit bringen konnten, war nicht mehr feststellbar. Jede normale Verbindung mit Polen war zuerst vollständig abgebrochen, und erst viel später wurden durch Untergrundkanäle Kontakte hergestellt.

Die russischen Truppen begannen am 17. September 1939 den östlichen Teil Polens zu besetzen. Das waren 77'606 Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 13 Millionen. Sogenannte Nationalversammlungen in Lemberg und Bialystok proklamierten im Oktober 1939 die Inkorporierung dieser Gebiete in die Sowjetunion, ein Akt, der von dem Obersten Rat der Sowjetunion am 1. und 2. November desselben Jahres bestätigt wurde.

In den östlichen polnischen Provinzen lebten nach einem Zensus des Jahres 1931 1'222'000 Personen jüdischen Glaubens, also etwa 10 Prozent der Gesamtbevölkerung. 80'000 von ihnen befanden sich in dem Gebiet von Wilna, das am 10. Oktober 1939 an Litauen zediert wurde, so dass 1,2 Millionen Juden unter Sowjetherrschaft kamen. Das östliche und südöstliche Polen hatte aber nicht nur seine eigene eingeborene jüdische Bevölkerung, sondern auch jüdische Flüchtlinge vom westlichen Teil Polens, der von den Nazis beherrscht wurde. Als polnische Juden realisierten, dass ein Teil Polens nicht von den Nazis besetzt werden würde, flohen sie nach Osten. Das war die erste Flüchtlingswelle, und die zweite erfolgte nach der Besetzung der östlichen Provinzen durch die Sowjetunion. Die erste Flüchtlingswelle wird auf 250'000 geschätzt, von denen ein gutes Drittel, etwa 85-90'000 die östlichen Provinzen tatsächlich erreichte. Die zweite Welle war durch die einsetzenden Verfolgungen der Juden und die Massenausweisung von Juden durch die Nazis verursacht, die Tausende von Juden über die neuentstandene deutsch-russische bzw. deutsch-polnische Grenze in Polen trieben. In einem offiziellen Memorandum

i Jacob Leszczinsky, «Crisis, Catastrophe and Survival», New York 1948

dum des deutschen Auswärtigen Amtes kam es aber zwischen den Russen und Deutschen zu Auseinandersetzungen, da die Ausweisung der Juden in das russische, ehemals polnische Gebiet nicht so glatt ging, wie man es erwartet hatte. Die Russen versuchten, dieser unerwünschten Grenzgänger wieder habhaft zu werden, und wenn ihnen dies gelang, die Deutschen zu zwingen, diese Flüchtlinge wieder zurückzunehmen. Diese Situation verschlimmerte sich im November/Dezember 1939, als die deutschen Besatzungsbehörden begannen, Juden aus dem von ihnen besetzten Teil Polens auszutreiben; Tausende anderen gelang es, illegal die «rettende» russische Seite ihres eigenen Landes zu erreichen. In dem vertraulichen Protokoll des deutsch-russischen Grenz- und Freundschaftsvertrages vom 28. September 1939 verpflichteten sich beide Länder gegenseitig, einmal Deutsche, die im russischen Gebiet lebten, nach Westen und «Personen ukrainischer und weisrussischer Abstammung» nach Osten zu schicken. Ein Abkommen, das dem Geheimprotokoll vom 28. September 1939 folgte, wurde am 16. November 1939 geschlossen und deutsche bzw. russische Kommissionen in die betreffenden besetzten Gebiete gesandt. Die Nazis täuschten die Russen, indem sie gewisse Gemeinden mit starker jüdischer Bevölkerung anwiesen, sich als «Ukrainer mosaischer Religion» zu registrieren. Die Nazis wollten jedoch den Juden nicht erlauben, ihr Eigentum mitzunehmen. Die Russen hingegen bestanden darauf, und die Kontroverse konnte nicht beigelegt werden. So kamen 33'000 als Ukrainer registrierte Juden um die Chance, sich zu retten. (Von der russischen Seite wurden 150'000 Deutsche evakuiert.)

Im gewissen Sinne spielten die Sowjetbehörden mit den jüdischen Flüchtlingen aus Polen «russisches Roulette». Eine Meldung aus Paris vom 29. Dezember 1939 z.B. berichtet, dass «die Grenze kurzfristig wieder geöffnet sei, um den Juden, die das wollen, die Möglichkeit zu geben, russisches Gebiet zu erreichen ... Tausende von Juden haben sich an drei Punkten der Grenze massiert – Przemysl, Stanislaw-Jaroslaw und Lubaszow-Belz – um Sowjetpolen zu erreichen ... Der wichtigste Kreuzungspunkt ist Przemysl, wo die Brücke über den Fluss San die deutsch-russische Grenze bildet. Die Zahl der Flüchtlinge, die über diese Brücke wollen, aber ist sehr gross, so dass es sechs bis acht Stunden dauert, bis einer die Brücke erreicht...» Andere Grenzpunkte aber blieben geschlossen, und Ende des Jahres 1939 verkündeten die Sowjetbehörden, dass derjenige, welcher die Grenze unbefugt überschreitet, zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt werden kann. Niemand dürfe sich im Grenzgebiet ohne Sondererlaubnis aufhalten. Tausende von Juden wurden mit Hilfe der ortsansässigen Bauern und der Berufsschmuggler über die grüne Grenze gebracht. Man schätzt, dass allein 200'000 Juden illegal in das russische Gebiet gekommen sind. Die Haltung der Grenzwatchen war verschieden: Es gab russische Soldaten, die nichts sehen wollten, andere, die auf die Flüchtlinge schossen oder sie zurückjagten bzw. in Haft nahmen, und viele von ihnen wurden zu Zwangsarbeit verurteilt.

Eine beliebte russische Methode war, die Flüchtlinge, die vor dem braunen Ungeheuer geflohen waren, der Spionage anzuklagen. «Ich wurde in Przemysl festgenommen und befand mich für drei Wochen mit achtzig anderen in einer Zelle, die in Wirklichkeit nur für sechs Insassen gedacht war. Von Przemysl wurde ich nach Kiew gebracht, wo sie

mich der Spionage beschuldigten. Für acht Monate war ich in Kiew im Gefängnis. Im September 1940 wurde ich zu 5 Jahren Zwangsarbeit verurteilt,» heisst es in einem Zeugenprotokoll. Diese und andere Angaben wurden später von J. Chaimson im «Jüdischen Vorwärts», New York, in einem Artikel vom 31. Mai 1948 bestätigt.

Es ist unmöglich, eine genaue Zahl der polnisch-jüdischen Flüchtlinge, die das von den Russen besetzte polnische Gebiet erreichten, zu geben. Die Schätzungen beginnen bei 150'200'000 und erreichen 600'000 und mehr. Es kann angenommen werden, dass die wirkliche Ziffer bei etwa 300'000 lag.

Diese ungebetenen Gäste hatten zwar ihr nacktes Leben gerettet, aber keineswegs ihre Probleme gelöst; Unterkommen, Ernährung, medizinische Fürsorge und schliesslich produktive Arbeit. Wir wissen, dass nicht wenige der jüdischen Flüchtlinge aus dem westlichen Polen zuerst auf Feldern und in Wäldern übernachteten mussten, bis ein Teil von ihnen in den Schuppen der Eisenbahnstationen oder in leeren Frachtwaggons ein notdürftiges Unterkommen finden konnte. Sie lebten für Monate zusammengepfercht wie Vieh, hungrig und ungewaschen. In Bialystock war die Eisenbahnstation mit Flüchtlingen überfüllt. Man trieb sie von dort weg, und sie waren ständig auf der Suche nach einem neuen, wenn auch nur dürftigen Unterkommen. Selbst jene, die das Glück hatten, ein Zimmer zu finden, konnten es nur mit Genehmigung der zuständigen Behörden beziehen, aber diese Genehmigung war abhängig davon, dass der Betreffende Arbeit hatte. Je mehr Sowjetbeamte in das besetzte Gebiet kamen, desto weniger waren Zimmer erhältlich, und oft verboten die Ortsbehörden, Zimmer an Flüchtlinge abzugeben. Die Lebensmittelbeschaffung für die Flüchtlinge war ebenso schwierig wie die Wohnungsbeschaffung. Lebensmittelpreise stiegen fortgesetzt, und die Zufuhr neuer Waren hörte auf. Die Märkte wurden immer leerer. Während aber die Alteinwohner irgendwie wussten, von wo sie unter dem Ladentisch die elementarsten Mittel zur Lebenssubstanz erwerben konnten, hatten die Flüchtlinge von draussen, «die Fremden», keine solchen Verbindungen. Sie hatten keine Schwarzmarkt-Kontakte und wenn, so hätten ihnen diese nichts genutzt, denn sie hatten kein Geld, um die exorbitanten Preise zu zahlen. So litten sie buchstäblich Hunger und waren auf die Mildtätigkeit oder Solidarität derer angewiesen, die in dieser Krise noch etwas erübrigen konnten. Das wurden aber immer weniger, und so stieg die Not.

Eine Lösung wäre natürlich lohnbringende Arbeit gewesen. Der starke Prozentsatz der Intellektuellen und Angehörigen der Mittelklasse unter den Flüchtlingen sperrte jedoch auch diesen Ausweg, da unter dem sowjetischen Einfluss die besetzten Teile Polens einem radikalen ökonomischen Wechsel unterworfen wurden und einheimische Juden dadurch ihre Lebensexistenz verloren hatten. Wie immer ist keine Regel ohne Ausnahme. Eine Anzahl Intellektueller unter den Flüchtlingen wurde von der Sowjetverwaltung angestellt und einige von ihnen sogar in verantwortlichen Positionen. Lehrer hatten keine allzu grossen Schwierigkeiten, in Schulen angestellt zu werden, und Schauspieler halfen sich damit, dass sie ihr eigenes Theaterensemble organisierten und trotz des Damoklesschwertes, das über allen hing, erstaunliche Produktionen auf die Bühne brachten. Weitere Flüchtlinge fanden Posten als Buchhalter in Kooperation und in staatlich geführten

Unternehmen oder waren als Arbeiter, wenn auch nicht ständig, so doch zeitweise, angestellt; anderen Flüchtlingen gelang es, Ausbildungskurse für einen Posten auf der Eisenbahn mitzumachen, um dann wirklich eine Stellung zu bekommen. Schliesslich sollen auch diejenigen erwähnt werden, die in kleinen privaten Unternehmen Beschäftigung fanden oder als Händler von Haus zu Haus zogen. Im Ganzen aber bildeten die angestellten Flüchtlinge nur eine kleine Minderheit. Alle Versuche und Anstrengungen der einheimischen Juden, den jüdischen Organisationen und den Sowjetbehörden zu helfen, hatten nur geringen Erfolg.

Auf dem Gebiete der Fürsorge gab es natürlich Unterschiede. In Bialystok, Kovel, Wilna hatte das American Joint Distribution Committee das Unterstützungswerk unter Teilnahme der lokalen jüdischen Gemeinden und anderer Organisationen systematisch organisieren können. In Bialystok konstituierte sich ein Jüdisches Flüchtlingskomitee, dem es trotz der allgemeinen schwierigen Situation gelang, genug Lebensmittel für die Ernährung einiger tausend jüdischer Flüchtlinge zu erhalten. Alles ging gut, bis die Sowjetbehörden der privaten Initiative ein Ende machten und aus dem Bialystoker Flüchtlingskomitee ein zentrales machten, geleitet von einem russischen Kommissar, das hauptsächlich schwangeren Frauen Krankenhausaufenthalt für die Entbindung sicherte, Brennmaterial und Lebensmittel für Kranke zur Verfügung stellte. In Lemberg, Kovel, Rovno, Luck und Bialystock richteten die Sowjetbehörden Massenspeisungen für die Flüchtlinge ein, aber im Hinblick auf die grosse Anzahl der in dieses Gebiet geströmten Flüchtlinge war das alles zu wenig. Nehmen wir Bialystok als Beispiel: Dort waren im November 1933 offiziell 33'000 Flüchtlinge registriert. Jeden Tag kamen Hunderte neue an; aber es gab nur eine Küche für sie alle, und die Unglücklichen mussten viele Stunden warten, bis sie für eine Wassersuppe und ein Stück trockenes Brot an die Reihe kamen.

Im Dezember 1939 begann die Registrierung für Arbeit in Russland. Den Antragstellern wurden Posten in ihren Berufen unter mensdienwürdigen Bedingungen versprochen. Die Sowjetbehörden übten Druck auf die Flüchtlinge aus, sich zu registrieren. Die es taten, wurden zur Regierungsstelle mit einer Musikkapelle begleitet, und die lokale Presse veröffentlichte ermunternde Artikel, etwa unter dem Schlagwort: «Macht es ihnen nach!» Die Anzahl der Registranten für Arbeit in Russland war von Ort zu Ort verschieden. Viele wollten diesem Leben des Darbens und der Angst nahe der russisch-deutschen Grenze ein Ende machen, andere zögerten. Wahrscheinlich war es die Mehrheit, die es vorzog, das Risiko zu tragen, in Lemberg und anderen Städten zu bleiben, statt in das Innere Russlands zu gehen, um vom russischen Bären verschlungen zu werden.

Während der «Flitterwochen» wurden die Antragsteller von den Russen zuvorkommend behandelt. Das bittere Ende kam nach: die ihnen gegebenen Versprechungen wurden gebrochen. Alle, ob jung oder alt, mussten in den Bergwerken schwer arbeiten, andere Holz fällen oder Torf stechen. Nicht nur war die Arbeit hart und ungewohnt, sondern auch die Bezahlung gering und die Lebensbedingungen mehr als primitiv. Es gab Fälle, wo man

sie in das Innere Russlands brachte, sie in einem der entfernten Plätze wie ein Stück Gut deponierte und dann ihrem Schicksal überliess. So begann innerhalb Russlands eine Wanderung dieser jüdischen Flüchtlinge, die entweder ihre Entlassung aus der «Sklavenarbeit» durchsetzten oder, wenn sie diese nicht legal erhalten konnten, eines Tages verschwanden, um anderswo ein besseres Unterkommen und bessere Arbeitsgelegenheit zu finden. Eine Anzahl weiterer jüdischer Flüchtlinge zog es sogar vor, nach Ostpolen zurückzugehen, und es wird von Demonstrationen im Dongoebiet, in Minsk und Witebsk berichtet, in denen die Rückkehr nach Ostpolen gefordert wurde. Einige jüdische Flüchtlinge wurden tatsächlich von den Russen zurückgeschickt, andere gingen illegal, und ihre Rückkehr entmutigte die Masse der verbliebenen Flüchtlinge, «freiwillig» den Exodus in das innere Russland anzutreten. So verblieb die Masse der Flüchtlinge in den grösseren Städten und Orten Ostpolens, eine elende Gruppe, die sich schon rein äusserlich von der lokalen Bevölkerung durch ihre Verarmung unterschied.

Angesichts der gespannten Atmosphäre, der steigenden Preise, der verschwindenden Güter, der wachsenden Arbeitslosigkeit und mangelnden Unterbringungsmöglichkeiten suchte man nach dem Sündenbock. Er war schnell gefunden. An allen diesen Schwierigkeiten waren die «Fremden, die Flüchtlinge» schuld. Das war nicht nur die Auffassung der nicht-jüdischen Bevölkerung, sondern Augenzeugen berichten, dass die einheimische jüdische Bevölkerung besonders in den Städten den geflüchteten Brüdern und Schwestern «nicht zu freundlich» gegenüberstand.

Während die Flüchtlinge für die Einheimischen eine Bürde waren, hielten die Sowjetbehörden sie für eine Gefahr. Ihre Interessen und ihre Verbindungen zum Westen in dem von den Deutschen besetzten Teil Polens, wo die Familien vieler dieser Flüchtlinge noch lebten, machten sie eo ipso verdächtig. Das forgesetzte Überschreiten der Grenze von und nach dem von den Nazis besetzten Teil Polens seitens eines Teiles der Flüchtlinge, die versuchten, ihre Verwandten in den russisch besetzten Teil zu bringen oder verzweifelt ihre Auswanderung nach Übersee irgendwie zu organisieren, machte sie in den fremdenfeindlichen Augen des NKWD zu konspirativen Aktivisten. Dieser Verdacht verstärkte sich, je weniger die Flüchtlinge sich von der russischen Propaganda beeinflussen liessen und je weniger sie mit den russischen Machthabern konform gingen. In Lemberg lebte eine Reihe jüdischer Schriftsteller, die als Ausdruck der Selbstidentifizierung jeden ihrer Kollegen aus ihrem Kreis bannten oder verurteilten, der geistig kapitulierte, indem er Gedichte oder Prosa im Sinne der kommunistischen Linie schrieb. Geflüchtete jüdische Schriftsteller wehrten sich gegen die Forderungen ihrer Kollegen aus Russland, alles was sie bisher geschrieben hatten, auszulöschen oder abzuschwören und neu zu beginnen. Ja, jene, die aus Russland zurückgekehrt waren, wurden vom NKWD a priori als «Verbrecher» gebrandmarkt, gejagt und eingesperrt.

Es entstand nolens volens eine Atmosphäre der Verdächtigungen. Die Trennungslinie zwischen Einheimischen und Flüchtlingen verschärfte sich, und die Letzteren wurden drangsaliert, ihr «Recht auf Arbeit» wurde ihnen genommen. Zuerst wurden sie aus den grösseren Städten in kleinere gebracht und schliesslich deportiert. Die Sowjetbehörden betrachteten jeden, den sie in den von ihnen übernommenen polnischen Provinzen vor-

fanden – gleichgültig woher er kam – als einen Bürger der Sowjetunion. Selbst die Flüchtlinge, die nach der russischen Invasion kamen, waren über diese unerwartete Sowjetbürgerschaft nicht glücklich, denn sie betrachteten ihren Aufenthalt nur als zeitweilig – entweder bis zu dem Zeitpunkt, wo sie nach Palästina oder USA auswandern konnten, oder schlimmstenfalls bis zum Ende des Krieges. Viele von ihnen hatten ihre Familien auf der deutschen Seite und hofften, sie entweder auf die russische herüberzubringen oder sich mit ihren Angehörigen in einem ersehnten Auswanderungsland zu vereinigen.

Andere Flüchtlinge fürchteten, dass die Sowjetbürgerschaft sie der diktatorischen Disziplin des Landes unterwerfen würde. Die Sowjetbürger-Papiere hatten den berühmten Paragraphen, welcher dem Inhaber verbot, in grösseren Städten oder Orten im Umkreis von 100 km von der Grenze zu leben. Sowjetbürgerschaft bedeutete de facto eine Unterwerfung unter das kommunistische Regime, Transferierung von einer grossen zur Kleinstadt und endlich keine Chance, selbst nach Beendigung des Krieges wieder in einem freien, demokratischen Land leben zu können. Die Russen zwangen die Flüchtlinge, Staatsbürger zu werden: das war leicht bei denen, die bei ihnen angestellt waren; die andere Wahl war Zwangsrückbeförderung in das von den Nazis besetzte Polen. Es war eine Entscheidung zwischen Scylla und Charybdis. Ein grosser Teil wurde Sowjetbürger, nicht unähnlich den Taufen der Marannen in Zeiten der spanischen Inquisition. Rückblickend mag es unglaublich erscheinen, aber viele jüdische Flüchtlinge zogen es vor, in das von den Nazis besetzte Polen zurückzukehren. Für die Letzteren spielten Familienbande die entscheidende Rolle. Bevor die Grenzen ein für allemal hermetisch geschlossen wurden und sie vielleicht für immer von ihren Familien abgeschnitten sein würden, wählten diese Flüchtlinge diesen Weg, der für die Mehrheit nur wenige Jahre später zu ihrer physischen Vernichtung zusammen mit ihrer Familie führte. Das allerdings ahnte niemand, als diese Juden den folgenschweren Rückweg antraten.

Die Zahl der rückkehrenden Juden kann nach den vorhandenen Dokumenten nicht gross gewesen sein. Auch hier muss man zwischen den legalen und illegalen Rückkehrern unterscheiden. Die ersteren mussten sich beim russischen Geheimdienst registrieren lassen und dann wieder bei der deutschen Kommission, die sich aufgrund der deutsch-russischen Vereinbarung im russisch besetzten Teil Polens befand. Diese liess nur sehr wenige Juden zurück, und die Mehrzahl, die nicht in dem russisch besetzten Teil bleiben wollte, ging dann über die grüne Grenze. Die Sowjetpolizei nahm alle «nicht Sowjet-Bürger» fest, und die Gefangenen wurden unter den abscheulichsten Bedingungen gehalten. Schliesslich wurden die Registranten ein «feindliches Element», und für diese Flüchtlinge gab es keine irgendwie geartete Erlösung aus ihrer Situation.

Die jüdischen Flüchtlinge im östlichen Polen waren nicht die ersten, die in das Innere Russlands deportiert wurden. Schon in den ersten Wochen der Besetzung hatten die Russen frühere Angehörige der polnischen Armee, die friedlich in diesem Teil «ihres» Polens lebten, in Konzentrationslager im Innern Russlands deportiert. Zu ihnen gesellten sich polnische Sozialarbeiter, Politiker, Beamte, Professoren und Geistliche, aber die eigentlichen Massendeportationen begannen erst am 8. Februar 1940. Betroffen waren Polen. Die zweite Welle, nämlich Familienangehörige dieser Polen, wurde im April 1940 nach

Russland gebracht. In diesen Transporten befanden sich polnische Offiziere, Polizisten und im allgemeinen polnische Intellektuelle oder Personen, die «verbrecherischerweise» den höheren Einkommensgruppen angehörten. Man durchkämmte damals den südöstlichen Teil des besetzten Landes.

Im Monat Mai 1940 wurden Deportationen von Bialystok, Lida und Grodno durchgeführt: die Opfer waren hauptsächlich Juden und Polen. Die neue entscheidende Welle der Deportationen begann im Juni und Juli und betraf vornehmlich jüdische Flüchtlinge, die in Lemberg und Umgebung konzentriert waren, aber auch solche in Wolhynien und Bialystok. Die vierte Welle erfolgte kurz vor Ausbruch des deutsch-russischen Krieges. Sozialarbeiter und Intellektuelle und Kinder waren hier die betroffenen Opfer. Was die jüdischen Flüchtlinge anbetrifft, so galt als Vorwand ihre Registrierung für die Rückkehr nach dem damaligen Nazipolen; aber Listen von potentiellen Kandidaten für Deportierung wurden unter allen möglichen Vorwänden vom NKWD angefertigt, und am Tage D (Deportation) ging man entsprechend vor. Andere Methoden waren Strassenrazzien. «Menschen wurden in den Strassen zusammengetrieben. Man versuchte, unter allen Umständen Bialystok von Flüchtlingen freizumachen. Auch jene Flüchtlinge, die Sowjetbürgerpapiere hatten, durften nicht in Bialystok bleiben. Die anderen wurden deportiert.» So schilderte ein Augenzeuge die damaligen Vorgänge.

Wieviel Juden wurden nach der Sowjetunion deportiert? Die Schätzungen sprechen von einem Minimum von 50'000 bis 70'000, andere von einem Maximum von 500'000. In meiner Studie «The Jewish Refugee» hatte ich die Zahl von 250'000 als richtig angenommen, die 1944 polnische Exilquellen bestätigten. Tatsache ist, dass nur ein geringer Teil der Deportierten aus Ostpolen (besetzt von den Russen), die Mehrheit der Juden aber aus dem westlichen Polen (besetzt von den Deutschen) stammte. Die Deportation hatte mit denen begonnen, die sich als Rückkehrer nach Nazi-Polen hatten registrieren lassen. Später aber machten die Sowjetbehörden jedoch keinen Unterschied zwischen diesen «suspekten Elementen» und den neuen Sowjetbürgern. Und selbst solche, die Stellungen als Lehrer oder in der Verwaltung hatten, mussten in das Innere Russlands gehen. Selbst als die deutsch-russischen Feindseligkeiten ausgebrochen waren und die Eisenbahnwaggons logischerweise zur Evakuierung der Sowjet-Besatzung gebraucht wurden, deportierte man die Juden weiter in das Innere Russlands, anstatt zunächst die Evakuierung der gefährdeten «Genossen» vorzunehmen. Dieses bürokratische Beharrungsvermögen hat tausenden russischen Kommunisten das Leben gekostet.

Indessen wurden die Deportierten einer brutalen Behandlung unterworfen. Sie wurden in der Nacht zusammengetrieben, mit oder ohne ihre wenigen Habseligkeiten auf Lastautos verladen, zur Station gebracht und in ungeheizte Waggons ohne jegliche sanitäre Einrichtungen geladen. Das hatte zur Folge, dass viele das Ende der tagelangen Fahrt nicht erlebten. Überlebende Augenzeugen berichten, dass sie «für Wochen in überladenen Waggons, mit wenig oder keinen Lebensmitteln, reisten». Wenn z.B. in Weissrussland Mitglieder der einheimischen jüdischen Bevölkerung Essen und Getränke zu den Zügen brachte, erlaubten die russischen Wachen nicht, dass die Deportierten es erhielten. Ein Eisenbahnwaggon fasst gewöhnlich 30 bis 40 Personen, aber man packte ihn voll mit 100

bis 150 Menschen. Der Luftmangel führte zu zahlreichen Erstickungstodesfällen, und je näher sie zum Ziele kamen, desto schlimmer wurden die Bedingungen. Hier folgt die Schilderung eines Zeugen:

«Nach zwei Wochen erreichte ich Kotlas. Wir wurden auf ein Boot gebracht – acht Boote mit je 1'500. In einem Boot waren nur jüdische Frauen. Viele von ihnen mussten an Bord getragen werden, da sie nicht mehr gehen konnten. Nach zwei Wochen erreichten wir Wajkini. Während der Fahrt war eine Ruhrepidemie ausgebrochen. Jeden Tag wurden 50 Tote ins Wasser geworfen. Zwei Ärzte, Dr. Bromberg aus Pinsk und Dr. Sirots, baten um Erlaubnis, den Kranken zu helfen. Ihr Antrag brachte die Antwort, dass in Russland genügend Raum für Gräber sei. Von 1'500 Leuten erreichten nur 550 den Bestimmungsort, und der Prozentsatz der Toten war bei den Frauen noch höher. Wir wurden im Regen vom Ufer getrieben und wateten bis zu den Knien im Sumpf. Alle paar Meter fiel einer hin ...

Der Weg war besät mit Toten und Ohnmächtigen ... So erreichten wir Wajkini.»²

Deportierte, die aus Bialystok kamen, mussten in Wäldern nahe der Wolga arbeiten; das betraf auch Mütter mit Kleinkindern. Von 250 Personen kamen hier 22 um. Wenn die Mütter für ihre hungernden Kinder um mehr Lebensmittelrationen baten, wurden sie eingesperrt. Der russische Geheimdienst nahm den Deportierten in Archangelsk 20 Prozent von ihren kärglichen Löhnen ab. Andere jüdische Flüchtlinge, soweit sie in wissenschaftlichen Forschungsinstituten untergebracht wurden, hatten es naturgemäss besser, denn die Russen brauchten sie, und 17 von ihnen, die in einer wissenschaftlichen Experimentierstation bei Rostow arbeiteten, lebten unter menschenwürdigen Verhältnissen in einem Hotel.

Die Deportierten aus Ostpolen konnte man in drei Gruppen einteilen:

- a) Jene, die aus Gefängnissen kamen oder keine Angehörigen hatten. Sie wurden als politische Gefangene behandelt und in Straflager im nördlichen Russland und Sibirien gebracht.
- b) Die zweite Gruppe der Deportierten wurde in entfernten isolierten Plätzen «angesiedelt», wo sie harte Arbeit unter Aufsicht des NKWD verrichten mussten.
- c) Die dritte Gruppe wurde nach Kasachstan deportiert. Hier konnten sie frei in Kooperativen leben und waren nicht einmal verpflichtet zu arbeiten. Niemand kümmerte sich um sie. Aber sie hatten kaum etwas zu essen und wurden von Hunger und Krankheit geplagt.

So absurd es ist, aber die Deportierten in den Straflagern, wenn sie die Arbeitsnorm erfüllten, bekamen genügend Lebensmittel. Arbeitszeit: 7 Arbeitstage in der Woche. Um die notwendigen Rationen zu erhalten, mussten sie noch Nacharbeit leisten. In den sogenannten Siedlungen war jeder Deportierte ebenfalls verpflichtet zu arbeiten, aber die «Freien» hatten offensichtlich das schwerste Los. Sie sollten das Land bestellen, aber konnten nur überleben, wenn sie die wenigen Sachen, die sie mitzubringen in der Lage

2 Zit. nach: «The Jews in the Soviet Satellites». Ed. by Peter Meyer et. al. Syracuse, N.Y. 1953, S. 349

waren, in Lebensmittel umtauschten. Unter diesen drei Gruppen befanden sich auch Nicht-Juden, die etwa 25% der Belegschaft ausmachten.

Das war die Situation, als am 21. Juni 1941 der deutsch-russische Krieg ausbrach. In diesem Augenblick galt das Wort «sauve qui peut». Denn nicht nur die jüdischen Flüchtlinge aus Westpolen, auch die einheimischen Juden hatten nur einen Wunsch, sich vor den einbrechenden Naziarmeen zu retten. Trotz des angeblichen besten Spionagedienstes der Welt waren die Russen bei Kriegsausbruch völlig unvorbereitet. Die Situation war kompliziert, da die polnische Exilregierung und Russland keine diplomatischen Beziehungen zu einander hatten. Es war das britische Auswärtige Amt, welches die Exilpolen mit Russland versöhnte, und am 30. Juli 1941 unterzeichneten die beiden Regierungen einen Vertrag, sich gegenseitig in der Niederrichtung Nazideutschlands zu helfen.

Nicht nur die russisch-polnischen Beziehungen waren in den vierziger Jahren gespannt, auch die russisch-polnisch-jüdischen. Es existierte ein detaillierter Plan, den polnischen Juden eine politische Vertretung in Russland zu geben. Zwei Führer des jüdischen Sozialistischen Bundes Polens, Henryk Erlich und Victor Adler, die beide im September 1941 in Moskau aus dem Gefängnis entlassen wurden, hatten einen solchen Plan für ein «Jüdisches Kriegskomitee» ausgearbeitet. Sie standen deswegen mit der russischen Regierung in Verbindung. Auch Stalin wusste von dem Plan. Die Entwürfe enthielten einen Appell an die jüdische Bevölkerung in Polen. Erlich und Adler wurden von Berija empfangen und hatten mit ihm stundenlange Konferenzen. Am 5. Dezember 1941 wurden Erlich und Adler in den frühen Morgenstunden verhaftet und im selben Monat erschossen. Dieser Doppelmord wurde vom russischen Botschafter Litwinow in den Vereinigten Staaten erst im Frühling 1943 zugegeben, als es sich zeigte, dass die Beseitigung dieser beiden Bundisten zugunsten der linientreuen polnischen Kommunisten Rückschläge auf die Sympathie der Amerikaner für die nun um ihre Existenz kämpfenden Russen nach sich zog.

Was die Masse der Juden in Ostpolen anbetraf, so gibt die nachfolgende statistische Tafel darüber Aufschluss:

Jüdische Bevölkerung in russisch annektierten Gebieten 1939 – 1940

Gebiet	Anzahl der Juden
Ostpolen	1 309 000
Litauen	155 000
Lettland	95 000
Estland	5 000
Nord Bukowina und Bessarabien	330 000

Als die «Operation Barbarossa» begann, flüchteten Juden panikartig über die ursprüngliche russische Grenze und mit ihnen naturgemäss eine Menge Polen. Die Zahl differiert zwischen 265'000 und 300'000. Nach einer Statistik, die in einer aus Russland geschmuggelten Denkschrift enthalten war, wurden die polnischen Flüchtlinge auf 265'501, davon 104'602 = 39,4% Juden beziffert. Diese polnischen Flüchtlinge (Polen und Juden) kamen

in mehr als 20 verschiedene Gebiete des riesigen Landes wie z.B. in Kasachstan, Frunse und Taschkent, wo sie unter bedrängtesten Verhältnissen lebten. Die Schwierigkeiten vergrösserten sich durch den Vormarsch der Deutschen. Die Tatsache, dass etwa Hunderttausend den Krieg überlebten, ist ein Beweis dafür, wieviel Leid und Entbehrung ein Mensch zu ertragen in der Lage ist.

Die Flüchtlinge, die in Ostpolen waren und deportiert wurden, wurden plötzlich von denen beneidet, denen der Rettungsweg abgeschnitten war, als die Russen die Grenzübergänge sperrten. Ein Augenzeuge, Dr. Dworzecki, der sich später den Partisanen anschloss, hat die versuchte Flucht tausender Polen und Juden geschildert. Er lebte in Wilna und berichtet, dass der sich zurückziehenden Roten Armee Tausende von Flüchtlingen, meist jüdische, folgten. Dann fährt er fort:

«Zehntausende verliessen Wilna damals. Nur Einzelnen gelang es, die Sowjetunion zu erreichen. Alle Fahrzeuge waren von den Streitkräften beschlagnahmt worden, die mit grösster Schnelligkeit evakuiert wurden. Von der Zivilbevölkerung erhielten nur einige wenige, die die kommunistische Parteimitgliedskarte besaßen, Erlaubnis, die Züge zu benutzen. Tausende gingen zu Fuss entlang den Strassen und Wegen. Deutsche Tanks überholten sie. Einige, die zu flüchten suchten, wurden auf den Strassen getötet, und ihre Leichen unbestattet in den Wäldern und Feldern zurückgelassen. Alle anderen kehrten nach Wilna zurück, entkräftet, verhungert, erschöpft, verzweifelt . . .»

Die Sowjetregierung half nicht, die bedrohten polnischen und jüdischen Flüchtlinge zu evakuieren, sondern verhinderte vielmehr ihren Grenzübergang, wie das andere Augenzeugen berichteten. Gleichgültig, ob es sich um Wilna, Kowno oder andere Orte handelte, die Situation war immer die gleiche. In den polnischen Provinzen wurde die jüdische Bevölkerung mit besonderer Schärfe getroffen, da hier die schlechte militärische Lage chaotische Zustände schuf. Die etwa 10'000 früher deportierten Juden waren «in Sicherheit»; einige Tausend junge Juden dienten in der Roten Armee, aber die restlichen, 150'000 Juden in Lemberg allein, fielen in die Hände der Nazis und wurden vernichtet. Das Bild in Bialystok war ähnlich. Von 50'000 Juden, die am 21. Juni 1941 dort ansässig waren, überlebten 900. In den rumänischen Provinzen Bessarabien und Nordbukowina schwirrten Gerüchte von einer bevorstehenden Evakuierung, aber bevor sie begann, kamen die Deutschen.

Nach einer Statistik, die in dem Buche von Solomon M. Schwarzs enthalten ist, ging die jüdische Bevölkerung in fünf weissrussischen Städten (einschliesslich Minsk) von ungefähr 250'000 im Jahre 1939 auf 18'000 im Jahre 1946 zurück. Wieviel Juden insgesamt sich nach Russland retten konnten, ist statistisch nie genau festgestellt worden, aber im Jahre 1946 wurden 90'000 Überlebende in die DP-Lager nach Westdeutschland gebracht. Es war der Rest der polnischen Judenheit, die einst 3,3 Millionen Seelen umfasste. Diese Überlebenden waren die Zeugen der Flüchtlingstragödie im Osten.

Sauve qui peut

Man hätte erwarten können, dass die Situation der Flüchtlinge in den westlichen Ländern unvergleichlich besser sein würde als im Osten. Einmal hatten diese Länder eine alte Asylrechtstradition, auf die sie stolz waren; zum anderen hatten alle diese Länder an internationalen Flüchtlingskonferenzen teilgenommen, ihre Vertreter wussten von dem Grad der Gefahr, und schliesslich hatten in Ländern wie Holland, Belgien, Frankreich und England – um die wichtigsten im Westen zu nennen – Tausende jüdischer und politischer Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich bereits Asyl gefunden. Sie waren entweder durch ihre Hilfskomitees vertreten oder durch die politischen Gruppen im Exil, an deren Gegnerschaft gegen Hitler und seinem Regime es keine Zweifel geben konnte. Diese Fakten hätten allein genügen sollen, Hitlers Feinde und der Alliierten Freunde nicht mit den deutschen braunen Aggressoren gleichzusetzen. Ausserdem gab es noch den Hochkommissar für Flüchtlinge und das nach der Evian Konferenz begründete Intergovernmental Committee, dessen Direktor, Sir Herbert Emerson, in seinem Bericht, den er dem Völkerbund im Jahre 1942 unterbreitete, erklärte, dass er weder in Belgien noch in Frankreich und auch nicht in Gossbritannien gegen die Internierungsmassnahmen der betreffenden Regierungen interveniert habe. Das war in der Tat «eine grobe Pflichtverletzung in der Amtsführung», weil diese Internierungen die brutale Ursache für den Tod vieler Zehntausender Flüchtlinge bedeuteten, zumal wenn sie sich in Lagern befanden, die von den deutschen Truppen nach Beendigung des «Blitzkrieges» auf ihrem Vormarsch überrannt wurden. Holland war in einer ganz anderen Lage, da das Land so schnell besetzt wurde, dass die gesamte Bevölkerung mit einem Schlage unter die Herrschaft der Nazis kam.

Holland hatte jedoch keinerlei Sondermassnahmen gegen die Flüchtlinge geplant, und seine Bevölkerung hat jenen, die dem Zugriff der braunen Mörderhände entkommen konnten, geholfen.⁴ Die Situation in Belgien war bei Ausbruch des Krieges durch den schnellen Vormarsch der Deutschen kompliziert. Einem kleinen Teil der Flüchtlinge gelang es, Frankreich zu erreichen, wo sie dann später in die Hände der Nazis fielen, wie jene unglücklichen Passagiere von der «St. Louis», von denen Belgien 250 aufgenommen hatte. Eine königliche Verordnung vom 20. Februar 1936 hatte bekanntlich eine aus Vertretern verschiedener Ministerien bestehende Kommission geschaffen, die die letzte Instanz im Falle von Ausweisungen von Flüchtlingen war, also einen Schutz gegen «Polizeiwillkür» darstellte. Nach Belgien waren eine Anzahl wohlhabender Flüchtlinge gekommen, und diese hatten das Wirtschaftsprotential des Landes gestärkt. Überhaupt galt Belgien als eines der liberalen Länder in der Flüchtlingsbehandlung. Das alles nahm ein Ende, als nun die Nazis Belgien besetzten. Aber unter ihrer Herrschaft lebten Tausende «legal» und illegal, bis die Deportationsmaschine funktionierte und der Abtransport begann.

Eine der Flüchtlinge, die von Prag nach Belgien geflüchtet war, war Ruth Österreich, die

⁴ Vgl. Kurt R. Grossmann, «Die unbesungenen Helden». Berlin 1957

einmal zur extremen Linken gehörte und zeit ihres Lebens eine Sozialistin geblieben war. Als die Prager Flüchtlingshilfskomitees eine «Zentrale Hilfsstelle für deutsche Emigrantenkinder» begründeten, wurde auf meinen Vorschlag hin Ruth Österreich die Leitung des Komitees anvertraut. Sie hatte selbst eine Tochter, die 1935, als die Zentrale Hilfsstelle für die Flüchtlingskinder ins Leben trat, zwölf Jahre alt war. Sie schrieb an eine der führenden aktiven Frauen des Schweizer Kinderhilfswerks, Nettie Sutro, einen Brief, der nicht nur einen Augenzeugenbericht der Lage der Emigranten im Allgemeinen, sondern, was wichtiger ist, eine Analyse der Situation der Emigrationskinder darstellt. Nettie Sutro hat diesen Brief in ihrem Buche «Jugend auf der Flucht»⁵ abgedruckt. Hier ein Auszug:

«... Am meisten aber bedrückt mich ausser der augenblicklichen materiellen Not, die schlimm genug ist, der Gedanke, was überhaupt aus den armen Kindern der Emigration werden soll. Ich weiss nicht, ob alle Emigranteneltern die Aussichtslosigkeit des Lebens ihrer Kinder so tief empfinden. Aber wenn nicht, so ist sie doch vorhanden. Wenn wir die Kinder auch bis zum Alter der Berufsfähigkeit durchbringen können, so werden sie bestenfalls genau so wenig arbeits- und existenzberechtigt sein wie wir. Da bei den älteren Kindern dieser Fall bereits nach 3 bis 4 Jahren eintreten wird, und kaum Aussicht besteht, dass bis dahin bereits der deutsche Faschismus gestürzt ist, entschuldige ich mich gar nicht, dass ich Sie mit diesen Reflexionen behellige. Könnte man nicht wenigstens für die emigrierten Kinder durch eine internationale Aktion irgendeine positive Lösung finden? Indem man diesen wirklich unschuldigen Opfern bereits jetzt die Arbeitsbewilligung verspricht und ihnen damit einen Zweck und ein Ziel ihres Daseins gibt? Da ihre Zahl sicher sehr gering ist, müsste sich doch wahrhaftig eine Lösung für sie finden.»

Ruth Österreich hatte für insgesamt 180 Flüchtlingskinder ohne Unterschied der politischen oder religiösen Zugehörigkeit der Eltern Ferienaufenthalt, Ärztebetreuung und sogar Lehrstellen besorgt, bis das Abkommen von München 1938 alledem ein plötzliches Ende machte. Sie erreichte Belgien und wollte nach Kanada auswandern. Aber die Weltgeschichte «überholte sie». Im April 1941 wurde sie von den Deutschen verhaftet, mit ihrer damals 18jährigen Tochter nach Deutschland gebracht, des Hochverrats angeklagt und ein Jahr später zum Tode verurteilt. Sie, die versuchte, das Leid ihres Kindes und vieler anderer Kinder zu mildern, sie, die die Leidensstationen Berlin, Prag, Paris, Brüssel und wieder Berlin von 1933 bis 1943 durchschritten hatte, endete am 25. Juni 1943 am Galgen. Ihr Abschiedsbrief an ihre Tochter Ruth sei hier als ein document humaine wiedergegeben:

Berlin-Plötzensee,
Königsdamm 7, den 25. Juni 1943

Mein heissgeliebtes Kind, mein Herzensruthlein!

Heute habe ich schon Deinen so lieben Brief vom 23. Juni erhalten mit dem Vers, der so passend kam: «Lächeln trotz Weh und tausend Schmerzen». Daraus siehst Du, dass ich gefasst bin an diesem letzten Tage. Ich habe auch noch einen schönen Ausspruch gelesen, Huttens letzte Worte: «Deutschland ist dort, wo starke Herzen sind.» Ich wünsche, dass Du ein starkes Herz behältst. Du sollst es

⁵ Nettie Sutro, «Jugend auf der Flucht. 1933-1948. 15 Jahre im Spiegel des Schweizer Hilfswerks für Emigrantenkinder». Zürich 1952, S. 58

Dir vom Herzen weinen, damit es keinen Krampf gibt, aber dann das Herz in Deine beiden so lieben Hände nehmen. Das wünsche ich mir, und Du wirst meinen Wunsch erfüllen. Von mir brauche ich Dir nichts zu schreiben. Wenn es doch nicht sein sollte, ist es besser, wenn es überstanden sein wird. Und von Dir: ich mache mir um Dich keine Sorgen. Du wirst Deinen Weg gehen, tapfer und gewissenhaft . . . Mein Teuerstes, ich muss mich beeilen, weil ich erst gezögert habe. Der Himmel bewahre Dich und bringe Dich heil aus diesen Kriegswirren in eine friedvolle und glücklichere Zukunft. Du sollst an alle glücklichen und heiteren Stunden denken, die wir zusammen gehabt haben, wie ich heute voll Glück an unser gemeinsames Leben denke. Und Du wirst es auch ohne Bitterkeit tun. So viel möchte ich Dir noch sagen, aber Du musst es alles in Deinem Herzen denken. Es ist ganz ehrlich: ich bin nicht unglücklich, weil ich so sicher an Deine Zukunft und an Dein Glück glaube. Alle Freunde, die dazu beitragen werden, segne ich. Und Hans besonders, wenn er Dir zur Seite bleibt als treuer Freund, wenn es nicht anders möglich ist.

Ruth, Du sollst immer wissen, dass meine Gedanken bei Dir sind, und dass ich fest auf Deine Kraft baue. Ich küsse Dich innigst und heiss mit der ganzen Kraft eines starken Herzens. In heissester Liebe, meine Ruth, Deine Mutschili.

Frankreich

Die Fremdengesetzgebung Frankreichs, des klassischen Asyllandes, hatte sich schon vor Ausbruch des Krieges verschlechtert. Gewiss, die allgemeine schwierige wirtschaftliche Lage war einer der Gründe dafür, obwohl rückblickend Politiker und Soziologen, Philosophen und Psychologen erkannt haben, dass Asylrecht ohne Recht auf Arbeit, ohne die Möglichkeit für den Asylsuchenden, sich und seiner Familie Lebensunterhalt zu verdienen, der Einsperrung in einem goldenen Käfig gleichkommt, in dem zwar der «gefangene Vogel» fähig ist, die Luft zu atmen, aber mangels neuen Lebensstoffes in kurzer Zeit eingehen muss. Die Flüchtlinge wurden vor dem Verhungern dadurch geschützt, dass sie entweder eigene mitgebrachte Wertgegenstände verschleuderten oder von den Hilfskomitees notdürftig unterstützt wurden.

Der Flüchtling, der hoffnungsvoll nach Frankreich gekommen war, war verwaltungsmässig nicht geborgen, da es damals keine auf Dauer eingerichtete Fremdenpolitik gab. Das Verhalten gegenüber den Flüchtlingen war dem Wechsel der politischen Situation draussen und der sozialen Situation im Innern unterworfen. Abgesehen von dem kurzen Interregnum der Volksfrontregierung Leon Blums erlebten wir in Frankreich ein Zunehmen der Fremdenkontrollen, durchbrochen von Zeit zu Zeit von dem Geiste des Liberalismus und dem typisch französischen Laissez-faire, jene berühmten Ausnahmen von der Regel. Der Flüchtling, der in Frankreich bleiben wollte, musste nicht nur alle Wege und Schliche kennen, sondern auch gute Nerven haben. An sich war jeder Fremde, der länger als zwei Monate in Frankreich bleiben wollte, verpflichtet, um die *carte d'identité* nachzusuchen.

Die Voraussetzung, eine *carte d'identité* zu erhalten, war für einen Flüchtling, zumal wenn er über die grüne Grenze gekommen war, kaum erfüllbar. Denn notwendig waren ein gültiger Pass des Ursprungslandes oder ein gleichwertiger Ausweis, der aufgrund internationaler Abkommen von Frankreich anerkannt war, ein französisches Visum von

visumpflichtigen Ländern, wie z.B. Deutschland. Wenn der Flüchtling Lohnarbeit verrichten wollte, musste er ausserdem bei dem Office de la Main-d'Oeuvre Etrangère um Arbeitserlaubnis einkommen, die natürlich je nach der Situation des inneren Arbeitsmarktes versagt werden konnte. Viele Ärzte, wie z.B. die Sozialistin Minna Flake und ihr Bruder Ernst Mai oder der Zahnarzt Ewald Fabian, langjähriger Sekretär des Vereins sozialistischer Ärzte, arbeiteten ohne Erlaubnis, denn in Frankreich herrschte glücklicherweise wie in Österreich «Ordnung gemildert durch Schlamperei.»

Der Minister des Inneren konnte die carte d'identité, d.h. die Aufenthaltserlaubnis, verweigern, was in den dreissiger Jahren in tausenden Fällen geschah. Man unterschied zwischen dem ‚refoulement‘ (der Aufenthaltsverweigerung), das eine Wiedereinreise mit gültigem Visum erlaubte, und der ‚expulsion‘ (Ausweisung), die endgültig war und eine Rückkehr unmöglich machte.⁶ In der berühmten Préfecture in Paris war das symbolisch versinnbildlicht, indem die cartes d'identité in den Parterreräumen ausgegeben wurden, die refoulements wurden in der zweiten und die expulsions in der fünften Etage bearbeitet. Die glücklichen Besitzer der carte d'identité hatten es also sehr bequem (als ich 1938 nach Paris kam mit einem noch nicht abgelaufenen deutschen Pass, besuchte ich nur zweimal die Préfecture – parterre –, einmal um die carte d'identité zu beantragen und das zweite mal, sie abzuholen). Die «Refoulements» hingegen mussten immer wieder erscheinen, um neue Fristen für ihre Ausreise zu erhalten, die oft jahrelang nicht verwirklicht werden konnte, und in der fünften Etage spielte sich dasselbe unter weit unangenehmeren Formen für die Ausgewiesenen ab.

Die französische Regierung hatte für die politischen Flüchtlinge, die ohne Pass und Visum kamen, eine Möglichkeit geschaffen, ihren Status in Ordnung zu bringen: der politische Flüchtling musste sich bei der nächsten französischen Grenzbehörde melden, um dem französischen Innenministerium die Möglichkeit zu geben, den Fall «günstig» zu entscheiden. Diese Anordnung kam nicht nur sehr spät (1938), sondern es wusste auch niemand von ihr, und – psychologisch sehr verständlich – die Flüchtlinge, die sich über die grüne Grenze in Sicherheit brachten, vermieden jeden Kontakt mit unteren französischen Behörden in der Hoffnung, ihre alteingesessenen Freunde würden schon einen Weg finden, die Sache in Ordnung zu bringen. So brachte diese gutgemeinte, aber etwas naive Verfügung des Innenministeriums neues bürokratisches Unkraut hervor, dessen Opfer die gehetzten Flüchtlinge wurden.

Arbeitserlaubnisse wurden von dem Büro für Fremdarbeiter nur nach einem Aufenthalt des Fremden von mindestens 5 bis 15 Jahren und unter Berücksichtigung des Arbeitsmarktes ausgegeben. Als Pierre Laval im Jahre 1935 z.B. der französischen Regierung angehörte, erliess er am 8. April 1936 eine Verordnung zum Schutze der einheimischen Handwerker gegen fremde Konkurrenz. Diese Verordnung setzte ein Quotasystem fest. Dagegen hatten die Flüchtlinge keine Schwierigkeiten, sogenannte carte de commerçant zu erhalten, um mit eigenem Kapital Geschäfte zu gründen, und wer immer das konnte, sicherte sich seinen Aufenthalt in Frankreich. Vorbedingung aber war, dass der Geschäfts-

⁶ Gesetz vom 3. 12. 1849, erhärtet durch das Gesetz vom 2. 5. 1938.

mann nie als Lohn- oder Gehaltsempfänger sich seinen Lebensunterhalt verdienen würde, und auch hier gab es in dem bürokratischsten aller bürokratischen Länder eine sogenannte «Nicht-Arbeiter-Identitätskarte». Die Masse der Flüchtlinge in Frankreich hatte weder genügend Kapital noch Kenntnisse, um ein eigenes Geschäft zu gründen, und manche, die es taten, verloren aufgrund ihrer Unerfahrenheit ihre letzten Ersparnisse.

Schriftsteller, die in deutscher Sprache schrieben, hatten keine Schwierigkeiten, am Schreibtisch ihre geistigen Produkte zu Papier zu bringen, und konnten sie an deutschsprachige Verleger in der Schweiz, vor allem dem tapferen Europa-Verlag, Zürich, oder in Frankreich an Verlage wie Editions de Carrefour oder den ISK-Verlag verkaufen. Das galt auch für Artikel für die in Paris erscheinenden Emigrantenzeitungen – «Pariser Tageblatt», später «Pariser Tageszeitung», «Das Neue Tage-Buch», «Die Sozialistische Warte» und viele andere Blätter der verschiedenen Gruppen.

Flüchtlinge, die von der Tschechoslowakei nach Frankreich kamen – der Exodus begann im März 1938 nach dem Anschluss Österreichs an das Dritte Reich –, waren über die politische Apathie grosser Teile der französischen Öffentlichkeit gegenüber der unausweichlichen Hitlergefahr erstaunt und betroffen. Keiner ahnte damals, was die Geschichtsschreibung inzwischen enthüllt hat: Frankreich war trotz der bitteren Erfahrung des ersten Weltkrieges weder psychologisch noch militärisch auf das Kommende vorbereitet. Es war daher ziemlich sinnlos, dass die Daladier-Regierung am 2. Mai 1938 durch eine Verordnung «im Interesse der nationalen Sicherheit» striktere Massnahmen gegen die Flüchtlinge erliess – allerdings mit zwei Ausnahmen: die eine betraf einen Appell gegen Ausweisungen auf verwaltungsmässigem Wege, und die andere verbot die Ausweisung eines Flüchtlings, wenn dieser kein Empfangsland nachweisen konnte. Die letztere Bestimmung war die französische Kodifizierung des «Rechtes auf Asyl» und repräsentierte nach der Präambel der Verordnung «die traditionellen Regeln der französischen Gastfreundschaft und des Geistes des Liberalismus und der Menschlichkeit, welche einer der Marksteine unseres nationalen Genius ist.»

In Wirklichkeit beginnt mit dieser Verordnung, also 15 Monate vor Ausbruch des Krieges, bereits eine ausserordentliche Verschlechterung der Situation der Flüchtlinge. Drakonische Strafen wurden für den Flüchtling eingeführt, der ohne Visum und ordentliche Papiere die Grenze überschritt oder der sich nach der Aufenthaltsverweigerung weiterhin im französischen Gebiet aufhielt. Geld- und Gefängnisstrafen musste der «Fremde» (Flüchtling!) auf sich nehmen, der nicht innerhalb der vorgeschriebenen Zeit bei der Polizeibehörde erschien, um seinen Aufenthalt zu legalisieren, und nach Artikel 4 der Verordnung wurde jede Person ebenfalls schwer bestraft, welche den «irregulären Weg der Einreise» eines Flüchtlings ermöglichte oder gar einen «Fremden» bei sich unangemeldet aufnahm. Die Strafe für die Nichtbefolgung des Ausweisungsbefehls wurde versechsfacht: 6 Monate bis zu 3 Jahren Gefängnis! Die Strafe war nach Artikel 12 automatisch anwendbar, wenn der «Fremde» falsche Erklärungen über seine Person abgegeben hatte oder gar falsche Identitätspapiere den französischen Behörden unterbreitete. Mildernde Umstände wurden in all diesen Fällen automatisch versagt.

Diese drakonische Verordnung, die den jüdischen und politischen Flüchtlingen klar machte, was für sie die Volksfrontregierung bedeutet hatte, war durch Artikel 10 und 11 gemildert; Artikel 10, der dem Flüchtling erlaubte, unter einer Reihe von Voraussetzungen im Falle einer Ausweisungsverordnung in einem Appellationsverhör vor einem Repräsentanten des jeweiligen Präfekten seinen Fall darzulegen. Während dieser Appellation setzte die Ausweisungsverordnung aus, bis der Innenminister aufgrund des Berichtes die endgültige Entscheidung fällte, gegen die es dann keine Berufung, auch nicht bei den Gerichten, gab. Wichtiger noch war Artikel n, der besagte, dass ein Ausländer (Flüchtling) den drakonischen Strafen der Verordnung dann nicht unterworfen werden sollte, wenn es ihm unmöglich war, Frankreich zu verlassen. Hier folgte die französische Republik den Empfehlungen des Völkerbundes, denn in jenen Jahren hatte sich das Abschieben von Flüchtlingen durch die Polizeibehörden über die Grenzen des Nachbarlandes als einer der horrenden Kulturskandale ausgewirkt, der in der Tat im Widerspruch zu angeblichen traditionellen Gebräuchen der Gastfreundschaft, nicht zu sprechen von liberalem und humanem Geiste, stand.

Natürlich waren die Flüchtlinge in ihrer überwältigenden Mehrheit damit einverstanden, die «nationale Sicherheit» ihres Asyllandes gewahrt zu wissen; denn Frankreichs nationales Interesse und das der Asylsuchenden lief durchaus parallel, umso mehr wenn durch diese Verordnung irgendwie auch nur ein Nazi-Spitzel, der sich als politischer Flüchtling maskiert hatte, entdeckt worden wäre. Was aber die Hitleragenten anlangt, so wurden sie von dieser Verordnung nicht berührt, denn ihre Papiere waren dank der Fälscherwerkstätten in Berlin und ihrer französischen Kollaborateure «in bester Ordnung». Die Französische Liga für Menschenrechte, die Sozialisten und Kommunisten, Radikalsozialisten und ihre Zeitungen kritisierten die Verordnung und nannten sie «super-sclérat» (überschurkisch). Die französische Regierung jedoch ging diesen Weg weiter und verfügte z.B. am 12. April 1938 dass alle Organisationen, deren Mitglieder wesentlich aus Fremden bestanden, ihre Satzungen und Mitgliederlisten der Polizeidirektion unterbreiten müssten. Diese Verfügung wurde der französischen Öffentlichkeit wiederum als eine Sicherheitsmassregel gegen fremde Agenten mundgerecht gemacht, aber praktisch wurden die wahren Freunde Frankreichs durch diese engstirnige Polizeimassnahme hart getroffen.

Rückschauend muss gesagt werden, dass die harte Mai-Verordnung von 1938 sich vor allem gegen die neuen «illegalen» Flüchtlinge wandte, insbesondere solche, die aus Österreich kamen. Die Alteingesessenen fanden im Allgemeinen Mittel und Wege, ihre Schwierigkeiten zu überwinden, wobei z.B. der Service Juridique, eine Einrichtung der Französischen Liga für Menschenrechte unter Konrad Reissner, behilflich war. Sir John Hope Simpson charakterisierte in seiner Ende 1938 herausgekommenen Flüchtlingsstudie die französische Regierung sogar als «äusserst liberal», was die Anwendung der Genfer Konvention zu Gunsten der Flüchtlinge vom 7. Februar 1938 anbetraf. Es ist allerdings wahr, dass die französischen Behörden sich bei der Qualifikation eines neuankommenden Flüchtlings lange Zeit auf die Auskünfte der Flüchtlingsorganisationen verliessen, deren

Tätigkeit dann aber am 12. April 1939 in Frage gestellt wurde. Es bestand, wie oben berichtet wurde, ein beratendes Komitee, das zur Hälfte aus Franzosen und zur Hälfte aus Flüchtlingen zusammengesetzt war und darüber urteilte, wer als bona-fide-Flüchtling anerkannt werden sollte. Obwohl diese Körperschaft ihre Tätigkeit wesentlich auf die zwangsmässig Ausgebürgerten erstreckte, bedeutete dieses Komitee, dessen sich auch konservative französische Regierungen bedienten, durchaus ein Positivum. 6 522 Anträge von Flüchtlingen wurden positiv von diesem Gremium bearbeitet.

Ein anderes günstiges Charakteristikum war die relative Freiheit für die politische und kulturelle Betätigung der Flüchtlinge, denn Paris mit seinem Hotel Lutetia wurde der Mittelpunkt vieler politischer Konferenzen und Auseinandersetzungen, abgesehen von den Zeitungen, Zeitschriften und Büchern, die von den verschiedenen Gruppen «in der französischen Sonne des Liberalismus» herausgebracht wurden. Natürlich hatte Frankreich hier eine Tradition; denn nach der Machtergreifung des Bolschewismus kamen die Menschewiken und Sozialrevolutionäre nach Paris. In Paris wurde der Gegen-Reichstagsbrandprozess von Willi Münzenberg organisiert, der dann in London abgehalten wurde. Im Dezember 1933 reiste ich das erste Mal von Prag nach Paris, um einer internationalen Kommission einen zusammenfassenden Bericht über die grauenvollen Vorgänge in den Konzentrationslagern vorzulegen. 1936 fand ein internationaler Asylrechtskongress in Paris statt, dem eine Flüchtlingskonferenz der Deutschen vorausgegangen war. Wie so oft hatten die Kommunisten die Initiative ergriffen. Sie gründeten damals eine Zentralstelle der Flüchtlingsorganisationen mit Leo Bauer alias Rudolf Katz als Sekretär. Alles dies geschah in dem Klima der Volksfront. Nur ein geringer Teil der politischen Emigration hielt sich fern. Im Allgemeinen glaubte man, in dieser kritischen Zeit zusammenhalten zu müssen. Die deutsche Volksfront zerfiel, nicht zuletzt durch Willi Münzenbergs Ausscheiden aus der Kommunistischen Partei. Er gründete sein eigenes Blatt «Die Zukunft». Als ich im Jahre 1939 in Paris war, wurde ich von Heinrich Mann zu einer Konferenz eingeladen, die einen erneuten Versuch darstellte, die zerbrochene Volksfront zu kitten. Unsere kleine nichtkommunistische Gruppe, zu der auch der Historiker Carl Misch gehörte, erschien als Beobachter. Als Heinrich Mann am Ende der Konferenz einen Dreier-Arbeitsausschuss vorschlug, bestehend aus Wilhelm Koenen, Hermann Budzislawski und Alfred Kantorowicz, fragte ich, warum man drei Kommunisten in einen Ausschuss wähle, wenn man angeblich Wert auf die Zusammenarbeit mit Nicht-Kommunisten lege. Heinrich Mann war verlegen. Irgend jemand soufflierte ihm etwas ins Ohr: «Herr Kantorowicz ist kein Kommunist», sprach darauf der Autor des «Professor Unrat». Von der gegenüberliegenden Seite des Tisches höre ich noch heute die sonore Stimme des nun geläuterten Alfred Kantorowicz: «O doch, Herr Mann.»

Bereits am 31. März 1928 hatte das französische Parlament ein Gesetz erlassen, nach dessen Art. 3 «staatenlose junge Männer, die in Frankreich leben, mit ihren entsprechenden Altersklassen zur Erfüllung des Militärdienstes nach den gesetzlichen Vorschriften aufgerufen werden». Es dauerte bis zum 24. Februar 1937, bis das französische Verteidi-

gungsministerium diesen Gesetzesakt in Kraft setzte, beginnend mit einem Zensus der zu jener Zeit in Frankreich lebenden «militärpflichtigen» Staatenlosen (Journal Officiel 10. Juni 1937). Die Einberufung junger Flüchtlinge zum Militärdienst wurde als «faire und ehrenhafte Rückkehr» zu den «Grundrechten der Flüchtlinge bezüglich ihrer Unterstützung, Sozialversicherung, Ausbildung und Arbeit» interpretiert. Diese «staatenlosen» Soldaten sollten den Franzosen gleichgestellt werden und, beginnend mit Oktober 1937, dienten mit ihnen in denselben Regimentern. Die Familien der Diensttuenden erhielten die übliche Unterstützung, und die Erwerbung der französischen Staatsangehörigkeit wurde ihnen erleichtert, obwohl ausdrücklich bestimmt wurde, dass der Staatenlose nicht verpflichtet sei, sich naturalisieren zu lassen. Nach der Entlassung aus der Armee wurden die Staatenlosen, was ihre Anstellungsmöglichkeiten betraf, nicht mehr als «Fremde» registriert.

Wenige Monate später erweiterte die Verordnung vom 12. April 1939 (Art. 4) die militärische Dienstverpflichtung auf alle Fremden, die Nutzniesser der französischen Asylgewährung waren; alle staatenlose Männer zwischen 20 und 40 Jahren standen nun automatisch den Militärbehörden zur Verfügung; und Ausländer – Freiwillige im Alter von 18 bis 40 Jahren – die sich zum Militärdienst meldeten, brauchten diesen nicht länger in der Fremdenlegion zu absolvieren, sondern wurden einem entsprechenden regulären Armeekorps zugeteilt. Nicht zufrieden mit der Verordnung verfügte eine neue vom 22. Juni 1939, dass alle Ausländer im Alter von 20 bis 48 Jahren, die unter den früheren Bestimmungen sich noch nicht registriert hatten, dies nachzuholen hätten und gemäss Art. 4 innerhalb von 20 Tagen zu den französischen Fahnen eingezogen werden konnten. Ausländern, die sich nicht als Flüchtlinge betrachteten, wurde Zwangsaufenthalt angewiesen. Gegen eine solche Verordnung gab es keine Berufung. Für die vielen Nicht-Dienstfähigen organisierte man später sogenannte Arbeitsbataillone.

Die Erkenntnis, dass die militärische Auseinandersetzung mit Hitler unvermeidlich sein würde, war bei den Flüchtlingen, insbesondere den politischen, bereits in den schmerzvollen Tagen des September 1938 klar geworden. Seit dieser Zeit wurde die Frage, was tun, unter den Flüchtlingen heiss diskutiert. Tausende von Flüchtlingen wurden Mitglied der neugegründeten Organisation «Gesellschaft der Freunde der französischen Republik», hinter der bedeutende radikalsozialistische Politiker wie Robert Lange, der frühere Ministerpräsident Paul Painlevé und der frühere Aussenminister Paul-Boncour standen. Der konservative «Le Temps» schrieb am 22. Juli 1939 in einem Leitartikel über diese «ausserordentliche Bewegung», jene Freiwilligen, die ihrem neuen Heimatland zu Hilfe kommen; «Le Temps» schlug für alle, die in den Militärdienst eintraten, die automatische Gewährung der französischen Staatsangehörigkeit vor.

Drei Tage vor Kriegsausbruch hatte die französisch-jüdische Kriegs Veteranen Vereinigung ein Büro für freiwillige Meldungen zum Militärdienst eröffnet. In der ersten Woche allein meldeten sich 6'000 Freiwillige. Obwohl jener Solidaritätsausdruck der «Fremden» von den französischen zentralen Behörden mit ihrer Masseninternierung beantwortet wurde, gab es am 8. Oktober 1939 9'000 jüdische Ausländer in der Armee, 8'000 hatten

sich bei der polnischen Legion und 1'000 bei der tschechoslowakischen gemeldet. Am 28. Januar 1940 dienten 60'000 Juden, die Hälfte davon Flüchtlinge, in der französischen Armee, und die Zahl der Nichtjuden wurde zu jener Zeit auf etwa 8'000-10'000 geschätzt. Die Geschichte der «Unbestimmbaren», der staatenlosen Flüchtlinge, hat Hans Habe in seinem Buch «Ob Tausende fallen»⁷ festgehalten. Sie waren dem 21. Regiment de Marche des Volontaires Étrangers zugeteilt, das aus 58 verschiedenen Nationalitäten bestand. Die Verluste dieses Regiments in den Entscheidungsschlachten des Mai und Juni 1940 waren sehr hoch. Augenzeugen, die später in die Vereinigten Staaten kamen, sagten aus, dass 80 Prozent vermisst oder tot seien. Die Männer ohne Vaterland fochten mit élan vital, denn sie wussten, worum es ging.

Einige Flüchtlinge waren (bereits seit 1936) beim Sender Strassburg tätig, und die Propagandatätigkeit wurde mit Ausbruch des Krieges natürlich erweitert und intensiviert. Weitere Flüchtlinge schrieben Broschüren und Flugblätter, die von den französischen Flugzeugen abgeworfen wurden.

Bereits am 26. August 1939 hatte indessen die französische Regierung beschlossen, die Flüchtlinge trotz aller früheren Sicherungsmassregeln nicht von der Internierung auszunehmen. So wurden im September 1939 in allen französischen Städten und Orten Plakate geklebt, welche alle männlichen Deutschen und Österreicher im Alter von 17 bis 65 Jahren aufforderten, an bestimmten Tagen zu einer bestimmten Stunde mit einer zweitägigen Lebensmittelration und Decken zu erscheinen. 15'000 Fremde wurden in 60 Centres de rassemblements interniert. Der letzte Vor-Hitler-Chefredakteur des «Simplicissimus», Franz Schönberner, befand sich damals unter den Internierten und hat in seinem Buche «Innenansichten eines Aussenseiters»⁸ dieses Erlebnis ausführlich geschildert.

Ausser den Internierten existierte eine Liste von Fremden, die die französischen Behörden für so «gefährlich» hielten, dass man sie verhaftete. Am demütigendsten und schlechtesten wurden «linke Schriftsteller», wie z.B. Arthur Köstler, behandelt, der später seine Erlebnisse in seinem Buche «Scum of the Earth»⁹ festgehalten hat. Es stellte sich sehr bald heraus, dass diese unterschiedliche Behandlung auf dem Aufenthaltsstatus des «Fremden» basierte: Fremde mit carte d'identité kamen in die Sammellager; Fremde, denen der Aufenthalt verweigert worden war, wurden verhaftet. Aber Fremde, die einem Ausweisungsbefehl nicht Folge leisten konnten, kamen in sogenannte Straflager.

In den Sammellagern und späteren Internierungslagern waren die Lebensbedingungen primitiv: Wassermangel, mangelnde sanitäre Einrichtung, keine Betten oder Bettstellen. Robert M.W. Kempner hatte in einem Artikel «The Enemy Alien Problem in the Present War»¹⁰ die folgende Schilderung vermittelt:

«Keine Waschgelegenheit, keine Kantine existierte, und ich bin längst kein Jüngling mehr, der auf Stroh oder hartem Steinboden liegen kann ... Gewiss, es gibt viele, die Schlimmeres und Furchtbare-

7 Hans Habe, «Ob Tausende fallen». Stuttgart, Hamburg 1947

8 Franz Schoenberner, «Innenansichten eines Aussenseiters». München 1965

9 Arthur Koestler, «Scum of the Earth». London 1949

10 In: «American Journal of International Law». Vol. 34, 1950, S. 450 ff.

res erlebt haben ... aber ich muss das Folgende hervorheben: Es ist unverständlich, dass solche Massnahmen, obgleich vollkommen berechtigt, wenn man sie mit den Nazibrutalitäten vergleicht, ohne Unterschied in den Fällen der erklärten Freunde Frankreichs angewendet werden.»

Dieser psychologische Schock quälte und empörte die Freunde Frankreichs. Als im Juli 1939 die militärische Konskription für Fremde erlassen wurde, hatten die Flüchtlinge geglaubt, dass dies die beste Methode sei, die Spreu von dem Weizen zu trennen. Aber nun wählte die französische Bürokratie den umständlichsten Weg. Zunächst glaubte man, die Internierung der «feindlichen und freundlichen Fremden» sei nur eine vorübergehende Massnahme, um die Klassifizierung zu «erleichtern». Die Flüchtlinge hatten ja ihre Ausweispapiere, aber, wie Heinz Pol in seinem Buch «Suicide of a Democracy»¹¹, schrieb:

«Ihre offiziellen französischen Zertifikate, die die Tatsache bescheinigten, dass der Inhaber ein loyaler und anerkannter Flüchtling sei, waren nur ein Stück Papier, der Anlass für Verhöhnungen von denselben Beamten, die diese Bescheinigungen ursprünglich ausgestellt hatten.»

In den Lagern waren solche, die sich bereits freiwillig zum Militärdienst gemeldet hatten, aus Gründen, die ein Flüchtling so ausdrückte: «wenn man für dieses Land kämpft, kann ich nicht abseits stehen.»

Endlich wurden sogenannte Prüfungskommissionen (Commissions de Criblage) eingesetzt, die in einem langsamen Prozess begannen, die Verlässlichen von den Unverlässlichen zu trennen. Selbstverständlich, wer verdächtig war, mit Hitler zu sympathisieren, musste im Lager bleiben. Dasselbe Schicksal traf auch die Stalinisten. Im gewissen Sinne war das die ausgleichende Gerechtigkeit, denn Hitler und Stalin hatten nur wenige Monate vorher den «Freundschaftspakt» geschlossen.

Hilfreich für eine Entlassung waren Garantiebriefe von französischen Freunden, möglichst Abgeordneten, günstige Berichte von den Polizeirevieren des jeweiligen Wohnbezirks, oder auch eine französische Ehefrau. Österreicher und Saarländer wurden liberaler als deutsche Flüchtlinge behandelt, und die von Hitler seit Erlass des Ausbürgerungsgesetzes vom 14. Juli 1933 Expatriierten wurden schneller entlassen als andere, abgesehen von Schriftstellern vom Range Konrad Heidens u.a. Die Staatenlosen waren bereits nach einigen Tagen wieder frei. Die deutschen Flüchtlinge waren de facto «staatenlos», da sie den Schutz ihres Ursprungslandes verloren hatten, aber mit solchen «juristischen Feinheiten» gaben sich die französischen Behörden nicht ab. Schliesslich entliess man aus den Lagern die Kranken und solche, die nachweisen konnten, dass sie sehr bald das nicht mehr so gastfreundliche Frankreich verlassen würden. Schliesslich spielte «freiwilliger Militärdienst» bei der Frage der Entlassung eine Rolle. Aber im Gegensatz zu der Verordnung Nr. 171 verlangte man «freiwillige» Meldung zur Fremdenlegion nur für die Dauer der Feindseligkeiten, also gegebenenfalls weniger als die üblichen fünf Jahre.

Langsam begriff die französische Öffentlichkeit, dass sie mit der Internierung von

ii Heinz Pol, «Suicide of a Democracy». New York 1940, S. 230

Hitlers ersten und wirklichen Gegnern den braunen Machthabern Deutschlands zu einem billigen Siege verhülfen hatte, und wir finden im «Figaro» vom 21. Dezember 1939, in «La Lumière», November und Dezember 1939, und im «Le Petit Parisien» und «Justice» November 1939 eine Reihe kritischer Artikel gegen diese engstirnige, den Feinden Frankreichs nutzende Fremdenpolitik. Am 6. Dezember 1939 fand in der Chambre des Députés eine eingehende Debatte statt. Es war Marius Moutet, Mitglied des Zentralkomitees der Französischen Liga für Menschenrechte, der sich jahrelang um das Schicksal der Flüchtlinge gekümmert hatte und als Innenminister in der Volksfrontregierung Reformmassnahmen durchführte, der an diesem Tage eine seiner grössten Reden zugunsten der Flüchtlinge hielt und es als «einen unverantwortlichen Akt» bezeichnete, «die Feinde unserer Feinde zu internieren.»

Samuel Grumbach, ebenfalls ein Freund der Flüchtlinge, unterstützte Moutet. Albert Sarraut, der Innenminister, erklärte, es sei unmöglich gewesen, bei Beginn des Krieges die Spreu vom Weizen zu unterscheiden, die Untersuchungskommissionen hätten nicht immer die Instruktionen voll verstanden und er, gemeinsam mit dem Kriegsminister, habe versucht, «eine schnellere und bessere Durchführung» aller Bestimmungen zu erreichen. Ende Dezember 1939 waren noch 8'000 Flüchtlinge interniert. Die Debatte beschleunigte ihre Entlassung, und Mitte Januar 1940 waren fast alle wieder in Freiheit, obwohl 9'000 sich diese Freiheit nur durch Eintritt in die Fremdenlegion und 5'000 durch Eintritt in die Formation de Prestataires erkaufen konnten (!).

Während der Internierung der Familienväter befanden sich tausende Familien plötzlich ohne Lebensunterhalt. Ihnen half das grösste jüdische Komitee, Comité pour l'Assistance des Réfugiés, der Matteotti-Fonds, das von den Österreichern und Tschechoslowaken eingesetzte Hilfskomitee und schliesslich der Service Juridique, der hauptsächlich den Familien half, ihre Männer aus den Lagern wieder frei zu bekommen.

Die zweite, tragischere, Episode setzte ein, als Hitlers Armeen gleichzeitig Belgien und Holland angriffen und die französische Regierung am 13. Mai 1940 die Internierung aller Männer und Frauen im Alter von 17 bis 55 Jahren, soweit sie «Grossdeutsdiland» entstammten, anordnete. Diese Verordnung wurde am 13./14. Mai in Frankreich bekanntgemacht, und nur Frauen, die für Kinder unter 17 Jahren zu sorgen hatten, blieben ausgenommen. In der zweiten Maihälfte wurde das Alter der zu Internierenden auf 65 Jahre heraufgesetzt.

Im Allgemeinen waren Frauen von der Internierung bisher ausgeschlossen, abgesehen von den ‚Unerwünschten‘, die, beginnend mit September 1939, in das Lager Rieucros, das vorher von spanischen Flüchtlingen bewohnt war, gebracht wurden. Hier blieben die Frauen unter primitiven Bedingungen für ein Jahr, bis man sie in andere Lager überführte. Die neue Anordnung zwang Frauen und ihre Töchter, sich in dem berühmten Winterverlodrom in Paris einzufinden, welches als Empfangszentrum diente. Von dort aus wurden die Frauen auf andere Lager verteilt. Mit dieser Verfügung wurden tausende Familien auseinandergerissen ohne die geringste Gewissheit, dass sie sich je wieder vereinigen

könnten. Dass dies in vielen Fällen später dennoch geschah, gehört zu den wenigen erfreulichen Wundern jener traurigen Zeit.

Da nichts für die Aufnahme der Tausenden und Abertausenden von Internierten vorbereitet war, organisiertes Chaos herrschte, die militärische Lage von Stunde zu Stunde für das Land gefährlicher wurde, ergaben sich unbeschreibliche Misshelligkeiten und Leiden. Nur jene Flüchtlinge, die nach dem Süden transportiert wurden, hatten es besser, weil die Gefahr, von den Deutschen verhaftet zu werden, zunächst für sie nicht gross war.

Die Geschichte jener Tage und Wochen, die Flucht von Lager zu Lager, dann die Entlassung der Flüchtlinge nach dem Gutdünken der jeweiligen Lagerkommandanten, ist in allen Aspekten von den jeweiligen persönlichen Erfahrungen von Arthur Köstler,¹² Leo Lania und Lion Feuchtwanger¹⁴ geschildert worden, und einige Passagen aus diesen Büchern lassen sich durchaus mit Dantes Hölle vergleichen. Die militärische Katastrophe trieb natürlich nicht nur die gefährdeten Flüchtlinge aus Deutschland nach dem Süden, sondern auf Frankreichs Strassen waren Millionen französischer Männer, Frauen und Kinder unterwegs, die vor den «Hunnen» flüchteten. Zuerst kamen die Flüchtlinge nach Paris von Belgien, Holland und dem Norden Frankreichs. Solche mit genügenden Mitteln konnten bleiben, die anderen mussten weiterziehen. Diese Diskriminierung war ausnahmsweise ein Vorteil, denn gegenüber den Flüchtlingen, die Paris erst verliessen, als die deutschen Armeen sich der Hauptstadt näherten, hatten sie einen entscheidenden Vorsprung. Die grosse amerikanische Wochenzeitschrift «Life» vom 10. Juni 1940 schreibt, dass die militärische Führung fortgesetzt die Flüchtlinge antrieb, aus dem militärischen Operationsgebiet heraus nach Süden zu gehen. Erst flohen die Männer, weil sie hofften, die Deutschen würden Frauen und Kinder «humaner» behandeln. Die braunen Armeen aber steigerten den Terror. Von Lautsprechern hörte man drohen, dass deutsche Gerechtigkeit gegenüber den Flüchtlingen geübt werden würde, aber jeder Jude, der in die Hände der Deutschen fiel, würde vernichtet werden. Der schwache Versuch am 4. Juni 1940 in Bordeaux, Flüchtlingshilfskomitees zu organisieren, wurde angesichts dieser Drohungen schnell aufgegeben. Natürlich tat die Gerüchtemaschine das ihrige. Deutsche Fallschirmjäger seien hinter den Linien abgesprungen, um individuelle Sabotageakte zu verüben und bestimmte Flüchtlinge zu verhaften. Verdächtige Personen wurden verhaftet, aber in diesen Tagen der grössten Bedrohung der ursprünglichen Feinde Hitlers und der Franzosen fand man in einem Lager, Roland Garros, «ausgesprochene Antihitler-Leute, meistens Emigranten, die Deutschland aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen verlassen hatten,» statt der verdächtigen Anhänger Hitlers, für die das Lager vorbereitet war. Frankreich war militärisch zusammengebrochen, und der Sieger von Verdun, General Pétain, hatte seine Generale in Compiègne unter entwürdigenden Umständen die Waffenstillstandsbedingungen unterzeichnen lassen. Der Artikel 19 lautete:

12 Arthur Koestler, a.a.O.

13 Leo Lania [d. i. Lazar Herrmann], «The Darkest Hour». Boston 1941

14 Lion Feuchtwanger, «Der Teufel in Frankreich». Rudolstadt 1954

«... Die französische Regierung verpflichtet sich, alle Deutschen, die von der deutschen Regierung in Frankreich namentlich aufgeführt werden, wie auch die in französischen Besitzungen, Kolonien, Territorien und Mandatsgebieten, auszuliefern.

Die französische Regierung verpflichtet sich zu verhindern, dass deutsche Kriegs- und Zivilgefangene von Frankreich nach französischen Besitzungen und anderen Ländern gebracht werden. Bezüglich der Gefangenen, die bereits in Lager ausserhalb Frankreichs gebracht wurden, sowie kranke und verwundete deutsche Gefangene, die nicht transportiert werden können, sollen genaue Listen mit den Wohnorten angefertigt werden. Das deutsche Oberkommando nimmt sich der kranken und verwundeten deutschen Kriegsgefangenen an.»¹⁵

Artikel 19 erfüllte die Flüchtlinge in Frankreich mit Angst und Schrecken. Das Land hatte mit einer Tradition gebrochen, auf die es, wie sehr auch die Fremden gesetzbestimmungen eingeschränkt wurden, stolz gewesen war. Auch Napoleon I. hatte das Asylrecht hochgehalten, und die grossen Geister Frankreichs wie Voltaire und Victor Hugo traten immer wieder für das Asylrecht ein. Art. 19 des Waffenstillstandsvertrages bedeutete, dass die im unbesetzten Teil Frankreichs befindlichen Flüchtlinge ebenso wie die im besetzten Teil in Gefahr waren. Es gereicht dem französischen Volke zur Ehre, dass es ausser der kollaborierenden Minderheit alles tat, um die Flüchtlinge – die jüdischen und die politischen – vor dem Zugriff der «neuen Herren Europas» zu schützen. Das taten die katholi-

15 Gemäss Auskunft des Bundesministerium des Auswärtigen vom 25. Sept. 1968 wurde zur Erfassung der in Internierungslagern, Gefängnissen und Lazaretten im unbesetzten Gebiet Frankreichs «noch zurückgehaltenen Reichsdeutschen» in der zweiten Hälfte des Juli 1940 eine Kontrollkommission gebildet. «Ihr Hauptzweck war, an Ort und Stelle im unbesetzten Frankreich festzustellen, ob sich noch Reichsdeutsche in Internierungslagern befinden und gegen ihren Willen von den Franzosen festgehalten werden» oder sonstwie an ihrer Rückkehr nach Deutschland gehindert werden würden. Neben diesem Hauptzwecke hatte die Kommission die Aufgabe festzustellen, ob sich in Lagern und Gefängnissen noch Personen befinden, «die wegen einer Straftat zugunsten des Deutschen Reiches in Haft . . . waren und schliesslich, ob und inwieweit sich im unbesetzten Frankreich noch deutsche Personen befinden, die wegen politischer und krimineller Straftaten von Deutschland gesucht werden und an deren Auslieferung und Überstellung» deutscherseits ein Interesse bestand.

Diese Kommission setzte sich aus den folgenden elf Persönlichkeiten zusammen:

1. Legationsrat Dr. Ernst Kundt vom Auswärtigen Amt als Vorsitzender und Führer der Kommission.
2. Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Finmann vom Auswärtigen Amt,
3. PG Lüdtke von der Auslandsorganisation der NSDAP (erkrankte, als Ersatz kam PG Wichmann),
4. Generalhauptführer Dr. med. Brekenfeld, Berlin, vom Roten Kreuz,
5. Generalführer Prof. Dr. med. Sal eck, Stuttgart, vom Roten Kreuz,
6. Dipl.-Ing. Jubitz, Brüssel, als Sachverständiger, da selbst früher in Frankreich interniert und Dolmetscher,
7. Oberkriegsgerichtsrat Dr. von Studnitz, Oberkommando der Wehrmacht, Amt Ausland/Abwehr (ZR),
8. Sonderführer Dr. Scheuermann, Oberkommando der Wehrmacht, Abw. II,
9. Kriminalkommissar Schneider vom Reichssicherheitshauptamt, Gestapo, Berlin,
10. Kriminaloberassistent Kistner vom Reichssicherheitshauptamt, Gestapo, Berlin,

11. Kriminalassistent Müller vom Reichssicherheitshauptamt, Gestapo, Berlin.

In der Zeit vom 27. Juli bis 30. August 1940 unternahm die Kommission eine Rundreise zur Besichtigung zahlreicher Lager, Hospitäler, Gefängnisse etc. im unbesetzten Frankreich. In einem «Erfahrungsbericht» des Oberkriegsgerichtsrates Dr. von Studnitz vom 18.9.1940 über diese Rundreise heisst es, dass «circa 80 bis 90 Prozent der noch angetroffenen Lagerinsassen Juden und politische Emigranten, darunter sehr viele Rotspanienkämpfer waren, an deren Freilassung deutscherseits kein Interesse bestand». Auslieferungen auf Verlangen erfolgten später.

schen Priester, die Nonnen, die Klöster, die Sozialisten, die Kommunisten, die Bürgermeister, und in meinem Buche «Die unbesungenen Helden» habe ich eine Reihe von Beispielen dieser Rettungstaten gegeben.

Im besetzten Teil Frankreichs waren viele Flüchtlinge verblieben, obwohl die Mehrheit versucht hatte, den Süden des Landes zu erreichen. Eine Anzahl verzweifelter Flüchtlinge hatte Selbstmord verübt: Ernst Weiss, Irmgard Keun, Walter Hasenclever, Karl Einstein, Erich Kaiser und Gert Reissner. Der Tod anderer, wie z.B. der von Willi Münzenberg, ist nie völlig aufgeklärt worden. Nach Münzenbergs Biographin, Babette Gross, ist der Verdacht naheliegend, «dass Münzenberg Opfer eines politischen Anschlages geworden ist.»¹⁶

Zunächst trotteten die Flüchtlinge von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt, und die Franzosen waren mit ihnen solidarisch, denn besser als bürokratische Hirne erkannte das einfache französische Volk, dass diese Flüchtlinge ihre wirklichen Kameraden im Unglück waren. Das zweite Positivum war die Hilfe, die von den Vereinigten Staaten von Amerika kam, wo es seit 1933 jüdische und andere Hilfsorganisationen gab, die nun angesichts der französischen Tragödie ihre Aktivität auf dieses Land konzentrierten.

Kabel mit Hilferufen erreichten täglich Organisationen und Persönlichkeiten, die irgendwie mit der Flüchtlingshilfsbewegung in Beziehung standen. Wir wussten, dass die deutsche Einwanderungsquote voll ausgenutzt war und Mittel und Wege gefunden werden mussten, Notvisen zu organisieren. Diese Notvisen waren formal nichts anderes als Besuchervisen mit dem Unterschied, dass der «Besucher» bis zum Kriegsende in den USA bleiben konnte, wenn er nicht später über ein Nachbarland wie Kanada, Mexiko oder Kuba regelrecht einwanderte.

Ich wandte mich mit einem Brief vom 24. Juni 1940 an Thomas Mann:

Dr. Thomas Mann
Princeton, N. J.

24. Juni 1940

Sehr geehrter Herr Doktor Mann,

Sie mögen sich meiner noch aus der Tätigkeit als Generalsekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte erinnern. In der Kampagne für Carl von Ossietzky hatten wir während der Emigration zuletzt korrespondiert.

Darf ich sofort auf den Zweck meines Schreibens eingehen: Unter den Bedingungen, die Deutschland Frankreich diktiert hat, figuriert eine, die uns besonders angeht. Deutschland verlangt von Frankreich die Auslieferung bestimmter deutscher politischer Flüchtlinge. Damit sind diejenigen gemeint, die eine aktivistische antihitlerische Tätigkeit in den letzten Jahren in Paris ausgeübt haben. Um nur einige Namen zu nennen, dürfte es sich handeln um: Heinrich Mann, Fritz von Unruh, Lion Feuchtwanger, Willi Münzenberg, Babette Gross, Dr. Carl Misch, Josef Bornstein, Leopold Schwarzschild, Max Braun, Erich Ollenhauer, Dr. Erich Rinner, Friedrich Stampfer, Hans Vogel, Wilhelm Wagner,

¹⁶ «Wer seine Mörder gewesen sein können, ist nur zu vermuten. Der Tod Münzenbergs, dieser ungewöhnliche Abschluss eines ungewöhnlichen Lebens, wird indessen ein Rätsel bleiben, das nicht gelöst werden kann, solange nicht die verschwundenen Unterlagen oder aber neue, bisher unbekannte Beweismittel auftauchen.» Babette Gross, «Willi Münzenberg». Stuttgart 1967, S. 335

Prof. Emil Gumbel, Milly Zirker, Konrad Reissner, Dr. Werner Thormann, Kurt Kersten, Ewald Fabian, Jacob Walcher, Ruth Fabian, Erna Rehberg, Paul Bernhard, Josef Lang, Erich Schmidt, Franz Bögler, Otto Schönfeld, Hilde Schönfeld, Fritz Krummenerl. Diese Liste ist keineswegs vollständig.

Ich glaube, dass Sie, sehr geehrter Herr Doktor Mann, mit mir der Meinung sind, dass wir alles tun müssen, um den Versuch zu machen, diese Kameraden in Todesgefahr zu retten. Ich wende mich an Sie als den de facto-Repräsentanten der deutschen Emigration mit der Anregung, Ihren sicherlich nicht geringen Einfluss beim White House geltend zu machen in ähnlichem Sinne, wie es der spanische Minister Prieto für die spanischen Flüchtlinge getan hat. Notwendig wäre, dass diese Flüchtlinge nach USA gebracht würden, wobei jede Form gewählt werden könnte. Sollte eine ausführliche Liste der schwer Gefährdeten gewünscht werden, so bin ich gern bereit, dieselbe mit einigen Freunden zusammenzustellen.

In Erwartung Ihrer Nachrichten bin ich

Ihr sehr ergebener (gez. K.R. Grossmann)

Die Antwort von Thomas Mann trägt dasselbe Datum wie mein Brief, der wahrscheinlich um einen Tag vordatiert gewesen sein muss und hatte den folgenden Wortlaut:

Thomas Mann
65 Stockton Street
Princeton, N. J.

24. VI. 40.

Sehr verehrter Herr Grossmann:

Haben Sie Dank für Ihren Brief. Er ist natürlich nicht der einzige, der mich zu einer Hilfeleistung aufruft, welche mir so brennend am Herzen liegt. Ich habe einen Bruder und einen Sohn in Frankreich. Sie müssen selbst nur zu gut wissen, wie schwer es gerade in diesem Lande ist, die Menschen zu überzeugen, dass in Lagen wie der gegenwärtigen die gewohnten und regulären Geleise verlassen werden müssten, und dass es notwendig wäre, das Ungewohnte zu tun. Seien Sie versichert, dass unter der Hand das Menschenmögliche zur Rettung geschieht. Listen wie die Ihre sind auch hier schon, sogar vollständiger, aufgestellt worden und man versucht, die Verbindung mit Frankreich herzustellen. Die Erlaubnis zur Einreise in USA wäre wahrscheinlich zu erlangen, aber die grosse Frage ist, ob die Einzelnen überhaupt in Frankreich auffindbar sein werden. Lassen wir die Hoffnung nicht sinken!

Ihr ergebener (gez. Thomas Mann)

Wir liessen die Hoffnung nicht sinken, und ein glorreiches Kapitel der Rettung vieler hunderter Flüchtlinge aus Frankreich begann. Mit Hilfe vieler prominenter Amerikaner, der American Federation of Labor, Jewish Labor Committee und anderer, aber vor allem durch die Unterstützung der unermüdlichen, unvergesslichen Eleanor Roosevelt wurden den bedrohten Flüchtlingen in Frankreich Not-(Besuchs-) Visen gegeben, und ab Juli 1940 kamen die ersten Geretteten im New Yorker Hafen an. Die Hilfskomitees – National Refugee Service für die Juden, Jewish Labor Committee für Sozialisten, International Relief Committee und Emergency Rescue Committee, die sich später vereinigten – unterbreiteten dem President's Relief Control Board unter George L. Warren Vorschlagslisten, der sie nach Prüfung empfehlend an das State Department weitergab, welches dann den amerikanischen Konsul in Marseille oder Lissabon instruierte, das «Notvisum» auszustellen.

Unter den Geretteten befanden sich Führer der exilierten Sozialdemokratischen Partei, bedeutende Schriftsteller wie Franz Werfel, Konrad Heiden, Lion Feuchtwanger, Friedrich Torberg, Friderike Zweig, Leonhard Frank, Alfred Döblin, Leopold Schwarzschild, Alfred Polgar, Hertha Pauli, Heinrich Mann, Hans Natonek, Heinz Pol, Marc Chagall, der Physiker Dr. Otto Meyerhoff, die österreichischen Sozialisten Wilhelm Ellenbogen, Hans Sailer, Joseph Luitpold Stern, Julius Deutsch, Otto Leichter, wie die früheren Reichstagsmitglieder Marie Juchacz, Wilhelm Wagner, Friedrich Stampfer, Ministerialrat Hans E. Hirschfeld und viele mehr. Die Geschichte ihrer Rettung ist von Varian Fry¹⁷ dramatisch erzählt worden. Das Emergency Rescue Committee hatte Varian Fry als seinen Botschafter 1940 nach Marseille entsandt mit der Aufgabe, die Gefährdeten ausfindig zu machen und sie «um jeden Preis» nach den Vereinigten Staaten zu bringen. Varian Fry entledigte sich dieser Aufgabe, obwohl kein Fürsorgefachmann, mit grosser Begabung, Einfühlungsvermögen und Opfersinn und kann mit Fug und Recht als der «amerikanische Pimpernell» jener Epoche bezeichnet werden.¹⁸

Jedes Mittel, Frankreich zu verlassen, wurde ergriffen: Um den rettenden Hafen Lissabon zu erreichen, beschafften sich die Flüchtlinge «Endvisen» von südamerikanischen Ländern, in die sie gar nicht wollten, und selbst China musste herhalten. Die Konsulate nahmen hohe Gebühren, die Chinesen 100 Franken. Das war das einzige, was auf ihrem Visum lesbar war. Kenner der chinesischen Sprache behaupten, dass der Text des «chinesischen Visums» lautete: «Dem Inhaber dieses Passes ist es unter keinen Umständen erlaubt, nach China einzureisen.» Solange aber die Spanier und Portugiesen Transitvisen ausstellten, interessierte es niemanden, was der chinesische Text des Visums wirklich besagte. Die Spanier erkannten die französischen Reisepapiere (titre de voyage) aus unbegreiflichen Gründen nicht an; aber für eine lange Zeit half das tschechoslowakische Konsulat aus, indem es rosa Pässe auf Empfehlung der in Marseille arbeitenden Organisationen, der AFL unter Frank Bohn und des Emergency Rescue Committee unter Varian Fry, ausstellte. Andere Flüchtlinge versuchten, mit den Gaullisten England zu erreichen, was im Hinblick auf die besetzten Häfen am Kanal jedoch nur für kurze Zeit möglich war.

Der Waffenstillstand war abgeschlossen; in Vichy regierten Pétain und Laval. Am 27. September 1940 wurde eine Demarkationslinie zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Frankreich gezogen, und alle Flüchtlinge im besetzten Teil Frankreichs waren der Gnade der Gestapo ausgeliefert. Die Razzien setzten ein, erst individuell, dann in Massen. Im März 1941 wurden alle Juden, die in den nördlichen Küstendistrikten lebten, in die Lager Yonne und Aube deportiert; ein paar Wochen später verhaftete man 5'000 Pariser Juden, hauptsächlich tschechoslowakischen, österreichischen und polnischen Ursprungs, und sandte sie unter barbarischen Umständen in ein Konzentrationslager in der Nähe von

17 Varian Fry, «Surrender on Demand». New York 1945

18 Ein Bericht von Varian Fry über die Situation der Flüchtlinge in Frankreich ist auszugsweise wiedergegeben im Anh., Dokument 12

Orleans. Als am 22. Juni 1941 Hitler Russland angriff, begann die Razzia auf alle russischen Flüchtlinge, in der Mehrzahl Juden, von denen viele mehr als zwanzig Jahre in Frankreich gelebt hatten. Sie wurden in die Konzentrationslager Compiègne und Drancy eingesperrt. Der Razzia folgte im August eine weitere, die 6'000 Verhaftungen ergab, und im Mai 1942 waren im besetzten Frankreich etwa 25'000 Juden, in der Mehrzahl Ausländer, unter ihnen Tausende von Flüchtlingen, eingesperrt. Ausser Compiègne und Drancy waren es noch die Lager Pithiviers und Beaune-la-Rolande. Das Schreckenslager war Drancy mit dem Nazikommandanten Danneker, der von einem französischen Quisling, Anhänger Jacques Doriot's, in seinen Untaten unterstützt wurde. Drancy wurde von den Leidenden das «französische Dachau» genannt. Von Drancy aus begannen die Deportationen mit dem unbestimmten Ziel Osteuropa, und Tausende der Deportierten wurden in den Vernichtungslagern umgebracht. Es ist daher kein Wunder, dass die im Henkessel befindlichen Flüchtlinge mit allen Mitteln versuchten, in das unbesetzte Frankreich zu gelangen. Da die Demarkationslinie militärisch stark bewacht war, riskierten die Flüchtlinge ihr Leben, und eine statistisch nicht erfasste Zahl von ihnen kam bei dem Versuch, sich auf diese Weise zu retten, um. Anderen wurde durch die französische Bevölkerung, die in der Nähe der Grenze lebte, die Maquis, geholfen, oder Schmuggler brachten gegen hohe Bezahlung die Flüchtlinge über die Grenze.

Hatten die Geretteten Vichy-Frankreich erreicht, so mussten sie sehr bald feststellen, dass sie vom Regen in die Traufe gekommen waren, denn die Quisling-Regierung Pétain-Laval löste nicht die noch existierenden Arbeits- und Sammellager auf, sondern kurze Zeit nach der Machtergreifung, am 7. Juli 1940, ordnete sie die Internierung aller jüdischen Flüchtlinge an. Am 27. September verfügte Vichy, dass alle «überflüssigen Fremden» in Arbeitslager zu sperren seien. Mit der Verordnung vom 4. Oktober 1940 setzte dann die systematische Verfolgung der «ausländischen Juden» ein, ihre Einsperrung in Lager oder Zuweisung einer Zwangsresidenz. Im Hinblick auf den Art. 19 des Waffenstillstandsvertrages bedeuteten diese Massnahmen, dass der Gestapo, wann immer sie nach ihrer Beute Ausschau hielt, die Arbeit sehr leicht gemacht wurde.

Im Oktober 1940 wurde die allgemeine Lage der Flüchtlinge noch schwieriger, da von Baden und der Rheinpfalz 10'000 Juden nach Südfrankreich deportiert wurden, dessen eigene Bevölkerung, vermehrt durch französische und ausländische Flüchtlinge, nicht genügend Lebensmittel hatte. Diese zehntausend Juden wurden in dem bekannten Lager Gurs in den Pyrenäen interniert. Unter ihnen befanden sich 2'000 Juden im Alter von 60 bis 104 Jahren, und das erste Mal wurden jüdische Kinder ebenfalls in ein Lager gesperrt. Als wenig später das «Konzentrationslager» Gurs in ein allgemeines Sammellager umgewandelt wurde, schwoll seine «Bewohnerschaft» auf 25'000 an.

Werfen wir einen Blick auf die Lager, deren wichtigste im unbesetzten Frankreich Gurs, Le Vernet (das Straflager), Rieucros (Frauenlager) und St. Cyprien waren. Einst hatten 453'000 spanische Flüchtlinge dort gelebt, und viele Lagereinrichtungen waren von diesen gebaut worden. In den ersten vier Monaten herrschten unerträgliche Verhältnisse: Es gab Epidemien wie Ruhr, Typhus etc. Die Insassen waren unterernährt; sie erhielten nur

täglich 950-1'200 Kalorien statt des Minimums von 1'800-2'000. 1'055 Insassen starben bei einer durchschnittlichen Lagerbevölkerung von 13'500. Gurs' Todesrate war 2omal so hoch wie die des Staates New York. St. Cyprien war nicht besser. Die Spanier hatten es die «Hölle von Perpignan» genannt. Auch hier Epidemien, Unterernährung und für die wenig erhältlichen zusätzlichen Lebensmittel Schwarzmarktpreise. (200 g Schokolade 120 Francs, eine Zigarette 125 Francs).

Die angesehene amerikanische Wochenschrift «New Republic» veröffentlichte am 11. Nov. 1940 über Le Vernet, zwischen Toulouse und der spanischen Grenze gelegen, den Bericht eines politischen Flüchtlings, der dort für 16 Monate eingesperrt war. «Nicht genügend zu essen, das furchtbare Elend, die Kälte, keine Bekleidung, keine Medikamente, das vollkommene Fehlen hygienischer Einrichtungen, und dann die Beschränkungen, die Verbote und Strafen.» Im Lager Le Vernet wurden die Insassen geprügelt und erschossen, die «ritterliche» Garde Mobile vollstreckte die Torturen. Der Bericht nennt Namen. Im Januar 1940 sahen 400 Insassen und der Schreiber des Berichtes, wie Werner S. solange ins Gesicht geschlagen wurde, bis er blutüberströmt zusammenbrach. Dann folgte eine Liste überschrieben «Gestorben aus Mangel an Fürsorge und wegen Hunger und Kälte:

Willi Weber, Barracke 33, Oktober 1939

Paul Dreyfus, Barracke 32, Oktober 1939

Weil, Baracke 33

Jules P., ein Pole, Juli 1940

Pitschowa, nach Operation.

Leo Dollinger, ein politischer Flüchtling, der an der Seite der Republikaner gekämpft hatte, raste am 11. November 1940 aus der Barracke, schreiend: «Ich kann dieses Leben nicht länger aushalten, ich rücke jetzt aus!» Als er sich dem Stacheldrahtzaun näherte, schoss der Wachposten auf ihn, und eine halbe Stunde später war Dollinger tot. Als die Flüchtlinge am nächsten Tag ins Büro der Garde Mobile gingen, um sich zu beschweren, sagte der Offizier: «Ich gebe Euch den Rat, Ruhe zu halten. Wir haben 50'000 Schuss Munition zu unserer Verfügung, um diese Ruhe zu erzwingen.»

Als diese Schreckensberichte in die Vereinigten Staaten kamen, lösten sie eine gewaltige Protestwelle aus. Wir wissen nicht, was der Vatikan tat, sein Einfluss in Frankreich war gewaltig. Tatsache ist: Mitte November 1940 wurden die «Konzentrationslager» geschlossen und in «Sammellager» umgewandelt und den Zivilbehörden unterstellt. Zwei Kategorien von Flüchtlingen sollten in den Lagern gehalten werden: erstens jene ohne Mittel und zweitens solche, von denen zu erwarten war, dass sie sich in einer nicht wünschenswerten politischen Tätigkeit engagieren würden.

Vichy erklärte, dass Juden, die auswandern wollten, sofort in das Camps Les Milles (Aix en Provence) überführt werden sollten. Der Präfekt sei ermächtigt, diesen Auswanderern sofort Exitvisen zu geben.

Im Januar 1941 nahm ich an einer Tagung der Quäker, American Friends Service Committee, in Philadelphia teil, auf der über die Lebensbedingungen in den französischen Lagern berichtet wurde. Es wurde übereinstimmend festgestellt, die stattgefundenen Ände-

rung habe kaum Verbesserungen gebracht. Der Wechsel sei mehr oder minder ein äusserlicher. Einige Positiva wurden berichtet; sie betrafen das Lager St. Cyprien, aber nicht das Schreckenslager Le Vernet, welches von einem «New York Times» Berichterstatter besucht wurde, der als seinen stärksten Eindruck «die Hoffnungslosigkeit» der Flüchtlinge bezeichnete. Als ein amerikanischer Geistlicher, Howard L. Brooks, der sich mehrere Monate in Frankreich aufhielt und fast alle Sammellager besuchte, seinem französischen Vertrauensmann geradeheraus die Frage vorlegte: Ist Vichy für diese Verhältnisse verantwortlich? erhielt er die folgende Antwort:

«Würden Sie nicht jede Gelegenheit willkommen heissen, das Elend jener Flüchtlinge zu publizieren? Würden Sie nicht an das Gewissen der Welt appellieren? Würde nicht solche Schilderung in der Presse der Vereinigten Staaten und anderen Ländern Ihr bester und einziger Weg sein, eine Änderung herbeizuführen? Aber Vichy will nicht, dass sich irgend etwas ändert. Es ist nicht mehr interessiert an der Besserung der Lebensbedingungen der Flüchtlinge als die Nazis selbst. Vichy trägt Mitverantwortung, und deshalb will die Regierung keine Publizität.»

Die Reaktion in den Vereinigten Staaten, insbesondere bei den ausländischen Wohlfahrtsorganisationen – 21 waren in Frankreich tätig – führte zu einigen Reformen: Flüchtlinge, die einen garantierten Lebensunterhalt von 1'200 Fr. pro Person nachweisen konnten, sollten entlassen werden, und ein Koordinierungskomitee der privaten Hilfsorganisation (Februar 1941) versuchte, die Situation der Lagerinsassen zu verbessern. Das Wichtigste war der Gesundheitsdienst und die Mobilisierung der mehr als 300 Flüchtlingsärzte, die in den verschiedenen Lagern waren und keine Gelegenheit gehabt hatten, ihr Können in den Dienst ihrer Leidensgenossen zu stellen.

Berichte von Insassen, die im März 1942 Gurs verliessen, boten ein Spiegelbild der eingetretenen «Verbesserungen», die auch für die anderen Lager mit Ausnahme von Le Vernet mit gewissen Unterschieden zutrafen. Die «Einwohnerschaft» von Gurs war auf 4'500 reduziert worden. Jeder Lagerinsasse hatte nun sein eigenes Bett, Tische und Bänke waren in den Baracken installiert worden, und die Lebensmittelversorgung war zumindest nicht viel unterschiedlicher als für die Gesamtbevölkerung des unbesetzten Frankreichs. Das Gesundheitsproblem blieb im Hinblick auf das Alter der Insassen akut. So wurden 70 Gurs-Insassen wegen Schwellungen der Gelenke, die furchtbare Schmerzen verursachten, behandelt, ohne dass die Ärzte in der Lage waren, eine Diagnose zu stellen. Die Todesrate blieb über dem Durchschnitt hoch. Insassen, die über Geld verfügten, konnten zu hohen Preisen Brot, getrocknete Bohnen, Haferflocken, Fleisch, Sardinen, Öl und Eier etc. kaufen, aber da ein Ei auf dem schwarzen Markt allein 8 Fr. kostete, oder ein Kilo Fleisch um Fr. 180, waren die Mittel der «Reichen» sehr bald erschöpft. Die zusätzlichen Lebensmittel erreichten die Lagerinsassen auf drei Wegen: 1. durch das Kommissariat des Lagers und durch das französische Lagerpersonal, das den Schwarzhandel betrieb; 2. durch Kauf in der Umgebung der Lager mit Hilfe der französischen Krankenschwestern oder Wachen

und 3. durch die Paketpost. Es war zwar verboten, Lebensmittel per Post zu schicken, aber einige Zigaretten machten die Augen des Postbeamten blind.

Von Zeit zu Zeit griff die Sicherheitspolizei ein, verhaftete die Schwarzhändler und übergab sie den Gerichten, aber nicht weniger oft wurde die Sûreté der zuschauende Partner bei dieser brutalen Ausnutzung der Verfolgten. Schliesslich gab es in den Lagern Kantinen, die von Zeit zu Zeit Brot, Suppenpulver und andere Ersatzlebensmittel verkauften. Die Preise hier waren normal. Im Lager befand sich Radio. Ein bestimmter Insasse hatte die Erlaubnis, die Nachrichten abzuhören, aber bevor er die Neuigkeiten den gespannt wartenden Gefährten weitergab, musste er seine Nachrichtenzusammenfassung einem französischen Zensor vorlegen, der aber die von englischen oder russischen Stationen aufgenommenen Nachrichten immer passieren liess. Schliesslich und endlich verfügte das Lager über ein sehr gutes Orchester, das ein gewisser Kurt Laval leitete, sowie mehrere Theatergruppen. Sie boten Revuen wie «Himmel in der Hölle» und der «Gesang Wotans», ein Spiel, das sich mit Hitlers Fehlschlag in Russland beschäftigte.

Die vorstehende Zusammenfassung entstammt dem Bericht eines jungen politischen Flüchtlings aus Berlin, Heinz Behrendt, der als 19jähriger nach Prag kam (er gehörte der SAP an) und von der Prager Polizei ausgewiesen wurde. Ich intervenierte für ihn, Heinz wurde befreit und ging nach Spanien, bis das Schicksal ihn nach Frankreich brachte. Es gelang uns, ihn Anfang 1943 mit einem «Notvisum» nach USA zu bringen. Im August desselben Jahres wurde er eingezogen und an die pazifische Front geschickt. Am 18. Juni 1944 wurde er in einem Gefecht mit den Japanern auf der Biak-Insel getötet. Paul Frölich, der Biograph Rosa Luxemburgs, hielt in einer Gedächtnisfeier in New York für Heinz Behrendt eine erschütternde Rede.^{1?}

Im März 1942 befanden sich in 14 Lagern des unbesetzten Frankreichs noch 16'401 Insassen: Gurs 4'500, Rivesaltes 4'487 und Le Vernet 1'900.

Die Verordnung vom 2. Mai 1938 hatte bereits Zwangsaufenthalt für die Flüchtlinge vorgesehen. Das Vichy-Regime verschärfte diese Bestimmung, und über allen, die sich nicht den strikten Verordnungen beugen wollten, schwebte als Damoklesschwert die Verordnung vom 4. Oktober 1940, die Einteilung der Flüchtlinge in Arbeitslager. Die Präfekten waren die ausführenden Organe, und sie entschieden nach Gutdünken; War es wünschenswert, Flüchtlinge in den Städten zu haben oder nicht. Für die Flüchtlinge wiederum war der Aufenthalt in den Städten die einzige verbliebene reale Möglichkeit, das ungastlich gewordene Frankreich zu verlassen. Besonders rabiat benahmen sich die «regionalen» Präfekten (eine Erfindung des Pétain-Regimes, welches sich bemühte, alte monarchistische Einrichtungen neu aufleben zu lassen) von Haut-Garonne (Toulouse), Bouches-du-Rhone (Marseille) und Alpes-Maritimes (Nizza), wo sich die meisten Flüchtlinge aufhielten, während ihre Kollegen in Lyon und Grenoble liberaler waren. Die zugewiesene Zwangsresidenz war ein Platz, im Sprachgebrauch «ein Loch» genannt, auf dem Lande oder in den Bergen. Der Flüchtling erhielt einen Sonderausweis und musste sich sofort nach Ankunft bei der Gendarmerie melden. Die Unterbringungsmöglichkeiten wa-

ren mit ein oder zwei Ausnahmen höchst primitiv, und nur das Lebensmittelproblem besserte sich, denn die Menschen auf dem Lande litten weniger unter der Knappheit als die Stadtbewohner. Es gab, besonders von Seiten der Kollaborateure, gehässige Akte der Feindseligkeit, aber da das Pétain-Regime nur von einer kleinen französischen Minderheit gestützt wurde, entwickelte sich zwischen den Flüchtlingen und der Bevölkerung ein Band der Sympathie und oft auch der Solidarität.

Schon vor dem Zusammenbruch hatte es Arbeitsbataillone (Compagnie des Prestataires) gegeben, und eine Menge Flüchtlinge, die keinen Militärdienst leisten konnten, hatte ihnen angehört. Nach der Demobilisierung wurden die Arbeitsbataillone umgetauft in Groupements des Travailleurs Étrangères, kurz genannt T.E. Diese Arbeitsbataillone erstreckten sich über viele Bezirke und wurden von einem früheren Sergeanten mit einer Wachmannschaft von 6 bis 8 Mann angeführt. In jeder Kompanie waren 300 Fremde. Das Gehalt für den Gruppenführer betrug Fr. 4'500 und für das Aufsichtspersonal Fr. 1'000 – 1'200 pro Monat, abgesehen von freier Unterkunft und Verpflegung. Als Vichy im Oktober 1940 anordnete, dass alle Fremden «ohne Mittel» und «ohne nachweisbare Unterstützung», wenn sie nicht in ihr Ursprungsland zurückkehren konnten, zur «Zwangsarbeit» verpflichtet seien, liess diese Massnahme die Arbeitsbataillone schnell anschwellen. Die Gruppe T.E. 313 war eine von 32, die zum Groupement I gehörte, in der sich nur Deutsche, 5 Polen und einige spanische Loyalisten befanden. Bereits im Juli und August 1940 trennte man die Juden von den anderen und organisierte eine «jüdische Gruppe». Ihre Plätze in T.E. 313 wurden durch Reichswehrdeserteure, die aus dem besetzten Frankreich herübergekommen waren, gefüllt. Die Lebensmittelversorgung war ein wenig besser geworden, z.B. erhielten die Zwangsarbeiter pro Monat 100 g Fett mehr, oder ihre Brotration betrug 300 g statt 275 g; aber später entlassene Zwangsarbeiter erklärten, dass diese Lebensmittelrationen deswegen Theorie blieben, weil ein grosser Teil der Lebensmittel auf dem schwarzen Markt verschwand. Die Zwangsarbeiter wurden im Lager beschäftigt, an Bauern «vermietet», mussten Waldarbeit leisten usw. Von dem Tageslohn von 6 Fr. erhielt der T.E. Arbeiter 4 Fr., aber wenn er nicht verdungen war, zahlte ihm der französische Staat 50 Centimes pro Tag. Das war damals wenig mehr als 1 amerikanischer Cent. Ein T.E. war berechtigt, für seine Familie Unterstützung zu erhalten (pro Tag für seine Frau 7 Fr. und jedes Kind 4,50 Fr.), und alle sechs Monate wurde ein zehntägiger Urlaub gegeben.

Aus dem Arbeitsdienst entlassen werden konnte der T.E. nur, wenn er 55 Jahre alt wurde, im Falle physischer Arbeitsunfähigkeit oder bei Nachweis ernsthafter Auswanderungsmöglichkeiten. Ein T.E., der aus Gesundheitsgründen arbeitsunfähig geworden war, musste nachweisen, dass er nunmehr über eigene Unterhaltsmittel verfüge. Wenn er das nicht konnte, wurde er in ein de facto Konzentrationslager überführt. Die Anforderungen des Nachweises der Selbsterhaltung war in den einzelnen Bezirken verschieden: in Haute-Vienne z.B. Fr. 20'000 für jedes Familienmitglied, aber im Department Alpes Maritimes waren es Fr. 50'000.

Die Disziplin in den T.E. Lagern war strikt; als Strafen waren vorgesehen: Urlaubskür-

zung, Widerruf der Aufenthaltserlaubnis der Familie in der Nähe des Lagers oder Überführung in ein Straflager für 3 Monate, wo die Insassen, ausser am Feiertag, weder rauchen noch sprechen durften und besonders schwierige Arbeit ausführen mussten. «Das Aufsichtspersonal war ausgesprochen antisemitisch.»

Die Arbeitslager waren nichts weiter als eine moderne Version der Sklavenarbeit. Dennoch glaubten die T.E. Arbeiter, verglichen mit den Flüchtlingen und Ausländern, den einen Vorteil zu haben, dass sie nicht die moralische und physische Degradierung der Internierungslager zu erleiden hatten. Da sich die Arbeitsbataillone wirtschaftlich von Vichy unabhängig machen konnten (durch Vermietung der Arbeitskraft), hatten die T.E.'s sogar die Hoffnung, sie würden alle Schwierigkeiten und Härten überdauern und lebend den Frieden erleben. Dieser Hoffnung wurde durch die servile Politik Laval's und die Besetzung der freien Zone durch die Deutschen im November 1942 ein jähes Ende gemacht.

Internierungslager, Zwangsaufenthalt, Zwangsarbeit waren rückblickend betrachtet nur ein Vorspiel zur wahren Tragödie aller Flüchtlinge in Frankreich, die im Sommer 1942 einsetzte und mit der Name Pierre Laval für immer verbunden sein wird. Es gibt verschiedene Grade des Darbens. Als im Juli 1942 50 Flüchtlingskinder von Rivesaltes die Vereinigten Staaten erreichten, waren sie für die Berichterstatter des satten New York «ein bemitleidenswerter Anblick», aber jüdische und nichtjüdische Organisationen hatten die Situation der Lagerinsassen teilweise verbessert. Dann entschied Hitler, die Juden im besetzten Westeuropa, zuerst die Flüchtlinge, nach Polen zur Zwangsarbeit und Vernichtung zu deportieren. Die französische Polizei wurde das Werkzeug der braunen Horden. Die Schweizer Zeitung «La Sentinelle» in La-Chaux-de-Fonds, hat die «moderne Bartholomeus-Nacht» vom 15. zum 16. Juli geschildert, die Panik, die Hilfe der französischen Arbeiter, die viele Juden versteckten, die Hunderte von Selbstmorden und die Unerbittlichkeit der französischen Polizei, die nicht nachliess, Hitler seine Opfer zuzutreiben, einschliesslich der Patienten des Rothschild-Hospitals im Lager von Drancy: Männer, Frauen und 5'000 Kinder. Einer grossen Anzahl von Juden gelang es, in die noch freie Zone zu entkommen, und die Schmuggler kassierten pro Person Fr. 5'000-10'000. Die lokalen Behörden nahmen die Flüchtlinge auf, bis Laval in Vichy ihre Verhaftung und Bestrafung für illegale Überschreitung der Grenze anordnete. Das Unglaubliche geschah: Pierre Laval hatte den Deutschen versprochen, ihnen 10'000 Flüchtlinge und ausländische Juden aus dem «freien französischen Gebiet» zu liefern. Die Präfekten waren angewiesen, Listen zusammenzustellen, und weder Proteste der freien Welt, die Interventionen prominenter französischer Juden, noch der Einspruch der katholischen und protestantischen Kirchen, nicht einmal die Intervention des Päpstlichen Nuntius konnte die Vichy-Regierung beeinflussen, von ihrem verbrecherischen Tun zu lassen. Pétain erklärte, er sei hilflos, und Laval war «brutal und zynisch».

Was sich also in der besetzten Zone bisher abgespielt hatte, wiederholte sich nun in Marseille, Nizza, Toulouse. Ein protestantischer Geistlicher versuchte, seine Glaubensgenossen zu retten. Seine herzerreissenden Tagebuchaufzeichnungen veröffentlichte ich erst-

mals am 18. Dezember 1942 im New Yorker «Aufbau» unter der Überschrift «Ich sah es».²⁰

Das französische Volk reagierte mit Protest und vor allem mit Solidarität. Tausende von Kindern, deren Schicksal zunächst ungewiss war, wurden in den Klöstern versteckt. Die amerikanische Regierung war willens, 5'000 der unglücklichen Kinder aufzunehmen; Vichy stimmte nach langem Zögern zu, aber durch die vollkommene Besetzung Frankreichs am 11. November 1942 liess sich dieses Projekt nicht verwirklichen.

Das ganze Frankreich war nun dem Diktat Hitlers unterstellt. Die Austreibung der Juden wurde intensiviert. Zuerst kamen jene aus den Satellitenländern dran; aber dasselbe Schicksal traf auch jüdische französische Familien, die seit Jahrhunderten in dem Lande der «Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit» gelebt hatten. Sie alle kamen nach Drancy und wurden von dort nach dem Osten abtransportiert. Im März und April 1943 fanden in Marseille, Toulouse, Perpignan, Arles, Aix-en-Provence und Limoges Razzien statt. Die gesamte jüdische Bevölkerung, wie z.B. die von Clairemont-Ferrand, wurde deportiert. Laval erleichterte dieses teuflische Vorgehen dadurch, dass alle Naturalisierungen, die nach dem 10. August 1927 stattgefunden hatten, rückgängig gemacht wurden. Die deutschsprachige «Die Zeitung» in London veröffentlichte am 29. Mai 1943 einen der letzten Augenzeugenberichte.²¹

Im Hinblick auf die Deportation aus- und inländischer Juden oder solcher, die auf Grund der Laval-Verordnung ihre französische Staatsangehörigkeit plötzlich verloren, ist es nicht einfach, die genauen Zahlen der Deportierten einzusetzen. Eine offizielle Angabe stammte von Henri Frenay, dem Repatriierungskommissar de Gaulles, der bis zum 9. März 1944 60'000 Deportierte annahm. Aber nach neueren Unterlagen muss einschliesslich der ausländischen Deportierten mit 200'000 insgesamt gerechnet werden.

Die zwei Fluchtwege, die den Flüchtlingen offenstanden, waren: die französischschweizerische und die französisch-spanische Grenze, die nun aber praktisch von der braunen Armee und ihren Helfershelfern geschlossen wurde. Not aber macht erfinderisch, und gegenüber dem sicheren Tode in einem Vernichtungslager oder deutschem Gefängnis oder Konzentrationslager riskierten es Tausende, in die Schweiz oder nach Spanien zu entkommen, und bis Ende 1943 wurde ihre Zahl für die Schweiz auf 10'000.–, für Spanien auf 12'000 geschätzt. Nach Spanien kamen täglich etwa 30 Flüchtlinge. In dieser verzweifelten Situation waren die italienischen Besatzungsbehörden Frankreichs eine rettende Ausflucht, denn sie führten die Rassengesetze nur lax durch, und so versuchten Tausende in dieser Atmosphäre des «sauve qui peut», sich in das italienische Besatzungsgebiet der Riviera abzusetzen, bis Italien den Versuch unternahm, den Krieg zu beenden. Tausende Flüchtlinge strömten von der französischen an die italienische Riviera, um kurze Zeit später wiederum ihren Verfolgern ausgeliefert zu werden. Eine kleinere Anzahl erreichte in schmalen Schiffen die Küste Nordafrikas, und Tausende von ihnen gingen in

20 s. Anh., Dokument 14

21 s. Anh., Dokument 15

die Wälder und schlossen sich der französischen Widerstandsbewegung an und kämpften heroisch für die Befreiung Frankreichs und damit für ihre eigene.

Die «neuen Herren» Frankreichs hatten den Art. 19 des Waffenstillstandsvertrages nicht vergessen, und die Kommissionen gingen in die Lager, um sich ihre Opfer zu suchen oder diese wurden ihnen, wie in Marseille, präsentiert. Die sozialdemokratischen Führer Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding liessen sich trotz Warnung fast täglich im Kaffeehaus blicken, bis sie verhaftet wurden. In Arles erhielten sie Zwangsresidenz zugewiesen. Die tragische Geschichte Breitscheids und Hilferdings wie anderer prominenter Persönlichkeiten hat Varian Fry in seinem Buche geschildert. Breitscheid und Hilferding sollten von Marseille über Martinique, also mit offizieller Genehmigung Vichys, nach den Vereinigten Staaten ausreisen, aber das bereits bewilligte Exitvisum wurde beiden annulliert, und man brachte sie von ihrem Zwangsaufenthalt in Arles nach Vichy ins Gefängnis. Dort wurde Rudolf Hilferding eines Morgens in seiner Zelle erhängt aufgefunden. Breitscheid wurde nach Berlin gebracht und soll «durch feindliche Luftangriffe» in Berlin-Tegel im Gefängnis umgekommen sein.²²

Die ersten unter dem schamlosen Übergabeartikel 19 Ausgelieferten waren das Ehepaar Fritz Thyssen, der Hitler einst finanzierte und dann, ernüchtert, nach Frankreich geflohen war. Andere Flüchtlinge, die unter Art. 19 ausgeliefert wurden, waren: Theodor Wolff, einstiger Chefredakteur des «Berliner Tageblatt», (er kam 1943 im Konzentrationslager Oranienburg um), die politischen Flüchtlinge Niemeyer, Einstein, Füllenbach, Heinrich Häfner, Valentin Hartig, Gertrud Kersten-Hill, Kieras, die sozial demokratische Abgeordnete Johanna Kirchner, Richard Kirn, Fritz Klein, Hermann Petry und Sohn, Anna Bauer, Walter Fuchs, Max Holle, um nur einige zu nennen. Als der Schriftsteller Walter Mehring das Schiff in Marseille nach Martinique besteigen wollte, wurde er von den französischen Sicherheitsbeamten angehalten, seine Papiere wurden ihm abgenommen, aber nach qualvollem Warten mit den Worten zurückgegeben: «Hélas, es muss sich da wohl um einen anderen Walter Mehring handeln.» In diesem Falle sabotierten die Franzosen die Auslieferung.

Ausser denen, die illegal Frankreich verlassen hatten, waren Tausende mit offiziellen Ausreisevisen der Vichy-Regierung zwischen Juli 1940 und Juli 1942 ausgereist. Männer im Alter von 18-45 Jahren erhielten diese Vergünstigung nicht. Tausende mehr hätten gerettet werden können, wenn die Vichy-Regierung wirklich, wie sie später behauptete, die Ausreisevisen lediglich als Formsache angesehen hätte. Das Gegenteil ist wahr: Unter deutschem Druck machte Vichy die grössten Schwierigkeiten, und Ausreisevisen wurden, wenn überhaupt, nur nach Monaten bewilligt. Aber Zeit bedeutete damals Lebensrettung. Die Verordnungen Vichys wechselten ständig, und so wechselte die Reaktion für Transitvisen Portugals und Spaniens, die einmal ausgestellt, das andere Mal aber verweigert wurden. Spanien hielt daran fest, keinem Flüchtling im militärdienstfähigen Alter ein Tran-

22 Fry, a.a.O., S. 166

sitvisum zu geben, und so versuchten die Flüchtlinge über Algerien oder Marokko Lissabon zu erreichen; es war ein permanenter *circulus vitiosus*.

Bei Beginn der Deportationen wurde die Bewilligung von Ausreisevisen eingestellt und die Grenzposten verstärkt. Gefährdete Flüchtlinge vermieden alles, sich von Vichy abhängig zu machen, andere suchten oft riskantere, aber zum Teil erfolgreichere Wege.

Es muss noch registriert werden, dass Vichy Ende 1940 gegenüber den Vereinigten Staaten ein politisches Manöver in Szene setzte, nämlich die Forderung, 300'000 Flüchtlinge deutscher Nationalität und jüdischer Religion aufzunehmen. Abgesehen davon, dass die Anzahl von 300'000 übertrieben war, waren die USA und Kanada nicht bereit, ihre Einwanderungsgesetze zu ändern. Die «New York Times» vom 10. Januar 1941 berichtete, dass die Vereinigten Staaten nicht willens seien, über die Ausgabe von Not-(Besuchs-)Visen hinaus noch etwas besonderes zu tun. Das politische Manöver Vichy-Frankreichs wurde deutlich, als sich herausstellte, dass Ausreisebewilligung für 3'000 Flüchtlinge mit amerikanischen Einwanderungsvsen von Monat zu Monat verschoben wurde. Hinter dieser «humanen Forderung» spürte man den Geist von Joseph Goebbels.

Da ein Unglück selten allein kommt, hatten die glücklichen Visenbesitzer die grössten Transportschwierigkeiten. Schiffsraum wurde knapp. Der einzige Ausgangshafen war zu nächst Lissabon. Zwischen New York und Lissabon verkehrte die American Export Line mit vier kleinen Schiffen, die insgesamt 1'200 Passagiere aufnehmen konnten; ferner die portugiesischen Schiffe «Nyassa», «Serpa Pinto» und «Guinee» mit einer Fassungskraft von 2'300 Personen. Von dem spanischen Hafen Bilbao und Vigo liefen zwei Schiffe, die 1'600 Passagiere transportieren konnten, und ausserdem fuhren von Lissabon und spanischen Häfen gemietete Schiffe, «Ciudad Sevilla», «Villa Madrid» und die berühmte «Navemar», die «Monzinho» und andere kleine Frachtschiffe, die nur einige wenige Passagiere aufnehmen konnten.

Der amerikanische Konsul stellte ein Visum nur aus, wenn die Passage nachgewiesen werden konnte. Das hatte einen guten Grund, weil das Visum innerhalb von 60 Tagen für den Besuch oder 4 Monaten für die Einwanderung benutzt werden musste. Die American Export Line, die mit ihren vier Schiffen 1'200 Passagiere aufnehmen konnte, nahm 10'000 Buchungen an. Da die Schiffe nur alle vierzehn Tage segeln konnten, hatten die letzten Passagiere mindestens etwa 9 bis 10 Wochen zu warten. Alle Versuche, grössere Schiffe nach Lissabon zu bringen, scheiterten aber an dem Widerspruch der Maritime Commission in Washington, da angeblich keine weiteren Schiffe zur Verfügung standen. Am 14. März 1941 suspendierte die American Export Line daher alle weiteren Buchungen.

Soweit die grossen jüdischen Organisationen die Buchungen vornahmen, erfolgte die Überfahrt auf portugiesischen Schiffen, zwar oft unter allerprimitivsten Verhältnissen, aber zu mehr oder weniger erschwinglichen Preisen. In Fällen, wo die Flüchtlinge individuell buchten, wurden sie von den Schiffseigentümern ausgenutzt, und einer der grössten Skandale jener Periode war der um das spanische Schiff «Navemar», ein früheres Frachtschiff, in dessen Laderaum notdürftige Schlafkojen eingebaut waren, die einschliesslich miserabler Verpflegung und mangelnder sanitärer Einrichtung über 8'500 pro Bett koste-

ten. Die wenigen guten Kabinen auf dem Schiff wurden für \$ 1'200 pro Bett verkauft. Mein Freund, Dr. Manfred George, Chefredakteur des New Yorker «Aufbau», bat mich, den Navemare-Skandal zu untersuchen. Im «Aufbau» vom 5. September 1941 erschien daraufhin ein ausführlicher Bericht.²³

Das Transportproblem wurde durch den Umstand etwas erleichtert, dass ein Reisebüro in Marseille die Idee entwickelte, Flüchtlinge von Marseille nach der Insel Martinique zu transportieren, von wo sie dann mit einem der Dampfer der französischen Linie nach New York kamen. Da diese beiden Schiffsfahrten zu normalen Preisen stattfanden, waren sie finanziell durchaus erschwinglich und wichtiger noch, es wurden keine spanischen Transitvisen gebraucht, und die «Militärpflichtigen» konnten, allerdings nur mit Vichy-Ausreiseerlaubnis, Frankreich verlassen. So transportierten die «Winnipeg», «Wyoming», «Monte Viso» und andere Schiffe viele Hunderte von Flüchtlingen über Oran und Casablanca nach Port de France auf Martinique, wo sie auf ein Schiff der French Line nach New York gehen mussten. Zwei prominente Flüchtlinge, Robert Breuer und Kurt Kersten, beide Schriftsteller, «versäumten» den Anschluss und brachten 4 Jahre auf der Insel zu.

Diesem hoffnungsvollen Rettungsweg wurde leider am 10. Mai 1941 ein Ende gemacht, als die Engländer die «Winnipeg» beschlagnahmten (im Zuge des englischen Gegenschlages, die französische Flotte nicht in die Hände der Nazis fallen zu lassen) und das Schiff nach Trinidad gebracht wurde. Die Passagiere wurden interniert. Aber als ein Luxussschiff der Alcoa-Linie am 5. Juni Trinidad anlief, nahm dieses 40 politische Flüchtlinge an Bord, zum Erstaunen der jüdischen Mitpassagiere im Lager und zum grösseren der amerikanischen Vergnügungsreisenden. Die Idee, die «Politischen» so schnell wie möglich von Trinidad nach New York zu bringen, hatte mir keine Ruhe gegeben. Ich war damals in einem Reisebüro, American Lloyd, angestellt, und als mir die Sekretärin des International Rescue Committee, Sheba Strunsky, von dem «Winnipeg»-Unglück berichtete, rief ich sämtliche Schifffahrtslinien an, die den Hafen von Trinidad anliefen, bis die Alcoa-Linie, verbunden mit der grössten Aluminium-Gesellschaft Amerikas, mir sagte, dass ihr am 5. Juni den Hafen Trinidad erreichendes Luxussschiff Platz habe. Das Komitee hatte, wie so oft, kein Geld, aber am Ende wurden alle Schwierigkeiten überwunden und 40 politische Flüchtlinge, heruntergekommen was ihr Äusseres anbetraf, reisten erster Klasse «in grand style» nach New York ... Nach Juli 1942 und der Besetzung des gesamten Frankreichs im November desselben Jahres setzten nur zwei Schiffe, die «Nyassa» und «Serpa Pinto», ihre Reise von Lissabon nach New York bzw. Kanada fort. Vichy aber verfolgte die Juden und die politischen Flüchtlinge und entehrte das Land, das so vielen Freiheit und eine neue Heimat geboten hatte, das Heinrich Heine besungen und Kurt Tucholsky in unserer Zeit geliebt, bedichtet und besungen hatte.

Wir erinnern uns noch der vielen Tausenden von Flüchtlingen, die bei Ausbruch des Krieges «für dessen Dauer» sich für die Fremdenlegion verpflichtet hatten. Es waren dies spa-

nische, deutsche, österreichische, tschechoslowakische und polnische Flüchtlinge. Sie alle hatten das gemeinsame Interesse, gegen Hitler zu kämpfen. Im Juni 1940 wurde der Waffenstillstand abgeschlossen, und Vichy, der Stimme des neuen Herren gehorsam folgend, internierte seine Soldaten von gestern in Arbeits- und andere Lager, die entweder am Rande oder mitten in der Wüste Sahara gelegen waren und wo die Zustände so schrecklich waren, dass die Situation der T.E.'s in Frankreich im Vergleich damit beinahe glücklich genannt werden konnte. Eines der Schreckenslager war Djelfa in Algerien mit 600 spanischen Republikanern, 300 Mitgliedern der Internationalen Brigade und etwa 40 Flüchtlingen aus Deutschland und Österreich. Der französische Kommandant war ein Trunkenbold und rauschgiftsüchtig. Er und seine Mannschaft begingen perverse Grausamkeiten, Hunger herrschte, durchschnittlicher Gewichtsverlust 30 Pfund. Tuberkulose und Typhus brachen aus, es war keine Medizin vorhanden und nur gelegentlich kam Hilfe von einer privaten Unterstützungsorganisation. Martin Stone, ein Journalist, hat die Internierten in Nordafrika die «vergessenen Männer» genannt.²⁴

Die Internierten mussten in Kohlenbergwerken und an der berüchtigten Trans-Sahara-Eisenbahnlinie arbeiten, welche Dakar mit Algiers verbinden sollte, ein altes französisches Projekt, das immer wieder aufgegeben wurde, weil die Menschen den Strapazen in der Wüste nicht gewachsen waren. Aber das Leben der Hitlerflüchtlinge war billig, und nach Berichten der «New York Times» vom 25. Juli 1941 wurden 5'000-6'000 von ihnen eingesetzt, eine grosse Anzahl Juden, von denen viele umkamen. Wenn Ersatz notwendig wurde, fanden, wie z.B. Anfang Mai 1941, in Marseille Razzien statt; 1'500 Verhaftete wurden auf der «Massilia» nach Nordafrika gebracht und unter der Bedingung «entlassen», dass sie sich «freiwillig» für den Eisenbahnbau zur Verfügung stellten. Der Vichy-Generalgouverneur von Algerien behauptete zwar, dass die Behandlung der «freiwilligen Eisenbahnarbeiter» nicht schlimmer als die der Soldaten sei und Strafen für Disziplinbruch sogar «milder». Diese angeblichen milden Bestrafungen erfolgten in Straflagern, von denen zwei in der Nähe von Colomb-Bechar-Hadjerat M'Guil und Ain-el-Ourak als «Todeslager» bezeichnet wurden. Strafmethoden waren Hunger, Torturen, Auspeitschen und die Eliminierung des letzten Funkens menschlicher Würde. In den Lagern wüteten sadistische Deutsche, Hitleranhänger, Weissrussen und jene Franzosen, die in der Fremdenlegion ihr blutiges, grausames Handwerk gelernt hatten.

Als am 8. November 1942 die amerikanischen Truppen in Algerien landeten, waren 15'000 Spanier, 12'000 jüdische Flüchtlinge in zwölf Lagern, aber die Hoffnung, dass die Insassen sofort befreit werden würden, erfüllte sich nicht, obwohl Franklin D. Roosevelt am 17. November 1942, neun Tage nach der Landung, erklärt hatte: «Ich habe die Befreiung aller Personen in Nordafrika angeordnet, die eingesperrt worden waren, weil sie Gegner der Nazis sind, die die Welt beherrschen wollen, und ich habe die Abschaffung aller Gesetze und Verordnungen, die von Naziregierungen oder Naziideologen inspiriert worden waren, verfügt.»

Trotz der Erklärung von Admiral Darlan vom 16. Dezember 1942, dass «volle und umfas-

24 «New York Post». Ausg. vom 12. Juni 1943

sende Amnestie denjenigen gewährt würde, die mit den Alliierten sympathisierten», trotz einer ähnlichen Erklärung von General Giraud, Nachfolger Darlans, im Januar 1943, trotz Versicherungen amerikanischer prominenter Regierungsvertreter und der Bemühungen des britischen und amerikanischen Konsuls in Algiers, die verschiedenen Konzentrationslager aufzulösen, dauerte die Entlassung sieben Monate, und erst am 23. Juni 1943 konnte die Joint Commission for Political Prisoners and Refugees die Befreiung aller Personen, die in Konzentrationslagern oder Arbeitslagern interniert waren, melden. Die Entlassenen konnten nun Stellen annehmen, und viele von ihnen wurden von den amerikanischen Besatzungsbehörden oder den britischen Alliierten angestellt. Jene aber, die an der Sahara-Eisenbahn und in den Kenadza-Kohlenbergwerken gearbeitet hatten, verliessen nach ihrer Befreiung bis auf wenige das Land ihrer Leiden und unsagbaren Plagen. Andere, die nie Vichy-Frankreich mit dem wirklichen Frankreich verwechselt hatten, schlossen sich den französischen Streitkräften an, die gegen Hitler kämpften. Die «New York Times» vom 6. Mai 1943 berichtet, dass «das französische Afrikakorps einschliesslich vieler jüdischer Flüchtlinge, die als Freiwillige dienen», den westlichen Teil von Djebel Chemiti, der den nördlichen Teil der Küste von Garaet Aschkel nach Bizerta flankiert, «von feindlichen deutschen Truppen gesäubert» habe.

Grossbritannien

Die britische Fremdenpolitik war bis zum Jahre 1933 restriktiv, und dank Englands geographischer Lage nutzte es nichts, dass theoretisch Reichsdeutsche, Österreicher und Tschechoslowaken das Land mit einem gültigen Pass betreten konnten, denn selbst dem von einem britischen Konsul gegebenen Visum konnte nach Art. 1 der Fremdenverordnung von 1920 durch den Einwanderungsbeamten immer die Anerkennung verweigert werden. Jahrelang machte die englische Verwaltung keinen Unterschied zwischen «Flüchtlingen und Fremden», von denen sie dieselben Garantien – finanziell und physisch – verlangte. Daher waren es bis zum Jahre 1938, also der von Chamberlain mitverschuldeten Münchener Katastrophe, praktisch drei Flüchtlingsgruppen, die ein Asyl in England finden konnten, nämlich

- (a) solche, die ausreichende finanzielle Mittel vorweisen konnten;
- (b) solche, die eine Einladung einer prominenten britischen Persönlichkeit hatten, wie z.B. der Berliner Polizeivizepräsident Bernhard Weiss von Lord Samuel, einstigem Hochkommissar Palästinas, oder
- (c) hauptsächlich Frauen, die als Hausgehilfinnen sogenannte «service permits» erhielten.

So blieb die Ziffer der Flüchtlinge minimal. Nach einer Quelle betrug sie am 31. Dezember 1937 nur etwa 4'500. Im Jahre 1938 schwoll jedoch die Ziffer der Flüchtlinge in England an. Neville Chamberlain, Englands Ministerpräsident, erklärte am 21. November 1938, dass 11'000 Flüchtlinge (Männer, Frauen und Kinder) die Einreiseerlaubnis erhalten hätten, abgesehen von weiteren 5'000, die Grossbritannien als Zwischenaufenthaltsland für ihre Überseeauswanderung benutzten.

An sich erlaubte Absatz 3 des Britischen Fremden-gesetzes von 1905, trotz der Macht der Immigrationsbeamten in den Einwanderungshäfen, die Zulassung politischer Flüchtlinge. Denn dort heisst es:

«Wenn ein Immigrant nachweist, dass er die Zulassung in dieses Land nur sucht, um der Verfolgung oder Bestrafung aus religiösen oder politischen Gründen oder wegen eines Vergehens politischen Charakters zu entgehen oder die Verfolgung mit Lebens- bzw. Gesundheitsgefahr oder Freiheitsentzug verbunden ist, soll die Einreise nicht aus Gründen mangelnder Geldmittel oder der Wahrscheinlichkeit, dass der Asylsuchende dem Staat zur Last fällt, verweigert werden.»

Von dieser gesetzlichen Möglichkeit aber wurde in den allerseltensten Fällen Gebrauch gemacht, und diese restriktive Methode änderte sich selbst nach der Ratifizierung der provisorischen Flüchtlingskonvention vom 4. Juli 1936 nicht, sondern erst das Jahr 1938 war der entscheidende Wendepunkt. Hier gab die Regierung dem Druck der erregten öffentlichen Meinung nach, als sich eine Anzahl Flüchtlingskomitees für die jüdischen und politischen deutschen, tschechoslowakischen, österreichischen usw. Verfolgten organisierten. Der britische Vertreter im Intergovernmental Committee erklärte am 19. Juli 1939: Die britische Regierung wäre der Auffassung, das Flüchtlingsproblem sei unlösbar, wenn die Finanzierung desselben nur privaten Organisationen überlassen bliebe. England wolle sich mit andern demokratischen Ländern «beraten», ob diese willens seien, bedeutende finanzielle Beiträge für eine wirkliche finanzielle Lösung des Flüchtlingsproblems zu leisten.

Sir John Hope Simpson, dessen Studie «The Refugee Problem»²⁵ als die bedeutendste jener Zeit angesprochen werden kann, erklärt, dass die Zulassung von Juden aus Deutschland nach England in erster Linie «ein Ergebnis der ausserordentlichen Anstrengung und Generosität der jüdischen Gemeinschaft in Grossbritannien gewesen sei, die bedingungslos die Verantwortung für den Unterhalt der Flüchtlinge übernommen habe». Der Friedens-Nobelpreisträger Norman Angell, Autor des berühmten Buches «The Great Illusion», wies in seinem Buche «We and the Refugees»²⁶ nach, dass die Furcht, die Flüchtlinge würden das Arbeitslosenproblem verschlimmern, irrig sei; aber im Übrigen teile England mit anderen westlichen Demokratien die Verantwortung für das Naziregime in Deutschland und sei im Hinblick auf seine Politik in München «moralisch verpflichtet», den Opfern des Naziregimes Gastfreundschaft zu bieten.

Ein British Inter-Aid Committee of the World Movement for the Care of Children coming from Germany wurde gebildet, welches für elternlose Kinder unter 17 Jahren sorgte. Bis zum Kriegsausbruch hatte dieses Komitee allein 9354 solcher Kinder, davon 6690 jüdische, nach England gebracht. Die führenden Persönlichkeiten fanden eine Gesetzeslücke, unter der weitere 10'000 Kinder unter der Bedingung hereingelassen wurden, dass sie England, wenn sie mündig geworden wären, verlassen würden. Es gab zwei Kategorien von Kindern: die Garantiefälle, in denen Verwandte oder Freunde für das Flüchtlingskind sorgten, und die nicht garantierten Fälle, die auf Kosten des Komitees untergebracht, er-

25 Sir John Hope Simpson, «The Refugee Problem». Oxford 1939

26 Sir Norman Angell, «We and the Refugees». London 1939

zogen, gepflegt und geschult werden mussten. Die letztere Gruppe war von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland in Berlin und von der Jüdischen Gemeinde in Wien zusammengestellt worden.

In den Jahren 1938 und besonders 1939 wurden, ohne grosses Aufheben zu machen, Tausende von Flüchtlingen, insbesondere aus der Tschechoslowakei, aber auch aus dem Reich, nach Grossbritannien hereingelassen. In Richborough wurde damals ein Transitlager für 3'000 Flüchtlinge errichtet, die sich frei bewegen konnten. Sie wurden von den Behörden gastfreundlich aufgenommen, und die jüdischen Flüchtlinge konnten sich auf einen handwerklichen Beruf umschulen.

Eine andere wichtige Hilfsorganisation war die «Society for the Protection of Science and Learning», die mit dem von Geheimrat Demuth geleiteten «Emergency Committee for German Scientists» (Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler) kooperierte, das bis Ende 1938 524 Wissenschaftler in 378 akademischen Institutionen und 146 in Forschungsstätten der Industrie untergebracht hatte. Bis April 1940 erhielten weitere 380 Akademiker Anstellungen. Ausserdem organisierte die Society Vortragskurse, und der International Student Service half finanziell 1'000 Studenten, davon 75 Prozent Juden.

Die Quäker, das International Christian Committee, die Gewerkschaften usw. hatten sich seit 1938 intensiv in den Dienst der Flüchtlinge gestellt. Um ein organisiertes Chaos zu vermeiden, schuf man bereits Anfang 1938 als Clearing House das British Coordinating Committee for Refugees, welches auch die Aufgabe hatte, alle Anträge von Flüchtlingen, die eine Stelle in einem Haushalt anzunehmen bereit waren, zu behandeln. Das Coordinating Committee brachte 14'000 Frauen, begleitet von 1'000 Kindern, auf diese Weise nach England.

Die grosse Summe von 900'000 £ Sterling, die für die Versorgung der Flüchtlinge notwendig war, wurde vom Lord Baldwin Fund und im Falle der Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei durch den Lord Mayor Fund for Refugees from Czechoslovakia aufgebracht. Kurz vor meiner Auswanderung nach den Vereinigten Staaten, im Juli 1939, war ich in London und veröffentlichte meine Beobachtungen in der «Pariser Tageszeitung» vom 26. Juli 1939.²⁷

Die erste spürbare Reaktion nach Ausbruch des Krieges war die Verpflichtung jedes Ausländers über 16 Jahren, sich zu registrieren; er musste das Registrierungszertifikat immer bei sich tragen und jeden Adressenwechsel oder mehr als vierzehntägige Abwesenheit von seiner Wohnung der Polizei melden.

Was die feindlichen Ausländer betraf – und als solche wurden alle angesehen, «die die Nationalität eines Staates besitzen, mit welchem dieses Land sich im Krieg befindet» – so mussten sie dem Regierungsbeamten eine genaue Darstellung ihres Status geben; sie durften nur ihren Wohnsitz mit dessen Erlaubnis wechseln; wann immer sie länger als vierundzwanzig Stunden von ihrer Wohnung abwesend waren, mussten sie dies dem Fremdenbüro melden, und schliesslich durften sie nur in einem Radius von fünf Meilen, etwa 9 km, «reisen».

In wohlthuendem Gegensatz zu Frankreich erklärte Sir John Anderson, der Minister des Innern, bereits im September 1939, dass die britische Regierung nicht daran denke, alle «feindlichen Ausländer» ohne Unterschied zu internieren, sondern zwischen Deutschen, die sich aus geschäftlichen oder anderen Gründen in England aufhielten, und denen, die als Asylsuchende nach England kamen, unterscheiden würde. So bildete die Regierung über hundert Spezial-Fremdtribunale, denen immer ein Richter und ein Polizeioftizier angehörten, die jeden Flüchtling über 16 Jahre überprüften und die folgenden drei Kategorien auf stellten: Gruppe A: Personen, die interniert werden mussten, weil sie nicht als vollkommen zuverlässig angesehen wurden; Gruppe B: Personen, die in Freiheit gelassen wurden, aber unter der Ausländerverordnung von 1920, Art. 20 Abs. 2 bestimmten Beschränkungen in ihrer Bewegungsfreiheit unterworfen waren, und schliesslich die Gruppe C, die von allen Beschränkungen, ausser den für alle Fremden geltenden, befreit waren. Die politische Vergangenheit des Flüchtlings, seine Ausbürgerung, seine Einsperrung in einem KZ oder einem italienischen Gefängnis während Hitlers Besuch in Italien im Jahre 1938 waren für eine günstige Entscheidung bedeutungsvoll. Bei allen Verhören waren die Vertreter der jeweiligen Flüchtlingskomitees anwesend, machten Empfehlungen und gaben Aufklärungen. Das Resultat dieser in den ersten Kriegsmonaten durchgeführten beispielhaften Untersuchung war überraschend. In die Gruppe A wurden 568 Flüchtlinge klassifiziert und interniert; in die Gruppe B 6800, während in die Gruppe C 64'000 fielen, also die überwiegende Mehrheit. Dies war nicht nur ein positiver Faktor für die Flüchtlinge, sondern auch für die englische Regierung und die Bevölkerung.

Diese Situation aber hielt leider nicht an und wurde, als Frankreich im Juni 1940 den Stukas und preussischen Schafftiefeln zum Opfer fiel, geändert.

Die Periode der Beschränkungen setzte am 12. Mai 1940 ein, als die Schlachten in Belgien und Holland tobten. Am 23. April 1940 hatte der Regierungssprecher bereits angekündigt, dass der Fall jedes Deutschen und Österreicher «in diesem Lande» noch einmal durch bestimmte Komitees in den verschiedenen zivilen Verteidigungsregionen überprüft werden würde. Jede Person deutscher oder österreichischer Nationalität musste überzeugend begründen, warum sie nicht interniert werden sollte. Wenn auch nur der leiseste Zweifel bezüglich der Einstellung der betreffenden Ausländer gegenüber der Sache der Alliierten bestehe, sei die Internierung «unerlässlich».

Am 12. Mai 1940 wurden bestimmte Gebiete, besonders die Küstenstriche, für Ausländer als «unerlaubt» erklärt, und ausländische Frauen und Kinder mussten diese «militärischen Schutzgebiete» verlassen, während die Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren aus diesen Gebieten interniert wurden. Einige Ausnahmen wurden gemacht; aber Sperrstunden, tägliche Meldung bei der Polizei, Verbot, Motorfahrzeuge zu benutzen, waren grundsätzlich Bedingung. Diese auf den Küstenstrich von Inverness bis zur östlichen Spitze von Dorsey gültigen Vorschriften wurden am 28. Mai 1940 geändert.

Die Universität Cambridge und die London School of Economics (damals in Cambridge) verloren dadurch viele Mitglieder ihres Lehrstabes, da Cambridge im Küstengebiet lag.

Viele Österreicher und Deutsche, die sich ahnungslos als Erholungsgäste in diesem Gebiet befanden, wurden ebenfalls interniert.

Im Ganzen waren es vier Internierungsverordnungen: die vom 13., 16. und 27. Mai und 10. Juni 1940. Am 16. und 17. Mai wurden alle männlichen deutschen und österreichischen Flüchtlinge, die der Gruppe B angehörten, interniert. Aber bereits zu dieser Zeit war das Home Office (Innenministerium) gezwungen, gegenüber der erregten englischen Öffentlichkeit den Versuch zu machen, eine besänftigende Erklärung «zum besseren Verständnis der Situation» abzugeben. Nach der «Times» vom 17. Mai 1940 waren diese Massnahmen auf Gebiete beschränkt, in denen «aus militärischen Gründen» spezielle Vorsichtsmassregeln sich als notwendig erwiesen hätten. Die Regierung bedauere, «dass diese unerlässlichen Massnahmen» für eine längere Zeit «grosse Härten» in individuellen Fällen verursachen würden. Der Minister glaube aber, dass die betroffenen Personen, die «den Lebensinteressen dieses Landes dienen wollen», diese Absicht durch freiwillige und beschwerdelose Unterwerfung unter die notwendigen Einschränkungen unter Beweis stellen werden. Die Verhaftungen mitten in der Nacht erzeugten eine gewisse Anti-Fremdenstimmung, etwa nach dem Rezept, «man würde die Kerle nicht verhaften, wenn sie nicht etwas Dreck am Stecken hätten». Der Bischof von Chichester, gleichzeitig Vorsitzender des Christian Council for Refugees from Germany and Central Europe, warnte, dass mit der Intensivierung der Feindseligkeiten eine weitreichende Antipathie gegen alle Personen deutscher Abstammung die Folge sein könne. Damit würden die Opfer der furchtbarsten Unterdrückung durch die Nazipartei getroffen werden.

Am 20. Mai 1940 begann das neu ins Leben gerufene Aliens Advisory Committee die Fälle aller weiblichen Deutschen und Österreicher, die zur Gruppe B gehörten, zu überprüfen; aber am 27. Mai wurde diese Überprüfung eingestellt und 3'000 Frauen der Gruppe B im Alter von 14-60 Jahren interniert. Als die englische Öffentlichkeit diesen Schritt kritisierte, erklärte das Home Office, auch diese Internierung sei nur zeitweilig. Nachdem König Leopold von Belgien am 3. Juni sich der Waffengewalt der Nazis ergeben hatte, wurden alle Fremden über 16 Jahre, ausser Franzosen, einem Ausgehverbot von 22.30 bis 6 Uhr früh unterworfen. Die Schutzgebiete wurden erweitert, und alle Ausländer mussten sie «so bald wie möglich» verlassen. Oft war die Frist nur wenige Stunden, manchmal einen Tag oder bis zu drei Tagen. In derselben Woche internierte man alle zur Gruppe B Gehörigen – Deutsche und Österreicher im Alter von 61 bis 70 Jahren. Mitte Juni 1940 befanden sich 7'000 Männer und 3'800 Frauen in Internierungslagern.

Mitte Juni erklärte Sir Anderson im Parlament, dass er die Polizeidirektoren ermächtigt habe, alle Deutschen und Österreicher der Gruppe C, an deren Zuverlässigkeit der betreffende Beamte Zweifel habe, «im Interesse nationaler Sicherheit» zu internieren. Das aber war nur der Vorläufer für die Entscheidung «to intern the lot», d.h. die Internierung aller, die entweder am 21. Juni, dem Tage des französischen Zusammenbruchs, oder am 25. Juni beschlossen wurde. Dieser Befehl lautete: alle Männer der Gruppe B unter 70 Jahren zu internieren. Sir John erklärte am 11. Juli 1940 im Parlament, dass die Machtbefugnis der Polizeidirektoren nicht darin bestehe, bestimmte Ausländer nicht zu internieren, son-

dem eine Vollmacht sei, jene, die bisher von der Internierung ausgenommen waren, dann in ein Lager zu überführen, wenn die Polizei bestimmte Informationen habe, nämlich, dass die unverzügliche Internierung aus Sicherheitsgründen notwendig sei. So schwoll die Ziffer der Internierten Mitte Juli auf 20'000 an: ein Drittel aller Deutschen und Österreicher im Lande.

Wie reagierte die öffentliche Meinung in England auf diese Massnahmen? Bei der Beantwortung dieser Frage darf nicht übersehen werden, dass nach dem Fall von Paris und nach Dünkirchen in England und in vielen anderen Teilen der westlichen Welt «Weltuntergangsstimmung» herrschte. Würde Adolf Hitler den Versuch machen, in England einzufallen? Die englische Armee war geschlagen worden, Tausende britischer Soldaten waren in Frankreich begraben; andere hielten sich noch versteckt und versuchten, der Hitler-Laval Umklammerung zu entkommen. Diese Situation muss man sich vor Augen halten, wenn man die liberale Reaktion der englischen öffentlichen Meinung über die Internierungen betrachtet. Am 2. Juli 1940 war ein Schiff mit internierten Ausländern, die «Arondora Star», auf ihrer Reise nach Kanada torpediert und versenkt worden, und von einem weiteren Schiff, «Dunnera», das sich auf dem Wege nach Australien befand, wurden beschämende Ausbeutungsaktionen der Besatzung bekannt.

Der «Manchester Guardian», «News Chronicle», «The New Statesman», «The Spectator», Lord Cecil, H. G. Wells, Sir Andrew McFadyean, natürlich der Bischof von Chichester, Richter Asquith, Lord Lytton, Führer der Gewerkschaften und der Labour Party, Schriftsteller, Kirchenvertreter kritisierten die Regierung (England befand sich im Kriege!) mit aller Schärfe. Habe die Regierung nicht 1939 ein berühmtes Weissbuch über den Naziterror veröffentlicht? Und nun führe sie einen Krieg gegen ihre «ergebensten Freunde!» Die Tatsache, dass Nazis und Antinazis, Freunde und Feinde der Engländer in den Lagern zusammen leben mussten, dass die Verhaftungen unter menschenunwürdigen Umständen stattfanden und die Situation in den Lagern «ausserordentlich schlecht» sei, führte zu einer Debatte im House of Commons am 10. Juli und einer zweiten am 2. August 1940, in deren Verlauf Mitglieder aller Parteien eine vernünftige Haltung seitens der Regierung gegenüber den Flüchtlingen verlangten. Der Lordbischof von Chichester bemerkte am 6. August 1940 im House of Lords:

«Ich möchte die noblen Lords, die Richter und Anwälte sind, bitten, sich zu vergegenwärtigen, dass in der Vergangenheit Prinzipien niedergelegt wurden für die Behandlung und Internierung von feindlichen Ausländern, d.h. ‚Pass-Nationalen‘ der feindlichen Länder.

Diese Prinzipien sind nicht auf Flüchtlinge anwendbar, und eine kriegführende Nation, die solche veralteten Methoden gegenüber Flüchtlingen anwendet, stempelt wirkliche Freunde zu formalen Feinden. Allgemeine Internierung oder Deportation der Flüchtlinge ist daher ein eigenmächtiger Akt.. .»²⁸

Der damalige Nestor britischer Staatsmänner, Lord Robert Cecil, erklärte im House of Lords, dass das, was diesen unglücklichen Menschen geschehen ist, als «eines der diskre-

28 «Parliamentary Debates. House of Lords.» Vol. 117, 1940, S. 125

ditierendsten Ereignisse in die Geschichte dieses Landes eingehen wird». Die grösste Ungerechtigkeit sei unter dem Einfluss eines unverantwortlichen und unbegründeten Terrors «nicht von dem Charakter dieser Menschen verursacht, sondern von Leuten, die man die Fünfte Kolonne nennt.» Man vergässe, betonte der konservative Lord Cecil, dass die wirkliche Fünfte Kolonne aus Angehörigen des Landes (beheimatete Faschisten und Hitler-Sympathisierende) stammt, die Verräter seien. Gegen das Argument, in Kriegszeiten könne man nicht in eine lange Untersuchung über Schuld oder Unschuld jedes Einzelnen eintreten, sondern man müsse «alle» internieren, erklärte Cecil, dass dies lächerlicher Unsinn sei, der nur in einer Zeit grosser Aufregung ausgesprochen werden könne.

Nicht weniger kritisch war man im House of Commons am 22. August 1940, als der Labour-Abgeordnete Wedgwood sich gegen die Internierung wandte. «Wenn man sich fragte, von wem die Gefahr bei etwaigem Einfall der Deutschen in dieses Land käme, würde ich sagen: nicht von den deutschen Juden. Diese Gefahr würde von der «Faschistischen Partei» dieses Landes kommen, von Leuten, die Defaitisten sind, und solchen, die nichts zu verlieren haben, wenn Hitler käme.»

In dem Buch von F. Lafitte «The Internment of Aliens»^{28a} ist eine statistische Erhebung über ein Lager veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass unter den 1'500 Insassen zwei Drittel der Männer aus Deutschland, 7 Prozent aus Italien und 10 Prozent aus Österreich kamen. Der Rest von 17 Prozent war staatenlos. 82 Prozent waren Juden, 58 Prozent waren über vierzig Jahre und 27 Prozent über fünfundfünfzig Jahre alt. Mehr als 75 Prozent waren verheiratet und 5 Prozent verlobt. 50 Prozent der Frauen waren deutscher, 20 Prozent österreichischer und 13 Prozent britischer Abstammung. Frauen und Bräute von 33 Prozent der internierten Männer waren ebenfalls in einem Lager. Mehr als ein Drittel der verheirateten Männer hatte Kinder unter 16 Jahren, davon ein Fünftel «British born», während die Kinder eines zweiten Drittels unter 16 Jahren ebenfalls interniert worden waren. Neunzig Prozent dieser Insassen waren von einem Tribunal verhört worden, 5 Prozent sogar von zweien. Vierundachtzig Prozent der Internierten reklamierten Flüchtlingsstatus, und 70 Prozent waren als «Flüchtlinge vor der Naziverfolgung» von den jeweiligen Tribunalen früher klassifiziert worden. Fünfhundert Insassen erklärten, dass sie entweder in Nazigefängnissen und in Konzentrationslagern gewesen seien, und bis auf 13 Prozent Kranke und wirkliche Nazis waren alle andern bereit, sich freiwillig England je nach ihrer physischen Kapazität zur Verfügung zu stellen. Die Hauptbeschwerde der Internierten war nicht so sehr die Entbehrungen im Lager, sondern die Tatsache, dass die Engländer eine Kampagne gegen die «falschen Leute» durchführten.

Verglichen mit den Lagern in Frankreich waren die in England unvergleichlich besser. Trotzdem gab sich die britische Öffentlichkeit nicht damit zufrieden. H.N. Brailsford, ein Journalist der «Reynolds News», besuchte Devon, ein umgewandeltes Erholungslager, und stellte in seiner Korrespondenz am 14. Juli 1940 fest, dass der Hauptfehler der Inter-

28a François Lafitte, «The Internment of Aliens». London 1940, S. 37 ff.

nierung die Tatsache sei, dass Antinazis, oft in der Minderheit, mit Nazisympathisierenden sich in demselben Lager befanden. Über das Lager selbst schreibt er, dass es

«kalt, feucht und überschwemmt war, aber die Atmosphäre war freundlich. Die Wachen waren offensichtlich gutwillig und rücksichtsvoll; die Flüchtlinge hatten Selbstverwaltung, und eine Schule sowie ein Theater waren vorhanden. Die Politischen waren gut organisiert, aber die Hälfte der Internierten waren Nazis, die von einem Gestapomann geführt wurden und arrogantes, brutales Benehmen an den Tag legten. Sie sangen blutdürstige Nazilieder, und gelegentlich misshandelten sie sogar jüdische Internierte.»

Dieser Bericht wird durch einen anderen von einem jüdischen Flüchtling²⁹ ergänzt, der ursprünglich der Kategorie C angehörte, aber dennoch interniert wurde. Das englische Wachpersonal war «korrekt», die Unterbringung erfolgte in ein- oder zweistöckigen Häusern (120-150 in jedem Haus). Je nach der Grösse des Raumes wurden 11-16 Personen «einlogiert». Es existierten keine Betten, aber drei Decken pro Person. Insgesamt waren in Devon 2'000 deutsche Flüchtlinge interniert. Nichts war wirklich vorbereitet, und der Bericht beklagt, dass weder Zeitungen noch Radio zur Verfügung standen und die Postverbindung mit der Aussenwelt, besonders mit den Frauen und der Familie, spärlich war. Das Nichtstun nagte zunächst an den Nerven der Insassen, bis dann die Selbstverwaltung der Flüchtlinge in Zusammenarbeit mit dem englischen Lagerkommandanten ein Betätigungsfeld eröffnete.

«Wir kochten, unterrichteten, hielten Gottesdienste ab und gaben medizinische Versorgung, soweit dies in Hinblick auf mangelnde Medikamente möglich war. Ein grosser Nachteil war, dass wir kein Geld hatten, da alles plötzlich kam und wir keine Zeit hatten, solche Mittel zu mobilisieren. Wir standen einander bei. Wer über Mittel verfügte, teilte sie mit den anderen, obwohl mit dem Gelde ausser Briefmarken, Zigaretten und Obst wirklich nicht viel zu kaufen war.»

Der Berichterstatter bezeichnet die Verpflegung als ausreichend und die sanitären Verhältnisse zufriedenstellend. Alles geschah, um die Moral aufrechtzuerhalten. Mit wenigen zur Verfügung stehenden Büchern errichtete man eine Bibliothek, und ein Religionslehrer und ein konservativer Rabbiner versuchten, besonders an den Feiertagen, in Gottesdiensten die Insassen seelisch aufzurichten. Der Berichterstatter verliess das Lager bereits am 30. Juni 1940, um in die Vereinigten Staaten zu emigrieren. Er weiss, dass Italiener ebenfalls im Lager interniert waren; das waren meistens Seeleute von aufgebrachtten italienischen Schiffen; aber er berichtete nichts von den Nazis, über deren Anwesenheit Brailsford zur selben Zeit geschrieben hatte.

Die Beschwerden der Internierten können wie folgt zusammengefasst werden:

1. Die Internierten betrachteten ihre Einsperrung als eine moralische Degradierung. Keiner konnte verstehen, dass sie, die ersten Feinde Hitlers, unter ihnen viele Pioniere im Kampfe gegen das braune Übel, plötzlich als «potentiell gefährliche Elemente» an-gese-

29 In: «Aufbau». New York. Ausg. vom 19. Juli 1940

hen wurden. Wie sehr man auch diesen Hitleropfern klarmachen wollte, dass einzig und allein die Sicherheit des Landes für alle Unannehmlichkeiten massgebend gewesen sei, weil unter den Tausenden von Flüchtlingen möglicherweise «sich ein paar Verräter» eingemistet haben könnten, so stimmten sie doch dem Labour Abgeordneten H.W.M. Pickthorn zu, der am 22. August in der grossen Debatte um das Schicksal der Internierten erklärte: «Wenn der Erzengel vor den Mitgliedern des Kriegskabinetts unangemeldet erschiene und spräche: «Da gibt es in England einen Mann mit roten Haaren, der, wenn nichts geschieht, etwas tun wird, um den Staat zu schädigen», dann bin ich nicht der Meinung, dass es die Pflicht des Kriegskabinetts ist, Massnahmen zu ergreifen, um alle Rothaarigen zu internieren.» Die britische Öffentlichkeit erkannte, dass dies «Hitlers Krieg» sei, was bedeutete, dass das Land es mit einem Feinde zu tun habe, der keine der althergebrachten Methoden anerkennt. In dem Kreuzzug für Freiheit, so führten Liberale, Konservative und Labour-Abgeordnete aus, hätten die Flüchtlinge einen wesentlichen Beitrag zu leisten. «Sie waren willens für das gemeinsame Ziel, Hitler zu besiegen, alles zu opfern, ob als Wissenschaftler, Forscher, Krankenträger oder in irgendeiner anderen Eigenschaft, in der sie den Beweis ihrer Loyalität zu einer gemeinsamen Sache liefern könnten.» Mit erregter Stimme erklärte der Abgeordnete: «Es gibt nicht einen einzigen Fall, ob Frau oder Mann der C-Kategorie, bei dem die Loyalität angezweifelt werden kann.» Man müsse sich daher darüber klar werden, was es für einen psychischen Schock für die Flüchtlinge bedeutete, als die Agenten von Scotland Yard in ihren Wohnungen erschienen, um sie in ein Internierungslager zu schaffen.

2. Die Bedingungen in den Lagern waren zum Teil sehr primitiv, teilweise schlecht. Das bezog sich hauptsächlich auf die sanitären Verhältnisse und die Unterbringung, vor allem auf die Schlaf Stätten.

3. Familien wurden auseinandergerissen. Der männliche Internierte wusste nicht, wo Frau und Kinder sich aufhalten, ob diese etwa auch interniert worden seien. Für Wochen konnte der besorgte Ehemann kein Lebenszeichen von seiner Familie erhalten. Korrespondenz wurde nicht zugestellt, weil der Zensurapparat nicht funktionierte. Umgekehrt wusste die Familie nicht, wo der Mann geblieben war, und die Fürsorgekomitees waren erst nach Wochen in der Lage, den bzw. die Gesuchten aufzufinden.

4. Im Hinblick auf die Tatsache, dass viele Internierte über 58 Jahre alt waren, dass sie fast alle Wochen und Monate der Angst, Bedrängnis und Leiden hinter sich hatten, und vor allem, dass sie in diesem Alter dem spartanischen Lagerleben nicht gewachsen waren, wurden viele der «wohlgesonnenen Feinde» ernsthaft krank.

5. Wiewohl glücklicherweise keine Regel, unterschieden die Wachmannschaften oft genug nicht zwischen den «Flüchtlingen vor der Naziverfolgung» und den Nazis, sondern für sie waren es die «eingesperrten Feinde», die soviel Elend über die Welt gebracht hatten, und es dauerte eine geraume Zeit, um durch Aufklärung diesen monströsen Widersinn zu revidieren.

6. In einigen Lagern waren Naziinternierte mit Antinazis zusammen, obwohl der Innenminister, Sir John Anderson, am 21. Juni 1940 erklärte, dass eine Trennung dieser beiden

Gruppen stattfinden sollte. Da aber gleichzeitig die Politik, «alle Deutschen» ohne Unterschied zu internieren, durchgeführt wurde, war die Praxis, dass verhaftete Nazis mit internierten Antinazis unglücklicherweise in Kontakt kamen, und es ergaben sich jene Auswüchse, die H.N. Brailsford in der «Reynolds News» vom 14. Juli 1940 beschrieben hat. Im Juli wurde bekannt, dass alle männlichen Internierten nach Australien und Kanada deportiert werden würden. Zuerst hatte es den Anschein, dass diese Massnahme nur die Flüchtlinge der Kategorien A und B treffen würde. Die Regierung aber half sich, indem sie alle jene deportierte, welche «Flüchtlinge vor Naziverfolgung» seien. Die Reise, im Hinblick auf den U-Boot-Krieg abenteuerlich und riskant, dauerte nach Australien ungefähr zwei Monate, nach Kanada zwei Wochen. Die Situation in den Übersee lagern war besser. Es existierten die üblichen Reibungen zwischen Menschen, die gezwungen sind, in einem engen Raum zusammengepfercht zu leben. Als schlimmste Härte wurde die Tatsache registriert, dass die Deportierten monatelang nichts von ihren Familien hörten. Aus einem Bericht aus Ottawa vom November 1940 geht hervor, dass von den Lagern in Kanada im Allgemeinen das Gleiche wie von England gesagt werden kann. Dort wurden jedoch nicht nur die Nazis von den Antinazis getrennt, sondern die Juden von den anderen, so dass in Kanada in gewissem Sinne Hitlers Ideen von der Diskriminierung der jüdischen Rasse «verwirklicht» wurden. Im Übrigen aber formierte man Künstlergruppen, man studierte und lernte, und trotz der Trennung von der Familie waren die in Australien und Kanada Internierten vor den deutschen Bomben sicher.

Im Hinblick auf die Opposition, die die Internierungsmassnahmen in der britischen Öffentlichkeit auslösten, musste die Regierung, trotz ihrer erweiterten Machtbefugnisse während des Krieges, ihre Position immer wieder verteidigen und vor allem deren Gesetzlichkeit unter Beweis stellen. Zunächst war es die Fremdenverordnung des Jahres 1920, auf die sich die Regierung stützte. Während des Ersten Weltkrieges hatte die Internierung feindlicher Ausländer (es gab damals kein Flüchtlingsproblem) erst nach der Versenkung der «Lusitania» stattgefunden. Einige der Internierten gingen vor Gericht und verlangten ein habeas corpus Zertifikat. Aber damals entschieden die Gerichte, das Prärogativ des Staates sei, «feindliche Ausländer» zu internieren. Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, hatte die englische Regierung zwei Flüchtlingskonventionen zugunsten der Verfolgten aus Deutschland ratifiziert, nämlich die Provisorische Vereinbarung vom 4. Juli 1936 und die Genfer Konvention vom 10. Februar 1938. In der letzteren bestimmte Art. 2, dass «ein Flüchtling berechtigt ist, sich in dem Gebiet, auf das sich die gegenwärtige Konvention bezieht, frei zu bewegen.» Dieses Grundrecht wurde aber durch den Vorbehalt eingeschränkt, «without prejudice to the power of any contracting party to regulate the right of sejour and residence», d.h. die so liberale Bestimmung präjudiziert nicht die Macht der Regierung, das Recht auf Residenz und Aufenthalt zu regulieren. Interessanterweise hat keiner der betroffenen Internierten während des 2. Weltkrieges in dieser Sache die britischen Gerichte angerufen.

Die Regierung argumentierte: Die Internierung aller ist notwendig, weil wir am Beispiel

Hollands, Belgiens und Frankreichs gelernt haben, was die «Fünfte Kolonne» dort getan hat. Zunächst hatte die Regierung die Internierung vor allem aus militärischen Sicherheitsgründen für notwendig erklärt. Als Sprecher des Kriegsministeriums legte Sir Edward Grigg die militärischen Gründe dar:

«Zum ersten Mal sind wir in einer Situation, in der der Feind eine Anzahl Häfen nahe unserm Lande kontrolliert. Die militärischen Behörden verlangten von uns, aus rein militärischen Gründen, dass die gesamte Küstenlinie des Ostens und Südostens Englands zum ‚Sdiutzgebiet‘ (protected area) erklärt werden muss. Sie verlangten von uns nicht nur, dass feindliche Ausländer ... aus diesen Gebieten entfernt werden müssten, sondern sie drangen auch darauf, dass neutrale Ausländer, über die wir soviel weniger wissen, diese zu verlassen haben. Es war meiner Auffassung nach einfach unmöglich, auf Massnahmen dieser Art nicht einzugehen, wenn sie von denen vorgeschlagen werden, die für die Verteidigung des Landes gegen eine Invasion verantwortlich sind; unter den obwaltenden Umständen mussten sie akzeptiert werden. «³⁰

Als Resultat dieser Auffassung war es notwendig, «alle männlichen Ausländer» zu internieren. Als man den Sprecher der Regierung bestürmte, warum denn später diese Massnahmen noch erweitert wurden, gab er vier Gründe an:

1. Die Tatsache, dass die Mehrheit der Flüchtlinge arbeitslos war.
2. Im Falle eines ernsthaften Luftalarms würden diese Flüchtlinge aufgrund der Anti-Fremdengedühle in eine persönliche Gefahr geraten.
3. Viele Flüchtlinge waren durch den Grad der Feindseligkeit und der Verdächtigung so beunruhigt, dass sie selbst darum baten, interniert zu werden.
4. Die Politik der Internierung wurde von den militärischen Stellen dringend verlangt.

Die Kritik hatte dennoch eine positive Wirkung. Vom August 1940 bis zum Sommer 1941 wurden viele Internierte (Kategorie C) entlassen. Die Regierung hatte in einem White Paper (Cmd 6217) achtzehn Kategorien der Gruppe C aufgeführt, die beim Unterstaatssekretär des Fremdenamtes ihre Entlassung beantragen konnten. Das White Paper machte klar, dass jeder Fall individuell entschieden werden würde, d.h. keine automatische Entlassung zu erwarten sei. Es waren die folgenden Kategorien: Personen unter 16 und über 65 Jahren; Invalide oder Schwerkranke, junge Leute unter 18 Jahren, die zum Zeitpunkt der Internierung entweder bei britischen Familien oder in Schulen lebten; Personen, die eine Arbeitserlaubnis besaßen; solche, die Erlaubnis hatten, in den Schutzgebieten zu bleiben; Personen, die in der Industrie Schlüsselpositionen bekleideten oder Arbeit von nationaler Wichtigkeit verrichteten; Fachkräfte der Landwirtschaft, der Lebensmittelindustrie usw., Wissenschaftler und Forscher wie auch Personen mit akademischer Ausbildung, für die eine Tätigkeit in ihrem Spezialfach zur Verfügung stand; Ärzte und Dentisten, die die Erlaubnis hatten, in England zu studieren, um die notwendigen Prüfungen abzulegen; Personen, die ehrenhaft aus den Diensten der englischen Armee ausgeschieden waren; Personen, die in Flüchtlingsorganisationen, die weiter existierten, tätig waren und deren Abwesenheit die Arbeit der Organisationen negativ beeinflussen könnte; Ar-

beitgeber von mindestens zwölf britischen Angestellten in für die britische Wirtschaft wertvollen Betrieben; Eltern eines in England geborenen oder naturalisierten Sohnes, der in der Armee dient; Geistliche aller Religionen ausser denen der Deutschen Kirche, solche Personen, die nach Übersee emigrieren, und letzters Personen in speziellen Härtefällen (schwere Krankheit in der Familie usw.).

Schon einen Monat später wurde die Verordnung auch auf Angehörige der Gruppe B erweitert und eine 19. Kategorie geschaffen, die solche Flüchtlinge betraf, von denen «genügend bekannt geworden ist, dass sie in Wort und Schrift oder politischer oder offizieller Tätigkeit konsequent über eine Reihe von Jahren öffentlich eine prominente Rolle in der Opposition gegen das Naziregime gespielt haben und der Sache der Alliierten freundlich gesinnt sind». Diese 19. Kategorie stellte de facto die Anerkennung der Rolle des politischen Flüchtlings dar, die kein Land so offen und klar bisher ausgesprochen hatte.

Als Herbert Morrison, der Labour-Abgeordnete, Innenminister wurde, wurden am 21. Oktober 1940 den neunzehn drei weitere Kategorien zugefügt, nämlich: hervorragende Persönlichkeiten auf dem Gebiete der Kunst, Wissenschaft und des Schrifttums; besonders qualifizierte Studenten und solche Fremden, die während der letzten zwanzig Jahre fortgesetzt in England gelebt haben und deren Verbindung mit dem Ursprungsland nicht mehr existiert, deren Interessen und Lebensrythmus britisch sind und die zu diesem Lande freundlich eingestellt sind.

Ein beratendes Komitee wurde mit der Aufgabe eingesetzt, dem Innenminister in Fragen der Internierungspolitik und Schaffung neuer Kategorien für die Entlassungsberechtigung beizustehen. Vorsitzender wurde ein angesehener Richter, Sir Cyrel Asquith, mit den Mitgliedern: Sir Herbert Emerson und Sir Neill Malcolm, die beiden letzten Hochkommissare für Flüchtlinge des Völkerbundes. Am 26. November 1941 wurde auf Vorschlag dieses Komitees eine 23. Kategorie zu Entlassender geschaffen, nämlich alle, die aus Gründen des Alters oder der Gesundheit unfähig waren, im Pionierkorps zu dienen, aber das Tribunal zufriedenstellend überzeugen können, dass sie dem Nazi- oder faschistischen System opponieren, dass sie gegenüber der Sache der Alliierten freundlich eingestellt sind und unter allen Umständen an dieser ihrer Überzeugung festhalten werden.

Ein zweites Beratungskomitee wurde ins Leben gerufen, welches mit der Flüchtlingsabteilung des Auswärtigen Amtes verbunden war. Lord Lytton war der Vorsitzende, Sir Emerson sein Stellvertreter. Unter den Mitgliedern finden wir Persönlichkeiten vom Range des Friedens-Nobelpreisträgers Philipp J. Noel Baker, die Marquess of Reading und vor allem die unermüdliche Labourabgeordnete und ständige Fürsprecherin für die Flüchtlinge Eleanor Rathbone. Die Funktion dieser Körperschaft war, Massnahmen für die Erhaltung der politischen Einstellung der Fremden in England vorzuschlagen, mit dem Ziel, sie enger an die gemeinsame Sache zu binden, die Arbeit der verschiedenen Flüchtlingskomitees und freiwilligen Organisationen zu kombinieren, mit den verschiedenen Regierungsstellen, die für die Flüchtlinge und andere Ausländer verantwortlich sind, und allen auswärtigen Regierungen oder nationalen Komitees im Exil Kontakt zu halten; dem Innenministerium mit Rat und Tat im Interesse der Wohlfahrt der internierten

feindlichen Ausländer beizustehen und endlich Pläne auszuarbeiten, wie die feindlichen Ausländer in den Internierungslagern beschäftigt werden könnten.

Am 8. September 1940 erschien ein Brief an den Herausgeber des «Manchester Guardian», einer von vielen, von Miss Eleanor Rathbone, als Antwort auf das White Paper der Regierung, dessen erster Teil am 13. Juli 1940 und Ergänzungen im August 1940 veröffentlicht worden waren. Dieser lange Brief war eine unnachsichtige, beissende Kritik an der Flüchtlingspolitik der Churchill-Regierung. Miss Rathbone fragt, wie die Regierung sich die praktische Durchführung ihrer Entlassungsregeln vorstelle. Ein Absatz des Briefes sei als Illustration zitiert:

«Im Falle des Invaliden oder Kranken ist ‚kein Antrag auf Entlassung erforderlich‘. Die Angelegenheit ist dem Lagerarzt überlassen, der, falls Entlassung erforderlich, dies entsprechend bescheinigen wird und die Entlassung wird folgen, «vorausgesetzt, dass für anderweitige Unterbringung und Behandlung des Lagerinsassen gesorgt ist‘. (Wie das Home Office sich mit diesem letzteren Punkt zufriedengeben will, wird nicht angeführt.) Aber wer ist der Gesundheitsoffizier, der mit dieser Verantwortung betraut ist? Es ist derselbe Mann, gewöhnlich ein Angehöriger des Medizinischen Corps, oft von niedrigem Rang, der für viele Wochen eine Anzahl Männer in seiner Obhut gehabt haben mag, die mit den schlimmsten Krankheiten behaftet sind (Angina pectoris, Diabetes, Krebs, Tuberkulose, akute Gelenkentzündung), in einem Lager, das nicht mit den elementarsten notwendigen Vorrichtungen für die Behandlung solcher Krankheiten versehen ist und anscheinend weder die notwendige Ausstattung hat, noch die Freilassung der Kranken durchsetzen konnte. Welche Garantie haben wir, dass es in Zukunft anders wird?»

Diese englische Selbstkritik war eine der erfreulichsten und positivsten Charaktereigenschaften. In New York schrieb Sir Neill Malcolm in der Zeitschrift «Britain Today»¹, dass «schwere Fehler» gemacht worden seien. Die grösste Schwierigkeit bestände darin, für die nach Australien und Kanada deportierten 7'000 Flüchtlinge die Freilassung zu erwirken, denn die Dominion-Regierungen waren zwar willens, die Flüchtlinge nach England zurückzutransportieren, aber nur in Ausnahmefällen bereit, ihnen in ihrem Lande die Freiheit zu geben. Bis zum Spätsommer 1941 wurden 1'500 Flüchtlinge wieder nach England zurückgeschickt, aber Tausende andere warteten lange Zeit auf Transportmöglichkeiten. Was aber wichtig war, in England fanden Entlassungen statt, wie aus der folgenden Aufstellung hervorgeht:

Entlassen		Entlassen	
17. Sept. 1940	2 516	22. Jan. 1941	10 130
5. Okt. 1940	4 603	13. Febr. 1941	11 113
15. Okt. 1940	5 200	26. Juni 1941	16 694
5. Dez. 1940	7 800		

Am 23. Juli 1942 war die Gesamtzahl der internierten «feindlichen Ausländer», einschliesslich Kanada und Australien, auf 7'849 gesunken und die Entlassung weiterer 402

wurde in den ersten Monaten des Jahres 1943 genehmigt, während im zweiten Halbjahr 1942 615 entlassen worden waren, so dass nur 6'832 «feindliche Ausländer» in Gewahrsam blieben, und im Mai 1943 war diese Zahl auf 300 gesunken.

Mit Kriegsausbruch hatte die britische Regierung den Flüchtlingen finanziellen Beistand gewährt, da die privaten Organisationen nicht mehr in der Lage waren, die Lasten allein zu tragen. Die Regierung wollte, dass die Flüchtlinge nicht den öffentlichen Wohlfahrts-einrichtungen der Gemeinden und Städte zur Last fallen sollten. Zudem gab es eine de facto Mitverantwortung für das Flüchtlingsdasein, insbesondere der tschechischen Flüchtlinge, für die eine finanzielle Sonderregelung in Höhe von insgesamt 8 Mill. £ bereits geschaffen worden war. Aus diesem Fonds aber sollte die Auswanderung und Reha-bilitierung gezahlt werden, die nun durch den Kriegsausbruch in den meisten Fällen un-möglich geworden war. Der dritte Grund ergab sich zwangsläufig. In dem Augenblick, da die Regierung den Ernährer der Familie internierte, mehrten sich die Unterstützungs-fälle, so dass bis zum Juni 1941 die Regierung den privaten Komitees 770'000 £ zuschoss. Diese Summe reduzierte sich sofort, als die Entlassungen stattfanden und die Entlassenen einen Beruf ausüben konnten. Diese statistische Kurve bewies aber auch gleichzeitig, dass Flüchtlinge keineswegs eine Belastung der öffentlichen Wohlfahrt waren, sondern ein wirtschaftlich positives Potential darstellten.

Wenn eine Gruppe bereit war, alles zu tun, um Hitler zu besiegen, «to strengthen the war effort», dann waren es die Flüchtlinge. Das hatte der «Manchester Guardian» bereits am 1. Sept. 1939 klargemacht. Der Arbeitsminister hatte nach den gesetzlichen Vorschriften das Recht, «angemessene Arbeit Personen fremder Nationalität in derselben Weise zuzu-weisen wie britischen Bürgern». Obwohl die Flüchtlinge ursprünglich nach England unter der Bedingung gekommen waren, keine gewinnbringende Arbeit zu verrichten, wurden allein in den ersten Monaten des Jahres 1940 an Deutsche und Österreicher 10'000 Ar-beitserlaubnisse ausgegeben (65% Frauen, 25% Männer und 10% Jugendliche). Der da-malige Arbeitsminister Ernest Bevin gab am 1. Oktober 1940 bekannt, dass er eine inter-nationale Abteilung seines Arbeitsamtes in London organisieren werde, und diese über das ganze Land verbreiteten Ämter für Fremde sollten bona fide Ausländer in Industrien und anderen Positionen unterbringen; denn, wie Bevin ausführte: «Gegenwärtig bin ich ausserordentlich knapp an geschulten Kräften, und indem ich ihr Können und ihre Fähig-keiten gebrauche, gebe ich zur selben Zeit Engländern Arbeit.» Bevin machte klar, dass er nichts mit den Internierten zu tun habe, aber sofort nach Entlassung seien die Internier-ten natürlich für ihn die willkommene Reserve, die England notwendig brauchte; denn nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch musste sich die Insel gegen den Feind mobilisieren.

Es ergab sich, dass diese Registrierung der Arbeitswilligen «sich auszahlte», denn bereits nach kurzer Zeit arbeiteten 82,5% der Männer und 60% der Frauen. Am 13. Juli 1941 berichtete die «New York Times», dass 25'000 Deutsche, Italiener, Franzosen, Belgier, Holländer, Tschechoslowaken, Norweger, Polen und Österreicher (Männer im Alter von

16-65 Jahren, Frauen von 16-50) ihre Pflicht im Kriege für England tun, dessen Gastfreundschaft sie sich erfreuen. Tausende arbeiteten bereits in wichtigen Stellen, andere wurden ausgebildet, abgesehen von den qualifizierten Flüchtlingen an den Radiomikrofonen, in den Forschungsstätten und an den Redaktionstischen. Je mehr internierte Flüchtlinge entlassen wurden, desto mehr wurden von der Gesamtmobilisierung erfasst. Je besser sie die Sprache beherrschten, desto mehr öffneten sich Positionen, die dem beruflichen Hintergrund des Flüchtlings entsprachen. Mit der Zeit wurden zum Beispiel 1'300 Ärzte und Dentisten angestellt.

Das «Bulletin from Britain»³², stellte fest: «Als Hitler alle jene, die mit ihm nicht einverstanden waren, vertrieb, war unter ihnen ein hoher Prozentsatz von Männern, die sich rächen konnten, indem sie der alliierten Sache halfen.» Die Dienste der «freundlichen Ausländer» könne man in allen Zweigen der britischen Kriegsmaschinerie finden. Wissenschaftler arbeiteten in Kriegslaboratorien, mehr als 600 Ärzte waren in der Armee und Flotte tätig. Tausende andere von den insgesamt 70'000 «Feinden» standen im Schützengraben der englischen Fabriken, und eine Umfrage zeigte, dass nur 5 Prozent der Flüchtlinge unter vierzig Jahren keine Anstellung gefunden haben. Die Frauen dieser Männer trugen Khakiuniform oder die blaue der Flotte und taten Dienst als Chauffeure, Boten oder was sonst immer notwendig war. Hunderte von ihnen fuhren Ambulanzen, andere arbeiteten in den Krankenhäusern und nicht wenige Frauen in den Waffenfabriken. Das Pionierkorps, das sich hauptsächlich aus älteren Flüchtlingen zusammensetzte, hat geholfen, Schutt und Asche der Bombenschäden zu beseitigen, und das «Bulletin from Britain» kommt zu dem Schluss: Diese 70'000 Männer und Frauen, die in der Schlachtlinie stehen, beweisen täglich, wie gross der Irrtum Hitlers war, als er diese Männer und Frauen in die Arme Englands trieb.

Die deutschen Sozialdemokraten appellierten in ihrem Bulletin vom 14. Februar 1940 an die Flüchtlinge, sich dem Pionierkorps anzuschliessen. Solche Appelle wurden in Wort und Schrift immer wieder von den Verantwortlichen der Flüchtlingsgruppen gemacht. Nach dem New Yorker «Aufbau» vom 10. Januar 1941 hat der Kommandeur eines Pionierkorps in einer Radioansprache seine Pioniere, meist frühere Insassen deutscher Konzentrationslager, als «die glücklichsten und einsatzfähigsten Männer im Dienst bezeichnet. Es gibt keine besseren Arbeiter als die im Pionierkorps, denn diese Männer sind durch die Hölle der KZ's gegangen. Sie wurden unglaublichen Torturen unterworfen. Sie sind Entwürdigungen ausgesetzt worden, so entsetzlich, dass man sie kaum schildern kann. Im Pionierkorps haben diese Kameraden nicht nur ihre Freiheit wiedergewonnen, sondern, was noch wichtiger ist, ihre Selbstachtung. . . »

Dr. Cosmo Lang, Erzbischof von Canterbury, und Oberstleutnant Marquess of Reading besuchten das Kitchener Lager, wo damals Flüchtlinge interniert waren. Sie waren gekommen, um die Flüchtlinge als «Kameraden einer gemeinsamen Sache zu überzeugen, in das Pionierkorps einzutreten.» Viele zögerten, aber allmählich, wie es der Kunstkritiker

Alfred Werner in seinem Aufsatz «Refugees fight for the Allies»³³ schildert, transformierte sich das Lager von einem zivilen in ein militärisches und nahm in Frankreich an den Kämpfen teil. Im November 1940 waren 4'200 deutsche und österreichische Flüchtlinge damit beschäftigt, den Schutt zu beseitigen, den der Luftblitzkrieg der Stukas in London verursacht hatte. Die englischen Militärbehörden waren ihren «fremden» Soldaten für die ausserordentliche Qualität ihrer Dienste so dankbar, dass zum ersten Mal in der englischen Geschichte einem Flüchtling ein hohes Amt gegeben worden ist – einem Mann, der Hervorragendes bei der Evakuierung von Dünkirchen geleistet hatte. Er, der Fremde, wurde nach entsprechender Ausbildung Leutnant in der britischen Armee. Ähnliche Lobeshymnen auf die Flüchtlinge ertönten im Unterhaus, als Oberst Arthur Evans, der den Distrikt Cardiff South vertrat, von den zwei Kompagnien, 600 Mann stark und aus Flüchtlingen bestehend, sprach. Diese gehörten meist freien Berufen an und waren nicht bewaffnet. «Aber im Hinblick auf die heikle Lage entschied ich, sie einzusetzen, und ich bin stolz, sagen zu können, dass sie ihre Pflichten in der besten Tradition der britischen Armee erfüllten.»

So entschied die Regierung am 3. Juli 1942, Ausländer, die Mitglieder militärischer Einheiten sind, oder solche, die in Ehren entlassen worden sind, «nicht im Sinne der Fremdenverordnung als Ausländer» anzusehen. Am 18. Januar 1943 wurde jedes «ausländische Mitglied» der militärischen Einheiten, das vom aktiven Militärdienst entlassen worden war, von den Vorschriften, die sich auf Ausländer beziehen, ausgenommen; abgesehen von den allgemeinen Arbeitsbedingungen, die durch den Arbeitsminister bestimmt wurden.³⁴

England hat nach Ausbruch des Krieges Flüchtlinge aufgenommen. Während der Jahre 1941/1942 sind 63'000 nach England gekommen. Diese Ziffer schliesst nicht die grosse Anzahl der englischen Flüchtlinge vom Kanal und Gibraltar ein. Noch im Jahre 1943 kamen 4'000 Flüchtlinge, darunter 192 Juden.

Dieses allgemeine positive Bild für Grossbritannien wird durch die Palästina-Politik und Englands Haltung auf der Bermuda-Konferenz überschattet.

Dänemark

Das kleine Dänemark hatte 2'000 politische Flüchtlinge und 2-3'000 jüdische Flüchtlinge aufgenommen und dank der demokratischen Haltung dieses Landes sie mit Verständnis und Sympathie behandelt und ihnen geholfen, sich einzuleben. Dänemark war ausser Finnland das einzige Land, welches aufgrund der Haltung seines Königs und seiner Be-

33 In: «The National Jewish Monthly». April 1942

34 Ich bin mir durchaus bewusst, dass ein Teil der deutschen Öffentlichkeit die aktive Teilnahme der Flüchtlinge aus Deutschland am Kriege gegen Hitler-Deutschland missbilligt, ja dass Behauptungen aufgestellt werden, «deutsche Flüchtlinge haben gegen Deutschland gekämpft». Weder Adolf Hitler noch sein Verbrecherregime hat jemals das wahre Deutschland repräsentiert. Wenn ein gewisser Teil des deutschen Volkes Hitler folgte, entbindet dies nicht diejenigen, die an «das andere Deutschland» glaubten, alles zu tun, das Verbrecherregime zu Fall zu bringen, damit das deutsche Volk, des Giftes und der Verbrecher entledigt, wieder in Freiheit und Selbstwürde seine Geschicke meistern könne.

völkerung bis Oktober 1943 von der Judenverfolgung verschont geblieben war. Das änderte sich nach dem Berliner Diktat, trotz der Warnungen des militärischen Kommandeurs und des politischen Repräsentanten, als die Deutschen der verfassungsmässigen Regierung Dänemarks ihre Machtbefugnisse von einem Tag zum andern nahmen und den König internierten. Die Rettung der grossen Mehrheit der Juden durch das dänische Volk bleibt einer der grossen Lichtblicke in der tragischen Zeit der Tränen, des Leids, der Verfolgungen und Qualen. Die Geschichte der Rettung der Juden in kleinen und grossen Booten und Schiffen ist in vielen Büchern dargestellt worden. Nicht alle Boote erreichten das gastliche Schweden; vierhundert Juden glaubten nicht, dass die drohende Deportation Wirklichkeit werden könne und wurden mit ihrem Rabbiner Friedsam nach Theresienstadt deportiert.

In Dänemark lebten und wirkten ein Sohn Rudolf Breitscheids, das SPD-Mitglied Kurt Heinig, Fritz Tarnow, der Gewerkschaftler, eine Reihe von Pazifisten, wie Dr. Arnold Kalisch und seine Frau. Die grossartige Rettung der Juden in Dänemark war durch einen Beamten im Schiffahrtsbüro der deutschen Botschaft möglich gemacht worden. Heute ist dieser Mann, Georg Ferdinand Duckwitz, Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

Norwegen

Nach Norwegen waren 2'000 meist politische Flüchtlinge gekommen, die insbesondere in den kritischen Münchener Tagen des September 1938 aufgrund eingereicherter Listen von diesem Lande aufgenommen wurden. Genau wie Dänemark wurde auch Norwegen von den deutschen Armeen angegriffen, und das relativ normale Leben der Flüchtlinge, die weitgehend von den Arbeiterorganisationen unterstützt wurden, änderte sich von einem Tag zum andern, genau wie das Leben der gesamten norwegischen Bevölkerung.

Norwegen hat im Kampfe gegen Hitler 1936 eine besonders glorreiche Rolle gespielt, als das Friedensnobelpreis-Komitee des Storting dem deutschen Pazifisten Carl von Ossietzky, einem Gefangenen der Gestapo, den Friedensnobelpreis verlieh. In dieser Kampagne hat Willy Brandt in Oslo als Verbindungsmann zu Ossietzkys Freunden in London, Prag und Paris eine wichtige Rolle gespielt. Bekanntlich hat die Verleihung des Friedensnobelpreises an Ossietzky die Hitlermeute so erregt, dass Adolf Hitler nicht nur am 31. Januar 1937 allen Deutschen verbot, irgendeinen Nobelpreis anzunehmen, sondern Norwegen galt als besonders hassenswerter Feind, weil es den «Emigranten-Untermenschen» Asyl und Existenz und vor allem Betätigungsmöglichkeiten gegen das Diktaturregime gegeben hatte. Es gab daher für die politischen Emigranten keine andere Alternative, als nach Schweden zu fliehen, und diese Flucht war abenteuerlich und gefährlich.

Unter den politischen Flüchtlingen in Norwegen befand sich der grosse Zeichner des Vor-Hitler-Simplicissimus, Th. Th. Heine. In einem Brief vom 12. April 1945 aus Stockholm an Franz Schönberner, den letzten Chefredakteur des satirischen Blattes, hat Heine jene

Ereignisse nicht ohne Humor geschildert. Ich bin Franz Schoenberger zu Dank verpflichtet, mir dieses wichtige Dokument zum Abdruck in diesem Buche zur Verfügung gestellt zu haben.³⁵

Italien

Das dritte durch direkte Kriegseinwirkung berührte Land war Italien, das trotz Mussolini einigen tausend Flüchtlingen Zuflucht gewährt hat. Für viele war Italien ein Transitland, um von seinen Häfen aus, vor allem von Genua, ein Überseeland zu erreichen. Die Hilfskomitees für Flüchtlinge hatten von 1933-1939 ihre Schützlinge nach Genua geschickt, weil die Passagepreise der italienischen Schifffahrtslinien niedriger waren als die ihrer französischen oder deutschen Konkurrenten.

Der Druck der «neuen Herren Europas», sich in der Behandlung der Juden gleichzuschalten, nahm in Rom, beginnend 1937, von Woche zu Woche zu, bis am 1. September 1938 die italienische Regierung 14'000 Juden, davon 5'000 Flüchtlinge und 9'000 aus dem Osten, mit Ausweisung bedrohte. Neuntausend von ihnen verliessen Italien «freiwillig», während die anderen fieberhafte Anstrengungen machten, Überseeauswanderungsmöglichkeiten zu finden. Als der Führer 1938 Mussolini einen Besuch abstattete, wurden tausende Flüchtlinge «zur Sicherheit des Führers» eingesperrt, unter ihnen z.B. der spätere stellvertretende Ankläger der Vereinigten Staaten in Nürnberg, Dr. Robert M.W. Kempner.

Dreieinhalbtausend Flüchtlinge blieben trotz der Ausweisungsverfügung in Italien, und nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kamen, vor allem aus Südfrankreich, weitere Tausende hinzu, die von der italienischen Regierung in Lagern interniert wurden. Ihre Situation war, gemessen an den KZ-Häftlingen, besser. Aber je länger der Krieg dauerte und je mehr Italien Kriegsschauplatz wurde, desto mehr verschlimmerte sich ihre Lage. Die Lebensmittelversorgung stockte. Aus dem italienisch besetzten Jugoslawien kam eine Anzahl Flüchtlinge nach Italien. Soweit die Flüchtlinge im Süden Italiens interniert wurden, wurden sie von den Alliierten 1943 befreit, wie z.B. 2'000 Flüchtlinge, die sich im Lager Ferramonte di Tarsio in der Provinz Cosenza befanden. Die Flüchtlinge im besetzten Italien wurden verhaftet und in die Vernichtungslager deportiert. Das «New York World Telegram» vom 6. Januar 1944 meldete 25'000 Verhaftungen. Aus späteren Statistiken wissen wir, dass 15'000 italienische Juden (26,3%) vernichtet wurden. Die Verluste der österreichischen, deutschen und tschechoslowakischen Flüchtlinge sind in den Gesamtverlusten von 190'000 (Deutschland), 65'000 (Österreich) und 260'000 (Tschechoslowakei) enthalten. Der einzige offenstehende Fluchtweg war der nach der Schweiz.

35 s. Anh., Dokument 18

Jugoslawien

Die Lage der Flüchtlinge in Jugoslawien, etwa 7'000, darunter 1'000 auf dem Wege nach Palästina Gestrandete, ist bis 1938 bereits beschrieben worden.^{35a} Auch hier änderte der Kriegsausbruch die Situation der Unglücklichen. Die einzige Rettung war der italienisch besetzte Teil Jugoslawiens. Die anderen Flüchtlinge fielen nach und nach, bis auf einige Ausnahmen, der unerbittlichen Verfolgungsmaschine der Nazis in die Hände. Jugoslawien selbst verlor in den Vernichtungslagern 55'000 von seinen 75'000 Juden.

Ungarn

Das Schicksal der wenigen, meist jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland und Polen in Ungarn muss in der Perspektive der Vernichtung fast des gesamten ungarischen Judentums gesehen werden. Einige Flüchtlinge überlebten. In Budapest kam der Münchner Journalist Werner Abel ums Leben, der Hitler Anfang der dreissiger Jahre beschuldigte, von den Italienern finanziert worden zu sein. Seine Ermordung bewies, wie so oft, dass die Nazihierarchie ein gutes Gedächtnis und einen langen, rächenden Arm hatte.

Portugal und Spanien

Von den verbleibenden neutralen europäischen Ländern müssen noch Portugal und Spanien erwähnt werden. Portugal nahm nach Frankreichs Zusammenbruch 15'000 jüdische Flüchtlinge und einige Hundert andere auf, aber unter der Bedingung, dass sie so bald wie möglich in das endgültige Auswanderungsland ausreisen würden. Da keiner der Flüchtlinge den Wunsch hatte, in Lissabon zu bleiben, obwohl dort eine Anzahl Dauerflüchtlinge lebten und der Jüdische Weltkongress wegen der Wichtigkeit Lissabons als Umschlagplatz einen ständigen Vertreter dort hatte, reduzierte sich die Zahl der Flüchtlinge auf weniger als 2'000. Abgesehen von den Flüchtlingen aus Frankreich kam eine grosse Anzahl aus Deutschland und Österreich und dem Protektorat Böhmen und Mähren, wie auch aus Italien; Lissabon war bis zum 3. November 1941 der Hauptausgangshafen der Flüchtlinge geworden. Die Zahl der Transitflüchtlinge von Juni 1940 bis Ende Mai 1941 betrug 40'000. Dann begann die portugiesische Regierung, obwohl sie wie auch ihre Schifffahrtslinien astronomische Profite einheimsten, ein «strengeres Regime». Wer nicht innerhalb einer gesetzten Frist ausreiste, wurde verhaftet. Siebenhundert Flüchtlinge mussten in einem ihnen zugewiesenen Gebiet Zwangsaufenthalt nehmen. Im Juni 1941 befanden sich mehr als 400 Flüchtlinge in Portugal.

35a Vgl. oben. S. 21 f.

Was den finanziellen Nutzen anlangt, den diese Flüchtlingsbewegung Portugal (und auch einem Teil Spaniens) gebracht hatte, so geben die folgenden Ziffern darüber ein Bild: 55'000 Überseepassagen, die durchschnittlich \$ 300 pro Person kosteten; Visakosten, Einschiffungsgebühr (ganz zu schweigen von den Bestechungsgeldern) pro Person etwa \$ 20 plus Ausgaben für Lebensmittel, Hotel und Gebrauchsgegenstände für 55'000 Personen, die sich mindestens einen Monat lang in Lissabon aufhielten. Dazu kommen die Einnahmen der Post für die Tausende von Briefen und Telegrammen, die von Lissabon damals in die ganze Welt geschickt wurden.

Das republikanische Spanien hatte etwa 3'000 Flüchtlinge, in der Mehrzahl Juden, Asyl gewährt, die von zwei Flüchtlingskomitees in Barcelona und Madrid unterstützt wurden. Nachdem Franco zur Macht gelangt war, änderte sich die spanische Politik vollkommen. Keine Juden wurden in Spanien zugelassen. Tausend Flüchtlinge, die das Land in den ersten Monaten des zweiten Weltkrieges ohne spanisches Transitvisum betreten hatten, wurden unter den schlimmsten Bedingungen in Gefängnissen und Lagern gehalten.

Nach der Besetzung des gesamten Frankreich im November 1942 durch die Deutschen flohen 12'000 Flüchtlinge dennoch nach Spanien. Sie wurden hereingelassen, gleichgültig ob sie spanische Visen hatten oder nicht. Ein grosser Teil derjenigen ohne Visum wurde für einige Zeit ins Gefängnis gesperrt, aber später entlassen. Soweit es sich um Bürger der alliierten Nationen handelte, sorgten diese für sie, während die Staatenlosen durch jüdische Organisationen über die zugelassenen Quäker unterstützt wurden. Nach und nach gingen die meisten Flüchtlinge nach Elizabethville im französischen Nordafrika, andere nach Palästina, in die Vereinigten Staaten und sonstige Länder. In gewissem Sinne war Spanien eines der wenigen Länder, wo die Geheztzten eine Chance hatten zu überleben, wiewohl sie in den Lagern viele Entbehrungen zu erleiden hatten.»

Schweiz

Die Schweiz war lange Zeit hindurch ein Asylland für alle, die um ihres Glaubens, um ihrer Meinung willen verfolgt wurden. Das hat sich nicht schlecht gelohnt. Ein Teil der heutigen Schweizer Industrien ist nur Flüchtlingen zu verdanken: Seiden- und Uhrenindustrie führten die verjagten Hugenotten ein, in Genf, in der Waadt, in Neuenburg. Viele Patrizierfamilien in Genf führen ihren Ursprung auf Hugenottenfamilien zurück. Und in der deutschen Schweiz? Das Schweizer Bürgertum wusste seinerzeit sehr gut deutsche Flüchtlinge für seine eigenen Belange zu verwenden.

Vor Ausbruch des Krieges lebten in der Schweiz 7'100 Flüchtlinge (September 1939). Bis zum 31. Juli 1942 kamen rund 1'200 weitere Flüchtlinge hinzu, aber bis zum 31. Dezember desselben Jahres stieg die Zahl der Zivilflüchtlinge auf 18'000. 1943 wurden von Januar bis Juli 4'733 Flüchtlinge aufgenommen und von August bis Dezember 8'719. In derselben Periode war der Andrang der Militärflüchtlinge besonders gross und wuchs, je mehr sich die militärische Lage Hitlers verschlechterte.

Was die Zivilflüchtlinge (jüdische und politische) anbetrifft, so wurden in der ersten Hälfte von 1944 5'763 von ihnen neu aufgenommen, und am 1. Dezember 1944 beherbergte die Schweiz 103'162 Militär- und Zivilflüchtlinge, deren Zahl bis zum 8. Mai 1945, dem Tage des Waffenstillstands, auf 115'000 stieg.

Die Schweiz hat für kürzere oder längere Zeit, hauptsächlich während des Krieges, 295'381 Flüchtlinge beherbergt; davon 103'869 Internierte, bestehend aus entwichenen Kriegsgefangenen, Deserteuren und Hospitalisierten. 55'018 waren Zivilflüchtlinge im engeren Sinne, 9'909 Emigranten; 251 politische Flüchtlinge und 59'785 vom Vorbildlichen Schweizerischen Hilfswerk für Emigrantenkinder und vom Schweizerischen Roten Kreuz (Kinderhilfe) betreute ausländische Kinder, die entweder zu einem mehrmonatigen Erholungsaufenthalt in organisierten Transporten oder aus dem Kriegsgebiet flüchtend in die Schweiz gekommen waren. Des Weiteren wurden, besonders als Italien militärisch zusammenbrach, 66'549 Grenzflüchtlinge gezählt, die jedoch zumeist nur für kurze Zeit in der Schweiz Zuflucht nahmen. Von den 9'909 Emigranten waren 6'654 und von den 55'018 Zivilflüchtlingen 21'858 Juden.

Von den 64'927 Emigranten und Flüchtlingen waren 14'599 Italiener, 11'524 Franzosen, 10'109 Polen, 9'119 Deutsche, 3'655 Österreicher, 3'104 Russen, 2'401 Holländer, 2'013 Jugoslawen, 1'814 Ungarn, 1'718 Tschechoslowaken, 928 Rumänen, 920 Belgier, 687 Griechen, 599 Spanier, 347 Litauer, 220 Staatenlose und 44 weitere Nationalitäten mit weniger als 200, darunter z.B. 189 Engländer und 64 Nordamerikaner.

In der Schweiz lebten für kürzere oder längere Zeit eine Anzahl prominenter Persönlichkeiten der deutschen Emigration, von denen Emil Ludwig auf dem Friedhof in Ascona und Alexander Moissi in Morcote, zusammen mit anderen bekannten Persönlichkeiten zur letzten Ruhe bestattet wurden. Unter anderen führenden Männern und Frauen, die hier kürzeren oder längeren Aufenthalt nahmen, waren: Bert Brecht, Ernst Bloch, Alfred Döblin, Käte Dorsch, Rudolf Hilferding, Paul Hindemith, Thomas Mann und Familie, Kurt Tucholsky, sowie viele andere, die hier nicht alle namentlich erwähnt werden können.

Im Frankreich-Kapitel wurde mitgeteilt, dass Tausende von Flüchtlingen aus Frankreich die Schweiz als eine der rettenden Alternativen jener tragischen Jahre zu erreichen suchten..In dem Ludwig-Berichts¹⁵, vielleicht das wichtigste selbstkritische Nachkriegsdokument eines demokratischen Staates, heisst es: «Wieviele Flüchtlinge, die während des Krieges versucht haben, in unserem Lande Aufnahme zu finden, an der Grenze zurückgewiesen worden sind, lässt sich nicht genau feststellen, da eine vollständige Erfassung des Zustroms in gewissen Zeiten unmöglich war. Sehr viel grösser als die Zahl der formal Zurückgewiesenen selbst war jedenfalls die Zahl derer, die zufolge, der von der Schweiz ergriffenen Massnahmen bereits von dem Versuch abstanden, in unser Land zu gelangen. Wenn in dieser Hinsicht von vielen Tausenden gesprochen wird, so liegt darin sicherlich keine Übertreibung.»

36 «Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart». Berichte von Carl Ludwig, Eduard v. Steiger und vom Eidg. Justiz- und Polizeidepartement. Bern 1957.

Der Bundesrat hatte am 23. Juli 1954 Professor Dr. Carl Ludwig den Auftrag erteilt, «die Bundesversammlung und die Öffentlichkeit durch eine objektive, möglichst umfassende Darstellung über die Politik zu unterrichten, welche die schweizerischen Behörden in der Flüchtlingsfrage seit dem Jahre 1933 befolgt haben.» Der Ludwig-Bericht kommt nach einer sorgfältigen Untersuchung zu dem Ergebnis:³⁷

«Einerseits dürfen der Helferwille und die vom Bund zur Betreuung der Aufgenommenen erbrachten sehr erheblichen finanziellen Leistungen nicht übersehen werden und geht es, wie der gegenwärtige Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements bei der Beantwortung der Interpellation von Nationalrat Dr. Oprecht am 8. Juni 1954 sicherlich zutreffend erklärte, nicht an, Massnahmen der Landesregierung, die in einer kritischen Zeit unter den damals ganz besonders schwierigen Verhältnissen getroffen worden waren, aus der wesentlich einfacheren Situation der Gegenwart heraus zu beurteilen.

Auf der anderen Seite aber kann kein Zweifel darüber bestehen, dass eine weniger zurückhaltende Zulassungspolitik unzählige Verfolgte vor der Vernichtung bewahrt hätte.»³⁷

Beginnend mit dem 31. März 1933, als das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement Weisungen an die kantonalen Polizeidirektionen ergehen liess betreffend Juden, «die durch die Ereignisse in Deutschland zur Abwanderung veranlasst würden», bis 1944 wurden einschränkende Massnahmen gegen die Gefahr einer «Überfremdung» erlassen. Schon am 31. März 1933 hiess es in den Weisungen, dass «trotz der neuen Geschehnisse von der bisherigen fremdenpolizeilichen Praxis nicht abgewichen werden dürfe». Diese war und blieb restriktiv. Unter dem Druck der schweizerischen öffentlichen Meinung wurden bis zum Kriege 12'000 Flüchtlinge, meist vorübergehend, zur Weiterreise in ein Überseeland zugelassen, aber nur 5'000 konnten bis zum 1. Dezember 1939 ausreisen. Als dann militärische Flüchtlinge, Zivilflüchtlinge und Emigranten, d.h. Hitlerflüchtlinge – Juden und andere – in die Schweiz kamen, wurden durch Beschluss des Bundesrates vom 12. März 1940 Lager für die verschiedenen Flüchtlinge organisiert. Es gab:

- Sammellager: für neu eingetroffene Flüchtlinge. In diesen wurde über ihre Aufnahme oder Rückweisung entschieden, und eine Auslese von Militär- und Zivilflüchtlingen fand statt. Aufenthaltsdauer in diesen Lagern: einige Stunden bis drei Tage. Kontakte mit der Aussenwelt waren auf ein Minimum beschränkt.
- Quarantäne: Diese Lager dienten der medizinischen Untersuchung durch den Sanitätsdienst der Armee. Polizeiliche Investigierung der Fälle. Kein Kontakt mit der Zivilbevölkerung. Aufenthaltsdauer: 21 Tage.
- Auffanglager: Für Flüchtlinge, deren Verhältnisse in den beiden vorgenannten Lagern nicht genügend geklärt werden konnten. Aufenthaltsdauer: unbestimmte Zeit, in vielen Fällen einige Monate. Die Einrichtung der Lager liess zu wünschen übrig.
- Arbeitslager: Für Arbeitsdienst taugliche Flüchtlinge im Alter von 20 bis 60 Jahren.

³⁷ ebda., S. 372

Die im Männerlager Internierten arbeiteten im Strassenbau, in der Landwirtschaft oder Meliorationswesen.

Die im Frauenlager Untergebrachten wurden mit Hausarbeit, Flicken, Waschen und sonstigem beschäftigt.

Ausbildungslager: Für Jugendliche von 17 bis 19 Jahren, die auf einen Beruf vorbereitet wurden.

Nettie Sutro hat in ihrem Bericht, «Jugend auf der Flucht, 1933-1945»³⁸, zur Frage der Berufsausbildung Jugendlicher geschrieben:

«Endlich setzte sich die Erkenntnis durch, dass der unabsehbar lange Krieg, also das in der Schweiz Festgehaltensein, zu einer guten Berufsausbildung Zeit lasse . . . Nach Verhandlungen zwischen der eidgenössischen Polizeiabteilung, dem Emigrantenbüro und dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit wurde daher den Emigranten zwischen 15 und 21 Jahren eine Berufslehre im Handwerk oder in der Landwirtschaft gestattet . . . Um Missverständnissen vorzubeugen, hiess es: ‚Die Ausübung des Berufes in der Schweiz nach Abschluss der Lehrzeit kommt nicht in Frage.‘»

Über die Unterbringung der Flüchtlinge in Lagern³⁹ vermittelt die Zusammenstellung der Polizeiabteilung vom 17. Januar 1944 das folgende Bild:

In Arbeitslagern untergebracht	3 681
In Interniertenheimen untergebracht	4 028
In besonderen Lagern untergebracht	262
In Strafanstalten untergebracht	24
In Einzelarbeitseinsatz bei Bauern (Männer)	1 057
In Einzelarbeitseinsatz bei Bauern und in Haushaltungen (Frauen) ²²²	
In verschiedenen Kantonen mit Arbeitsbewilligung für Spezialberufe	81
In Universitätsstädten mit Bewilligung zum Studium	471
An Freiplätzen	754
Kinder in Familien und Kinderheimen	1 950
Durch die Polizeiabteilung bei Verwandten oder in Hotels und Pensionen unter gebracht	2 505
In militärischen Quarantäne- und Auffanglagern	5 612
Mit zugewiesenem Aufenthaltsort unter militärischer Kontrolle und unter Einschränkung der Bewegungsfreiheit	1 809

Die Lager waren «aus der Not der Zeit» heraus geboren, und die Zentralstelle der Flüchtlingsorganisationen hatte im Interesse der besseren Versorgung, vor allen Dingen aber um soviel Bedrohte wie möglich in die Schweiz zu retten, diesen «Notausgang» vorgeschlagen. «Die Flüchtlinge störten das Landschaftsbild», wie ein nordwestschweizerischer Städtiekanton es ausdrückte. In vielen Orten war den Flüchtlingen das Betreten der Kuranlagen, der Cafés verboten und selbstverständlich aufs Schärfste jegliche Arbeitsausübung. Der bekannte Schriftsteller Robert Jungk wurde, weil er arbeitete, ins Gefängnis

38 Sutro, a.a.O., S. 127

39 Tartakower und Grossmann, a.a.O., S. 591-595, enthält eine Liste sämtlicher Schweizer Lager und Heime für Emigranten und Internierte.

gesperrt. Was Journalisten und Schriftsteller anbetrifft, so wachte der Schweizerische Schriftstellerbund eifersüchtig über seine Interessen.

Mit der Organisation und Verwaltung der Lager wurde die Geschäftsstelle des Freiwilligen Arbeitsdienstes unter Ingenieur Otto Zaugg beauftragt, aber die Einweisung der Flüchtlinge in die Lager war Sache der eidgenössischen Polizeiabteilung. In dem lesenswerten Buche über diese Periode von Alfred A. Häslers⁴⁰ heisst es:

«Die Aufgabe war alles andere als leicht. Selbst wenn man darauf vorbereitet gewesen wäre, Tausende von Flüchtlingen für längere Zeit in Lagern unterzubringen, selbst wenn man sie mit offenen Armen und voller Sympathie empfangen hätte, wären die Probleme mannigfach und schwierig gewesen. Wo Menschen, die sich vorher nicht kannten, die aus verschiedenen Ländern, verschiedenen Gesellschaftskreisen, verschiedenen Milieus kamen, die verschiedenen Religionen, Konfessionen und Nationalitäten angehörten, die verschiedene Sprachen redeten, plötzlich unter einem Dach wohnen, am gleichen Tisch essen müssen, da wird es meist schwer, sie zu wirklichen Gemeinschaften zusammenzufassen.»

Da, wo die Lagerleiter, wie Oberleutnant Girard in Saconnex und Monachon Varembe menschliches Verständnis und Mitgefühl für die Lage der Flüchtlinge hatten, da, wo sie an die Vernunft der Internierten appellierten, war die Disziplin gut und das Lagerleben erträglich, «viel guter Wille, viel Hingabe investiert». Es gab aber genug Schweizer Lagerleiter, wie z.B. Hauptmann O. im Lager Champei, der aus seinem Antisemitismus keinen Hehl machte. Er legte die berüchtigte französische antisemitische Zeitung «Gringoire» als Lagerlektüre aus. Seine Strafen, wie Essensentzug für winzige Übertretungen der Lagerordnung, waren gefürchtet. Eine jüdische Mutter, die sich «unerlaubterweise dem Stacheldrahtzaun des Lagers genähert hatte, lediglich um mit ihrem Sohn, den sie für Wochen nicht gesehen hatte, einige Worte zu sprechen», wurde für fünf Tage ins Gefängnis St. Antoine in Genf eingeliefert!⁴¹ Da war der Hauptmann R. im Lager Charmilles, der mit antisemitischen Beschimpfungen nicht sparte. Seine Strafmassnahmen waren hart und willkürlich. Kleinen jüdischen Kindern drohte er mit der Reitpeitsche ... Hier «wütete» auch der Brigadier P. von der Lagerpolizei, der die Juden mit donnernder Stimme anklagte, sie seien an der Revolution und dem Kriege schuld, und man wisse in der Schweiz, was man von ihnen zu erwarten habe.

Es gab Lager, die vorzüglich geführt waren, und andere, die eine Hölle waren. Ein besonders tragischer Fall war der eines 1944 geflüchteten 16jährigen jüdischen Jungen. Als er über die Schweizer Grenze kam, wurde er von den Grenzwächtern angehalten und gab sein Alter um zehn Tage zu niedrig an, weil er damit der Rückstellung über die Grenze und dem sicheren Tode entging. Er wurde in ein jüdisches Erziehungsheim untergebracht, und dort gab er freiwillig an, dass er aus Todesangst «geschwindelt» habe. Die «National Zeitung», Basel, die diesen Fall wie hunderte andere berichtete, schrieb:

40 Alfred A. Häslers, «Das Boot ist voll. Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945». Zürich 1967, S. 254
41 ebda., S. 255-256

«Ein feiner Bub, wird jeder Erzieher sagen und sich solches Wahrheitsgefühl bei allen Zöglingen wünschen. Vielmehr erhielt der ‚feine Bub‘ vom eidgenössischen Justiz- und Polizei-Departement die Mitteilung, dass er zur Strafe für dieses (todeswürdige) ‚Verbrechen‘ in ein Arbeitslager eingewiesen sei und zwei Monate Urlaubssperre erhalte. Von der strengeren Massnahme der Rückstellung (d.h. Auslieferung in den Tod) habe man nur wegen seines jugendlichen Alters Abstand genommen.»

Die äusserst bemerkenswerte Verfügung des Justiz- und Polizeidepartements schliesst: «Wir hoffen, dass Sie durch Ihre Arbeit wie durch Ihr Verhalten sich bemühen werden, die Milde und Gastfreundschaft zu verdienen, welche die Schweiz Ihnen erweist, obgleich Ihr Alter die Rückstellung gerechtfertigt hätte.»

Erst im Februar 1944 wurde eine Sachverständigen-Kommission für Flüchtlinge geschaffen, in der hervorragende Männer und Frauen der Schweiz vertreten waren. Endlich, am Ende desselben Jahres, wurde den Flüchtlingen ein Mitspracherecht in den Fragen, die sie betrafen, eingeräumt.⁴²

Die Schweizer Politiker, insbesondere Bundesrat Eduard von Steiger, haben immer wieder behauptet, ihnen sei der Umfang der Judenverfolgungen nicht bekannt gewesen; die Juden wurden nicht als politische Flüchtlinge betrachtet, und immer wieder hat der Polizeidirektor, Dr. Heinrich Rothmund, ihre Nichtzulassung verfügt. Noch in seiner Stellungnahme zum Bericht von Professor Dr. Carl Ludwig hat Bundesrat von Steiger erklärt:

«Brauchte ich fünf Jahre nach den Ereignissen des August 1942, am 12. November 1947, von der Sachverständigenkommission für Flüchtlingsfragen den Satz: ‚Wenn man von Vornherein gewusst hätte, was sich drüben im Reich abgespielt hat, hätte man vermutlich den Rahmen des Möglichen noch anders gespannt‘, so wollte ich damit sagen, ‚wenn man zum Vornherein *sicher* gewusst hätte...‘ was der Protokollführer bestätigt. Beweise hatte ich 1942 nicht.

Am 16. September 1946 war ich mit dem Attorney General des Nürnberger Gerichts, Thomas Dodd, und zweien seiner Begleiter beim amerikanischen Gesandten eingeladen und konnte mich nun eingehend mit ihm über alle diese Fragen und Beweise unterhalten. Es ist klar, dass mein Überblick am 12. November 1947 ein anderer war als 1942, ganz abgesehen von allen Materialien, welche nach dem Waffenstillstand zu uns gelangt sind. *Das* wollte ich zum Ausdruck bringen.»⁴³

Im Jahre 1942 und den folgenden betrachteten die leitenden Schweizer Politiker selbst die Erklärung der Alliierten vom 17. Dezember 1942, die das erste Mal amtlich der Welt von den Judenverfolgungen Kenntnis gab, die Weissbücher der britischen Regierung zu diesem Thema, die der polnischen und tschechoslowakischen Exilregierungen und der ausgezeichneten Berichterstattung einer der besten deutschsprachigen Zeitungen der Welt, die «Neue Zürcher Zeitung», als «Greuelpropaganda». Weder für Herrn Eduard von Steiger noch für Heinrich Rothmund und die anderen Herren hätte es eine Schwierigkeit gegeben, sich exakte Unterlagen zu beschaffen, denn in Genf hatte der Jüdische Weltkon-

42 ebda., S. 266

43 «Die Flüchtlingspolitik der Schweiz . . .», S. 400

gress unter Gerhard Riegner ein Büro. Im Sommer 1942 wurde Riegner von einem deutschen Industriellen besucht, der die Beweise der geplanten Massenvernichtung brachte, die im Osten Europas zu der Zeit schon begonnen hatte und der in der ersten Etappe 700'000 Menschen zum Opfer gefallen waren.⁴

Die Einstellung der Schweizer Justiz- und Polizei-Departements aber war, sich dem als Folge der militärischen und politischen Verhältnisse in Europa noch ansteigenden Zustrom von Flüchtlingen zu erwehren. In dem Bericht eines Mitarbeiters von Dr. Rothmund heisst es: «Die Ernährungslage der Schweiz, die Schwierigkeit für die Weiterwanderung der Flüchtlinge, die grosse Zahl der allenfalls noch zu erwartenden Flüchtlinge, gewisse aussenpolitische Erwägungen, Gründe der inneren Sicherheit und die Schwierigkeiten in der Unterbringung von Flüchtlingen lassen grosse Zurückhaltung bei der Aufnahme von Flüchtlingen geboten erscheinen.» Rothmund gab den Bericht seines Mitarbeiters an seinen neuen Departementchef, Bundesrat von Steiger, weiter. Die Entwicklung in Frankreich lasse befürchten, dass auch die französischen Juden im besetzten Gebiet versuchen werden, sich den sie bedrohenden Massnahmen der Verschickung [also er wusste es!] durch die Flucht in die Schweiz zu entziehen. Rothmund fragt in seinem Begleitbrief an Herrn von Steiger: «Was sollen wir tun? Fahnenflüchtige nehmen wir bei uns auf, entwichene Kriegsgefangene im Grossen und Ganzen ebenfalls ... Politische Flüchtlinge im Sinne des Bundesratsbeschlusses von 1933 weisen wir ebenfalls nicht zurück. Dieser Beschluss ist jedoch heute fast zur Farce geworden, denn jeder Flüchtling ist schon wegen der Flucht in Todesgefahr ... Rückweisung nur der Juden? Dies drängt sich fast auf.»

Dr. Heinrich Rothmund hatte als Erster den Gedanken der Rückweisung in die Debatte geworfen; er soll es auch gewesen sein, der mit dem früheren Staatssekretär Dr. Hans Globke die Kenntlichmachung der Pässe von Juden mit dem berüchtigten «J» anregte. Es begann mit Rothmunds Vorschlag am 22. August 1938, dass Juden und andere Flüchtlinge zum Grenzübertritt nach der Schweiz den Sichtvermerk eines Schweizer Konsulates brauchten. Die Berliner Behörden aber waren gegen die Wiedereinführung eines Visums, weil die ungehinderte Einreise ihrer Nachrichtenagenten in die Schweiz für sie wichtig war. So wurden verschiedene Vorschläge zwischen Bern und Berlin bzw. den Botschaftern der beiden Länder besprochen, bis die Idee des «J» für Pässe der Nichtarier sich ergab. Am 17. September 1938 kam es zu einer Konferenz zwischen Dr. Rothmund und Dr. Globke, der sich «zufällig» in Bern aufhielt. Die Verhandlungen zwischen Rothmund und den Deutschen wurden vom 27. bis 29. September 1938 in Berlin fortgesetzt. Ein Protokoll über das Ergebnis der Verhandlungen besagte, dass die deutsche Regierung dafür Sorge tragen wird, dass alle Pässe von reichsangehörigen Juden «... beschleunigt mit einem Merkmal versehen werden, das den Inhaber als einen Juden kennzeichnet». Das führte dann zu dem mitgeteilten Bundesratsbeschluss vom 4. Oktober 1938.

1942 fragte Dr. Rothmund, ob nicht die Zeit gekommen wäre, an den von den Flüchtlingen

44 Vgl. die Zeugenaussage von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger im Prozess gegen von Hahn in Bonn am 4. Juli 1968, wo sich Kiesinger ähnlicher nicht überzeugender Argumente bediente.

den benutzten Grenzabschnitten verstärkten Grenzschutz einzusetzen, um «jeden Grenzübertritt, zunächst ohne Rücksicht auf die Personen», zu verhindern. Am 4. August 1942 beschloss der Bundesrat, den Art. 9 des Bundesratsbeschlusses vom 17. Oktober 1939, wonach die Kantone verpflichtet sind, Ausländer, die rechtswidrig in die Schweiz kommen, «ohne Weiteres» wieder in das Land, aus dem sie gekommen sind, abzuschieben, erneut strenger anzuwenden. Das gelte für ausländische Zivilflüchtlinge, «auch wenn den davon betroffenen Ausländern daraus ernsthafte Nachteile (Gefahr für Leib und Leben) erwachsen können».

Wenige Tage später, am 8. August 1942, machten Dr. Rothmund und seine engsten Mitarbeiter eine Inspektionstour entlang der Grenzen vom Jura bis Le Vervières und «stellten überall dasselbe fest: durch Wälder und tiefe Einschnitte vollkommen unübersichtliche Grenze, Ansammlung von Juden verschiedener Nationalitäten im französischen Jura, ungenügende Kontrolle an der belgisch-französischen Grenze und im besetzten Frankreich...» Die Grenzsoldaten sollen Rothmund beruhigt haben: den Zurückgewiesenen geschehe nichts. Worauf sie ihr Wissen stützen, wird indessen nicht verraten. Am 13. August 1942 liess Dr. Rothmund aufgrund des Bundesratsbeschlusses vom 4. August 1942 die Grenzen vollständig sperren. In dem vertraulichen Rundbrief an die Polizeidirektionen der Kantone und die kantonalen Polizeikommandos stand der verhängnisvolle Satz: «Flüchtlinge nur aus Rassegründen, z.B. Juden, gelten *nicht* als politische Flüchtlinge.» Dieser 13. August 1942, so urteilt Alfred A. Häsler, «ist ein schwarzer Tag» in der Geschichte des schweizerischen Asylrechts. Was damals geschah, war der Kulminationspunkt eines Weges, der bereits viel früher eingeschlagen worden war.^{45a}

Die Rothmund-Politik, die mit der Schliessung der Grenzen am 13. August 1942 ihren Höhepunkt erreichte, führte zu vielen Tragödien, so die des evangelischen Dichters Jochen Klepper und seiner Familie. Jochen Klepper gehörte zu den bedeutendsten religiösen Dichtern seiner Zeit. Er heiratete 1930 die verwitwete Johanna Stein geb. Gerstel, die ihre beiden Töchter Brigitte und Renate in die Ehe brachte. Sie war Jüdin, trat aber zum Christentum über.

Als die Nazis zur Macht kamen, war die Ehe gefährdet. Ausserdem war Klepper Mitglied der SPD und gehörte zum Kreise der religiösen Sozialisten. Die Kleppers wollten in die Schweiz. Aus seinem Tagebuch gehen die Ängste und Sorgen der Familie hervor. «Mit der Einreisegenehmigung ist's fürchterlich. Gegenwärtig verhandelt Dessoir (ein Anwalt) für Renate mit einem Neffen, der Sekretär beim Bundesrat ist. Der aber will grundsätzlich die Schweiz vor aller Überfremdung schützen», schreibt er unter dem Datum des 20. Januar 1940. Klepper hatte Beziehungen; den Schweizer Minister Carl J. Burckhardt, der sich zunächst für Kleppers Tochter beim Bundesrat verwenden will. Am 19. März 1940 kommt die Nachricht: «Bewilligung so gut wie ausgeschlossen.» Alle Illusionen, alle Träume zerstoben! Selbstmordgedanken tauchen im Tagebuch auf. Jochen Klepper wendet sich an Pastor Adolf Freudenberg in Genf, der bittet den Schweizer Pfarrer Paul Vogt

45 Hervorhebung vom Verf.

45a Zur Schilderung dieser Vorgänge vgl. Häsler, a.a.O., S. 38 ff.

um Mithilfe. Vogt setzt sich sofort in Bewegung. «Unmöglich! Ausgeschlossen! Da könnte ja jeder kommen ...», schnauzt ein Beamter der Fremdenpolizei in Zürich den gütigen Pfarrer an. Am 25. November 1942 vertraut Klepper seinem Tagebuch an, als die Familie die Flucht in die Schweiz erörtert: «Wir wissen, dass auch das längst Utopie ist. Es ist nun so gekommen, dass man lebt, von Angst und Schrecken gepeinigt, und die Frage nach allem, was das Leben eines Mannes lebenswert macht, für einen verstummt.»

Die Gefahr wächst von Tag zu Tag. Am 2. Dezember 1942 schreibt Jochen Klepper: «Der Untergang des Judentums in Deutschland ist nun wohl aber auch schon nach den Tatsachen in sein letztes Stadium getreten .. .»⁴⁶ Die Eintragungen in das Tagebuch werden immer sorgenvoller. «Gott weiss, dass ich es nicht ertragen kann, Hanni und das Kind in diese grausame und grausigste aller Deportationen gehen zu lassen ... Gott weiss aber auch, dass ich alles von ihm annehmen will an Prüfung und Gericht, wenn ich nur Hanni und das Kind notdürftig geboren weiss.»

Ein gläubiger Mensch wird sagen, ein Wunder sei geschehen, denn am 5. Dezember 1942 bewilligt Schweden die Einreiseerlaubnis für die Tochter Renate. Alles hängt davon ab, ob Eichmann dieses junge Menschenkind entkommen lässt. Am Donnerstag, den 10. Dezember, soll Jochen Klepper sich die endgültige Antwort holen. Die Antwort muss negativ ausgefallen sein, denn die letzte Tagebucheintragung lautet: «Nachmittags die Verhandlung auf dem Sicherheitsdienst.

Wir sterben nun – ach, auch das steht bei Gott –. Wir gehen heute Nacht gemeinsam in den Tod.

Über uns steht in den letzten Stunden das Bild des segnenden Christus, der um uns ringt.

In dessen Anblick endet unser Leben.» –

Dramatische Ereignisse des «Zu spät!» und der Rückstellung ereignen sich ständig und fordern ihre Opfer. Dr. Edwin Landau, der jahrelang den Vorsitz des Sdiutzverbandes der deutschsprachigen Schriftsteller im Exil führte, berichtet, wie er dreimal über die Grenze zurückgestellt wurde, bis ein Bauer ihn versteckte und seine Genfer Freunde alarmierte, die ihn im letzten Augenblick retteten.

Für die Schweizer Flüchtlingspolitik war Dr. Heinrich Rothmund zuständig, der Chef der Eidgenössischen Polizeibehörde, Bern, dem man den Spitznamen «der achte Bundesrat» gegeben hatte, weil er «manchmal über den Kopf der Regierung hinweg» über das Schicksal, d.h. Tod oder Leben, hilfesuchender Menschen entschied.

Ich lernte Dr. Rothmund Anfang Juli 1936 in Genf kennen, wo er als Vertreter der Schweiz mit vierzehn anderen Delegierten das Provisorische Flüchtlingsstatut für die Flüchtlinge aus Deutschland mitberiet, beeinflusste und mitschuf. In Paris hatte kurz davor eine von dem Bureau pour le Respect d'Asile einberufene Konferenz zur Verteidigung des Asylrechts stattgefunden, der das erste Mal eine Zusammenkunft der Repräsentanten deutscher

46 Jochen Klepper wusste von den Deportationen, aber nicht Bundesrat Dr. von Steiger oder der AA-Beamte Kurt Georg Kiesinger.

Flüchtlinge aus allen europäischen Ländern vorausgegangen war. Auf der «deutschen Flüchtlingskonferenz» hielt ich damals das einleitende Referat über die Lage der deutschen Flüchtlinge in Europa. Die gegründete Zentralvereinigung der Deutschen Emigration, stark von den Kommunisten beeinflusst (Leo Bauer alias Rudolf Katz war der Sekretär), delegierte Professor Georg Bernhard, Paul Hertz, Rudolf Katz und mich nach Genf, um als Beobachter an den Beratungen der offiziellen Flüchtlingskonferenz, die das Provisorische Statut verfasste, teilzunehmen. So hatte ich Gelegenheit, die verschiedenen Typen und Persönlichkeiten der Repräsentanten der einzelnen Länder zu studieren.

Belgien wurde durch den grossen, unvergesslichen Sozialistenführer Louis de Brouckère vertreten – nicht nur ein grosser Mensch, sondern wohl der Einzige, der in die muffige Atmosphäre dieses von Bürokratenhirnen beherrschten Gremiums wohlthuende frische Luft hineinblies. Zwischen ihm und den händeringenden Ministerialbeamten kam es oft bei der Entscheidung um die Formulierung der einzelnen Artikel zu den ergötzlichsten Auseinandersetzungen. Der Kontrast zwischen Dr. Rothmund und Louis de Brouckère war besonders stark. Rothmund war von ungewöhnlich hoher Statur, breitschultrig, sehr kühl, von weit oben auf die Menschen herabschauend. Brouckère wiederum hatte reichlich die Ingredienzen menschlichen Verstehens, den Spürsinn für die politischen Gegebenheiten, und vor allem war er Realist genug zu wissen, dass die Flüchtlingskatastrophe sich unmöglich an die Vorschriften eines formalen Flüchtlingsstatuts anpassen würde, sondern umgekehrt der Versuch gemacht werden müsse, wollte man den Flüchtlingen wirklich helfen, sich in dem Statut der gegebenen anormalen Situation anzupassen. So kam es bei der Formulierung eines Artikels bezüglich der Einreisevorschriften, die die Polizeihirne auch nicht angesichts der Austreibung der Juden und der Notwendigkeit einer spontanen Flucht der Politischen aufgeben wollten, zu einer Auseinandersetzung zwischen Rothmund und de Brouckère. Als der Letztere lebhaft gegen die Einbeziehung der einschränkenden Einreisebestimmungen polemisierte und protestierte, erhob sich Rothmund in seiner ganzen Grösse und sagte dem Sozialistenführer: «M. de Brouckère, ich stelle fest, Sie haben keinen Polizeigeist.» Brouckère wandte sich zu Rothmund und donnerte ihm entgegen: «Mein Herr, ich bin sehr froh, Ihren Polizeigeist nicht zu besitzen.»

Alfred A. Häsler schildert Rothmund als einen Mann, «manchmal von trotziger Härte und ... wieder fast unbegreiflich weich und nachgiebig. Er war zornig und milde, despotisch und charmant, witzig und zynisch, launisch wie eine Primadonna und väterlich jovial. Er war eitel und er war wehleidig.» Wiewohl manche seiner Äusserungen und Handlungen auf eine Abneigung gegen das Naziregime schliessen lassen, war er im Grunde genommen ein autoritärer Mensch. Theoretisch sagte er zum Asylrecht ja, aber er tat alles, die verfolgten Juden von der Schweizer Grenze fernzuhalten, um das Land «sauber und gesund zu erhalten».

In seiner so verantwortlichen Tätigkeit, in der ihm «echtes Mitleid fremd zu sein schien», hatte er den Bundesrat, die Stützen des Vaterländischen Verbandes und andere Verfechter der Überfremdungstheorie hinter sich. «Den deutschen Nationalsozialisten, mit denen er amtlich in Berührung kam, erteilte er Ratschläge und war fest überzeugt, dass sie ihn ernst

nehmen, auch wenn sie ihm nicht folgten,» urteilt Häsler. Als Rothmund im September 1938 in Berlin war, hatte er bei einem Mittagessen im Konzentrationslager Oranienburg versucht, den Nazis in der Frage der Judenbehandlung «gute Ratschläge» zu erteilen. Er war unsicher, ob diese auf seine Zuhörer Eindruck gemacht hätten, denn in seinem Bericht schreibt er selbst: «Wenn ich auch keine Zustimmung fand zu meinen Ausführungen, so wurden die Zuhörer doch recht nachdenklich. Mir war einzig und allein darum zu tun, dass die für die Judenfrage polizeilich zuständigen Leute wissen, dass wir uns, soweit nötig, der Juden zu *erwehren*⁴⁷ verstehen und es auch tun, dass wir aber weder eine Mithilfe des Auslandes, dessen Methoden wir als falsch auch ablehnen, noch eine Einmischung brauchen oder zulassen ...»

Als der Krieg zu Ende war und durch den Ludwig-Bericht Anklagen gegen Dr. Heinrich Rothmund stärker und stärker laut wurden, wurde dieser «von seinen vermeintlichen Freunden im Stich gelassen». Dr. Rothmund suchte nun Halt bei jenen, die er seine Macht hatte fühlen lassen. Er suchte einen Redakteur einer grossen Zeitung auf, der wegen seiner Flüchtlingspolitik die Beziehungen mit ihm abgebrochen hatte und bat, er möge ihn doch wieder grüssen, er halte das nicht mehr aus. Eine Flüchtlingshelferin erzählt, wie der einst mächtige Polizeichef in ihrem Hause geweint habe «wie ein Kind». Er war der falsche Mann am falschen Platz zur falschen Zeit. Alfred A. Häsler zieht über ihn die Schlussbilanz, wenn er schreibt: «Menschliche Grösse fehlte ihm, als er die Macht besass und als er sie verloren hatte.»

Bundesrat Eduard von Steiger hatte seine Einstellung in einer viel diskutierten Rede, die im Nationalrat im September 1942 ihr gebührendes Echo fand, vor achthundert jungen Schweizern in Zürich-Orlikon zum Ausdruck gebracht, als er sagte:

«Unter Umständen muss man sogar hart und unnachgiebig scheinen, muss Vorwürfe, Beschimpfungen und Verleumdungen ertragen und trotzdem widerstehen können und nicht ‚umfallen‘. Was tut’s, wenn wir ein gutes Gewissen haben und wissen, dass wir es nicht für uns, sondern für andere tun? Wenn zwischen Gemüt und Verstand Konflikte einsetzen, das Herz wohl möchte und die Pflicht ‚Halt‘ gebietet, dann lernt man kennen, was widerstehen heisst. Niemand ist davon verschont. Je wichtiger die Stellung ist, die einer einnimmt, desto eher solche Entscheidungen.

Wer ein schon stark besetztes kleines Rettungsboot mit beschränktem Fassungsvermögen und ebenso beschränkten Vorräten zu kommandieren hat, indessen Tausende von Opfern einer Schiffskatastrophe nach Rettung schreien, muss hart scheinen, wenn er nicht alle aufnehmen kann. Und doch ist er noch menschlich, wenn er beizeiten vor falschen Hoffnungen warnt und wenigstens die schon Aufgenommenen zu retten sucht.»

Dieser Auffassung und der Regierungserklärung stimmten die drei grossen bürgerlichen Fraktionen, die die Regierung bildeten, zu. Der Luzerner katholische, konservative Nationalrat Dr. Heinrich Walther sprach sich für den *sacro egoismo* aus (er gehörte der Regierung nicht an), während alle anderen Vertreter im Parlament, Freisinnige, Sozialdemo-

47 Hervorhebung vom Verf.

kraten, der Stimme ihres Gewissens folgten und einer von ihnen im Namen der Menschlichkeit erklärte: «In diesem aufgewühlten Europa geschehen ja grauenhafte Dinge, die uns in immer steigendem Ausmass beschäftigen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit in einer nie dagewesenen Weise, und wir haben das Recht, in diesem Zusammenhang zu sagen, dass wir uns mit den Millionen Verfolgter und Unterdrückter in grenzenloser Solidarität innerlich verbunden fühlen.» (Dr. Albert Maag-Socin, Zürcher Demokrat)⁴⁸

In der Tat, die Stimme der Menschlichkeit und der Solidarität war in der Schweiz nie erloschen. Ob es sich um den in Basel wirkenden Pfarrer Walter Lüthi oder seinen Kollegen Dr. h.c. Paul Vogt, Dr. Arthur Frey, den berühmten Professor Dr. Karl Barth, die Parlamentarier Dr. Ludwig Rittmeyer, Pierre Graber, Dr. Albert Oeri, Prof. Dr. Walter Muschg und den Chefredakteur vom Zürcher «Volksrecht», Paul Meierhans, handelt, alle waren sie furchtlose Mahner, allen voran aber J.B. Rusch von der «National Zeitung» in Basel. In den Flüchtlingshilfsorganisationen hatten sich Menschen gefunden, die mit Phantasie und Aufopferung trotz der gegnerischen Stimmen und der Hetze der Nationalen Front ihre Pflicht taten.

In der Schweiz existierte eine Zentralstelle für Flüchtlingshilfe, und als im Parlament die ungleiche Debatte stattfand, veranstaltete dieselbe in Form einer Sammlung ein «Volksplebiszit». In wenigen Tagen wurden 1,5 Mill. SF gespendet. Die private Hilfe betrug im Ganzen 87 Mill. SF, wobei die Israelische Kultusgemeinde den grössten Teil aufzubringen hatte. Das Schweizerische Kinderhilfswerk brachte in den Jahren 1934-1937 fast 8,866 Mill. SF auf.

Die finanziellen Aufwendungen des Bundes für die Flüchtlinge betragen vor dem Kriege SF 178 000, von 1939-1945 erhöhten sich diese Ausgaben auf SF 82'837 Mill, und bis 1950 sogar auf SF 127'831 Mill. Bei dieser Summe darf nicht übersehen werden, dass die Regierung für einen grossen Teil der internierten Zivilgefangenen und der Deserteure sowie der von Frankreich in die Schweiz übergetretenen 20 000 Soldaten zu sorgen hatte. (Welche Summen die Schweiz rückvergütet erhalten hat, ist nicht bekannt.)

Für die Flüchtlingshilfe im Ausland durch das Schweizerische Rote Kreuz, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Schweizer Spende usw. hat der Bund von 1940 bis 1950 über SF 350 Mill, zur Verfügung gestellt, während aus privaten Mitteln mehr als SF 30 Mill, aufgebracht wurden.

Für lange Zeit hatte sich der Bund gewehrt, von den Kantonen ganz zu schweigen, finanzielle Hilfe zu leisten. In einer Pressemitteilung über eine Konferenz der kantonalen Polizeidirektoren vom 17. August 1938 hiess es z.B.: «Die Schweiz ist bereit, die Flüchtlinge aus Österreich zu dulden, nachdem sich der Schweizerische Israelitische Gemeindebund verpflichtet hat, für die Kosten ihres Aufenthaltes usw. aufzukommen.»

In einer Übersicht über die Entwicklung und Aufgaben der privaten schweizerischen Flüchtlingshilfe (Zentralstelle für Flüchtlingshilfe) wird festgestellt, «dass die Aufnahme

48 Zit. nach: Häsler, a.a.O., S. 171

resp. das vorübergehende Verbleiben dieser grösseren Flüchtlingsgruppen (nach dem Fall von Österreich) in der Schweiz nur möglich wurde – und nach Einführung des Visumszwangs die hermetische Abschliessung unserer Grenzen nur verhindert werden konnte –, weil die Hilfswerke, vorab die jüdischen, gegenüber den Behörden die Unterhaltsgarantie dieser Menschen übernahmen.»

Auch den Nichtinternierten waren Beschränkungen auf erlegt wie Verbot politischer Tätigkeit, keine Störung der Neutralitätspolitik, Bewilligungspflicht für jede Erwerbstätigkeit, Bewilligungspflicht für jedes Verlassen der Wohngemeinde, periodische Meldepflicht bei der Polizeibehörde, Verpflichtung, sich zwischen 22 und 7 Uhr in ihrer Unterkunft aufzuhalten, Verbot des Besuchs von Bars und Tanzstätten; Bewilligungspflicht für jedes öffentliche Auftreten, z.B. durch Vorträge, Publikationen in der Presse, Veröffentlichung von Büchern usw.

Der bekannte Sänger Joseph Schmidt («Ein Lied geht um die Welt») musste ins Lager Gyrenbad, von wo er ins Kantonshospital Zürich am 27. Oktober 1942 eingeliefert wurde, wo die Ärzte nur eine leichte Laryngitis und Tracheitis feststellten. Er wurde als geheilt entlassen, obwohl er über Schmerzen in der Brust klagte und sich fürchtete, in das Lager zurückzukehren, weil das seiner Stimme, seinem einzigen Kapital, schaden könne. Ein Privatarzt wollte Schmidt in seine Klinik aufnehmen, aber das wurde abgelehnt, «weil auch der bemittelte Flüchtling nur in kantonalen Spitälern Aufnahme finden dürfe.» Flüchtlinge waren Menschen zweiter Klasse!

Schmidt kehrte daraufhin in das Lager zurück. Der Lagerleiter quartierte ihn ausnahmsweise in das dem Lager benachbarte Wirtshaus ein. Am nächsten Morgen starb Schmidt an einem Herzschlag. Dieser Fall erregte in der Schweiz Aufsehen und Empörung, die in Artikeln in der «National-Zeitung», Basel, im St. Galler «Tagblatt» und in vielen anderen Blättern ihren Niederschlag fand. Dem Artikelschreiber, Dr. Fritz Häberlein, wurde eröffnet, dass sein Artikel und einige Briefe, die er in der Sache geschrieben hatte, «den Tatbestand der strafbaren Gerüchtemacherei» erfüllten; es bestünde die Möglichkeit, dass sein Nachruf auf Joseph Schmidt das Ansehen der Schweiz in den Vereinigten Staaten schädige. Da Häberleins Vergehen nicht so gravierend war, sollte der Journalist dieses Mal mit einer kleinen Arreststrafe davonkommen. Nachdem Häberlein unter diesem Druck eine «Richtigstellung» publizierte, erliess der Kanton ihm gnädigst diese Strafe.

Die Wende kam am 12. Juli 1944, als die Polizeiabteilung (Rothmund) die Weisungen vom 29. Dezember 1942 und alle späteren Instruktionen (schriftlich oder mündlich) mit dem schamlosen, verhängnisvollen Satz, «Flüchtlinge nur aus Rassegründen sind keine politischen Flüchtlinge» zurückzog. Nun hiess die Instruktion in Übereinstimmung mit den wahren humanitären Traditionen der Schweiz:

«Aufzunehmen sind vorläufig nur noch: . . . Ausländer, die aus politischen oder anderen Gründen wirklich an Leib und Leben gefährdet sind und keinen anderen Ausweg als die Flucht nach der Schweiz haben, um sich dieser Gefahr zu entziehen.»

Nach dem Ludwig-Bericht (S. 293/294) teilte die Polizeiabteilung dem Israelitischen Gemeindebund mit, «dass von nun an alle jüdischen Flüchtlinge aufzunehmen seien, da diese in allen unsern Nachbarländern als gefährdet erachtet werden müssten». Die Berichte über

die grauenhaften Judenverfolgungen in Ungarn und anderswo konnten nicht länger bezweifelt werden. Die «Neue Zürcher Zeitung» vom 7. Juli 1944 besiegelte das Faktum: «An dem ungeheuerlichen Umfang der Deportierten und an ihrer unmenschlichen Härte ist ein Zweifel nicht mehr möglich.» Dr. Heinrich Rothmund packte nun auch das Gewissen, wie aus einem Schreiben vom 3. November 1944 an den schweizerischen Gesandten in Berlin hervorgeht: Die Schweiz sei bereit, 1'300 Juden aus Ungarn, «falls man sie ordnungsgemäss melde», aufzunehmen. Der harte Polizist Rothmund versuchte, auf einen ihm bekannten hohen Beamten im Berliner Auswärtigen Amt einen Druck auszuüben: er solle bei Himmler intervenieren. «Es geht hier um Hunderttausende von Menschenleben und darum, gegebenenfalls einem Mann die vielleicht fehlende Courage etwas unelegant beizubringen ... Dass es uns sehr ernst damit ist, die noch verbleibenden Juden zu retten, mögen Sie daraus ersehen, dass auf eine Mitteilung unserer Gesandtschaft in Budapest hin, dass die ungarische und die deutsche Regierung vereinbart hätten, 8'000 ungarische Juden nach der Schweiz reisen zu lassen, vorgestern telegrafisch geantwortet worden ist, wir seien grundsätzlich bereit, sie aufzunehmen . . .»

Die Flüchtlinge waren trotz der ihnen oft bereiteten Schmerzen dankbar.

Eines der besten und erfolgreichsten privaten Hilfswerke war das Schweizerische Kinderhilfswerk, das von Nettie Sutro geleitet wurde und dem eine Reihe aktiver Schweizer Frauen im ganzen Lande ihre Zeit und ihr Talent, ihre Kraft und Geld zur Verfügung stellten. Vom Oktober 1933, der Gründung des Hilfswerkes, bis 1939 gingen rd. 5'000 Flüchtlingskinder durch seine Hände; sei es zum Ferienaufenthalt in der Schweiz, in Zusammenarbeit mit der in Paris tätigen Assistance Medical, oder Hilfe für Weiterwanderung oder die Unterstützung des Kinderkomitees in der Tschechoslowakei.

Seit dem 1. September 1939 wurden 4868 Kinder, legal oder illegal, beim Schweizer Hilfswerk für Emigrantenkinder registriert, unterstützt, umgeschult, ärztlich betreut usw. Zu den Geldeinnahmen von SF 8,7 Mill, müssen die Auslagen der Schweizer Familien für den Ferienaufenthalt von 4892 Kindern aus Frankreich in 3784 Privatfamilien für die Periode 1934-1939 mit SF 750 000 hinzugerechnet werden und der Unterhalt für 3260 Flüchtlingskinder bei Pflegeeltern in der Zeit von 1943 bis 1947 mit SF 4,5 Mill. Albert Schweitzer hat dem Buch von Nettie Sutro einige Worte vorausgeschickt, die am Schluss dieses Abschnittes stehen mögen:

«Wir alle bedürfen jetzt und in Zukunft einer Stärkung des Glaubens, dass in den organisierten Unternehmungen, die gegen so vielfache Not am Werke sind, sich Menschen um solche bemühen, die im Elend sind. Ohne das Geschäftsmässige geht es nicht. Aber erst wenn das wahrhaft Menschliche als Geist im Geschäftsmässigen waltet, wird das Erreichbare in der rechten Weise verwirklicht.»

China

Auf der Suche nach einer rettenden Insel hatten die Juden den Globus abgesucht. Es war dabei nicht entscheidend, *wo* ein möglicher Hafen sich öffnete, sondern *wie*. Eines Tages war die Parole: Shanghai in China nimmt Flüchtlinge auf. Und beginnend mit 1939 bis wenige Monate, bevor die Schranken «Durchlass verboten» fielen, fuhren die Juden aus Deutschland nach dem Fernen Osten, und Ende 1941 waren es 20 000. Jeder dritte Europäer in Shanghai war ein jüdischer Flüchtling aus Deutschland.

Zur historischen Erklärung muss gesagt werden, dass Shanghai während und nach dem Ersten Weltkrieg Flüchtlinge, besonders aus Russland, beherbergt hat. Viele jüdische Gemeinden sind in dieser Zeit gegründet worden. Neue Einwanderer allerdings erhielten sie nicht, und so blieb ihre Zahl konstant. Die Verfolgung der Juden durch Hitler brachte jene 20 000 aus Deutschland und in den ersten Kriegsjahren einige Tausend aus Polen.

Der grösste Teil von ihnen siedelte sich in den Strassen des Stadtteils Hongkew an, der langsam den Charakter eines Ghettos erhielt. Die Mehrheit der Flüchtlinge, nicht in der Lage irgendeine Arbeit zu finden, musste unterstützt werden, und da später die Überweisung von Geldmitteln von New York aus auf Schwierigkeiten stiess, führten sie für lange Zeit eine äusserst kümmerliche Existenz. Bereits 1941 wurden 15'000 durch das Committee for the Assistance of European Jews unterstützt; 3'700 vegetierten in Lagern, die das American Jewish Joint Distribution Committee unterhielt, während 6'500 tagtäglich in «Armenküchen» gespeist wurden. Die Lage der Flüchtlinge wurde von Tag zu Tag schlechter, so dass ein Plan, in Vereinbarung mit der nationalen Regierung Chinas, entworfen wurde, die deutschen Juden in der chinesischen Provinz von Yünnan anzusiedeln. Aber Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 und die Besetzung Shanghais durch die Japaner machten alle Pläne illusorisch und verhinderten jede Ausreise eines Flüchtlings, selbst wenn er ein Visum besass.

Dank des Joint Distribution Committee aber verhungerten die Flüchtlinge nicht. In Erwartung des Kriegsausbruchs hatte der Joint seinen zwei Vertretern Vollmacht gegeben, Lokalkredite aufzunehmen, die nach Beendigung der Feindseligkeiten zurückgezahlt werden würden. Die Joint Vertreter waren, genau wie die Flüchtlinge, in Shanghai «gefangen», und das war gewissermassen ein Positivum, denn sie hatten die Kontakte und borgen, noch bevor die Japaner Shanghai besetzten, 500'000 Dollar; ein Betrag, der kärglich ausreichte für die täglichen Speisungen der in Not befindlichen jungen, alten und kranken Flüchtlinge. Trotzdem lag die Todesrate über dem Durchschnitt, weil oft die notwendigen Medikamente fehlten. Aber dank der Voraussicht des Joint und der Disziplin der Flüchtlinge überlebten etwa 90 Prozent die Prüfung. Nach dem Krieg kamen Tausende von ihnen in die Vereinigten Staaten, nachdem ich in meiner Funktion beim Jüdischen Weltkongress die Einbeziehung der Shanghai Flüchtlinge in das Aufnahmeprogramm (D. P.) durchgesetzt hatte.

Japan

Japan war kein Zufluchtsland für Flüchtlinge, aber ein Umschlagplatz für Tausende von ihnen, die von Deutschland und Litauen durch das weite Russland nach USA oder Palästina kommen wollten. Ihre Zahl betrug etwa 7'000, davon 5'000 aus Deutschland und 2'000 polnische Flüchtlinge aus Litauen. Im Ersten Weltkrieg hatte Japan eine ähnliche Funktion gehabt, aber damals existierte in USA noch keine Quotengesetzgebung, und der Flüchtling musste nur ein oder zwei Wochen auf sein Schiff warten. Während des Zweiten Weltkrieges jedoch, als im Hinblick auf den Druck und die Gefahren seitens der deutschen Verfolger die Rettungsmöglichkeiten hätten vereinfacht werden sollen, war alles, wie wir im nächsten Kapitel noch sehen werden, schwieriger und komplizierter geworden, und Flüchtlinge mussten acht bis zehn Monate in Japan bleiben, bis sie Weiterreisen konnten. Allein vom Juli 1940 bis Mai 1941 fanden 4'664 Flüchtlinge temporären Aufenthalt in Japan; 2'496 kamen aus Deutschland und 1962 aus Polen.

Die japanischen Behörden waren den Flüchtlingen gegenüber zunächst entgegenkommend, obwohl die in den Pässen eingestempelten Endvisen am besten Phantasie oder Märchen aus «Tausend und einer Nacht» waren. Die Flüchtlinge in Japan warteten in Wirklichkeit auf das USA- oder Palästina Visum. Anfänglich gaben die Japaner den Flüchtlingen Aufenthaltserlaubnis, aber später wurden sie ungeduldig, und im Hinblick auf die wachsende Spannung zwischen Japan und den Vereinigten Staaten deportierte Hirohito im Oktober 1941 dann die Flüchtlinge alle nach Shanghai.

Philippinen

Im Fernen Osten müssen noch die Philippinen erwähnt werden, wo 700 Flüchtlinge, hauptsächlich in der Hauptstadt Manila, Aufnahme gefunden hatten. Ursprünglich hatten die philippinischen Behörden sich mit der Ansiedlung von 10 000 Flüchtlingen einverstanden erklärt, aber der Kriegsausbruch verhinderte die Verwirklichung auch dieses Planes wie sovieler anderer.

Kanada

Kanada hatte zwar eine sehr gut organisierte Judenheit, aber ernste interne Probleme in bezug auf das Verhältnis der britischen und französischen Bevölkerung und, nicht zu vergessen, Kanada hatte immer seine eigene, bodenständige antisemitische Bewegung. Es gab aber nicht nur politische, sondern auch ökonomische Gründe für die zögernde Haltung des Landes, seine Tore zu öffnen. Kanada ist hauptsächlich ein landwirtschaftliches Gebiet und erst in der Nachkriegsperiode, nicht zuletzt durch Investierung amerikanischen Kapitals, hat sich seine Industrie entwickelt. Seit Kanadas letzter grossen Wirtschaftskrise waren seine Tore für die Einwanderung geschlossen, und bis zum Ausbruch

des Zweiten Weltkrieges waren nur einige hundert Flüchtlinge aus Deutschland nach Kanada gekommen, meist Leute mit Kapital, die ihre Gelder in der kanadischen Wirtschaft investierten. Im Jahre 1940 nannte Bruno Lasker in einem Artikel, «Elsewhere: an Atlas of Hope»⁴⁹, die Summe von 20 Mill. Dollar, die Flüchtlinge in eigene Fabrikunternehmen investiert hatten. Später wuchs die Zahl der Flüchtlinge aus Deutschland, und als die Flüchtlinge aus England in kanadische Lager deportiert wurden, blieben mehrere hundert von ihnen in diesem weiten Land. Auch einige Flüchtlinge aus Polen retteten sich nach Kanada.

Ende 1943, unter dem Druck eines Teiles der öffentlichen Meinung, erklärte sich die kanadische Regierung bereit, Flüchtlingsfamilien, die in Portugal oder Spanien hängen geblieben waren, Visen zu erteilen. Ein Canadian National Committee on Refugees and Victims of Political Persecution sammelte fünfhundert Unterschriften für eine Petition, die eine Liberalisierung der Einwanderungsgesetze für Flüchtlinge «unverzüglich» forderte, und im August/September 1944 kamen einige hundert jüdische Flüchtlinge aus Spanien und Portugal, die vom Canadian Jewish Congress unterstützt wurden.

Auch Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei – sudetendeutsche Sozialdemokraten – erreichten nach dem Münchner Abkommen Kanada. So richteten sich in dieser kritischen Lage alle Augen auf ein Land, das die militärisch und wirtschaftlich grösste Weltmacht war: die Vereinigten Staaten von Amerika.

49 In: «Survey Graphic». Ausg. vom November 1940. S. 586

15. Hilfe aus USA?

«Sollen wir den unglücklichen Flüchtlingen in ihrer Not die Gastfreundschaft versagen, die die Wilden ... unseren Vorfahren entgegenbrachten?»

Thomas Jefferson, 8. Dez. 1801

Zehntausende, Hunderttausende und später Millionen bedrängter Verfolgter blickten erwartungsvoll auf die Vereinigten Staaten, die neue verheissungsvolle Welt. Im New Yorker Hafen, ihrem Eingangstor, wohin seit ihrem Bestehen mehr als 40 Millionen Einwanderer und Flüchtlinge kamen, steht die Freiheitsstatue und grüsst mit der symbolischen Fackel in der Hand die Mühsamen und Beladenen. Auf ihrem Sockel sind die Worte von Emma Lazarus eingemeisselt:

«Give me your tired, your poor,
Your huddled masses yearning to breathe free,
The wretched refuse of your teeming shore,
Send these, the homeless, tempest-tossed to me,
I lift my lamp beside the golden door!»¹

Wir haben leider bereits 1938 anlässlich der von Roosevelt initiierten Evian-Konferenz feststellen müssen, dass die Vereinigten Staaten nur sehr zögernd und widerwillig bereit waren, die Mahnung von Emma Lazarus zu erfüllen. Es gibt keine überzeugendere Gegenüberstellung zu den Worten auf der Freiheitsstatue als die nüchternen Zahlen, die wir dem jährlichen Bericht von 1946 des U.S. Immigration and Naturalization Service für die Einwanderung in Dekaden von 1820 bis 1946 entnehmen:

Einwanderer		Einwanderer	
1820 – 1830	151 824	1891 – 1900	3 687 564
1831 – 1840	599 125	1901 – 1910	8 795 386
1841 – 1850	1 713 251	1911 – 1920	5 735 811
1851 – 1860	2 598 214	1921 – 1930	4 107 209
1861 – 1870	2 314 824	1931 – 1940	528 431
1871 – 1880	2 812 191	1941 – 1946	279 673
1881 – 1890	5 246 613		

¹ «Schickt mir die müden und bedrängten Scharen übers Meer,
Bringt alle, die frei atmen wollen, zu mir her, Ihr Sturmverwehten,
Heimatlosen, blickt empor: Der Freiheit Fackel leuchtet hier
am Goldenen Tor.»

Als am 1. September 1939 der Krieg in Europa ausbrach, haben die Vereinigten Staaten weiterhin Einwanderer mit ordentlichen Immigrations- oder Besuchsvisen aufgenommen. Durch die Eroberung Polens und später anderer Länder bis zum Eintritt der USA in den Weltkrieg am 7. bzw. 8. Dezember 1941 konnten Konsulate von den ihnen zugeteilten Quotenvisen – die Zuteilung erfolgt immer am 1. Juli jeden Jahres – keinen Gebrauch machen, da die Antragsteller weder in der Lage waren auszureisen, noch sich an den Orten befanden, wo sie früher ihr Visum beantragt hatten, andere nicht mehr lebten, und andere wiederum möglicherweise ermordet worden waren. Das hätte zur Folge gehabt, dass die geringen zur Ausgabe bereiten Quoten nunmehr unbenutzt geblieben wären. Um eine solche Härte zu vermeiden, zentralisierte man die Quoten nunmehr für Antragsteller bestimmten nationalen Ursprungs in denjenigen Städten, wo noch ein amerikanischer Konsul tätig sein konnte. Man hielt jedoch bis zum Dezember 1940 an der strikten Reihenfolge fest, und erst dann «taute» man den Eisblock auf, indem man spätere Visaapplikanten einreisen liess, wenn sich herausgestellt hatte, dass der frühere Antragsteller keine Möglichkeit hatte zu emigrieren.

Inzwischen aber wurde es immer deutlicher, dass die Vereinigten Staaten ihre Neutralität früher oder später aufgeben würden. Bereits am 27. Mai 1941 erklärte Präsident Roosevelt einen «unbegrenzten nationalen Notstand» und kaum drei Wochen später verlangte das State Department die Schliessung der deutschen Konsulate, da diese in dem totalen U-Boot-Krieg der Deutschen für Spionage und Geheimtätigkeit verantwortlich gemacht wurden. Hitler schlug zurück. Am 30. Juni 1941 wurden alle amerikanischen Konsulate in Deutschland, Österreich, Böhmen-Mähren, Belgien, im besetzten Frankreich und Holland geschlossen. Damit endete für alle Flüchtlinge die Chance, auf regulärem, normalen Weg in die USA zu kommen. In dieser Situation wurde Kuba wiederum eine wichtige Ausweichstelle, denn von dort aus war die ordentliche Einwanderung nach USA möglich. Zur selben Zeit verschärfte die Washingtoner Regierung die Vorschriften für die Einwanderung und Einreise erheblich. Während bisher die amerikanischen Konsulate die Entscheidung über die Erteilung eines Visums allein hatten, wurden ab 1. Juli 1941 die Kontrolle und die Entscheidung dem State Department übertragen, um, wie es in der Begründung dieser Verordnung hiess, ein «Sieb oder Schutzschirm zu errichten gegen Personen, die, maskiert als Flüchtlinge, in die Vereinigten Staaten gesandt werden». Dieses neue System, umständlich, gefährvoll und de facto ein Ausdruck der Antipathie bestimmter Kreise im State Department, im Kongress und auch in der amerikanischen Öffentlichkeit gegen die Flüchtlinge schlechthin, lief unter dem Kautschukbegriff, es diene der «Sicherheit des Staates». Unterstaatssekretär Breckenridge Long vom State Department, der, mit einer kleinen Gruppe Untergebener, für die «Politik der Ausschliessung» letztlich verantwortlich war, hat vor einem Komitee des Repräsentantenhauses diesen Trend begründet, der in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen des Präsidenten zum Ausdruck kam. Schon vor dem 1. Juli 1941 war ein amerikanischer Konsul befugt, ein Visum zu verweigern, wenn er Grund hatte zu glauben, dass der Antragsteller die Vereinigten Staaten mit dem Zwecke, ihre Sicherheit zu gefährden, betreten wolle. Das sogenannte Bloom-Van

Huys Gesetz reaktivierte eine alte Bestimmung aus dem Ersten Weltkrieg, die dem Präsidenten die notwendigen Vollmachten gab, die Ein- und Ausreise «aller Personen» zu regeln, «wann immer ein Kriegszustand zwischen zwei oder mehr Ländern existiert». Diese Vollmacht hatte Roosevelt also bereits fast sechs Monate, bevor die Vereinigten Staaten selbst in den Krieg eintraten, unterzeichnet.

Die Visaabteilung des State Department formulierte neue Vorschriften in Verbindung mit Visaanträgen. Schon vor dem 1. Juli 1941 waren die Konsulate angewiesen, keiner Person ein Visum zu geben, deren Verwandte sich in den von den Nazis besetzten Gebieten aufhielten, weil man «fürchtete», der Einwanderer könnte im Interesse der Existenz seiner Verwandten ein willenloses Werkzeug (Spion!) der Nazis werden. Da durch den schnellen Vormarsch der Hitlerarmeen viele Familien von einer Stunde zur anderen getrennt wurden, wurden allein aus diesem Grunde, auch als die amerikanischen Konsulate im unbesetzten Frankreich, Afrika, England, Portugal, Spanien, Shanghai und Palästina noch arbeiten konnten, viele Visa nicht ausgegeben. Ausser der üblichen finanziellen Garantie, dem affidavit, verlangte man in der Vorkriegsperiode moralische Garantien, möglichst von einem amerikanischen Bürger. Alle diese Bestimmungen und mehr wurden nunmehr in die neue verschärfte Prozedur übernommen.

Allein die Ausfüllung der Anträge, Formulare von ungewöhnlicher Länge, die Beschaffung der notwendigen Garantien, die moralischen Bürgschaften, nahm geraume Zeit in Anspruch, selbst dann, wenn die verschiedenen Hilfskomitees in USA, der National Refugee Service, das International Rescue Committee, das Jewish Labor Committee, HIAS halfen. Wenn endlich alle Formulare korrekt ausgefüllt, alle Dokumente beschafft und der Visaabteilung eingereicht waren, dann unterbreitete diese den Fall einem Interdepartmental Komitee, bestehend aus Vertretern des State Departments, der Flotte und Armee, des Justizministeriums und der Bundespolizei (FBI). In der ersten Periode dieser Kriegsprozedur sandte die Visaabteilung einen von diesem Ausschuss positiv entschiedenen Visa-fall an den zuständigen Konsul, der aber ohne Weiteres das Visum trotzdem verweigern konnte und es nur ausstellte, wenn der zukünftige Einwanderer nachweisen konnte, er habe die notwendigen Transportmöglichkeiten, um die Staaten zu erreichen.

Die ersten Ziffern wurden im Oktober 1941 bekannt, als der Chef der Visa-Abteilung, Abra M. Warren, mitteilte, dass in drei Monaten 9'500 Anträge geprüft worden seien, 4'800 seien entschieden, 4'700 zu jener Zeit noch anhängig, und von den 4'800 entschiedenen Fällen seien 720 abgelehnt worden. Über die Gründe der Ablehnung konnte man jedoch nur spekulieren. Da wurden am 1. Dezember 1941 die Bestimmungen dahingehend geändert, dass das Interdepartmental Committee Anträge aller «feindlichen Ausländer» (das waren Juden und politische Flüchtlinge aus Deutschland und natürlich auch Italiener) einem Überprüfungskomitee vorgelegt werden müssten. Dieses Komitee hörte entweder den Anwalt der Garanten oder andere an dem Fall interessierte Personen oder sonstige Zeugen, und gegen eine negative Entscheidung konnte der Antragsteller eine Appellationsinstanz, eingerichtet am 3. Dezember 1941, anrufen, die aus zwei vom Präsidenten bestimmten Persönlichkeiten bestand. Diese Instanz jedoch traf ihre Entscheidung ledig-

lich aufgrund der Akten des ersten Überprüfungs Komitees. Wenn der Antragsteller nicht zufrieden war, konnte er nach sechs Monaten seinen Antrag erneut stellen, und schliesslich konnte der Aussenminister (Secretary of State) die letzte Entscheidung fällen.

Da sich viele alte politische Freunde aus Europa oder einige aus Kuba an mich wandten, hatte ich mehrmals Gelegenheit, vor dem Überprüfungs Komitee als Zeuge zu erscheinen und war so in der Lage, mir über die Einstellung der Roosevelt-Verwaltung in der Flüchtlingsfrage ein Urteil zu bilden. Mit Mühe und Not war es gelungen, einen sozialistischen Freund, Fritz Lamm, mit einem teuer bezahlten Kubavismus nach Havanna zu bringen. Dann leitete ich die oben beschriebene umständliche Antragsprozedur für die Einreise in die USA ein. Eines Tages erhielt ich die Einladung, als Bürge oder Zeuge für Fritz Lamm in Washington vor dem Überprüfungs Komitee zu erscheinen. Mit Kriegsausbruch war Washington bevölkerungsmässig gewachsen und überall entstanden mit neuen Behörden neue Baracken. Ich stand fünf Amerikanern gegenüber, die nicht im Geringsten daran interessiert waren, was Fritz Lamm von Deutschland nach der Tschechoslowakei, dann nach Frankreich und schliesslich nach Kuba gebracht hatte. Ihr Hauptinteresse galt seiner politischen Einstellung. Ich versuchte, dem Gremium ein kleines Stück Weimarer Geschichte in den wenigen Minuten, die mir zur Verfügung standen, zu vermitteln, um die Hoffnungen junger Menschen auf ein demokratisches, sozial fortschrittliches, vielleicht manchmal auch sozialistisches Deutschland zu demonstrieren. Diesen letzteren Punkt liess ich ein wenig in der Luft hängen, da ich aus Berichten anderer Zeugen bereits von der Empfindlichkeit der Herren auf diesem Gebiet wusste. Der Mann von der Bundespolizei (FBI) war offensichtlich weder beeindruckt noch interessiert, sondern fragte geradezu: «Sagen Sie uns, Herr Grossmann, ist Herr Lamm ein Kommunist?» Das gab mir Gelegenheit, den Herren den gewaltigen Unterschied zwischen den revolutionären und evolutionären Auffassungen in der Arbeiterbewegung darzulegen, und beinahe triumphierend sagte ich am Ende: «Fritz Lamm ist ein sozialistischer Demokrat». Der Mann von der Bundespolizei aber blieb weiter unbeeindruckt und folgerte ungerührt: «Also – ein langsamer Kommunist.»

Die Einreisevorschriften für die «nicht feindlichen Ausländer», also Tschechoslowaken und seltsamerweise auch Österreicher, wurden Mitte des Jahres 1944 erleichtert, als mitgeteilt wurde: Ein Spezialkomitee sei in der Visaabteilung des State Departments gebildet worden, um neuerdings eingereichte Visaanträge zu prüfen und so schnell wie möglich zu behandeln. Sofern es sich nicht um «feindliche Ausländer» handle, würde eine Zustimmung an den betreffenden Konsul gesandt werden, und diese Fälle schieden daher aus der Behandlung des Interdepartmental Visakomitees aus. Später wurde wenigstens für eine Gruppe der Verfolgten die hinderliche, ja diskriminierende, am 1. Juli 1941 neu eingeführte Verfahrensweise wenigstens zum Teil beseitigt.

Ende des Jahres 1942 unterbreitete die Appellationsinstanz den ersten Bericht über ihre Tätigkeit, die einen Zeitraum von 11 Monaten umfasste, dem Präsidenten. In diesen elf Monaten waren 6'022 Fälle, die manchmal mehr als eine Person betrafen, bearbeitet worden. Von diesen Fällen, in denen die Visa Ausgabe empfohlen wurde, waren 2'957 vom Interdepartmental Komitee ohne Anhörung von Zeugen erledigt worden, 1'082 Fälle wur-

den vom Überprüfungs Komitee positiv entschieden, (Verhandlungen, wie oben beschrieben, fanden in allen Fällen statt) und endlich wurden 1'283 Fälle aufgrund eingeleiteter Berufungen von der Appellationsinstanz positiv entschieden.

Aus dem Bericht ging hervor, mit welcher Vorsicht alle Instanzen die Frage der Ausgabe der Visen behandelten. Alle in den verschiedenen Sektoren arbeitenden Beamten und ernannten Persönlichkeiten stimmten darin überein, dass die erste fundamentale Frage die der Sicherheit und die zweite die des Nutzens der Vereinigten Staaten durch den Einwanderer sein müsse. Das Mitgefühl, so sagte der Bericht, werde täglich durch die menschlichen Tragödien erregt, von welchen die Anträge Zeugnis ablegen, aber «das Mitgefühl muss sich der Sicherheit und dem Nutzen der USA unterordnen». Ausdrücklich bezieht sich dieser Bericht – er ist ein klassisches Beispiel für die Haltung des Landes während der tragischsten Verfolgungszeit – auf die Proklamation des Präsidenten, die verlangt, dass Visen nur an solche Einwanderer gegeben werden, die den Vereinigten Staaten «einen Nutzen» bringen können.

Der Bericht erklärt, dass diese Bestimmungen «die traditionelle amerikanische Politik, ein Zufluchtsort für achtbarer Leute, die sich in Not und Gefahr befinden, zu sein, verwirklichen». Über diese Ansicht hat es in den verschiedenen Ausschüssen Meinungsverschiedenheiten gegeben, denn einige ihrer Mitglieder – die Minderheit – haben mit Recht eingewandt, dass die Zulassung von Einwanderern, die dem Lande Nutzen bringen, keine wie immer geartete humanitäre Hilfe darstellt, sondern eine Einwanderungspolitik des Selbstinteresses bedeute, die nicht mit einem Jota die gewaltige Katastrophe berücksichtigt, die über die Menschheit in Europa hereingebrochen ist.

Zugelassen wurden Ärzte, Dentisten, Krankenschwestern und ausgebildete Mitglieder der freien Berufe. Die Herren in Washington waren sich natürlich darüber klar, dass eine günstige Entscheidung, «wenn sie ohne Risiko gemacht werden konnte», die Moral der Gruppen, die sich um die Einwanderung bestimmter Individuen bemühen, stärken würde und ungünstige Entscheidungen durchaus den élan vital dieser Kreise lähmen könnten, von denen sich viele Söhne in der Armee befanden.

Im Ganzen waren 6'512 Anträge eingereicht, von denen 6'022 Fälle günstig erledigt wurden: 25% der Betroffenen befanden sich bereits als Besucher in USA und bedurften der Legalisierung ihres dauernden Aufenthaltes. Zehn Prozent hielten sich in Kuba auf, weitere 10% in anderen Ländern der westlichen Hemisphäre.

In Übersee waren nahezu zwei Fünftel, alle in Lagern, und der Rest befand sich in England und in der Schweiz. 31% der potentiellen Einwanderer waren in Deutschland geboren, 27% in Polen, 12% in Österreich, je 6% in Ungarn, Frankreich und Russland und der Rest in Spanien und anderen Ländern.

Der Bericht bedauert, dass in vielen Fällen wegen mangelnder Information die Zulassung in die Vereinigten Staaten verweigert werden muss, «obwohl die betreffenden Menschen achtbar und verdienstvoll erscheinen». Auch die Herren von der Appellationsinstanz kamen nicht von dem «Geiselsproblem» weg. Immerhin erklärten sie es als ein Problem der «dauernden und lebhaften Sorge», aber glaubten, dass die Gefahren «etwas übertrieben» seien. Am Ende des Berichtes klopfen sich die Verantwortlichen gegenseitig auf die

Schulter: «Die Prozedur ist von grösserer Bedeutung als nur für die Sicherheit und das Wohlergehen der Einzelnen.»

Es ist typisch, dass der Bericht diesen geringen Beitrag für die Rettung aus schreiender Not gegenüber einer bestimmten Sparte amerikanischer öffentlicher Meinung glaubte verteidigen zu müssen. «Vielen Personen ist das Visum bewilligt worden aufgrund ihrer Kenntnis und Fähigkeit auf dem Gebiete der Wissenschaft und aufgrund ihrer akademischen Kenntnisse oder handwerklichen Ausbildung als Mechaniker, die alle zum Wohle der Nation beitragen werden.» Dann erst spricht man von den «mutigen Männern», die in demokratischer Opposition gegen die Nazis gestanden haben und deren Zulassung in das Land «ein Beweis des Vertrauens und eine Quelle der Ermutigung für alle Kräfte, die in den besetzten Gebieten für die gleichen Ideen wirken», darstellt. Viele andere seien einfache bescheidene Menschen, die unter der Nazi-Tyrannie gelitten haben und die in die Staaten gekommen sind, «wo sie aus unseren Händen eine Behandlung erwarten, deren Ideale in der Erklärung der Atlantic Charter so überzeugend ausgedrückt wurden». Zum Schluss heisst es, dass die Flüchtlinge, die «zu uns» gekommen sind, «vor der ganzen Welt» beweisen, «dass die Vereinigten Staaten die Kraft und den Mut haben, selbst unter Kriegsdruck entschlossen der gemeinsamen Sache der Humanität zu folgen.» Immer wieder haben sich glücklicherweise im Lande die Stimmen grosser Männer gefunden, welche das Land und seine Bevölkerung daran erinnerten, dass es «ein Asyl für die Verfolgten» sei, wie es James Madison bei der Verabschiedung des Gesetzes, das die religiöse Freiheit garantierte (1784), ausdrückte. Thomas Jefferson, der meistzitierte Präsident aus den Gründerjahren des grossen Landes, erklärte in seiner Präsidentschaftsbotschaft vom 8. Dezember 1801: «Sollen wir den unglücklichen Flüchtlingen in ihrer Bedrängnis die Gastfreundschaft versagen, welche die Wilden des unentwickelten Landes, als unsere Vorväter hier ankamen, geübt haben? Soll unterdrückte Menschlichkeit keine Zuflucht auf dieser Erde finden?» Im Jahre 1844 erklärte die Demokratische Konvention, dass die Vereinigten Staaten «das Land der Freiheit und des Asyls» seien, und in den Parteiprogrammen von 1856, 1884 und 1892 wurde diese Auffassung immer wieder bestätigt. Der zweimal zum Präsidenten gewählte Governor Cleveland (1884-1892) erklärte: «Dieses Land war immer die Zuflucht der Unterdrückten jeden Landes. Wir verurteilen und prangern jeden und alle Versuche an, die Einwanderung der Fleissigen und Würdigen aus allen Ländern zu beschränken.» Ähnlich hatten sich die Republikaner 1864 geäussert, und in ihrem Parteiprogramm vom Jahre 1912 erklärten sie: «Das Asylrecht ist ein so wertvoller Besitz des Volkes der Vereinigten Staaten, dass es weder weggegeben noch eingeschränkt werden darf.» Im Jahre 1916 wiederholten die Republikaner diesen Standpunkt.

Als Louis Kossuth, der ungarische Patriot, nach 1848 in die Türkei flüchtete, sandten die Amerikaner ein Schiff, um ihn mit allen Ehren in die Vereinigten Staaten zu bringen. John Basset Moore erinnert später im «International Law Digest» an diesen Vorgang, wenn er schreibt: «Das Recht, politischen Flüchtlingen Gastfreundschaft zu gewähren, ist eine anerkannte Einrichtung und wird von allen freien Regierungen ausgeübt. Unter den Fällen,

in welchen solche Gastfreundschaft von den Vereinigten Staaten dargeboten wurde, ist der Fall Kossuth einer der prominentesten.»

Diese Ansichten wurden neu belebt, als Adolf Hitler zur Macht kam, und der New Yorker Gouverneur Alfred E. Smith, «der glückliche Krieger», hat in der Zeitschrift «New Outlook» vom November 1933 in einem Artikel «Haben wir Platz für die Flüchtlinge?» dieses Problem mit menschlichem und politischem Verständnis angepackt. Er schrieb:

«Diese Flüchtlinge bestehen, im Gegensatz zur allgemeinen Annahme, nicht nur aus deutschen Juden, sondern auch aus Liberalen, Sozialisten und im Allgemeinen mehr aus den kühneren und unabhängigeren Geistern, die mit der Hitler-Regierung nicht gut stehen ... Seit unser Land älter und reicher geworden ist, haben unter uns Blindgläubigkeit und Snobismus ihre Häupter erhoben; wir neigen dazu zu vergessen, dass dieses Land von Einwanderern aufgebaut wurde, die in ihrer grossen Mehrheit hierherkamen, um Armut, Unterdrückung, sozialen Beschränkungen und mangelnder Fortkommensmöglichkeit zu entgehen. Der Amerikaner, der dies nicht erkennt, besitzt weder geistige Ehrlichkeit noch Kenntnis unserer Geschichte ...

Ich bin mir völlig klar über die überzeugenden Argumente gegen die uneingeschränkte Immigration in dieses Land. Ich habe jedoch immer den Verdacht, dass einige der drastischeren Bestimmungen unserer Gesetze und einige über die Nationalitäten-Quota eher auf der Basis phantastischer Ariertheorien geschaffen wurden denn aus wahren amerikanischen Prinzipien.

Die Theorie, dass nur Leute protestantischer Herkunft aus Nordeuropa unsere Ideale und den Geist unserer Institutionen in sich aufnehmen können, hat seit dem Weltkrieg einen argen Stoss erlitten. Kürzliche Geschehnisse in Europa haben diese Theorie zerstört...

Was immer unsere Vorstellungen bezüglich der Einwanderung sein mögen, wir haben vor uns die Forderung nach Asyl für eine begrenzte Anzahl deutscher Flüchtlinge, die wir nicht ignorieren können. Viele dieser Deutschen sind Leute von besonderer Erziehung und grosser Fähigkeit, die, wenn vernünftig über das Land verteilt, ein unschätzbares Aktivum für die Gemeinden, in denen sie sich niederlassen, sein werden...

Gute Nachbarschaft wird in Zeiten der Not und Mühen erwiesen. Wir müssen unsere Traditionen erhalten und die Prinzipien rechtfertigen, auf denen diese Nation gegründet wurde, indem wir Platz machen für unseren Anteil an den Flüchtlingen aus Deutschland. Wir werden es nie bereuen.»

Ob Professor Raymond Moley in einem speziellen Appell vom 7. September 1933 an Präsident Franklin Delano Roosevelt, ob im Kongress oder Senat oder in Zeitschriften wie «The Nation», «New Republic», «Survey Graphic» und den grossen demokratischen Zeitungen wie die «New York Herald Tribune» und die «New York Times», alle erinnerten die Vereinigten Staaten an ihre Berufung und ihre Verpflichtung, aber in der Verwaltung, im Kongress obsiegt nur zu oft die Obstruktionisten, die Saboteure, die Widersacher, ja die Antisemiten.

Gesetzesbestimmungen wurden benutzt, die aus ganz anderen Gründen geschaffen worden waren, wie z.B. das Alien Contract Labor Law von 1885, das Arbeitskontraktgesetz für Fremde, mit seiner Bestimmung, dass niemand mit einem Arbeitsvertrag in die Vereinigten Staaten einwandern darf, ein Gesetz, das nicht nur zum Schutze einheimischer Arbeitskräfte geschaffen wurde, sondern auch gegen das Einschleusen billiger Arbeits-

kräfte unter Umgehung aller geltenden Vorschriften. Diese einschränkende Bestimmung wurde nun gegen die Hitlerflüchtlinge angewendet. Eine zweite Behinderung war die Vorschrift der Sect. 7 c des Einwanderungsgesetzes vom Jahre 1924, dass von der Polizeibehörde des Ausgangslandes ein Führungszeugnis eingereicht werden müsse. Solche für Hitlerflüchtlinge, die, wie es Alfred E. Smith formuliert hat, «in einem Nachbarland kampierten», beizubringen, war unmöglich; aber im State Department wollte man nicht wahrhaben, dass in Europa ein Erdbeben begonnen hatte, denn ein C. Paul Fletcher von der Visa-Abteilung in Washington kommentierte: «Die Erklärung bezüglich der Unmöglichkeit, vollständige Führungszeugnisse von der Polizei zu erhalten, stärkt den Verdacht, dass die Vereinigten Staaten zum Müllabladepplatz für kriminelle Elemente gemacht werden.» Die Konsulate hielten sich streng an die unveränderten Vorschriften, das Einwanderungsgesetz wurde nicht geändert, und der berühmte Martin Dies aus Texas (jahrelang Vorsitzender des Committee for Unamerican Activities) hätte am liebsten die Tore Amerikas vollkommen geschlossen. Er drückte das sehr einfach aus: «Wir müssen die Tränen, das Schluchzen der Sentimentalen ignorieren und die Tore unseres Landes für alle Zeiten verriegeln und verschliessen gegenüber einer neuen Einwanderungswelle, und wenn wir das getan haben, sollten wir die Schlüssel fortwerfen.» Die «mitfühlenden Sentimentalen» aber gaben keine Ruhe, und in der Zeitschrift «Today» vom 20. Januar 1934 wurde z.B. die die Einwanderung behindernde Vorschrift «Public Charge» (kein Einwanderer darf öffentlichen Einrichtungen zur Last fallen) kritisiert. Der Artikel wurde an die Konsulate mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet. Das USA-Konsulat in Rotterdam berichtete: 74 deutsche Flüchtlinge haben Visen beantragt, 16 wurden bewilligt; alle, bis auf eins, wurden wegen der «Public Charge»-Vorschrift abgelehnt. Diese Prozedur dauerte trotz aller Proteste bis 1937 an. Von 63 000 Juden, die 1933/34 aus Deutschland geflohen waren, waren nur 6'514 nach USA gekommen (also etwas über 10%). Die Vereinigten Staaten hatten von 1931 bis 1935 ein ständiges Einwanderungsdefizit, d.h. es wanderten mehr Menschen aus als einwanderten. Im Quotenjahr 1931/32 war das Defizit 67 719; 1932/33 = 57 013, 1933/34 = 10 301, 1934/35 = 3'878, und erst 1935/36 war ein Plussaldo von ganzen 512 das erste Mal zu verzeichnen.

Zwischen dem 1. Juli 1932 und 15. November 1939 wanderten unter der deutschen Quote 80'693 Personen ein. Wäre die Quote voll ausgenutzt worden, hätten 191'390 Menschen einwandern können. 20'445 Personen wanderten zur selben Zeit nach Deutschland aus, so dass nach Abzug der Eingewanderten allein nach der deutschen Quote 131'342 Quotennummern unbenutzt blieben. Statt des monatlichen Durchschnitts in dieser Periode von 2'280 kamen nur 888 Personen.

Adolf Hitler hat wiederholt die amerikanische Haltung zum Anlass ironischer Propaganda benutzt. Schon einen Monat nach der Machtergreifung erklärte er, dass Amerika mit seinen Einwanderungsgesetzen den ihm unwillkommenen Zufluss solcher Rassen verhindere, welche es nicht in seiner Mitte tolerieren wolle. Amerika sei auch nicht bereit, seine Tore den aus Deutschland fliehenden Juden zu öffnen.² Wenige Monate später hat Hitler

2 Nach: Arthur D. Morse, «Die Wasser teilten sich nicht», a.a.O., S. 137

in einem Interview mit einem Berichterstatter der Zeitschrift «Collier's» für alle jene, denen seine Rede entgangen sein sollte, dies klipp und klar wiederholt.

Roosevelt war nicht willens, das Einwanderungsgesetz zu ändern; er wusste, dass die restriktiven Elemente im Kongress keiner Reform zustimmen würden. (Es hat in der Tat bis zum Jahre 1965 gedauert, bis unter Lyndon B. Johnson endlich das veraltete und ungerechte Einwanderungsgesetz einer der Zeit entsprechenden Reform unterzogen wurde.) James McDonald, der im Dezember 1933 der erste Hochkommissar für die Flüchtlinge aus Deutschland wurde, kommentierte damals als Vorsitzender der Gesellschaft für auswärtige Angelegenheiten: «Genau wie Präsident Hoover nur im Wege einer verwaltungsmässigen Interpretation die amerikanischen Konsulate instruiert hatte, weitere Einwanderung zu sperren (in Verbindung mit dem Schwarzen Freitag 1929), genau so könnte Präsident Roosevelt jetzt durch administrativen Verzicht auf verschiedene Erfordernisse im Falle der Flüchtlinge die Einreise von ein paar Tausend mehr Deutschen ermöglichen.»

Als im November 1938 in Deutschland die Synagogen brannten, Tausende von Menschen verhaftet wurden, die Juden eine Strafe von 1 Milliarde Mark für den von den Nazis angerichteten Schaden zahlen mussten, wurde Franklin D. Roosevelt fünf Tage später in einer Pressekonferenz gefragt: «Würden Sie eine Erleichterung unserer Einwanderungsbeschränkungen empfehlen, damit jüdische Flüchtlinge in dieses Land kommen können?» «In dieser Angelegenheit gibt es keinerlei neue Überlegungen. Wir haben das Quotensystem», antwortete der Präsident.

Die Fackel, von der Emma Lazarus sprach, blieb am goldenen Hafentor weiter erhoben; aber die Flamme war längst erloschen, und wie es Martin Dies vorgeschlagen hatte: vor dem Tor Amerikas hing ein dickes Schloss.

Die verschiedenen Hilfskomitees in den Vereinigten Staaten, vor allem der National Refugee Service unter Leitung der energischen Direktorin Cecilia Razovsky, die German Jewish Children's Aid und andere Organisationen hatten ständig versucht, die bürokratischen Bremsen, böswillige oder nicht, zu beseitigen. Wann immer die Vertreter der Hilfskomitees nach Washington kamen, um mit den Verantwortlichen oder ihren Stellvertretern zu konferieren, fuhren sie im Allgemeinen mit dem Eindruck wieder nach New York zurück, dass sie nur noch wenige Schritte von der Lösung des Problems entfernt seien, um ein paar Tage später zu erfahren, dass neue Schwierigkeiten aufgetreten seien. Das war der Fall bei der Interpretation der «Public Charge»-Bestimmung, gegen deren Liberalisierung sich eine amerikanische Koalition of Patriotic, Civic and Fraternal Societies wandte, zu der unter anderem die «hundertprozentigen Amerikaner», Sons and Daughters of the American Revolution, die Veterans of Foreign Wars und die American Legion, gehörten.

Als Cecilia Razovsky trotz der ideologischen und bürokratischen Opposition vorschlug, 250 jüdische Kinder (England hatte vor Ausbruch des Krieges 9'000 aufgenommen) in die Vereinigten Staaten zu bringen, kommentierte Unterstaatssekretär Carr vom State Department: «Ich bin recht besorgt, dass durch die Aktivität unserer jüdischen Freunde und die Opposition der Gegner eine beträchtliche Erschütterung bezüglich der Einwanderung

und Durchführung der Einwanderungsgesetze hervorgerufen wird.» Auch hier wieder die Angst, dass die bürokratische Ruhe durch eine aggressive Rettungspolitik für die Verfolgten gestört werden könnte. Als Mr. Carr diese Worte sprach, gab es kein Rätseln und Deuteln mehr, welches Schicksal die Menschen in den braunen Klauen erwartete. Es war Dezember 1939-

Cecilia Razovsky mit ihrer nimmermüden Energie brachte es dennoch fertig, ihre 250 jüdischen Kinder nach USA zu bringen, und in den nächsten zwei Jahren kamen noch je 100.

Ob es sich um Proteste gegen den Angriff auf humane Grundsätze (Juli 1935) handelte, oder ob James McDonald, der erste Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland, nach seinem Rücktritt «politische Interventionen» der Engländer und Amerikaner vorschlug, die Antwort der Regierung war im ersteren Falle zögernd und schwach und im zweiten völlig negativ. Das Gespenst der isolationistischen Politik war in den dreissiger Jahren noch stark sichtbar. Obwohl willens, finanziell zu helfen, notabene mit geringeren Beträgen als England, machten die Amerikaner jede Geldhergabe von der Beantwortung der Frage abhängig: «Wer wird die Flüchtlinge aufnehmen?»

Als am 12. Januar 1937 endlich neue, liberale Visa-Instruktionen an die amerikanische Konsulate ergingen und das Wort «Möglichkeit» durch das Wort «Wahrscheinlichkeit» bezüglich der hinderlichen Bedingung der «Public Charge» ersetzt worden war, schrieb der amerikanische Konsul Homer Brett in Rotterdam jubelnd:

«Wenn es für einen Konsulatsbeamten erlaubt sei, eine Meinung zu äussern in bezug auf eine Instruktion des State Department, möchte ich sagen, ich freue mich sehr, die Versicherung zu haben, dass die seit dem 30. September 1930 geübte Politik auch in gleichlautenden mündlichen und schriftlichen Instruktionen im gleichen Sinne aufgegeben wurde und Amerika wieder seine historische und ruhmvolle Stellung als Zufluchtsland für die Verelendeten und Unterdrückten einnimmt ... Es ist gut, jetzt eine klare Instruktion zu haben, dass das Gesetz auszuführen ist, wie es geschrieben wurde und nicht gemäss den aufgezwungenen Auslegungen.» }

Anfang 1939, als George Rublee nach der Evian-Konferenz in Berlin wegen der Freilassung der deutschen Juden verhandelte (Holland hatte sofort nach der Kristallnacht 1'700 aufgenommen), und Cecilia Razovsky um ihre 250 jüdischen Kinder kämpfte, erschien am 9. Januar 1939 eine Delegation katholischer und protestantischer Priester im Weissen Haus und unterbreitete eine Petition, die Tore des Landes für diese unschuldigen deutschen Kinder zu öffnen. Das dazu notwendige besondere Gesetz des Kongresses und der Einfluss des Weissen Hauses, das war zumindest die illusionäre Ansicht der Kirchenleute, würden alle Schwierigkeiten schnellstens überwinden.

Im Senat griffen Senator Robert F. Wagner, Senator von New York, und im Repräsentan-

tenhaus Edith Nourse Rodgers von Massachusetts die Idee auf und unterbreiteten identische Gesetzesvorschläge in beiden Häusern. Die Wagner-Rodgers Bill oder auch Child Refugee Bill genannt, schlug vor, 10'000 Kinder unter 14 Jahren im Jahre 1939, 10'000 im Jahre 1940, *zuzüglich* der regulären deutschen Quote nach Amerika einreisen zu lassen. Amerikanische Familien würden diese Kinder «adoptieren», für alle Kosten aufkommen, und wo die einzelne Familie nicht konnte, würden Organisationen helfen. Um nicht den Einspruch der mächtigen Gewerkschaften heraufzubeschwören, die sich damals besonders ängstlich wegen «unlauterer Konkurrenz» gebärdeten, enthielt der Gesetzesvorschlag einen Artikel, der diesen Kindern Arbeit gegen Entlohnung in den USA verbot. Sie sollten mit ihren Eltern wieder vereinigt werden, wenn die Umstände das erlaubten.

Senator Wagner (sein Sohn wurde später für 12 Jahre Bürgermeister der Stadt New York) war gebürtiger Deutscher. Er war ein Liberaler, ein Humanist, der bereits 1933 sich mit aller Vehemenz gegen die Judenverfolgungen und gegen die Diktatur Hitlers gewandt hatte. Sein Sohn gleichen Namens hat mir mit besonderem Stolz erzählt, dass der damalige deutsche Botschafter in USA erschreckt seinen Vater angerufen hätte, als er dessen Namen unter den Rednern in einer der ersten grossen Protestversammlung jüdischer Organisationen im Madison Square Garden (dem New Yorker Sportpalast) im Sommer 1933 entdeckte. «Herr Senator, das können Sie uns doch nicht antun, bei diesen Leuten im Madison Square Garden zu sprechen. Das richtet sich doch gegen Deutschland...» Senator Wagner antwortete ihm: «Keineswegs, Herr Botschafter. Es richtet sich gegen die Judenverfolgung in Deutschland. Im Übrigen: Kabein Sie Ihrem Führer, ich würde darauf verzichten zu sprechen, wenn er öffentlich versichert, mit den Judenverfolgungen aufzuhören.»

Die Einwanderung der Kinder unter dem Wagner-Rodgers Gesetz sollte vom American Friends Service Committee überwacht werden. Es waren einst die Quäker, die viele deutsche Kinder nach dem Ersten Weltkrieg gerettet hatten, als sie mehr als eine Million hungernder Kinder ernährten. So war die Wahl der Quäker als federführende Organisation, die natürlich mit allen anderen Hilfsorganisationen Zusammenarbeiten würde, ein politisch weiser, und wenn man will, taktisch geschickter Beschluss.

Es ist hinzuzufügen, dass Kardinal Mundelein, Herbert Hoover, Alf Landon, William Allen White, Repräsentanten der Industrie, des Geisteslebens in USA und von den Künstlern allen voran Eddy Cantor, sich für den Plan positiv ausgesprochen hatten, nach seiner Ankündigung am ersten Tage sich 4 000 «Adoptiveltern» meldeten und die «erste Frau der Welt», Eleanor Roosevelt, sich für dieses Rettungsgesetz einsetzte. Eddy Cantor stand dem Präsidenten sehr nahe, da er es war, der den berühmten March of Dimes anlässlich Roosevelts Geburtstag am 30. Januar ins Leben gerufen hatte, der den Opfern der Kinderlähmung half. Es war Roosevelts bevorzugte Wohlfahrtseinrichtung, wohl verständlich aufgrund seines eigenen Leidens. Eddy Cantor hielt es für natürlich, dass der Präsident den Gesetzesvorschlag unterstützen würde; aber zu seiner Enttäuschung und der vieler seiner Bewunderer blieb Roosevelt neutral, weil er den Kongress nicht verärgern wollte,

denn er brauchte von den isolationistisch eingestellten Parlamentariern \$ 500 Mill, für militärische Zwecke. Eleanor Roosevelt hat in ihren Memoiren «This I remember»⁴ kommentiert: «Franklin hat oft davon abgesehen, sich für eine Sache einzusetzen, an die er glaubte, im Hinblick auf die politischen Realitäten.» Mrs. Roosevelt jedoch gab nicht auf, sich für die Wagner-Rodgers Bill einzusetzen, und als der Präsident sich zur Erholung auf dem Kreuzer «Houston» befand, telegraphierte sie ihm: «Bist Du damit einverstanden, dass ich mit Sumner Welles [Unterstaatssekretär des State Department] spreche und ihm sage, dass wir für die Verabschiedung der Child Refugee Bill sind ...?»

Es war keineswegs so, dass Roosevelt sich nicht darüber im Klaren war, welche Katastrophe sich für die Juden in Europa und insbesondere Osteuropa ereignen würde, denn am 14. Januar 1939 kablete er dem Botschafter beim Vatikan, Myron Taylor, der sich fortgesetzt mit dem Flüchtlingsproblem befasst hatte, dass die Zukunft für «eine rassische und religiöse Gruppe von etwa sieben Millionen Menschen ... ausserordentlich dunkel» sei. Das Intergovernmental Committee habe sehr weise das deutsche Flüchtlingsproblem als eines der «unfreiwilligen Auswanderung ohne Unterschied von Rasse, Glauben oder politischer Überzeugung» behandelt; es müsse, so sagte Roosevelt, anerkannt werden, dass das osteuropäische Problem im Grunde ein jüdisches sei. Die deutsche Flüchtlingsbewegung sei, so fürchte er, nur eine Kostprobe des grösseren Problems, das sich ergeben werde, wenn man dem nicht zeitig genug begegne ...

Das war der Hintergrund, als ein gemeinsames Komitee des Kongresses und Senats die Verhandlungen über die Wagner-Rodgers-Bill eröffnete. Senator Wagners Appell war leidenschaftlich und überzeugend. Er unterstrich, dass mehr als die Hälfte der Kinder aus Deutschland nicht jüdisch sein würden. Er produzierte 58 Leitartikel führender amerikanischer Zeitungen zugunsten des Gesetzes, führte katholische und protestantische Geistliche als Fürsprecher an; er erinnerte daran, was Belgien, England und andere europäische Länder getan hätten, um dann dem Ausschuss die berühmte Anekdote Alexander Woolcotts zu erzählen:

«Ein jüdischer Junge betritt in Prag ein Reisebüro: er wolle eine Fahrkarte kaufen. ‚Wohin denn?‘ fragte ihn der Angestellte. ‚Nun, was für Fahrkarten haben Sie denn?‘ fragt der Junge. Der müde Angestellte gibt dem jungen Kunden den Globus der Welt. Der Junge prüft jeden Zentimeter des Globus und sagt dann: ‚Haben Sie nichts Besseres?‘«

In dieser Situation seien die unglücklichen Flüchtlinge. Sie suchen «etwas Besseres». Dann berichtete Wagner, mit welcher Sorge die Quäker und das mit ihnen verbundene Non-Sectarian Committee (nicht rassisch oder religiös gebunden) die Aufgabe vorbereiten, und gewiss könne die Zulassung von 20 000 Kindern für ein Volk von 130 Millionen Amerikaner (1930) nur von geringen ökonomischen Konsequenzen sein. Ihm folgten mit Aussagen oder Erklärungen der frühere Präsident Herbert Hoover, die Gewerkschaften und viele andere mehr. Dann kam die Opposition. Sie war gehässig. Der Vertreter der Allied Patriotic Societies z.B. erklärte:

4 Eleanor Roosevelt, «This I remember». New York 1949

«Wir müssen klar erkennen, dass dies nur eine Kampagne ist, das Quotasystem zu beseitigen, um eine Situation wie damals zu schaffen, als wir mit Fremden überflutet wurden, die den Versuch machten, die Geschicke unseres Landes zu bestimmen ... Genau gesagt, es ist kein Flüchtlingsgesetz, denn naturgemäss, wie der Fall nun einmal liegt, würden die meisten Zugelassenen der jüdischen Rasse angehören. Und in den letzten zwei Jahren haben wir bereits 80'000 jüdische Flüchtlinge aufgenommen . . .»

Eine andere Zeugin fragt: «Warum sollten wir diesen potentiellen Kommunisten einen Vorzug einräumen? Wir haben bereits zu viele ihrer Art in unserem Lande, die versuchen, unsere Regierung zu stürzen.» Leider entsprachen diese oppositionellen Äusserungen der allgemeinen Volksstimmung. Die repräsentative Monatszeitschrift «Fortune» hatte eine Meinungsumfrage gemacht: «Wenn Sie Mitglied des Kongresses wären, würden Sie zu einem Gesetz, das die Tore der Vereinigten Staaten für eine grössere Anzahl europäischer Flüchtlinge über die gesetzliche Quote hinaus öffnet, Ja oder Nein sagen?» 83%: Nein, 8,7%: Ja, 8,3%: ich weiss nicht. Nur 6,3% der Protestanten und 8,3% der Katholiken, im Gegensatz zu 69,8% der Juden, stimmten einer Erhöhung der Quoten zu. «Fortune» bemerkte, dass eine amerikanische Tradition in einer Relation von 10 zu 1 abgelehnt wird. Gewiss, die Amerikaner lehnten die Nazipolitik überwältigend ab, aber sie waren nicht willens, irgendwelche praktischen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Die Hearings um die Wagner-Rodgers Bill dauerten an, und in der zweiten Runde leitete die Verhandlungen der Abgeordnete Samuel Dickstein. Das Komitee konnte keinen Zweifel darüber haben, dass, wie es Roosevelt in seinem Telegramm an Myron Taylor vom 12. Januar 1939 zum Ausdruck gebracht hatte, sich die Situation verschlimmern würde. Endlich am 1. Juli, nachdem Franklin D. Roosevelt es ein zweites Mal abgelehnt hatte zu intervenieren, wurde der Gesetzesvorschlag mit einer entscheidenden Änderung dem Senat und dem Kongress zur Annahme zugeleitet. Die 20'000 Visa für Kinder unter 14 Jahren würden *innerhalb* der deutschen Quote und nicht darüber hinausgegeben werden. Senator Robert F. Wagner, Katholik, Gewerkschaftsfreund, zog aus dieser Änderung die Konsequenz. Er verzichtete auf seinen Antrag, und das Gesetz war damit tot; denn Wagner konnte es nicht verantworten, 20 000 Menschen, die seit Jahren auf die Quotennummern gewartet hatten, auf diese teuflische Art um ihre Rettung zu bringen. Wie es Arthur D. Morse in seinem Buchet ausdrückt: «Wagner realisierte, dass die 20 000 Kinder 20'000 Todesurteile für Erwachsene, denen sie ihren Platz wegnehmen würden, bedeuten würden.»

Weder hatten Roosevelt noch das State Department die starren Quotenbestimmungen nach der schrecklichen Novembernacht vom November 1938 geändert, obwohl damals der britische Botschafter, Sir Ronald Lindsay, den Amerikanern angeboten hatte, die Engländer seien bereit, auf einen Teil der englischen Quote von 65'000 zugunsten der deutschen zu verzichten. Sumner Welles aber hatte ihm bedeutet, dass nicht nur unüberwindliche «legale», sondern auch unüberwindliche «politische» Schwierigkeiten der Verwirklichung eines solchen Vorschlages im Wege stünden. Dann war die traurige «Kinderaffä-

re» abgerollt, und obwohl die Berichte von den amerikanischen Gesandtschaften in Berlin und anderen Hauptstädten immer dramatischer, immer erregender, immer pessimistischer wurden, änderte sich nichts in der Politik gegenüber den Flüchtlingen, nicht einmal ein scharfer, unmissverständlicher Protest des «amerikanischen Gewissens» durch seine machtvolle Regierung erfolgte.

Als nach der Bedrohung Englands der Vorschlag gemacht wurde, 10'000 Kinder aus England nach USA zu bringen, entstanden im Gegensatz zu den bedrohten Kindern aus Deutschland keine Schwierigkeiten. «Zehntausend Visa wurden schnellstens ausgegeben».⁶ Relativ wenig Schwierigkeiten erfuhren auch die Professoren und Wissenschaftler, von denen 2'500 in das Land kamen und ohne die der Erfolg amerikanischer Kriegsanstrengungen nicht in dem Masse möglich gewesen wäre.

Dennoch: Die Frage der Rettung von Flüchtlingen verschwand nicht von der Tagesordnung. Als ein bedeutsamer Schritt muss registriert werden, dass im September 1943 die nationalen demokratischen und republikanischen Klubs (entspricht den jeweiligen Parteiorganisationen in Europa) in gleichlautenden Resolutionen den Kongress aufforderten, Opfer «religiöser Verfolgung zeitweiligen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten» zu gewähren. Die Resolution verlangte, dass der Justizminister aufgrund dieser Sonder-(Not-)Gesetzgebung die Einwanderungsbeamten ermächtigen sollte, alle Personen zuzulassen, die «zur Zufriedenheit des Einwanderungsbeamten» beweisen konnten, dass sie die Aufnahme in den Vereinigten Staaten suchen, um «der religiösen Verfolgung» zu entgehen. Ein solches Gesetz würde eine Reihe der die Einwanderung einengenden Vorschriften beseitigt haben. Obwohl die Aussicht, in Kriegszeiten eine derartige Liberalisierung durchzuführen, zunächst nicht bestand, waren die identischen Erklärungen der beiden führenden Parteien des Landes von grosser politischer und moralischer Bedeutung.

Das State Department gab in einer Auslassung selbst zu, dass die Quotensituation sich radikal geändert habe. Während in den zwanziger Jahren alle Quotennummern zwischen 95% bis 98% ausgenutzt worden waren, waren im Quotenjahr 1942/43 nur 6,4% verbraucht worden, und nur die Quote Spaniens war zu hundert Prozent ausgenutzt worden, dieser Umstand, angesichts der dringenden Notwendigkeit in Todesgefahr befindliche Menschen zu retten, war so beschämend, dass selbst einige Krokodilstränen vergiessende Gesetzgeber an dieser Tatsache nicht vorübergehen konnten. Um das zahlenmässig an drei Ländern zu illustrieren, folgt hier eine Gegenüberstellung:

⁶ ebda., S. 293

Quotenstand per 30. Juni 1943

Land	Jahres- quote	1. Vor- zugsquote	2. Vor- zugsquote	Regul. Quoten	Insges. ausgest.	Nichtver- brauchter Rest
Tschechoslo- wakei	2 874	15	0	395	410	2 464
Deutschland	27 370	26	82	1 422	1 530	25 840
Polen	6 542	59	24	1 697	1 780	4 762

Prozent der ausgestellten Quotenvisen

Tschechoslowakei	14,2
Deutschland	5,6
Polen	27,2

Im Gegensatz dazu sah die Situation zwischen 1928 und 1943 wie folgt aus:

	1928	1929	1938	1939	1943
Tschechoslowakei	001	100	99	100	14
Deutschland	001	100	71	100	6
Polen	001	100	24	100	27

Die nicht benutzten Quotennummern (Deutschland 1943 94%, etc.) konnten nach dem Gesetz nicht für das nächste Jahr vorgetragen werden, sondern waren verloren. Jeder Versuch liberaler Kongressleute, diese Bestimmung zu ändern, scheiterte jedoch.^{6a}

Seit 1940 war Assistant Secretary (Ministerialdirektor) Breckenridge Long für die Frage der Flüchtlinge und die Rettungspolitik der USA verantwortlich. Seine Instruktionen zielten darauf ab, jede «spezielle Anstrengung» zugunsten der Juden abzubremsen. Breckenridge Long kam aus Missouri, war sehr reich, und die Demokratische Partei war ihm politisch tief verschuldet. Das geht bereits auf Woodrow Wilson zurück, der ihn schon 1917 zum «Third Assistant Secretary» im State Department berief, eine Position etwa im Range eines Ministerialrats. Dann versuchte er, Senator von Missouri zu werden, wurde aber von den Republikanern geschlagen, und bei der Parteikonvention spielte er zugunsten der Kandidatur Franklin D. Roosevelts eine gewichtige Rolle. Im April 1933 ernannte ihn Roosevelt «als Dank» zum ausserordentlichen Botschafter am Hofe des italienischen Königs. Der Faschismus in Italien imponierte ihm, und in einem Briefe an Franklin D. Roosevelt beschreibt er die «Verbesserungen» in Italien: Pünktlichkeit, Reinlichkeit, Moral.

^{6a} Zur Fremdenfeindlichkeit einflussreicher amerikanischer Kreise vgl. David S. Wyman, «Paper Walls. America and the Refugee Crisis, 1938-1941.» Cambridge, Mass. 1968.

«Die Faschisten in ihren schwarzen Hemden sind in jeder Gemeinde zu sehen. Sie sind forsch, gut gekleidet, halten sich gerade und verleihen der Atmosphäre ihre Individualität und Bedeutung ... Die Züge sind pünktlich, gut ausgestattet und schnell...» Das war der Mann, den Roosevelt im Jahre 1940, ein politisches Versprechen einlösend, zum Ministerialdirektor des State Departments ernannte, und Long wurde Chef von 23 der 42 Abteilungen dieses Mammut-Ministeriums. Das schloss die Visaabteilung ein und die sogenannte «Special Division», welche die Überweisung von US Geldern nach Übersee überwachte. Longs Machtbereich schloss die Kriegsgefangenen und die Zivilinternierten ein, sowie alles, was mit der Unterstützung (und Hilfe) für die Juden in Europa zu tun hatte. Gleichgültig, ob es sich um Besuchsvisen oder Einwanderungsvisen oder Hilfsendungen von Lebensmitteln, Kleidung oder Medizin oder Appelle an das Internationale Rote Kreuz handelte – es landete alles zur endgültigen Entscheidung auf dem Schreibtisch von Breckenridge Long.

Als nun der Auswärtige Ausschuss des Repräsentantenhauses die Resolution 350 und 352 diskutierte, welche von der Exekutive die Einsetzung einer Kommission zur Rettung des jüdischen Volkes verlangte, erschien Ministerialdirektor Breckenridge Long, damals 61 Jahre alt, am 26. November 1943 als Zeuge und erklärte:

«Seit Beginn des Hitlerregimes und der Verfolgung der Juden bis heute haben wir 580'000 Flüchtlinge hereingelassen. Alles, was geschah, erfolgte unter der Quotengesetzgebung mit Ausnahme der hochherzigen Geste, die wir während einer tragischen Periode (nach dem Fall Frankreichs) gemacht haben.»

Mit dieser Äusserung entstand die Affäre Breckenridge Long. Zunächst glaubte man «nur», dass Mr. Long die Statistik seines State Departments benutzt habe, welche die *ausgegebenen* Visen registrierte und nicht die benutzten. Die Presse war voll von Polemiken gegen diese absichtliche Entstellung. Ich wurde in diese Affäre hineingezogen.

Bevor ich in den Jüdischen Weltkongress eintrat, hatte ich als freier Schriftsteller für das Institute of Jewish Affairs, den wissenschaftlichen Arm des Kongresses, an einem Buch über die jüdische Flüchtlingsbewegung zu arbeiten begonnen. Im März 1943 wurde ich in den Kongress berufen und nach sechs Wochen in dessen europäischer Abteilung besonders mit Fragen der Rettung der Flüchtlinge betraut. Als der Sturm um die Breckenridge Long-Erklärung losbrach, wurde ich von der American Jewish Conference (der damaligen Dachorganisation der jüdischen Organisationen) aufgefordert, Material für eine ausführliche Antwort zur Verfügung zu stellen, und einen grossen Teil dieses von mir vorbereiteten Materials finden wir in der Rede des Abgeordneten Emanuel Celler (heute Vorsitzender des Rechtsausschusses des Repräsentantenhauses) vom 24. Januar 1944⁷ und in der Denkschrift der American Jewish Conference. Was die Zahl von 580'000, die Mr. Long damals genannt hatte, anbelangt, so stellte sich heraus, dass a) in zehn Jahren 1'537'740 Einwanderer unter der Quote hätten kommen können; b) dass 292'882 kamen,

von denen nur 165'756 Juden waren, obwohl 513'528 am 1. Januar 1939 Visen bei den verschiedenen amerikanischen Konsulaten beantragt hatten. Das zweite interessante Faktum war Folgendes: Wenn man die zwanzig Länder berücksichtigt, die durch die Verfolgung und den Krieg in Mitleidenschaft gezogen wurden, beginnend mit Belgien und endend bei Jugoslawien, so standen diesen Ländern in den zehn Jahren, von denen Herr Long sprach, 571'070 Quotennummern zu, wovon jedoch nur 239'503 verbraucht worden waren, mit 149'231 Quotennummern für Juden.

Die Rede Cellers war Punkt für Punkt eine Widerlegung der Longschen Zeugenaussage, und bewies, wes Geistes das State Department und seine führenden Beamten in dieser Frage um Leben und Tod für Hunderttausende von Menschen waren. Am 19. Februar 1944 sprach der humanitäre, liberale Kommissar für Einwanderung und Naturalisierung, Earl G. Harrison, der, leicht ironisch, gegen seinen Kollegen im State Department polemisierte: «Es ist schwierig, das Wort Flüchtling zu definieren, denn unsere ganze Nation, wie man wohl sagen kann, besteht aus Flüchtlingen und deren Nachkommen». Alle, die nach Amerika gekommen sind, «kamen unter unseren regulären Einwanderungsgesetzen, gleichgültig welche Motive sie nach USA brachten, sie wurden unter denselben Bedingungen zugelassen, wie wir jede andere Gruppe von Einwanderern in normalen Zeiten zulassen würden.» Im gewissen Sinne aber hatte Mr. Long sich und seinen Freunden im State Department, die Überstunden arbeiteten, um niemanden nach USA hineinzulassen, einen Bärendienst erwiesen, wie wir später noch sehen werden.

Die Registrierung der Ausländer in USA hatte längst stattgefunden, ehe die Vereinigten Staaten offiziell in den Krieg eintraten. In der Zeit vom 27. August bis 26. September 1940 wurden 4'741'971 Ausländer registriert; sie mussten angeben, welchen Organisationen sie in den letzten fünf Jahren angehört hatten, ob und wo sie Verwandte hatten und welchen Militärdienst sie in der Vergangenheit geleistet hatten. Ausserdem wurden von allen Fremden Fingerabdrücke abgenommen.

Nach offiziellen Berichten liessen sich 98% der Ausländer, von denen 80% Verwandte in den Vereinigten Staaten und 40% bereits Anträge auf Einbürgerung gestellt hatten, registrieren. 3,8% der männlichen Ausländer, die registriert wurden, hatten militärische Erfahrungen.

Die amerikanische öffentliche Meinung reagierte verschieden auf diese «Friedensmassnahme». Berechtigt fragten einige Blätter, wie z.B. die «New York Times» am 3. Juni 1940, ob durch diese Methode tatsächlich Mitglieder der fünften Kolonne oder gar Spione entdeckt werden würden. Die USA, ein Land ohne polizeiliches Meldewesen, stand an sich dieser «sadistischen, hysterischen Gesetzgebung» ablehnend gegenüber. Der Agent und Spion, der das Geld wert ist, das man ihm zahlt, weiss das Gesetz zu umgehen. Aber, bemerkte die «New York Times», «130 Millionen gute Amerikaner werden den Tag bereuen, da sie dem Irrglauben verfielen, sie hätten nun die Ausländerbevölkerung unter Kontrolle gesetzt.» Earl G. Harrison schrieb in einem Artikel «Axis Aliens in an Emergency»⁸:

8 In: «Survey Graphic». Ausg. vom Sept. 1941

«Wenn wir etwas aus dem letzten Kriege gelernt haben, wenn wir aus der Erfahrung anderer Nationen lernen wollen, wenn wir nur etwas mehr wissen über die Nicht-Bürger, die sich in unser Gästebuch eingetragen und ihre Fingerabdruck-Identifizierung gegeben haben, werden wir dazu kommen, zwischen freundlichen und feindlichen Ausländern zu unterscheiden ...

Als am 7. Dezember 1941 die Japaner Pearl Harbor angriffen, wurde noch am selben Tage eine die feindlichen Ausländer kontrollierende Verordnung in bezug auf Japaner und am 8. Dezember eine für Deutsche und Italiener proklamiert. Feindlichen Ausländern wurde vor geschrieben, gegenüber den Vereinigten Staaten den Frieden zu wahren und sich aller Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Sicherheit zu enthalten; sei es durch Wort oder Tat ... Alle feindlichen Ausländer sind zur Zurückhaltung verpflichtet und fallen, was ihre Bewegungsfreiheit der Ausreise aus den Staaten anlangt, unter besondere Bestimmungen des U.S. Codes.

Die praktischen Folgen dieser Proklamation an der Ostküste für die feindlichen Ausländer war, dass sie nur mit Genehmigung reisen konnten, keine Art Waffen, keine photographischen Apparate oder Kurzwellenempfänger besitzen durften, und wenn ihnen das Reisen ermöglicht war, durften sie keine Flugzeuge benutzen. Feindliche Ausländer konnten auch weiterhin in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt, interniert oder von wichtigen militärischen Gebieten entfernt werden. Ausserdem wurden die Bestimmungen der Ausreise feindlicher Ausländer aus und nach den Staaten besonderen Verordnungen unterworfen. Wegen der grossen Konzentration von Japanern an der Westküste evakuierte man sie in das Innere des Landes, andere «feindlichen Ausländer» mussten ein Ausgehverbot von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens einhalten und ebenfalls gewisse «verbotene Gebiete» verlassen. Das Ausgehverbot wurde erst am 1. April 1944 aufgehoben. In Kalifornien war die Kriegspsychose am stärksten, denn dort entliess man nicht nur amerikanische Staatsbürger, wenn sie japanischer, deutscher und italienischer Abstammung waren, sondern tausende amerikanische Staatsbürger japanischer Abstammung wurden an der Westküste sogar interniert.

Die Kontrollvorschriften für «feindliche Ausländer» ohne Unterschied, ob Flüchtlinge vor der Naziverfolgung oder nicht, verschärfen sich. Der Justizminister verfügte am 7. Januar 1942, dass «alle Ausländer aus feindlichen Ländern» während des Monats Februar um einen «Identifizierungsausweis» nachsuchen mussten. Niemand war eigentlich überrascht, als Anfang April 1942 bekannt wurde, dass Abschriften der Anträge für diesen Ausweis der Bundespolizei, dem Justizministerium und den lokalen Polizeibehörden zugegangen seien mit der Instruktion, die Angaben, unter Umständen auch durch Haussuchung, zu überprüfen. Jede Adressenänderung musste sofort mitgeteilt werden, und «feindliche Ausländer», die in der Nähe militärischer Einrichtungen wohnten oder gar in der Kriegsindustrie beschäftigt waren, wurden besonders überwacht.

Die kontrollierende Behörde war als erste die Ortspolizei, mit der der gewöhnliche Bürger, der die Gesetze beachtet, eigentlich nie etwas zu tun hat. Entdeckte diese Behörde Übertretungen der Vorschriften, so wurde die FBI (Bundespolizei) sofort benachrichtigt. Da alle Briefe und Telegramme zensiert wurden und einige unserer deutschen politischen

Flüchtlinge nicht ihre Schreibwut zähmen konnten, die Gruppenkämpfe selbst angesichts der Entscheidungsschlacht, zu der die USA angetreten waren, nicht aufhörten, kam es manchmal zu beinahe tragikomischen Untersuchungen, da dank mangelnder Kenntnis der deutschen Sprache und vor allem des «konspirativen Charakters der Korrespondenz» die Bundespolizei glaubte, einem deutschen Spionagenetz auf der Fährte zu sein; das Resultat wochenlanger Bemühungen war höchstens eine für die Behörden uninteressante Feststellung eines Gruppenkrachs unter den Emigranten.

Im Jahre 1942 hatte ich auf diesem Gebiete meine eigene Erfahrung, obwohl es sich nicht um «Emigrantenpolitik» handelte. Ein Londoner politischer Verlag war durch politische Freunde in England an mich herangetreten, eine Broschüre zum Thema der antidemokratischen Justiz während der Weimarer Republik zu schreiben. Darüber ging eine offene Korrespondenz mit London hin und her, die eines Morgens durch das Erscheinen eines FBI-Beamten und eines Detektivs der New Yorker Polizei jäh unterbrochen wurde. Eine Haussuchung fand statt, die nur zutage förderte, dass der «verdächtige Grossmann» ein enragierter Gegner Hitlers sei, und so ging die Sache aus wie das Hornberger Schiessen. Es war unmöglich, alle gesetzlichen Bestimmungen zu kennen; darüberhinaus verlangte das Justizministerium von mir, mich als ein «ausländischer Agent» zu registrieren, da der Verleger eine englische Firma sei, die mich bezahle. Ich bin noch heute recht stolz darauf, mit meinen damals geringen englischen Sprachkenntnissen ohne anwaltliche Hilfe das hochwohlwöbliche Justizministerium in Washington von der Unsinnigkeit des Verlangens überzeugt zu haben. (Nebenbei bemerkt, der Beamte, der mit mir darüber korrespondierte, sandte mir ein Jahr später seine Geschäftskarte, dass er sich als Anwalt in Washington niedergelassen habe und mir mit seinen Diensten zur Verfügung stehe.)

Je mehr der Krieg sich ausweitete, desto mehr «feindliche Ausländer» wurden in die einschränkenden Bestimmungen miteinbezogen. Nach der Kriegserklärung vom 17. Juli 1942 an Rumänien, Bulgarien und Ungarn fielen die nichtnaturalisierten Einwanderer aus diesen Ländern unter dieselben Bestimmungen wie die Deutschen, Italiener und Japaner. Langsam jedoch wurden einige Ausnahmen gemacht, so z.B. wenn Deutsche, Italiener oder Japaner eine andere als die amerikanische Staatsbürgerschaft erworben hatten und die ursprüngliche nicht beibehalten wurde. Ausgenommen waren auch solche Einwanderer, die als Österreicher, Ungarn und Koreaner unter dem 1940er Fremdenregistrierungsakt eingetragen waren. Man ging sogar so weit, diesen drei Gruppen, die sich irrtümlich als Deutsche, Italiener oder Japaner registriert hatten, die Möglichkeit zu geben, den «Irrtum» zu berichtigen, um sie in den Genuss der Ausnahmestimmungen zu bringen. Es war keine absolute Freistellung, denn, wie der Justizminister Francis Biddle erklärte, «auch diese «Fremden» können als «feindliche Ausländer» jederzeit festgenommen und in Lager gebracht werden, wenn eine solche Massnahme im Interesse der nationalen Sicherheit liegt.»

Immerhin war diese «Androhung» nicht zu erschreckend, denn jeder Ausländer konnte nach den Ausnahmegesetzen während des Krieges genau so wie «feindliche» Ausländer behandelt werden.

Nachdem die fotografischen Apparate und Kurzwellenradios abgegeben waren, blieb als die unangenehmste Erschwernis das Reisen übrig. Jedes Mal, wenn es notwendig wurde, sei es für Ferien oder Besprechungen in Washington, New York zu verlassen, musste ein Antrag beim Staatsanwalt ausgefüllt werden, der meistens anstandslos bewilligt wurde. Die einzigen Ausnahmen waren Reisen am Wochenende, weil dann die Züge mit Urlaubern überfüllt waren, sonst erinnere ich mich keiner Schwierigkeiten für meine Freunde, meine Familie und mich selbst. Später, als ich für den Jüdischen Weltkongress ständig nach Washington reisen musste, erhielt ich eine Dauererlaubnis.

Der 19. Oktober 1942, der Tag des Kolumbus, brachte für die Italiener eine ausserordentlich angenehme Überraschung, aber eine grosse Enttäuschung für die Deutschen und Japaner. An diesem Tage wurde «bedingungslos» die Stipulierung der Italiener als «feindliche Ausländer» aufgehoben. Der Justizminister Biddle kam extra nach New York, um bei einer Kolumbus-Feier diese Grosszügigkeit der amerikanischen Regierung bekannt zu geben. Der Justizminister deutete an, dass Washington mit ähnlichen Massnahmen für die anderen Nationalitäten folgen werde. Prüfungen seien im Gange. Sofort nach der Freistellung der Italiener vom «feindlichen Ausländerstatus» wurden die Forderungen dringender, die Fragen beharrlicher und pointierter, warum die wirklichen Feinde Hitlers zum mindesten nicht dieselbe Behandlung wie die Italiener erfahren sollten, zumal in den ausgefüllten Formularen die Flüchtlinge erklärt hatten, warum sie Deutschland verlassen hatten oder verlassen mussten. Diese Informationen seien, so stellte man mit Bedauern fest, nicht benutzt worden, um für die Anti-Hitler-Flüchtlinge einen Sonderstatus zu schaffen. Gerhart H. Seger, bis 1933 sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und bis 1949 Chefredakteur der sozialdemokratischen «Neue Volkszeitung» in New York, wies daraufhin, dass die Erfahrung lehre, eine mechanische Unterscheidung zwischen Amerikanern und «feindlichen Ausländern» sei nicht nur nicht gerechtfertigt, sondern auch gefährlich. Auf jeden bis zum 27. Dezember 1941 verhafteten «feindlichen Ausländer» kommen 22 amerikanische Bürger, die Mitglieder des Deutsdiamerikanischen Bundes sind (nationalsozialistisch), von anderen Naziorganisationen abgesehen. In einem in New York damals abgehaltenen Spionageprozess gegen 32 Angeklagte waren nur drei Ausländer, alle anderen amerikanische Bürger. George L. Warren, damals Direktor des International Migration Service (er ging später zum State Department), formulierte es folgendermassen: «Wir wissen aus Erfahrung, dass die grosse Mehrheit der Fremden loyal und gerade so daran interessiert ist wie jeder andere, den Krieg zu gewinnen. Das Problem ist, ihre Loyalität zu erhalten, denn sie haben einen Beitrag in diesem Kriege zu leisten, und wir müssen einen Weg finden, daraus Vorteil zu ziehen.»

So begann 1942 in den Vereinigten Staaten eine Bewegung, geführt von den liberalen Kräften, die forderte: Behandelt die «feindlichen Ausländer» nicht en masse, sondern gemäss der individuellen politischen Überzeugung. Etwa nach dem englischen Beispiel wurden «hearing boards» vorgeschlagen, und in Los Angeles wurden durch ein Komitee des Repräsentantenhauses (Tolan Komitee) am 7. März 1942 «Verhöre» abgehalten, an

denen auch Thomas Mann und Bruno Frank teilnahmen. Das Komitee empfahl individuelle Behandlung; aber weder das gewichtige Urteil eines parlamentarischen Ausschusses noch die Erklärung von James G. McDonald, dem ersten Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland, brachten eine Änderung gegenüber den «feindlichen Ausländern» aus Deutschland und Japan. Es schien, als ob nur die Italiener Vorteile haben sollten. Immer wieder wurden Vorschläge der Ausnahmebehandlung gemacht, so im Februar 1942 von Earl G. Harrison für Frauen, Eltern oder Kinder der Männer, Söhne oder Väter, die in der Armee dienen, solche, die ihre Naturalisierung beantragt hatten, und schliesslich politische und rassische Flüchtlinge, vor allem aus Deutschland.

Ein Silberstreifen am Horizont war die Ernennung von Earl G. Harrison am 24. März 1942 zum Commissioner of Immigration and Naturalization. Harrison war ein prominenter Anwalt in Philadelphia, der seit Jahren im politischen Leben stand, ein Demokrat im wahren Sinne des Wortes und vor allem ein grosser Humanist. Seine Berufung auf diesen wichtigen Posten wurde von den liberalen und fortschrittlichen Elementen der USA begrüsst. Bereits im Mai 1942 gab er bekannt, dass die 300'000 Anträge der «feindlichen Deutschen» aus dem Wust von beinahe 5 Millionen herausgenommen worden seien, dass man sie studiere und er vorschlagen würde, 150'000, einschliesslich 45'000 bona fide Flüchtlinge erneut einzustufen. Dann kamen Monate des Wartens, die Rede von Justizminister Francis Biddle, in der er sagte: «Ich möchte ausdrücklich betonen, dass, indem wir die Abstempelung der Italiener als «feindliche Ausländer» beseitigen, wir nicht vergessen, dass andere loyale Personen als feindliche Ausländer klassifiziert sind. Ihre Situation wird nun vom Justizministerium sorgsam studiert.» Während dieses Studium Monate und Monate dauerte und aus Washington nicht die erhoffte Nachricht von der erhofften Reklassifizierung der Anti-Hitler-Flüchtlinge kam, entschied ich mich, selbst «feindlicher Ausländer», in der liberalen Wochenschrift «The Nation» zu diesem Thema einen Artikel unter der Überschrift «Unrecognized Allies» zu veröffentlichen, der am 11. Dezember 1943 erschien. Die düsteren Voraussagen, dass dieser Akt des Selbstbewusstseins mir die grössten Ungelegenheiten bringen würde, erfüllte sich nicht. Earl G. Harrison, Commissioner des Immigration and Naturalization Service, reagierte positiv auf meinen Artikel.

Zu einem gewissen Teil wurde das «feindliche Ausländerproblem» durch die nun immer stärker werdende Naturalisierung der 1938/39 ins Land gekommenen Einwanderer gelöst. Während die Neueinwanderer, immer wenn die ersten fünf Jahre ihres Aufenthaltes vorüber waren, sofort ihre Naturalisierung beantragten, und dadurch die Zahl der Ausländer innerhalb von zwei Jahren sich von 4'250'000 auf 3'600'000 verringerte (Soldaten, Söhne von «feindlichen Ausländern», wurden nach dreimonatiger Dienstzeit Bürger), bildeten die Masse der Ausländer Alleinwohner, unter ihnen solche, die 20 Jahre und länger im Lande lebten, aber es nicht für notwendig erachtet hatten, sich um die Staatsbürgerschaft des Landes (im Gegensatz zu den Neuankömmlingen) zu bemühen.

Waren die Flüchtlinge für das Land, das sich nur langsam aus seiner Wirtschaftskrise befreite, eine Last oder ein Aktivposten? Das war die Frage, die eigentlich zu jeder Zeit in der amerikanischen Einwanderungsgeschichte gestellt wurde. «Als das Land noch neu war, war es vielleicht eine gute Politik, alle zuzulassen. Aber das ist nicht länger der Fall.» Diese Worte wurden – 1799 von einem Abgeordneten des Staates Massachusetts, James Otis, gesprochen. Zwanzig Jahre später veröffentlichte das Niles Register die Warnung, die Einwanderer sollten mehr in das Innere des Landes gehen. Zu dieser Zeit war die Seeküste zu stark bevölkert. Obgleich die Voraussage sich als falsch herausstellte, erschien im Jahre 1835 eine zu jener Zeit sehr beachtete Schrift: «Eminente Gefahren für die freien Einrichtungen der Vereinigten Staaten durch ausländische Einwanderung», in der es heisst: «Damals waren wir wenige, schwach und zerstreut, jetzt sind wir zahlreich, stark und konzentriert.» Die älteren Einwanderer fürchteten die Neuankömmlinge, und diese Furcht, so unberechtigt und falsch sie auch war, ist eigentlich nie ganz gewichen. Dabei steht fest, dass Einwanderung ökonomisch dem Lande half und Stagnation ihm schadete. Beispiel: Wir lesen im «U.S. Census of Manufacturers», Jg. 1938, dass von 1899 bis 1909 7'770'000 Einwanderer in die Vereinigten Staaten kamen. In demselben Zeitraum stieg die Anzahl der Anstellungen um 40,4%. Die nächste Dekade brachte 6'600 000 Einwanderer nach USA, und der Anstellungsquotient wuchs um 35,9%. In der Dekade von 1919-1929, während der die Quotagesetzgebung in Kraft trat, kamen nur 3'207'037 Einwanderer ins Land, und die offizielle Statistik verzeichnet eine Erhöhung von Anstellungen von nur 1,6%. In den Jahren 1929-1935 wanderten mehr Menschen aus Amerika aus (nahezu 65'000) als einwanderten, und der U.S. Statistical Abstract registriert ein Minus von 17% in der Kolonne Anstellungen – also mehr Entlassungen als Einstellungen.

Die Hitlerflüchtlinge kamen 1938 und 1939 in grösserer Anzahl und brachten mit sich

a) ein gewisses Kapital,

b) technische und wissenschaftliche Fähigkeiten, ganz abgesehen davon, dass z.B. allein von 152'815 Juden, die bis zum 30. Juni 1941 in die USA kamen, 31'113 potentielle Soldaten waren. Was das nach USA von den Flüchtlingen im Laufe der Jahre hereingebrachte Kapital betrifft, so ist die beste Schätzung, die ich erhalten konnte, der Betrag von 1,5 Milliarden Dollar. So entstanden von Flüchtlingen gegründete neue Industrien und Konzerne. Eine Untersuchung von 829 solcher Betriebe ergab, dass 114 nur eigene Familienmitglieder beschäftigten, 7'159'000 Angestellte hatten, davon 6'000 amerikanische Bürger. Ein sogenannter Flüchtlingsbetrieb gab zu damaliger Zeit durchschnittlich 7 Amerikanern Arbeit. Zum Teil haben diese «Flüchtlingsbetriebe» Fabriken übernommen und deren Arbeit fortgeführt, aber 150 betätigten sich in der Produktion von Waren, die für die USA neu waren und früher importiert werden mussten, darunter feine Lederwaren, Handschuhe, Parfüm, Wiener Strickwaren, Plastik u.a. Noch wichtiger war aber, dass eine Anzahl der Betriebe, zunächst 60, dann immer mehr, im Kriegsproduktionsprozess viel leisteten und einzelne Firmen für diese Leistungen ausgezeichnet wurden.

Ob es sich um rein wirtschaftliche Tätigkeit handelte oder um den Ankauf von Kriegsanleihen, die Flüchtlinge taten trotz der Beschränkungen, denen sie unterworfen waren, ihre

Pflicht. Sie haben das Land bereichert mit der ihm notwendigen «ökonomischen Injektion», mit neuen Patenten, mit Investierung ihres Kapitals, mit Ankauf von Kriegsanleihen, mit besonderem Ausdruck ihrer Loyalität, wie die Sammlung von ca. \$ 50'000 für ein Jagdflugzeug.

Ein besonderes Gebiet aber war der geistige Beitrag, den Journalisten und Schriftsteller in der Office of War Information, Office of Strategie Service und anderen Regierungsstellen leisteten, die Professoren, die an den Universitäten lehrten und schliesslich und endlich die Physiker, die an der Produktion der Atombombe mitwirkten.

In Forschungsabteilungen der Regierung müssen Dr. Otto Kadmon, Heinz Wickel, Erich Lewinski, Dr. Emmi Bloch u.a. erwähnt werden, während in der biographischen Abteilung Hans Hirschfeld arbeitete, die Dienste von Franz Neumann, Fritz Sternberg, Robert M.W. Kempner usw. wurden ständig in Anspruch genommen.

Die Sprachkenntnisse der geflüchteten Wissenschaftler waren ein wichtiger Faktor, der zu ihren Gunsten sprach und dazu beitrug, dass man gerne ihre Dienste in Anspruch nahm. Wieviele welche Sprachen kannten (ausser englisch und deutsch) geht aus der folgenden Statistik hervor:

Afrikanisch	2	Lettisch	1
Arabisch	7	Malaiisch	2
Bulgarisch	5	Norwegisch	5
Chinesisch	1	Persisch	4
Dänisch	15	Polnisch	130
Holländisch	52	Portugiesisch	29
Esperanto	2	Rumänisch	20
Flämisch	4	Russisch	73
Französisch	1 468	Serbisch	13
Hebräisch	29	Slawisch, allg	4
Ungarisch	66	Slowakisch	9
Isländisch	1	Spanisch	26
Italienisch	278	Schwedisch	24
Japanisch	3	Tartarisch	2
Jiddisch	52	Tschechisch	128
Jugoslawisch	7	Türkisch	6
Kroatisch	3	Ukrainisch	11

Unter den Flüchtlingen gab es Physiker, Meteorologen, Chemiker, chemische und andere Ingenieure, Architekten, Mechaniker usw. und auf dem Gebiete der Sozialwissenschaft Volkswirte, darunter zwei hervorragende statistische Analytiker, Übersetzer, Sprachlehrer, Journalisten, Sozialarbeiter, Anwälte; auf dem Gebiete der Medizin und verwandter Gebiete Ärzte, darunter hochqualifizierte Spezialisten, Dentisten, Apotheker, Physiotherapeuten, Röntgentechniker usw.

Tausende von Ärzten, die bis 1935 nur ihr englisches Sprachexamen machen mussten,

um zu praktizieren, aber später sich einem neuen Studium unterwerfen mussten, hatten sich entweder nach und nach niedergelassen oder waren in Hospitälern angestellt, und viele hatten sich während des Krieges freiwillig der Regierung zur Verfügung gestellt. In einem Bericht von Edward J. Ennis, der in den vierziger Jahren Direktor der Fremdenkontrollabteilung im Justizministerium war, heisst es, dass die Flüchtlinge die amerikanische Bevölkerung um nur 0,2% vermehrt haben, aber «die kulturelle Bereicherung ist viel grösser, als diese Zahl es zum Ausdruck bringt.» Ennis erklärt, die Flüchtlinge hätten bewiesen, dass das Vertrauen, das die Regierung in sie gesetzt habe, vollkommen gerechtfertigt gewesen sei. Last not least sind tausende junge Flüchtlinge Soldaten geworden und haben in ihrer Ergebenheit für die Verteidigung der neu gefundenen Heimat ihr Leben hingegeben.

16. Bermuda Konferenz

«Das Asylrecht ist ein so wertvoller Besitz des Volkes der Vereinigten Staaten, dass er weder weggegeben noch eingeschränkt werden darf.

Programm der Republikanischen Partei, 1912

Die Evian-Konferenz im Jahre 1938, einberufen auf Initiative der Vereinigten Staaten, hatte bei den Flüchtlingen und den Verfolgten, die der mörderischen Umklammerung zu entgehen suchten, Hoffnungen ausgelöst, die sich, wie wir wissen, nicht erfüllten. Inzwischen war der Krieg ausgebrochen, Deutschland hatte im November 1938 die Nacht der Schande erleben müssen. Das Wort von der «Endlösung» geisterte wie ein drohendes Menetekel durch deutsche amtliche Sitzungsprotokolle. Am 20. Januar 1942 hatte die traurig berühmte Wannsee-Konferenz stattgefunden, welche deutlich machte, dass es das Ziel nationalsozialistischer Politik sein würde, die arbeitsunfähigen Juden sofort zu töten und die Arbeitsfähigen sich zu Tode arbeiten zu lassen. An dieser makabren Konferenz waren beteiligt gewesen: Beamte des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete und des Reichsministeriums des Innern, der Beauftragte für den Vierjahresplan, Vertreter des Reichsjustizministeriums, des Rasse- und Siedlungshauptamtes, der Sicherheitspolizei, und den Vorsitz führte ein Vertrauter Himmlers, Reinhard Heydrich, der spätere Statthalter von Böhmen und Mähren, der Ende Mai 1942 in Prag ermordet wurde. Die entscheidenden Sätze des Protokolls lauten:

«... Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In grossen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden strassenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Grossteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.

Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaus anzusprechen ist. ...»¹

So begann das barbarische Konzept der Endlösung unter Adolf Eichmanns Leitung. Es entstanden Vernichtungslager wie Auschwitz, Belzec, Treblinka, Mauthausen, Maidanek, Sobibor, Izbica u.a. In diesen Vernichtungslagern wurden die Juden durch Zyklon B Gas in eigens dazu hergestellten Wagen oder in als Brausebäder getarnten Zellen vernichtet. Die Nachricht, dass Massenvernichtungen stattfanden, wurde dem Vertreter des Jüdischen Weltkongress in Genf, Gerhard Riegner, über den Schweizer Journalisten Benjamin

1 Zit. nach einer Abschrift aus den Nürnberger Akten, die dem Verf. von Robert M.W. Kempner, einem der Ankläger der Nürnberger Prozesse, zur Verfügung gestellt wurde.

Sagalowitz mitgeteilt, der sie seinerseits von einem deutschen Industriellen hatte. Riegner sandte am 7. August 1942 die Hiobsbotschaft an den damaligen Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Stephen S. Wise, nach New York mit Hilfe des amerikanischen bzw. englischen Konsuls in Genf und gleichzeitig an den Labour-Abgeordneten Sidney Silverman, ein Exekutivmitglied der Britischen Sektion des Jüdischen Weltkongresses in London. Dieses Telegramm leitete der englische Konsul über das Foreign Office, und es erreichte Silverman zwei Tage nach Absendung.

Das im State Department angekommene Kabel von Riegner wurde jedoch wegen der «Unglaublichkeit seines Inhalts» Dr. Wise nicht weitergegeben und der amerikanische Botschafter in Bern beauftragt, diese unmöglich erscheinende Meldung zu überprüfen. Inzwischen aber hatte sich Sidney Silverman mit Dr. Wise in Verbindung gesetzt, der nun Ende August 1942 von dieser furchtbaren Nachricht über London Kenntnis erhielt und empört Unterstaatssekretär Sumner Welles aufsuchte. Dieser beschwor ihn, die Sache solange geheim zu halten, bis die Alliierten die Möglichkeit gehabt hätten, die Nachricht von einem über allen Zweifel erhabenen Gewährsmann nachzuprüfen. Dr. Wise willigte zögernd ein, und so vergingen drei lange Monate, neunzig Tage, während denen die Deportationszüge nach dem Osten rollten und aus dem Nachrichtendienst der polnischen Exilregierung in London bekannt wurde, dass 700'000 polnische Juden bereits ermordet worden seien. Leland Harrison, der amerikanische Botschafter in Bern, musste endlich die traurige Nachricht bestätigen. Das Gleiche geschah aus Quellen des Vatikans. Nun setzte eine gigantische Protestwelle, ein Aufschrei des Entsetzens der westlichen Welt ein. Die Alliierten verurteilten am 17. Dezember 1942 in einer weitverbreiteten Erklärung diese Verbrechen, und unter dem Druck der Schreckensnachricht, der Reaktion der Öffentlichkeit wurde in England wie in USA schnellste Abhilfe gefordert. Die Bermuda-Konferenz war eine direkte Folge der Enthüllungen über Hitlers verbrecherischen Plan der Endlösung.

Die Forderungen, die Washington und London unterbreitet wurden, können wie folgt zusammengefasst werden:

1. Direkter Appell an die Achsenmächte durch Vermittlung der neutralen Länder, die Juden freizulassen mit einer gleichzeitigen Garantie der Alliierten, für sie provisorische Heimstätten bis zum Ende des Krieges zu finden.
2. Zeitweilige Aufhebung der amerikanischen Quotagesetzgebung, um die Einwanderung von Flüchtlingen, wo immer möglich, zu intensivieren.
3. Die Liberalisierung der englisch-amerikanischen Blockade, um Verschiffungen von Lebensmitteln, Kleidung, Medikamenten und Geldmitteln in die Konzentrationslager zu ermöglichen.
4. Ein gemeinsamer energischer Schritt der Alliierten, die neutralen Länder zu veranlassen, ihre Grenzen für die flüchtenden Juden zu öffnen. Das würde amerikanische Garantien für die Erhaltung und Unterstützung von Flüchtlingen bis zu dem Zeitpunkt einschliessen, wo nach dem Kriege eine endgültige Ansiedlung in einem anderen Lande möglich ist. Die entsprechenden Geldmittel waren von amerikanischen Juden, hauptsächlich durch das Joint Distribution Committee, zugesagt, so dass der amerikanische

Steuerzahler für die finanzielle Unterstützung von «Ausländern» nicht in Anspruch genommen werden würde und das Argument, Gelder gingen der Kriegsanstrengung verloren, wegfallende.

5. Druck auf das Internationale Rote Kreuz, den eingesperrten Juden dieselben Garantien für ihre Sicherheit zu geben wie den Kriegsgefangenen oder Zivilinternierten. Die Deutschen hatten das bisher rundweg abgelehnt, weil sie die Behandlung der Juden als ihre interne Angelegenheit betrachteten und das Internationale Rote Kreuz, was seine Aufsichtspflicht und Möglichkeiten anbetrifft, sich der Unterscheidung zwischen assimilierten und disassimilierten Lagern² beugte.

In dieser Sache führte der Jüdische Weltkongress einen entschiedenen Kampf, und am 10. Dezember 1942 unterbreitete er Dr. Mark Peter, dem Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes in Washington, eine von mir vorbereitete Eingabe.³ Der langjährige Kongressmann Emanuel Celler unterstützte die Intervention durch einen Brief an den damaligen Staatssekretär Cordell Hull, und für die Bermuda-Konferenz forderten die jüdischen Organisationen eine Änderung der Politik des Internationalen Roten Kreuzes.

6. Die Forderung, dass die englische Regierung das White Paper des Jahres 1939 rückgängig mache, welches bekanntlich jüdische Einwanderung nach Palästina für 5 Jahre auf das Maximum von insgesamt 75'000 beschränkte. In den Denkschriften und Memoranden, die jüdische und nichtjüdische Organisationen den beiden Konferenzregierungen unterbreiteten, wurde von den zionistischen Organisationen (vor allem Jewish Agency for Palestine) betont, dass die jüdischen Bewohner Palästinas eine eigene Armee organisieren wollen, die mit den Engländern Seite an Seite gegen die Nazis kämpfen sollte. (Jüdische Bataillone sind tatsächlich formiert worden, die besonders in Italien und später auch in Deutschland eingesetzt wurden.)

Ehe Whitehall und Washington sich jedoch für eine neue Flüchtlingskonferenz entschieden, erreichten Petitionen mit Hundertausenden von Unterschriften von Kirchen aller Glaubensbekenntnisse, von den betroffenen Juden und von den Sprechern für das humane Gewissen beider Länder die Verantwortlichen im Weissen Hause und Downing Street. In Washington war «Breck», dem wir bereits begegnet sind, der entscheidende Mann. Es ist gewiss wahr, dass Long nicht für die restriktive Einwanderungsgesetzgebung, die seit 1924 in der USA praktiziert wurde, verantwortlich war. Als er in das State Department als Vertrauter Roosevelts einzog, «erbte» er dieses Gesetz und alle damit zusammenhängenden Bestimmungen, aber – wie es Arthur D. Morse ausdrückt⁴: Während Roosevelt in der Flüchtlingsfrage schwankend war und fürchtete, dass die jüdische Frage «ein politisches Risiko» sein könne, half er durch seine Inaktivität oder Zurückhaltung,

2 Unter «assimilierten Lagern» verstand man solche, deren Insassen Schutz internationaler Konventionen genossen, während die «disassimilierten Lager» von Deutschland als interne Angelegenheit des Deutschen Reiches angesehen wurden. Zu diesen Lagern gewährte man dem Roten Kreuz keinen Zugang. Die Konzentrationslager wurden zu den «disassimilierten Lagern» gerechnet.

3 s. Anh., Dokument 21

4 Morse, «While Six Millions died», S. 41

das europäische Judentum dem grausamen Schicksal auszuliefern. Long «war nicht durch solche Überlegungen beeinflusst. Indem er die Zulassung der Juden unterdrückte, glaubte Breckenridge Long, dass er das Land gegen eine Invasion von Radikalen und ausländischen Agenten schützte.» Dieser Mann sollte auf der kommenden Konferenz «aus technischen Gründen», d.h. um sich der Presse und der «Flüchtlingslobbyisten» noch besser erwehren zu können, das gewichtigste Wort zu sagen haben.

Longs wichtigste Assistenten in dieser Frage waren George Brandt, sein Exekutivassistent, Howard K. Travers, Chef der Visaabteilung, und schliesslich Robert Borden Reams, ein Spezialist in der Abteilung für europäische Angelegenheiten, der sich vornehmlich, wenn nicht ausschliesslich, mit dem Komplex der Rettung der Juden und anderer Nazi-verfolgter zu beschäftigen hatte. Alle diese Mitarbeiter teilten Longs Auffassung und wurden vom Weissen Haus unterstützt. Als nun die verzweifelten Hilferufe für die verfolgten Juden und Flüchtlinge sich im Weissen Haus und im State Department mehrten, sass Breckenridge Long fest im Sattel und war entschlossen, wie er das in seiner Zeugenaussage vor einem der Kongresskomitees bewiesen hatte, «die Republik vor den Fremden zu schützen, die Zuflucht vor dem Mord suchten.»

Wenn man die Vorgeschichte der Bermuda-Konferenz wahrheitsgemäss wiedergibt, dann waren es die Engländer, die die Initiative ergriffen und die Vereinigten Staaten nach Bermuda einluden, um gemeinsam «Mittel und Wege zu diskutieren, den Flüchtlingen zu helfen.» Es begann mit einer Note der Engländer am 20. Januar 1943, in der das Londoner Auswärtige Amt erklärte: «Die Zeit für einseitige individuelle Aktionen ist vorbei, und praktische Massnahmen müssen ergriffen werden.» Obwohl an der Dringlichkeit gewiss nicht gezweifelt werden konnte, denn die Informationen Riegners waren nicht nur bestätigt worden, sondern die Vernichtungsmaschine lief bekanntermassen inzwischen in vielen Lagern Osteuropas auf Hochtouren, kam keine Antwort aus Washington. Die Engländer drängten am 20. Februar 1943: die englische öffentliche Meinung sei in so hohem Masse empört und erregt, dass die englische Regierung nicht länger passiv bleiben könne. Das älteste demokratische Parlament, das House of Commons, fragte, interpellierte Woche für Woche die Regierung und wollte wissen, was Whitehall tun werde, um den Juden zu helfen. Unter dem Druck der Befürchtung, dass die Engländer, wenn nicht schleunigst eine Antwort aus Washington käme, von sich aus einseitig eine Hilfsaktion vornehmen würden, antwortete der U.S. Aussenminister Cordell Hull endlich am 25. Februar: eine «Aktion der beiden Regierungen sei offensichtlich notwendig.» «Stolz» wies er darauf hin, dass es die Vereinigten Staaten waren, die die Evian-Konferenz im Jahre 1938 initiiert hätten, deren Folge das [untätige!] Intergovernmental Committee on Refugees gewesen sei.

So wandte man in Washington unter der geschulten Führung von Breckenridge Long eine Verzögerungstaktik an: Ottawa wurde als Ort für vorbereitende Untersuchungen vorgeschlagen, aber Hull betonte, dass die Vereinigten Staaten an das Einwanderungsgesetz gebunden seien, und das Problem sei «nicht nur ein jüdisches» und sollte sich nicht auf Personen einer besonderen Rasse oder Glaubens beschränken.

Die Amerikaner veröffentlichten zum Erstaunen ihrer englischen Kollegen am 5. März 1943 ohne Wissen des Empfängers die Note. Nun begann ein Streit darüber, wer der Initiator dieser Flüchtlingskonferenz sei, die, wenn man Washingtons Zurückhaltung berücksichtigt, eigentlich von Vorneherein zum Tode verurteilt war. Sir Ronald Campbell von der Britischen Gesandtschaft in Washington hatte in seiner Aussprache mit Sumner Welles «einen richtigen Krach». Mr. Welles war aufgebracht, als Sir Ronald seinem amerikanischen Partner die Missstimmung seines Aussenministers Anthony Eden pflichtgemäss übermittelte.

Der nominelle Delegationsführer der Amerikaner in Bermuda wurde Dr. Harold Willes Dodds, Präsident der Universität in Princeton. Andere Mitglieder waren Sol Bloom, New York, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses, und Senator Scott Lucas von Illinois. Vom State Department war die Schlüsselfigur Longs Vertrauter Robert B. Reams. Die englische Delegation wurde von Richard K. Law, dem parlamentarischen Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, geführt. Während das State Department die Instruktionen für die Delegation in Bermuda ausarbeitete, sandte Myron Taylor, der vergeblich versucht hatte, Papst Pius XII. dazu zu bewegen, öffentlich die Nazimörder zu verdammen, an Long am 26. März 1943 ein Kabel, welches besagte, dass die Massaker «jetzt einen katastrophalen Höhepunkt, besonders in Polen, aber auch durch Deportationen aus Bulgarien und Rumänien, erreichen. Das europäische Judentum verschwindet, da nicht eine einzige organisierte Rettungsaktion bisher ergriffen wurde.» Diese und andere Hiobsnachrichten wurden von Long in den Instruktionen für die Bermuda-Delegation nicht mit einem Worte erwähnt, noch folgte Long Taylors Vorschlag, sich in der Sache mit Anthony Eden in Verbindung zu setzen, welcher Ende März Washington besuchte.

Die Forderungen der nicht jüdischen und jüdischen Organisationen entsprachen der wahren Situation der Verfolgten, waren praktisch durchführbar, und vor allem die Organisationen waren willens, finanzielle Verpflichtungen zu übernehmen, wenn die Regierung endlich die Schritte ergreifen würde, die unerlässlich waren, der grössten Kulturschande der modernen Zeit endlich Einhalt zu gebieten. Immerhin kamen die Engländer zu der Konferenz, um Mittel und Wege für die Rettung der bona fide-Flüchtlinge zu finden, aber auch, wie es die Engländer vorsichtig formulierten, für die «potentiellen Flüchtlinge», d.h. jene, die sich noch in der Gewalt ihrer Verfolger befanden und die es galt, denselben zu entreissen. Das tat die Bermuda-Konferenz nicht, und so war sie nach Evian die zweite grosse Enttäuschung. 282 führende Professoren und Wissenschaftler hatten an den amerikanischen Präsidenten in einer von ihnen unterzeichneten Petition appelliert:

«Wir appellieren an Sie, Herr Präsident, Mittel und Wege zu finden, jeden Deutschen wissen zu lassen, welche Verbrechen seine Regierung begeht, und das deutsche Volk zu warnen, dass diese Schuld für Generationen auf ihm lasten wird; es sei denn, dem Mordhandwerk wird Einhalt geboten. Wir appellieren an Sie, Herr Präsident, bisher noch nicht angewendete Methoden zu gebrauchen, um Millionen europäischer Juden, die durch den Feind der Zivilisation zum Tode verurteilt sind, zu retten.»⁵

5 Zit. nach: «New York Times». Ausg. vom 23. März 1943

Als am 19. April 1943, hinter verschlossenen Türen, die Konferenz eröffnet wurde, schrieb die «New York Times» in einem Leitartikel, dass sie «wichtig ist; einmal als ein Symbol künftiger Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen und als der erste Versuch, Hitlers erschreckende Barbarei, seinem Vernichtungskrieg... in den Arm zu fallen. Beide Aspekte scheinen auf dieser Konferenz erbärmlich unzulänglich beachtet... Es scheint so, dass innerhalb unserer Kriegsanstrengungen und vielleicht sogar in Unterstützung derselben die beschlossenen Massnahmen in Wirklichkeit nur ein Palliativmittel sein werden, das das Gewissen der zögernden Retter beruhigt, aber nicht den Opfern der Katastrophe hilft.» Was die «New York Times» schrieb, traf völlig zu. In dem Schlusscommuniqué für die Presse wurde mitgeteilt, dass die Delegierten alle Flüchtlingsprobleme analysiert hätten. «Nichts wurde ausgeschlossen», und «alles, was irgendwie eine Möglichkeit in sich barg, das Problem einer Lösung, wenn auch noch so entfernt und verschwommen, näher zu bringen, wurde intensiv untersucht und diskutiert.» Die Katze wurde aus dem Sack gelassen, wenn das Communiqué weiter erklärte, dass «die Delegierten in Bermuda verpflichtet waren, gewisse Vorschläge zurückzuweisen, welche die Kriegsanstrengung stören oder verzögern würden». Die Frage der Transporte von Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten sei gründlich geprüft worden, und man habe sich auf eine Anzahl konkreter Empfehlungen geeinigt. Aber die Empfehlungen müssten, da sie Länder betreffen, die nicht an der Bermuda-Konferenz teilgenommen haben, vertraulich bleiben. Den Vorschlag, über neutrale Länder mit den Achsenmächten in Verhandlungen einzutreten, um wenigstens zu dieser späten Stunde noch einen Teil der «potentiellen Flüchtlinge» zu retten, war abgelehnt worden, ebenso auch die Forderung, Lebensmittel in die Ghettos zu verschiffen oder zeitweilige Rettungshäfen, insbesondere in Nordafrika oder in Gebieten der Engländer oder Amerikaner, zu errichten. Die Engländer waren nicht willens, ihre im White Paper von 1939 festgelegte Palästina-Politik nur um einen Deut zu ändern.

Was also hatte Bermuda erreicht? Amerikaner und Engländer haben den Spaniern und den Balkanländern nahegelegt, durchreisenden Flüchtlingen behilflich zu sein; aber diese Empfehlungen konnten die betreffenden Länder akzeptieren oder ablehnen. Die Entscheidung hing mehr von der militärischen Entwicklung auf den Kriegsschauplätzen ab, als dass es eine Frage humanitärer Verpflichtung war. Obwohl die öffentliche Meinung für eine neue internationale Maschinerie, die mit finanziellen Mitteln, Aufopferung, neuen Ideen, Wagemut, ja mit visionären Impulsen den so tragisch in Leid, Blut und Tränen steckengebliebenen Karren «Menschlichkeit» neu in Bewegung bringen sollte, eintrat, lehnten die Büro- und Technokraten in Bermuda das ab und liessen das Schicksal in den Händen des passiven Intergovernmental Committee for Refugees.

Es erübrigt sich zu sagen, dass dieser negative Ausgang den Vorstellungen und Wünschen Breckenridge Longs entsprach und dass auch die geringe Initiative der Engländer, wie wir heute aus den State Department Papieren wissen, abgetötet wurde. Sol Bloom griff die Engländer wegen ihrer sicherlich falschen Palästina-Politik an, aber Bermuda war nicht eine Konferenz, die durch Aufdeckung der Gegensätze ein Schachmatt zwischen Washington und London erzielen sollte, sondern, wie es im Planungsstadium hiess, ge-

dacht war, um «gemeinsame Mittel und Wege der Lösung eines Problems zu finden, das längst überfällig war». Die Enttäuschung bei denen, die für diese Pläne eingetreten waren, war niederschmetternd. Alexander H. Uhl, ein Korrespondent der New Yorker Zeitung «PM», sprach von der mangelnden «unabänderlichen Entschlossenheit, mehr zu tun, als im Augenblick möglich erscheint, und der Bereitschaft, die Argumente willkommen zu heissen, die besagten, dass doch nur so wenig getan werden könnte.»

Im House of Commons kam es zu lebhaften Debatten. Mrs. Eleanor Rathbone, die ergebene Kämpferin für die Rettung der unglücklichen Flüchtlinge, war in ihrer Kritik besonders hart, aber ihre Worte mögen als das traurige Epitaph einer zweiten vertanen Hoffnung zitiert werden:

«Die Eröffnungsreden in Bermuda – jene schrecklichen Reden – atmeten den wahren Defaitismus und die Verzweiflung . . . Die Regierungen scheinen sehr wenig Sinn für Eile gezeigt zu haben . . . Wie erreichen die Regierungen Geschwindigkeit, wenn sie wirklich um ein Problem besorgt sind und es für dringend wichtig halten? Sie tun es nicht mit Konferenzen in Bermuda oder mit der langsamen Methode durch reguläre diplomatische Kanäle, sondern sie tun es durch Besprechungen an Ort und Stelle . . . Nun, was das kleinere Problem anbetrifft, ein Problem, das dennoch die Rettungsmöglichkeiten für wenn nicht Millionen, möglicherweise Hunderttausende, Zehntausende, und wenn nicht Zehntausende, dann Tausende menschliche Wesen bedeutet –... wäre das nicht wert gewesen, schon lange Menschen an Ort und Stelle zu schicken, die in Schlüsselpositionen voll beschäftigt sein würden?»⁶

Bermuda rettete keinen der Verfolgten, aber leistete wenigstens insofern einen positiven Beitrag, indem es der schicksalhaften Herrschaft des Herrn Breckenridge Long endlich ein Ende machte.

6 ‚Parliamentary Debates. House of Commons. Official Report«. Vol. 389, Nr. 67, Sp. 1135-1136

17. Der War Refugee Board

«Erst Männer, dann Massnahmen!»

Robert M.W. Kempner, 1928

Ende März 1943 wurde ich von Dr. Stephen S. Wise eingeladen, in den Jüdischen Weltkongress einzutreten. Während der ersten dreieinhalb Jahre meines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten hatte ich natürlich nie aufgehört, mit meinen früheren Schützlingen und Freunden in und um die Demokratische Flüchtlingsfürsorge Fühlung aufrechtzuerhalten. Obwohl in keiner wie immer gearteten verantwortlichen Position, hatte ich versucht, meine Pflicht zu tun. Die Umstellung von Friedens- auf Kriegswirtschaft benutzte ich für die schon erwähnte Studie «The Jewish Refugee», die November 1944 erschien. Als ich in den Jüdischen Weltkongress eintrat, hatte ich gleichzeitig eine Lehre als Neuankömmling empfangen, dass es nicht so sehr darauf ankomme, wen man kennt – obwohl das allgemein die Ansicht unter vielen Flüchtlingen war –, sondern was man kann und was man leistet.

Im Jüdischen Weltkongress traf ich meinen «Chef», Dr. A. Leon Kubow, ein Ostjude, der Jahrzehnte in Belgien gelebt hatte, Zionist, Sozialist, ein Mann mit vielen Ideen, unstillbarem Arbeitseifer und einem beinahe noch stärkeren Durst, Dokumente, Zeitungen, Zeitschriften und Bücher zu lesen. Im Jahre 1943 leitete er die Europäische Abteilung des Jüdischen Weltkongresses, zu deren Aufgabenbereich die Rettung der Juden in Europa gehörte. Kubowys Department war ein politisches; ein anderes unter Dr. Arieh Tarkower widmete sich den noch verbleibenden Unterstützungsaufgaben; ein drittes, das Organisationsdepartment, hielt die Verbindung mit angeschlossenen jüdischen Gemeinden oder Verbänden in mehr als sechzig Ländern aufrecht. Der Kongress war damals sehr aktiv, obwohl er manches «tote Holz» mitzuschleppen hatte. Die Organisation, 1933 initiiert, 1936 gegründet, war in gewissem Sinne eine Replika der zionistischen Organisation mit dem Unterschied, dass der Kongress die Rechte der Minderheiten, wo immer sie sich befanden, zu schützen suchte und in erster Linie eine internationale Abwehrorganisation gegen die Verfolgung der Juden durch Hitler war. Der Jüdische Weltkongress war der Sprecher des stumm gewordenen Judentums in Europa. Da er von zionistischen Parteien gestützt wurde, die ihn auch teilweise finanzierten, verlangten diese, dass ihre Vertrauensleute mindestens in Positionen als Exekutivassistenten sitzen sollten. Ein Mann wie ich, kein Zionist, keiner jüdischen Partei oder Gruppe angehörend, war die eklatante Ausnahme.

Die Europäische Abteilung des Jüdischen Weltkongresses hatte «von Partei wegen» viele Assistenten. Darüber hinaus fand man die alten zionistischen Profis, die sozusagen ein ererbtes Recht auf eine Stellung in einer jüdischen Organisation hatten, und schliesslich

blieben übrig – die Aussenseiter. Rückschauend darf ich sagen, dass ich mich sehr schnell und sehr gut mit meinem «Boss» verstand und wir gemeinsam den ernsthaften Versuch machten, den Menschen draussen zu helfen, indem wir auf Washington, auf nichtjüdische Kreise Einfluss zu nehmen suchten. So wurde ich ein lebendiger Zeuge der Ereignisse ab April 1943, die Arthur D. Morse in seinem aufsehenerregenden Buche «While Six Millions Died» beschrieben hat. Es gab de-facto-Flüchtlinge, solche, die verzweifelt in Frankreich, Spanien, Portugal oder anderen Orten buchstäblich auf das rettende Schiff warteten, welches sie in das «gelobte Land» bringen würde, und es existierten, wie es die Engländer anlässlich der Bermuda-Konferenz formulierten, die «potentiellen Flüchtlinge», nämlich jene, welche, wäre es ihnen möglich gewesen, ihren derzeitigen Aufenthaltsort zu verlassen, froh gewesen wären, ihr nacktes Leben zu retten.

Der Jüdische Weltkongress hatte mit beiden Problemen zu tun, und die schwierigere, schier unlösbare Aufgabe war die letztere. Während in Bermuda England und Amerika wenigstens den Durchreiseländern empfahlen, den Flüchtlingen vor der Hitlerverfolgung keine Schwierigkeiten zu machen, hatten die beiden Mächte es abgelehnt, irgendwelche Garantien im Falle einer Freistellung von eingesperrten Juden zu geben, noch hatte die Forderung, Lebensmittel in die KZ-Lager zu schicken, irgendwelche konkreten Formen, ausser den banalen Andeutungen im Schlusskommunique, angenommen.

Die entscheidende Frage aber, dass eine neue Institution geschaffen werden müsse, die von den traditionellen erfolglosen Methoden verschiedener internationaler Flüchtlingskomitees – wie Ausgeburten des Völkerbundes oder der Evian-Konferenz – Abschied nahm und neue, unorthodoxe Wege suchte und ging, die der Situation eines totalen Krieges und einer im Gange befindlichen totalen Vernichtung einer Minderheit sich anpasst, wurde in Bermuda verneint. Die Agitation für die neue Körperschaft hörte jedoch nicht auf. In den Vereinigten Staaten verstärkte sie sich von Tag zu Tag. Als die grosse Wende kam, fiel ihr auch der unselbige Breckenridge Long zum Opfer. Der Abgeordnete Emanuel Celler konnte in seiner Rede vom 24. Januar 1944 bereits mitteilen:

«In Hinblick auf die reichlich verdiente Kritik an Mr. Long freue ich mich festzustellen, dass die Behörden im State Department im Begriff sind, eine Entscheidung zu treffen, derzufolge Mr. Long nicht länger für die Frage der Flüchtlinge und Visen verantwortlich sein wird.»¹

Dieser Mitteilung waren eine Reihe von Ereignissen und Interventionen hochgestellter Persönlichkeiten der Roosevelt-Regierung vorausgegangen. Das Finanzministerium unter Henry Morgenthau hatte sich der Sache der Verfolgten angenommen. Es war, wie alle Ministerien, für bestimmte Fragen zuständig, z.B. ob es möglich sein würde, durch «Bestechungen» bestimmte Verfolgte loszukaufen, die sich in Frankreich befanden? Oder mussten solche Personen mit genügend Geldmitteln ausgestattet werden, damit sie ihre Flucht und ihren Aufenthalt finanzieren konnten? Verwandte und Organisationen wollten zu diesem Zwecke Überweisungen nach Europa vornehmen. In diesen Fragen war es das

Finanzministerium, welches mit dem State Department ein entscheidendes Wort über die Bewilligung der notwendigen Lizenz zu sprechen hatte. Alle Exporte, Geldüberweisungen, die die USA verliessen, mussten während des Krieges lizenziert werden. In New York zum Beispiel war für solche Geldüberweisungen die Federal Reserve Bank zuständig, für Sachexporte das Office of Economic Administration. Eine Geldüberweisung, deren Gegenwert am Ende in Feindesland landen würde, war ein Politikum ersten Ranges, und das Problem wurde mit dem Finanzministerium, State Department, dem Weissen Haus und den Engländern intensiv behandelt. Letztere konnten aufgrund des gemeinsamen Abkommens für alle «Transporte, Sendungen gleich welcher Art» ein Vetorecht ausüben, auch für den Fall, dass eine Geldüberweisung nicht einen Tropfen des von den Engländern bewachten Ozeans berührte.

Die Verhandlungen um die Lizenz, die nach vielen Kämpfen z.B. dem Jüdischen Weltkongress wie auch anderen Organisationen gegeben wurde (Lizenz W 2815), brachten dem Finanzministerium das gesamte Material, die gesamten Berichte über die Verfolgung «amtlich» zur Kenntnis. Natürlich hatte Henry Morgenthau als Mitglied des Kabinetts und Freund gutinformierter Persönlichkeiten von der Behandlung des Riegner-Kabels an Dr. Wise Kenntnis. Seine «zornigen» jungen Leute hatten in Erfahrung gebracht, dass das State Department den amerikanischen Gesandten in Bern angewiesen hatte, weitere derartige Kabel nicht mehr weiterzuleiten (eine Massnahme, die später aufgehoben werden musste). Man war genauso entsetzt wie die Hilfs-Organisation über den Ausgang der Bermuda-Konferenz und unglücklich über die hands-off Politik Roosevelts. Was aber noch wichtiger war, Morgenthau hatte in seinem Amt junge, begabte Untergebene, die ihm bedeuteten, dass es so nicht weitergehen könne und endlich der «circulus vitiosus» gebrochen werden müsse. Morgenthau war aufgebracht, dass es Sumner Welles war, der das berühmte Kabel 354, keine weiteren Riegner-Kommunikationen weiterzuleiten, gekennzeichnet hatte, und so gab der Finanzminister seinem ersten Mitarbeiter, Randolph Paul, den Auftrag, den Gegenschlag vorzubereiten. Dieser wiederum bat John duBois und John Pehle, eine Denkschrift vorzubereiten, die ich das erste Mal in dem Buche von Morse² veröffentlicht fand. Paul, duBois und Pehle sind Protestanten, während Henry Morgenthau bekanntlich Jude war. Diese Denkschrift unter dem Titel «Bericht für den Minister über die Einwilligung (acquiescence) der Regierung zur Ermordung der Juden». Das Dokument war unterzeichnet von Randolph Paul. Diese Denkschrift des Finanzministeriums klagt das State Department an, nicht nur tragischerweise versäumt zu haben, die mächtige Regierungsmaschinerie, die ihm zur Verfügung stand, für die Rettung der Verfolgten zu gebrauchen, sondern das State Department sei so weit gegangen, diese dazu zu benutzen, «die Rettung der Juden zu verhindern». Das State Department habe es nicht nur versäumt, mit den privaten Organisationen und ihren individuellen Programmen zu kooperieren, sondern habe im Gegenteil Schritte ergriffen, damit solche Programme nicht verwirklicht werden konnten.

² Morse, «While Six Millions died». S. 88

Das State Department habe es nicht nur unterlassen, die Verbreitung von Nachrichten über Hitlers Plan, die Juden in Europa zu ermorden, zu erleichtern, sondern in seiner offiziellen Stellung sei es so weit gegangen, in einem geheimen Versuch Nachrichten über die Ermordung der jüdischen Bevölkerung Europas zu unterdrücken (Kabel 354). Das Memorandum klagte die «Kollegen» im State Department an, versucht zu haben, ihre Schuld zu verdecken: durch (a) Geheimhaltung und falsche Wiedergabe von Nachrichten, (b) falsche und irreführende Erklärungen für unterlassene Aktionen oder Versuche, Aktionen zu verhindern, und (c) die Verlautbarung falscher und irreführender Erklärungen bezüglich der «Aktionen», welche bis heute vorgenommen wurden (vgl. Breckenridge Long's Zeugenaussage vor dem Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses). Das historische Memorandum erinnert daran, dass mehr als ein Jahr verflissen sei, seitdem die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten die Nazipolitik der Vernichtung öffentlich angeklagt haben (17. Dez. 1942), um dann wörtlich fortzufahren:

«Während das State Department auf diese Weise das ganze Flüchtlingsproblem ‚untersucht‘ hat, ohne zwischen denen, die in drohender Todesgefahr sind, und jenen, die es nicht sind, zu unterscheiden, hat man zugelassen, dass hunderttausende Juden umkommen.»³

Dieses Dokument des Finanzministeriums tadelt die «umständliche» Ausgabe von Visen, zitiert Emanuel Celler, den Anwalt der Verfolgten, und erinnert daran, dass Earl G. Harrison, der beamtete Commissioner for Immigration and Naturalization, gesagt hat: Seit 1862 seien noch nie so wenig Ausländer in die Vereinigten Staaten gekommen wie in der Gegenwart. «Offen gesprochen, Breckenridge Long ist nach meiner bescheidenen Meinung der Mann, der den Flüchtlingen mit der geringsten Sympathie gegenübersteht. Ich mache ihn für den tragischen Bürokratismus verantwortlich, der jetzt in der Ausgabe von Visen angewandt wird ... Es dauert Monate und Monate, bis ein Visum bewilligt wird, und wenn es endlich bewilligt ist, ist der Antragsteller bereits tot.»

Morgenthau hatte mit dem Präsidenten eine Verabredung für den 16. Januar 1944. Als er das Paul-duBois-Pehle Dokument studierte, änderte er es nur wenig, aber die Überschrift trug nun den Titel «Persönlicher Bericht für den Präsidenten». Als Morgenthau, Paul und Pehle am Sonntag, den 16. Januar 1944, dem Präsidenten das geänderte Memorandum überreichten, las Roosevelt es sofort in ihrer Gegenwart. Die Einleitung hatte Morgenthau selbst formuliert:

«Sie sind wahrscheinlich nicht so vertraut wie ich mit dem völligen Versagen gewisser Beamter in unserem State Department, die mit der Durchführung dieser Politik betraut sind, um eine wirksame Aktion zu unternehmen, um die Ausrottung der Juden in dem von den Deutschen kontrollierten Europa zu verhindern ... Obwohl Methoden angewendet wurden, wie die Gründung intergovernmentaler Organisationen, um das ganze Flüchtlingsproblem zu prüfen und den Anschein zu erwecken, dass positive Handlung erwartet werden könnte, ist in der Tat *nichts* erreicht worden ... Ob

man dieses Versagen als willentlich seitens jener Beamten, die die Sache bearbeiten, betrachtet, oder lediglich ihrer Inkompetenz zuschreibt, ist m.E. nicht sehr wichtig. Es gibt jedoch eine wachsende Zahl verantwortlicher Leute und Organisationen heute, die aufgebeht haben, unser Versagen als das Produkt einfacher Umständlichkeit seitens jener Beamten im State Department, die mit der Behandlung dieses Problems beauftragt sind, zu betrachten. Sie sehen reinen Antisemitismus, der die Handlungen dieser State Department-Beamten motiviert und, richtig oder falsch, es wird wenig mehr an Beweis für diesen Verdacht notwendig sein, um diesen scheusslichen Skandal zur Explosion zu bringen.»⁴

Das Memorandum ersparte Roosevelt nichts, ebensowenig wie dem State Department. Es beschrieb die «Sabotage» des französisch-rumänischen Rettungsplanes, die Schwierigkeiten, Longs Zustimmung für die Überweisung von Geldmitteln zu erhalten, die Affäre des Riegner-Kabel des Jahres 1942. Es endete mit einem Appell voller Leidenschaft an den Präsidenten:

«Die Tatsachen, die ich in diesem Bericht dargelegt habe, Herr Präsident, gelangten im Rahmen der Routine-Untersuchung für die Lizenzierung und finanziellen Arrangements gemäss den Vorschlägen des Jüdischen Weltkongresses für die Evakuierung der Juden aus Frankreich und Rumänien zu unserer Kenntnis. Es kann daher gesagt werden, dass diese Fakten durch einen Zufall zu unserer Kenntnis kamen. Wieviel andere solche Angelegenheiten in den Akten des State Departments begraben sind, kann ich natürlich nicht sagen. Eines steht jedoch fest: Die Angelegenheit, Juden vor der Vernichtung zu retten, ist eine zu grosse und zu verantwortliche Aufgabe, um sie in den Händen nicht interessierter, zynischer und vielleicht feindlicher Männer zu belassen. Die Aufgabe ist voll grosser Schwierigkeiten. Nur der leidenschaftliche Wille, etwas zu erreichen, gestützt von einer ständigen, unermüdlichen Anstrengung, kann zu einem Erfolg führen in einer Sache, in der Zeit so kostbar ist.»

Der Präsident war gepackt und hörte den Argumenten von John Pehle zu, der ihm im Namen eines humanitären Amerikas klarmachte, dass die Rettung der Juden in keiner Weise den ökonomischen Krieg gegen die Nazis beeinträchtigen würde. Pehle als Chef der Foreign Funds Control hatte alle notwendigen Informationen zur Verfügung und breitete sie vor dem Präsidenten aus. Morgenthau «persönlicher Bericht für den Präsidenten» bedeutete politisches Dynamit. Am 26. November 1945 hatte Breckenridge Long jene Zeugenaussage von den 580'000 Flüchtlingen gemacht, und das andere Amerika hatte, wie wir bereits berichtet haben, sich gegen ihn gewandt. Morgenthau Berichts, Pehles Argumente, die Reaktion auf Longs Zeugenaussage beeinflussten Roosevelt, und als die «fixen Kerle» vom Finanzministerium aus der anderen Tasche ihm den Entwurf für eine Exekutivorder zur Schaffung des War Refugee Board vorlegten, reagierte Roosevelt sofort positiv, ja mit einem gewissen Enthusiasmus und schlug vor, dass Morgenthau (Finanzministerium), Henry Stimson (Kriegsministerium) und Cordell Hull (State Department) dieser neuen Organisation vorstehen sollten. So kam es am gleichen Nachmittag zu Besprechungen mit Stettinius, der inzwischen Unterstaatssekretär im State Department geworden war, und auch die Leute vom Kriegsministerium willigten ein. Long wurde von Stettinius ausgeschaltet.

4 ebda.

Sechs Tage später, am 22. Januar 1944, wurde die Exekutivorder, mit der der War Refugee Board ins Leben gerufen wurde, veröffentlicht.⁵ Federführend wurde das Finanzministerium mit seinem ersten Exekutivdirektor John Pehle. Zum ersten Mal seit Hitlers Machtergreifung im Jahre 1933 riefen die Vereinigten Staaten zur Rettung der unschuldigen Opfer auf. Es war sehr spät – fast zu spät. Jedes gerettete Menschenleben jedoch, jeder Flüchtling mit sicherem Asyl war ein Sieg über Hitler, ein Triumph der Menschlichkeit über die Barbarei.

Die Bekanntgabe der Bildung des War Refugee Board elektrisierte uns alle. Neue Hoffnung, doch noch Hitler zum Tode Verurteilte in den Vernichtungslagern zu entreissen, liess uns nicht fragen, ob auch dieses «Rettungsinstrument» mit genügend Geldmitteln ausgestattet sei, wie gross sein Stab und welche Arbeitsmethode eingeschlagen werden würde. Alles das schien uns sekundär, nachdem wir alle so leidenschaftlich für die Schaffung dieses Instrumentes gearbeitet hatten.

Die Geldmittel, die der War Refugee Board zur Verfügung hatte, waren minimal, der Mitarbeiterstab klein; aber wie sich bald herausstellte, es war eine wundervolle Gruppe von Menschen, an ihrer Spitze der Exekutivdirektor John W. Pehle, der bei dem dramatischen Zusammentreffen mit Präsident Roosevelt am 16. Januar 1944 einen so nachhaltigen und überzeugenden Eindruck hinterlassen hatte. Pehle ernannte Ira A. Hirschmann, Direktor eines grossen Warenhauses in New York, zum Vertreter des Board in Istanbul. Robert C. Dexter von den Unitariern wurde nach Lissabon entsandt. Weitere Repräsentanten des Board schlugen ihren Wohnsitz in Stockholm und in Bern auf. In Washington wurde Josiah DuBois, der wesentliche Teile des Berichtes für den Präsidenten entworfen hatte, Rechtsberater und James Mann aus Glasgow, Kentucky, Verbindungsmann zum State Department mit der speziellen und schwierigen Aufgabe, darüber zu wachen, dass der Kabelverkehr, der wegen der Zensur über das State Department gehen musste, keinen neuen, wie immer gearteten Schwierigkeiten unterworfen würde. Professor Akzin hielt die Kontakte zu den jüdischen und anderen Organisationen aufrecht, gemeinsam mit seinem Kollegen John McCormick. Ein Spezialist für psychologische Propaganda kam fast jede Woche nach New York, um mit den führenden Männern der privaten Organisationen Ideen zu diskutieren.

Der erste Erfolg des War Refugee Board bestand darin, dass nunmehr die Informationen aus Europa wieder unbehindert zu uns gelangten. Der War Refugee Board diente als Übermittlungsstation wichtiger telegraphischer Nachrichten zwischen den privaten Hilfsorganisationen und ihren Büros in Europa. Direkte Kabel, die durch die Zensur gingen, bedurften jedes Mal einer ausführlichen Erklärung des Gegenstandes, der Personen usw., während die Kabel über den War Refugee Board und das State Department verschlüsselt waren und die Organisationsvertreter über die amerikanischen Botschaften oder Konsulate erreichten.

Die zweite entscheidend wichtige Änderung war, dass nun die Organisationen, die um die Rettung der Verfolgten und Flüchtlinge bemüht waren, einen Partner gefunden hatten, der alles tat, realisierbare Vorschläge durchsetzen zu helfen.

Im Jüdischen Weltkongress bedeutete die Etablierung des War Refugee Board eine innerorganisatorische Umstellung. Bis Ende März 1944 beschäftigte sich die Europäische Abteilung mit der Rettungsarbeit, aber nun wurde unter Leitung von Dr. A. Leon Kubow eine besondere Rettungsabteilung (Rescue Department) gebildet, und in dieser wurde ich Kubowys engster Mitarbeiter. Die Verbindung mit dem War Refugee Board, d.h. ständige Besuche in Washington, Besprechungen mit den Herren des Board, mit der Special War Problem Division des State Department und des Internationalen Roten Kreuzes wurden meine Aufgabe.

Das Jahr 1944 war das furchtbarste Verfolgungsjahr in der zur Neige gehenden Herrschaft Hitlers. Auf der einen Seite war es nun zur Gewissheit geworden, dass das Dritte Reich den Krieg nicht gewinnen könne. Um so furchtbarer aber war die Tatsache der in den Todeslagern arbeitenden Vernichtungsmaschinen unschuldiger Menschen, der Deportation nach Auschwitz aus dem «Musterlager Theresienstadt» von Tausenden, die man gerettet wähnte. Erst November 1944 nahmen diese Deportationen ein Ende. Schrecklich war der Hunger in den Lagern, die Tatsache, dass tausende Rote-Kreuz-Pakete für amerikanische Kriegsgefangene in Schweden unbenutzt lagen, weil Kriegsgefangenenlager aufgelöst worden waren, und dann die ungarische Tragödie, die sich vor unsern Augen abrollte. Mit allen diesen Problemen beschäftigte sich unsere Rettungsabteilung.

Mit Hilfe des War Refugee Board und vor allem aus eigener Initiative und Aktivität übernahm Ira A. Hirschmann, den der Jüdische Weltkongress in seinem Vorhaben unterstützte, die Aufgabe, die «Lebensader in das Gelobte Land» wieder zu erschliessen. Er ging in die Türkei und versuchte von dort, Juden aus Ungarn, Rumänien und Bulgarien herauszuschleusen, und die Türkei war das wichtigste Transitland, wenn man will der Umsteigebahnhof zur Lebensrettung. Hirschmanns Erfolg bestand darin, die bürokratischen Hindernisse, die bis dahin einem transitorischen Aufenthalt potentieller Flüchtlinge im Wege gestanden hatten, zu überwinden. In Istanbul arbeitete Hirschmann engstens mit Vertrauensleuten der Jewish Agency for Palestine zusammen; Kapitäne von Schiffen im Schwarzen Meer begannen erneut, für «gutes Geld» Juden von Constanza nach Istanbul zu bringen. Allein von April bis August 1944 wurden auf diese Weise 4'000 Juden gerettet. Natürlich war es noch notwendig, die Einwilligung der britischen Mandatsmacht zu erhalten, denn diese hatte bekanntlich nicht ihre restriktive Einwanderungspolitik des Jahres 1939 aufgegeben. Auch hier war der amerikanische Botschafter Lawrence Steinhardt hilfreich. Die Etablierung des War Refugee Board schien plötzlich den Bann des Zögerns, des Manipulierens und Hinausschiebens gebrochen zu haben.

Zweifellos war es die veränderte militärische Lage, die dazu beitrug, dass die Verbündeten der Achsenmächte begannen, in der Verfolgungsfrage ein anderes Gesicht zu zeigen, denn nun suchten einige verantwortliche Regierungsleute überall das berühmte Alibi. Wo diese Einsicht selbst nicht vorhanden war, verstand es Ira Hirschmann meisterhaft, die Furcht im Unterbewusstsein der Mitschuldigen hochzuspielen, und so kam es zu einer Vereinbarung mit den Rumänen durch verschiedene Mittelsleute, dass 48 000 rumänische Juden von Lagern in Transnistria reevakuiert wurden – ein Abkommen, das am 20. März

1944 bereits durchgeführt war. Die Rumänen gaben auch einer Anzahl ungarischer Juden Transitvisen, damit sie die Schiffe nach Istanbul besteigen konnten. Hirschmanns Aktionen in diesem geographischen Raum allein retteten, das ist seine Schätzung, 50'000 Juden.

Nach mühevoller Verhandlung mit Bulgarien wurden am 30. August 1944 die antisemitischen Ausnahmegesetze rückgängig gemacht; es war die erste Annullierung solcher Ausnahmegesetze seitens einer dem Achsenblock angehörenden Macht.

Inzwischen war der War Refugee Board in Washington nicht müßig. Entweder aus eigener Initiative oder nach Vorschlägen der jüdischen und anderen Organisationen, die ständig mit dem War Refugee Board in Verbindung waren, versuchte der Letztere zum Beispiel, U.S. Botschafter Winant in London zu bitten, die Engländer daran zu erinnern, dass sie auf der Bermuda-Konferenz angeboten hatten, ein Flüchtlingslager in Zyrenaika an der nordafrikanischen Küste zu eröffnen. Diese Idee war bisher nicht realisiert worden, war jedoch dringend notwendig für Inhaber lateinamerikanischer Boguspässe. Diese Pässe waren zur Lebensrettung gekauft worden unter der Bedingung, dass der Käufer nie das betreffende Land betreten würde. Wenn die Deutschen diese «Lateinamerikaner» ausreisen lassen sollten, so brauchten sie einen interimistischen Aufenthalt, und daher übte John Pehle auf das State Department Druck aus, dem amerikanischen Botschafter Anweisung für ernste Vorstellungen bei der britischen Regierung zu geben. Es dauerte Wochen, bis das State Department schliesslich das Kabel absandte. Als es endlich zu Besprechungen in London kam, hatten die Engländer bereits ähnliche Arrangements in Philippeville, Algerien, getroffen.

Der War Refugee Board unterstützte den Vorschlag des Jüdischen Weltkongresses bezüglich der Behandlung von Juden in den Konzentrationslagern, und am 23. März 1944 bereitete Pehle eine entsprechende Botschaft an das Internationale Rote Kreuz in Genf vor.⁶ Aber das State Department hielt dieses Kabel auf, bis es endlich am 29. April den Rote-Kreuz-Präsidenten Max Huber erreichte. Ich verhandelte in jenen Tagen März/April dauernd mit dem War Refugee Board um die Frage der Lebensmittelsendungen in die KZ's. Aus der Mitteilung vom 16. Juni 1944 von John Pehle an Henry Morgenthau, seinen Minister, ist das Ergebnis dieser Bemühungen zu ersehen:

«Ich bin sicher, Sie möchten über die Blockade betreffend die Ernährung von internierten Zivilisten in den Lagern im feindlichen Europa informiert werden. Nach kürzlichen Besprechungen mit Dingle M. Foot, dem Parlamentarischen Unterstaatssekretär im britischen Ministerium für ökonomische Kriegsführung, ist ein Übereinkommen mit den Briten erreicht worden, eine Schiffsladung von 100'000 Lebensmittelpaketen pro Monat für drei Monate zur Verteilung durch das Internationale Rote Kreuz zu erlauben . . . Die Briten schlugen vor, das Programm auf internierte Personen im früheren unbesetzten Frankreich zu (?) tionalen Roten Kreuz gewählte Interniertenlager in Europa angewendet wird.»

6 Am 23. März 1944 richtete der War Refugee Board eine Botschaft an das Rote Kreuz, in der gefordert wurde, es solle sich in Deutschland und bei den deutschen Satelliten dafür einsetzen, dass Juden und andere Insassen von Konzentrationslagern einen ähnlichen Status wie andere Kriegsgefangene bekämen. Falls dieser Vorschlag nicht befolgt werden könne, solle das Rote Kreuz wenigstens auf dem Recht bestehen, Nahrungsmittelpakete unter den Insassen der deutschen Lager zu verteilen.
Nach Morse, «Die Wasser teilten sich nicht». S. 288

dass die vorgeschlagene Massnahme nicht derart limitiert wird und auf jedes vom Internabeschränken. Da eine solche Limitierung offenbar keinen Sinn hat, bestanden wir darauf, Das Eingreifen des Finanzministeriums hatte begonnen, als der Jüdische Weltkongress um eine Lizenz für Geldüberweisungen nachgesucht hatte, deren Gegenwert in Frankreich und in Rumänien münden sollte. Nun wurde durch die Funktion des War Refugee Board die Lizenzierungsmethode für die Bezahlung von Lebensmitteln oder Rettungsaktionen ausserordentlich vereinfacht. Das Joint Distribution Committee überwies 20 Mill. Dollar in die Schweiz, aus denen Rettungsaktionen des War Refugee Board und Lebensmittel, die das I.R.K. in die Lager schickte, bezahlt wurden. Der Vertreter des War Refugee Board in der Schweiz wurde der Quäker Roswell McClelland, der gemeinsam mit seiner Frau nicht nur von dem Leiden der Juden und Flüchtlinge wusste, sondern auch von Gestapomethoden. Da er seit 1941 im unbesetzten Frankreich gelebt hatte, war er der Fachmann per se, der längst erkannt hatte, dass aussergewöhnliche Zeiten aussergewöhnliche Mittel erfordern. In seiner kleinen Geheindruckerei in einem kleinen Ort im südöstlichen Frankreich hatte McClelland produziert: 1'895 Ausweise, 13'000 Arbeitserlaubnisse, 1'250 Geburtsurkunden, 428 militärische Demobilisierungskarten und 920 Taufscheine. In derselben Periode wurden 1'500 echte Dokumente so geändert, dass deren Träger nicht mehr der Gestapo in die Hände fallen konnten. Mit Hilfe der Quäker hatte er Medikamente nach Frankreich gebracht, hatte Juden versteckt oder ihnen geholfen, über die Pyrenäen nach Spanien zu entkommen. Von Genf aus hatte er Widerständlern in der Slowakei notwendige Geldmittel geschickt. Diese Widerständler wiederum befreiten 1'500 Juden aus den slowakischen Lagern Sered und Novaky.

Die Vertreter des War Refugee Board hatten Schwierigkeiten mit den «Oldtimern». Der amerikanische Botschafter Carlton J.H. Hayes in Spanien weigerte sich, einen Vertreter des Board an seiner Botschaft zuzulassen.

Seit Langem wurde die Idee eines «freien Hafens» für die Flüchtlinge diskutiert. Soweit die USA in Frage kamen, war das gescheitert, weil die betreffenden Flüchtlinge keine Visen hatten, noch sonstige Erfordernisse erfüllten, die in den amerikanischen Gesetzen vorgeschrieben sind. Die Umgehung solcher Bestimmungen aber war durchaus möglich, wie ich aus einem Falle erfuhr, in dem ich helfend mitwirken konnte. Ein Mitglied der Liga für Menschenrechte, Rechtsanwalt Hartmut Berlet, war nach Spanien gegangen und hatte sich der POUM angeschlossen. Dann kam die Niederlage der spanischen Loyalisten, die Flucht nach Frankreich, die Flucht aus Frankreich, und Hartmut Berlet, mit dem ich den Kontakt verloren hatte, versuchte 1941 Mexiko zu erreichen. Trotz seines mexikanischen Visums wurde er durch Einfluss der Kommunisten nicht in Mexiko hereingelassen und sollte per Schiff nach Europa zurückgebracht werden. Das hätte seinen Tod bedeutet. Eines Morgens lasen wir in der «New York Times», dass ein Flüchtling Hartmut Berlet in seiner Furcht, nach Europa repatriert zu werden, vom Schiff ins Wasser gesprungen sei. Er sei gerettet worden, und das Schiff befände sich auf dem Rückwege und würde in Baltimore anlegen. Es war keine Zeit zu verlieren. Die Anwälte der American Civil Liberties Union wurden mobilisiert und hielten mit dem zuständigen Kommissar für Einwanderung

derung in Baltimore Besprechungen ab. Berlet könne nicht offiziell zur Einwanderung zugelassen werden, aber man sei bereit, ihn in die Quarantänestation in Baltimore zu bringen, ein Deportationsverhör würde stattfinden, und es wurde geraten, dass New Yorker Freunde, die ihn kennen, als Zeugen erscheinen.

So machte ich mich mit der Exekutivsekretärin der International Relief Association, Sheba Strunsky, nach Baltimore auf, und wir fanden einen ausserordentlich menschlichen Beamten, der mir bedeutete, dass sein Board als erste Instanz eine Zulassung von Berlet ablehnen müsse. Aber «gegen unsere Entscheidung» gäbe es eine Berufung, und solange diese schwebt, «bleibt Ihr Freund im Lande.» Die «Vernehmung» fand statt; ich machte meine Zeugenaussage und hatte meinen Freund Berlet, der nicht englisch sprach, beschworen, auf die letzte Frage, die lauten würde: «Nehmen Sie unsere Entscheidung an?» mit «Nein» zu antworten. Der gute Berlet aber war so verwirrt, dass er beinahe ja gesagt hätte, wenn ich ihm nicht coram publico ein lautes «No» zugerufen hätte.

Berlet blieb im Lande, kam frei und wurde Bürger der Vereinigten Staaten, obwohl keine der gesetzlichen Voraussetzungen für die Einreise erfüllt gewesen war.

Die tausend jüdischen Flüchtlinge, die man endlich – quasi als einen symbolischen Akt – nach USA kommen liess, wurden nach Oswego, einem Armeelager im Staate New York, gebracht, und die Mehrheit wanderte nach Beendigung des Krieges ein.

Andere Versuche waren, die Menschen mit falschen Papieren, gekauften Pässen, zu retten. Der grösste Teil von ihnen kam nach Philippeville. Dazu war notwendig, dass eine interamerikanische Konferenz im Juni 1944 feierlich erklären musste, dass sie derartige Passinhaber als vollgültige Bürger anerkenne; anderen wurde durch den Anspruch auf die Vorzugsquote geholfen.

In den alliierten südamerikanischen Ländern und in USA waren viele deutsche Nazis interniert worden. So entwickelten wir einen Austauschvorschlag, und in der Durchführung dieses Planes half die Special War Problems Division des State Departments, welche von dem späteren Botschafter in Portugal, Albert Clattenburg, geleitet wurde. Ich reichte ihm Listen von jüdischen Personen ein, die wir aus dem Lager Bergen Belsen befreit haben wollten, und es begann über die Schweiz eine lange Serie von Verhandlungen über das Quota-Verhältnis. Wieviel Deutsche für einen Juden? Man einigte sich unter dem Zeitdruck auf eine Relation von 8 zu 1, und im Februar 1945 hatte ich die Genugtuung, 35 Gerettete in New York der Exekutive des Jüdischen Weltkongresses vorzustellen, deren Namen ich dem State Department fünf Monate vorher eingereicht hatte.

Das Jahr 1944 erlebte die grausame ungarische Judentragödie, über die schon viel geschrieben worden ist und deren Geschichte daher hier nicht wiederholt werden soll. Der Jüdische Weltkongress war durch Berichte aus Budapest ständig auf dem Laufenden. In der Affäre Brand-Eichmann war es wieder Ira Hirschmann, der eingriff und Joel Brand im Gefängnis in Kairo besuchte. Der Jüdische Weltkongress versuchte damals, mit Hilfe bzw. Vermittlung des War Refugee Board, (a) jedes nur mögliche Rettungsvorhaben in

Angriff zu nehmen; (b) intervenierte der Kongress beim Präsidenten der Vereinigten Staaten, beim schwedischem König, beim Papst, die alle drei auf Horthy einen moralischen Druck ausübten, (c) nach dem Sturz Horthys haben wir die Schutzpassidee vorgeschlagen, die von Schweden, Schweiz, vom Vatikan und dem Internationalen Roten Kreuz akzeptiert und durchgeführt wurde. Und (d) haben wir fortgesetzt protestantische und katholische Kreise in USA mit gutem Erfolg mobilisiert, ihre gewichtigen Stimmen in Ungarn durch die Voice of America zu erheben.

Als in dieser Krise der verantwortliche Mann des War Refugee Board für Presse und psychologische Propaganda in New York erschien, schlug ich ihm als unerlässlich vor, dass der in Ungarn hochangesehene Kardinal Francis Spellman über die Voice of America an das ungarische Volk appellieren müsse, sich den Verfolgungen und der Ermordung der Juden in den Weg zu stellen. Der Vorschlag wurde akzeptiert. Schon am Nachmittag wurde ich gebeten, eine solche «Spellman-Rede» zu entwerfen. Das geschah, und diese Rede, überarbeitet und stilisiert, hielt der Kardinal einige Tage später. Sie wurde wiederholt in ungarischer Sprache gesendet.

In Budapest wirkte ein unermüdlicher Retter aus Schweden, Raoul Wallenberg, dem ich in meinem Buche «Die unbesungenen Helden» einen Abschnitt gewidmet habe. Raoul Wallenberg, von dem einige Berichte aus Budapest im Dokumententeil wiedergegeben werden, wurde nach der Einnahme der Stadt von den Russen verhaftet, für Jahre in einem Moskauer Gefängnis gehalten, wo er angeblich «eines natürlichen Todes» starb. Wallenberg und mit ihm eine Anzahl anderer, die den Gesetzen der Menschlichkeit in den tragischen Monaten des Jahres 1944 vom Juni bis zur Befreiung Budapests Folge geleistet hatten, Hunderte, ja Tausende retteten, handelten wie einst die Schwedin Elsa Brandström, als sie in die russischen Gefangenenlager Sibiriens 1918/1919 und in den folgenden Jahren ging, um den deutschen Kriegsgefangenen Hilfe zu bringen. Die Hilfesuchenden nannten sie den «Engel Sibiriens», und für Raoul Wallenberg trifft in gleicher Weise die Bezeichnung «der Engel von Budapest» zu.

In der Zeit von 1933 bis 1945 waren die europäischen Juden, die politischen Widerständler die Opfer, und für viele Jahre stand diesen Opfern eine fast gleichgültige Welt gegenüber und tat entweder nichts oder wenn etwas, dann tat sie es meist zu spät, bis auf die wenigen Ausnahmen, die wir nach Möglichkeit auf diesen Seiten registriert haben. Eine neue Epoche ist angebrochen und die brennende Frage, die wir auf den Lippen tragen, lautet: Hat die neue Generation aus unserem tragischen Geschichtserlebnis gelernt?

18. Der Auszug des Geistes

«Deutschlands Verlust ist des jeweiligen
Aufnahmelandes Gewinn.»

Als die Sozialdemokratische Flüchtlingsfürsorge in Prag ihre erste Broschüre über ausgewanderte politische Flüchtlinge veröffentlichte, wählte sie als Motto: «Es ist nicht das schlechteste Menschenmaterial, das Hitler über die Grenzen getrieben hat.» Das war eine durchaus berechtigte Charakterisierung der Menschen, die in Ländern mit anderen Kulturen, Gebräuchen, Sprachen, klimatischen, politischen Verhältnissen sich entschlossen hatten, ein neues Leben aufzubauen, ob es sich dabei um die Flüchtlinge handelte, die nach Bolivien gingen und in der 3'500 Meter hoch gelegenen Hauptstadt LaPaz kaum Luft bekommen konnten, oder die Gruppe, die durch Vermittlung des International Christian Committee in London versuchte, in Kolumbien eine Siedlung aufzubauen.¹ Die Auswanderungsidee nach Südamerika als Entkommensmöglichkeit vor dem drohenden Unheil, das sich in Europa 1937/1938 zusammenzog, war zunächst bei den Flüchtlingen auf den grössten Widerstand gestossen. Das Schicksal Österreichs und die unabwendbare Entwicklung änderte die Meinung vieler, und aus der Tschechoslowakei, aus Frankreich, Österreich usw. gingen auch politische Flüchtlinge nach Übersee und siedelten. Im jüdischen Sektor war die Suche nach einem endgültigen Ansiedlungsland fast eine Selbstverständlichkeit, und alte, erprobte jüdische Organisationen wie die HICEM (Jüdische Hilfsorganisation für Auswanderung) hatten schon vor Hitler wie z.B. im Anfang dieses Jahrhunderts nach den russischen Pogromen geholfen, hunderttausende Juden von Osteuropa in westlichen Ländern anzusiedeln.

Die Problematik der Hitlerflüchtlinge bestand darin, wie wir gesehen haben, dass es, insbesondere für die jüdischen Verfolgten, nicht genügend Aufnahmeländer mit offenen Toren gab und fast keines gewillt war, seine Einwanderungsbestimmungen den gegebenen aussergewöhnlichen Umständen anzupassen.

Der Auszug des Geistes, zunächst aus Deutschland, dann aus Österreich, Frankreich, Belgien, Italien, Holland, wo immer der Nazistiefel hintrat, war ein besonderes Problem, sehr verschieden von der Flucht aller anderen Verfolgten. Obwohl die Einwanderer per saldo ihren Asylländern, besonders im Kriege, durch Kenntnisse, Opfersinn und Idealismus durchaus nutzten, handelte es sich bei der geistigen Auswanderung für die Aufnahmeländer, von Ausnahmen abgesehen, um ein reiches Geschenk.

Mit der Masse der Flüchtlinge, die sich in den Wartesälen der Unterstützungsorganisationen drängten, kam, teils aus Notwendigkeit, teils aus Überzeugung, eine Elite von geisti-

1 s. Anh., Dokument 24

gen Menschen, wie sie die jeweiligen Aufnahmeländer – hauptsächlich England und die Vereinigten Staaten – sich nie hätten träumen lassen. Es trifft gewiss zu, was Else Staudinger schrieb:

«Doch die grosse Masse der Einwanderer hat, wenn sie sich einlebte, genauso viel von Amerika gelernt wie sie Amerika gebracht hat. Der Einzelne hätte niemals erfolgreich lehren können, wenn er nicht die vollkommen andere Beziehung zwischen Mensch und Mensch, die vollkommen andere Beziehung zwischen Lehrer und Student und die vollkommen demokratische Einstellung zum Leben als Ganzem begriffen hätte.»²

Die Injektion durch die Wissenschaftler war von allergrösster Bedeutung.³ Das bezieht sich auch auf die Mitwirkung deutscher Schriftsteller und Journalisten, die zunächst für eine kurze Periode in Frankreich, dann in England und Amerika in dem Propagandakrieg gegen Hitler ihre wichtigen Funktionen ausübten.

Alvin Johnson, der Begründer der New School for Social Research, welcher mehr als tausend Professoren nach USA brachte, hat mir aber noch einen weiteren wichtigen Grund angegeben, welcher im Laufe der Jahre die gesamten Studienmethoden änderte. Während nämlich in normalen Zeiten amerikanische – und das gilt auch für englische – Studenten der verschiedensten Fakultäten zur Vervollkommnung ihrer Studien nach Paris, Berlin, Wien und anderen wichtigen Plätzen in Europa gingen, um bei den Kapazitäten der betreffenden Fächer zu hören, hatte Hitler es fertiggebracht, den Amerikanern und Briten plötzlich diese Prominenz ins Land zu schicken. Sie lehrten an der Columbia Universität, New York University, New School, am Massachusetts Institute of Technology, an den Universitäten in Princeton, Chicago, Kalifornien usw. Das war der Gewinn Amerikas. Der Verlust für Deutschland war offensichtlich ein grosser und ist meines Erachtens heute noch spürbar. Denn, wie Alvin Johnson sagte, es dauert fünfzehn Jahre, einen guten Professor heranzubilden. Fünfzehn Jahre von dem Datum, an dem der künftige Studentelehrer als Dozent in die Universität eintritt, bis er Professor wird. Deutschland, das war Johnsons Meinung, konnte diesen Verlust nicht nachholen, zumal fünfundachtzig Prozent der Professoren, die nach USA kamen, entschlossen waren, dort zu bleiben. Es kann wohl mit Recht gesagt werden, dass Deutschlands Verlust wirklich der Gewinn der Aufnahmeländer gewesen ist.³

Der Universitätsprofessor war nach amerikanischen Einwanderungsbestimmungen in der günstigen Sonderposition, ein Visum zu erhalten, wenn für ihn eine zweijährige Lehrtätigkeit an einem anerkannten Lehrinstitut garantiert werden konnte. Diese lebensrettende Bestimmung wurde in USA von Professor Johnson und dem Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars dazu benutzt, Tausende von Professoren nach den Vereinigten Staaten zu bringen.

Alvin Johnsons Arbeit und die der vorgenannten Komitees hingen voneinander ab. Denn wenn Alvin Johnson nicht die Universität im Exil gegründet hätte, nämlich die Graduate Faculty der New School for Social Research, dann hätte das Emergency Committee nicht

2 «Auszug des Geistes», Sonderreihe von Radio Bremen, Bremen 1962, S. 214

3 Vgl. dazu: Laura Fermi, «Illustrious Immigrants. The intellectual Migration from Europe 1930-1941». Chicago 1968

die Unterbringungsmöglichkeiten gehabt. Abgesehen davon, dass die Graduate Faculty 179 Universitätsprofessoren de facto anstellte, gab sie etwa 1'000 weiteren pro forma Anstellungen, um die gefährdeten Professoren zuerst zu retten und dem Emergency Committee die Möglichkeit zu geben, in der Zwischenzeit die langwierigen Verhandlungen mit anderen Universitäten für eine Lehrposition abzuschliessen.

Alvin Johnson wurde am 18. Dezember 1874 im Staate Nebraska geboren. Seine Eltern stammten aus Dänemark, und ihre liberale Weltanschauung wurde Alvin von Hause aus mitgegeben. Sein Fachgebiet war Wirtschaftskunde. Er lehrte an vielen Universitäten in den Vereinigten Staaten. Politisch interessiert, wurde er von 1917 bis 1923 Chefredakteur der noch heute erscheinenden liberalen Wochenschrift «New Republic». Von 1927 bis 1934, als er bereits die von ihm begründete New School for Social Research, vornehmlich ein Erwachsenenbildungsinstitut, leitete, redigierte er zur selben Zeit die amerikanische Ausgabe der bekannten Nelsonschen Enzyklopädie für Politische Wissenschaft. Überflüssig zu sagen, dass Johnson ein entschiedener Gegner aller totalitären Ideen war und ein Freund der Deutschen, die wie er Hitler und sein Regime verabscheuten.

Als ich Alvin Johnson fragte, wie es dazu kam, dass er die Rettungsaktion für verfolgte deutsche Intellektuelle im Jahre 1933 begann, antwortete er: «Zu jener Zeit war ich Chefredakteur der Enzyklopädie der politischen Wissenschaften und stand daher in Briefwechsel mit Hunderten meiner wissenschaftlichen Kollegen. Aus dieser Tätigkeit wusste ich, wer wer ist auf dem Gebiete der Wirtschaft, der politischen Wissenschaft usw. Als nun das Hitlerdebakel kam, musste ich mich um diese Männer vornehmlich sorgen, denn es waren meine Kollegen und meine Freunde.» Monika Plessner hat in den «Frankfurter Heften»⁴ über Alvin Johnsons Experiment berichtet. Als ich Alvin Johnson daran erinnerte, dass die Universität im Exil natürlich nicht die mehr als tausend Professoren «formal» anstellen konnte, das Problem des Einreisevisums und vor allen Dingen die Beschaffung der erheblichen Geldmittel jedoch weiterhin existierte, erzählte er mir eine Geschichte, die durchaus unter die «amerikanischen Wunder» gezählt werden kann.

«Die erste Voraussetzung», sagte Johnson, «war, für diese Professoren eine zweijährige Anstellung mit Gehalt zu finden. Ohne diese konnten sie nicht das Vorzugsvisum erhalten. Dieses Professorenvisum bedeutete ja nicht nur die Rettung des Wissenschaftlers, sondern auch die seiner Familie. Als ich tastend versuchte, für *einen* Professor Geld zu bekommen, fand ich sehr bald heraus, dass das unmöglich war. Angesichts dieser Katastrophe bedeutete ein Menschenleben nichts: so setzte ich meine Ansprüche höher. Ich begann Briefe an wohlhabende Freunde zu schreiben, um für die ersten zwölf Professoren 60 000 Dollar zu erhalten. Einer dieser Briefe fiel in die Hände von Hiram Halle, einem reichen Industriellen, der mir völlig unbekannt war und dem ich natürlich nicht geschrieben hatte. Meine zwölf Briefe müssen damals unter verschiedenen begüterten Leuten zirkuliert haben. Eines Tages rief mich Halle in der New School an, machte mir bittere Vor-

⁴ Monika Plessner, «Die deutsche ‚University in Exile‘ in New York und ihr amerikanischer Gründer». In: Frankfurter Hefte, Jg. 19, 1964, Nr. 3, S. 181-186

würfe, dass ich mich nicht an ihn gewandt hätte und am Ende der telefonischen Unterhaltung erklärte er: «Morgen früh finden Sie meinen Scheck über 60'000 Dollar in der Post.» Die Universität im Exil war Wirklichkeit geworden. Ich sandte Kabel an die ersten zwölf Professoren und setzte nun ermutigt meine Arbeit fort.»

«Bei den reichen Stiftungen, wo Millionen lagen, war ich noch nicht persona grata. So trat ich mit Stephen Duggan vom Emergency Rescue Committee for Scholars in Verbindung, und wir arbeiteten gemeinsam daran, Professoren aus Deutschland zu retten. Die vielen Universitäten im Lande konnten sich nicht immer sofort entscheiden, unseren vorgeschlagenen Professoren eine zweijährige Anstellung zu geben, aber diese wiederum konnten nicht so lange warten, weil viele in Gefahr waren, verhaftet zu werden. So gab die Universität im Exil ihnen eine pro forma Anstellung. Sie erhielten das Visum, waren gerettet, und einige Zeit nach ihrer Ankunft waren die Formalitäten mit den verschiedenen Universitäten meist abgeschlossen, und sie konnten zu lehren beginnen . . .»

Nun wollte ich von Alvin Johnson wissen, ob auch die amerikanischen akademischen Kollegen den deutschen geholfen hätten. Er erzählte mir darauf von dem Fall eines deutschen Wissenschaftlers, der in Gefahr war, in ein KZ zu kommen. «Zu dieser Zeit hatte ich kein Geld zur Verfügung. Alle meine Spender hatte ich abgegrast, und für den Augenblick schienen die Möglichkeiten erschöpft. Psychologisch ist es ja schwer, für einen Fall Geld zu bekommen. So appellierte ich hier an die Solidarität der amerikanischen Professoren und liess hundert Briefe vorbereiten. Als ich dreiundachtzig dieser Briefe unterzeichnet hatte, in denen ich bat, für zwei Jahre je fünfundzwanzig Dollar jährlich für den in Gefahr befindlichen Kollegen bereitzustellen, musste ich unterbrechen, und nur dreiundachtzig Briefe statt hundert wurden abgesandt. Zu meinem Erstaunen erhielt ich 87 positive Antworten. Warum siebenundachtzig? Das ist einfach: Einige Professoren, denen ich geschrieben hatte, hatten sich wiederum an andere Kollegen gewandt, und so erhielt ich für zwei Jahre 87 mal 25 \$ pro Jahr, obwohl ich im Höchsthalle nur 83 hätte bekommen sollen. Aber natürlich hatte ich niemals mit einem hundertprozentigen Erfolg gerechnet.» Professor Johnson setzte seine Rettungsarbeit für die Intellektuellen fort, als der Krieg 1939 begann. Darüber berichtet er:

«Als der Krieg über Frankreich hereinbrach und deutsche Armeen im Anmarsch auf Paris waren, wurde das Problem sehr viel schwieriger, weil sich viele der vertriebenen deutschen Professoren nach Frankreich gerettet hatten. Diese Menschen waren in besonders grosser Gefahr, denn sie waren «schuldig», entweder weil sie Juden oder Liberale oder gar beides waren. Als die Rettungsaufgabe ins Gigantische wuchs, ging ich kurz entschlossen zur Rockefeller Foundation. Der damalige Direktor war ein Mr. Fosdick. Ich erklärte ihm, ich sei in der Lage, den Professoren Visen zu verschaffen, wenn ich Geld für ihre Lehrtätigkeit bekäme. Die Rockefeller Foundation hatte grosse Beträge an Universitäten in Frankreich und Deutschland geschickt, und ich machte Mr. Fosdick klar, dass das keinen Sinn mehr hätte. Wir müssten die Professoren nach hier bekommen, und ihre Zahl hinge davon ab, wieviel Geld die Rockefellers geben würden.

Am nächsten Tag rief mich Fosdick an. Kurz und bündig sagte er: «Go ahead! Wir garantieren die notwendigen Mittel.» Ich fragte nicht wieviel, sondern kabelahte nach Frankreich und Italien und anderen bedrohten Ländern. Später hörte ich von der Geschichte eines Professors, der gerade mein Kabel erhalten hatte und davon glückstrahlend seinen fünf Kollegen berichtete: er gehe nach Amerika. Die Fünf waren sehr enttäuscht, aber als sie eine Stunde später daheim waren, fanden auch sie mein Kabel vor, und alle sind nach hier gekommen.

Als meine Bekanntschaft mit Fosdick begann, gab er zunächst «nur» ein paar hunderttausend Dollar; aber insgesamt erhielt ich von den Rockefellers drei Millionen Dollar, denn die Rockefeller Stiftung sorgte nicht nur für die ersten zwei Jahre, wie es das Gesetz verlangt, sondern setzte, wo immer notwendig, die Unterstützung bis zum Kriegsende fort.» In dem Buche von Donald P. Kent «The Refugee Intellectual» ist eine Untersuchung veröffentlicht über Akademiker aus Österreich und Deutschland, von denen 85 Prozent dauernd in USA verbleiben wollten, 3,3 Prozent zeitweilig, 10,7 Prozent unentschieden in ihrer Antwort waren und 1 Prozent nicht antwortete. Als ich mit Alvin Johnson dieses Gebiet berührte, sagte er: «Nur wenige deutsche Wissenschaftler gingen nach dem Kriege in ihr Heimatland zurück. Das trifft jedoch nicht für die Franzosen und Belgier zu. Von den vielen deutschen Akademikern, die sich hier niedergelassen haben, litten jedoch viele an Heimweh nach Deutschland. Sie besuchten Deutschland als Gastprofessoren für einige Zeit, manche tun das Jahr für Jahr. Die Professoren aus Deutschland aber sind nicht wieder endgültig in ihr Heimatland zurückgegangen.»

Die Zahl der Intellektuellen, die aus Deutschland weggingen, ist nicht ganz leicht festzulegen. Was Akademiker anbetrifft, die an Universitäten und anderen Institutionen lehrten, so wurde für die Vereinigten Staaten die Zahl von 2'500 angenommen. Was aber die gesamten freien Berufe anlangt, einschliesslich der Akademiker, unter ihnen notabene einundzwanzig Nobelpreisträger, so schwankt hier die Ziffer zwischen 25'535 und 22'842, je nach der Form der Berechnung. In England war die Zahl der Professoren geringer, und die entsprechenden Ziffern dürften etwa sein: 800 Professoren und 3'200 Angehörige der freien Berufe. Die statistische Erfassung wurde durch den Kriegsausbruch erschwert, da Zehntausende von Flüchtlingen erst andere Länder als Zwischenaufenthalt suchten und dann später endgültig nach den Vereinigten Staaten kamen, viele erst nach 1945.

Ich fragte Dr. Johnson, der eine so bedeutende Rolle bei der Rettung des Geistes gespielt hat, ob noch wie vor 1933 die Notwendigkeit für amerikanische Studenten bestehe, beim Studium bestimmter Fächer deutsche Universitäten zu besuchen und ferner, welche Folgen die Vertreibung von 2'500 Professoren für Deutschland gehabt hat. Darauf gibt Alvin Johnson die folgende Antwort: «Die meisten amerikanischen Studenten glauben, dass die deutschen Universitäten nicht den Stand der Vor-Hitler-Zeit erreicht haben. Der Verlust an unersetzbaren Lehrkräften war zu gewaltig. Kein Land hätte eine solche grosse Einbusse ohne ähnliche Folgen ertragen können, und es werden viele Jahre vergehen, bis die deutschen Universitäten sich von diesem Schlage erholt haben.

Amerikanische Studenten hatten, als Hitler zur Macht kam, die Idee aufgegeben, nach Deutschland zu gehen, um an deutschen Universitäten zu studieren. Diese Tendenz hat angehalten. Die aufgelösten oder zerstörten Fakultäten an den Universitäten zu rekonstruieren, würde viele Jahre in Anspruch nehmen, und niemand, sicherlich kein Studierender, kann darauf warten. Die besten Wissenschaftler haben die deutschen Universitäten verlassen. Ich nannte Ihnen schon einige Namen, aber ich möchte an den leider verstorbenen Professor E.J. Gumbel erinnern. Er war in Deutschland nicht sehr beliebt. Aber, wie wir erfuhren, war er ein ausgezeichneter Mathematiker und Statistiker, und die Gumbel-Formel wird seit Langem von allen Regierungsinstanzen, die sich mit dem Bau von Dämmen beschäftigen, benutzt. Gumbel, der in Deutschland von seinem Lehrstuhl vertrieben wurde, erhielt fast hunderttausend Dollar pro Jahr für seine Forschungen, die er an der Columbia Universität mit einem Stab von Mitarbeitern bis zu seinem Tode durchführte. Der Verlust für das deutsche Universitätsleben ist erheblich. Es ist eine gewaltige Lücke entstanden, und es dauert sehr lange, um einen guten Universitätsprofessor heranzubilden. Die Verfolgung hat Tausende solcher Kapazitäten vertrieben. Ich bedaure das für Deutschland, aber ich bin froh, dass die Vereinigten Staaten diese Menschen bekommen haben, von denen unsere Studenten jetzt so ausserordentlich profitieren. Die Professoren, die nach USA kamen, haben sich mit unerwarteter Geschwindigkeit und Anpassungsfähigkeit in das amerikanische Universitätsleben eingegliedert. Die einzige Schwierigkeit, die überhaupt bestand, war natürlich die Sprache. (Der Theaterhistoriker Kurt Pinthus erzählte, dass er das erste Semester an der Columbia Universität auf deutsch lehren durfte.) Ich muss sagen, unsere Studenten waren sehr geduldig, weil sie sich mit Recht sagten, dass trotz mangelnder Ausdrucksweise, trotz des Akzents sie von diesen Professoren viel lernen und profitieren konnten.»

Professor Alvin Johnson sagte am Ende dieses Interviews, dass es praktisch keinen Fehlschlag gegeben habe. Er gibt als Beispiel eine Ausnahme. «Es war ein Professor aus Österreich, der der Meinung war, dass eine Universität, die einen Sozialdemokraten als Professor angestellt habe, eine «kommunistische Lehranstalt» sein müsste. Obwohl sehr beagbt, war es unmöglich, ihn irgendwo unterzubringen. Er war ein Stockkonservativer, an dem die Hitlerereignisse spurlos vorübergegangen waren. So schied er aus dem Universitätsleben aus und kaufte sich eine Farm.

Was hat die geistige Transfusion Amerika genutzt? Stephen Duggan vom Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars hat darauf geantwortet:

«Im Ganzen neigten die Universitätsverwaltungen dazu, die Einführung der vertriebenen Wissenschaftler als einen besonderen Segen für die amerikanische Erziehung zu betrachten. Nach den Worten eines Universitätspräsidenten profitierten die Vereinigten Staaten am meisten durch Hitlers Fehler, und die Meinung eines sehr bekannten Präsidenten eines Frauen-College fand bei vielen ein Echo: ‚Ich habe keinen allgemeinen Kommentar zu geben, nur hoffe ich, wenn die Welt jemals wieder in die gleiche Situation kommen sollte, dass immer Vorkehrungen getroffen sein mögen, in akademischen Kreisen für vertriebene Mitglieder anderer Länder Platz hier zu schaffen.»

Stephen Duggan übersah nicht die Schwierigkeiten, denn die Akademiker, die nach USA oder England kamen, mussten nicht nur in einer anderen Sprache und mit neuen Methoden lehren, sondern sie kamen auch in eine neue Umgebung. Professor Paul Tillich, der grosse Religionsphilosoph, erzählte Irma Bach, die 1959 für Radio Bremen Amerika bereiste und fünfzig exilierte Wissenschaftler interviewte: «Etwas hat mir sehr gefallen in Amerika. Das sind die Studenten. Sie haben ein ganz ungezwungenes, natürlich-menschliches Verhältnis zum Professor. Sie stehen nicht stramm, verbeugen sich nicht immer vor ihm ... Ich erinnere mich an eines meiner ersten Kollegs. Ein Student kam zu mir, klopfte mir auf die Schulter und sagte: «Professor, das war eine gute Vorlesung'.»

Die grosse Flüchtlingswelle, die, wenn man so will, mit dem Ausbruch des Faschismus in Italien begann, brachte Toscanini nach USA. Als der Reichstag Ende Februar 1933 brannte, wurde in der Schweiz die Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland mit Geheimrat Demuth und Philipp Schwartz als Initiatoren gegründet. Letzterer war ein Ungar, der an der Frankfurter Universität anatomische Pathologie gelehrt hatte. Im Jahre 1936 veröffentlichte die Notgemeinschaft die erste Liste von 1'500 entlassenen Wissenschaftlern. In Genf gründete die unermüdliche Bibliothekarin des Völkerbundes, Marie Ginsberg, ihr Comité International pour le Placement des Intellectuels Réfugiés, das 1940 schliessen musste, aber bis dahin einer Reihe von Professoren mit Hilfe seiner Exekutivmitglieder geholfen hatte. In England, Frankreich, Belgien, Holland, Schweden wurden ähnliche Komitees gegründet, die sich längere oder kürzere Zeit, je nach den vorhandenen Mitteln und der Kriegssituation, am Leben erhalten konnten. In England blieb der Academic Council, später unter dem Namen Society for the Protection of Science and Learning, bis zum Jahre 1966 am Leben. Der Initiator war Lord Beveridge, Direktor der London School of Economics and Political Science. Andere prominente Mitglieder waren Lord Rutherford of Nelson, einer der brilliantesten Physiker unserer Zeit, ein dritter Walter Adams von der Universität London. Dem letzteren folgte 1938 Esther Simpson, die bis 1966 der Organisation diente. Im November 1938 waren 524 Professoren in Dauerpositionen in 36 verschiedenen Ländern untergebracht und 306 in zeitweiligen Stellen. Ein Wissenschaftler, der damals «hinter den Kulissen» half, war Professor Leo Szilard, der bis 1939 an der Universität in Berlin gelehrt hatte, dann nach Wien ging und dort Lord Beveridge traf und ihn anregte, dass etwas Spezielles für die Akademiker getan werden müsste. Sir William, wie sich der Lord nannte, hielt das seinem Freunde Szilard gegebene Versprechen und organisierte, nach London zurückgekehrt, den Academic Council.

Mehrere Universitätsrektoren und Abteilungsleiter britischer Universitäten ergriffen unabhängig die Initiative, Flüchtlingswissenschaftler an ihre Institute zu bringen.

Ein weiterer Hafen für Wissenschaftler wurde die Türkei, wo im Frühling 1933 Mustafa Kemal Pascha im Begriff war, das Land der westlichen Zivilisation näherzubringen. Die Reorganisation der Universität Istanbul gab die Möglichkeit, gefährdete Professoren nach dort zu bringen. Die Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler war hier aktiv, und als das türkische Parlament die alte Schule in Istanbul auflöste und eine moderne Universität

mit fünf Fakultäten im November 1933 eröffnete, waren 50 Deutsche Mitglieder ihres wissenschaftlichen Stabes; alle mit einem fünfjährigen Kontrakt, aber der nicht leichten Bedingung, die türkische Sprache zu erlernen und in ihr nach Ablauf einer «Gnadenfrist» zu lehren.

Im Jahre 1935 wurde in Ankara um die juristische Fakultät eine vollkommen neue Universität gebildet, die eine weitere Gruppe deutscher Lehrer aufnahm. Zusammen wurden hundert Frauen und Männer in akademische Positionen in der Türkei placiert, unter ihnen der Komponist Paul Hindemith, der Operndirektor Carl Ebert, Ernst Reuther, ferner Hans Güterbock, einer der wenigen Kenner der assyrischen Sprache, denen die Notgemeinschaft zu diesen Positionen verhilfen hatte.

Der Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland (der erste war bekanntlich der Amerikaner James McDonald) hatte im Frühjahr 1934 ein Committee of Experts for Academic and Kindred Refugees from Germany, geleitet von Walter Kotschnig, begründet, das aber seine Arbeit hauptsächlich darauf konzentrierte, diesen Intellektuellen Ausweispapiere, Reisedokumente usw. zu verschaffen.

Die Tätigkeit in den Vereinigten Staaten war, wie wir aus dem obigen Bericht Alvin Johnsons wissen, besonders intensiv. In Princeton war das Institute for Advanced Studies, welches der bekannte Pädagoge Abraham Flexner mit Hilfe der Bamberger-Familie begründet hatte. Dieses Institut ist keine Lehranstalt im eigentlichen Sinne, sondern ein Denkinstitut, eine Forschungsanstalt. Bei der Einladung von Professoren war dieses Institut sehr wählerisch, eines seiner prominentesten Mitglieder wurde 1933 kein anderer als Albert Einstein. Andere waren die Humanisten Erwin Panofsky und Ernst Herzfeld, der Kunsthistoriker Paul Frankl. Als man mit Einstein über sein Gehalt verhandelte, forderte dieser in Geldangelegenheiten sehr naive Mann ganze 3 000 Dollar pro Jahr und verstand zunächst nicht die Heiterkeit, die diese für amerikanische Verhältnisse äusserst bescheidene Forderung auslöste. Flexner diktierte ein Gehalt von 20 000 Dollar.

Ausser der Universität im Exil, die wir im obigen Interview behandelt haben, existierte in USA noch das schon erwähnte Emergency Committee in Aid of Foreign Displaced Scholars, das im Mai 1933 seine Tätigkeit begann und in dem Stephen Duggan und Betty Drury führend tätig waren. Sechstausend Akademiker hatten sich bis Juni 1945 an diese Körperschaft gewandt, und mit Hilfe von Stiftungen usw. war es möglich, 355 in Lehrstellungen von ein bis sieben Jahren zu vermitteln und andere fest in Universitäten unterzubringen.

Die Unterstützung für die freien Berufe war umfassend. Für Ärzte, die ihr Studium (nach 1935) neu absolvieren mussten, existierte beim National Refugee Service ein spezielles Komitee, das jüdischen Ärzten half. Ausserdem war auf diesem Gebiet ein Emergency Committee in Aid of Foreign Physicians tätig, und die Zahl der Ärzte, die Hilfe erhielten, wurde im Sommer 1943 mit 6'000 angegeben. Nach einer anderen Statistik, die sich auf 5'000 Ärzte, die von 1933 bis 1940 nach USA kamen, bezieht, waren 3'000 Juden; 44 Prozent kamen aus Deutschland, 35 Prozent aus Österreich, 18 Prozent aus Italien, Schweiz, Ungarn und Frankreich und die übrigen 3 Prozent aus anderen Ländern. Später wurde das National Committee for Resettlement of Foreign Physicians von einer Gruppe

amerikanischer Ärzte gegründet, das 1'700 europäische Kollegen in Laboratorien, Krankenhäusern oder in privater Praxis unterbrachte.

Noch zu erwähnen wäre die American Guild for German Cultural Freedom unter Leitung des Prinzen Hubertus zu Löwenstein, eine Organisation, die kleinste (15) und grössere Stipendien gab, je nach den Geldmitteln, die der Guild zur Verfügung standen.

Nach dem Fall Frankreichs versuchte Varian Fry vom Emergency Committee so viele deutsche Intellektuelle wie möglich zu retten; aber es kamen auch französische Akademiker, für die der unermüdliche Alvin Johnson mit Hilfe der Rockefellers eine französisch sprechende Universität in New York organisierte.

Laura Fermi veröffentlicht in ihrem bereits erwähnten Buchet eine interessante, aber wahrscheinlich unvollständige Tabelle über die in die Vereinigten Staaten gekommenen Intellektuellen, wobei Angehörige der freien Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte usw.) nicht eingeschlossen sind. Die Verteilung sieht nach dieser Tabelle zeitmässig wie folgt aus:

Jahre	Gesamtreisen	Einreise pro Jahr
1930-1932	117	39
1933-1934	208	104
1935-1937	378	126
1938-1939	582	291
1940-1942	453	151
1940-1942	18	
später ungewiss	174	

Den grössten Anteil mit 44% hatte Deutschland, die Österreicher waren mit 22% die nächste Gruppe, gefolgt von Tschechoslowaken, Italienern, Franzosen, Polen und einigen Russen. Es kamen nach Amerika die europäischen Psychoanalytiker, unter ihnen Erich Fromm und Theodor Reik, Felix Deutsch, Bruno Bettelheim und viele mehr.

Es kamen europäische Wissenschaftler, deren Rolle bei der Herstellung der Atombombe mit entscheidend war. Es begann bekanntlich mit dem berühmten Brief Albert Einsteins vom 23. August 1939 an Präsident Roosevelt, aber Einsteins praktische Rolle, über die in dem Buche von Otto Nathan und Heinz Norden «Einstein on Peace»⁶ das Notwendige nachzulesen ist, war mit der Übersendung dieses Briefes beendet, während andere Atomwissenschaftler, wie Edward Teller, Felix Bloch, vor allem Leo Szilard, Hans Bethe, Eugene Wigner, George Gamow, eine weit wesentlichere Rolle in der Entwicklung der umstrittenen Waffe spielten. Die chemische Kapazität war Professor James Franck aus Göttingen, der mit anderen Kollegen 1945 den Kriegsminister Stimson beschwor, die Todeswaffe nicht zu gebrauchen.⁷

5 Laura Fermi, a.a.O., S. 94

6 «Einstein on Peace». Ed. by Otto Nathan and Heinz Norden. New York 1960

7 Vgl. dazu: Michael Amrine, «The Great Decision. The secret History of the Atomic Bomb». New York 1959. S. 102-103

In der Welt der Kunst kamen unzählige angesehene Musiker, beginnend mit Toscanini, Bruno Walter, Pierre Monteux, Otto Klemperer, George Szell. Dr. Emil Leinsdorf, der noch heute das bekannte Boston Symphonie Orchester dirigiert; nicht zu vergessen José Iturbi, Fritz Mahler, Hermann Scherchen, u.a.

Unter den Komponisten muss Paul Hindemith, der aus der Türkei nach USA einwanderte, genannt werden, wie auch Darius Milhaud, Bela Bartok, Kurt Weill und Ernst Toch. Von Instrumentalisten kamen Joseph Szigetti, Nathan Milstein, Arthur Schnabel, Vladimir Horowitz, Arthur Rubinstein, Adolf Busch, Wanda Landowska, Rudolf Serkin, Isaac Stern. Unter den Cellisten nenne ich nur Gregor Piatigorsky und Nikolai Graudan. Die Liste der Musikwissenschaftler ist lang. Ausser dem von Alvin Johnson bereits genannten Hornbustel kamen Otto Kinkeldy, Paul Henry Lang, Willi Apel, Manfred Bukofzer, Kurt Sachs und der Prager Paul Netti. Architekten und Baumeister kamen: Walter Gropius, Mies van der Rohe, um nur zwei von den vielen zu nennen. In der Gruppe der Maler und Bildhauer leuchtet natürlich Marc Chagall hervor, Marcel Duchamp, der Deutsche Hans Hofmann, Max Ernst, Karl Zerbe usw. Unter den Kunsthistorikern kamen Karl Lehmann, Walter Friedlaender, Martin Weinberger, Kurt Weitzmann, Hans Swarzenski.

In der Welt der Bücher und Zeitschriften sind es Hunderte, und da ich für diese Gruppe ein besonderes Interesse voraussetze, verweise ich auf eine Liste, die Hermann Kesten in seinem kleinen Taschenbuch «Ich lebe nicht in der Bundesrepublik»⁸ veröffentlicht hat. Dann folgen die Naturwissenschaftler, die Mathematiker, Astronomen, Mediziner, die Biologen, Biochemiker, die Sozialwissenschaftler, die Volkswirtschaftler, Soziologen, politischen Wissenschaftler, die Professoren des internationalen Rechts, die Historiker, Orientalisten und die Philosophen.

Es bleibt noch die Frage übrig, wem die Immigration des Geistes, durch das Hitlerunglück hervorgerufen, nutzte. Maurice R. Davie hat in seiner grossen Studie «Refugees in America»? das Folgende darüber geschrieben:

«Zur Frage des Beitrages, den Flüchtlingswissenschaftler dem intellektuellen College-Leben gemacht haben, glaubten qualifizierte Beobachter, dass der Gesamtbetrag solcher Beiträge in der Tat erheblich ist. Ihre zahlreichen Publikationen und Forschungsarbeiten wurden hervorgehoben, wie auch ihr hoher wissenschaftlicher Standard, das Ausmass, der Reichtum ihrer Erfahrung und die Kombination von sozialem, intellektuellem und politischem Fundus, den sie zum College mitbrachten. Die Diskussion und der Ideenaustausch, die sie anregten und belebten, müssen anerkannt werden, wie auch das Ferment, welches sie zum Gelehrtenleben beitrugen.

Man hatte den Eindruck, dass europäische Gelehrte eher Fruchtbare auf gewissen Gebieten leisten konnten als auf anderen. Ausländer wurden für am besten geeignet gehalten, universale Fächer wie Mathematik, Philosophie, Physik und Biologie zu lehren. In Sozialwissenschaften, wo amerikanisches Material erforderlich war, wurde der Flüchtlingswissenschaftler nicht herangezogen. Es wurde in der ersten Zeit der Wanderung der Wissenschaftler gesagt, dass Musiklehre und Kunstgeschichte Felder waren, in denen Flüchtlinge den willkommensten Beitrag leisten könnten. Befürchtungen

⁸ Hermann Kesten, «Ich lebe nicht in der Bundesrepublik». München 1964. S. [85-188

⁹ Maurice R. Davie, «Refugees in America». New York 1947

bestanden anfangs, dass die Einführung von vielen europäischen Physikern und Mathematikern die Zukunft junger Amerikaner in der gleichen Laufbahn gefährden könne. Während des Krieges jedoch war jeder Flüchtlingsphysiker und Mathematiker sicher, dass seine Begabung bis zum äussersten ausgewertet und dass er in der Tat als ein ‚public servant‘ betrachtet wurde.»

Mehr als zweieinhalbtausend Professoren und Wissenschaftler sind unter dem Druck der Ereignisse nach 1933 geflüchtet. Ausser der Berühmtheit Albert Einstein und dem Nobelpreisträger James Franck waren es auf allen Gebieten Akademiker, Forscher, Schriftsteller, Juristen usw., die mit Recht auf ihre erprobte Leistung pochen konnten (z.B. Robert M.W. Kempner). Helge Pross hat in ihrer bemerkenswerten Studie «Die deutsche akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten 1933 – 1941» festgestellt, dass die Majorität der Professoren – und das gilt noch stärker für die Schriftsteller – «Beziehungen zu Deutschland wiederaufzunehmen bereit sind»¹⁰; aber es gibt auch eine Reihe von Ausnahmen, wie Albert Einstein, der es ablehnte, mit dem neuen Deutschland irgendetwas zu tun zu haben, obwohl der Gelehrte nur in deutscher Sprache korrespondierte und konversierte.

Wenn man das Schicksal von James Franck bedenkt, wird man dieses negative Gefühl verstehen können. Er hatte im ersten Weltkrieg als Offizier gedient, kehrte an die Universität Göttingen zurück, wo er aus eigenen Mitteln ein Forschungslaboratorium errichtete. Viele amerikanische Wissenschaftler gingen in jenen Jahren nach Göttingen, um bei Franck zu hören, unter ihnen die grossen Physiker Carl T. Compton und J. Robert Oppenheimer. Im Jahre 1926 erhielt der Gelehrte den Nobelpreis für Chemie. Damals ehrten ihn die Studenten durch einen Fackelzug; aber als Hitler zur Macht kam, wurde dieser grosse Wissenschaftler, der nach Herkunft und Lebensart Deutscher war, aus dem Lande getrieben. Er war es, der als Vorsitzender eines sich bildenden Komitees für die sozialen und politischen Folgen der Atomwaffe einen klaren Kopf bewahrte. Er war aus moralischen Gründen gegen die Verwendung dieser Bombe. Heute spielt dieses Franck-Dokument in der Geschichte der Atombombe eine grosse Rolle. Nur wenige wissen, dass es der grosse Wissenschaftler aus Göttingen war, der vertriebene Jude, der sich mit all seiner wissenschaftlichen und moralischen Autorität gegen die Verwendung der Bombe aussprach. Auch Albert Einstein hat in einem erschütternden Brief an einen japanischen Pazifisten die Verwendung der Atombombe tief bedauert. James Franck wurde trotz seiner abweichenden Meinung einige Jahre später durch Zuruf in die Nationale Akademie der Wissenschaften der USA gewählt. In der Tat eine grosse Ehre, die ihm und mit ihm den vor Hitler geflüchteten Geistesarbeitern zuteilwurde.

Deutschlands Verlust wurde Amerikas Gewinn.

¹⁰ Helge Pross, «Die deutsche akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten 1933-1941». Berlin 1965, S. 69

19. Nach dem 8. Mai 1945

«Im Anfang war die Tat.»
Goethe.

Als endlich nach langen, qualvollen Jahren die Nachricht von dem Ende des Krieges Millionen von Menschen in allen Ländern elektrisierte, in Deutschland weisse Flaggen aus den Fenstern hingen, in Londons Piccadilly Circle sich die Briten vor Freude heiser schrien, Hunderttausende auf dem Place de la Concorde das befreite Frankreich hochleben liessen und in New York am Times Square sich Wildfremde umarmten und küssten und diese Freudenwelle über das Ende des Grauens von Land zu Land, von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf ging, da bedeutete dieser Tag auch das Ende des Flüchtlingsdaseins und eine mögliche Rettung der noch überlebenden Opfer. Tausende verhungertes Menschen, die aus den Konzentrationslagern befreit wurden, hatten zwar nur eine kurze Gelegenheit, die Freiheitsglocken zu hören, bis das Hungerödem den Körper verzehrte und allein in Bergen Belsen zum Beispiel 23'000 Opfer starben, denen alle Hilfe nichts mehr nutzen konnte. Der Treck nach Hause begann; aber für so viele gab es kein Zuhause mehr, und nicht alle gelangten an den Ort ihrer Sehnsucht und Hoffnung. Sie blieben tot auf den Strassen liegen. Als Franklin D. Roosevelt im Oktober 1939 eine Delegation des Intergovernmental Committee on Refugees empfangen hatte, sagte er voraus, dass nach dem Kriege 10 bis 20 Millionen vertriebene Personen auf dem europäischen Kontinent heimatlos bleiben würden. Es stellte sich bald heraus, dass diese Voraussage in der Tat eingetroffen war.¹

So entstanden nach dem 8. Mai 1945 nicht nur die Probleme der Wiedergutmachung dessen, was der Hitlersche Wahnsinn angerichtet hatte, sondern neue Flüchtlingskategorien wurden geschaffen und bis zur Gegenwart hat sich das unablässig wiederholt. Es ist so geblieben seit den Tagen, da die Normannen dem Küstenstrich der Nordsee folgten, das nördliche Frankreich überrannten und endlich in England und Sizilien ihre Zelte aufschlugen. So kamen die Vandalen und die Goten, die die Wälle des römischen Imperiums brachen und im mittelländischen Raum Königreiche bildeten. Diese historischen Wanderungen brachten den Ländern, die sie heimsuchten, oft Gewinn, Bereicherung, und ein Teil des Christentums ist unlösbar mit den grossen Wanderungsbewegungen des Altertums und Mittelalters verbunden. Die moderne Wanderung aber, die unter dem Druck der drohenden Vernichtung von Minderheiten – politischen und religiösen – entstanden war,

1 Ein Bericht des Verf. über die Tätigkeit des Rescue Department des Jewish World Congress ist wiedergegeben im Anh., Dokument 25

konnte keine solche «wohltuenden» Wirkungen haben. So mussten die Sieger, die Alliierten, sich sofort mit der Problematik der Heimführung jener Millionen entwurzelter Menschen beschäftigen. Dabei unterschied man zwischen «allied displaced persons» und «foreign displaced persons», was de facto Freund und Feind bedeutete.

Der erste grosse Versuch, dieses verhungerte, vom Krieg zerstörte und von vertriebenen Menschen überflutete Europa zu normalisieren, war der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (Hauptquartier Washington) vorbehalten. Die UNRRA, wie man diese Organisation nannte, hatte nicht die Aufgabe, Flüchtlinge anzusiedeln, sondern zunächst einmal den Hunger zu stillen, sanitäre Bedingungen zu schaffen und, wo immer möglich, bei der Heimschaffung der Vertriebenen behilflich zu sein. Die UNRRA, mit der ich als Leiter der Unterstützungsabteilung des Jüdischen Weltkongresses besonders 1945 und bis zu ihrem frühen Ende (30. Juni 1946) zusammenarbeitete, sandte in die Lager: Lebensmittel, Kleidung, Medikamente usw. Die freiwilligen Hilfsorganisationen begannen im Dezember 1945 ihre Sozialarbeiter endlich ins Feld zu schicken, und in der ersten Periode, unter der Ägide der UNRRA, war es klar, dass das Notwendigste sofort erfüllt werden musste, nämlich Hunger zu stillen und den Versuch zu machen, die Gesundheit der noch lebenden KZ-Häftlinge wiederherzustellen.

Dann setzte die zweite Periode ein, die eine viel längere Zeit in Anspruch nahm, nämlich die der Heimführung und der endgültigen Auswanderung bzw. endgültigen Sesshaftmachung. Als der braune Vorhang aufging, wurden in Deutschland, Österreich und Italien insgesamt 90'566 Juden lebend gefunden, von denen in Österreich und Deutschland sich über 43'000 in DP-Lagern und 35'200 in Städten befanden, während in Italien 12'000 Juden nur in Städten (also frei) lebten. Die grosse Mehrheit dieser Juden wollte, wie das aus dem Bericht des von Präsident Harry S. Truman in die Lager zum Studium entsandten Earl G. Harrison hervorgeht, nach Palästina gehen; aber die Engländer machten trotz amerikanischen Druckes weiterhin grosse Schwierigkeiten. So vegetierten diese jüdischen Überlebenden teilweise in Lagern, teilweise integrierten sie sich in die deutsche Bevölkerung – psychologisch kein leichter Prozess angesichts dessen, was sich ereignet hatte.

Polnische Juden sind aus dem von den Russen besetzten Teil Polens um Lemberg nach Russland gegangen. Von April bis November 1946 kamen 98'000 von ihnen in die deutschen und österreichischen DP-Lager, nachdem die Russen der Repatriierung zugestimmt hatten. Da die übergrosse Mehrheit der Juden aber nicht auf dem «polnischen Friedhof», auf dem mehr als 2'900'000 ihrer Glaubensbrüder ermordet wurden, bleiben wollten und Palästina der magnetische Anziehungspunkt war, gingen sie westwärts. In Deutschland und auch in Österreich konzentrierten sich auch Juden aus Rumänien und Ungarn, bis am 21. April 1947 das Europäische Oberkommando der US-Armee den Befehl gab, die Lager zu schliessen und keine weiteren Aufnahmen zuzulassen. Was legal nicht mehr möglich war, geschah nun illegal, und das Zahlenbild auf dem Höhepunkt der jüdischen DP-Bewegung ist aus den beiden folgenden Tabellen zu ersehen.²

2 Nach: Kurt R. Grossmann, «The Jewish DP-Problem». New York 1951, S. 19 und S. 23

Zahl der jüdischen DP's in den Lagern

Land	30. April 1947	31. Aug. 1947	31. Dez. 1947	31. März 1948
<i>Deutschland</i>				
U.S. Zone	125 110	114 596	109 522	92 863
Britische Zone	11 000 ca.	10 428	9 033	7 417
Franz. Zone	1 800	1 859	1 850	300 ca.
<i>Österreich</i>				
U.S. Zone	20 463	19 214	20 133	16 347
Britische Zone	2 156	1 641	973	600 ca.
Franz. Zone	0	0	0	0
<i>Italien</i>				
	15 705	18 686	18 579	18 000
insgesamt	176 234	166 424	160 090	135 527

Zahl der jüdischen DP's ausserhalb der Lager

Land	am 31. Mai 1948
<i>Deutschland</i>	
Franz. Zone	20 000
U.S. Zone	4 500
Wien	900
Franz. Zone	
<i>Italien</i>	
U.S. Zone	600
U.S. Zone	2 000
Britische Zone	500
<i>Österreich</i>	4 000
insgesamt	32 500

Was die Herkunftsländer anbelangt, so ergab sich per 30. September 1947 das folgende Bild:

Land	Zahl	Prozentsatz
	122 313	73,0
	18 549	11,0
	8 445	5,0
	6 602	4,0
Polen Rumänien Ungarn	6 167	3,7
Tschechoslowakei Deutsch-	1 786	1,1
land Litauen verschiedene	3 614	2,2
insgesamt	167 476	100,0

Glücklicherweise aber reduzierte sich die Zahl der jüdischen vertriebenen Personen durch Rück-, Aus- und Weiterwanderung, wie aus der folgenden statistischen Übersicht zu ersehen ist:

Zahl der jüdischen DP's, 1. Juli 1947	168 440
Monatsdurchschnitt Juli 1947-Juni 1948	163 077
Monatsdurchschnitt Juli 1948-Juni 1949	95 189
Januar 1949	90 553
März 1949	74 345
Mai 1949	59 133
Juli 1949	48 083
31. Dezember 1949	26 472
März 1950	24 916
30. Juni 1950	23 031
30. August 1950	21 501

Wohin gingen diese Flüchtlinge? Zunächst nach Palästina. Zwischen dem 15. Dezember 1945 und 15. September 1946 kamen 15'000 DP's aus Lagern in Palästina an, von denen 9'296 sogenannte Illegale waren. Auf der Insel Zypern waren 15'000, die versucht hatten, Palästina bzw. Israel zu erreichen, und dort interniert worden waren und von wo sich nun ebenfalls ein ständiger «Übersiedlungsprozess» in Bewegung setzte. Leon Uris hat in seinem Buche «Exodus»³ dieses Drama geschildert. Die wirkliche Exodus-Tragödie spielte sich ab, als 4'000 jüdische vertriebene Personen auf dem Schiff «Exodus 1947» von Bremen aus Palästina zu erreichen suchten und von den Engländern nach Deutschland zurückgebracht wurden. Eine reiche Literatur steht über diese Periode zur Verfügung/

Alle Versuche, die Auswanderung nach Israel aufzuhalten, besonders um wegen des beginnenden arabisch-jüdischen Konfliktes Männern im militärpflichtigen Alter die Durchreise durch verschiedene Länder unmöglich zu machen, waren jedoch nutzlos. Die jüdischen vertriebenen Personen kamen nach Palästina wie auf einem «Zauberteppich».

Das zweite wichtige Aufnahme- und Einwanderungsland waren die Vereinigten Staaten von Amerika. Es begann mit der berühmten Truman-Direktive vom 22. Dezember 1945, die den Abtransport von vertriebenen Personen nach USA beschleunigen sollte. Unter dieser Direktive, ein rein verwaltungsmässiger Akt und eine Massnahme, die Trumans Vorgänger und seine «Getreuen» im State Department und Justizministerium für unmöglich hielten, wurden 3'900 Quotenvise für vertriebene Personen, die in zentral- oder osteuropäischen Ländern oder auf dem Balkan geboren waren und als vertriebene Personen in Deutschland, Österreich und Italien lebten, zur Verfügung gestellt. Unter dieser Direktive kamen vom 1. Mai 1946 bis 30. Juni 1948 41'379 vertriebene Personen nach USA,

³ Leon Uris, «Exodus». München 1965

⁴ Vgl. etwa Murray Gitlin, «The Embarkation». New York 1950

davon 38'056 Quotaeinwanderer, 2'268 Nichtquotaeinwanderer, meistens Studenten sowie einige Kinder. Der jüdische Anteil betrug 27'500.

Die zweite konstruktive Phase begann mit der Verabschiedung des Vertriebenengesetzes (DP Act 1948, Public Law 774), welches die Zulassung von 200'000 DP's erlaubte. Später wurde diese Zahl auf 400'000 erhöht. Unter diesem Gesetz wurden 393'542 vertriebene Personen zugelassen. Das DP-Gesetz ermöglichte auch die Einwanderung deutscher Vertriebener. Eine Übersicht der unter dem DP Act per 30. Juni 1952 zugelassenen Personen gibt aus der folgenden Tafel unter dem DP Act per 30. Juni 1952 zugelassene Einwanderer:

Unter dem DP Act per 30. Juni 1952 zugelassene Einwanderern

Gruppe	in %	Gesamtzahl
Alle Einwanderer	100,0	393'542
Vertriebene Personen	85,7	337'244
Vertriebene Personen aus Westdeutschland, Österreich und Italien	78,0	306'785
Politische Flüchtlinge der letzten Zeit		162
Flüchtlinge von Venezia Giulia	0,5	2 000
Europäische vertriebene Personen aus dem Fernen Osten	0,8	3'312
Ex-polnische Soldaten aus Grossbritannien	2,7	10'487
Geborene Griechen und Vorzugsquote	2,3	8 977
Flüchtlinge ausserhalb der Zone	1,4	5 521
Deutsche Vertriebene	13,6	53'448
Waisen	0,7	2'838

Nach der offiziellen Statistik kamen unter dem Vertriebenen-Einwanderungsgesetz 47% Katholiken, 35% Protestanten, 16% Juden und 2% anderen Glaubensbekenntnisses. Von den 13,6% deutschen Vertriebenen waren 51% katholisch und 49% protestantisch. Die Geschichte der Einwanderung vertriebener Menschen ist im gewissen Sinne eine geringe Wiedergutmachung für die in früheren Kapiteln beschriebenen Unterlassungsünden der Roosevelt-Regierung während der Kriegsnotjahre.

Nach dem Kriege fand auch eine beschränkte Auswanderung nach lateinamerikanischen Ländern vom 1. Juli 1947 bis 31. August 1950 statt, worüber die folgende Zahlentabelle Aufschluss gibt:⁶

5 Nach: «The DP-Story. The Final Report of the US Displaced Persons Commission». Washington 1952, S. 366

6 Nach: Grossmann, «The Jewish DP-Problem». S. 28

Land	Anzahl
Argentinien	40
Bolivien	608
Brasilien	715
Chile	339
Kolumbien	135
Costa Rica	114
Kuba	274
Dominikanische Republik	58
Ecuador	189
Guatemala	16
Mexico	12
Panama	11
Paraguay	1 649
Uruguay	680
Venezuela	375
Peru	90
insgesamt	5 761

Die Einwanderung nach den unter britischem Einfluss stehenden Ländern, wie z.B. Australien, blieb auch nach dem Kriege weiterhin gering. Es wanderten dort vom 1. Juli 1947 bis 30. Juni 1950 4'745 jüdische Flüchtlinge ein. Kanada hat allein unter dem Spezialprojekt für Schneider 3012 dieser Guppe aufgenommen. Im Ganzen kamen in den Jahren 1946 bis 1950 22'395 Flüchtlinge nach Kanada.

Das Vertriebenenproblem hatte trotz seiner Grösse entweder durch Auswanderung, zu einem geringen Teil durch Rückwanderung oder Integration im Aufenthaltslande eine Lösung gefunden. Dabei spielten die privaten Organisationen eine wesentliche Rolle, die mit der International Refugee Organization (I.R.O.) engstens zusammenarbeiteten. Die I.R.O. übernahm grosse Teile der Arbeit der UNRRA, wiewohl die Fürsorge für «nichtalliierte Flüchtlinge» nicht zu ihrem Aufgabenkreis gehörte. Der vorzeitigen Auflösung der I.R.O. im Oktober 1951 sah man mit Sorge entgegen, da sie de facto für die endgültige Lösung des Flüchtlingsproblems ein Negativum bedeutete. Weder hatte der Hochkommissar für Flüchtlinge mit Sitz in Genf den Apparat noch hatte er die Mittel, die praktischen Aufgaben zu erfüllen, die die I.R.O. hatte lösen sollen. Auf dem Höhepunkt ihrer Tätigkeit sorgte sie für rund 595'000 Flüchtlinge in Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Griechenland, Schweiz, dem Nahen und Fernen Osten. Das heisst: diese Flüchtlinge wurden von der I.R.O. vollkommen unterstützt und nach Erledigung der Formalitäten in die Einwanderungsländer transportiert. (Zur selben Zeit gab es rund 12 Millionen andere Flüchtlinge, die nicht unter das I.R.O. Mandat fielen.)⁷

⁷ Vgl. dazu: Michael L. Hoffman, „The Perpetual Refugees«. In: Harpers Magazine. Ausg. vom Juli 1950

Nach Beendigung der I.R.O. Tätigkeit und einer vorangegangenen Konferenz in Neapel, zu der das Internationale Arbeitsamt in Genf eingeladen hatte, wurde das von den Vereinten Nationen unabhängige Intergovernmental Committee for the Movement of Migrants mit Sitz in Brüssel gegründet, das von 17 Regierungen, darunter auch die Bundesrepublik und Österreich, unterstützt wird. Vom 1. Februar 1951 bis 30. Juni 1961 wurden durch diese Organisation 1'108'183 Personen (davon 468'463 Flüchtlinge) transportiert. 77'871 Personen gingen nach Israel. Die 17 Regierungen hatten das Intergovernmental Committee for Migration mit einem Budget von 37 Mill. Dollar pro Jahr ausgestattet, wovon die Vereinigten Staaten den grössten Anteil leisteten.

Nachwort

In der Nachkriegsperiode sind im zentraleuropäischen Raum eine Anzahl neuer Flüchtlingsprobleme entstanden, so z.B. die Flucht von Ostdeutschen (die «Abstimmung mit den Füßen») nach Westdeutschland bis zur Errichtung der Mauer am 13. August 1961. Auch heute kommen noch Flüchtlinge, aber die Massenflucht hat wider den Willen vieler Ostdeutscher aufgehört. Im Nahen Osten peinigt uns das Problem der seit etwa zwanzig Jahren entwurzelten Araber, das eine so wichtige Rolle für einen echten Frieden im Nahen Osten spielt. Im Fernen Osten sind durch die Umwälzungen in China und die Kriege in Korea und Vietnam gewaltige neue Flüchtlingsprobleme entstanden, deren Grösse, verbunden mit den politischen Komplikationen, sie von der internationalen Tribüne aus fast unlösbar macht.

James McDonald hat in seinem bekannten Demissionsbrief Ende 1935 die Mitglieder des Völkerbundes und die Weltöffentlichkeit gewarnt, dass das deutsche Flüchtlingsproblem nicht mit charitativen Palliativmitteln zu lösen sei, sondern nur mit politischen. Vor dieser Entscheidung haben sich die verantwortlichen Männer in allen Ländern gedrückt. Das ist eine der Lehren der Geschichte der Hitler-Emigration, die aber Hitler und seinen Helfershelfern nicht die Hauptverantwortung für das grausame Geschehen, seine Millionen Opfer, die Drangsale, Ängste, das vergossene Blut, das Meer von Tränen, das Verbrechen des Jahrhunderts abnimmt. Zu gleicher Zeit aber ist das Geschehene für die Staatsmänner und Völker, die berufen sind, die Freiheit zu verteidigen und den zivilisierten Fortschritt zu bewahren, eine entscheidende Mahnung und Warnung. Denn in dem ewigen Kampf um die wahren Lebenswerte, um die Menschlichkeit darf es kein Zögern, darf es keine Kompromisse und keine Diskriminierungen geben. Im Gegenteil, wenn eine solche Prüfung kommt, wie wir sie hier geschildert haben, muss ihr als Antwort *die Tat* entgegengesetzt werden: die Tat der Menschlichkeit, der Vernunft und der Abwehr des Übels! Sie muss immer – am Anfang stehen!

ANHANG

Dokument 1

5. ADLER-RUDEL DIE ENTTÄUSCHUNG VON EVIAN

Der am 12. März 1938 erfolgte Einmarsch deutscher Truppen in Österreich und die folgenden schweren Ausschreitungen gegen die Juden Wiens lenkten das Interesse der Weltöffentlichkeit auf das Schicksal derjenigen Juden, die sich im Machtbereich der Nazis befanden. Ungefähr 150'000 Juden hatten Deutschland in den ersten fünf Jahren der Naziherrschaft verlassen, von denen weniger als 100'000 Niederlassungsmöglichkeiten in überseeischen Ländern, im Wesentlichen in Palästina, Nordamerika und einigen südamerikanischen Republiken, gefunden hatten. Die anderen blieben Flüchtlinge und fristeten in rechtlicher Unsicherheit und wirtschaftlicher Abhängigkeit von der Hilfe verschiedener Flüchtlingskomitees eine kümmerliche Existenz in den Deutschland benachbarten Ländern. Sie bildeten ein Problem, das weder die internationale Welt noch die jüdischen Organisationen lösen konnten. Die Besetzung Österreichs vergrösserte die Zahl derer, die auswandern oder flüchten mussten, um 190'000 Menschen, so dass sich wieder 40'000 Juden mehr als bei Beginn unter Naziherrschaft befanden.

Die Nachrichten über die grausamen Misshandlungen und Verfolgungen der Juden Wiens, der Versuch vieler Tausender, die Grenzen der Tschechoslowakei, der Schweiz oder Italiens zu überschreiten, erschütterten die Weltöffentlichkeit und erregten besonders das Interesse des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt so sehr, dass er, 12 Tage nach der Besetzung Österreichs, am 24. März 1938, 32 Regierungen zu einer Konferenz einlud, deren Aufgabe es sein sollte, eine dauernde Lösung des Flüchtlingsproblems zu finden. Gleichzeitig veranlasste Roosevelt, dass die USA-Konsulate Anträge von Auswanderern aus Deutschland und Österreich wohlwollender behandeln sollten, was sich sofort in einer wesentlichen Steigerung der Einwanderung in die Vereinigten Staaten auswirkte, die bisher nur einen Bruchteil der gesetzlich zulässigen Quote erreicht hatte.

Es war Roosevelts Absicht, die Probleme der erzwungenen Wanderung, der Sesshaftmachung und des rechtlichen Schutzes der Flüchtlinge auf die Tagesordnung dieser Konferenz zu setzen. Er wollte auch die Frage Palästinas als Zufluchtsstätte für Juden behandelt wissen. England widersetzte sich jedoch diesem Plan und erreichte, dass das aktuelle Flüchtlingsproblem, nicht aber die Frage der Einwanderung nach Palästina behandelt wurde.

Die Konferenz wurde für den 6. Juli 1938 nach Evian, einem idyllisch gelegenen Kurort an der französischen Seite des Genfer Sees, einberufen. Wochenlang war die Aufmerksamkeit der Welt, vor allem die der Juden Ost- und Mitteleuropas, auf Evian gerichtet in der Hoffnung, dass endlich wirkliche Hilfe für alle Flüchtlinge geleistet werden würde. Ausser den Vereinigten Staaten hatten 31 Regierungen – 19 südamerikanische, 8 europäische und 4 Staaten des British Empire – ihre Delegationen entsandt. Neben ihnen kamen zahlreiche Vertreter der verschiedensten jüdischen und nicht jüdischen Flüchtlingsorganisationen, die der Konferenz 40 Memoranden überreichten; Vertreter von 24 Organisationen, davon 15 jüdischen, unter denen sich Norman Bentwich, Nahum Goldmann, Arthur Ruppin und Jonah W. Wise befanden, wurden von einer zu diesem Zweck eingesetzten Unterkommission der Konferenz empfangen und gaben ergänzende Erklärungen zu den von ihnen eingereichten Memoranden ab.

Die Delegierten

Die offizielle Delegation der Reichsvertretung der Juden in Deutschland bestand aus Otto Hirsch, Paul Epstein, Michael Traub und Werner Rosenberg, die der Jüdischen Kultusgemeinde Wien aus

Prof. Dr. Neumann und Dr. Josef Loewenherz. Die Delegation der Reichsvertretung überreichte, in Übereinstimmung mit der Delegation aus Österreich, der Konferenz ein sehr ausführliches und gut dokumentiertes Memorandum, in dem auf Grund statistischer Unterlagen ein Plan für die Organisation der Auswanderung aus Deutschland und Österreich vorgeschlagen wurde.

Nun aber wiederholte sich, in einem bisher nicht gekanntem Ausmass, das seit dem ersten Weltkrieg übliche Spiel, dass die Vertreter jüdischer Not in den Vorzimmern einer internationalen Konferenz sasssen und sich krampfhaft darum bemühten, von Repräsentanten irgendeiner Regierung für wenige Minuten empfangen zu werden. Die Delegierten der südamerikanischen Republiken, die mit jüdischen Dingen weit weniger als ihre Kollegen aus den europäischen Ländern vertraut waren, fanden sich unter den Memoranden und Interventionen nicht zurecht und wurden verwirrt und verärgert über die grosse Zahl von Organisations-Vertretern, die sie unablässig belagerten.

Es musste erst eine Katastrophe ungeahnten Ausmasses eintreten, bis die Vertreter des Staates Israel – zu denen der Verfasser dieser Zeilen gehörte – bei einer ähnlichen dem Problem der Flüchtlinge gewidmeten Konferenz, die 1948 in Genf stattfand, gleichberechtigt neben den Repräsentanten anderer Länder an den Beratungen teilnehmen konnten.

Als Beauftragter Präsident Roosevelts erschien in Evian Myron C. Taylor, Präsident der United Steel Corporation. Ihn begleiteten der frühere High Commissioner for Refugees beim Völkerbund, James J. MacDonald – Roosevelts Vertrauensmann und Berater – sowie eine Anzahl technischer Assistenten, unter ihnen George L. Warren, der Executive Secretary von Roosevelts «Committee on Political Refugees», der während der nächsten 20 Jahre Amerika auf allen internationalen Konferenzen vertrat, die mit Flüchtlings- oder Wanderungsfragen zu tun hatten, und zu einem der wenigen verständnisvollen und zuverlässigen Freunde der jüdischen Flüchtlinge wurde. England war durch Lord Winterton, einem treuen Gefolgsmann Chamberlains, vertreten, der kein Hehl aus seiner unfreundlichen Haltung gegenüber einer Verstärkung der jüdischen Einwanderung nach Palästina machte. Frankreichs Vertreter war Senator Henry Berenger, ein an sich wohlwollender Mann, der jedoch als Gastgeber immer bestrebt war, den glatten Verlauf der Konferenz zu sichern und ängstlich alles vermied, was die Deutschen hätte verärgern können.

Trübe Vorahnungen

In den wenigen Wochen zwischen Einberufung und Eröffnung der Konferenz fanden viele Verhandlungen hinter den Kulissen statt, die die grossherzige Initiative des Präsidenten schon vor ihrem Beginn verwässerten. Für alle, die dieser Entwicklung besorgt folgten, wurde die groteske Situation mit jedem Tag klarer, dass England, Frankreich und selbst die Vereinigten Staaten bestrebt waren, die Regierung desjenigen Landes, das für die Entstehung des Flüchtlingsproblems verantwortlich war, mit grösster Schonung zu behandeln. Ein langes nächtliches Gespräch zwischen Myron C. Taylor, George L. Warren, Dr. Bernhard Kahn und mir, gelegentlich unserer gemeinsamen Reise nach Evian, verminderte noch die geringen Hoffnungen, die bisher auf jüdischer Seite für ein positives Ergebnis der Konferenz bestanden hatten, und zeigte, dass auch der gute Wille des Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht ausreichte, um die Trägheit der Herzen zu überwinden.

Der Verlauf der Konferenz entsprach den trüben Vorahnungen. Fast alle Regierungsvertreter berichteten ausführlich über das, «was sie schon für die Flüchtlinge getan hatten», um dann zu begründen, warum sie jetzt keine weitere Möglichkeit sahen, eine grössere Einwanderung von Flüchtlingen in absehbarer Zeit in ihre Länder zuzulassen. Die wenigen südamerikanischen Länder, wie Kolumbien, Haiti und Santo Domingo, die bereit waren, eine kleine Zahl von Flüchtlingen aufzu-

nehmen, betonten, dass sie neben sehr hochstehenden Wissenschaftlern und Spezialisten nur Bedarf an gelernten Landarbeitern hätten, die genügend Mittel besaßen, sich als selbständige Farmer niederzulassen, eine Kategorie also, die unter den Flüchtlingen aus Deutschland und Österreich fast nicht vorhanden war.

Keine Einwanderung nach Palästina

Den hinter den Kulissen geführten Verhandlungen entsprechend, wurde Palästina, das bisher die grösste Zahl der Flüchtlinge aufgenommen hatte, als Einwanderungsland offiziell nicht erwähnt. Die grosse Zahl der jüdischen Organisationen, deren Vertreter von einem Unterkomitee der Konferenz empfangen wurden, bestand jedoch so entschieden auf einer Vergrösserung der Einwanderung nach Palästina, dass Lord Winterton sich gegen Ende der Konferenz gezwungen sah, offiziell auf diese Forderung zu reagieren. Was er ausführte, war im Wesentlichen ein Rechtfertigungsversuch der bisherigen Politik der englischen Regierung und ein Hinweis auf die Tatsache, dass Palästina seit dem Jahre 1933 über 40'000 Einwanderer aus Deutschland aufgenommen hatte. Er warnte die Konferenz jedoch davor, England jetzt zu drängen, und forderte, das Ergebnis der von seiner Regierung geführten Verhandlungen über die Zukunft Palästinas abzuwarten. Um den negativen Eindruck mangelnder weiterer Hilfsbereitschaft der englischen Regierung abzuschwächen, erwähnte er die Möglichkeit einer Ansiedlung deutscher Juden in den ostafrikanischen Kolonien, hauptsächlich in Kenia, mit der vagen Zusage, dass private Organisationen, die Experten dorthin gesandt hatten, die Erlaubnis zur Kolonisation erhalten würden. Von dieser Zusage blieb jedoch später nicht mehr als der Versuch einer Niederlassung von fünfzehn Familien in Kenia.

Keinerlei Ergebnis

Die Konferenz endete am 15. Juli 1938 mit der Annahme einiger sehr vorsichtig formulierter Resolutionen. Die wichtigste war die Empfehlung zur Einsetzung eines permanenten «Intergovernmental Committee for Refugees» in London, das die Arbeit der Konferenz fortführen sollte. Aufgabe dieses neu geschaffenen Komitees war es, mit Deutschland über die Regelung der Auswanderung und die Freigabe von Vermögenswerten der Auswanderer zu verhandeln und von den angeschlossenen Regierungen vertrauliche Informationen über die jeweils gegebenen Einwanderungsmöglichkeiten zu erhalten. Gleichzeitig sollte das Komitee in Zusammenarbeit mit dem High Commissioner for Refugees und dem Internationalen Arbeitsamt für die Ausgestaltung des rechtlichen Schutzes und die Legalisierung der Flüchtlinge aus Deutschland tätig sein; es übernahm keinerlei finanzielle Verpflichtungen und überliess auch für die Zukunft die Sorge für Unterhalt und Wanderungskosten der Flüchtlinge den privaten Organisationen. Der Vertreter Kolumbiens hatte die bittere Wahrheit der Flüchtlingssituation am besten gekennzeichnet, als er Evian die «moderne Klagemauer» der Flüchtlinge nannte, an der sie zwar ihre Klagen anbringen, aber keine Hilfe finden konnten.

Das «Intergovernmental Committee» trat am 3. August 1938 in London zusammen und wählte den amerikanischen Anwalt George Rublee zu seinem Direktor. Dieser versuchte sofort, mit der deutschen Regierung zu verhandeln, die als ihre Vertreter Dr. Hjalmar Schacht und Ministerialrat Herbert Wohlfahrt bestimmt hatte. Die Verhandlungen brachten kein wie immer geartetes Ergebnis. Die sich immer mehr zuspitzende internationale Lage und schliesslich der Ausbruch des Krieges im September 1939 machten die Weiterarbeit des Komitees fast illusorisch. Das Wenige, das erreicht wurde, stand in keinem Verhältnis zu den Hoffnungen, die die Initiative Roosevelts ursprünglich erweckt hatte.

[Zuerst veröffentlicht in «Boletín informativo», Ausg. vom August 1968.]

Dokument 2

ZUR LAGE DER EMIGRANTEN IN DER TSCHECHOSLOWAKEI

Das zweifache Problem elementarster Lebensbedingungen war akut von dem Augenblick, da der erste Hitler-Flüchtling seinen Fuss auf den Boden eines Asyllandes setzte, und blieb es für viele Jahre, selbst nach dem Kriege.

Auszüge aus dem 1. Tätigkeitsbericht der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge vom 1. März bis 30. November 1933.

Der Aufgabenkreis

Die Aufgaben, die sich die Demokratische Flüchtlingsfürsorge stellte, gehen aus einem Aufruf hervor, der am 26. März in der Presse erschien. Es wird darin ausgegangen von der täglich wachsenden Zahl der Flüchtlinge, die oft nur mit dem nackten Leben davongekommen sind und jetzt in der Fremde vollständig mittellos und ratlos dastehen . . .

Also mit Rat und Tat den Flüchtlingen ohne Unterschied ihrer politischen Zugehörigkeit, ohne Rücksicht ihrer bisherigen Konfession zu helfen, alle Flüchtlinge zu unterstützen, diese Aufgabe hatte die Demokratische Flüchtlingsfürsorge übernommen. Ihre Hilfe ist allen Flüchtlingen zuteilgeworden, und die Demokratische Flüchtlingsfürsorge hatte bis in den Mai 1933 hinein die grösste Anzahl von Flüchtlingen zu versorgen: Verfolgte Juden, verfolgte Sozialdemokraten und Kommunisten, verfolgte Pazifisten waren ihre Schützlinge.

Erst mit Gründung von vier anderen Flüchtlingskomitees trat die Arbeitsteilung ein... Es muss mit aller Klarheit ausgesprochen werden, dass die Demokratische Flüchtlingsfürsorge von Anfang an für eine Zentralisation des Flüchtlingswerkes eingetreten ist, weil sie der Ansicht war, dass ein Unterschied zwischen den Opfern des Faschismus in Deutschland kaum gemacht werden könnte und dass es galt, für alle gleichermassen zu sorgen.

Die Zusammensetzung der Flüchtlinge

Über die Zusammensetzung der Flüchtlinge ist Folgendes zu sagen: In den ersten drei Monaten überwogen die jüdischen Flüchtlinge das Kontingent der zu Versorgenden. Von Juni 1933 an aber hat die Demokratische Flüchtlingsfürsorge immer mehr jene Schichten zu ihren Schützlingen machen müssen, die weder sozialdemokratisch organisiert noch Juden waren. Es sind dies Gewerkschaftler, eine Anzahl Intellektuelle, Schriftsteller und Arbeiter, die aus den verschiedensten Gründen geflüchtet sind. Nach einer Mitte September gemachten Aufstellung befanden sich 1'000 Flüchtlinge in Prag, 70 organisierte Sozialdemokraten und 65 organisierte Kommunisten, während die anderen Flüchtlinge keiner der beiden Parteien angehörten, sondern entweder im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, in den Gewerkschaften, Arbeiter-, Turn- und Sportverband, Naturfreunde organisiert waren oder anderen antifaschistischen Organisationen angehörten. Diese grosse Kategorie hatte überwiegend die Demokratische Flüchtlingsfürsorge zu versorgen, während das im Mai ins Leben gerufene Saida Komitee ebenfalls aus diesem grossen Reservoir seine Schützlinge bezog. Das Jüdische Hilfskomitee hatte zu dieser Zeit ca. 450 Juden zu versorgen.

Was die berufsmässige Zusammensetzung der Flüchtlinge anlangt, so variierte diese ständig. Sie kann aber in Prozenten ausgedrückt etwa wie folgt angegeben werden: Kaufleute 40%, Arbeiter und Handwerker 34%, Schriftsteller und Journalisten 11%, freie Berufe 10%, verschiedene 5%.

Wohnungsfrage

Für die Demokratische Flüchtlingsfürsorge standen zwei wichtige Probleme im Vordergrund: das Wohnungsproblem und die Verpflegungsfrage. Es zeigte sich sehr bald, dass die in den ersten Wochen gezahlten Unterstützungssätze keineswegs durchgehalten werden konnten, und so musste ein Ausweg gefunden werden. Als ein solcher wurde die Gründung von Wohnkollektiven angesehen. Die D.F.F. hatte dank dem grossen Entgegenkommen eines Bürgers zunächst ein Wohnkollektiv in der Socharska schaffen können, wo etwa zwölf Flüchtlinge zusammen wohnten. Dann wurde ein zweites Kollektiv in Strasnice gegründet, im Hotel Slatiny, wo die Flüchtlinge bei der Errichtung desselben bereits wichtige Arbeiten zu leisten hatten. Hier wurden ca. 30 Flüchtlinge ständig beherbergt. Dieses Kollektiv ist jetzt nach Ujezd nad Lesy verlegt worden, wo die Flüchtlinge sich vollkommen allein eingerichtet haben und es auch im Wege der kontrollierten Selbstverwaltung bewirtschaften. Ein drittes Kollektiv mit ständig 30 Flüchtlingen ist in der Stadt, in der Vodickova, errichtet worden ...

Die Verpflegungsfrage

In der Verpflegungsfrage hatten wir mit dem Club Deutscher Künstlerinnen einen Vertrag abgeschlossen und die Flüchtlinge dort in der ersten Zeit essen lassen. Später wurde die Mensa der Privatangestellten in Anspruch genommen. Für dieses Essen wurde pro Kopf täglich 4,- Kö im Durchschnitt verausgabt. Die Abendbrote wurden zunächst auch in der Mensa für 3,- Kö eingenommen, später im Automaten Fenix für 2 Kö. Wer die Essenmarken nicht wünschte, bekam den Gegenwert in bar. In dieser Zeit wurden für den Flüchtling pro Tag im Durchschnitt 12,- bis 13,- Kö aufgewendet, was aber im Hinblick auf den dauernden Zustrom nicht tragbar war. Für das Frühstück, das nicht in der Küche ausgegeben wird, wird zur Zeit ein Satz von 1 Kd pro Tag gezahlt, der unbedingt einer Erhöhung bedarf.

Ärztliche Fürsorge

Es galt, neben der Sorge um Wohnung und Verpflegung auch für die ärztliche Betreuung der Flüchtlinge die notwendigen Massnahmen zu ergreifen. Hierbei sind wir von einer Anzahl hiesiger Ärzte – praktische Ärzte, Spezialärzte und Zahnärzte – auf das tatkräftigste unterstützt worden, so dass in Krankheitsfällen ärztliche Hilfe erteilt werden konnte. Durch Vermittlung eines Präsidialmitglieds waren wir auch in der Lage, den Flüchtlingen die notwendigen Medikamente zur Verfügung zu stellen. Die Zahnbehandlung wurde von einigen Ärzten kostenlos besorgt.

Die Bekleidungsfrage

Die Demokratische Flüchtlingsfürsorge hat ihre Aufmerksamkeit auch der Bekleidung widmen müssen, weil ein grosser Teil von Flüchtlingen ohne ausreichende Bekleidung Prag erreicht hat. Es ist dank des Opfersinns der hinter den Komitees stehenden Kreise ... gelungen, wenigstens dem grössten Teil der Wünsche, wenn man von der Schuhfrage absieht, zu entsprechen. Der D.F.F. war es auch öfters möglich, den anderen Komitees in dieser Beziehung auszuhelfen. Auf Initiative der D.F.F. ist die Bekleidungsaktion zusammengelegt worden und hat jetzt für die gesamten vier Komitees eirigesetzt. ...

Das soziale Problem

Es ist in dieser Übersicht angedeutet worden, dass alle Arbeit, die seitens der Flüchtlingskomitees und somit auch der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge geleistet wird, das grosse soziale Problem ungelöst lässt. Wir befinden uns in einer schweren Wirtschaftskrise, unter der auch die Republik zu

leiden hat. Diese Wirtschaftskrise erlaubt nicht – was an sich das Einfachste wäre – die Aufsaugung der Flüchtlinge in den Wirtschaftsprozess, denn die Zahl von 1'200 Flüchtlingen insgesamt wäre zur Zeit einer Konjunktur, wie sie andere Emigrationen das Glück hatten vorzufinden, keineswegs erschreckend. Die Demokratische Flüchtlingsfürsorge spricht die Auffassung aus, dass das soziale Problem nur international gelöst werden kann und lässt die Frage offen, ob die Versorgung der Flüchtlinge nicht schon in sehr kurzer Zeit international durchgeführt werden muss; aber sie kann sich eine Lösung dieser Frage nur international denken und stimmt mit dem Leiter des Comité National in Paris, M. Lambert, darin überein, dass nur durch eine grosszügige Siedlung in menschenarmen Gebieten eine Hilfe erfolgen kann. Mit solchen Siedlungen würde dem Staat dadurch genutzt werden, dass es möglich wäre, besonders qualifizierte Kräfte anzusiedeln, und den Flüchtlingen ist selbstverständlich damit mehr geholfen als mit den immer karger werdenden Almosen. Unter den Flüchtlingen befinden sich eine ganze Anzahl guter, qualifizierter Kräfte. Sie brachliegen zu lassen, ist ein ökonomischer Unsinn ...

Wohnkollektive

Die Unterbringung in Kollektiven – zunächst Wohnkollektive innerhalb der Stadt, dann Wohn- und Arbeitskollektive mit weitgehendster Selbstverwaltung, war notwendig, um die bescheidenen Mittel zu rationalisieren und die Flüchtlinge aus der Agonie des Nichtstuns zu befreien, und drittens ihnen in den Kollektiven wenigstens ein ganz bescheidenes Mass produktiven geistigen und physischen Daseins zu geben. In der ‚Neuen Weltbühne‘ vom 21. Dezember 1933 schrieb ich zu diesem Thema unter dem Titel ‚Dreissig Emigranten helfen sich selbst‘.»

Kurt Grossmann: Dreissig Emigranten helfen sich selbst

«Immer schwieriger wird die Versorgung der deutschen Emigranten. Immer geringer werden die Mittel.

Bis zur Befreiung Deutschlands gilt es, jene, die der Barbarismus vertrieben hat, über die schwerste Zeit ihres Lebens hinwegzubringen; verweigert man ihnen das, dann bringe man den Mut auf, diese Menschen zu erschiessen. Einen Mittelweg gibt es nicht. Entweder Versorgung der Flüchtlinge oder ein radikales Ende. Das langsame Hinsterben ist eine unerträgliche Schmach.

Man wird einwenden, dass in dieser Wirtschaftskrise gar keine Möglichkeit besteht, die Flüchtlinge zu versorgen. Wenn ich nun an einem praktischen Beispiel, das noch nicht abgeschlossen ist, zeige, dass es einen Weg gibt, so bin ich mir bewusst, dass es auch auf diesem Weg viele Schwierigkeiten gibt. Aber im Gegensatz zu der üblichen Unterstützung, die in Essenmarken und in Mietenzuschuss besteht, ist der Gedanke, die Flüchtlinge in produktive Kollektive zusammenzufassen, von ausserordentlicher psychologischer Bedeutung. Den Menschen Hoffnung auf ein eignes Leben zu geben, das scheint mir die erste Verpflichtung jeder Emigrationshilfe zu sein.

Die von mir geleitete Prager «Demokratische Flüchtlingsfürsorge» hat – ich gestehe es offen – mit unzulänglichen Mitteln diesen Versuch gemacht. Eines Tages gaben die Flüchtlinge selbst die Anregung, die Unterstützungskosten dadurch herabzusetzen, dass an der Peripherie der Stadt ein Kollektiv errichtet würde. Hier brachten wir nahezu dreissig Flüchtlinge unter. Sie schliefen in der leerstehenden Dependence eines kleinen Hotels, die sie sich als ihr Heim einrichteten. Der einzelne Flüchtling kostete zuerst in diesem Heim 11 Kronen täglich, dazu kam ein Taschengeld von einer

Krone für den Tag. Die Flüchtlinge beschlossen damals, das Taschengeld nicht ganz für sich zu verwenden; sie errichteten eine gemeinsame Kasse und schufen damit, ganz aus Eignem, eine kleine Schuhmacherei. In dieser Schuhmacherei, für die wir gespendetes Leder erhielten, sind seither 150 Paar Schuhe repariert, zum grössten Teil besohlt worden. Man berechne eine Schuhreparatur billigst mit 10 Kc im Durchschnitt, so ergibt das 1'500 Kc, die das Kollektiv uns erspart.

Eine zweite wesentliche Mithilfe leistete dieses Kollektiv, indem es die Wäsche sämtlicher Flüchtlinge besorgte. Auch das war eine grosse Ersparnis.

Die dreissig Flüchtlinge gingen dazu über, selbst die Küche zu verwalten. Denn obgleich der Unterstützungssatz von 11 auf 9 Kc reduziert werden konnte, war man nicht mehr in der Lage, diesen Beitrag zu gewährleisten. Aus diesem Grunde wurde die Verlegung des Heims nach Ujezd nad Lesy in eine leere Villa notwendig; die Flüchtlinge möblierten selbst ihr Heim. Zunächst mussten dreissig Bettstellen gebaut und etwa fünfzehn Strohsäcke angefertigt werden. Schränke wurden repariert, Regale hergestellt; die ganze Einrichtung wurde aus gespendetem Material geschaffen, und nach vier mühevollen Wochen hat jetzt jeder Flüchtling sein Bett, seinen Strohsack. Leider fehlt es noch an Decken. Die Küche wird von den Flüchtlingen selbst verwaltet.

Welchen Wert hat dieses Kollektiv? Ich darf zunächst zahlenmässig darauf verweisen, dass für den einzelnen Flüchtling früher wenigstens 9 Kc bereitgestellt werden mussten; heute sind die Kosten pro Tag und Flüchtling – einschliesslich der Miete – auf 5,5 Kc täglich herabgedrückt. Alles, was im Heim nötig ist, schafft der Flüchtling selbst zur Stelle.

Ein solches Kollektiv würde nur ein Wohnkollektiv bleiben, ergäben sich nicht aus der Selbstbewirtschaftung einige wichtige Konsequenzen: Der Koch beklagte sich, als ich das letzte Mal dort war, dass die Küchenabfälle unbenutzt blieben; er fügte hinzu, es könnte davon ein Schwein gefüttert werden. Das Schwein ist noch nicht da, aber inzwischen sind ein paar Hühner vorhanden.

Der Aufbau eines solchen Kollektivs wird langsam, sehr langsam erfolgen. Aber wenn man auf dem eingeschlagenen Weg fortfährt, wird sich bald zeigen, dass bei Aufzucht einiger Tiere die Zuschüsse immer weiter gesenkt werden können. Und man kann ausrechnen, wann dieses Kollektiv von eignen Produkten leben, wann man ein Stück Land kaufen können wird, wo Gemüsebau möglich ist.

Ich bin mir klar, dass der Weg dahin recht steinig ist; aber in diesen Tagen konnten die Gesamtkosten pro Kopf wiederum um fünfundzwanzig Heller gesenkt werden. Sie bleiben damit schon beträchtlich unter der Hälfte des Betrags, den jeder Flüchtling bei Errichtung des Kollektivs erhielt.

Mit der fiskalischen Seite ist aber noch eine psychologische verbunden, und die ist noch wichtiger. Ein zwanzigjähriger Flüchtling, von mir nach seinem Befinden befragt, sagte, es sei ihm schrecklich, hier unnütz warten zu müssen; aber – und er zeigte in den Garten hinaus – er freue sich auf den Frühling – ‚dann beginnt hier meine Arbeit‘. Zwei andere Flüchtlinge beschäftigen sich mit der Schuhmacherei, ein dritter repariert Kleider. Zwei Flüchtlinge sind in der Küche tätig, drei Leute üben das Tischlerhandwerk aus. Wieder andre Flüchtlinge haben die Stadtwege zu besorgen, um die Rationen zu holen oder das leider nicht sehr flüssige Geld.

Das scheint mir bei jeder Arbeit für die Flüchtlinge das wichtigste zu sein: den Flüchtlingen Aufgaben zu stellen. Soweit die «Demokratische Flüchtlingsfürsorge» in Frage kommt, haben wir diesen Weg beschritten. Ob es sich darum handelt, Kleidungsstücke zu sammeln oder die Flüchtlingsküche zu bewirtschaften –, alles wird von den Flüchtlingen selbst gemacht. Die Unterstützung der Emigranten ist insofern produktiv, als die Mehrzahl wirklich bestrebt ist, durch Arbeit das abzugelten, was sie erhalten.

Trotzdem muss ich diesen Bericht pessimistisch schliessen; dieser Pessimismus betrifft die Frage, woher neue Geldmittel kommen werden, um diese grosse verantwortungsvolle Aufgabe weiterzuführen.»

Die nicht erfolgte Einbürgerung von Heinrich Mann

Die berühmte Mann-Schriftstellerfamilie benutzte ihre Beziehungen zum Hradschin (Wohnsitz des Präsidenten-Philosophen Thomas G. Masaryk) und die Eigenart der tschechoslowakischen Einbürgerungsgesetzgebung, um sich von Hitlers Verfolgung auf Reisen unabhängig zu machen und sich freie Bewegung zu sichern. Gertrud Albrecht ist der missglückten Einbürgerung Heinrich Manns nachgegangen, und ich folge hier ihrer Untersuchung¹:

«Kurz nachdem Heinrich Mann am 21. Februar 1933 Deutschland verlassen hatte, drang die Gestapo in seine Wohnung in München ein, aber es gelang Präsident Masaryk, dem persönlichen Freund und grossen Verehrer des Dichters, seine Manuskripte und Schriften als tschechoslowakisches Eigentum erklären und nach Prag schaffen zu lassen.

1934 besuchte Heinrich Mann mit einem ungültigen, bereits abgelaufenen Pass seine erste Frau und seine Tochter in Prag und erhielt vom tschechoslowakischen Kanzler die Zusage einer Einbürgerung. Noch im gleichen Jahr richtete er sein Einbürgerungsgesuch an die Kreisstadt der deutschen Gebiete in Nordböhmen, Reichenberg, das er dann nach acht Monaten, in denen es unerledigt liegen blieb, zurückzog. Zu diesem Schritt sah er sich veranlasst, da das damals bereits stark faschisierte Reichenberg, das zum Zentrum der Henlein-Bewegung geworden war, den Fall für faschistische Propagandazwecke ausnutzte und sich höchst offiziell nach den Gründen der Aberkennung seiner deutschen Staatsbürgerschaft erkundigte. Nachdem Heinrich Mann sein Gesuch schon zurückgezogen hatte, erfolgte dann die Ablehnung aus Reichenberg.»

Heinrich Mann hat sich am 5. Juli 1935 im liberalen «Prager Tagblatt» wie folgt zu Wort gemeldet: «Es ist nicht das Erste, was darüber in Zeitungen gestanden hat. Sogar mein Taufschein ist mehrfach wörtlich abgedruckt worden, obwohl er nicht zu diesem Zweck dem Bürgermeister und der Stadtvertretung von Reichenberg zugänglich gemacht worden war. Der «Temps», Paris, meldete meine Einbürgerung und auch gleich die Naturalisierung als vollzogen.

So steht es nicht. Andererseits ist mein Gesuch an Reichenberg keineswegs, wie Ihnen gesagt wurde, einen Monat alt, sondern acht. Die hervorragende tschechische Persönlichkeit, die sich mir zu Gefallen an den Bürgermeister von Reichenberg wandte, hat dies meines Wissens zu Anfang November 1934 getan. Die ersten Schritte geschahen ohne mich. Wäre nicht der Vorteil eines mir nahestehenden Wesens zu wahren gewesen, ich hätte meinen Taufschein wohl niemals nach Reichenberg geschickt.

Man ist mir acht Monate lang nicht im Geringsten entgegengekommen. Man hat meine Angelegenheit zu propagandistischen Zwecken verwendet, anfangs Propaganda für Reichenberg, zuletzt Propaganda gegen mich. Die Veröffentlichung des Taufscheins lässt sich noch beinahe harmlos erklären. Einem ausgebürgerten Schriftsteller eine Gebühr nahe der Höchstgrenze abverlangen zu wollen, nun, man kann es Verknennung der Umstände nennen. Ganz klar wird der Fall, wenn die Reichenberger Stadtvertretung, wie Sie erfahren, durch einen Vertrauensmann sich jetzt endlich informieren lässt über die ‚Gründe, aus denen mir die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt wurde‘. Das ist Tendenz, und keine gutartige.

1 In: «Historica», VIII, Prag 1964.

Diese Stadtvertretung hat die Gründe, wie die ganze übrige Welt, vom ersten Tag an gekannt. Man weiss, dass die Feinde des Dritten Reiches umgebracht oder wenigstens ausgebürgert werden. Feinde des Dritten Reiches sind wohl alle die Verteidiger der kulturellen Überlieferung. Ich habe, nach einigem Zögern und nicht um meiner selbst willen, ein Gesuch nach Reichenberg gerichtet; es könnte aussehen, als hielte ich gerade diese Stadt den Verteidigern der Kultur besonders wohlgesinnt. Ich kenne indessen sehr wohl die Mode, für die der einzelne arme Ort nichts kann. Die weit verbreitete Mode dieser Zeit, Gelegenheiten zur Hochherzigkeit garnicht zu erkennen, aber jeder Gelegenheit zur Anständigkeit im weiten Bogen auszuweichen.

Die Nachrichten über «Heinrich Mann und Reichenberg» werden jetzt versiegeln müssen, denn ich ziehe mich aus der Sache zurück und würde die Reichenberger Einbürgerung sogar dann noch dankend ablehnen, wenn sie mir, nach erfolgter Information durch das Dritte Reich hocheifrig angeboten werden sollte. Andererseits melde ich meinen Rücktritt von dem Gesuch der Einbürgerung nicht unmittelbar nach Reichenberg, das mich über den Stand meiner Sache immer nur durch die Presse unterrichtet hat. Auch ich unterrichtete Reichenberg hiermit durch die Presse.»

Gertrud Albrecht fährt dann in ihrer Berichterstattung fort:

«Gleichzeitig mit dem Bekanntwerden der Tatsache, dass Heinrich Mann sein Gesuch an Reichenberg zurückgezogen hatte, stimmten mehrere deutsche Gemeinden im Sudetengebiet, wie auch verschiedene tschechische Gemeinden und das slowakische Dorf Stos spontan für eine Zusage des Heimatrechtes an Heinrich Mann ab. (Die Zusage des Heimatrechtes war für die Erlangung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft erforderlich, das Heimatrecht wurde dann dem neuen tschechoslowakischen Staatsbürger erteilt.) Diese Kundgebungen... waren praktisch insofern wertlos, da ein Gesuch des Antragstellers die Vorbedingung für eine derartige Abstimmung darstellte. Das bestätigen auch die Meldungen über die Abstimmungen in den verschiedenen Gemeinden (Trnovany, Chomutov, Nydek, Ceska Lipa), die sich für eine Zusage des Heimatrechtes aussprachen, ‚falls Heinrich Mann darum ansuchen sollte‘. Heinrich Mann hat, entgegen Falschmeldungen in der Presse, ein solches Gesuch aus eigenem Antrieb ausser in Reichenberg an keine andere Stadt oder Gemeinde gerichtet. Die Angelegenheit wurde in der gesamten tschechischen und deutschen Presse der Tschechoslowakei immer wieder behandelt und rief heftige Diskussionen pro und contra hervor.»

Ich bin Frau Gertrud Albrecht für Überlassung dieser Unterlagen dankbar, die auf diese Weise das erste Mal in einem westlichen Lande die «Heinrich-Mann-Affäre» bekannt machen.

Chronik in Briefen und Zeitungsberichten

Während die Fürsorgekomitees in Prag für die unter ihren Fittichen befindlichen Flüchtlinge dafür sorgen, ihren Aufenthalt zu sichern und zu legalisieren, spielen sich an den Grenzen des Landes Widersinn und Unmenschlichkeit ab, wie aus der nachfolgenden Chronik hervorgeht.

Ein Brief an die Demokratische Flüchtlingsfürsorge:

«Schweinitz, den 20. Juli 1936

Sehr geehrtes Komitee!

Durch eine uns vorkommende Ungerechtigkeit eines Provinzamtess sind wir gezwungen, uns zu Euch um Rat zu wenden. Da wir Reichsdeutsche sind und von der jetzigen Regierung nichts wissen

wollten und noch für diese Regierung dienen sollten, sind wir am Tage unseres Militärdienstantritts über die Grenze. Also sind wir Deserteure geworden. Mit über 100 Mark sind wir am 29. VI. 36 bei Herrnskretschen über die Grenze nach Bodenbach. Von dort über Prag nach Tabor. Dort wurden wir am 4. VII. 36 wegen unerlaubten Grenzübertritts zu 7 Tagen Arrest bestraft und nach Österreich geschubt. Der Beamte, der uns von Tabor nach Ceske Velenice gebracht hat, hat auf unsere Frage hin geantwortet: Wenn wir von Österreich wieder rausgewiesen werden, sollten wir hinterherum nach Prag auf das Emigrantenkomitee, also zu Euch und uns einen internationalen Pass (für Militärflüchtlinge) holen. Wir wollten nun auf Prag wandern und sind bis Schweinitz gekommen. Dort waren unsere Strümpfe kaputt und unser Geld ziemlich gone, also mussten wir betteln gehen. Schon nach einer halben Stunde wurden wir verhaftet und ins Gefängnis Schweinitz eingeliefert. Der Amtsrichter verurteilte uns wegen Landstreicherei zu einem Monat Arrest. Jetzt bitten wir um Euren geschätzten Rat. Hat der Amtsrichter richtig gehandelt? Wir glauben, dass er uns wegen Betteln bestrafen kann, aber nicht Landstreicherei, denn wir sind ja gezwungen zu reisen, von einem Land zum andern, bis wir in ein Land kommen, wo die Gesetze nicht mehr so streng sind und wo man Arbeit bekommt, denn wir scheuen keine Arbeit. Aber wenn man uns wieder hinüber und wieder herüber in jedes Land wirft und einen Monat lang bei sehr wenig Essen einsperrt, kommen wir nicht weiter.

So bitten wir Euch herzlich, uns doch über unser Verhalten zu orientieren, damit wir wissen, wie wir uns in Zukunft zu verhalten haben.

An Papieren hat jeder bei sich: Gestellungsbefehl, Militärpass, Arbeitspapiere. Ich habe noch ein Mitgliedsbuch der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands, ausgestellt 1929. In der Hoffnung auf baldige Antwort unterzeichnen hochachtungsvoll

X und Y

P.S. Wenn wir unsere Strafe abgebusst haben, werden wir wieder nach Österreich geschubt, also geht die alte Leier wieder von vorne an. Wir brauchen unbedingt einen internationalen Pass, damit wir Weiterreisen können.»

Menschen zwischen den Grenzen

«Der reichsdeutsche Emigrant Erich K. wanderte, von der Liga für Menschenrechte mit einem kleinen Geldbetrag ausgestattet, in der Tschechoslowakei von Brünn nach Osten auf der Landstrasse. Er kam bis Uzhorod. Erich K. besass keinen reichsdeutschen Pass, er hatte aber eine Bewilligung des Ministeriums des Innern für den Aufenthalt in der Tschechoslowakei und einen von der Polizeidirektion Brünn ausgestellten Interimspass.

In Uzhorod wurde er von der Gendarmerie zu 10 Tagen Arrest verurteilt und als ‚lästiger Ausländer‘ auf zwei Jahre aus der Republik ausgewiesen. Nach Verbüßung der Strafe wurde er an die Grenze gestellt und betrat polnischen Boden. Von der polnischen Grenzpolizei wurde er an die tschechoslowakische Grenze zurückgebracht, hier wieder verhaftet und an die polnische Grenze gestellt. Nun gelang es ihm, einige Kilometer in Polen zu wandern. Auf der polnischen Landstrasse wurde er jedoch verhaftet und wegen unbefugten Grenzübertritts bestraft. Dann kam er in ein polnisches Gefängnis. Sein weiteres Schicksal dürfte sein, dass er auch aus Polen ausgewiesen und wieder an die tschechoslowakische Grenze gestellt wird. Das Ende ist nicht abzusehen.»

[«Prager Tagblatt» vom 29. V. 1936]

Im Niemandsland

«Abel, wenn er vor den Mordabsichten seines Bruders Kain geflohen wäre, hätte als Emigrant bittere Unannehmlichkeiten zu erdulden gehabt. Er wäre sein Leben lang in der Welt herumgelaufen mit dem Abel-Zeichen auf der Stirn.»

Alfred Polgar

«Nach Berichten tschechischer Blätter wurden in Südmähren 156 jüdische Familien ausgewiesen und befinden sich im Niemandsland zwischen der tschechoslowakischen und der deutschen Grenze im Strassengraben. Das Innenministerium hat an das Bezirksamt in Hodonin (Göding) den Auftrag erteilt, die Verproviantierung der Flüchtlinge zu gestatten und Passierscheine für diesen Zweck auszustellen.»

[«Prager Tagblatt» vom 22. X. 1938]

«Wie die JTA (Jüdische Telegraphen Agentur) meldet, haben die Brüner Behörden provisorisch zugestimmt, dass jüdische Flüchtlinge aus dem ‚Niemandsland‘ ein einem Juden gehörendes leerstehendes Fabrikgebäude in der Nähe von Brünn beziehen. Andererseits haben die Brüner Behörden in den letzten Tagen wiederholt Razzien in Caféhäusern und Wohnungen, ja sogar in den Strassen Brünns durchgeführt, um Flüchtlinge aus den von den Deutschen okkupierten Gebieten festzustellen. Es wurden hierbei schätzungsweise 130 Personen, unter ihnen mehrere Frauen, aufgegriffen und in einen dicht bewaldeten Teil des «Niemandslandes» in der Nähe von Ivsnice gebracht. Die Unglücklichen sind vollständig obdachlos und allem Notwendigen beraubt.»

[«Pariser Tageszeitung» vom 7. XI. 1938]

«Seit Tagen befanden sich 13 Flüchtlinge (5 Frauen und 8 Männer) aus dem Sudetengebiet (hauptsächlich aus den Orten Kaaden und Meretitz) im sogenannten Niemandsland zwischen Weberschan und Leneschice bei Louny. Sie mussten im Freien in einem Strassengraben schlafen. Zwei der Männer waren Greise im Alter vom 79 bzw. 83 Jahren. Donnerstag nachmittag wurden die Flüchtlinge auf Grund einer Intervention über die Grenze in die Tschechoslowakei gelassen.»

[«Prager Tagblatt» vom 26. XI. 1938]

Das Schicksal von Emil X.

In einer mittleren Stadt Deutschlands lebte der Werkzeughändler Emil X. Er war Sozialist, glühender Anhänger der Idee. In seinen Freistunden lief er treppauf und treppab, um für seine Sache zu werben. Auch der 30. Januar 1933 konnte ihn nicht beirren. Er blieb seiner Sache treu. Er bekämpfte den Terror, den Antisemitismus.

Eines Tages erschienen SS-Leute bei ihm. Emil X. wurde verhaftet. Zwei Kinder, Frau und Mutter blieben zurück – ohne Ernährer. Emil X. selbst hatte Furchtbares zu erdulden. Bei der Vernehmung wurde er mit Fäusten, Gummiknütteln und Ochsenziemern geschlagen. Vierzehn Tage dauerte sein Martyrium. Aus dem grossgewachsenen, gut ausschauenden Mann mit dem aufrichtigen Blick wurde ein vor Angst zitterndes Wrack. Das Konzentrationslager machte in vollends fertig.

Als er endlich nach einem Jahr die Freiheit wiedererlangte und sich von den ihm widerfahrenen Grausamkeiten langsam erholte, erhält er eines Tages die Nachricht, dass er wieder verhaftet wer-

den soll. Alles hatte er bisher seiner Sache geopfert. Seine Familie war zerstört, die Mutter gestorben. Freunde rieten ihm, aus dem Lande zu gehen. So kam er nach einer abenteuerlichen Flucht nach der Tschechoslowakei.»

«Als zu Anfang des Jahres 1933 der Faschismus in Deutschland an die Macht kam, wurde auch ich sehr bald das Opfer einer Denunziation. Am 14. April 1933 wurde ich in meiner Berliner Wohnung von einem Kriminalbeamten, zwei Schutzpolizisten und zwei SA-Leuten verhaftet und in das Polizeigefängnis am Alexanderplatz gebracht. Nach 22 Monaten Untersuchungshaft, Gefängnis und Konzentrationslager war ich wieder in Berlin. Da ich nicht die Absicht hatte, Deutschland – es sei denn auf Grund eines Ausweisungsbefehls – zu verlassen, musste ich mir zunächst Arbeit suchen. Ich war damals 35 Jahre alt, hatte Philologie studiert und war an verschiedenen Zeitungen in Berlin und im Reich als Redakteur tätig gewesen. An eine Beschäftigung in meinem früheren Beruf war nicht zu denken, und so suchte und fand ich Arbeit auf den Rieselfeldern und dann als Tiefbauarbeiter auf den Baustellen der Nord-Süd-Bahn und anderswo. Jedoch nach etwa einem Jahr, am 7. März 1936, erhielt ich den Ausweisungsbefehl. Da ich bereits im Jahre 1934 während meines Aufenthaltes im Strafgefangenenlager Oberlangen bei Papenburg ausgebürgert worden war und somit als Staatenloser galt, war mein Versuch, den Widerruf der Ausweisungsverfügung oder wenigstens eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zu erwirken, vergeblich. Anfang April fuhr ich deshalb nach der Tschechoslowakei, wo ich zunächst in Reichenberg ein Unterkommen fand. Einen Monat später meldete ich mich in Prag bei der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge, die mich in ihr Emigrantenheim in Zabehllice aufnahm, bis ich in der Stadt eine Wohnmöglichkeit gefunden hatte. Meinen Lebensunterhalt habe ich bisher durch die Unterstützung der D.F.F. und durch gelegentliche journalistische Tätigkeit oder als Hauslehrer bestritten.

Da ich hier jedoch auf die Dauer keine Möglichkeit einer auch noch so bescheidenen Existenz sehe, bin ich gegenwärtig bemüht, mit Hilfe meiner amerikanischen Verwandten nach USA zu kommen. Gleichzeitig habe ich versucht, eine Beschäftigung als Lehrling oder Volontär zu finden, um mich für eine manuelle Tätigkeit umzuschulen, die ich – zumal in Übersee – heute immer noch für weniger aussichtslos halte als einen intellektuellen Beruf. Leider haben diese Bemühungen, obwohl ich auch hierin von der D.F.F. unterstützt wurde, infolge der organisatorischen behördlichen Schwierigkeiten noch zu keinem Ergebnis geführt, so dass meine Zukunft völlig ungeklärt ist.»
Dr. phil. X. Y. in einer Zuschrift an die D.F.F.

Frau Z. und ein Kind (ein Mischehefall nach den Nürnberger Gesetzen)

«Zufrieden und glücklich lebte ich mit meinem Bräutigam und Kinde bis zur Machtergreifung Hitlers in Nürnberg,» beginnt der Bericht. Die Tatsache, dass ihr Lebensgefährte Jude war, sollte ihr alles rauben: das bisschen Lebensglück, Existenz und Heimat! Im Lande Streichers, der im Januar 1938 die Todesstrafe für Rassevergehen forderte, wurde ein solches Verhältnis nicht geduldet. Sehr bald begannen die Verfolgungen, und die Frauen mit jüdischen Lebenskameraden mussten in Nürnberg durch die Strassen gehen mit einem Schild umgehängt, auf dem zu lesen stand: «Ich bin keine deutsche Frau, ich habe mich von einem Juden schänden lassen.» Vor jedem grossen Kaffeehaus wurde Halt gemacht und die Mädchen auf einem Podium den Gästen zur Schau gestellt. Die Folge war die Trennung von dem Lebensgefährten, die Verbindung mit ihm wurde nur brieflich aufrecht-

erhalten – bis zum 9. Oktober 1935, also knapp einen Monat nach der Verkündung der Nürnberger Ehegesetze. Da begann die Polizei, die Frau und den Mann vorzuladen und wies ihnen einen strafrechtlichen Verkehr nach. Nur der Umstand, dass durch Freunde sich die beiden Schicksalsgefährten nach der Vernehmung der Frau in Verbindung setzen konnten, führte zur Rettung. Denn die Vorladung lautete lediglich «In Sachen M. ...», obwohl keiner der Beteiligten diesen Namen trug. Mann, Frau und Kind flohen in die Tschechoslowakei.

Unsere Flüchtlinge sind in Gefahr!

Seit dem 1. März 1933 hat die Demokratische Flüchtlingsfürsorge in der Tschechoslowakei gearbeitet, um denen zu helfen, die ihre Heimat verlassen mussten! Mehr als 1'500 Flüchtlinge wurden unterstützt, mehr als 600 in andere Länder in bessere Lebensbedingungen geschickt, allein in den letzten Monaten konnten wir 30 Flüchtlinge nach Bolivien bei einem Kostenaufwand von ca. 200'000 franz. Franken schicken.

Heute aber

müssen *alle* unsere Schützlinge die Tschechoslowakei schnellstens verlassen!

Unsere Prager Stelle erhält aus Mitteln aus dem Lande das Unterstützungswerk aufrecht, sorgt für Passausstellung etc. Unsere Pariser Stelle hat die dringenden Aufgaben:

1. Beschaffung von Soforteinreisebewilligungen
2. Beschaffung der notwendigen Geldbeträge, um den gefährdeten Flüchtlingen die Fahrkosten schleunigst zur Verfügung zu stellen
3. Weiterwanderung zur konstruktiven Endlösung.

Helfen Sie uns!

Wir brauchen hierfür grosse Mittel!

Senden Sie Ihren Betrag an das Bankhaus Hugo Simon, 6, rue d'Antin, Paris 2^e, zu Gunsten der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge.

Unser Ziel: Rettung wertvoller Menschenleben! Konstruktive Lösung! Für dieses Ziel appellieren wir an Ihre Hilfe!

Adresse unseres Prager Sekretariats: Demokratische Flüchtlingsfürsorge, Prag II, Helmova 6

Adresse unseres Pariser Sekretariats: Kurt Grossmann c/o Palex, 7, Boulevard des Capucines, Paris 2^e

Demokratische Flüchtlingsfürsorge: Prag – Paris

Wir bitten alle Anfragen an das Pariser Sekretariat zu richten.

[Flugblatt der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge Paris, Dezember 1938.]

Reichssteuerblatt

Erscheint nach Bedarf. Vertrieb durch das Reichsoberverwaltungsamt (Berlin NW 40, Schornhorststr. 4, Fernruf D2 Weidenbamm 2265). Dauer-Bezug nur durch die Postanstalten; Einzelnummern nur vom



Reichsverlagsamt. Bezugspreis vierteljährlich 2,35 RM; Einzelnummern 20 Pf für den achteiligen Bogen oder Seite davon auschl. der Postgebühren, bei größeren Bestellungen Preisermäßigung.

Herausgegeben vom Reichsfinanzministerium

23. Jahrgang

Berlin, den 1. September 1933

Nr. 40

Inhaltsübersicht

Erlaß: Vom 20. August 1933. Erklärungen zum Gesetz über Steuererleichterungen	Seite 819	Geheiß über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit.....	Seite 817
Bekanntmachungen: Vom 30. August 1933. Bekanntmachung über die Zuständigkeit zur Durchführung von Vermögensbeschlagnahmen und Verfallserklärungen auf Grund des		Vom 23. August 1933. Aberkennung der Staatsangehörigkeit und Vermögensbeschlagnahmen	817
		Steuerbescheide und Vermögensbeschlagnahmen	818

Datum	Altzeichen	Seite	Nummer	Datum	Altzeichen	Seite	Nummer
RFS-Entscheidungen							
22. 2. 1933	IIA 89/32	836	644	* 4. 5. 1933	IIA 504/32	838	647
* 26. 4. 1933	IIA 378/32	837	645	10. 5. 1933	IIA 646/31	839	648
3. 5. 1933	IIA 565/32	838	646	28. 6. 1933	IIA 573/32	840	649
				13. 7. 1933	IIA 331/32	840	650

* = zur Veröffentlichung in der Amtlichen Sammlung bestimmt.

Reichsabgabenordnung

Nr. 639. Bekanntmachung über die Zuständigkeit zur Durchführung von Vermögensbeschlagnahmen und Verfallserklärungen auf Grund des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit. Vom 30. August 1933.

Für die Durchführung von Vermögensbeschlagnahmen und Verfallserklärungen, die auf Grund des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 (RGBl. I S. 480) angeordnet werden, ist das Finanzamt Moabit-West in Berlin zuständig.

Berlin, 30. August 1933.

Der Reichsminister der Finanzen
Im Auftrag: **Seebing**

Nr. 640. Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 (RGBl. I S. 480) erkläre ich im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen folgende Reichsangehörige der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig, weil sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben:

- Dr. Apfel, Alfred, geb. am 12. März 1882,
- Bernhard, Georg, geb. am 20. Oktober 1875,
- Dr. Breitscheid, Rudolf, geb. am 2. November 1874,
- Eppstein, Eugen, geb. am 25. Juni 1878,
- Falk, Alfred, geb. am 4. Februar 1896,
- Feuchtwanger, Lion, geb. am 7. Juli 1884,
- Dr. Foerster, Friedrich-Wilhelm, geb. am 2. Juni 1869,
- v. Gerlach, Selmuht, geb. am 2. Februar 1866,

- Gohlke, Elfriede, gen. Ruth, Fischer, geb. am 11. Dezember 1895,
- Großmann, Kurt, geb. am 21. Mai 1897,
- Grzejski, Albert, geb. am 28. Juli 1879,
- Gumbel, Emil, geb. am 18. Juli 1891,
- Gansmann, Wilhelm, geb. am 29. Oktober 1886,
- Gerdt, Friedrich, geb. am 28. März 1884,
- Sölz, Job, geb. am 14. Oktober 1889,
- Dr. Kerr, Alfred, geb. am 25. Dezember 1867,
- Kesmann-Rußbüdt, Otto, geb. am 1. Januar 1873,
- Mann, Heinrich, geb. am 27. März 1871,
- Maslowski, Peter, geb. am 25. April 1893,
- Münzenberg, Wilhelm, geb. am 14. August 1889,
- Neumann, Heinz-Werner, geb. am 6. Juli 1902,
- Nied, Wilhelm, geb. am 3. Januar 1876,
- Salomon, Berthold gen. Jacob, geb. am 12. Dezember 1898,
- Scheidemann, Philipp, geb. am 26. Juli 1865,
- Schwarzschilb, Leopold, geb. am 8. Dezember 1891,
- Siebers, Max, geb. am 11. Juli 1887,
- Stamper, Friedrich, geb. am 8. September 1874,
- Zoller, Ernst, geb. am 1. Dezember 1893,
- Dr. Zuchowski, Kurt, geb. am 9. Januar 1890,
- Weiß, Bernhard, geb. am 30. Juli 1880,
- Weismann, Robert, geb. am 3. Juni 1869,
- Wels, Otto, geb. am 19. September 1873,
- Dr. Wertbauer, Johann, geb. am 20. Januar 1866.

Das Vermögen dieser Personen wird hiermit beschlagnahmt.

Die Entscheidung darüber, inwiefern der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit auf Familienangehörige ausgedehnt wird, bleibt vorbehalten.

Berlin, den 23. August 1933.

Der Reichsminister des Innern
Im Vertretung: **Pfundtner**

Kommandantur - Verwaltung
Konzentrationslager Buchenwald
Abt III (Schutzhaftlager)

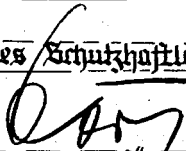
Dienst-Tagebuch

des

Blockführers vom Dienst

Dieses Buch enthält 288 (zweihundertachtund-
achtzig) nummerierte Seiten

Der Führer des Schutzhaftlagers:



H. Obersturmbannführer

H. L. Buchenwald,
den 12. März 38

Begonnen am 18. März 1938

Beendet am 6. Januar 1939

Dienst vom 21.12.38 bis 22.12.38 8 = Uhr.

Blattfänger vom Dienst in U. Schurf. Loeffler
Blattfänger vom H. Dienst in U. Schurf. Kurstang

Hilfslingsbestand: 115 25
Küpfung: /
Abgang: 99
Hilfslingsbestand: 114 26

Besondere Vorkommnisse:

Entlassen wurden am 6.5.77 Jochen und 28
Hilfslinge aus dem Lager.
Von 28⁰⁰ 2 Hilfslinge vom Kurierstab
Kierik, die Nummer sind 4604, n. 1726 (Bl. 44)
Der Hilfsling Peter Forstner wurde für die
mangelhaft und am 19⁰⁰ entlassen.
Die Hilfslinge 1. Albert Thümler, N^o 3692 geb. am
27.12.1891 in Flechfelden. 2. N^o 3736 Forstner
Hertel geb. am 31.1.1904 in Rinsche 3. N^o 9477 Arne
Schmalzer geb. am 5.2.1879 in Däniken. 4. N^o 7888
Otto Kießling geb. am 14.10.1920 in Krimmen
N^o 8554 Stief Otto geboren am 14.10.1912 in
Linstendorf / Lindebach. N^o 9389 Kriebitzger
geb. am 19.9.1869 in Jochenitz / Böhmen sind
im Hilfslingsregister gestrichen.

Elektr. Käse von Danerth unter Spannung
Paroli: Souveränität / Antk 17-Jah

Blattfänger vom Dienst

nichtig übergeben
Löffler
in U. Schurf.

nichtig übergeben
Löffler
in U. Schurf.

Dokument 5

SCHICKSALE EINZELNER WIDERSTANDSKÄMPFER IM DRITTEN REICH

- Adam, Heinrich, im Jahre 1942 als gewerkschaftlicher Führer des Generalstreiks in Luxemburg hingerichtet.
- Adler, im März 1934 in einem Massenprozess wegen illegaler Fortführung der SPD und Verbreitung des «Neuen Vorwärts» verurteilt zu 2 Jahren Gefängnis.
- Alf ringhaus, Erich, Berlin. Ging 1933 nach Dänemark. Als die Nazis 1940 Dänemark besetzten, entzog er sich der Verhaftung durch Selbstmord.
- Altenburger, Otto, Berlin. Im März 1944 vom Sondergericht Freiburg, «weil er Juden zur Flucht verhelfen» hatte, zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.
- Baum, Hans, Anfang 1934 wegen illegaler Verbreitung des «Neuen Vorwärts» in einem Massenprozess verurteilt zu 2 Jahren und 8 Monaten Zuchthaus.
- Bauer, Anna, lebte im Exil in Frankreich. Von der Vichy-Regierung ausgeliefert. Schicksal unbekannt.
- Bergas, lebte im Exil in Frankreich. Nach Frankreichs Besetzung von Gestapobeamteten in Montauban verhaftet. Schicksal unbekannt.
- Bleibtreu, Louis, Hannover. Lebte im Exil in Frankreich. Nach Besetzung durch Gestapobeamteten verhaftet. Schicksal unbekannt.
- Bobzien, Franz, im Exil in Holland lebend, von holländischen Behörden ausgeliefert und 1934 verurteilt zu 4 Jahren Zuchthaus.
- Blumenstock, D., Oftenbach/B. Weigerte sich 1933, die Hakenkreuzflagge auf dem Rathaus zu hissen. Flüchtete nach Holland, wo ihn die Gestapo 1943 verhaftete. Schicksal unbekannt.
- Breitmann, Kurt, Anfang 1934 vom Sondergericht Dresden wegen illegaler Verbreitung des «Neuen Vorwärts» verurteilt zu 2 Jahren Gefängnis.
- Breitscheid, Dr. Rudolf, wurde 1941 von der Vichy-Regierung an Gestapo ausgeliefert, kam ins KZ Buchenwald, wo er Ende 1944 durch Fliegerangriff ums Leben kam.
- Buchwitz, Otto, Görlitz, nach Besetzung Dänemarks durch die Nazis von Gestapo verhaftet und zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt.
- Coller, Erich, Leipzig. September 1942 wegen Hochverrat und Verbindung mit dem Ausland zum Tode verurteilt und am 8. X. 1942 hingerichtet.
- Dahlem, Franz, Berlin, MdR. In Frankreich im Exil, von Vichy-Regierung an Gestapo ausgeliefert. Dietrich, im März 1934 wegen Mithilfe bei der Verbreitung des «Neuen Vorwärts» verurteilt zu 2 Jahren Gefängnis.
- Dosenbach, August, am 25. VIII. 1933 wegen Besitzes des «Braunbuches» verhaftet und «auf der Flucht» erschossen.
- Einstein, Albert, im Exil in Frankreich. SPD-Funktionär. Nach Frankreichs Besetzung von Vichy-Regierung ausgeliefert. Schicksal unbekannt.
- Eichler, März 1934 vom Sondergericht Dresden im Prozess Krause wegen illegaler Fortführung der SPD und Verbreitung des «Neuen Vorwärts» zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt.
- Endlass, Fridolin, Mariabrunn. Am 23. 11. 1940 wegen illegaler Verbindung mit Emigranten hingerichtet.
- Fabian, Dora, Anfang 1934, zusammen mit Mathilde Wurm, im Exil in London. Selbstmord. Fibbe, Leipziger Bezirk. Am 30. VI. 1933 vom Oberlandesgericht Dresden im Prozess Günther wegen

Verbeitung illegaler Schriften zu 2 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Formis, Rudolf, Ingenieur. In Zahori (Tschechoslowakei) am 23.1.1935 von deutschen Naziagenten ermordet.

Forster, Peter, entkam aus dem KZ Buchenwald nach der ČSR. Auf Verlangen der deutschen Behörden ausgeliefert und im KZ 1938 öffentlich erhängt.

Franik, Thomas, Zwickau. In einem Massenprozess 1936 wegen Verbreitung illegaler Schriften zu 1 Jahr und 9 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Frankhähner, Arno, Zwickau. Im Massenprozess Franik wegen Beihilfe bei Verbreitung illegaler Schriften zu 1 Jahr und 9 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Franz, Willy, wegen versuchter Nachrichten- und Photoübermittlung ins Ausland am 17. X. 1933 im KZ Dachau schwer misshandelt und ermordet.

Friedrich, B., Konstanz. Vom badischen Sondergericht am 3. XI. 1934 wegen Besitzes illegaler sozialdemokratischer Zeitschriften zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt.

Diedrich, W., Daxlanden. Vom Badischen Sondergericht am 3. XI. 1934 wegen Einführung illegaler Schriften zu 2 Jahren und 8 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Frömsdorf, Kurt, Kottbus. Juni 1936 vom Kammergericht Berlin im Prozess Karich wegen Transport illegaler Schriften zu 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Fuchs, Walter, im Exil in Frankreich von Vichy-Regierung ausgeliefert. Schicksal unbekannt.

Füllenbach, Josef-Peter, sozialdemokratischer Redakteur. 1942 von der Gestapo in Paris aufgespürt. Zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Gerard, Arbeiter. Am 13. VIII. 1933 in Kerkrade an der holländischen Grenze von SA-Leuten ermordet.

Gersch, Konrad, Bodenbach, SAJ. 1936 vom Kammergericht Berlin wegen illegaler Kuriertätigkeit zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Giesselmann, Otto, Bielefeld. Funktionär, Metallarbeiterverband. September 1944 wegen jahrelanger staatsfeindlicher Betätigung, Rundfunkabhören, Verbreitung von Feindpropaganda im Betrieb zum Tode verurteilt, hingerichtet.

Goldenhauer, Hamburg. Am 15. X. 1935 vom Oberlandesgericht Hamburg wegen Verbreitung der «Sozialistischen Aktion» zu 1 Jahr und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Goldschalk, Hans, Hamburg. Am 17. XI. 1936 wegen illegaler Tätigkeit und Verbreitung der «Sozialistischen Aktion» zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Grabler, Eduard, Süddeutschland. Zum Tode verurteilt, «weil er durch Hetzmeldungen die Gefahr kriegerischer Verwicklungen mit einem neutralen Staat heraufbeschwor». Erschossen.

Gradmann, Julius, im Exil in Frankreich. Nach Besetzung von Vichy-Regierung ausgeliefert. Schicksal unbekannt.

Gross, Peter, Hüfneld/Sulzbach. Besuchte im September 1935 vom Exil heimlich seine Angehörigen. Wurde verhaftet. Beging angeblich Selbstmord.

Grossmann, Bez. Sachsen. Im Prozess Krause im März 1934 vom Sondergericht Dresden wegen illegaler Fortführung der SPD und Verbreitung des «Neuen Vorwärts» zu 2 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Günther, Helmuth Adalbert, Mannheim. Ende 1942 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, weil er bei Fluchtversuch ins Ausland Schüsse auf Gestapobeamte abgab. Hingerichtet.

Günther, Kurt, Leipzig. Redakteur. Wegen Verbreitung illegaler Schriften am 30. VI. 1935 zu 3 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Haefner, Heinrich, im Exil in Frankreich. Sekretär des Matteotti Komitees in Paris. Nach Besetzung von Vichy-Regierung ausgeliefert. Zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Hansen, Hans, 1934 vom Kammergericht Berlin im Prozess Funke wegen Verteilung des «Neuen Vorwärts» zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Haupt, Gerhard-Günther, 12. X. 1939 wegen Landesverrat – Verbindung mit Emigranten – hingerichtet.

Hauschmann, Bez. Sachsen. März 1934 vom Sondergericht Dresden im Prozess Krause wegen Verteilung des «Neuen Vorwärts» zu 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Heckendorf, Franz, Berlin. März 1944 vom Volksgerichtshof Freiburg, «weil er Juden aus dem Reich zur Flucht hatte verhelfen wollen», zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Hilferding, Dr. Rudolf, früher Reichsfinanzminister, MdR. 1940 von der Vichy-Regierung an die Gestapo ausgeliefert und nach furchtbarer Misshandlung angeblich Selbstmord.

Hindier, Friedrich, im Exil in Frankreich; von Vichy-Regierung ausgeliefert. Schicksal unbekannt.

Hirsch, Helmuth, Stuttgart. Am 8. III. 1937 vom Volksgerichtshof Stuttgart wegen angeblicher Verbindung zu Otto Strasser am 5. VI. 1937 hingerichtet.

Holen, Franz, Schriftsteller. Am 27. XI. 1935 beim Versuch, illegal die Grenze zu überschreiten, erschossen.

Holle, Max, Sekretär der Roten Hilfe. Durch die Behörden Österreichs an Deutschland ausgeliefert. Am 10. VIII. 1933 im KZ Dachau ermordet.

Katz, Dr. med. Theodor, am 18. X. 1933 wegen Weitergabe von Informationen über Nazi-verbrechen an das Ausland ermordet.

Kemper, Max, am 1. IV. 1940 wegen Landesverrat zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Kiomka, H.,¹ Berlin. Filmschauspieler. 1936 vom Volksgerichtshof wegen Landesverrat zum Tode verurteilt und am 28. IX. 1936 hingerichtet.

1 Kiomka lebte als Flüchtling in der Schweiz, wo er im Jahre 1935 einen anderen politischen Flüchtling, Fritz Schönherr, kennenlernte. Fritz Schönherr war Direktor der Bank der Arbeiter & Angestellten in Berlin gewesen und gehörte zu dem Kreise von Paul Levi. Im Mai 1933 kam er nach Prag, wo er sich dem Kreise linker Sozialdemokraten anschloss. Der Verfasser kannte Schönherr flüchtig aus Berlin und erneuerte diese Bekanntschaft in Prag. Schönherr, damals etwa 40 Jahre alt, war ein lebensfroher, gut zu leidender Mensch, der allerdings nicht in der Lage war, auf ein bestimmtes, ihm notwendig erscheinendes Lebensniveau zu verzichten. Er wohnte damals im Palast Hotel in der Herrngasse in Prag, was angesichts der geringen Mittel, die die meisten Flüchtlinge hatten, einen Luxus darstellte. Der Freundeskreis nahm an, dass Schönherr dank seiner Bankverbindungen eigene Mittel mitgebracht habe oder dass seine Geliebte, Trude Hesterberg, die damals in Prag auftauchte, ihn mit solchen versorgte.

Es war üblich, dass Schönherr uns wöchentlich ein Mal zum Abendbrot besuchte, und ich erinnere mich, dass mein Freund Georg Fuchs, ehem. Redakteur der «Leipziger Volkszeitung», Otto Friedlaender, einstiger Vorsitzender des Soz. Studentenbundes, meine Frau und ich an einem Donnerstag auf ihn – vergeblich warteten. Da wir kein Telefon hatten, blieb uns nichts anderes übrig, als etwa um 22 Uhr ins Hotel zu fahren und uns zu erkundigen, was mit unserem Fritz Schönherr geschehen sei. Dort erhielten wir die Auskunft, er sei mit zwei Herren am späten Nachmittag weggegangen. Ich begann zu ahnen, dass diese «zwei Herren» Polizeidetektive waren.

Die Annahme stellte sich als richtig heraus, denn Schönherr war an jenem August-Donnerstag verhaftet worden! Wie sich nach mühevollen Recherchen herausstellte, hatte er angeblich von einem Beamten der Skoda-werke, den er in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in einer Bar getroffen hatte, Pläne kaufen wollen. Wir waren alle von der Unschuld Schönherrers so fest überzeugt, dass wir den Abgeordneten Siegfried Taub mobilisieren konnten, der oft, wenn Flüchtlinge mit der Polizei in Prag in Schwierigkeiten geraten waren, erfolgreich interveniert hatte. Auch in diesem Falle gelang es mit Hilfe tschechischer «Genossen», Fritz Schönherr aus der Haft zu befreien, aber nur unter der Bedingung, dass er die ČSR binnen 24 Stunden verlasse. Während Schönherr im Palast-Hotel eine Brause nahm, erzählte er uns seine Seite der Geschichte: Man habe stark getrunken und Schönherr liebte es, dem Alkohol zuzusprechen. Er habe natürlich dem Skoda-Mann keine Pläne abkaufen wollen, sondern mit ihm darüber gesprochen, ob die ČSR Waffen habe, sich gegen Hit-

- Kersten-Hill, Gertrud, SPD-Funktionärin. Lebte in Frankreich im Exil. Nach der Besetzung an Deutschland ausgeliefert. Schicksal unbekannt.
- Kieras, Hamburg. Am 15. X. 1935 vom Oberlandesgericht Hamburg wegen Verbreitung der «Sozialistischen Aktion» zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt.
- Kirchner, Johanna, Frankfurt a. M. Stadtverordnete und Fürsorgebeamtin. Von der Vichy-Regierung ausgeliefert. Starb in Haft.
- Kirn, führender Funktionär der SPD, Saargebiet. 1942 von Vichy-Regierung ausgeliefert und 1943 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.
- Klein, Fritz, im Exil in Frankreich. Nach Besetzung von Gestapobeamten verhaftet. Schicksal unbekannt.
- Klien, Bez. Sachsen. März 1934 vom Oberlandesgericht Dresden im Prozess Krause wegen Verbreitung des «Neuen Vorwärts» und illegaler Arbeit zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.
- Kühne, Bez. Sachsen. Anfang 1934 wegen Verteilung des «Neuen Vorwärts» zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.
- Kuttner, Erich, Berlin. Redakteur des «Vorwärts». April 1942 in Amsterdam verhaftet und ins KZ Mauthausen überführt. Im Oktober 1942 ermordet.
- Knöpfel, Walter, Hamburg. November 1934 wegen Kurierdienst nach dem Ausland zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.
- Krautter, Kurt, Berlin. 1933 im KZ. Ging nach Entlassung nach Dänemark. Nach Besetzung verhaftet und in Berlin verurteilt zu 15 Jahren Zuchthaus.
- Leupold, Bez. Sachsen. März 1934 vom Sondergericht Dresden wegen Verbreitung des «Neuen Vorwärts» zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.
- Linnert, Franz, März 1934 vom Kammergericht Berlin wegen Verbreitung des «Neuen Vorwärts» zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt.
- Männchen, Bez. Sachsen. März 1934 wegen Verbreitung des «Neuen Vorwärts» vom Sondergericht Dresden zu 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis verurteilt.
- Mausbrey, Erich, Essen. Januar 1941 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, weil er im spanischen Bürgerkrieg auf Seiten der Republikaner gekämpft hatte. Hingerichtet.

lers Armeen möglicherweise zu verteidigen. Er hatte die Gabe, die grösste Lüge als reinste Wahrheit darzustellen. Damals schieden wir von ihm.

Zunächst ging er nach Wien, dann tauchte er mit Trude Hesterberg in Zagreb für einige Tage auf. Aus dortigen Flüchtlingskreisen wurde bekannt, dass nach seiner Abreise das deutsche Konsulat sehr gut Bescheid wusste, wer nun ein wirklicher Anti-Hitler-Flüchtling oder nur ein Besucher des Landes sei. Schönherr landete in der Schweiz. Hier fehlten ihm Geldmittel. Er traf Kiomka, und Kiomka und Schönherr fälschten Briefe, die sich auf den Reichstagsbrandprozess bezogen und die sie in Schweizer Blättern damals veröffentlichten. Kiomka und Schönherr schienen unzertrennlich, und niemand weiss, wie es kam, dass der Schauspieler dem einstigen Bankdirektor blindlings vertraute.

Inzwischen hatte Trude Hesterberg alle Möglichkeiten eruiert, ob Fritz Schönherr nicht nach Deutschland zurückkehren könne, denn nur dort war das wirtschaftliche und persönliche Problem lösbar. Schönherr kehrte nach D. zurück und wurde nicht verhaftet. Eines Tages hatte er eine geheime Zusammenkunft mit seinem Freunde Kiomka auf deutschem Boden arrangiert. Kiomka ging in die Falle, wurde verhaftet und wegen Landesverrats zum Tode verurteilt und hingerichtet. Im Gerichtsverfahren trat als Hauptbelastungszeuge – Fritz Schönherr auf.

Dr. Paul Levi, der berühmte Anwalt, der 1920 sich bereits von der Kommunistischen Partei getrennt hatte, gab bekanntlich eine politische Korrespondenz heraus, die von einer treuen Mitarbeiterin, Mathilde Jacob, besorgt wurde. Mathilde Jacob kannte natürlich Schönherr sehr gut, und sie war es, die alle Freunde, soweit sie noch in Deutschland waren, vor dem «liebenswürdigen, lebensfrohen aber obskuren» Fritz Schönherr warnte, der ganz undramatisch Opfer eines Bombenangriffs auf die Stadt Berlin im Jahre 1944 wurde und sein Geheimnis mit ins Grab nahm. (Vgl. «AUFBAU». Ausgabe vom 10. und 17. Juli 1942.)

Mawitz, Luise, Berlin. Juni 1943 von Gestapo verhaftet, weil sie sich jahrelang an der Rettung von Juden beteiligte. Schicksal unbekannt.

Monte, Hilde, Grenzfunktionärin. 1944 beim Überschreiten der Schweizer Grenze von SS-Leuten erschossen.

Neuwirth, Simon, im Exil in Frankreich. Nach Besetzung von Vichy-Regierung ausgeliefert. Schicksal unbekannt.

Onterholt, Hamburg. Am 15. X. 1935 vom Oberlandesgericht Hamburg wegen Verbreitung der «Sozialistischen Aktion» zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Petry, Hermann, im Exil in Frankreich von Gestapo verhaftet. Schicksal unbekannt.

Pfeiff, Georg, im Exil in Frankreich. Nach Besetzung von Gestapo verhaftet. Schicksal unbekannt.

Plietz, Bez. Sachsen. März 1934 vom Sondergericht Dresden wegen Verteilung des «Neuen Vorwärts» zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Pontulla, Richard, Weissenfels. Am 7. VII. 1935 wegen Herstellung illegaler Literatur zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Raff, Kurt, im Exil in Frankreich. Von Vichy-Regierung ausgeliefert. Schicksal unbekannt.

Rapp, Bez. Sachsen. Anfang 1934 vom Sondergericht Dresden wegen Verteilung des «Neuen Vorwärts» zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Reuter, Kurt, Leipzig. 1942 vom Volksgerichtshof wegen Hochverrat und Verbindung mit dem Ausland zum Tode verurteilt. Am 16. IX. 1942 hingerichtet.

Röbisch, Bez. Sachsen. März 1934 vom Sondergericht Dresden wegen Verteilung des «Neuen Vorwärts» zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Rolf, Friedrich, Dresden, Kellner. 1934 vom Sondergericht Dresden wegen Transports illegaler Schriften über die Grenze zu y Jahren Zuchthaus verurteilt.

Rosenthal, Karl, im Exil in Frankreich. Von Vichy-Regierung ausgeliefert. Schicksal unbekannt.

Ruf, August, Pfarrer von Singen und Apostel der Nächstenliebe, rettet 1942 einer Jüdin das Leben durch Verhelfen zur Flucht in die Schweiz. Der 73jährige, kranke Priester wurde wegen Beihilfe zum unerlaubten Grenzübertritt ins Gefängnis gebracht und starb kurz nach seiner Entlassung.

Schaar, Bez. Sachsen. März 1934 in Dresden wegen illegaler Fortführung der SPD und Verbreitung des «Neuen Vorwärts» zu 1 Jahr und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Schaper, Edgar, Korrespondent der «Münchener Neuesten Nachrichten» in Stockholm. Im Dezember 1944 wegen landesverräterischen Handelns zum Tode verurteilt. Befand sich im Ausland.

Scheuer, Phillip, Korbmacher. Frankfurt a. M. Wegen illegaler Arbeit und Transport illegaler Schriften zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Schmieder, Bezirk Dresden. 1934 in Dresden wegen Verteilung des «Neuen Vorwärts» zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Schubert, Bezirk Dresden. Ebenfalls vom Oberlandesgericht Dresden zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Schneeberger, Michael, Nürnberg. Februar 1941 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, «weil er als Angehöriger einer deutschfeindlichen Gruppe in der Emigration hochverräterische Umtriebe gegen das Reich begünstigte». Hingerichtet.

Schreiber, Alfred, Mai 1942 «wegen Hetze gegen das Reich vom Ausland» am 1. V. 1942 hingerichtet.

Selbach, Walter, im Mai 1942 in Holland von der Gestapo verhaftet und wegen «Hetze gegen das Reich» hingerichtet.

Sievers, Max, Vorsitzender des Deutschen Freidenker Verbandes. Ging 1933 nach Belgien und förderte von dort aus illegale Arbeit in Deutschland. Nach Einbruch der Nazis in Belgien im Mai 1940 verhaftet und in Berlin hingerichtet.

Starke, Dresden. März 1934 vom Sondergericht Dresden wegen Verbreitung des «Neuen Vorwärts» zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Steffebauer, Kurt, Berlin. Mai 1942 «wegen landesverräterischer Feindbegünstigung» am 28. Mai 1942 hingerichtet.

Steinschneider, Adolf, im Exil in Frankreich. Nach Besetzung verhaftet. Schicksal unbekannt.

Thron, Hamburg. Am 15. X. 1935 vom Oberlandesgericht Hamburg wegen Verbreitung der «Sozialistischen Aktion» zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Turra, Frau, Riesa. Wegen Besuchs bei ihrem Mann im Exil zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ulbich, Bez. Dresden. März 1934 vom Sondergericht Dresden wegen Fortführung der SPD und Verbreitung des «Neuen Vorwärts» zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Veldmann, im Exil in Frankreich. Nach Besetzung von Gestapo verhaftet, laut Informationen der SPD-Gruppe in Frankreich Schicksal unbekannt.

Vogt, Franz, Bochum. MdR. Beging 1941 nach Einmarsch der Nazis Selbstmord.

Walz, Hugo, Südwestdeutschland. Mitte Januar 1938 wegen illegaler Arbeit und Verbreitung des «Neuen Vorwärts» zu 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Weise, Bez. Dresden. März 1934 vom Sondergericht Dresden wegen Verbreitung des «Neuen Vorwärts» zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wildnagel, im Exil in Frankreich. Nach Besetzung von Gestapo verhaftet laut «Informationen der SPD-Gruppe Frankreich» vom 7. III. 1945. Schicksal unbekannt.

Wohlers, Werner, von der Vichy-Regierung an Gestapo ausgeliefert. Anfang 1943 erschossen

Zielke, Bez. Sachsen. März 1937 wegen versuchter Fortführung der SPD und Verbreitung des «Neuen Vorwärts» zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Nachtrag

Lessing, Dr. Theodor, Hannover. Professor. Am 30. VIII. 1933 durch Naziagenten ermordet.

Maldener, Nikolaus, Maybach, Saar. Am 30. X. 1935, wenige Tage nach seiner Rückkehr aus dem Exil erschossen.

Raedel, Siegfried. Von der Vichy-Regierung ausgeliefert. Wegen Hochverrat am 25. Februar 1943 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Max Prinz zu Hohenlohe-Langenberg, am 12. XII. 1942 wegen hochverräterischer Tätigkeit in Frankreich zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Dokument 6

BEI UNSEREN FLÜCHTLINGEN

Bericht über zwei Rundfahrten

Unser Besuch gilt den Flüchtlingslagern südwestlich von Prag. In Z., einem Ort mit etwa 3'000 Einwohnern machen wir zum erstenmal Halt. Man muss nicht lange fragen, wo hier die deutschen Sozialdemokraten sind, die dieser Ort bisher nur vom Hörensagen gekannt hat und die es sich ihrerseits nie träumen liessen, einmal daher verschlagen zu werden. Schon auf der Strasse kommen sie uns entgegen, Männer und Frauen aus dem Niederland, aus Nixdorf und Zeidler. Sie waren eben daran, sich an diesem herrlichen Herbstsonntag ein wenig die Umgebung anzuschauen. Sofort führen sie uns in den Gasthof, in dessen Tanzsaal sie ihr Lager aufgeschlagen haben. Schon am Weg haben sie uns berichtet, dass sie mit der Verpflegung ganz zufrieden sind, dass aber die Unterbringung leider manches zu wünschen übrig lässt. Wir sind auch tatsächlich etwas betroffen, wie wir in den Saal eintreten, der 40 Menschen Schlaf- und Aufenthaltsraum zugleich ist. Nur wenige Betten stehen hier, die meisten Menschen müssen auf Stroh schlafen; da sie überhaupt nichts an Wäsche mitnehmen konnten, können sie sie auch nicht wechseln. In der Nacht müssen sie angezogen, ohne Decken in dem zugigen Raum auf blossem Stroh schlafen. Es gibt keine ordentlichen Waschgelegenheiten, nur bei der Pumpe am Hof kann man sich notdürftig waschen, und noch dazu muss man mit dem Wasser sparen. Da der Grossteil der Flüchtlinge aus Frauen besteht, ist das ein Zustand, der auf die Dauer einfach unhaltbar ist. Wir verlangen für unsere Flüchtlinge sicher nicht, dass man sie behandelt wie einen anderen Flüchtling in dessen Gastland, einen Herrn, dessen Auftraggebern diese braven sudetendeutschen Arbeiter und Arbeiterinnen den Verlust ihrer Heimat verdanken. Wir verlangen auch nicht, dass man sie hier so hätschelt wie die Landsknechte vom Sudetendeutschen Freikorps im Dritten Reich, aber menschenwürdig muss man diese unschuldigen Opfer ihrer Überzeugung und ihrer Treue zum Staat behandeln. Doch mag es ihnen noch so schlecht gehen, mögen ihnen, was wir nicht hoffen wollen, noch ärgere Tage bevorstehen, *nichts kann sie erschüttern in ihrer Liebe zur Partei*, in ihrem Glauben an die Bewegung, der sie in des Wortes wahrster Bedeutung *ihr Leben geweiht* haben. Keinen Laut des Jammers, kein Klagen vernimmt man von ihnen über ihr Schicksal. Sie sind gefasst und beherzt. Nichts kann sie wankend machen in ihrer Überzeugung, dass *es unsere Sache* sein wird, die schliesslich siegt, dass sie an ihrer Partei einen so feste Stütze haben, wie diese an ihnen. Die Männer, soweit sie nicht eingerückt sind oder noch in der Heimat auf dem Posten stehen, sprechen davon, dass sie versuchen wollen, in dem nahen Königshofer Zementwerk Arbeit zu bekommen. Sie sind keine Almosenempfänger, sie wollen in jeder Lebenslage von ihrer Hände Arbeit leben. Aber zunächst wollen sie, die von der Welt abgeschnitten, ohne Zeitungen und ohne Radio, in einer Gegend leben, deren Sprache sie nicht verstehen, zunächst wollen sie wissen, was in der Welt vorgeht, wie die weitere politische Entwicklung sein wird, ob denn die Bäume des Faschismus wirklich in den Himmel wachsen sollen. Gierig werfen sie ihre Blicke auf die Zeitungen, die wir ihnen mitgebracht haben. Im Nu liest alles den *«Sozialdemokrat»*, von dem wir ein grosses Bündel hierlassen: er hat selten aufmerksamere Leser gefunden. Inständig bitten uns die Genossen vor allem um eins: dass man ihnen das Blatt, *ihr Blatt* aber auch wirklich täglich schickt. Sie sind glücklich, als wir ihnen das zusagen können.

Nun bringen sie uns noch in das zweite Lager des Ortes, in dem zwei prächtige Bodenbacher Genos-

sinnen die Führung übernehmen. Hier, wo die Essensausgabe für alle in Z. untergebrachten Flüchtlinge erfolgt, ist die Unterbringung eine weit bessere und wir können beruhigter bald weiter fahren, nicht ohne ein grösseres Bündel unserer Zeitungen verteilt zu haben. Auch hier grosse Freude darüber, dass das Blatt nun täglich kommen soll, auch hier kein Klagen und Jammern, höchstens die immer wiederholte Frage: «Wisst Ihr nicht vielleicht, wo mein Mann ist? Er war doch bei der RW und die Henleins haben es immer auf ihn abgesehen gehabt.» Wir können diese Frage nicht beantworten, aber vielleicht wird es auf Grund der Fragebogen, die die Partei an alle Flüchtlinge verteilt, doch möglich sein, mancher Frau den Mann, manchem Kind den Vater wiederzugeben.

Nächste Station H: Im Volkshaus der tschechischen Genossen sind Freunde aus Nord-, Nord-West- und Westböhmen untergebracht. Jubelnd begrüßen uns Bekannte, viele erinnern sich, den oder jenen der Besucher in einer Versammlung sprechen gehört zu haben. Unser Zeitungsvorrat schmilzt zusammen, aber auch dorthin wird schon *diese* Nummer unseres Blattes wieder zugestellt. Die Unterbringung ist leidlich, die Kost ist gut, die Flüchtlinge sprechen voll Dankbarkeit von dem Entgegenkommen, das sie überall finden. Wäsche wäre notwendig, auch Decken für die Nacht. Schon sehen wir Frauen verschiedene Wäschestücke waschen, für die sie doch Ersatz aufgetrieben haben, schon werden Männerhosen gebügelt, die Kinder spielen auf einem grossen, schönen Spielplatz, sie fühlen sich hier schon sehr heimisch. Rasch noch ein Bericht an die aufmerksam zuhörenden Genossen über die politische Lage, dann noch ein Blick in ein zweites der vier Lager der Stadt, die 5'000 Einwohner umfasst. Auch hier die gleichen günstigen Eindrücke, auch hier dieselbe Freude über unser Kommen und über die mitgebrachten Zeitungen, von denen ein Vertrauensmann der Flüchtlinge ein Paket nimmt, um sie den restlichen Lagern zukommen zu lassen.

In der Bezirksstadt R. finden wir eine Gruppe von Graslitzer Genossen beim Mittagessen. Auch sie bejammern ihr Leben nicht, sondern freuen sich, dass die demokratische Republik erneut ihren Lebens- und Abwehrwillen gezeigt hat. Mitten unter den Arbeitern und Arbeitermädchen, die mit unverkennbarem Appetit ihr Gulasch essen, sitzt, ein wahrhaft rührendes Bild, der pensionierte sozialdemokratische Oberlehrer von Graslitz. Er kennt die Flüchtlinge von klein auf, er war ihr Lehrer und Berater, aber auch ihr Genosse, er bleibt auch in den Stunden der Gefahr bei ihnen und will sie nie verlassen, will nie anders leben als unter Gleichgesinnten in einem freien Land. Über 50 Lehrer bekannten sich im Bezirk Graslitz nach dem Umsturz zur Partei der Arbeiter, vor Kurzem waren es nur noch zwei, die den schimpflichen Weg der Gleichschaltung nicht gegangen sind. Einer von ihnen sitzt jetzt mit uns in der Hinterstube eines Gasthauses in einer ihm völlig fremden Umgebung und erzählt uns, während sein Auge den Blick nicht von der Zeitung lassen kann, mit stolzer Befriedigung, dass es gelingen wird, 18 Graslitzer Arbeiterfamilien hier im Tschechischen in einem Betrieb unterzubringen, der gleichfalls von Graslitz her übersiedeln will. Aber nicht von sich wollen diese herrlichen Menschen sprechen, sie fragen nur, wie es mit der Partei steht, ob sie dem Ansturm auch weiter gut standhält, ob denn die Stunde der Abrechnung bald schlagen wird. Nirgends haben wir Kleinmut angetroffen, nirgends Niedergeschlagenheit, aber überall, hier mehr, dort weniger, Bedarf an fürsorglicher Nachhilfe. Das *Entgegenkommen* der *staatlichen* und *kommunalen Behörden* und der *Fürsorgekorporationen* ist einzigartig, die *Bevölkerung* dieses hundertprozentig tschechischen Gebietes verhält sich zu den Fremdlingen, von denen kaum einer etwas tschechisch radebrechen kann, *beispielhaft*. Deutsche haben diese deutschen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, weil sie ihrer Überzeugung treu geblieben sind, bei Tschechen haben sie freundliche, ja vielfach herzliche Aufnahme gefunden. Wo bleibt da die *«Stimme des Blutest*
Aber vieles bleibt zu tun, die Demokratische Flüchtlingshilfe erwarten gewaltige Aufgaben.

Der Wäschemangel wird in wenigen Tagen schon unangenehme Auswirkungen zeitigen, wenn nicht rechtzeitig etwas geschieht. Der Mangel an Waschgelegenheiten und an Trinkwasser birgt ernste gesundheitliche Gefahren in sich. Hier gilt es schleunigst einzugreifen und es wird auch eingegriffen werden. Die Flüchtlinge können überzeugt sein, *dass die Sozialdemokratie ihre treuesten Söhne nicht verlässt*. Und sie sind davon überzeugt. Sie sprechen mit Liebe von der Partei, an der sie mit allen Fasern ihrer Herzen hängen, sie sprechen mit Hass und Verachtung von den Gegnern, die ihnen nicht das bisschen nackte Leben gönnen. Und wenn man sie so untereinander sprechen hört, als wäre das, was sie um ihrer Überzeugung willen auf sich genommen haben, eine Selbstverständlichkeit, wenn man hört und sieht, wie sie nach nichts so sehr verlangen als nach dem Wort und dem Zuspruch der Partei, dann fühlt man es: mag es noch so wüst um uns zugehen, eine solche Bewegung kann man nicht *vernichten*. *Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht*.

[Zuerst veröff. in: «Sozialdemokrat» Mittwoch, 28. September 1938]

Dokument 7

H. WEST/GORGAS

DIE ZURÜCKGELASSENEN

... Man kann der Meinung sein, alle Anstrengung der Emigration, vielleicht sogar die Macht von Regierungen reiche nicht aus, die Lage der Flüchtlinge in der Tschechoslowakei zu bessern. Dass aber jenes von Emigranten verwaltete Hauptbüro, dem es obliegt, die Emigranten fortzubringen, und dessen Einfluss bei der Visenbeschaffung als Verbindungsstelle zwischen Emigration und Regierungen feststeht, mit Personen besetzt ist, die grösstes politisches Misstrauen verdienen, dieser Übelstand kann und muss schnellstens behoben werden.

Betritt man, durchaus unbefangen, aber als Kenner, die Räume des «Zentralen Flüchtlingsbüros» in Prag, dann überfällt einen sofort die Erinnerung an Büros einer ganz bestimmten Partei; die Persönlichkeiten, die man antrifft, und der Betrieb rufen diesen Eindruck zwingend hervor. Es war unser Eindruck, und es ist der Eindruck der Kameraden, die wir zurücklassen mussten. Nicht ein, sondern jeder Brief, den die Freunde aus Prag uns schreiben, spricht von dem Misstrauen, das den leitenden Leuten dieses Büros und ihren Methoden von allen Nichtangehörigen jener politischen Richtung entgegengebracht wird, übrigens auch von einem nicht geringen Teil ihrer eigenen Parteigenossen. Wer könnte denn zu Menschen Zutrauen haben, die in den vergangenen Krisentagen Namenslisten emigrierter deutscher Sozialisten anfertigten, um sie der tschechoslowakischen Polizei oder Militärbehörde denunziatorisch, nein, verleumderisch zu übergeben und unbezweifelbar echte Hitlergegner, eindeutige und bewährte Kämpfer gegen das braune Regime als «Defaitisten», «Trotzkisten», «Strasserfaschisten» und «Nazi-Agenten» verhaften oder vernichten zu lassen? Dass auch in andern Emigrationsländern solche Dinge vorgekommen sind, Ausweisungen goldechter und sehr wichtiger, freilich von einer gewissen «Linie» abweichender Antinazisten mit Erfolg bewerkstelligt wurden, weiss jeder Unterrichtete. Dass unter diesem Büro-Regime in Prag Visen, schon erteilte und im Pass eingestempelte, während des Manipulierens auf der Pass-Stelle wieder rückgängig gemacht wurden, wenn sie nicht genehmen Personen, vielleicht gar ehemaligen Parteiangehörigen zugehört waren, nimmt dann nicht mehr wunder. Die Gelegenheit, Unliebsame auf diese Art «legal» loszuwerden, ist allzu günstig; Ausgeschlossene gelten den Herrschaften als Freiwild! Wunder nimmt auch nicht, dass jene, die vor dem Zusammenbruch sich dazu drängten, allen voran «die Demokratie zu verteidigen», und jeden beschimpften, der sich und die Seinen rechtzeitig in Sicherheit brachte, heute als erste das Land verlassen wollen und mit ihren Ellenbogen die paar Kameraden benachbarter Richtungen zurückstossen, die damals gleich ihnen die Flucht abgelehnt hatten. SAP, SPD und andere politische Gruppen hatten seit längerer Zeit versucht, ihre Leute von der Tschechoslowakei aus auf andere Länder zu verteilen; und sie hatten das mit beträchtlichem Erfolg getan. Wenn aber ein denkender Angehöriger der Partei, gegen deren Monopolgelüste und Verwaltungswillkür wir uns hier verwahren, seine Einwände gegen die Ballung der Emigration in der Tschechoslowakei äusserte, wurde er flugs von ihren Häuptlingen als «Verräter», «Feigling vor dem Feind» und «Zersetzer» «gebrandmarkt». Es bleibe dahingestellt, ob die aktive Beteiligung deutscher Emigranten an einem Krieg gegen Deutschland grundsätzlich richtig, ob sie falsch ist. Uns leuchtet die ungeheure Schwierigkeit dieses Problems ein, wir wissen, dass ein ausserordentliches Mass an Verantwortungsbewusstsein erforderlich ist, es zu entscheiden, und wir anerkennen, dass gute revolutionäre Sozialisten hierüber durchaus verschiedener Meinung sein können (so stimmen auch die beiden Verfasser in *dieser* Frage nicht vollkommen überein).

Unbestritten aber bleibt wohl, dass es Aufgabe aller Leitungen der politischen Emigration sein muss, die mühevoll aufgezogenen Kader für den ungeheuer schweren Kampf *in* Deutschland zu erhalten, zumal die «Stärkung» einer Antihitler-Armee durch deutsche Emigranten jeder realen militärischen Bedeutung entbehrt und die politische Bedeutung (die nicht bestritten werden soll) in gar keinem Verhältnis gestanden hätte zu der Grösse des Verlustes für die deutsche sozialistische Bewegung, der die sichere Folge gewesen wäre. Zumindest muss jeder Emigrant selber entscheiden dürfen, ob er aktiv mit dem Gewehr in der Hand an einem *solchen* Kriege teilnehmen will oder nicht.

Hätte jene Partei zur rechten Zeit in gleicher Art wie andere Parteien versucht, ihre Genossen, soweit sie nicht für gewisse wichtige Arbeiten unentbehrlich waren, aus der Tschechoslowakei zurückzuziehen, dann wären Hunderte pflichtbewusster und opferwilliger Genossen ihres Lagers jetzt nicht in höchster Gefahr; und die aus guten Gründen, zum Beispiel publizistischen, in Prag verbliebenen Angehörigen anderer Gruppen würden heute ungleich leichter zu ihrem Visum, ihrer Ausreise, ihrer Errettung gelangen. Denn die grosse Schwierigkeit der Visenbeschaffung beruht ja in der Hauptsache auf der Beschränkung ihrer Zahl durch diejenigen west- und nordeuropäischen Regierungen, die sich, dankenswerterweise, überhaupt entschlossen haben, uns Visen zu bewilligen. Wäre heute der Andrang kleiner, dann wären die Schwierigkeiten geringer; nichts klarer als das. Schärfster Protest ist gegen eine Praxis am Platze, die zwar vielleicht nicht in allen Fällen darauf abzielt, aber tatsächlich ergibt, dass Persönlichkeiten anderer Lager für eine kurzsichtige Politik büssen müssen, an der sie selber und ihre Gruppen vollkommen unschuldig sind. Die Partei, von der die Rede geht, bestreitet natürlich, dass Intrigen und Bevorzungen vorgekommen seien. Der Beweis dafür kann aber erbracht werden.

Einer Anzahl von Partei- und Nichtparteiangehörigen ist vor einiger Zeit von englischer Seite das Einreisevisum verweigert worden. Man hat, mit grösstem Recht natürlich, dagegen interveniert, mit dem schönen Erfolg: eine Reihe Visen wurden nachträglich bewilligt. Um Missverständnisse auszuschliessen: Jeder von uns hat sich über diesen Erfolg herzlich gefreut. Es stellte sich aber heraus, dass einzig den Mitgliedern jener Partei nunmehr das Visum zuerkannt war – die gleichfalls gestrichenen Nichtmitglieder waren unter den Tisch gefallen! Es gibt eine besonders raffinierte Art der Sabotage: Nichts für jemanden tun und ihn im Glauben lassen, man bemühe sich, leider erfolglos. Die Methode scheint sehr beliebt, man riskiert mit ihr wenig, und sie ist wirksam. In dies Bild passt durchaus das Bekenntnis eines Funktionärs besagter Partei: dass man ihm nicht zumuten dürfe, für einen Ausgeschlossenen etwas zu tun, was ihm die Rettung erleichtern könnte. Niemand erwartet das – und eben darum wenden wir uns so energisch gegen den Zustand, dass jene wichtigste Stelle in Prag mit ähnlich schönen Seelen besetzt ist!

Es spielt nicht nur die Frage eine Rolle, *wohin* jemand ausreisen kann – das ist relativ nebensächlich –; wichtig ist vor allem der *Zeitpunkt* der Ausreise. Versteht es sich nicht von selbst und leuchtet es nicht jedem Unbefangenen ein, dass zunächst den Kameraden (einerlei welcher Partei, Gruppe, Richtung) Hilfe zuteil wird, die durch ihre politische Tätigkeit, die sie in Deutschland oder in der Emigration hinter sich haben, heute am gefährdetsten sind? Den Kameraden, die Grenzdienst leisteten, die illegale Arbeit in Deutschland von der Tschechoslowakei aus organisierten, die schärfste antinazistische Artikel veröffentlichten – die am sichtbarsten (oder unsichtbar, aber umso wirkungsvoller) gegen den deutschen Faschismus stritten!

Wer aber sitzt gerettet ausserhalb der Tschechoslowakei? Einige zuvor gefährdet, auch einige höchst gefährdet Gewesene, gewiss. Jedoch das Gros? Flaue Feuilletonisten, Schmonzettenlieferer für eine mehr oder minder bürgerliche Presse, betriebsame Pintscher der Publizierbranche, die mit grosser

Gewissenhaftigkeit auch nur die leiseste Andeutung einer Gesinnung in ihren Fabrikaten vermeiden und jedem Problem, mit dem Andere ringen, schon deshalb ängstlich aus dem Wege gehn, weil die Begegnung sie in grösste Verlegenheit versetzen würde; neben ihnen Parteibeamte, die, sei es aus Bedeutungsarmut, sei es aus Furcht, ihre Pfründe zu verlieren, sich von jeder innerparteilichen Kritik fernzuhalten wissen, aber die Parteimaschinerie folgsam bedienen (eine Folgsamkeit, die sie gern durch Verleumdung und Hinausbeförderung kritisch gesinnter Genossen beweisen) – charakteriell und leistungsmässig durchweg Unter-Norm-Typen; Personen vor allem, die keineswegs der Gefahr einer Auslieferung oder Verschleppung ausgesetzt waren, wirklich nicht im Geringsten, und zwar einfach deshalb nicht, weil niemand in Deutschland Interesse an ihnen hatte, hat noch haben wird. Aber in Prag sitzen einige der besten Kerle, sitzen Genossen mit Qualität, über denen solche Gefahren schweben. Dieser groteske Kontrast ist ein europäischer Skandal!...

Das ungeheuer schwere Problem der Auswanderung ist lösbar nur mit voller Unterstützung ausländischer Regierungen. Ein östlicher Staatenbund, prall an Machtfülle, mit riesigem Territorium, hat sich bis jetzt, selbst was die Rettung treuer Bekenner seiner eigenen Doktrin (und Praxis!) anbetrifft, völlig passiv verhalten, obgleich in seiner Verfassung ausdrücklich das Asylrecht «verankert» ist. Seit mehr als zwei Jahren lehnt seine Regierung jede Aufnahme deutscher Emigranten ab. Warum? Warum auch jetzt noch?

Ein anderes Problem, das die Auswanderung aus der Tschechoslowakei erschwert, ist das der Juden, die aus Österreich dorthin kamen, und das der Sudetendeutschen, die vor der deutschen Okkupation flüchteten. Äusserst heikle Fragen fordern da eine Entscheidung. Hier soll nicht etwa einer Bevorzugung oder Benachteiligung das Wort geredet werden, wohl aber der sinnvollen, von einem vernünftigen politischen Prinzip bestimmten Auswahl. So schrecklich das Los der vertriebenen Juden und Sudetendeutschen ist: am gefährdetsten, tatsächlich mit dem Tode bedroht ist die *politische* Emigration: der Reichsdeutschen, der Österreicher, der Sudetendeutschen (selbstverständlich ungeachtet ihrer «Rasse») – mindestens ein erheblicher Teil davon. Tätiges Mitleid mit einer brutal verfolgten Menschengruppe bleibt ganz gewiss in noch stärkerem Masse erforderlich, als die bürgerliche Welt, selbst Amerika eingeschlossen, es bisher geübt hat; doch eine höhere Instanz als das Mitleid ist die an einem bestimmten sozialen Ziel orientierte politische Einsicht. Um jeder Missdeutung vorzubeugen, wollen wir in aller Kürze nochmals sagen: Gewiss, passiv-politisch ist die Emigration in ihrer Gesamtheit, denn sie ist in ihrer Gesamtheit ein Opfer politischer Ereignisse und Entwicklungen; aber beim Transfer ins Freie sollen, wenn schon Gleichzeitigkeit ausgeschlossen sein muss, innerhalb der Gesamtmigration die aktiv-politischen Emigranten den Vortritt haben und innerhalb der aktiv-politischen Emigration ihre Gefährdetsten. Demnach sind sudetendeutsche und jüdische Flüchtlinge, zwar nicht als solche, aber soweit sie zur aktiv-politischen Emigration gehören oder gar zu ihren gefährdetsten Teilen, selbstverständlich in sämtlichen Fragen, besonders denen der «Reihenfolge», den übrigen Kategorien der aktiv-politischen Emigration gleichzustellen. Soweit sie nur passiv-politische, das heisst subjektiv unpolitische Flüchtlinge sind, gebührt nach dem Gebot der politischen Vernunft der Vortritt den Andern, deren Schutzbedürftigkeit und Schutzwürdigkeit die objektiv grössere ist.

Wie dem auch sei: Der unerträgliche Missstand muss schleunigst beseitigt werden, dass Kampfkameraden von hoher Qualität (egal, wie man zu ihren Einzelmeinungen steht) in dieser Stunde noch in Prag warten, während Schicksalsgenossen unzweifelhaft geringeren Wertes schon lange gerettet sind. Alle sozialistische Vernunft empört sich dagegen; und sogar nichtsozialistische, die auf Befreiung Deutschlands abzielt. Wir protestieren mit der ganzen Kraft des Gefühls und des Verstandes, über die wir verfügen.

[«Freie Sozialistische Tribüne», 13. Januar 1939]

Auf den Aufsatz von Gorgias und West: «Die Zurückgelassenen» (in Nr. 2 dieses Jahrganges) haben wir eine Reihe von Zustimmungen erhalten, die uns zeigen, dass es sich hier in der Tat um ein Problem handelt, das gar nicht schnell genug angepackt werden kann. Der hier folgende Beitrag von K. K., von einem, der heute noch unter den «Zurückgelassenen» sich befindet, soll als ein weiterer Versuch verstanden sein, den Genossen in der ČSR zu helfen – und nicht etwa, sich «an der KPD zu reiben», wie mancher vielleicht annehmen könnte, und wie manchem vielleicht auch von gefügigen Angestellten einer gutgeölten Propaganda-Maschinerie eingeredet werden wird.

Was an Politik und organisatorischer Taktik der KP auszusetzen ist, haben wir in diesen Blättern nie verschwiegen, wie es überhaupt unser Prinzip ist, uns durch blosses Stirnrüzeln anderer nicht vom Aussprechen der Wahrheit abbringen zu lassen. Selbstverständlich erinnern wir uns des taktischen Grundsatzes, nicht immer alles zu sagen, was man weiss; auch wenn es stimmt!

Wir wissen also durchaus, und möchten deshalb dahingehende mögliche und zu erwartende Vorwürfe hier im Voraus behandeln, dass man mit solchen Veröffentlichungen nur «dem Gegner Material liefert», und «das eigene Nest beschmutzt». Was das «eigene Nest», die sozialistische Bewegung, betrifft, so wird es beschmutzt durch Erscheinungen wie die hier zur Debatte stehenden. Unsere Aktion dagegen ist also eine Reinigungs-Aktion. Allerdings könnte man sie vielleicht im Stillen vollziehen – damit nicht der Gegner «Material» geliefert bekommt; denn mit diesem Vorwurf hat es *in gewisser Weise* seine Richtigkeit. Wir können trotzdem nicht auf den Weg in die Öffentlichkeit verzichten, weil weitere Kreise in diese Geschehnisse verwickelt sind, die *guten Glaubens* sind, und denen gegenüber also Aufklärung durchaus noch helfen kann. Vor allem aber: *Eile tut not*, und deshalb müssen *alle* Wege besritten werden, die überhaupt einen Erfolg versprechen. Den «Zurückgelassenen» darf keine Hilfe versagt werden!

Der Verfasser hat mit Recht vermutet, dass sein Beitrag uns sehr scharf erscheint. Er schreibt dazu in seinem Begleitbrief:

«Wenn mein Artikel, um dessen Abdruck in der ‚S. W.‘ ich bitte, Ihnen zu scharf erscheint, so bedenken Sie bitte auch, dass ich darin die Meinung von vielen Emigranten hier wiedergebe, die gleich mir unter dem unsittlichen Verhalten der KP leiden. Es ist mit unseren Chancen, von hier wegzukommen, nicht weither, solange diese... in der ZF (Zentralen Flüchtlingsfürsorge) registert...»

«Es versteht sich zwar von selber, wir möchten es aber nochmal ausdrücklich bestätigen, dass wir den angegriffenen Kommunisten die Möglichkeit offenhalten, an dieser Stelle auf jenen Angriff einzugehen.
Die Schriftleitung der «Freien Sozialistischen Tribüne».

«West und Gorgias haben gemeinsam dagegen protestiert, dass die Kommunistische Partei die leitenden Stellen der Zentralen Flüchtlingsfürsorge in Prag besetzt halte und ihre Macht dazu benutze, ihren Parteimitgliedern und Freunden die rettenden Visa zuzuschancen und ihre politischen Feinde unter den Emigranten nicht aus der Gefahr für Leib und Leben herauszulassen. Das war am 13. Januar. Etwa zehn Tage später wird die Verteilung von neuen Visen für England bekannt. Das Demokratische Komitee, das 110 Emigranten betreut, erhält kein Visum, das Jüdische Komitee kein Visum, die Thomas Mann-Gesellschaft ein Visum, und die verschiedenen sozialdemokratischen Gruppen etwa 36 Visen. Das kommunistische Schalda-Komitee aber hat in London, wo sich die KP dank ihrer schon früher hinausgebrachten Quartiermacher wieder in den entscheidenden Stellen ein-

genist hat, fünfzig Visa ausgelost. Man sieht – was auch vorauszusehen war –, dass die Kommunisten sich nicht von Protesten gegen ihre Intrigen und Bevorzugen von der rechten Linie abbringen lassen.

West und Gorgias haben eine Skizze der Arbeit gegeben, welche die KP in der Zentralen Flüchtlingsfürsorge zu ihrem Nutzen und zum Schaden der politischen Emigration geleistet hat. Danach besteht das Gros der Geretteten aus «flauen Feuilletonisten, Schmonzettenerlieferern für eine mehr oder minder bürgerliche Presse» und aus Parteibeamten, die «charakteriell und leistungsmässig Unter-Norm-Typen» sind. Zurückgeblieben seien viele, «die zu unserem Kampf Gewichtigeres beigetragen haben als mancher Gerettete», darunter einige von West und Gorgias benannte Antifaschisten, die an exponierter Stelle standen, es aber gewagt hatten, die Stalinisten nicht für Vorkämpfer der Humanität und des Sozialismus zu halten. Ja, einer politischen Gruppe, die mit gleich tiefer Empörung gegen Hitler und gegen Stalin steht, ist schon die Aufnahme in die Zentrale Flüchtlingsfürsorge verweigert worden. (West und Gorgias kennen diese Angelegenheit und haben sie sicher nur versehentlich nicht erwähnt).

Die KP wird erst einmal alle diese Behauptungen abstreiten, und dann wird sie in den Fällen, wo Leugnen nicht mehr möglich ist, sich mit dem Fehlen des Vorsatzes zu entschuldigen suchen und sich auf das Walten der dialektischen Moira berufen. Lässt man diese Taktik zu, so gewinnen die Kommunisten die Zeit, die nötig ist, um die unsaubere Aktion, deren man sie mit sehr guten Gründen verdächtigt, erfolgreich durchzuführen. Deshalb sind Viele hier in Prag der Meinung, dass ein schnelles Verfahren gegen die KP durchgeführt werden müsse und auch durchgeführt werden könne, da ein einziges Faktum, das nicht mehr bewiesen zu werden braucht, ausreicht, um schlüssig zu beweisen, dass die KP die Rettung der politischen Emigranten aus der Tschechoslowakei verhindert.

Hätten die Kommunisten den ernsthaften Willen gehabt, zusammen mit den anderen politischen Gruppen alle politischen Emigranten zu retten, so hätten sie ihre engen Beziehungen zur UdSSR ausnützen müssen, um wenigstens die Mehrzahl ihrer Parteimitglieder und Parteifreunde dorthin zu bringen. Damit wäre man von der Sorge für etwa 500 Emigranten befreit gewesen und hätte einige hundert Visa, welche die KP für ihre Leute in Anspruch genommen hat, für Emigranten anderer politischer Überzeugung freigegeben. Es hätten also heute schon etwa siebenhundert bis achthundert Emigranten in Sicherheit sein können, das heisst die Mehrzahl der Gefährdeten. Die Überführung von mehreren hundert Kommunisten in die UdSSR wäre der Beweis dafür gewesen, dass die KP ernsthaft und ehrlich an der Rettung aller Emigranten mitwirken wolle, und dieser Beweis ist nicht erbracht worden. Damit hat die KP jedes Recht, an leitender Stelle der Zentralen Flüchtlingsfürsorge tätig zu sein, verwirrt, und es ist zu fordern, dass die KP ihre leitenden Stellen in Prag, Paris und London sofort aufgibt und die Betreuung ihrer Parteigänger einer auf die Rettung aller Emigranten bedachten, also KP-freien Leitung der Flüchtlingsfürsorge überlässt.

An diesem Urteil ändert sich auch nichts, wenn man annimmt, dass die UdSSR die Aufnahme ihrer Gesinnungsgenossen verweigert habe. Eine Partei, deren Anpreisungen des hohen sittlichen Standes ihres sozialistischen Vaterlandes so wenig der Wahrheit entsprechen, ist entweder lächerlich oder kriminell, und hat kein Recht, an einer sittlichen Aufgabe, wie es die Rettung aller politischen Emigranten ist, an entscheidender Stelle mitzuwirken. Wir sind aber mehr geneigt anzunehmen, dass die KP ihre Leute gar nicht in die UdSSR bringen will, sondern vor allem daran denkt, ihre Macht in der Zentralen Flüchtlingsfürsorge dazu zu benutzen, ihre Parteigänger in bürgerlichen Staaten anzusetzen, ganz ohne Rücksicht darauf, was aus den anderen Emigranten wird, ja wohl auch mit der Nebenabsicht, sich mit Hitlers Hilfe von den unbequemen Kritikern innerhalb der Emigration zu befreien. Wie dem aber auch sei, die Funktionäre der KP in der Zentralen Flüchtlingsfürsorge haben aus den leitenden Stellen zu verschwinden. Sofort! In Prag, in London und in Paris!

Noch eine Mahnung an die Vertreter der anderen Gruppen in der Zentralen Flüchtlingsfürsorge! Sie sind mitverantwortlich für die Missstände und für das Vorherrschen von Macht, Intrige und Gruppensehnsucht bei der Rettungsaktion. *Von Vorsatz kann bei ihnen nicht die Rede sein, wohl aber von Fahrlässigkeit.* Denn es war eine Fahrlässigkeit, an ein kameradschaftliches Zusammenarbeiten mit der KP zu glauben, und es ist heute schon so weit, dass man nicht ganz ohne Grund von grober Fahrlässigkeit sprechen kann. Es ist darum nach den Erfahrungen der letzten vier Monate höchste Zeit für die Nicht-Kommunisten in der Zentralen Flüchtlingsfürsorge, sich von den Kommunisten in der Leitung der Rettungsaktion zu befreien!»

[«Freie Sozialistische Tribüne», 17. Februar 1939]

Dokument 8

KURT R. GROSSMANN

DIE FLÜCHTLINGSTRAGÖDIE IN DER TSSCHECHOSLOWAKEI

... Der Friede von München bedeutete das Ende des Asyls in der tschechoslowakischen Republik. Darüber gab es nirgends Meinungsverschiedenheiten. Die Ereignisse der Besetzung hatten die Anzahl der Flüchtlinge auf 8'000 anschwellen lassen, die sich aus 1'500 politischen und 6'500 jüdischen Flüchtlingen zusammensetzten. Man war sich in Prag, Paris, London, Stockholm und Oslo klar darüber, dass die Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei evakuiert werden müssten. Nicht, dass man daran dachte, Hitler würde den Münchener Pakt brechen; man glaubte vielmehr, dass eine immer stärkere Gleichschaltung in der Tschechoslowakei den Emigranten das Leben unmöglich machen würde. Man appellierte in Paris und London und den skandinavischen Ländern an die verantwortlichen Stellen, man versuchte, Emigranten nach Übersee zu bringen. In London arbeitete man an der Rettung der Altemigration und der gefährdeten Sudetendeutschen am intensivsten. Gab es doch von den letzteren 28'000, von denen 15'000 Juden, 13'000 sudetendeutsche Sozialdemokraten, Kommunisten und Christlichsoziale waren. 2'000 Ungarn wollten nichts von der Befreiung als Minderheit wissen, und ausserdem waren 150'000 Tschechen aus den sudetendeutschen Gebieten in den tschechischen Teil geflohen. Ein ungeheures Problem war zu lösen: Es galt die Altemigration und die neue sudetendeutsche Emigration wegzubringen. Die Altemigration, weil sie politisch gefährdet war, die sudetendeutsche, weil sie in dem verengten Wirtschaftsraum nicht einzugliedern war. Die tschechische Emigration konnte von der Wirtschaft nur zum Teil aufgesogen werden und auch für sie musste man nach anderen Existenzmöglichkeiten in Übersee Ausschau halten. Von der sudetendeutschen Emigration war natürlich auch ein grosser Teil sozialdemokratischer und kommunistischer Funktionäre gefährdet.

Die Frage, die sich die Verantwortlichen immer wieder stellten, war: Haben wir genügend Zeit, damit alle formalen Notwendigkeiten erledigt werden können? Es hatte nämlich bei allen Ländern, die man um Aufnahme von Flüchtlingen aus der Tschechoslowakei bat, eine Auslese nach beruflicher und moralischer Eignung stattgefunden. Die Bürokratie arbeitete äusserst langsam, und die Transporte gingen nur tropfenweise ab. England stellte insgesamt 1'100 Visa zur Verfügung, es sind wohl aber einschliesslich der letzten Transporte nur etwa 700 Flüchtlinge aus dem Reich und aus Österreich dort hingekommen. Im Ganzen betrug die Auswanderung aus der Tschechoslowakei 5'500 Flüchtlinge, wovon auf die Altemigranten ca. 2'000 entfallen.

Das Schicksal von Peter Forster, den die tschechoslowakische Regierung auszuliefern gezwungen war und der trotz eines politischen Vergehens hingerichtet wurde, hat unter den in der Tschechoslowakei lebenden Emigranten eine Panik ausgelöst.

Warum die demokratischen Staaten, die das Münchener Abkommen mitunterzeichneten, nicht in rascherem Tempo und in grösserem Umfange wenigstens die politischen Flüchtlinge aufgenommen haben, kann und soll nicht untersucht werden. Feststeht, dass sich am 15. März 1939 folgende schwer gefährdeten Emigrantengruppen in den geraubten Gebieten befanden:

Politische Emigranten aus Österreich und Deutschland, mindestens	600
Jüdische Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich, mindestens	5 000
Sudetendeutsche	12 500
Juden aus dem sudetendeutschen Gebiet	14 500
	insgesamt 32 600

Die 150'000 tschechischen Flüchtlinge sind hierbei nicht als besonders gefährdet bezeichnet, aber die aus der Tschechoslowakei gemeldeten Verhaftungen zeigen, dass sie deutsche wie tschechische Opponenten in gleicher Weise hart treffen. Man hat die Flüchtlingshilfsstellen sofort geschlossen. Frau Marie Schmolka, einer der besten und reinsten Menschen, die in selbstlosester Weise sich seit mehr als sechs Jahren der Arbeit für die deutschen und österreichischen Flüchtlinge gewidmet hat, wurde verhaftet. Mit ihr wurden 47 Arbeiter des Jüdischen Sozialen Instituts verhaftet. Mit Marie Schmolkas Festnahme hat man den gesamten Flüchtlingsorganisationen den Kopf genommen, denn sie leitete nicht nur die Hicem in Prag, sondern war gleichzeitig Vorsitzende des Zentralen Komitees sämtlicher Flüchtlingsorganisationen in Prag.

Neuer Gewaltakt – Neue Flüchtlinge

Es ist selbstverständlich, dass die Zahl der gefährdeten Flüchtlinge nicht auf die genannten 32'600 beschränkt bleibt. Das Tempo, mit dem man die Anti-Judengesetzgebung sofort in der Tschechoslowakei zu verankern sucht, zeigt, dass ein neues grosses jüdisches Flüchtlingsproblem für Böhmen, Mähren, Slowakei und Karpathorusland mit insgesamt 400'000 Menschen geschaffen wird. Die Zahl der Selbstmorde, die im Augenblick noch gar nicht abzuschätzen ist, ist ein Zeichen, wie sehr man die Übertragung deutscher Methoden auf ein bisher kulturell hodistehendes Land fürchtet. Neben diesem jüdischen Flüchtlingsproblem wird aber auch ein tschechisches, slowakisches, ruthenisches, ungarisches existieren, denn die Opposition gegen die neuen Gewalthaber ist gross, und aus der Gegnerschaft zum Hitlerismus hat man, vor allem auch im tschechischen Teil des heute unter dem deutschen Militärstiefel seufzenden Landes nie einen Hehl gemacht. Man kann die Zahl jener, die zu flüchten gezwungen sind, noch nicht abschätzen, aber wenn man weiss, dass die Gestapo bereits den früheren Pressechef Beneschs, Ministerialdirektor Hajek, den Schriftsteller und Herausgeber der angesehenen Zeitschrift «Pritomnost» (Die Gegenwart), Ferdinand Peroutka, verhaftet hat, kann man die Linie erkennen, die die Unterdrücker sich zu beschreiten anschicken.

Was muss geschehen?

Amerika, England, Frankreich und Sowjetrußland haben den Gewaltcoup Hitlers nicht anerkannt. Damit ist wohl verbunden, dass die Gesandten in Prag derzeit nicht abberufen werden.

In die Gesandtschaften und Konsulate sollen sich eine Anzahl Emigranten geflüchtet haben. Ein anderer Teil hält sich versteckt, ein weiterer hat versucht, nach Polen, die einzig mögliche Grenze, überzugehen. Was geschehen muss ist, dass die genannten Staaten die Flüchtlinge, vor allem die politisch gefährdeten, unter ihren diplomatischen Schutz stellen und ihren Abtransport übernehmen. Kein Land darf sich dieser rein humanitären Aufgabe entziehen, die das Leben wertvoller Menschen zu retten geeignet ist. In Polen wird die Schaffung von Aufnahmebüros für die Flüchtlinge notwendig sein, die sie weiterleiten können; denn unter ihnen befindet sich eine Anzahl mit Einreisevisen für andere Länder, die aus rein formalen oder persönlichen Gründen bisher noch in der Tschechoslowakei verblieben war.

Nach Prag wird man eine internationale, mit allen diplomatischen Papieren ausgestattete Delegation entsenden müssen. Das Internationale Rote Kreuz, als die von allen Ländern gleichermaßen anerkannte Hilfsorganisation, sollte sich auch in den Dienst der Rettung dieser Menschen stellen, die sonst verloren sind. Verloren, weil ein mitleidloser Gegner Gesinnungsstärke mit Konzentrationslager, mit Martyrium, mit dem Beil bestraft. Wir haben in den letzten Jahren so oft den Triumph des

Barbarismus erleben müssen, unser Glaube an den restlosen Einsatz im Sinne der Humanität ist so oft erschüttert worden, die brutale Gewalt hat so mannigfach über die Gesinnung gesiegt, dass es höchste Zeit wäre für die Verantwortlichen Europas und Amerikas, alle Anstrengungen zu machen, um dieses Rettungswerk auszuführen; denn sie müssen sich vergegenwärtigen, dass Tausende und Abertausende auf diese Rettung warten. –

[Zuerst veröff. in: «Manchester Guardian» vom 27. März 1939.]

Dokument 9

ZUR SITUATION DER JUDEN IN DER TSCHECHOSLOWAKEI NACH DEM 15. MÄRZ 1939

Seit München bis zur Besetzung Prags am 15. März 1939, beeinflusst durch die Ereignisse in Österreich und die Nacht der Schande vom 9. zum 10. November 1938, befanden sich nach den Quellen des Instituts Ende 1938 129'500 Juden in Böhmen und Mähren, von denen 20'000 erst kürzlich in das Gebiet gekommen waren. Als die Deutschen im Oktober 1939 eine Volkszählung durchführten, wurden 90'147 Juden (davon 80'139 Glaubensjuden) registriert. 39'000 Juden war es gelungen zu emigrieren, 7'000 von ihnen illegal; etwa 2'000 wurden im Oktober 1939 nach Polen deportiert und 46'170 Juden befanden sich zur Zeit des Zensus in Prag.

Das Schicksal der jüdischen Gemeinschaft in Böhmen und Mähren ist mit drei «prominenten Namen» verbunden:

1. Reichsprotector Baron Konstantin von Neurath, früherer deutscher Aussenminister;
2. Reinhard Heydrich, der in der Nähe von Lidice am 28. Mai 1942 einem Attentat zum Opfer fiel; Heydrich repräsentierte den Juden und den Tschechen gegenüber die Politik der Strenge und der Brutalität;
3. General (Polizei) Kurt Daluege, Heydrichs Nachfolger, der dessen gnadenloser politischer Linie folgte.

Die physische Vernichtung der Juden in Böhmen und Mähren begann unter Heydrich am 25. September 1941. Er ordnete als stellvertretender Minister am 1. September 1941 bereits das Tragen des Davidsterns für alle Juden an, schloss die Synagogen unter dem Vorwand, «die Juden benützten die Gotteshäuser, um Unruhe zu stiften und konspirative Akte gegen die deutschen Behörden vorzubereiten». Es war Heydrich, der die kleine Festung in Theresienstadt in ein regelrechtes jüdisches Konzentrationslager umwandelte, von wo fortgesetzt Deportationen nach Polen stattfanden.

Vom 28. September bis 30. November 1941 fanden 1'500 Exekutionen (darunter 52 Juden) statt. Als «Antwort» auf Heydrichs Tod wurden in der Zeit vom 7. Juni bis 3. Juli 1942 535 Männer (einschl. der 176 von Lidice) ermordet. Von den nach dem 3. Juli 1941 exekutierte 750 Personen waren 62 Juden . . .

Bevor die Massendeportierungen begannen, lebten die Juden in Böhmen-Mähren unter diskriminierenden Ausnahmebestimmungen. Alle ihre Bürgerrechte waren ihnen genommen, sie waren zu Parias geworden. Sie mussten bestimmte Einkaufszeiten und Ausgehverbote beachten und erhielten eine verringerte Lebensmittelzuteilung.

Die Deportationen setzten im Oktober 1941 ein: Männer, Frauen, Kinder. Zuerst räumten die Nazis Prag, dann Pilsen und Brünn. Der Weg zu den Vernichtungslagern ging meist über Theresienstadt, das ein «Riesengefängnis» für die Juden wurde. Das Ghetto in der Stadt, das KZ in der kleinen Festung. Das Städtchen von nur 7'000, eine Festung aus der Zeit des österreichischen Monarchen Joseph II., wurde eine Judenstadt. (Über Theresienstadt siehe vor allem die Bücher von Zdenek Lederer, Ghetto Theresienstadt, Edward Goldston & Son Ltd., London, 1953; FL G. Adler, Theresienstadt 1941-1945, J.C.B. Mohr, Tübingen, 1955)»

Das Institute of Jewish Affairs bemerkt über die Haltung des tschechischen Volkes zu der Judenverfolgung (S. 60): «Für die überwältigende Mehrheit des tschechischen Volkes bedeutet die Verfolgung der Juden ein Symbol der verlorenen Freiheiten, als die Republik vernichtet wurde.» Viele

Akte der Sympathie, der tätigen Hilfe (vgl. Kurt R. Grossmann, *Die unbesungenen Helden*, S. 353 ff.) waren positive Begleiterscheinungen im Negativismus des Blutes und der Tränen. Am 22. Juli 1943 hörte die westliche Welt mit Schrecken, dass ein tschechisches Ehepaar von den Nazibarbaren hingerichtet wurde, weil es den Versuch machte, Juden vor der Deportation zu retten.

Was die inzwischen selbständig gewordene Slowakei anbetrifft, so verabschiedete dessen Parlament am 15. Mai 1942 ein «verfassungsänderndes Gesetz», die Juden zu deportieren. Ausgenommen waren solche Juden, die nicht später als bis 14. März 1939 zu einer anderen (katholischen) Glaubensgemeinschaft übergetreten waren – und die in legalen Mischehen lebten. Die Juden, die deportiert wurden, verloren ihre «slowakische Bürgerschaft» und ihr Vermögen. Die Slowakei musste den Nazis für jeden zur Vernichtung abgelieferten Juden 4'000 Reichsmark zahlen.

Bis zum 30. Mai 1942 waren 32'000 Juden bereits deportiert worden, während 5'000 die Flucht irgendwie gelang. Am 18. Mai 1942 wurden 5'000 Juden aus der Slowakei nach Ungarn deportiert, da sie in Gebieten geboren waren, die im November 1938 an Ungarn fielen. Das war ein winziger Lichtstrahl, denn im wahrsten Sinne des Wortes lebten damals die Juden auf nur kurzfristig geborgte Zeit. Vom östlichen Teil der Slowakei fuhren Ende Juni 1942 in den bekannten Viehwagen 15'000 bis 18'000 Juden gen Osten, und am 19. Juli 1942 schrieb die Pressburger Zeitung GARDISTA, es seien bereits 56'000 bis 57'000 Juden deportiert worden.

Im Dezember 1942 kam der Befehl, dass alle Juden im Alter von 16 bis 60 Jahren sich zu registrieren hätten, und ohne Unterschied kamen sie in die Arbeitslager Sered, Novaky und Vynhia. Im Mai 1943 berichtete das offizielle Regierungsorgan VESTNIK, dass nur noch 5'000 Glaubensjuden und 11'000 Christen jüdischen Ursprungs in der Slowakei lebten. Von insgesamt 315'000 Juden in der Tschechoslowakei sind bis zum Kriegsende 260'000, gleich 82,5%, vernichtet worden.

[Aus: «Hitler's Ten years War on the Jews», Ed. by the Institute of Jewish Affairs, New York 1944.]

Dokument 10

H. R. KNICKERBOCKER
DIE DURCH DIE MEERE IRREN

Zehntausend Juden ohne Freund! Zehntausend ohne Einfluss! Zehntausend wandernde Juden ohne Visa und ohne Geld werden heute, wie Tiere, durch die Strassen der Niemandslande und der Niemandsmeere gejagt.

Ohne Heim kampieren sie zwischen den Grenzen Deutschlands und seiner Nachbarn. Wie Negerklaven werden sie in Levante-Schiffe gepfercht, die nun die Küste Palästinas absuchen und nirgendwo im Gelobten Land ihre verzweifelnde Fracht ausladen dürfen. Wahlos werden sie in Trupps auf Einöds-Inseln ausgesetzt oder in verborgene Höhlen der weinbeschatteten ägäischen Küste verbracht.

In den Hafentstädten am Schwarzen Meer kauern sie auf den Docks und warten vergebens darauf, dass ein Schiff sie weiternehme. Sie kreuzen von Kuba nach Brasilien, von Hamburg nach Schanghai und suchen die Erde ab nach einem Ort, an dem sie bleiben können.

Die Wasser der sieben Meere sind gefurcht von den Kiellinien ihrer Schiffe. Es gibt kein Land der Welt, wo sie nicht nach einer Ritze geforscht hätten, durch die man sie schlüpfen liesse. Ein Tausend von ihnen lebt seit mehr als drei Monaten an Bord von Schiffen.

Die Untersuchung, die ich angestellt habe, hat ergeben, dass allein in den letzten 60 Tagen 18 Ozeandampfer mit 5'627 jüdischen Flüchtlingen – Männern, Frauen und Kindern – von Europa in See stachen und am Ort ihres Ziels wieder zurückgeschickt wurden. «Enttäuschte Hoffnung macht das Herz krank.» Diese herzkranken Wanderer landen schliesslich irgendwo; wo eigentlich, weiss oft niemand. Sie verschwinden ganz einfach aus den Berichten und Listen. Denn die meisten von ihnen sind «illegal». Das heisst: sie sind arm. Mit Geld könnten sie dem Gesetz Genüge tun. Die meisten von ihnen hatten einmal Geld; aber alle wurden durch die Nazi-Quetsche gepresst, und jetzt sind sie bis aufs Hemd ausgeplündert.

Manche wurden unterwegs noch ein zweites Mal ausgeraubt: von ihren Kapitänen und der Schiffsbesatzung. Der vielgeplagte Kolonialminister Malcolm MacDonald hat einmal im Unterhaus bitter über die räuberischen Agenten und Kapitäne geklagt, die sich auf die «illegalen Emigranten» nach Palästina stürzen und ihnen Transatlantik-Tarife erster Klasse für Deckraum auf einem Mittelmeer-Frachter anrechnen.

Aber manche Kapitäne tun noch Schlimmeres. In einem Schiff, von dem eine jüdische Hilfsorganisation ohne Namensnennung berichtet, wurde den Passagieren vom Kapitän gesagt, es gebe kein Wasser. Um Wasser zu bekommen, mussten sie 1'000 Dollar zusammenbringen – in Uhren, Ringen und anderem Schmuck. Dann sagte man ihnen, es gebe kein Essen – bis sie neue 2'500 Dollar abgeliefert hätten. Am Ende der Reise hatte der Kapitän jeden Pfennig ihres Geldes und jeden Wertgegenstand aus ihrem Besitz, alles in allem für rund 5'000 Dollar; dann wurden sie ohne einen Knopf an Land gesetzt.

Denn das Hauptziel ist: überhaupt nur irgendwo ausserhalb Deutschlands zu landen. Die 900 Flüchtlinge an Bord der «St. Louis» wurden dadurch gerettet, dass die Sache Publizität bekam. Sie fuhren in Hamburg ab, wurden in Kuba zurückgewiesen, und zweihundert drohten, lieber über Bord zu springen, als in die Gewalt der Nazis zurückzukehren. Die Beachtung, die das in der Welt fand, verschaffte ihnen schliesslich eine vorübergehende Zuflucht in Holland, Frankreich, England und Belgien.

Aber verglichen mit vielen andern Fällen machten die Menschen von der «St. Louis» noch eine Vergnügungsfahrt. Die «Agios Nicolaos» – an Bord 352 geflüchtete Männer, Frauen und Kinder

aus der Tschechoslowakei, aus Danzig und Deutschland – fuhr um den 1. März herum nach Palästina ab. Keiner der Juden hatte die Einreise-Erlaubnis. Man hatte ihnen eingeredet, die schwerbezahlten Schiffsagenten hätten arrangiert, dass sie «schwarz» ins Land kommen würden. Am 31. März versuchten sie, an der palästinensischen Küste zu landen, aber die Küstenwache schoss auf sie, und sie mussten wieder zurück. Einer der Passagiere wurde von den Schüssen getötet. Am 4. April war das Schiff wieder in Kandia (Insel Kreta), aber die Juden durften auch dort nicht an Land. Sie fuhren aufs Neue ab und kreuzten vier Wochen lang zwischen den kleinen Inseln des Ägäischen Meeres; sie lebten von Tee und Schiffszwieback. Zum letzten Male hörte man von ihnen vor etwa einer Woche aus dem kleinen rumänischen Hafen Balcik. Da versuchten sie anzulegen, aber die rumänische Polizei trieb sie zurück. Sie sind seit über 100 Tagen auf der Fahrt.

Ein anderer kleiner griechischer Frachtdampfer, die «Astir», mit 641 Flüchtlingen an Bord, fuhr am 6. April «illegal» nach Palästina. Sie musste umkehren und liegt seit zwei Monaten zwischen Kea und Laurion vor Anker. Die Berichte sagen, dass die Passagiere nahezu verhungert sind. Auf ihren Fahrten kamen sie an einer Kolonie von 424 ausgesetzten jüdischen Flüchtlingen vorbei, die wie Wilde an der Küste Kretas leben, und nahmen von ihnen eine Botschaft an die Einwohner von Tel Aviv mit, in der sie baten, dass man ihnen Nahrungsmittel und Kleider schicke. Mr. MacDonald gab im Unterhaus zu, er habe einen Bericht vorliegen, dass der «Astir» am 17. Mai in einem griechischen Hafen das Anlegen verwehrt worden sei. Seitdem hat man nichts mehr von ihr gehört.

Die «Marmora», auch ein griechischer Dampfer, fuhr vor ungefähr vierzehn Tagen mit 500 Flüchtlingen von dem kleinen rumänischen Schwarzmeerhafen Mangalia ab; man nimmt an, dass sie «illegal» nach Palästina wollte. Seither hat man nichts mehr von ihr gehört.

Die 73 Flüchtlinge auf der «Orbita», denen in Ecuador die Landung verweigert wurde, hatte das Glück, in Balboa (Panamakanal-Zone) anlegen zu dürfen. Aber ihr endgültiges Schicksal ist anscheinend noch nicht entschieden.

Weniger glücklich waren die 270 Flüchtlinge auf der «Assimi», einem 520-Tonnen-Frachtschiff, das nur für die Schiffsmannschaft Unterkunftsräume hat. Die Passagiere lebten im Frachtraum, 12 Fuss unter Deck. Nachdem sie seit März an der palästinensischen Küste hin- und hergefahren waren, konnten sie schliesslich an Land gehen, wurden aber geschnappt. Trotz den verzweifelten Vorstellungen der jüdischen Behörden in Palästina zwang man die 270 Juden, auf die «Assimi» zurückzugehen, und der Kapitän wurde unter Gefängnisdrohung gezwungen, wieder abzufahren. Die palästinensische Polizei berichtet, 245 «illegale Einwanderer» – anscheinend eben die von der «Assimi» – hätten letzte Woche versucht, bei Nacht zu landen und seien eingesperrt worden.

Ebenso setzten die 182 Passagiere der «Panagiya Correstrio», die nördlich von Tel Aviv aufgebracht wurde, ihre Landung durch, indem sie hysterisch ihre Lebensmittel über Bord warfen. So zwangen sie die britischen Behörden, sie zu nehmen; auch sie wurden in ein Internierungslager gesperrt.

Der französische Dampfer «Flandre» – mit 102 Flüchtlingen – fuhr am 9. April nach Kuba aus, konnte nur 6 Flüchtlinge in Havanna landen und fuhr nach einer Kreuzfahrt von zwei Monaten wieder nach Frankreich zurück. Auf dem Wege versuchte er vorher noch, irgendwo in Zentralamerika oder Mexiko eine Unterkunft zu finden.

Schlimmer noch ging es den 200 Flüchtlingen auf der «Orinocco», die am 28. Mai von Hamburg nach Kuba abfuhr, aber wegen der Erfahrungen mit der «St. Louis» nach Erreichung Cherbourgs wieder heimgerufen wurde. Sie lag drei Tage in Cherbourg, dann wurden die 200 Juden nach Hamburg zurückgebracht, wo sie in ein Konzentrationslager kommen werden, falls sie nicht einen Weg zur sofortigen Wiederausreise finden.

Der rumänische Dampfer «Sandu», der vor einem Monat mit 269 «illegalen» Einwanderern von Konstanza nach Palästina fuhr, ist mit ihnen allen wieder nach Konstanza zurückgekommen. Aber die rumänischen Behörden lehnen es ab, sie an Land zu lassen.

800 Flüchtlinge, die von der Gestapo mit Gewalt auf der «General St. Martin», der «Oceanica», der «Cap Norde» und der «General Artizas» verstaubt worden waren und zwei Monate lang in der Welt umherfuhren, haben schliesslich vorübergehende Aufenthaltserlaubnisse in Lissabon, Gibraltar und Montevideo erhalten.

Die palästinensischen Behörden wurden weich und liessen 906 verlumpte und verhungerte Männer, Frauen und Kinder ins Land, die von dem Dampfer «Liesel» auf kleinen, unbewohnten Inseln des griechischen Archipels aufgelesen worden waren. Auch liessen sie hinein – und inhaftierten – 400 Flüchtlinge von dem Rettungsschiff «Atrato», darunter 285 Frauen und Kinder. Für jeden «illegalen Einwanderer» wird jedoch einer von der Zahl der Immigranten gestrichen, denen die legale Einwanderung ins Gelobte Land gestattet wird.

Das ist eine unvollständige Liste einiger der sichtbarsten Opfer des modernen Pharao –, eine Liste aus den letzten 60 Tagen. Es sind Juden, die über die Meere irrten.

Derer, die durch die Lande irren, sind es mehr.

[Zuerst veröff. in: «Das Neue Tagebuch», Paris. 1. Juli 1939.]

Dokument 11

FLÜCHTLINGSSCHIFFE UND IHRE SCHICKSALE.

Name des Schiffes	Passagiere	
Aghios Mioioros	700	Schiff wurde von den Engländern beschlossen
Astir	641	Landung war unmöglich
Assimi	270	Passagiere erhielten keine Erlaubnis, das Schiff zu verlassen
Atlantic	1875	1'584 Pasagiere wurden nach Mauritius gebracht
Braslo	650	Ausbruch von Pest, Notlandung in Beirut
Flandre	102	Passagiere konnten nicht landen
Los Perios	400	Angebliche Meuterei; Schiff wurde in den Hafen von Haifa gebracht
Liesel	906	Mit Passagieren von anderen Schiffen. Landung in Palästina
Marmora	500	Verschwunden
Marsis	unbekannt	70-Tonnen-Boot, landete Passagiere auf Ägäischen Inseln
Mefkure	320	Versenkt im Schwarzen Meer
Milos	709	Passagiere auf die «Patria» gebracht
Osiris	600	Passagiere konnten in Palästina nicht landen
Orinocco	200	Passagiere konnten in Palästina nicht landen
Pentcho	500	Reise dauerte fünf Monate; Passagiere landeten auf den Dodekanesischen Inseln
Parita	870	Besatzung liess das Schiff auf Grund laufen und erzwang Landung der Passagiere
Pacific	1062	Passagiere auf die Patria umgeladen
Patria	1770	Explosion an Bord; 251 getötet
Praslo	650	Typhusepidemie; Landung erlaubt
Panagiya Corrostrio	182	59-Tonnen-Schiff, Landung erzwungen
Rimi	450-500	Feuer an Bord, Passagiere auf Inseln ausgeladen
Salvador	380	Sturm im Marmarameer, 200 Passagiere ertranken
Sandu	269	Passagiere konnten landen
Sanloo	ca. 400	Musste nach Konstanza zurückkehren
Struma	763	Schiff sank, nur zwei Passagiere überlebten
Thessalia	550	Passagiere keine Landungserlaubnis, Schicksal unbekannt
Thessalia	660	desgleichen
Thessalia	780	Gerettete (viele von der SS Salvador) erhielten keine Landungserlaubnis
2 unbekannte Schiffe	3000	Griechische Schiffe unter Panama-Flagge, Schicksal unbekannt

Dokument 12

VARIAN FRY

DIE LAGE DER FLÜCHTLINGE IN FRANKREICH

Eingesperrt in den Konzentrationslagern Südfrankreichs oder zusammengedrängt in grösseren Städten – Pau, Montanbass, Toulouse, Nizza und vor allem Marseille – lebten die Flüchtlinge in ständiger Furcht und Besorgnis. Wochen- und monatelang glaubten sie, dass jedes Türklingeln, jeder Schritt auf der Treppe, jedes Klopfen die Polizei sein könnte, die sie zur Gestapo bringen wollte. Sie suchten hysterisch nach irgendwelchen Fluchtwegen aus dem Netz, das plötzlich über sie geworfen worden war. Sie waren die Beute jeder Art Schwindler und Denunzianten. Ihre bereits stark mitgenommenen Nerven verloren sie manchmal völlig unter dem unaufhörlichen Hämmern fantastischer Schreckensgeschichten und Gerüchte . . .

Unter der Spannung dieser alarmierenden Gerüchte begingen viele Flüchtlinge Selbstmord . . . Eine grosse Zahl weniger bekannter Männer und Frauen starben in Konzentrationslagern, billigen Hotelunterkünften und dunklen, engen Strassen, da sie die Flucht in den Tod vor dem unerträglichen Druck des Terrors, welchen die Niederlage Frankreichs jeden Augenblick auslösen würde, bevorzugten.

Glücklicherweise setzte der Terror nicht sofort ein, und es ist eine traurige Feststellung, dass viele von denen, die Selbstmord begingen, hätten gerettet werden können, wenn sie gewartet hätten. In den ersten Wochen nach dem Waffenstillstand war Flucht leicht. Frankreich bewilligte, gemäss Befehl von Berlin, keine Ausreisevisen, aber die Vereinigten Staaten gaben Einreisevisen, und die portugiesischen und spanischen Konsulate stellten Transitvisen für alle aus, die Überseevisen besaßen. Hatten sie aber das spanische und portugiesische Transitvisum, brauchten die Flüchtlinge nur zur französischen Grenze zu gehen und herüber – oft mit Hilfe und unter Führung der lokalen französischen Behörden, die noch nicht durch Männer ersetzt worden waren, die Vichys Befehlen folgten. Hunderte verliessen das Land auf diesem Weg ...

Im Oktober 1940 besuchte Himmler, der Führer der Gestapo, Madrid. Die Folge war eine radikale Änderung der spanischen Transitvisapolitik. Zunächst wurden keine Transitvisen für Polen ausgestellt oder für Deutsche und Österreicher ohne gültigen Reichspass. Amerikanische Pass-Ersatzpapiere, von amerikanischen Konsulaten ausgestellt, wurden in Spanien für ungültig erklärt (sie waren die meistgebrauchten Reisedokumente für politische Flüchtlinge). Zur selben Zeit verschärfte die Franzosen, zweifellos unter deutschem Druck, ihre Grenzkontrolle.

[Zuerst veröff. in: «New Leader», 25. April 1942.]

Dokument 13

PAUL FRÖLICH

HEINZ BEHRENDT, GEFALLEN AM 18. JUNI 1944 AUF DER INSEL BIAK

Wir wollen das Gedächtnis unseres gefallenen Freundes Heinz Behrendt ehren. Er war ein einfacher Soldat der sozialistischen Bewegung. Er verkörperte die Treue und Pflichterfüllung zur sozialistischen Idee.

Er war kein Grosser, und wir wollen ihn nicht gross machen – es wäre nicht in seinem Sinne. Bescheidenheit, allzugrosse Bescheidenheit war seine hervorstechendste Eigenschaft. Er stand in der ersten Reihe, wenn Gefahr war, wenn die Pflicht es gebot. Doch er stellte sich nie ins Rampenlicht. Was ihn einer besonderen Ehrung wert macht, ist dies: Er ging durch viele Jahre von Kampf, Enttäuschung und Leid, und er blieb immer sich selbst und seiner Sache getreu. Er trug das tragische Schicksal einer Generation des deutschen Volkes, ein Schicksal, das umschlossen ist von dem Kreislauf: Krieg-Krise-Krieg. In seinem Streben und Handeln wie in seinem Leiden und seiner Treue verkörperte er die Elite der sozialistischen Jugend, die sich diesem Schicksal entgegenstemmt und für eine höhere Weltordnung kämpft.

Heinz Behrendt wurde am 26. Februar 1914 in Berlin geboren, wenige Monate bevor die erste grosse Kriegskatastrophe über die Menschheit hereinbrach. Die Generation, die mit ihm geboren war, wurde um die Freuden der Kindheit betrogen. Sie wuchs auf hungernd und umgeben von Trauer und Angst. Erschreckend viele dieser Kriegskinder waren weder körperlich noch geistig voll ausgerüstet für den Lebenskampf. Die Schul- und Jugendjahre erlebte diese Generation, als Deutschland erschüttert wurde von den schweren sozialen und politischen Krisen, als durch die Inflation und die grosse Wirtschaftskrise ganze Klassen ausgeraubt und enturzelt wurden, Millionen und Abermillionen jahrelang arbeitslos waren und schliesslich die ganze Gesellschaft dem Marasmus verfiel. Dies war der harte Fluch, der diese Jugend traf: Mit wenigen Ausnahmen gehörte sie zu den Ausgestossenen. Wenn sie die Schule verliess, trat sie zu Hunderttausenden in das Heer der Arbeitslosen ein. Nicht dass sie nichts verdienen konnte und immer entbehren musste, war das Schwerste. Sondern, dass ihr das verwehrt wurde, was dem Menschen die höchste Befriedigung gibt und was am mächtigsten die Bildung eines starken Charakters fördert: die Arbeit, das sinnvolle Wirken und Schaffen, und sei es auch unter kapitalistischer Fron. Das war der Fluch, der diese jungen Menschen traf, dass sie verdammt waren zum Nichtstun und zur Verödung ihrer Seele, dass sie jahraus, jahrein von der Aussichtslosigkeit dieses Lebens angegrinst wurden. Wir vergessen nicht, was die Weimarer Republik für diese Jugend tat: Fortschritte im Schulwesen, Förderung von Sport und Wandern und manches andere. Es zählt zu ihren wenigen positiven Leistungen. Aber ohnmächtig stand sie vor dem Grundproblem der Arbeit. Und wenn man nach den Wurzeln der nationalsozialistischen Erfolge sucht, hier ist eine der wichtigsten.

Glücklich waren jene, die die Kraft fanden, sich gegen dieses Los aufzulehnen, ihrem eigenen Leben einen Sinn zu geben durch den Kampf für eine sinnvolle Welt. Sie fanden ein Ziel, das sie erhob, das ihnen Festigkeit und Tatkraft gab, das aber auch auf ihre Schultern so Schweres legte, wie kaum je eine Generation zu tragen hatte.

Zu dieser Elite stiess unser Heinz. Er war ein Proletarierjunge aus dem Arbeiterviertel Prenzlauer Berg in Berlin. Das Schicksal hat ihn härter angepackt als die meisten seiner Alters- und Klassen-genossen. Er hat nicht nur allzu früh die materiellen Sorgen und Entbehrungen dieses Daseins mittragen müssen. Die Tyrannei eines Vaters vergällte ihm Kinder- und Schulzeit.

Die Wunden, die ihm damals geschlagen wurden, hat er nie verwunden. Stets lag die Erinnerung an sie wie ein Schatten über ihm. Humor und scharfer Witz, die ihm vor Natur gegeben waren, brachen nur selten frei hervor.

Um seiner Begabung willen und seines Hungers nach Wissen erhielt er ein Stipendium zum Besuch des Gymnasiums. Wie zweifelhaft dies Glück war, kann nur ermessen, wer es selbst erlebte. Er war ein Eindringling in eine fremde Sphäre; und das zeigte sich umso deutlicher, als auch die Hochschule zum politischen Kampffeld wurde. Die meisten Mitschüler, Söhne von Bourgeois und Angehörigen des Mittelstandes, waren fanatische Nazis. Heinz schloss sich früh der sozialistischen Minderheit an. Er wurde Mitglied des Sozialistischen Jugend-Verbandes. Als er Ostern 1933 die Schule verliess, war Hitler bereits in der Macht. Der Reichstag war abgebrannt, der wilde Terror entfesselt. Was hiess es damals, junger Sozialist zu sein? Acht Jahre später aus einem französischen Konzentrationslager schrieb Heinz Behrendt in einem erschütternden Dokument, einem Bekenntnisbrief an einen älteren Freund:

«Der Gegensatz zwischen Ziel-Traum und Realität erscheint mir unüberbrückbar. Was für einen Sinn hat es, etwas zu schaffen, von dem man nach kurzer Zeit erkennen muss, dass es sich ganz anders, geradezu konträr, entwickelt, als man es sich vorgestellt hat? Das war doch gerade das Erlebnis eurer Generation».

Gewiss, das war eines unserer Erlebnisse, aber nicht das einzige. Wir Älteren haben Zeiten mächtigen Aufschwungs gesehen, haben Triumphe erlebt und haben daraus einen Optimismus gewonnen, der nicht erschöpft werden konnte. Diese jungen Menschen aber kamen in eine Zeit schlimmster Reaktion hinein. Sie erlebten alle Enttäuschung, alles Negative, alles Bedrückende einer Kette immer schwererer Niederlagen. Schliesslich erlebten sie eine Kapitulation, wo sie den Entscheidungskampf erwartet hatten, den Niederbruch einer moralischen Kraft, auf deren Unbesiegbarkeit sie vertraut hatten. Welche Kraft, welches Verantwortungsbewusstsein, welche Hingabe an den Ziel-Traum gehörte für diese jungen Menschen dazu, dieser Welt ihr Dennoch! entgegenzusetzen.

Diese Jugend wurde auf die schwerste Probe gestellt. Man denke nur für einen Augenblick an jene Tage zurück. Die Bewegung war desorganisiert. Von den erfahrenen Genossen waren manche erschlagen, viele im Konzentrationslager, andere auf der Flucht. Von denen, die blieben, mussten die meisten ausgeschaltet werden, weil sie zu bekannt waren und die Gestapo auf die Spur der illegalen Bewegung lenkten. Die Jugend musste in die Front. Was tat sie? In der Zeit der Verfehlung der Gedanken, der Bücherverbrennung, kam sie in kleinen Zirkeln zusammen, um ihr Wissen von der Gesellschaft und ihren Kämpfen zu festigen und zu erweitern und geistig Herr zu werden der ungeheuerlichen Geschehnisse dieser Tage. Von Mund zu Mund verbreitete sie Aufklärung über das wahre Wesen des Faschismus. Sie verbreitete unter schwerer Gefahr eigene Flugblätter und die der Partei. Sie sicherte die gefährdetsten Genossen vor den Verfolgern, beobachtete die Gegner, knüpfte wieder und wieder die immer von Neuem zerrissenen Fäden der Organisation. Sie hütete die Flamme.

Es war eine Sisyphusarbeit, das Unterfangen von Zwergen, sich gegen eine ungeheure Kriegsmaschine zu behaupten, der Versuch, ein Bergmassiv mit nackten Händen zu unterwühlen. In Wahrheit war es Heldentum.

Ja, Heldentum! Wenn wir uns das Bild machen vom Helden im Freiheitskampf, dann sehen wir vor uns einen Menschen, der, emporgetragen von der politischen Erhebung der Massen, von der moralischen Erhebung der Millionen, die Fahne auf die Barrikade pflanzt. Das Heldentum dieser jungen Sozialisten hiess: ungesehen und ungenannt kleinste Dinge tun, unscheinbare, mikroskopische Anstrengungen machen unter peinlichster Zuverlässigkeit und höchster Verantwortung und dabei Stunde um Stunde das Leben einsetzen, damit die kleinen Kader der Organisation und die grosse Idee gerettet würden.

An dieser unterirdischen Arbeit nahm unser Heinz Behrendt teil als Lehrer, Organisator und Kamerad zugleich. Die damals den illegalen Kampf in Berlin leiteten, versichern, dass man sich auf seine Gruppe vom Prenzlauer Berg in jeder Situation verlassen konnte. Heinz hat nicht lange dort mitwirken können. Im Juli 1933 fiel ein Teil der Leitung der Gestapo in die Hände. Kurz darauf wurde auch er verhaftet. Seine Gefängnisstationen waren: Prinz Albrecht-Strasse, das Hauptquartier der Gestapo, Columbushaus, die Marterhöhle und das Konzentrationslager Brandenburg. Beim Klänge dieser Namen stockt dem Wissenden der Atem. Wir wissen, dass Heinz dort schwer misshandelt wurde, um ihm Geständnisse zu erpressen. Was er im Einzelnen ertragen hat, wissen wir nicht. Wenn wir ihn später danach fragten, biss er die Zähne zusammen und tiefe Furchen gruben sich in sein Gesicht, doch er schwieg. Er schwieg. Aber ich habe auf den Etappenstationen zum Konzentrationslager junge Menschen getroffen, Altersgenossen von Heinz; und ich sah ihre Rücken, auf die die SS in parallelen und sich kreuzenden Schwielen von rechts oben nach links unten und von links oben nach rechts unten ihren sturen Hass und ihre sadistische Lust eingepeitscht hatten. Und ich denke der Stunden, wenn durch die Zellen des Lagers das Geflüster ging: Sie machen wieder einen fertig! Das hiess nicht, dass man einen Wehrlosen einfach totschiess. Das hiess, dass er von einer Bande von Mördern, die sich planmässig ablösten, stundenlang gehetzt und gejagt, getreten und gepeitscht wurde. Brach er ohnmächtig, blutend zusammen, dann schleppte man ihn zur Pumpe und brachte ihn zum Bewusstsein, damit die Marter von Neuem beginne. So vom Morgen bis zum Abend. Am andern Tage wurde die Leiche in einem Holzverschlag aus dem Lager gefahren. Niemand erfuhr den Namen des Opfers. Was hier geschah, war Dilettantismus. In der Prinz-Albrecht-Strasse und im Columbia-Haus wurde die Tortur wissenschaftlich betrieben. Und im Konzentrationslager Brandenburg war Heinz mit dem jungen Anwalt Litten zusammen, der nicht an einem Tage fertig gemacht wurde, sondern dem der Körper in monatlangen Martern Stück für Stück zerschlagen wurde, bis er starb. Wir wissen nicht, was Heinz ertragen musste. Doch von seinen Mitgefangenen und den Anwälten wissen wir: Kein Name und kein Jota konnte aus ihm herausgeschlagen werden, nichts, was der Gestapo dienlich gewesen wäre.

Im Dezember 1933 erwirkte Heinzens Mutter bei der Gestapo eine Beurlaubung aus dem Konzentrationslager; solche Wunder geschahen damals noch. Als dann der Prozess gegen ihn und seine verhafteten Freunde angesetzt wurde, beschlossen die Genossen, dass er zu fliehen habe, um ein unnötiges Opfer zu sparen. Damit begann die lange, schwere Emigrantenzzeit. Ihr alle kennt ihre seelischen Qualen. Heinz hat sie bis zum letzten Tropfen ausgekostet: dieses entnervende Dasein ohne Berufsarbeit, das Gefühl des Ausgestossenseins, Hiobsposten aus der Heimat, die Quängeleien der Behörden, die sichtbare Festigung des feindlichen Regimes, quälende Debatten über die ewig gleichen Fragen, Gruppenkämpfe, die umso hässlicher ausgetragen werden, je geringer die Möglichkeit praktischen Wirkens ist, und die wachsende Nervosität. Dazu die Not. Wohl gab es überall hochherzige Hilfe, doch für den Einzelnen reichte sie kaum zum Notwendigsten. Das Schlimmste war der alte Fluch, jetzt in Gestalt des Arbeitsverbots, das die Regierungen über die paar Tausende von Flüchtlingen verhängten, um zu beweisen, dass sie gegenüber der Arbeitslosigkeit von Millionen nicht untätig und nicht ohnmächtig seien. Es war die Verurteilung zum geistigen und moralischen Verkommen. Nur wer sträflich oberflächlich denkt, kann sagen, es liege an jedem selbst, nicht unterzugehen. Nur die starken Charaktere können sich unter diesen Umständen behaupten.

Heinz ging nach der Tschechoslowakei. Nach einiger Zeit hatte er ein wenig Glück. Er konnte in einem der Flüchtlingskomitees¹ für seine Schicksalsgenossen arbeiten. Auch die tschechische Poli-

¹ Demokratische Flüchtlingsfürsorge

zei war verständiger als die anderer Länder. Aber sie war doch Polizei. Eines Tages kam Heinz schuldlos in eine Razzia hinein. Mitgefangen, mitgehangen. Mit Mühe gelang es, ihn aus einer jener Stationen herauszuholen, von denen die Emigranten irgendwohin abgeschoben wurden. Wohl wurde der Polizei nachgewiesen, dass Heinz sich nichts hatte zuschulden kommen lassen. Doch sein Aufenthaltsrecht war verwirkt. Er musste weiter. Das war Anfang 1937. In Spanien tobte der Bürgerkrieg. Er entschloss sich, den spanischen Freiheitskämpfern zu Hilfe zu kommen. Ohne Papiere hatte er sich illegal durch Österreich und die Schweiz nach Frankreich zu schleichen. Dort hatte einer jener Parteibeamten, die den grossen Bürgerkrieg zu ihrem kleinen Parteigeschäft machten, den Schlüssel nach Spanien in der Hand. Der Mann katechisierte Heinz, doch da dieser entschieden erklärte, er sei bereit, sein Leben zu opfern, nicht aber seine Gesinnung, fiel das Tor nach Spanien ins Schloss.

Paris, das grosse Emigrantenzentrum, wurde jetzt die Zuflucht. Er kam dahin mit der Hoffnung, endlich einen Beruf zu erlernen. Sie war eitel. Immerhin konnte er bei einem Freund wissenschaftliche Hilfsarbeit leisten. So hatte er eine sinnvolle Existenz, und die Möglichkeit politischen Wirkens in der Jugendbewegung der Emigration gab ihm Befriedigung. Doch jetzt hatte er es mit der französischen Polizei zu tun, dieser Frucht eines halben Dutzends von Gegenrevolutionen. Die Regierung Blum war gestürzt. Heinz hatte keine genügenden Papiere. Zum Unglück hatte die Pariser Polizei in ihren Akten noch einen anderen Behrendt, für den sie sich besonders interessierte. Was half es, wenn unzweideutig nachgewiesen wurde, dass es sich hier um verschiedene Personen handelte? Es war der gleiche Name, also war Heinz «des Verdachts verdächtig». Es kamen Jahre der Polizeischikanen. Keine Aufenthaltserlaubnis, nur Galgenfristen von vierundzwanzig, achtundvierzig Stunden, gelegentlich einmal von einer Woche. Täglich, alle zwei Tage, mal nach einer Woche Pause musste Heinz zur Préfectur, musste dort stundenlang warten, sich entwürdigender Behandlung unterziehen, immer gefasst, verhaftet, ins Gefängnis gesperrt oder abgeschoben zu werden. Keine Eingaben, keine Interventionen wollten helfen. Die Polizei blieb halsstarrig. Zwei Jahre dauerte die Nerventortur.

Dann kam der Krieg. In Frankreich hiess dies *drôle de guerre* und Kampf gegen die Flüchtlinge, die Feinde der Feinde Frankreichs. Heinz wurde verhaftet. Warum? Weil es zwei Behrendt gab und nur einer zur Stelle war. Also war er *indésirable*. Über verschiedene Etappen kam er mit ein paar Tausend anderen nach Le Vernet. Neunzig Prozent von ihnen waren Nazigeegner und gerade deshalb unerwünscht. Der Rest bestand aus zweifelhaften Gesellen. War wirklich ein echter Nazi unter ihnen? Unwahrscheinlich. Doch viele von denen sassen in kriegswichtigen Stellen, manche in der Polizei. Das Schicksal dieser Tausende von Gefangenen ist ein Stück der Politik, die zur französischen Katastrophe und zu Pétain und Laval geführt hat.

Le Vernet! Wer wissen will, was dieser Name bedeutet, der lese Arthur Köstlers «Scum of the Earth». Nur ein paar Schlaglichter auf die Verhältnisse im Lager. Als ein Zeichen seines Amtes und der Auffassung dieses Amtes trug der Kommandant eine Nagaika, eine siebenriemige Knute mit künstlerisch gearbeitetem Griff. Die Offiziere hatten Reitpeitschen, die Gardes-mobiles neben Gewehr und Revolver Bambusstöcke, und sie machten Gebrauch davon. Antisemitisch war der Geist der Bewachung und brutal reaktionär. Die sanitären Verhältnisse waren eine Schmach für das 20. Jahrhundert, die Ernährung ein Verbrechen. Epidemien brachen gleich nach der ersten Belegung des Lagers aus. Im Winter gab es kein Licht. Nachdem einmal drei oder vier Baracken abgebrannt waren, wurden die selbstgefertigten Öllampen verboten, und die Baracken waren von drei Uhr nachmittags an vollkommen finstere Löcher. Die Finsternis deckte Schmutz und Elend.

Für alle Gefangenen war es hart in Vernet, für Heinz besonders hart. Er war natürlich ein guter Ka-

merad, und Kameradschaft war die moralische Kraft, die alles Schwere ertragen liess. Bei aller Freundschaft jedoch und allem Vertrauen konnte er nicht über die Dinge sprechen, die ihn quälten, sich nicht von ihnen lossprechen. Er häufte sie an in seinem Innern und machte so das Bedrückende noch bedrückender. Einmal, ein einziges Mal hat er sich in einem Brief aus etwas späterer Zeit das Herz zu entlasten gesucht. Da schrieb er, nachdem er von der politischen Entwicklung gesprochen: «Sicher kommt noch vieles hinzu; u.a. wird es mir immer unerträglicher, nichts Rechtes gelernt zu haben. Ich bin nun sieben Jahre draussen, die doch im Ganzen nutzlos verstrichen sind. Das war zum kleinen Teil Schuld der Verhältnisse, zum grössten Teil meine eigene. Ich war in dieser Zeit sehr allein, und – wenn ich schon jemand gehabt hätte, ich hätte doch kein Wort gesagt. ... Schlimm ist, dass ich in einer solchen Situation nicht sprechen kann, wirklich nicht kann».

Man möchte lächeln über diese Gewichtsverteilung zwischen der Schuld der Verhältnisse und der eigenen Schuld. Aber er fühlte ganz richtig, dass es auch an ihm lag, wenn ihn das Unglück so hartnäckig verfolgte. Was war diese Schuld? War er ein Weichling, ein leichtes Holz, das von jeder Strömung fortgetrieben wurde? Keineswegs. Er hat oft genug bewiesen, dass er dem Geschick trotzen konnte; er konnte zupacken, konnte sich einsetzen und sich durchsetzen, wenn es um andere ging. Nur für sich selbst konnte er es nicht. Seine übergrosse Bescheidenheit hinderte ihn daran. Und das Bewusstsein der Pflicht hinderte ihn daran, dem Schicksal auszuweichen. So musste jeder Schlag ihn treffen, in dessen Bereich er kam. Und er hatte schwerer unter den Schlägen zu leiden als andere, weil er im Leiden verstummte, weil eine tiefe Keuschheit der Seele ihn hinderte, sein Inneres aufzuschliessen.

Zuweilen kam ihm eine Erleichterung zugute, doch immer nur für Augenblicke. Im Frühjahr 1940 wurde er aus Vernet entlassen. Er war nicht mehr der «Indésirable», sondern ein normaler «feindlicher Ausländer». Er ging durch eine Reihe Lager, in denen wenigstens die Behandlung menschlicher war. Er wurde Prestatär, Arbeitssoldat der französischen Armee, wurde an die Front geschickt, als dies schon sinnlos geworden war, und machte die Irrfahrten mit, die die meisten Emigranten in Frankreich in der Zeit der deutschen Offensive erlebten. Er war französischer Arbeitssoldat, er und seine Kameraden waren anerkannt als zuverlässig im Sinne der Verteidigung Frankreichs. Doch ihr Kommandant war einer jener reaktionären Offiziere, die nichts vom Verständnis für die Lage der deutschen Flüchtlinge oder gar von der wunderbaren Hilfsbereitschaft zeigten, die uns so innig mit den französischen Volksmassen verband. Dieser Kommandant hasste im Emigranten sowohl den Deutschen wie den Antifaschisten. Wiederholt geschah es, dass der Zug der Prestatäre, zu denen Heinz gehörte, zusammen mit Zügen von belgischen und nordfranzösischen Flüchtlingen auf Stationen eintraf. Dann hielt der Kommandant Hetzreden gegen die «Boches», die er kommandierte, und nicht sein Verdienst war es, wenn es bei diesen Gelegenheiten haarscharf an einem Sturm auf den Prestatärzug vorbeiging.

Nun folgte wiederum das Lager, und jetzt mit neuen Schrecken. Es kamen die Gestapo-Kommissionen. Die Versprechungen der Lagerkommandanten, die gefährdetsten unter den Flüchtlingen zu schützen, waren eitel. Niemand kannte die Absichten der Gestapo. Jeder fürchtete die Verschleppung nach Deutschland, die den Tod bedeuten mochte. Im November 1940 kam Heinz nach Gurs, das unsern Frauen in böser Erinnerung ist. Jetzt herrschte dort wirklicher Hunger. Die Nazis raubten das Land aus, und nur selten konnten die Freunde in der Freiheit den gefangenen Genossen eine Kleinigkeit schicken. Einbarer Zufall hatte Heinz mit seinen engeren Freunden in Verbindung gebracht. Ihnen gelang es, im Frühjahr 1941 ein amerikanisches Visum für Heinz zu verschaffen. Doch sei es, dass der abgerissene und körperlich heruntergekommene junge Mensch nicht den rechten

Eindruck machte, sei es aus anderen Gründen, der Konsul lehnte das Visum ab. Inzwischen war der Lagerurlaub abgelaufen. Heinz wurde geraten, nicht wieder in die Öde des Lagers Gurs zurückzukehren. Er wurde auf dem Besitz hilfsbereiter Franzosen in einer wahren Einsiedelei bei Marseille untergebracht. Dann fand man für ihn Arbeit als Holzfäller und Köhler in La Garde-Freinet, irgendwo in den Ausläufern der Pyrenäen. Die Arbeit war schwerer als der geschwächte Körper sie ertragen konnte. Der Akkordlohn reichte nicht zum Leben. Selbst für die einheimischen Forstarbeiter gab es in dem geplünderten, vom normalen Verkehr abgeschlossenen Gebiet nicht genug zu essen. Es gab nur Gemüsesuppe ohne Fleisch und Fett: eine Tomatenwoche, eine Karottenwoche, wie Heinz zu berichten hatte. Einige Wochen lang gab es kein Brot. Ein richtiges Zimmer war zu teuer. So mietete er mit einigen Arbeitskollegen, ebenfalls Emigranten, einen Heuschaber als Heim- und Schlafstelle. Doch all dieses Elend war zu ertragen, denn es war die Freiheit. Zur Freiheit aber, wenn sie dauern soll, gehören Papiere, gehört die Arbeitserlaubnis. Auch zur Fronarbeit gehört der Stempel der Polizeignade. Nach Monaten kam der Gendarm, brachte die Legitimationspapiere, brachte die Arbeitserlaubnis. Dann griff er noch einmal in die Tasche und holte heraus – den Haftbefehl! Es ging zurück nach Gurs. Selbst mit Hunger, Krankheit und Überarbeit war die Freiheit nicht zu erkaufen.

Bis dahin hatte sich unser Heinz mit erzwungener Ruhe seinem Schicksal ergeben. Jetzt schienen dem ewig Einsamen die Kräfte zu versagen. Er suchte einen Halt durch den Brief, den wir zitierten, den abzuschicken er sich nur schwer entschliessen konnte. Es war ein halb unterdrückter Aufschrei. Vielleicht für seine Art die charakteristischste und die erschütterndste Stelle ist die, wo er alle körperlichen Qualen, sie kaum berührend, wegschiebt und nur die seelische Pein andeutet:

«Es handelt sich nicht um das Lager. Regen, gewiss, unangenehm. Hunger, unangenehm. Doch das ist nicht entscheidend, wenn dahinter Neuland steht. Aber es folgt immer nur neues Lager. Immer im Kreis. Ich glaube, ich mache nicht mehr mit».

Leicht ist es, zu sagen, dass ein Charakter sich eben im Unglück bewähren und beweisen müsse. Doch nur wer ernste Anfechtungen zu überwinden hatte, kann ermessen, was solche Bewährung bedeutet. Wir haben die acht Jahre von der Prinz-Albrecht-Strasse bis nach Gurs Etappe um Etappe an uns vorüberziehen lassen, damit uns eine Ahnung davon aufschimmere, was diese Jahre der Verfolgung und des Elends für unsern Heinz Behrendt gewesen sind. Sie sind für ihn darum doch kein ständiges Hadern mit dem Schicksal gewesen. Wir wussten es schon immer, und wir haben einen starken Beweis dafür in der Hand, dass er Herr über dieses Schicksal werden konnte, weil er verstand, sich über das eigene Leid zu den grossen Fragen der Menschheit zu erheben. In jener Einsiedelei bei Marseille, wo er zum ersten Mal die äusseren Voraussetzungen zu geistiger Produktion fand, schrieb er in einer umfangreichen Arbeit nieder, was er im Nachdenken auf Lagerpritschen zur Reife gebracht hatte. Er behandelt dort die wichtigsten Probleme, an denen in der politischen Emigration ständig gearbeitet und um die gekämpft wurde. Er hat in dieser Schrift den Stein der Weisen nicht gefunden. Nur Charlatane bieten den Stein der Weisen an. Aber sie ist eine tief eindringende Arbeit. Und die Reife des Mannes scheint sich mir gerade dort zu erweisen, wo er bekennt, keine glatte Lösung zu haben, sondern die Frage nur klar für die Zukunft stellt. Hier ist nicht die Stunde, auch nur den Inhalt dieser Schrift zu skizzieren. Doch eine Stelle scheint mir wert, hier wiedergegeben zu werden um der Eindringlichkeit willen, mit der ein bedeutender Gedanke ausgedrückt ist. Heinz Behrendt schrieb:

«Im jedem Menschen, in der Masse und besonders in der Jugend lebt der uralte Traum von der besseren Welt, der Traum vom Sattessen, Frieden, Schöpfertum und Schönheit. ..

Es handelt sich darum, diesem Traum der Massen, der vorhanden ist, und der oft genug seine geschichtliche Wirksamkeit bewiesen hat, die richtige Ausrichtung zu geben. Gerade weil es sich um

Traum, um das Gefühlsleben, um Kräfte handelt, die im tiefen Sein der Menschen verankert sind, liegt ihm eine besondere Dynamik, eine besondere Kraft zugrunde, die, wenn sie für den Befreiungskampf fruchtbar gemacht, den Schwung, den Elan und die Anziehungskraft der sozialistischen Bewegung nur vergrössern kann.

Gerade für den Sozialismus ist die Fruchtbarmachung dieser Reserven eine dringende Notwendigkeit. Denn mit seiner historischen Aufgabenstellung, mit seinem Wollen fällt ein grosser Teil der Erfüllung dieser uralten Träume zusammen. Er verzichtet dadurch nicht, an den Verstand zu appellieren. Im Gegenteil, dadurch, dass er auch an das Gefühlsleben sich wendet, richtet er Verstand und Gefühl gleich, verstärkt er ihre Wirksamkeit».

Hier ist auf jenen Humanismus hingewiesen, der urwüchsig mit der sozialistischen Idee verbunden ist. Heinz Behrendt spricht aus, dass der Sozialismus nicht nur ein neues, vernünftigeres Wirtschaftssystem ist, sondern dass er die Menschheit befreien soll, dass die sozialistische Bewegung nicht in Mitgliederstatistik besteht, sondern im Überzeugen und Erobern von Menschen mit all ihrem Denken, Fühlen und Hoffen. In der Routine der politischen Arbeit wird das zu oft vergessen. Uns soll es ein Vermächtnis unseres Freundes sein.

Im Frühjahr 1942 trat dann eine Wendung in Heinz' Schicksal ein. Unsere Freunde vom Rescue Committee konnten ihm eine Zuflucht in Cuba sichern. Er hat dort, natürlich nach neuem Lagerdasein, eine bescheidene Freiheit unter alten Freunden genossen und sich seelisch wieder aufgerichtet. Als ihm dann im Mai 1943 die Vereinigten Staaten die Tore öffneten, stellten seine Freunde hier mit Überraschung und Freude fest, wie frisch und heiter er geworden war. Freilich über das Bedrückende der Vergangenheit sprach er nicht. Das scheuchte er von sich weg. Die Zeit der Selbstzermenterung sollte vorbei sein. Er war voller Aktivität. Er machte Zukunftspläne. Er wollte gewinnen, um was er betrogen worden war. Seinen eigenen Weg wollte er gehen, sein Schicksal selber schmieden. Endlich sollte ein Beruf werden, was es auch sei. Nur schaffen, wirken! Es blieb ein Traum. Schon im August wurde er Soldat. In Texas machte er das Training durch. Es war nicht leicht für ihn. Er war viel älter als die Kameraden, mit ganz anderer Lebenserfahrung. Er war der einzige Fremdling unter ihnen, der Heimatlose, dem selbst die alltäglichen Bräuche fremd waren und der Zeit brauchte, um die fremde Sprache auch nur zu verstehen. Doch als dieses Hemmnis überwunden, fand er gute Kameradschaft, und er war gerne Soldat. Denn hier sah er die Möglichkeit, teilzunehmen an der Aufgabe, die Festung des Faschismus sturmreif zu machen. Er hoffte, auf den europäischen Kriegsschauplatz zu kommen. Doch im Januar wurde er nach Australien verschifft. Er nahm an den Kämpfen auf Neu-Guinea teil. Zuversichtlich und mit Humor schrieb er von dort. Aber zwischen den Zeilen konnte man lesen, dass er Schweres erlebte.

Am 18. Juni 1944 ist er auf der Insel Biak gefallen. Er tat mehr als seine Pflicht, schrieben seine Kameraden. Als Freiwilliger kam er einer Gruppe, die sich in ernster Gefahr befand, zu Hilfe. Er wurde das Opfer kameradschaftlicher Treue. Auf dem Wege zur vorgeschobenen Stellung wurde er getroffen. Der Tod kam schnell.

Hinter einer Höhe haben sie ihn begraben: 16'000 Kilometer von hier, 20'000 Kilometer von der Heimat. Keiner von uns wird je sein Grab sehen. Der Wind wird es verwehen. Der Urwald wird drüber hinwachsen. Vielleicht wird einmal ein grosser Künstler das Epos dichten vom unbekanntem Soldaten des Freiheitskampfes.

Es wird gelten den vielen Tausenden, die vom Faschismus ermordet wurden. Es wird den Hunderttausenden gelten, die in den Konzentrationslagern auf den Tag der Befreiung warten, der vielleicht ihr letzter Tag, der Tag des grössten faschistischen Verbrechens wird.

Es wird den Hunderttausenden gelten, die in Deutschland länger als ein Jahrzehnt mit blossen Hän-

den, Sandkorn um Sandkorn, die feindliche Stellung unterwühlten und sich jetzt anschicken, ins offene Blachfeld zu ziehen.

Es wird ein Denkmal sein auf dem Grab des unbekanntenen Freiheitskämpfers:

HEINZ BEHRENDT

[Rede gehalten auf einer Gedächtnisfeier des International Rescue and Relief Committee,
New York, 4. August 1944. Copyright Rose Frölich.]

Dokument 14

AUS DEM TAGEBUCH EINES PROTESTANTISCHEN GEISTLICHEN IN FRANKREICH 1942

«Freitag: Ich bin beim Lagerdirektor. Bedrückt und höflich eröffnet er mir, dass es ihm unmöglich sei, mir den Zutritt zu gewähren. Ich bestehe darauf, er bleibt bei der Weigerung. Ich hebe hervor, dass es mir heute zum ersten Male in meiner Amtszeit verboten werde, Menschen im Unglück geistigen Trost zu spenden. Ich war unter dem ‚ancien Regime‘ Gefängnisgeistlicher und Geistlicher in Irrenanstalten; nie bin ich dem geringsten Hindernis begegnet. Heute habe ich meine Berufung als Diener Gottes und der Kirche zu verantworten. Der Direktor verschanzt sich hinter höhere Weisungen. Ich weigere mich fortzugehen und habe Mitleid mit der Verlegenheit des Direktors. Schliesslich verständigen wir uns, gemeinsam die vorgesetzte Polizeidirektion anzurufen. Dasselbe Verbot, das gleiche Argument, dieselbe Weigerung. Versprechen, höheren Orts zu berichten und mir morgen telefonischen Bescheid zu geben. Heute sei es doch zu spät.

Ich verlasse das Büro und gehe in das Lager. Ich finde F. wieder. Er gibt mir rasch Auskunft von dem und jenem, spricht mir von der niederdrückenden Atmosphäre, der Beraubung jeder Fühlungnahme mit der Aussenwelt, der Bewachung durch starke Polizeikräfte, von dem angstgefüllten Warten aller. Ich lese diese Angst auf allen Gesichtern, die ich sehe.

Samstag: Seit 8 Uhr bin ich im Lager. Ich versammle meine Freunde. Gleich zu Beginn empfangen sie einen starken Eindruck, der sich im Laufe dieser schrecklichen Tage nicht nur im Hinblick auf meine Gemeinde, sondern auf alle Internierten bestätigen wird. Da ist zuerst die rasende Furcht vor dem Gespenst der Deportation; dann aber ist es der Mut, mit dem trotz allem jeder seinem Geschick ins Gesicht sieht, und endlich ist es die Liebe, die sie unermüdlich einander bezeugen. Jeder versucht, das Kreuz seines Bruders zu erleichtern und zur Rettung des Kameraden beizutragen.

Es öffnen sich mir Herzen in ihrem Schmerz. In all diesem Elend nie etwas Niedriges, nie etwas Gemeines. Diese Feststellung gilt für alle Internierten, mit denen ich diese Woche des Alptrucks verbracht habe. Überall Würde, Menschlichkeit, Grösse, Gespräch mit dem Lagerdirektor, noch weiss man nicht, wer auf die Liste kommt.

Montag: Die Angst überschlägt sich. Unvergesslicher Abschied der Kinder unter achtzehn, die nach Amerika sollen. Entsetzliche Trennung! Ein grosser und hübscher Bursche von 17 bis 18 Jahren hält Vater und Mutter umschlungen. Er weint nicht, aber er beugt sich bald nach dem einen, bald nach dem andern, streicht mit seiner Wange über die ihren, langsam und sanft, mit aller erdenklichen Zartheit. Nicht ein Wort. Vater und Mutter weinen unaufhörlich, angstgefüllt. Das dauert und dauert. Niemand spricht. Endlich fahren die Lastwagen an. Von den Grössten bis zu den Kleinsten brechen alle in Tränen aus. Kein Schrei, keine Bewegung. Aber Gesichter von einer Anspannung, als wollten sie im nächsten Augenblick die Ewigkeit erschauen. Die Polizisten um mich herum sind aschfahl. Einer sagt mir am anderen Tag: ‚Ich war in den Kolonien, in China, ich habe Metzeleien gesehen, Krieg und Hungersnot, aber nie sah ich etwas so Grauensvolles wie dieses.‘ Im Augenblick kann niemand sprechen noch sich rühren. Der Lastwagen ist verschwunden. Endlich bricht eine Mutter zusammen und wälzt sich auf dem Boden in einer Nervenkrise. Den ganzen Tag vertreten die Rabbiner, zwei französische Juden, und ich beim Polizeidirektor die Sache der Unglücklichen, für die uns der Abschied schlimmer erscheint als ein Todesurteil.

Hier einige Fälle von Protestanten: A., alter Schiffskapitän, hat im Dienst der Alliierten gestanden, Vater und zwei Brüder als Feinde des Dritten Reiches erschossen; für ihn ist keine Illusion erlaubt.

Seine Begnadigung wird mir verweigert. Er steht schon in der Reihe der Scheidenden, als ich ihm sagen muss, dass nichts zu erreichen war. Er sieht mich mutig an und dankt mir ... – X., früherer Staatsanwalt in einer grossen Stadt. Hat in den ersten Prozessen scharf gegen die Nazis durchgegriffen und ist in Deutschland zum Tode verurteilt. Eine feine Persönlichkeit. Von seiner Frau strahlt Liebe und Heiterkeit in dieses Dunkel hinein. Sie war frei, ist aber zu ihrem Gatten in das Lager geeilt und hat sich gefangen gemeldet, um auch das härtere Los mit ihm zu teilen. Ihr Sohn ist französischer Soldat in der Fremdenlegion, ich erfahre ihretwegen eine erste Weigerung. Sie trägt den Schlag wundervoll, findet die Kraft, ihren Mann zu trösten, und fragt mich, ob ich ihnen vor dem Abschied das heilige Abendmahl reichen könne. Ich eile wieder ins Büro des Intendanten und erneuere den Antrag, indem ich darauf hinweise, dass der Sohn französischer Soldat sei. Die X. werden trotz meiner Vorstellungen am Mittwoch um 16 Uhr zum Zug geführt. Im Vorbeigehen sagt er mir tonlos: Es ist zu Ende. Ich antworte: Nein. Er steigt in den Viehwagen. Es sind 42 Männer und Frauen je Wagen, ein einziger Eimer für die Bedürfnisse. Die Türen sind geschlossen, eine Eisenstange vorgeschoben. Und immer noch keine Antwort auf unsere Depeschen. Eine Stunde später erwirke ich beim Intendanten die Freilassung. Es braucht dann noch einmal fast eine Stunde, bis der Wagen geöffnet wird, um sie in das Lager zurückzuführen.

Mittwoch: Zehn Selbstmordversuche kennzeichnen diesen gespensterhaften Tag. Von 10 Uhr früh an stehen die Internierten im Hofe unter einer unerbittlichen Sonne. Im Laufe des Nachmittags überquert ein Polizist den Hof mit einem Krug Wasser für seine Kameraden im Dienst. Er kommt an einer Gruppe vorbei. Einer der Unglücklichen hebt zaghaft seinen Becher mit einer bittenden Geste, ohne Worte. Der Polizist geht vorüber und beschimpft ihn. Später lassen die Polizisten, die die erste Gruppe an den Zug begleiten, es nicht an Brutalitäten fehlen. Der Herr Grossrabbiner und ich protestieren beim Intendanten. Dergleichen Fälle wiederholen sich nicht vor unseren Augen.

Ein Vorkommnis, bei dem ich dabei war: Frau L., bisher in Freiheit, hat sich gestellt, um mit ihrem Sohn abzureisen. Aber dieser war schon entwichen. Trotz unserer Bemühungen wird Frau L. fortgeholt, ein Opfer ihrer Mutterliebe.

Es ist Nacht geworden. Es ist unfasslich, ich habe es festgestellt: heute entscheidet sich in 30 Sekunden das Schicksal eines Menschen, Elend, Erniedrigung, Ekel, Empörung, Herzeleid, unermessliche Trauer, Ruinen, mit Füßen getretenes Leben, untilgbare Flecken, unsühnbare Verbrechen. Das Zeugnis Israels: Gott ist gross und bewegend gestaltet. Dieses ganze Volk hat mit Würde, Wahrhaftigkeit, mit Demut und Grösse gelitten. Herrliches Beispiel der Frauen, die freiwillig zu ihren Männern gekommen sind. Überall ein Geist der Brüderlichkeit und Hilfsbereitschaft. Enge und unerschütterte Gemeinschaft, die ich mit dem Rabbiner hatte. Ich muss bekennen, dass ich gesehen habe, wie diese unglücklichen Brüder sich ebenso sehr mit den anderen wie mit sich selbst beschäftigt haben. Wie sie sich über die Befreiung ihrer Freunde freuten und tiefen Anteil an ihrem Elend nahmen. Ich habe aber nicht gesehen, dass einer dem andern zu schaden versuchte. Was hässlich und widerlich war, das lag nicht bei ihnen.»

[Zuerst veröff. in: «Aufbau», New York, 18. Dezember 1942.]

Dokument 15

LETZTER AUGENZEUGENBERICHT AUS DRANCY

Folgendes ist ein Auszug aus einem der letzten Augenzeugenberichte, die England Anfang Mai 1943 über das Konzentrationslager von Drancy erreichten. Diese Berichte sind selten. Ihre Angaben sind im Allgemeinen unvollständig, und es ist unmöglich, von ihnen ein genaues Bild der herrschenden Bedingungen in Konzentrationslagern in Frankreich zu erhalten. Eine Tatsache ist jedoch evident: die systematische Ausrottung der Juden, französische wie ausländische, begann vor zehn Monaten und hat weder aufgehört noch abgeebbt. Tag für Tag müssen die KZs, die als Empfangs- und Klassifizierungszentren dienen, den «Anforderungen» der SS Elite-Wachen folgend, eine bestimmte Anzahl Juden herausgeben. Wenn kein «Vorrat» vorhanden ist, muss er herangeschafft werden. Die Sicherheitsorgane der Laval-Regierung und die bewaffneten Doriot Anhänger sind mit dieser Aufgabe befasst.

Vor mehreren Tagen erhielt der kommandierende Offizier des Drancy-Lagers Instruktionen, dreitausend Juden nach Deutschland zu «liefern». Zu der Zeit waren nur zweitausend im Lager. Folglich nahm die Polizei von Paris weitere 2*500 fest und überlieferte sie promptest. Die Festgenommenen verbrachten die Nacht im Freien, unter dem blendenden Licht eines Scheinwerfers, dicht aneinandergedrückt, um sich warm zu halten, in ständigem Gebet und die Marseillaise singend. Alle fünfzehn Minuten wurden Listen der nach dem Osten zu Deportierenden ausgefertigt und angeschlagen. Wenn die Viehwagenzüge wegfuhren, fingen tausende Stimmen von Neuem an, die Marseillaise zu singen. Die französischen Polizisten, die gezwungen waren, die Verhaftungen auszuführen, standen auf der Plattform und weinten . . .

Sadistische Orgien erreichten ihren Höhepunkt während der Vorbereitungen für die Deportationen. Die für die Deportation Ausgewählten wurden in Stacheldrahtverhauen zusammengepfertcht. Männern schnitt man die Haare ab. Die Verurteilten wurden einer gründlichen Untersuchung unterworfen. Junge Doriot-Anhänger und Pistoristen führten bei Frauen diese Aufgabe aus. Nach einer Nacht unter freiem Himmel erschien Lagerkommandant Danecker um sechs Uhr früh und befahl, die Wartenden auf die Lastwagen zu knüppeln.

Einer jungen Frau gelang es, aus einem geschlossenen Viehwagen einen Brief herauszuwerfen, bei Epernay am 27. Juli 1942. Er fiel auf die Stationsgeleise und erreichte erstaunlicherweise den Adressaten, einen Superintendenten, in dessen Obhut die Briefschreiberin ihre zwei kleinen Kinder gelassen hatte. Der Brief besagte, dass der Zug drei Tage unterwegs war. Es gab kein Brot, nur ein paar Tropfen Wasser. Männer und Frauen verrichteten ihre Bedürfnisse auf der Stelle, ohne Scham. «Wir haben die Leiche einer Frau bei uns, die mitten unter uns starb und für die keine Hilfe da war, weil die Wagen versiegelt waren. Wir können die Leiche nicht loswerden. Immer wenn jemand die Hand aus dem Wagen streckt, fallen Gewehrsdüse . . .»

Die Deportation der Frauen in Gruppen von je tausend sdireitet systematisdi fort. Kinder von dreizehn Jahren und darüber werden mit ihren Müttern in die Wagen gezwängt. Kinder unter dreizehn Jahre und sogar Zweijährige werden ohne Aufsicht zurückgelassen. Sie werden mit Nummern bezeichnet statt mit ihren eigenen Namen. Sie sind halb verhungert und sterben wie die Fliegen. Ende letzten Jahres (1942) befanden sich fünftausend Kinder in Beaune ...

Die in Pithiviers und Beaune-la-Rollande zurückgelassenen Kinder, denen man weitere Tausende hinzufügte, wurden in Transporten von je tausend nach Drancy gebracht. In Pithiviers wurde ein

Kindertransport um Mitternacht aufgeweckt und zwei Stunden im Freien gelassen. In Drancy kamen diese Unglücklichen zarten Alters unter noch schlimmere Bedingungen. Sie durften nicht herausgehen, hatten weder Sonne noch frische Luft, schliefen auf dem blossen Fussboden, völlig allein, ohne Aufsicht und Pflege durch Erwachsene, hungrig, voller Ungeziefer und mit hundert Krankheiten und Infektionen behaftet.

Aber auch für diese Kinder war Drancy nur eine Wartestation auf dem Wege nach Calvarien. Nach einiger Zeit wurden auch sie in Transporten von Tausend gen Osten gebracht. Ihr Haar wurde auch abrasiert; alles wurde ihnen genommen, was ihre Identität verraten konnte. So liess man sie. Niemand hörte jemals wieder von ihnen. In Chalons-sur-Marne sahen Augenzeugen ausgestreckte Kinderhände hinter den Brettern der Viehwagen, die leere Flaschen hielten. Deutsche Soldaten, die den Zug bewachten, hoben drohend ihre Gewehrkolben gegen jeden, der versuchte, sich dem Zug zu nähern und die Flaschen mit Wasser zu füllen ...

Natürlich ist es unmöglich, eine statistische Übersicht über die in Frankreich heute vorgehende Menschenjagd zu präsentieren, insbesondere da die «Judenjagd» mit der «Arbeitsjagd», Lavals sogenannte *relève*, zusammenfiel. (Nicht wenige Fälle sind bekannt, in denen kräftige Juden aus den Deportationstransporten herausgenommen und zu Arbeitskolonnen gebracht wurden.) Aber wenn dies auch separate Handlungen waren, die angewendeten Methoden waren die gleichen ...

Es ist ebenso unmöglich, eine Übersicht der Anzahl und Namen der Lager zu geben. Die Existenz von mehr als fünfzig Lagern ist bekannt. Einige wurden aufgelöst; andere neu etabliert. Die Insassen werden ständig von einem Lager in ein anderes geschafft, alle Spuren gehen irgendwo verloren auf dem Wege ostwärts nach Polen oder dem besetzten Russland. Der Umfang der ursprünglichen Anordnungen, deutsche, österreichische, tschechoslowakische, polnische, baltische und russische Juden zu deportieren, wurde jetzt auch auf alle anderen, einschliesslich der französischen Juden ausgedehnt. Die Vernichtung der Juden Frankreichs dauert unnachlässig seit den letzten zehn Monaten an.

[Zuerst veröff. in: «Die Zeitung», London, 29. Mai 1943]

Dokument 16

BERICHTE ÜBER DAS FLÜCHTLINGSSCHIFF ‚NAVEMAR‘

Der Fall des Schiffes «NAVEMAR» ist noch dunkel und ungeklärt. «Mit 1'200 Passagieren abgefahren, obwohl nur für 15 normale Kabinen-Unterkunft bestand», so hiess unsere Notiz im vorigen AUFBAU. Wir waren uns bewusst, dass sich dahinter eine neue Emigrantentragödie verbergen musste.

Aber nicht nur wir allein, sondern auch unsere Kollegen von der grossen Tagespresse hatten diese erstaunliche Nachricht bekommen. Aber die Journalisten stiessen, wo immer sie sich erkundigten, bei verschiedenen Organisationen und an anderen Stellen auf Schweigen.

Und dann kam am Sonntag plötzlich ein Bericht der «New York Times» aus Hamilton (Bermuda), der besagte, dass die NAVEMAR dort eingetroffen sei. Die Gesundheitsbehörden, so hiess es in der Depesche, betrachten es als erstaunlich, dass auf dem Schiff keine Epidemie ausgebrochen sei. Und am nächsten Tag wurde dieses Kabel durch ein zweites ergänzt, wonach die Frauenorganisationen auf Bermuda Kleider und Geschenke für die Passagiere gesammelt hätten, und dass sechs Passagiere krank in einem Hospital der Insel zurückgeblieben seien. Einer von ihnen sei gestorben, und unterwegs waren bereits vier weitere Todesfälle zu verzeichnen gewesen.

Fünf Todesfälle auf einer einzigen Überfahrt, das ist eine ausserordentlich seltene und hohe Ziffer. Bei 1'200 Passagieren mit Unterbringungsmöglichkeiten für nur 15 ist die Ziffer erstaunlich gering. Gewiss, jeder vernünftige Mensch wird sich sagen: Wichtig ist vor allem, dass diese Menschen Europa verlassen konnten. Ein paar Wochen unbequemer Reise sind nichts im Vergleich zu den Jahren der Freiheit, die ihnen winken.

Das ist durchaus vernünftig und richtig gedacht. Aber solche Tatsachen sind keine Entschuldigung dafür, dass im Schiffahrtsverkehr zur Zeit an manchen Stellen eine solche Übervorteilung der Passagiere betrieben wird, die nichts weiteres ist als die krasseste Ausnutzung einer entsetzlichen Notlage. Denn was wurde von den Passagieren der «NAVEMAR»... 1'200 mit Plätzen für 15 – für die einzelne Fahrkarte bezahlt?

Nach den geprüften Berichten: von \$ 400 bis \$ 1'500. Was man dafür erhielt, schildert zum Teil ein Brief, den wir weiter unten veröffentlichen.

Am 20. Juli sollte die «NAVEMAR» (5'000 t) von Cadiz abfahren. Die dortigen Hafenbehörden hatten aber wegen der vollkommen unzulänglichen Ausstattung des Schiffes die Ausfahrt verweigert. Die Abfahrt erfolgte schliesslich von Sevilla, wo die Behörden «liberaler» waren. In Lissabon hatte es längeren Aufenthalt, da wegen der verspäteten Ausreise viele amerikanische Visen abgelaufen waren, die die amerikanischen Behörden jedoch entgegenkommenderweise verlängerten. Der Konsul begab sich aufs Schiff, um die Formalitäten zu erledigen, da die Passagiere nicht ans Land durften.

Inzwischen hatten die jüdischen Organisationen von Missständen auf dem Schiff gehört und Wasser- und Lebensmittelvorräte an Bord geschafft. Endlich, am 16. August, konnte die «NAVEMAR» Lissabon verlassen und ihre abenteuerliche Fahrt beginnen.

Es ist bezeichnend, dass der Kapitän der «EXCALIBUR» von der American Export Line bei seiner kürzlichen Ankunft in New York erklärte, dass er es nicht verstehen könne, wie überhaupt jemand die Verantwortung für die Ausreiseerlaubnis der «NAVEMAR» hätte übernehmen können. (Wobei wir auf der anderen Seite wieder nicht verstehen, wie es möglich ist, dass in dieser Periode der Schiffsplatznot der Dampfer «EXCAMBION» von derselben Export-Linie mit 72 leeren Betten soeben in New Jersey ankommen konnte!)

Wer steckt hinter den Geldmachern im Falle «NAVEMAR»? Das Schiff ist von einer Kapitalisten-
gruppe, die zur Zeit uns namentlich noch nicht bekannt ist, aber aus nichtjüdischen Portugiesen
bestehen soll, gechartert worden. Der Charterungspreis, der an die spanische Transmediterranean
gezahlt worden ist, soll etwa \$ 250'000 ausgemacht haben. In New York wurden von den Agenten
durchschnittlich \$ 700.00 pro Platz verlangt, in Lissabon wurden bis zu \$ 1'500 bezahlt; die Gesell-
schaft selbst sollte pro Passagier als Minimum \$ 400 erhalten.

Der folgende Briefauszug wird uns von unserem Leser Peter J. Heller (Minneapolis, Minn.) zur
Verfügung gestellt. Er stammt von seiner Mutter, die ihm diese Zeilen zu einer Zeit schrieb, da die
«NAVEMAR» noch in Lissabon vor Anker lag.

«In Deinem gestrigen Telegramm ... wünscht Du uns «Bon Voyage». Das wünschen wir uns auch,
mit tieferem Grund als Du denkst. ... Ich schlafe mit 150 Frauen zusammen und habe ein Oberbett,
Vati auf der anderen Seite des Schiffes auch. Kein Bettuch, Kopfkissenbezug, kein Handtuch. Ich
decke mich mit meiner Kamelhaardecke zu und hänge meine Sachen an einen Draht, der an einer
Seite des Bettes gespannt ist.

Das Breakfast, für das Du uns so gute Tips gegeben hast, spielt sich folgendermassen ab: Wenn man
die Treppe zum ‚Speisesaal‘ heruntergekommen ist, bekommt man zwei Stück Weissbrot oder Bröt-
chen in die Hand. Dann geht man zu seinem Platz: lange Tische und Bänke. Auf jedem Platz steht
eine Obertasse mit einem Löffel drin und dann kommt der ‚Kellner‘ und schenkt eine Tasse Milch-
kaffee ein. Ob Du nun Dein Brot einstippen willst oder Dir aufgehobenen Käse vom Abend vorher
drauflegen willst, oder einbrocken oder die Quittenscheibe vom Mittag vorher als Marmelade ge-
brauchen willst, hängt von Deiner Phantasie und Deinem Geschmack ab. Kein Teller, kein Messer,
keine Untertasse. Wir essen in drei Schichten, und da wir bei der dritten sind, kommt unser Abend-
essen von 9.30 Uhr an.

Wasser darf man nicht trinken, dafür wird oftmals mal Tee ausgegeben. Dann stehen alle mit ihren
Thermosflaschen Schlange. Das wichtigste, da man durch die salzige Luft schnell einen trockenen
Mund bekommt.

Aufenthaltsraum für die 1'200 jüdischen Auswanderer ist das Deck, Gottseidank war bis jetzt schö-
nes Wetter. Es sind viele sehr vornehme, kluge Menschen hier, aus Deutschland, aus Wien, viel
Süddeutsche, viele junge Frauen mit kleinen Kindern, die alle französisch sprechen, da sie in Frank-
reich geboren sind.

Viele kommen aus Gurs. Natürlich sind auch andere hier, die mit vielen Ansprüchen, die nie Zu-
frieden, die immer Schimpfenden. Das andere sind die Resignierenden, die sich mit allem mög-
lichst abfinden, nur wünschen, dass die sanitären Anlagen in einen gewissen Stand gesetzt werden,
der wenigstens den primitivsten und menschenwürdigen Ansprüchen entspricht.

Wie ein grosser Teil der Passagiere hatte ich gleich am zweiten Tage einen starken Magen- und
Darmkatarrh, der auch jetzt noch nicht ganz behoben ist. Aber seit gestern fange ich langsam wieder
an zu essen. Leider haben wir keinen Cent Geld, da die \$ 20.00 Bordgeld gegen alles Recht von den
Spaniern als sogenannte ‚Hafenabgabe‘ eingezogen wurden.

... Gestern haben wir uns einen Dollar geliehen, um uns etwas Wein zu kaufen, anstatt Wasser oder
Tee zu trinken. Da wir so wenig Fett bekommen, keinerlei Butter, bin ich furchtbar dünn und mager
geworden ...

Wenn wir nur erst abfahren würden. Wir haben nur einen Wunsch: Gesund bei Dir anzukommen!
Alles andere ist nicht so schlimm, dass es nicht ertragen werden könnte ...»

[Zuerst veröff. in: «Aufbau», 5. Sept. 1941]

Dokument 17

KURT R. GROSSMANN
DIE BRITISCHE FLÜCHTLINGSHILFE

Für die Flüchtlinge aus Deutschland und aus der Tschechoslowakei wird in London eine immense Arbeit geleistet.

Heute sind nach amtlicher Auskunft bereits 40'000 Flüchtlinge im Lande. Diese Ziffer mag im Vergleich etwa zu Frankreich noch ausserordentlich gering erscheinen. Aber die Art der Fürsorge in England bringt ein viel grösseres finanzielles Risiko mit sich. Mit der Übernahme eines Flüchtlings ist gleichzeitig die finanzielle Garantie verbunden, die entweder ein Komitee oder Privatpersonen zu übernehmen haben.

Das British Committee for Czech Refugees zum Beispiel, das am Mecklenburgh Square alle Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei, gleichgültig, ob Reichsdeutsche, Österreicher oder Tschechen, betreut, unterstützt 8'000 Flüchtlinge. Die für ihre Erhaltung notwendige monatliche Summe übersteigt sicherlich 35'000 Pfund, wozu noch die Kosten für die Abtransporte der Flüchtlinge aus Polen hinzukommen.

Die methodische, etwas zögernde Rettungsarbeit des British Committee in der Tschechoslowakei selbst wurde am 15. März 1939 jäh unterbrochen ... «Sauve qui peut» war die Parole, und Polen, das gar keine reichsdeutsche oder österreichische Emigration kannte, war die einzige Insel, auf die man sich retten konnte. Die Schwierigkeiten für den Abtransport begannen: Viele Flüchtlinge hatten keine Papiere, die Unterlagen der Hilfskomitees in Prag existierten nicht mehr. Hunderte, die bisher überhaupt noch nicht als Flüchtlinge gemeldet waren, tauchten auf. Ein kleiner Prozentsatz von Flüchtlingen, der sich in die Gesandtschaft gerettet hatte, kam nach Frankreich. Polen wehrte sich gegen diese illegale Einwanderung. Erst durch die intensive Zusammenarbeit des British Committee und der englischen Behörden gelang es, die Flüchtlinge zu schützen und ihren Abtransport in Zusammenarbeit mit den beim British Committee akkreditierten Vertretern der Prager Hilfsstellen durchzuführen.

Wenn man in Mecklenburgh Square steht, glaubt man sich nach Prag zurückversetzt. Tschechen, die den reichsdeutschen Flüchtlingen vor noch nicht allzu langer Zeit geholfen haben, sind nun selbst Emigranten geworden. Die ganze tschechische Intelligenz scheint vertreten zu sein. Ich sah Redakteure der «Prager Presse», des «Prager Tagblatts», hohe Beamte der Prager Ministerien, Schriftsteller und Direktoren, Prokuristen tschechischer und deutscher Banken. Alle sind sie dort und warten.

Worauf warten die Flüchtlinge in England? Diese Frage stellt sich nicht nur für den Sektor der aus der Tschechoslowakei Gekommenen, sondern zum grossen Teil auch für jenen, der in dem riesigen Bloomsbury-House von einer der vielen Organisationen betreut wird. Das Bloomsbury-House mit seinen 600 Zimmern und 1'400 Angestellten hat alle Organisationen, die sich mit Flüchtlingsfürsorge befassen, aufgenommen. Die Zahl der hier vorsprechenden Flüchtlinge muss täglich 2 bis 300 sein, während im Mecklenburgh Square durchschnittlich über 900 Flüchtlinge pro Tag vorsprechen. Abgesehen von den Interventionen der Söhne für ihre Eltern, Männer für ihre Frauen, handelt es sich für die meisten aber um die Frage, wie sie aus dem Stadium des provisorischen Emigrantendaseins herauskommen können. Für eine konstruktive Lösung der Emigrantenfrage aber – und das erfuhr ich beim Intergovernmental Committee (Evian Committee) – gibt es auch in England nicht mehr als vage Pläne. Gewiss: einige Spezialarbeiter werden in England oder auch einmal in den Kolonien untergebracht. Genau wie von Frankreich aus, gehen von England Menschen nach den Vereinigten Staaten.

Aber als ich den Direktor des Intergovernmental Committee fragte, wohin ich ohne Schwierigkeiten auch nur zehn Handwerker schicken könnte, war die Antwort, dass er mir kein Land nennen könne. Dass die Weiterwanderung aus England, ähnlich wie in Frankreich, so überaus schwierig ist, erklärt die Bedenken der amtlichen Stellen, neue Auswanderer ins Land zu lassen, auch wenn sich die Bewerber oft in verzweifelter Lage befinden. Eine Chance besteht in England nur für Frauen und Mädchen, die sich als Hausangestellte verdingen wollen. Die «Domestic-Abteilung» arbeitet unermüdlich, um ihnen die Einwanderung zu ermöglichen. Aber es muss davor gewarnt werden, das Domestic-Permit lediglich als eine Möglichkeit zu betrachten, nach Grossbritannien hineinzukommen. Im Allgemeinen ist die starke Emigration in England auf die Liebestätigkeit angewiesen, die offensichtlich die Sache der Mehrheit des englischen Volkes ist. Überall, wo ich hinkam, wurde «refugee work» gemacht: Christen und Juden, Sozialisten und Konservative wetteifern darin. Wer die Erlaubnis hat, nach England zu kommen, ist auch von all den Aufenthaltssorgen befreit, die in anderen Ländern eine so grosse Rolle spielen. Das ist der grosse Vorteil, den die Emigranten dort geniessen. Wenn auch für den Augenblick besser versorgt, existieren dort wie hier genau dieselben sozialen Fragen, die nur gelöst werden können, wenn endlich die Grenzbarrieren sich öffnen, um eine organisierte Auswanderung aufzunehmen.

[Zuerst veröff. in: «Pariser Tageszeitung», 26. Juli 1939.]

Dokument 18

TH. TH. HEINES BRIEF AN FRANZ SCHOENBERNER
MIT EINEM BERICHT ÜBER SEINE VERHAFTUNG

Stockholm 12 IV 45 Norr Mälarstrand 76 IV

Mein lieber Herr Schoenberner!

Das war eine grosse, freudige Überraschung, einen Brief von Ihnen zu bekommen. Ich hatte allerdings, ich weiss nicht mehr, von wem einmal gehört, dass Sie in Amerika seien. So brauchte ich keine Sorge mehr zu haben, wie es Ihnen in Frankreich nach der Besetzung ergangen sei...

Dass ich einmal von der Gestapo verhaftet wurde, ist richtig, doch waren im Anfang nur etwas zivilisiertere dieser Gauner nach Oslo gekommen. Ich hatte ein sehr nettes Atelier im 5ten Stock eines grossen Geschäftshauses. Alles, was ich an gefährlichen Zeichnungen besass, war, in Kisten verpackt, im Keller einer Kunstausstellung versteckt geblieben. So fanden sich im Atelier zuerst nur ganz harmlose Landschaften, Blumenstillleben und dergleichen. Eines schönen Tages Juni 1940 erschienen bei mir 4 ziemlich junge Männer in Civil, legitimierten sich als Geheime Staatspolizei und sagten, sie müssten bei mir Haussuchung halten. Ich nahm sie freundlich lächelnd auf, liess sie alle Schubladen und Mappen durchsehen. Dabei sprachen wir von Kunst und Architekten, sie boten mir Cigaretten an, die ich aber ablehnte, ich sei nur Pfeifenraucher. Sie fanden nichts Kompromittierendes ausser einem Brief aus Amerika von dem früheren Prager Kunsthändler Feigl, in dem mir dieser schrieb, dass es ihm sehr schlecht ginge, er ernähre sich durch Tellerwaschen, aber er hoffe, dass die Hitler-Pest nicht mehr lange dauern werde. Das stieg den Gestapos natürlich sehr in die Nase, ich erklärte ihnen, dass ich nichts dafür könne, was mir jemand schreibt. Ich hörte, wie einer dem anderen zuflüsterte: «Schliesslich hat er das ja nicht selbst geschrieben.» Und sie legten den Brief wieder in die Schublade, machten wieder allgemeine Conversation, zum Schluss sagten sie zu mir: «Sie müssen jetzt mit uns kommen.» «Ja, wirklich? Wohin denn?» «In die Viktoria-Terrasse». (Das war nämlich das Gestapo Gebäude.) «Und nehmen Sie sich eine Zahnbürste mit, Sie kommen heute vielleicht nicht wieder.» Da lachte ich und sagte: «Nein, eine Zahnbürste nehme ich nicht mit, ich komme heute wieder. Sie sind doch so nett mit mir.» Als wir das Atelier verliessen fragte mich der eine: «Sie haben uns wohl nicht erwartet?» Ich antwortete: «Ich habe wirklich nie darüber nachgedacht.» Unten vor dem Haus hielt ein Auto und als ich da mit einsteigen musste, wurde mir doch ein bisschen zweierlei in Erinnerung an Berichte von verschiedenen tödlichen Autofahrten. Ich machte sie darauf aufmerksam, dass es nur wenige Schritte zur Viktoriastrasse seien und dass ich ganz gut zu Fuss sei und lieber gehen würde. «Dann müssten wir Sie aber fesseln, das wollen wir lieber vermeiden.» «Sie haben Recht, das sieht nicht gut aus.» So fuhren wir los und waren in einer halben Minute am Ziel. Ich wurde eine breite Treppe hinaufgeführt und oben in einem grossen Saal abgeliefert. Da sassen schon viele Emigranten, die gleich mir verhaftet worden waren. Alle sahen sehr erschrocken aus. Als ich eintrat, sagte ich laut «Guten Morgen». Da sah mich der Leiter der Sache, ein älterer Beamentyp, der an einem der Schreibtische sass, bloss zornig an und ich nickte ihm freundlich zu. Noch einige Gefangene wurden gebracht, wir durften uns setzen und warten, es dauerte eine halbe Stunde, ohne dass etwas geschah. Da fragte ich den Ober-Gestapo, der am Schreibtisch sass: «Ich darf wohl hier rauchen, haben Sie vielleicht ein Streichholz?» «Nein, das dürfen Sie nicht, wissen Sie nicht, dass Sie verhaftet sind?» «Nein, das wusste ich nicht. Entschuldige-

gen Sie. Weshalb denn?» Und ich steckte meine Pfeife wieder ein. Nach einer Weile hob ich zwei Finger hoch, wie man es in der Schule gemacht hatte, und sagte: «Darf ich mal austreten? Ich muss mal». Der Gestapo überlegte einen Augenblick, dann sagte er «Ja, aber nur in Begleitung», winkte zwei Soldaten herbei, die mussten mich auf das Klosett führen. Dann kamen wir zurück und ich meldete fröhlich lachend: «Da bin ich wieder.» «Setzen Sie sich!», ich setzte mich und fragte: «Was geschieht jetzt?» «Sie werden jetzt verhört, einer nach dem andern». «Da darf ich wohl zuerst darrankommen, ich bin wohl der Älteste hier?» Und er verhörte mich zuerst. Es ist mir nicht mehr alles erinnerlich, aber ich bemerkte, dass meine Mitverhafteten zusehends lustiger wurden. «Weshalb haben Sie Deutschland verlassen?» «Weil ich ins Ausland reisen wollte.» «Wie haben Sie es verlassen». «Mit der Eisenbahn.» «Unsinn, ich meine mit welchen Papiere.» «Mit gar keinen». «Sie müssen doch einen Pass gehabt haben.» «Nein, ich habe nie einen Pass gehabt.» «Das ist eine Lüge, jeder Mensch hat einen Pass». «Nein, ich habe nie einen gehabt. Ich bin ein alter Mann und Sie sind nodi jung und wissen daher nicht, dass man früher keinen brauchte. Ich bin nach Italien gereist und Frankreich und England, nie habe ich einen Pass gebraucht.» «Sowas gibt es nicht. Welchen Vereinen haben Sie angehört?» «Gar keinen.» «Das ist gelogen, jeder Mensch gehört einem Verein an, gestehen Sie es!» «Ja, entschuldigen Sie, ich hatte es vergessen: ich war Mitglied des Leichenverbrennungsvereins, und auch der preussischen Akademie und auch Ehrenmitglied der Dresdener Akademie und damit ich bei der Wahrheit bleibe, ich war auch Mitglied der Neuen Münchener Sezession.» «Quatsch! Darum handelt es sich nicht, ich meine natürlich, welchem politischen Verein. Sie müssen doch zu einer Partei gehört haben.» «Nein, ich habe nie zu einer Partei gehört.» «Warum nicht?» «Weil sie mich nicht interessierten.» «Wieder gelogen! Welcher Rasse gehören Sie an?» «Der weissen Rasse.» «Stellen Sie sich nicht dümmer als Sie sind. Ich meine natürlich, ob Sie Arier sind.» «Nein, ich war nie in Indien. Mein Vater war ein Jude.» «Und Ihre Mutter?» «Noch schlimmer. Darf ich es überhaupt sagen? Sie war Engländerin.» So fragte er mich noch Einiges. Wie er nichts mehr fragte und den nächsten daran nahm, sagte ich: «Ich kann wohl jetzt gehen?» «Nein, Sie bleiben da», brüllte er, «setzen Sie sich dort an den Tisch, da ist Papier und Tinte, da schreiben Sie Ihren Lebenslauf, Ihre ganze Vergangenheit, Ihren Bildungsgang, alle Einzelheiten Ihrer Familie und füllen die vorgedruckten Fragen aus. Dieses Aktenstück bringen Sie dann dort ins Nebenzimmer und geben es bei dem Herrn Kommandeur (oder war es ein anderer Titel?) ab.» Ich sass über eine Stunde und verfasste eine schöne Selbstbiographie, behandelte darin ausführlich alle künstlerischen Probleme, die mich je interessiert hatten. Als ich fertig war, meldete ich es und durfte in das Nebenzimmer. Dort sass ein älterer Offizier an einem Schreibtisch. Er las mein Schriftstück langsam durch, fragte mich um einige Einzelheiten. Dann stand er auf und sagte: «Sie sind entlassen. Sie können gehen unter der Bedingung, dass Sie mir 3 Sachen versprechen. Sie werden keine entarteten Bilder malen, Sie werden nichts für Zeitungen zeichnen oder schreiben, Sie werden es mir sofort melden, wenn Sie hören, dass Jemand sich deutschfeindlich betätigt oder äussert. Versprechen Sie mir das?» Ich versprach es, er gab mir die Hand, sagte noch: «Ich wünsche Ihnen alles Gute,» und ich begab mich heim.

Ja, zu jener Zeit waren zivilisiertere Gestapo in Norwegen, später wäre es mir wohl nicht so gut gegangen. Tatsächlich bin ich nie weiter belästigt worden, konnte ruhig meine Bilder malen, Zeichnungen für Blätter zu machen war sowieso unmöglich, besonders da mein Freund Skavlen vom Dagbladet im Konzentrationslager sass. Allmählich fingen die Deutschen an in Handelsbyggning, wo mein Atelier war, eine Etage nach der andern zu beschlagnahmen. Schliesslich bekam ich eines Tages Anfang Dezember 42 den Befehl, innerhalb dreier Tage auszuziehen. Es hatte sich wieder

ziemlich viel an Bildern, Zeichnungen, Möbeln und Material bei mir angesammelt. Es war unmöglich, eine Wohnung zu finden. So packte ich alles Hals über Kopf zusammen, um es zur Aufbewahrung zu geben. Gleichzeitig waren verschärfte Bestimmungen für alle Juden und Halbjuden erlassen worden. Und gerade als ich garnicht wusste, wohin, bekam ich die Mitteilung von der norwegischen Organisation, ich müsste sofort verschwinden, wenn mir mein Leben lieb sei, am selben Abend 9 Uhr solle der Transport abgehen. Schnell übergab ich noch das Manuskript meines Buches einer Dame, die es in einem staatlichen Institut sicher versteckte, dann zog ich mich warm an und bestieg pünktlich 9 Uhr das bereitstehende Auto, nur mit einer kleinen Handtasche belastet. Es fuhr etwa eine Stunde lang, nahm bei einer Villa noch eine Dame und ein Kind auf, schliesslich hielten wir bei einem grossen Holzschupfen eines Bauernhofs. Ich hatte keine Ahnung, in welcher Richtung wir gefahren waren und wo wir uns befanden. In dem Schupfen warteten schon eine grosse Menge Flüchtlinge, alte, junge, Männer, Frauen, Kinder, Alles nur von einer kleinen Öllampe beleuchtet. Nach einer Stunde kamen ein paar junge norwegische Begleiter, hielten eine Ansprache, wie wir uns zu verhalten hätten, einige Lastwagen, die sonst zum Viehtransport dienten, oben mit einer Personne geschlossen waren, fuhren vor und wir wurden liegend hineingeschoben, in jedem Wagen etwa 50 Stück. Wir lagen dicht an- und übereinander dort im Dunkeln. Einige Frauen traten mich immer auf den Kopf und ich musste sie in die Waden kneifen um mir Ruhe zu verschaffen. Das war eine lange holprige Fahrt. Dann hielten wir an einem Wald, mit Felsen vermischt. Wir mussten aussteigen und wanderten etwa 6 Stunden, die norwegischen Begleiter, vornweg und hinten, passten auf, dass niemand zurückblieb, trugen unter jedem Arm, wie Pakete, Säuglinge. Der Weg war durchweicht mit nassem Schnee. Endlich kamen wir zu einer Strasse, wo wieder Lastautos warteten, wir wurden wieder verfrachtet und fuhren weiter. Alles ging in tiefstem Schweigen vor sich. Dann kamen wir zu einem schwedischen Grenzhaus, bekamen Kaffee und Brot, ruhten uns eine Weile aus. Dann kamen etwas bequemere Lastautos, die brachten uns nach der schwedischen Zollstation. Dort wurden wir von der Grenzpolizei verhört, dann gebadet und ärztlich untersucht. Die Beamten waren sehr freundlich. Wir schliefen dann in einigen Unterkunftshäusern ganz bequem. Am Morgen frühstückten wir ausgiebig. Der Polizeidirektor liess mir etwas schwedisches Geld, weil ich nur norwegisches hatte, ich fuhr nach Stockholm, wo ich am Abend ankam. Bliz und einige Bekannte holten mich an der Bahn ab und führten mich erst ins Hotel und dann zu einem üppigen Mahl, wie ich es in Norwegen lange nicht erlebt hatte, denn dort war schon ziemliche Hungersnot. Besonders herzlich wirkten nach der Osloer Verdunkelung und Not die hell beleuchteten Strassen, die Schaufenster voller Waren auf mich. Wir waren dann noch bis gegen 2 Uhr nachts zusammen, bevor ich schlafen ging...

Wie sich der Krieg jetzt entwickelt, wird die Sache ja wohl bald vorbei sein und dann werden wir uns hoffentlich einmal wiedersehen. Nach Deutschland werde ich nicht zurückkehren, entweder hier oder in Norwegen bleiben.

Mit herzlichem Gruss in alter Freundschaft immer Ihr
Th. Th. Heine

Dokument 19

EMANUEL CELLER

DIE EINWANDERUNG VON FLÜCHTLINGEN IN DIE VEREINIGTEN STAATEN

Rede im Repräsentantenhaus, Montag, den 24. Januar 1944

Der Sprecher, Herr Breckenridge Long, stellvertretender Staatssekretär, erschien am 26. November 1943 vor dem Komitee für Auswärtige Angelegenheiten und nahm zu den Vorlagen 350 und 352 dieses Hauses Stellung. Seine Stellungnahme wurde veröffentlicht, und als ich sie las, fand ich darin so viele Fehler und Irrtümer in Bezug auf das Hauptanliegen dieser Beschlüsse, dass ich es für meine Pflicht halte, sie darzulegen und zu diskutieren. Sie weisen auf eine Schuld hin, die man nicht unbeachtet hinnehmen kann. Sie müssen korrigiert werden, weil sie schwerwiegende und falsche Eindrücke im Bewusstsein der Komiteemitglieder und verkehrte Vorstellungen im Bewusstsein der gesamten Öffentlichkeit hervorriefen. Mir scheint, diese Fehler beweisen nicht nur mangelndes Verständnis für den Kernpunkt dieser Beschlüsse, sondern sie zeigen auch, dass dieser Herr in seiner Stellungnahme recht weit ging, um seine übertriebenen und falschen Schlussfolgerungen zu belegen. Eine kurze Untersuchung der Tatsachen hätte ihm seine Fehler enthüllen müssen; er verdient deshalb eine angemessene Kritik. Es zeigt, dass er kein Recht mehr hat, Entscheidungen über Flüchtlinge und Visen zu fällen. Beispielsweise sagt er in seiner Stellungnahme auf Seite 32 Folgendes: «Wir waren an Flüchtlingen interessiert, und ich glaube auf der Seite einiger Beamter bestand eine gewisse Abneigung gegen die Ansicht, die amerikanische Regierung sollte sich darauf beschränken und besonders klar machen, dass wir nur an Juden interessiert sind. Wir waren von Anfang an der Meinung, dass wir andere Personen von unserer Regierungs- und Amtstätigkeit nicht ausschliessen konnten.»

Auf Seite 45 steht Folgendes als Herrn Longs Stellungnahme: «Ich bin der Ansicht, die Politik des Aussenministeriums muss so ausgerichtet sein, dass wir diejenigen Leute nicht von unserem Wohlwollen und unserer Aufmerksamkeit ausschliessen können, die keine Juden sind.» Niemand hat von Herrn Long oder irgendjemandem, der mit dem Aussenministerium in Verbindung steht, verlangt, Nicht-Juden auszuschliessen. Ich finde es erniedrigend und beschämend, dass ein Beamter unserer Administration stillschweigend impliziert oder sogar offen ausspricht, wir hätten die Absicht, Nicht-Juden Hilfe zu verweigern. Wir sind gern bereit, allen Menschen zu helfen, aber darüber hinaus und nicht anstelle dieser allgemeinen Hilfsbereitschaft befürworten wir eine besondere und aussergewöhnliche Unterstützung entsprechend der besonderen und aussergewöhnlich grausamen Behandlung der Juden und aller anderen, die mit dem Tode bedroht sind. Niemals wurde eine Minderheit so grausam behandelt wie die Juden. Alle anderen sind im Gefängnis, aber die Juden sind in Todeszellen. Alle anderen werden nach dem Sieg endgültig aufatmen können, aber die Juden sind im Leichenhaus – die meisten von ihnen sind schon im Grab ...

Weiter finden wir auf Seite 22 der Stellungnahme von Herrn Long die kennzeichnende Feststellung: «Man kann sagen, dass das traditionelle Verhalten der Vereinigten Staaten, Verfolgten Asyl zu gewähren, noch immer besteht. Das Aussenministerium hat die Tür offengelassen. Sie ist bestens geschützt. Die Tür ist offen ... Es gibt freie Plätze auf der Einwanderungsliste.» Dies ist eine erstaunliche Feststellung, die allerdings nicht mit den Tatsachen übereinstimmt. Die *Tür ist nicht offen!* Sie ist nur einen kleinen, einen winzigen Spalt geöffnet. In den letzten Haushaltsjahren waren es bei-

spielsweise weniger Einwanderer als früher. Seit 1863 sind niemals weniger Einwanderer in unser Land gekommen. In einer Zeit, als die Massenmorde in der Festung Europa am schlimmsten waren, im Jahre 1943, als man die Fluchtwege hätte offen lassen sollen, wurden sie bewusst fast völlig geschlossen. Nur 5,9 Prozent aller in Frage kommenden Einwanderer kamen in diesem Jahr. Niemand verlangt eine Änderung der Einwanderungsgesetze. Wir fordern Änderungen der untragbaren Bedingungen und grausamen, kaltblütigen Bestimmungen, die das Aussenministerium und besonders Herr Long in Bezug auf die «Auslese» festlegten.

Jedenfalls kann ich mit Genugtuung feststellen, dass die Verantwortlichen des Aussenministeriums wegen der vielfach und zurecht an Herrn Long geübten Kritik soeben beschliessen, Herrn Long nicht mehr länger über Flüchtlinge und Visen verfügen zu lassen ...

Herr Long versuchte den Eindruck zu erwecken, wir hätten in 10 Jahren 580'000 Einwanderer aufgenommen, von denen die meisten jüdische Flüchtlinge gewesen seien. Zu den 580'000, die Long anführte, gehören bewilligte Visen für Einwanderer, Nichteinwanderer und Durchreisende. Oft wird ein bewilligtes Visum nicht ausgegeben. Ein ausgegebenes Visum wird häufig nicht einmal benutzt. Herr Long subsumierte Durchreisende, Besucher, nichteinwandernde Einreisende und reguläre Einwanderer unter die Kategorie Flüchtlinge, ohne dies auch nur zu erwähnen. So erweckte er den Eindruck, wir hätten 580'000 Menschen Asyl gegeben. Das war völlig falsch. Herr Biddle erklärte, dass innerhalb der letzten 10 Haushaltsjahre die durchschnittliche Anzahl von regulären und nicht-regulären Einwanderern nur 26'647 betrug, obwohl eine jährliche Einwanderungsquote von 153'774 zugelassen war, und dass im Haushaltsjahr 1943, das am 30. Juni zu Ende ging, nur 23'725 Personen ins Land gekommen waren, davon 13'000 nicht als reguläre Einwanderer. Herr Biddle fügte hinzu: «Während desselben Jahrzehnts betrug die jährliche Durchschnittszahl an Personen, die aus den Vereinigten Staaten auswanderten, 24'000, wobei ein Nettosaldo von 23'287 Einwanderern übrigblieb. Während ferner im Jahre 1920 ausländische Staatsangehörige 6,9 Prozent der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten ausmachten, umfassen sie gegenwärtig kaum mehr als 3 Prozent der Bevölkerung.»

Im Gegensatz zu Herrn Long liefert Herr Biddle Fakten und keine Phantasie. Eine Sache ist es, wenn der Kongress Gesetze in Bezug auf die Einwanderung verabschiedet; es ist aber eine andere Sache, wenn diejenigen, die für die Durchführung des Gesetzes verantwortlich sind, in ihrer Arbeit die Intention des Kongresses, wie sie im Gesetz niedergelegt ist, missachten. Herr Long zum Beispiel führte bei Einwanderungsanträgen alle Arten von Reglementierungen und Einschränkungen ein. Unter anderem sagte er, niemand erhalte eine Einwanderungserlaubnis, der Verwandte in den von den Achsenmächten kontrollierten Ländern Europas hätte, und als erste Bedingung für die Einwanderung legte er fest, dass der interministerielle Visen- und Kontrollausschuss die Einreise nicht erlauben kann, wenn die Person, die einwandern will, Verwandte in von den Nazis kontrollierten Ländern Europas hat. Diese Bestimmung betraf gut 90 Prozent aller potentieller Flüchtlinge aus Europa. Glauben Sie mir: die meisten Flüchtlinge haben einige Angehörige in dem von den Achsenmächten kontrollierten Europa. Diese Regelung schränkte automatisch die Einwanderung bis aufs Äusserste ein. Herr Long hatte die Kühnheit zu behaupten, er handele immer noch nach der traditionellen Haltung der Vereinigten Staaten, Unterdrückten Zuflucht zu gewähren. Die Freiheitsstatue im New Yorker Hafen hält eine Fackel, um die Schiffbrüchigen aller Länder willkommen zu heissen. Wenn es nach Herrn Long ginge, müsste diese Fackel ausgelöscht werden, – die Freiheitsstatue verlöre jede Bedeutung.

Herr Long ordnete an, der interministerielle Visen- und Kontrollausschuss dürfe keine Begründung für die Ablehnung eines Antrages auf Visaerteilung geben. Die Bearbeitung der Anträge dauert Mo-

nate. Fünf Ministerien müssen über jeden Bürger und jeden Einwanderer berichten, ob er sich gerade in Europa aufhält oder hier oder wo auch immer. Die eingeschalteten Ministerien sind das Aussen-, Kriegs-, Marine- und Justizministerium, dazu der FBI. Jeder interministerielle Visenausschuss ist mit Vertretern der fünf Ministerien besetzt. Es dauert mindestens sechs Monate, bis eine Untersuchung abgeschlossen ist. Es wird ein Hearing abgehalten. Der Bürge für den Einwanderer oder sein Rechtsanwalt erscheint und sagt aus. Es dauert Monate, bis eine Entscheidung gefällt wird. Dann wird für eine Ablehnung des Antrages keine Begründung gegeben. Wenn die nationale Sicherheit im Spiel ist, sollte natürlich keine Begründung gegeben werden, aber wenn das nicht der Fall ist, könnte die Ablehnung ohne Weiteres so bekannt gemacht werden, dass die formalen Hindernisse für die Einreise bei einem neuen Antrag behoben werden können.

Weiterhin kann kein Antrag erneuert werden, bevor sechs Monate vergangen sind. Wenn schliesslich nach all dem Hin und Her der Antrag genehmigt wird, wird er in vielen Fällen für einen Toten genehmigt. Vor jedem Gericht wird eine Begründung für eine nachteilige Entscheidung gegeben. Aber bei Herrn Long und seinem bürokratischen Apparat blieb jedermann völlig im Dunkeln. Ausserdem wurden 50 Prozent der Entscheidungen der interministeriellen Ausschüsse, der Visenkontrollausschüsse, von der Berufungsinstanz aufgehoben, was deutlich zeigt, dass Herr Long in mindestens 50 Prozent der Fälle im Unrecht war, und dass die Anträge hätten genehmigt und nicht abgelehnt werden müssen. Diese Revisionsverhandlungen verbrauchen viel kostbare Zeit. Hitlers Henker warten unterdessen nicht.

Herr Long sagt aus, ebenfalls auf Seite 22:

Herr Long: «Im Dezember 1941 verschwand fast die gesamte neutrale Schifffahrt von den Meeren. Vorher waren neutrale und auch einige amerikanische Schiffe gefahren; aber von diesem Zeitpunkt an gab es das praktisch nicht mehr. Jetzt gibt es einige kleine spanische und portugiesische Schiffe, die hierherkommen, und das Aussenministerium erteilt weiterhin Visen an Flüchtlinge. Wir geben bis zu hundert Visen in der Woche aus.»

Herr Mundt: «Die Begrenzung auf hundert Visen in der Woche wird also eher durch die beschränkte Schifffahrt als durch irgendwelche Einschränkungen des Aussenministeriums in Bezug auf die Anzahl der verfügbaren Visen erzwungen?»

Herr Long: «Der Transport von Menschen hat aufgehört.»

Diese Feststellung stimmt nicht mit den Tatsachen überein. Herr Long hat Unrecht, wenn er behauptet, dass bis zu hundert Visen pro Woche, das heisst 400 Visen pro Monat, ausgegeben worden seien. In Wahrheit sind nur etwa 200 Visen pro Monat ausgegeben worden. Was den Schiffsraum und die Schiffe betrifft, so legen jetzt spanische, portugiesische und viele andere Schiffe regelmässig in allen Häfen der Atlantikküste an. Ich machte mir die Mühe, Lloyds Schiffsregister durchzusehen, und ausserdem habe ich einen ausgezeichneten Bericht des World Jewish Congress vor mir, mit dem Titel «Neutrale Verschiffungsmöglichkeiten» von Avram A. Juditch, Mitglied des Jüdischen Ausschusses Jugoslawiens. Daraus kann ich entnehmen, dass abgesehen von Schiffen, die zwischen den USA und Argentinien und den USA und Chile pendeln, 25 Passagierschiffe von verschiedener Grösse den Atlantik zwischen Amerika und Spanien befahren, sowie 16 schwedische, 11 portugiesische und 12 türkische Schiffe verfügbar sind. Diese Schiffe hätten Tausende von Flüchtlingen in die Vereinigten Staaten bringen können, wenn sie zur Einwanderung zugelassen worden wären, so dass Herr Long, wenn er behauptet, es gäbe keinen Schiffsraum, entweder nicht weiss, was er sagt, oder absichtlich nicht der Wahrheit die Ehre gibt; in jedem Fall ist es ein trauriger Kommentar zu der Art und Weise, wie Herr Long als Leiter der Visen- und Flüchtlingsabteilung der Vereinigten Staaten vorgegangen ist. Das ist nicht alles. Ich machte mir die Mühe, Lloyds Schiffsregister im Bezug auf Frachtschiffe durchzusehen. Herr Juditch lieferte mir ebenfalls interessante Daten über

Frachtschiffe. Die Schiffe, von denen ich vorhin sprach, die 16 schwedischen, 25 spanischen und 11 portugiesischen Schiffe, waren Passagierschiffe. Es gab mehrere hundert Frachtschiffe, die während der fraglichen Zeit den Atlantik befuhren, die Argentinien, Chile, Portugal, Spanien, Schweden, der Schweiz und der Türkei gehörten – eine wirkliche Schiffsbrücke in der Registratur neutraler Länder, und die Menschen, die einwandern wollten, wären schon sehr froh gewesen, nur an Bord eines Frachtschiffes schlafen zu können. Viele Frachtschiffe befördern Passagiere, oder man kann sie darauf einrichten. Man hätte also Tausende von Flüchtlingen in unser gutes Land bringen können, wenn auch auf Frachtschiffen. Longs Anordnung sagte «nein», Longs Gitter sind heruntergelassen, Longs Tür ist geschlossen.

Man sollte sich daran erinnern, dass das derselbe Herr Long ist, der die Eroberung Äthiopiens durch Italien «die reiche Ernte der Unternehmungen Mussolinis» nannte...

[«Unites States of America. Congressional Record»,
Proceedings and Debates of the 78th Congress, Second Session.»]

Dokument 20

KURT R. GROSSMANN
«VERGESSENE VERBÜNDETE»

Am 13. Oktober 1942, anlässlich einer Feier zum «Columbus-Day», kündigte Justizminister Biddle an, dass die 659'363 Italiener, die in den Vereinigten Staaten leben, vom Stigma, als feindliche Ausländer eingestuft zu sein, befreit würden. Nach dem 19. Oktober würde ihre Bewegungsfreiheit nicht mehr eingeschränkt. Mr. Biddle fügte hinzu: «Ich möchte nachdrücklich sagen, dass wir bei der Aufhebung des Status «feindlicher Ausländer» der Italiener nicht vergessen, dass es noch andere loyale Personen gibt, die zur Zeit noch als «feindliche Ausländer» eingestuft werden. Ihre Situation wird zur Zeit sorgfältig und wohlwollend vom Justizministerium untersucht.»

Unglücklicherweise hat diese Untersuchung, die nahezu vor einem Jahr begonnen wurde, nicht annähernd zu einem Ergebnis geführt, das mit dem bezüglich der Italiener vergleichbar wäre. Es kam zu keiner Veränderung des Status zehntausender deutscher «feindlicher Ausländer», die ihre Loyalität und ihr Vertrauen der Nation gegeben haben, die sie aufgenommen hat. Von den 314'715 Ausländern, die entsprechend einer Regierungserklärung im Februar 1942 zu «feindlichen Ausländern deutscher Herkunft» erklärt wurden, ist die grösste Anzahl Flüchtlinge, die durch die grausame Behandlung, die ihnen zuteilwurde, sich gezwungen sahen, ihre Heimat zu verlassen. Der grösste Teil sind Juden. Eine beträchtliche Minderheit sind Nicht-Juden, die die Brutalität des Nazi-Regimes nicht dulden wollten. Juden wie Nicht-Juden kämpften schon zu einer Zeit gegen die «Neue Ordnung», als die europäischen Staatsmänner noch ihre Hoffnung in die «Appeasement-Policy» legten und noch kein neues «arsenal of democracy» sich in diesem Land entwickelt hatte. – Welche Fehler man auch immer den Flüchtlingen vorwerfen kann, sicherlich geben sie sich nicht nur einen demokratischen Anschein, um ein angenehmes Leben im Müsiggang zu führen. Unbeeindruckt durch den Verlust ihres Lebensunterhalts, ihres Komforts und ihres kulturellen Erbes hat der grösste Teil von ihnen niemals aufgehört, gegen das Hitler-Regime zu kämpfen, und im Krieg gegen Hitler-Deutschland stehen sie auf der Seite der Vereinigten Staaten. Es ist ihre Tragödie, dass sie hier in den Vereinigten Staaten zu «vergesenen Verbündeten» geworden sind.

Die Anzahl der Deutschen, die Februar 1942 als «feindliche Ausländer» registriert wurden, hat sich um 2'800 Personen erhöht, die seither in die USA gekommen sind; die Gesamtzahl beträgt also ca. 320'000; sie verringert sich durch die Einbürgerung von schätzungsweise 22'500 Deutschen und durch den Eintritt in die Armee von 8'000-9'000. Folglich werden also ca. 290'000 Deutsche in diesem Land immer noch als «feindliche Ausländer» registriert. Von diesen können etwa 70% oder 200'000 als von den Nazis unterdrückte Flüchtlinge angesehen werden.

Der Status von «feindlichen Ausländern» wurde durch die Regierungserklärung No. 2526 festgelegt:

«Allen feindlichen Ausländern ist auferlegt, den Frieden mit den Vereinigten Staaten zu wahren, Abstand zu nehmen von jedem Vergehen gegen die öffentlichen Vorschriften und davon, die Gesetze der Vereinigten Staaten oder ihres Territoriums zu verletzen; sie sind verpflichtet, sich der offenen Feindseligkeit zu enthalten und dürfen weder Informationen, noch Beistand, noch Unterstützung den Feinden der Vereinigten Staaten zukommen lassen; sie sind verpflichtet, sich jeder

Einmischung in die Verteidigung der Vereinigten Staaten, in die politischen Entscheidungen und die darüber bestehende öffentliche Meinung zu enthalten; sie sind verpflichtet, sich strikt an diese Vorschriften zu halten, die hiermit oder von Zeit zu Zeit durch die Regierung veröffentlicht werden.»

Bis jetzt ist nicht ein einziger Fall eines Flüchtlings bekannt, der gegen die Prinzipien dieser Erklärung verstossen hätte. Ein Artikel im «Philadelphia Record», der die Umstände im Falle von 72 Spionen und Saboteuren analysiert, weist nach, dass 61 von ihnen gebürtige Deutsche waren und 47 davon die amerikanische Staatsbürgerschaft hatten. Sieben andere waren gebürtige Amerikaner von deutschen Eltern. Nicht einer von ihnen war anerkannter Emigrant, noch befand sich irgendein vor nationalsozialistischer Verfolgung Geflohener unter den 4'144 deutschen «feindlichen Ausländern», die seit Beginn des Krieges verhaftet wurden.

Vor einiger Zeit erklärte Edward J. Ennis, Direktor des Kontrollbüros für feindliche Ausländer, dass die Flüchtlinge die Gesamtzahl der amerikanischen Bevölkerung um 0,2% erhöht hätten, dass aber die kulturelle Bereicherung, «die sie diesem Land gebracht haben, weitaus grösser sei als aus dieser Prozentzahl erkennbar. Die Flüchtlinge haben bewiesen, dass das Vertrauen wohl begründet war, das von der Regierung in sie gesetzt worden war.» Ähnliche Schlussfolgerungen wurden vom Toland-Committee gezogen, das nach Untersuchungen an der West-Küste «die sofortige Schaffung von Untersuchungsausschüssen» vorschlug, «um den deutschen Ausländern amtlich ihre Loyalität zu bescheinigen» (H.R. Report 2124, Mai 1942). Die kulturelle Bereicherung, von der Mr. Ennis sprach, wird auf vielen Bereichen deutlich. Das Büro für ausländische Fachkräfte sammelt Material, unterstützt übrigens von Spezialisten, von denen einige «feindliche Ausländer» sind. Über 6'000 Ärzte dienen den Vereinigten Staaten als wichtige Kriegsreserve. Darüber hinaus stellen Chemiker, Physiker und Ingenieure ihr Wissen der Kriegsindustrie zur Verfügung. Einige hundert Professoren lehren an den amerikanischen Universitäten. Schriftsteller vom Rang eines Bruno Frank, Franz Werfel und Heinrich Mann stärken indirekt das Kriegspotential der Vereinigten Staaten durch ihre literarischen Dienste. Journalisten sind in der Abteilung für Kriegspropaganda angestellt, und die Spezialkenntnisse der «feindlichen Ausländer» werden von den Strategischen Kommandostellen verwertet. Selbst bei der Verfolgung von Spionen und Saboteuren bedient sich die Regierung der Spezialkenntnisse eines «feindlichen Ausländers», eine führende Kapazität im Bereich des deutschen Straf-, Verwaltungs- und Polizei-Rechts.

Die grosse Masse der unbekanntenen Flüchtlinge hat sich als nicht weniger loyal erwiesen. Eine Darlegung des «Christian Council for Refugees from Germany and Central Europe» beschäftigt sich in einem seiner letzten Berichte über deutsche Flüchtlinge in England ebenso mit den Flüchtlingen in Amerika, «Der grosse Wert ausländischer Arbeitskräfte ist immer wieder von Ministern und Presse unterstrichen worden. Das Arbeitsministerium unternimmt grösste Anstrengungen, um diese wichtige Arbeitskraft-Quelle der Frauen und Männer im nationalen Interesse voll ausnützen zu können. Es wurde amtlich festgestellt, dass nahezu 95% der deutschen und österreichischen Erwachsenen direkt oder indirekt in der Kriegsproduktion beschäftigt sind.»

Über 16'000 Flüchtlinge sammelten 48'500 Dollar, um das Kampfflugzeug «Loyalty» für ihre neue Heimat zu kaufen. Hunderte von ihnen suchten sich nützlich zu machen im «Immigrant Victory Council», das «nach Aufgaben und Pflichten in der Zivilverteidigung sucht.» Andere haben wiederholt Blut an die Blutbanken gespendet. Die Söhne vieler von ihnen dienen der Armee mit Mut und Können.

Im Gegensatz zu den Flüchtlingen in England haben diejenigen hier ihre Absicht erklärt, amerikanische Staatsbürger zu werden. Sie halten es für eine Ehre, dass sie individuell oder durch ein öffentliches Dekret von der deutschen Staatsbürgerschaft befreit wurden, und sie bedauern die Tatsa-

che, dass die Regierungserklärung ihre staatsbürgerliche Verbindung zu einem Deutschland erneuerte, das sie verfolgt und geächtet hatte. Die deutschen Flüchtlinge verkennen nicht die Schwierigkeiten, die es verhindern, dass sie so günstig wie die Italiener behandelt werden. Sie würden es nicht wollen, dass die Vereinigten Staaten irgendeine Vorsichtsmaßnahme unterlassen, wodurch der Krieg, sei es auch nur um eine Stunde, verlängert werden könnte. In der «Columbus-Day»-Rede von Mr. Biddle schien es aber so, als ob der Sicherheitsfaktor ebenso im Falle der Italiener wie der Deutschen berücksichtigt werden müsse. Der Generalstaatsanwalt sagte wörtlich: «Sicherlich bedeutet diese Verbesserung des Status der Italiener nicht, dass gefährliche oder unloyale Personen nicht verhaftet oder interniert werden. Wir werden keine Risiken eingehen. Es bedeutet lediglich, dass die Regeln, die bis jetzt für «feindliche Ausländer» gelten, nicht länger auf die Italiener angewendet werden.»

Nichts hat im Verlaufe des vergangenen Jahres angedeutet, dass die Politik die Italiener von den Beschränkungen auszunehmen, falsch war. Und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass die militärische oder politische Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährdet würde, wenn man den deutschen Flüchtlingen dieselben Privilegien gewährte.

[Zuerst veröff. in: «The Nation», Ausg. vom 11. Dez. 1943.]

Dokument 21

BRIEFE DES JEWISH WORLD CONGRESS AN DAS ROTE KREUZ MIT DEM ZIEL,
DEN KRIEGSGEFANGENENSTATUS FÜR INSASSEN VON
INTERNIERUNGS- UND KONZENTRATIONSLAGERN ZU ERREICHEN

AN: Dr. Wise, Dr. Goldman, Rabbi Miller, Dr. Perlzweig,
Dr. Robinson, Mr. Sturz, Dr. Tartakower, Mr. Wise, Mr. Zuckerman VON: Dr. Kubowitzki

17. Dezember 1943

Ich füge die Kopie eines Briefes bei, den Dr. Tartakower und ich am 10. Dezember an Dr. Peter vom Internationalen Roten Kreuz geschickt haben.

Meine Auffassung ist es, dass für die nächste Zeit der Versuch, den Status ziviler Internierter für die verschleppten und voneinander getrennten europäischen Juden zu erhalten, im Vordergrund unserer Bemühungen stehen muss.

Wenn wir die Anerkennung eines solchen Status verbindlich erreichen könnten, würde es uns vielleicht gelingen, den Rest der jüdischen Bevölkerung des von der Achse Rom – Berlin besetzten Europas zu retten.

Ich weiss, dass letzten Endes die Entscheidung in den Händen der deutschen Behörden liegt; es haben sich jedoch, seitdem wir das vor einigen Monaten entschieden haben, diese Angelegenheit in Angriff zu nehmen, zwei neue Entwicklungen angedeutet, die die Nazis bewegen könnten, ihre Haltung zu ändern.

1. Die nationalsozialistischen und faschistischen Behörden haben unlängst die Behandlung der Juden damit begründet, dass alle Juden feindliche Ausländer seien.
2. Das Internationale Rote Kreuz ist jetzt in der Lage, Druck auf Nazi-Deutschland ausüben zu können. Die Zahl gefangener und im Krieg verwundeter Nazis ist so gross, und die Lage in Nazi-Deutschland verschlechtert sich so rapide, dass die Nazis der Hilfe des Internationalen Roten Kreuzes dringend bedürfen.

In jedem Falle müssen wir zunächst die Unterstützung des Roten Kreuzes gewinnen, wir beginnen dabei am besten mit dem Amerikanischen Roten Kreuz...

Dr. Marc Peter, Abgeordneter
Internationales Rotes Kreuz
Abordnung für die Vereinigten Staaten
2500 Que St. N. W.
Washington, D.C.

Sehr geehrter Herr Dr. Peter!

10. Dezember 1943

Das jüdische Volk weiss sehr genau von den Bemühungen, die vom Internationalen Roten Kreuz unternommen wurden, um ihren Glaubengenossen zu helfen, die gegenwärtig unter der Nazi-Herrschaft in Ghettos und Konzentrationslagern leben. Es weiss ebenso, dass diese Bemühungen nicht dazu geführt haben, ihrem unglücklichen Volk Hilfe und Unterstützung zu bringen. Sie werden daher verstehen, dass sich Erbitterung in vielen Jüdischen Kreisen ausbreitet, hinsichtlich der unbarmherzigen Ausrottung der jüdischen Menschen und auf Grund der Tatsache, dass nur die Juden von den Vorteilen ausgeschlossen sind, die durch das Abkommen über Kriegsgefangene von 1929 geboten wurden.

Lassen Sie uns unsere Auffassung über diese Angelegenheit zusammenfassen.

1. Am 29. Juli 1929 wurde das Abkommen über Kriegsgefangene zwischen 47 Staaten abge-

schlossen, unter ihnen Deutschland und seine europäischen Satelliten. Es ist die übereinstimmende Auffassung aller internationaler Juristen, und wir können das Standard-Werk von Oppenheim-Lauterpacht, Internationales Recht, Band II, S. 278 f., zitieren, «dass jedes Individuum, das seiner Freiheit nicht auf Grund eines Verbrechens, sondern aus militärischen Gründen beraubt wird, einen Anspruch darauf hat, als ein Kriegsgefangener behandelt zu werden.» Obwohl das Abkommen nicht die Behandlung von feindlichen Privatpersonen, noch von feindlichen offiziellen Persönlichkeiten berücksichtigt, die der Kriegführende entsprechend den Kriegsgesetzen des Landes zu inhaftieren für notwendig erachtet, ist es dennoch klar ersichtlich, dass sie alle die Privilegien von Gefangenen für sich verlangen können, wie sie im Kriegsgefangenenvertrag von 1929 festgelegt sind. Dasselbe gilt hinsichtlich feindlicher Zivilpersonen, die sich zu Ausbruch des Krieges auf dem Territorium eines der Kriegsführenden befinden und aus militärischen Gründen interniert werden. Sie sind Kriegsgefangene ... Im Folgenden die Zusatzabkommen:

a) Abkommen, das die Situation und den Schutz von Zivilpersonen einer feindlichen Nationalität berücksichtigt, die auf dem Territorium des Kriegführenden oder des von ihm besetzten Gebietes verbleiben.

b) Die Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention auf den Luftkrieg, etc.

Diese Memoranden wurden günstig aufgenommen. Deutschland erklärte, dass es prinzipiell keine Zivilpersonen interniert habe, *und dass es bereit sei, die Abmachungen des «Abkommens über die Behandlung von Kriegsgefangenen» auf Zivilpersonen anzuwenden, die interniert werden müssen.* Das sind die Minimalforderungen, die den Kriegführenden durch den Vertrag in Bezug auf Zivilpersonen feindlicher Nationalität auferlegt wurden.

Ähnliche Erklärungen wurden von den Regierungen Russlands, Gross-Britanniens, Lettlands, Litauens, Rumäniens und Jugoslawiens abgegeben. – In einem zweiten Memorandum, datiert vom 7. Dezember 1940, erklärt Deutschland, dass es bereit sei, eine offizielle Erklärung in dieser Angelegenheit abzugeben, vorausgesetzt, die anderen Staaten würden dies ebenso tun. Zwei Monate später wurde das Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen, übereinstimmend mit einer Erklärung des deutschen Aussenministeriums, öffentlich zum Gesetz erklärt und auf diese Weise anwendbar auf alle zivilen Internierten in Deutschland. Ebenso gestattete zu dieser Zeit die italienische Regierung die Anwendung der Vorschriften des Vertrages über die Behandlung von Kriegsgefangenen zugunsten aller ziviler Internierter. Das Komitee des Internationalen Roten Kreuzes nahm in Anbetracht dieser Haltung die Unterstützung von zivilen Internierten gemeinsam mit den Kriegsgefangenen in sein Programm auf. Dennoch besuchten seine Abgesandten, mit Ausnahme von zwei Internierungslagern für Juden im besetzten Frankreich im Juli 1941 und mit Ausnahme der Lager Riencros, Rivesaltes, Argeles, Gurs, Noe, Recebedon, Le Vernet im besetzten Frankreich vom 28. September bis 7. Oktober 1941, kein einziges Internierungslager in Deutschland, der Tschechei, Slowakei, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland, Italien, Belgien, Holland, Norwegen oder im besetzten Teil Russlands, besuchten vor allen Dingen nicht die polnischen Ghettos, die Todeslager von Mauthausen und Treblinka, noch die Durchgangslager. Die Berichte über die Untersuchungen der Abgesandten werden in der «Revue Internationale de la Croix Rouge» veröffentlicht und schliessen nahezu alle Internierungslager der Welt ein; es erscheint jedoch kein Bericht über den Besuch eines Lagers für jüdische Internierte, die unglücklichsten aller Zivilgefangenen in diesem Krieg.

2. Das Internationale Rote Kreuz hat bis heute zwei Erklärungen für seine Untätigkeit in dieser Angelegenheit abgegeben:

a) die deutschen Behörden betrachten die Behandlung der Juden als eine interne Angelegenheit. Deshalb ist das Rote Kreuz nicht berechtigt, in dieser Sache einzugreifen,

- b) die deutschen Behörden betrachten Zivilpersonen, die in besetzten Gebieten inklusive Frankreich verhaftet wurden, nicht als internierte Zivilpersonen, sondern als «verhaftete Zivilpersonen» und schliessen sie dadurch von der Anwendung der Genfer Konvention bezüglich Kriegsgefangener aus.

Wir werden an anderer Stelle auf dieses Argument zurückkommen, nehmen aber an, dass diese Feststellung der deutschen Behörden nicht genügt, um vom Internationalen Roten Kreuz akzeptiert zu werden und sind der Meinung, dass es ersucht werden muss, den Unterschied zwischen zivilen Internierten, auf die das Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen anwendbar ist, und zwischen «verhafteten Zivilpersonen», die in seine Bemühungen einzuschliessen dem Roten Kreuz untersagt ist, zu definieren.

3. Deutschland und das faschistische Italien haben kürzlich Erklärungen abgegeben, die deutlich ausdrücken, dass der Grund für die Behandlung der Juden, wie sie von ihnen durchgeführt wird, ein militärischer Grund ist.

Während Deutschland sich zu keinerlei offizieller Antwort auf den Protest der Schwedischen Regierung gegen die Verschleppung der dänischen Juden herabliess, erklärte ein deutscher Sprecher auf einer ausländischen Pressekonferenz (Herr Stündermann) am 7. Oktober 1943, dass die deutschen Massnahmen gegen die Juden notwendig geworden waren durch die Tatsache, dass die Juden «eine gegen Deutschland kriegführende Macht» seien. Demgemäss führte er aus, die Sicherheit des deutschen Volkes verlange, dass alle kriegführenden und feindlichen Parteien, und daher ebenso die Juden, von der Erde, auf der deutsche Kräfte stünden, ausgerottet werden müssten. Das Verhalten des sogenannten Republikanisch-Faschistischen Regimes ist weitaus offener. Der erste Entwurf der Verfassung der Republikanischen Faschisten, der auf dem Partei-Kongress von Verona am 17. November angenommen wurde, legt unter Artikel 7 fest: «Juden sind Ausländer, die einer feindlichen Nation zugehören.» ...

Hinsichtlich dieser Theorie des deutschen und italienischen faschistischen Regimes kann kein Zweifel darüber offenbleiben, dass die Juden, die von diesen Regimen ihrer Freiheit beraubt werden, ein Anrecht darauf haben, als Kriegsgefangene behandelt zu werden und den Schutz des Roten Kreuzes in Anspruch zu nehmen.

4. Wir kehren nun zum Argument Nr. 2 (a) zurück und werden sehr offen sein.

Was, ausser den deutschen und italienischen Faschisten mit ihrem Entschluss, die Juden auszuroten, spricht dafür, dass die Ausrottung dieser «feindlichen Ausländer» eine interne Angelegenheit ist? Wird das Internationale Rote Kreuz «die günstig verlaufende Unternehmung zum Schutze der Kriegsgefangenen gefährden» bei dem Versuch, den Rest des europäischen Judentums zu retten?

Es ist unsere Auffassung, dass das Internationale Rote Kreuz dazu verpflichtet ist, Leiden, Elend und Unglück, die durch den Krieg entstehen, zu lindern, und unser leidendes Volk hat das grösste moralische Anrecht auf schnellste und dringendste Hilfe dieser Organisation. Wir glauben, dass die deutschen und italienischen Faschisten ein dringendes Interesse an der Unterstützungsarbeit des Internationalen Roten Kreuzes haben, und dass das letztgenannte konsequenterweise in einer Position ist, um Druck auf diese Regime und ihre Satelliten auszuüben. Das Einbeziehen ziviler Internierter in die Tätigkeit des Internationalen Roten Kreuzes würde tatsächlich die physische Rettung des verbleibenden europäischen Judentums bedeuten. Im Namen der Humanität appellieren wir an das Internationale Rote Kreuz, sich selbst vorbehaltlos und ohne Zögern dieser historischen Aufgabe zu unterwerfen.

Hochachtungsvoll

Arieh Tartakower, Leiter der Unterstützungsabteilung

A. Leon Kubowitzki, Leiter der Abteilung für Europäisch-Jüdische Angelegenheiten

Dokument 22

EXEKUTIVORDER NR. 9417 ÜBER DIE EINRICHTUNG DES WAR REFUGEE BOARD

Im Hinblick darauf, dass es die Politik dieser Regierung ist, alle Massnahmen, die in ihrer Macht stehen, zu ergreifen, um die Opfer der feindlichen Unterdrückung, die in unmittelbarer Todesgefahr sind, zu retten und diesen Opfern alle nur mögliche Hilfe und Unterstützung zu gewähren, die mit der erfolgreichen Führung des Krieges vereinbar sind, ordne ich kraft der mir durch die Verfassung und die Bestimmungen der Vereinigten Staaten übertragenen Autorität als Präsident der Vereinigten Staaten und Oberbefehlshaber der Armee und der Flotte und um mit möglicher Schnelligkeit die Rettung und Unterstützung der Opfer feindlicher Unterdrückung auszuführen, das Folgende hiermit an:

1. Innerhalb des Exekutivbüros des Präsidenten einen *War Refugee Board* (Kriegsflüchtlingsamt, d. V.), nachfolgend als Board bezeichnet, ins Leben zu rufen. Der Board soll bestehen aus dem Aussenminister, dem Finanzminister und dem Kriegsminister. Der Board kann die Chefs anderer Regierungsstellen und Ministerien bitten, an ihren Beratungen teilzunehmen, wenn diese Angelegenheiten der betr. Regierungsstellen betreffen.
2. Der Board soll mit der Aufgabe betraut werden, darauf zu sehen, dass die Politik der Regierung, wie in der Präambel festgelegt, ausgeführt wird. Die Funktionen des Board sollen ohne Begrenzung einschliessen: die Entwicklung von Plänen und Programmen und die Einführung wirksamer Massnahmen für a) Rettung, Transport, Unterhalt und Unterstützung der Opfer feindlicher Unterdrückung und b) Schaffung zeitweiliger Zufluchtsorte für solche Opfer. Um dies zu erreichen, soll der Board durch die geeigneten Kanäle die notwendigen Schritte unternehmen für die Zusammenarbeit ausländischer Regierungen und Beteiligung an der Ausführung solcher Pläne und Programme.
3. Es soll die Pflicht des Aussen-, Finanz- und Kriegsministeriums in ihren diesbezüglichen Bereichen sein, die Anordnungen des Board, bezüglich der entwickelten Pläne und Programme der angeordneten Massnahmen, auszuführen. Es soll die Pflicht der Leiter aller Ämter und Abteilungen sein, den Board mit den notwendigen Informationen zu beliefern und ihn mit allem Notwendigen zu versorgen, Schiffsraum und andere spezifizierte Unterstützung und Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, die der Board benötigt, um die in dieser Order aufgeführten Aufgaben auszuführen. Das State Department soll besondere Attaches mit diplomatischem Status ernennen, die an Orten eingesetzt werden sollen, wo Hilfe für die Kriegsflüchtlinge wahrscheinlicherweise gegeben werden kann; die Pflichten und Verantwortung dieser Attaches werden vom Board festgelegt werden in Beratung mit dem State Department.
4. Der Board und das Auswärtige Amt, Finanzamt und Kriegsamt werden autorisiert, die Dienste und Unterstützung von privaten Personen, privaten Organisationen, Staatsämtern oder solchen ausländischen Regierungen zu akzeptieren, in der Ausführung des Zweckes dieser Order. Der Board soll mit allen existierenden und künftigen internationalen Organisationen kooperieren, die mit den Problemen der Flüchtlingsrettung, Erhaltung, Transport, Unterstützung, Rehabilitation und Wiederansiedlung beschäftigt sind.
5. So weit wie möglich soll der Board das Personal, die Vorräte, Einrichtungen und Dienste des State Departments, Finanz- und Kriegsamtes benutzen. Zuzüglich darf der Board in den Grenzen der verfügbaren Mittel notwendiges Personal anstellen, ohne Rücksicht auf die Beamtengesetze und Vorschriften und das Klassifizierungsgesetz von 1923, wie hinzugefügt, und Arrangements treffen für Vorräte, Einrichtungen und Dienste, die zur Ausführung seiner Aufgabe notwendig sind. Der

Board soll einen Exekutivdirektor ernennen, der als Hauptexekutivbeamter dienen soll. Es wird die Pflicht des Exekutivdirektors sein, für prompte Ausführung der Pläne und entwickelten Programme und die vom Board angeordneten Massnahmen zu sorgen, die Aktivität der Spezialattachés zu überwachen und dem Board häufige Berichte zu unterbreiten über die zur Rettung und Unterstützung der Kriegsflüchtlinge unternommenen Schritte.

6. Der Board soll für die Ausführung der Politik dieser Regierung dem Präsidenten direkt verantwortlich sein, wie in der Präambel gesagt, und soll ihm Vorschläge machen, die er für geeignet hält zur Überwindung der Schwierigkeiten in der Rettung und Unterstützung der Kriegsflüchtlinge.

Weisses Haus, 22. Januar 1944

gez. Franklin D. Roosevelt

Dokument 23

RAOUL WALLENBERG

BERICHTE ÜBER DIE LAGE DER JUDEN IN UNGARN 1944
AN DIE KÖNIGLICH SCHWEDISCHE BOTSCHAFT

Verschiedene Formen der Unterstützung

Unterstützungsarbeit ist möglich a) im Rahmen von Vereinbarungen mit den Regierungen von Ungarn und Deutschland, b) durch private Beziehungen und c) durch Propaganda innerhalb des Landes mit dem Ziel, die Juden zur Selbsthilfe zu bewegen, und dadurch, dass man andere Leute um Hilfe ersucht...

Etwa 20 Personen, hauptsächlich Freiwillige, wurden im Rahmen des Unterstützungsprogramms beschäftigt. Die meisten von ihnen sind jüdischer Herkunft, müssen den Stern aber nicht tragen. Die schweizerische Gesandtschaft hat genau das gleiche getan. Es war unmöglich, sich christliche Angestellte zu verschaffen. Sogar die Gestapo wurde gezwungen, Juden anzustellen. Wenn wir nicht auf diese Weise vorgegangen wären, wären wir mit der anfallenden Arbeit nicht fertig geworden, da das ständige Personal der Gesandtschaft, als ich angekommen war, fast am Ende seiner Kräfte war ...

Indirekte Kontakte wurden zu bestimmten Behörden hergestellt mit dem Auftrag, genaue Informationen zu erhalten über z.B. Deportation von Juden und über Postverkehr mit deportierten Juden ... Ferner ist hier eine Person mit wertvollen Empfehlungsbriefen erschienen, um Zukunftsvorstellungen in den höchsten deutschen Kreisen zu sondieren.

Der offizielle Weg für Verhandlungen

Die Verhandlungen mit dem Aussenministerium in Budapest haben, wie schon berichtet, ergeben a) mit Billigung Ungarns die Rückkehr in die Heimat, b) haben die Ungarn ihre Absicht dargelegt, besonders schöne Häuser für unsere Juden zu bekommen und c) in einigen Fällen sind Leute mit provisorischen Pässen von der Zwangsarbeit entlassen worden und müssen den Stern nicht mehr tragen... All dies ist ein grosser Schritt vorwärts zu ihrer Befreiung angesichts des Verbots, ausserhalb des Hauses zu erscheinen (Ausgehverbot für Juden), so dass die mit diesem Verbot verbundenen Risiken hierdurch beseitigt sind.

Eine teilweise Einwilligung seitens der Deutschen scheint davon abzuhängen, ob Ungarn damit einverstanden ist, die verbliebenen Juden als «Arbeiter» ins Ausland zu schicken: das hat zur Folge, dass die Frage des Transports in die Heimat auf einen späteren Termin verschoben wird. Ich darf sehr bitten, dass Sie allem zum Trotz in Berlin versuchen sollen, eine teilweise Einwilligung zu erhalten.

Bitte lassen Sie mich wissen, ob die Botschaft befugt ist, provisorische Pässe auszustellen z.B. für einen Bruder, eine Schwester, einen Vater, eine Mutter, einen Mann oder eine Frau eines schwedischen Staatsbürgers oder für eine Person von grosser Bedeutung für den Handel zwischen Schweden und Ungarn oder für die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Private Unterstützungsarbeit

Die Unterstützung hat bereits begonnen, obgleich noch in einem sehr begrenzten Rahmen. Eine religiöse Organisation, die sehr aktiv war, Juden zu helfen, ist bereits ersucht worden, Geld zur Verfügung zu stellen, bis jetzt erfolglos. Dieselben Gesuche wurden neulich an die jüdische Organi-

sation für christliche Juden gerichtet. Es wäre natürlich wünschenswert, wenn diese Bemühungen fortgesetzt werden würden entweder in Form der Unterstützung eines Lagers durch die Vermittlung des Roten Kreuzes oder in Form der Unterstützung von Individuen oder Personen und Organisationen, die sich als nützlich erwiesen haben. Es ist in der Tat bedauerlich, dass die Personen, die sehr an meiner Reise interessiert waren, plötzlich nicht mehr verstehen wollen, dass diese Fonds notwendig sind.

Propaganda, Selbsthilfe für die Juden

Die folgenden Meinungen sind von bestimmten Leuten in Interviews ausgedrückt worden und halten sich hartnäckig als Gerüchte in Budapest. Die Arbeit der Nachkriegs-Gerichtshöfe soll bereits begonnen haben; vor allem ging es um die Verantwortung für die Verfolgung von Juden. Ungarns Politik gegenüber den eigenen Juden, insbesondere die in Rumänien betriebene ungarische Judenpolitik, würde dem Land beim Abschluss eines Friedensvertrags ernstlich schaden.

Die Apathie, die noch immer die Mehrzahl der Juden kennzeichnet, muss unbedingt überwunden werden. Die nationale Gleichgültigkeit für ihr Schicksal hat sich andererseits seit meinem letzten Bericht beachtlich vermindert. Es kommt darauf an, den Juden das Gefühl zu nehmen, sie seien vergessen. Die Botschaft vom schwedischen König war in dieser Hinsicht äusserst wichtig. Ähnliche Botschaften von ausländischen Institutionen an die entsprechenden Organisationen hier sind in diesem Zusammenhang sehr wertvoll. Deshalb wiederhole ich meinen Vorschlag betreffend das Telegramm vom Erzbischof an bestimmte Bischöfe, die früher schon erwähnt worden sind; dieser Vorschlag ist jetzt auch von klerikalen Kreisen gemacht worden. Allein die Tatsache, dass die Schweizer und die schwedische Botschaft Juden aufgenommen haben, sie angehört und sie registriert haben, haben beide Seiten ermutigt, die Juden und die, die bereit sind, ihnen zu helfen. Eine erfolgreiche Repatriierung im kleinen Rahmen oder die Einrichtung eines Rote-Kreuz-Lagers oder finanzielle Hilfe würden von grösster Wichtigkeit sein. Es würde Hunderten oder Tausenden von Juden neue Hoffnung geben und ihren zur Zeit völlig gelähmten Instinkt zur Selbsterhaltung wecken.

Noch einige Worte zur Propaganda der Alliierten. Von allen Seiten wird der angelsächsische Rundfunk kritisiert, er sei voll mit allgemeinen Drohungen von Vergeltung, ohne Hilfe anzubieten, ohne Verständnis und Anordnungen für eine alternative, praktikable Politik. Die russische Propaganda, die von Grossmut und Friedensliebe spricht, wird für besser gehalten. Wenn zum Schluss einige Zusagen über die zukünftige Hilfe denen gegenüber, die jetzt den Juden helfen, gegeben werden könnten, wird die Propaganda eine bessere Wirkung haben.

Kenntnis über die Lage im Ausland

Es ist ganz offensichtlich, dass die Veröffentlichungen in der ausländischen Presse wesentlich dazu beigetragen haben, die Situation hier zu erleichtern. Also, laufende Veröffentlichungen sind wünschenswert. In diesem Zusammenhang weise ich auf den beigelegten Bericht über die Behandlung der Juden in Ungarn hin.

Budapest, 29. Juli 1944 R. Wallenberg, Sekretär der Gesandtschaft

Dokument 23a

Seit meinem letzten Bericht hat sich die Situation teilweise gebessert. Das deutsche Internierungsgebäude bei Kistarka und das Lager in Kolumbus-utca sind den ungarischen Behörden übergeben worden. Zuvor ist es der Botschaft gelungen, einige Internierte von Kolumbusutca frei zu bekommen.

Etwa 500-600 Juden, von denen eine grosse Anzahl Sicherheitspässe hatte, sind aus dem Konzentrationslager entlassen worden. Zur Zeit sind nur 450 Personen interniert. Zusätzlich ist eine unbekannte Anzahl durch die Deutschen interniert oder wird gefangengehalten. Der nächste Bericht wird eine Liste einschliessen über alle unter schwedischem Schutz stehenden Juden, die dann von den Ungarn interniert wurden. Alle anderen können als freigelassen betrachtet werden.

Die ungarischen Behörden halten zur Zeit nur solche Juden zurück, die krimineller Delikte beschuldigt werden (Gewohnheitsverbrecher), und solche Juden, die während dieses Monats interniert wurden. Unter die letztere Kategorie fallen auch die Juden, die wegen kleinerer Vergehen eingesperrt worden sind, z.B. weil sie unterlassen haben, den Stern zu tragen, und solche, die entsprechend bestehender Vorschriften für kurze Zeit interniert sind.

Zur Zeit sind 5'000 unter den Juden Budapests ausgewählt worden, und weitere 10'000 werden wahrscheinlich später ausgewählt werden, um Gräben um die Hauptstadt zu ziehen und um Räumungsarbeiten nach Luftangriffen zu leisten. Die ersten Transporte zu benachbarten Plätzen fanden heute statt. Diese Juden sind in jeder Hinsicht elend ausgerüstet, und das Problem, Unterkünfte für sie zu finden, scheint unlösbar zu sein. Jedoch die Behörden, die diese Fragen behandeln, scheinen den besten Willen zu haben.

Die Vereinbarung zwischen den Ungarn und den Deutschen, dass aus Budapest alle Juden entfernt werden sollen, die sich dann in Landbezirke ausserhalb von Budapest zurückziehen sollten, ist soweit von den ungarischen Behörden völlig sabotiert worden, und kein einziger Jude hat auf diese Vereinbarung hin die Hauptstadt verlassen. Deswegen haben die Deutschen wieder gedroht, selber die Aufgabe des Transports zu übernehmen. SS-Divisionen, welche die Deportationen in Ungarn und der Slowakei durchgeführt haben, sind deshalb in Budapest konzentriert worden. Es war ebenso wenig ausfindig zu machen, ob die Deutschen die Juden nach draussen verschleppen wollten, noch den Zeitpunkt festzustellen. Dieser Plan schien nicht anders durchführbar zu sein als mit Gewalt.

Während dieser Woche wurde ein Versuch gemacht, eine deutsche Baracke in die Luft zu sprengen. Die Bewohner von zwei jüdischen Wohnhäusern auf der anderen Strassenseite wurden von deutschen Truppen heftig geschlagen und in ein deutsches Gefängnis und in ein ungarisches Internierungslager transportiert. Einige von diesen Juden sind schon befreit worden, unter ihnen zwei Juden, die provisorische portugiesische Pässe hatten. Soviel ich weiss, war keiner unter den Gefangenen, der unter dem Schutz Schwedens stand.

Während dieser Woche wurden 9 weitere Juden, die früher mit Manfred Weiss beschäftigt waren, unter dem Vorwand gefangen genommen, sie hätten sich für schwedische Sicherheitspässe beworben. Das Einschreiten der Botschaft hatte zur Folge, dass sie nach 48 Stunden freigelassen wurden... Einer Information zufolge brachten einige Leute wirtschaftliche Opfer auf, um an Sicherheitspässe oder an provisorische Pässe ranzukommen. Es ist herausgekommen, dass einige Leute, die nicht in der Abteilung angestellt waren, unter ihnen einige Richter, sich die Situation der Juden zunutze machten und in einigen Fällen sehr hohe Gebühren im Handel mit Bewerbern um Sicherheitspässe berechnet haben. Sie haben behauptet, sie hätten Beziehungen zu einigen Mitgliedern des Personals.

Wenn es möglich war, wurden solche Aussenseiter der Polizei gemeldet. Eine Person wurde festgenommen, aber sofort wieder freigelassen, da sie entsprechend dem ungarischen Gesetz nicht als kriminell angesehen werden konnte. Solche Leute aus dem Personal der Abteilung, die im Zusammenhang dieser Beziehungen erwähnt wurden, wurden entlassen. Es gibt keine Beweise, dass sie Einfluss über die Vergabe der Pässe hatten...

Zustandgekommene Ergebnisse

Das ganze Personal einschliesslich Familien (etwa 300 Personen) muss den Stern nicht tragen und ist von Zwangsarbeit ausgenommen.

Besitzer von schwedischen Sicherheitspässen, welche Zwangsarbeit tun, werden von ihrer Arbeitsgruppe zurückgerufen und in Budapest untergebracht. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass eine grosse Anzahl dieser Leute nicht gefunden oder transportiert werden kann.

Die allgemeine Entlassung der Internierten ist zum grössten Teil die Folge der Arbeit der Abteilung. Feste Vorstellungen sind von der Abteilung der Behörde unterbreitet worden, die über solche Entlassungen entscheidet.

Die endgültige Anzahl der Personen, die dank der Abteilung den David-Stern nicht mehr tragen muss, beläuft sich etwa auf 1'100.

Budapest, 29. September 1944

R. Wallenberg

Dokument 24

BERICHT ÜBER DIE FOTRSCHRITTE DER SÜDAMERIKANISCHEN SIEDLUNG FÜR FLÜCHTLINGE

Rudolph Messel reiste am 18. Juni von England ab und kam etwa 3 Wochen später in der Siedlung an. Er brachte den Beitrag des LC.C.¹ und den Geldbetrag mit, welcher durch die spezielle Sammlung der Internationale der Kriegsdienstgegner aufgebracht worden war. Sein Kommen dürfte einen Wendepunkt in dem Leben der Siedlung bedeuten, denn die Siedler waren nicht nur ohne finanzielle Mittel gewesen (ihr Bankguthaben war tatsächlich nur 90 Pesos, d. i. ungefähr £ 10.–), sondern auch ihre moralische Haltung begann wankend zu werden, ihr Mut begann zu sinken und ihr Glaube, dass diese Siedlung den Ausgangspunkt für das neue, von ihnen erstrebte Leben bilden würde, begann zu schwinden. Beinahe, wenn nicht ganz so wichtig wie die praktische finanzielle Hilfe, welche Rudolph Messel brachte, war der moralische Ansporn, den sein Kommen bewirkte, und die Tatsache, dass er nun unter ihnen lebte, ihr tägliches Leben und ihre Arbeit mit ihnen teilte, hat ihnen den fast schon verlorenen Glauben wiedergegeben, dass es diesseits des Atlantischen Ozeans Menschen gibt, welche an ihnen Anteil nehmen und ihrer noch gedenken.

Rudolph Messel hatte viel Organisationsarbeit zu leisten und eine Menge harter Arbeit. Bis dahin scheint jeder Siedler nur sein eigenes kleines Stück Boden bearbeitet zu haben, ohne dass es irgendein organisiertes Gemeinschaftsleben oder eine Gemeinschaftsarbeit gegeben hätte. Man lebte einfach von der Hand in den Mund und hatte keine Möglichkeit, irgendein Einkommen durch die Arbeit zu erzielen. Das bedeutete, dass die Siedlung einfach mit dem Geld geführt wurde, welches von London kam, und wenn dieses aufgebraucht war, hatte man nichts anderes zu tun, als um weiteres Geld zu bitten. Wie die Dinge damals lagen, hatten die Leute keine andere Möglichkeit.

Eines der ersten Dinge, die Rudolph Messel tat, war, eine Reihe von Regeln aufzustellen, und es wurde vereinbart, dass bei Nichtbefolgung dieser Regeln keinerlei Geld an die einzelnen Siedler ausbezahlt werden würde.

Die erste Vorschrift ist, dass kein Siedler irgendein Recht auf das von London kommende Geld haben soll, wenn er nicht in der Siedlung lebt und arbeitet. Die Durchführung dieses Grundsatzes hat bewirkt, dass vier Personen, die ursprünglich der Gesellschaft angehört hatten, aber dann mehr oder weniger ausserhalb der Siedlung gelebt und gearbeitet hatten, diese nun endgültig verlassen haben. Zweitens wurde beschlossen, den Leuten folgende Beträge zuzuteilen:

60 Cent pro Tag für jeden unverheirateten Siedler,

50 Cent pro Tag für jeden verheirateten Siedler,

45 Cent pro Tag für jedes erste Kind,

40 Cent pro Tag für jedes zweite oder dritte Kind.

Diese beiden Beschlüsse waren unter den Siedlern populär. Hingegen wurde die Vorschrift, dass jeder täglich 3 Stunden auf einem für Gemeinschaftszwecke bestimmten Landstück arbeiten sollte, zuerst nicht gerne anerkannt. Dieses Land wird, sobald es urbar gemacht ist, für eine gemeinsame Geflügelfarm, eine gemeinsame Schweinezucht und einen gemeinsamen Garten verwendet werden. Ausserdem soll ein Klubraum gebaut werden, damit die Siedler, wenn die Tagesarbeit getan ist, zu gemeinsamen Besprechungen, Spielen und Erholung zusammenkommen können. Rudolph Messel

¹ International Christian Committee

hat angeboten, es selbst zu übernehmen, den Klubraum mit einem Radioapparat und mit der nötigen Einrichtung auszustatten.

Der Wert dieser gemeinsamen Arbeiten ist, dass sie bis zum nächsten Juni genügend Geld einbringen werden, um nicht nur die oben erwähnten Zahlungen fortzusetzen, sondern sie sogar zu erhöhen. Und wenn nicht solche gemeinsamen Unternehmungen gegründet werden, wäre es voraussichtlich nicht möglich, das Projekt ohne fortgesetzte Unterstützung von Seiten Londons auszuführen, und diese wäre schwer zu erlangen.

Bezüglich des Landes, welches jetzt besiedelt wird, nämlich El Rosal, El Pital and El Auce, hat Rudolph Messel gemeinsam mit den Siedlern ein Schriftstück aufgesetzt und von einem Rechtsanwalt in Popayan überprüfen lassen, welches nach London geschickt werden soll. Der Hauptinhalt des Dokumentes ist, dass die Leute für ihr Land durch ihre gemeinsame Arbeit bezahlen werden.

Kurz zusammengefasst ist die Lage so, dass jeder gerade genügend hat, um für ein Jahr lang weiter leben zu können, beginnend mit dem Zeitpunkt, als Rudolph Messel hinfuhr, d. i. bis nächsten Juli, und es wird Vorsorge für ein regelmässiges Einkommen aus der Kollektive getroffen. Es sind auch Einrichtungen getroffen worden, um für Mahlzeiten zusammenzusteuern und gewisse Nahrungsmittel im Grossen zu kaufen, welche an die Siedler sodann zum Selbstkostenpreis abgegeben werden sollen. Um das Einkäufen von Waren für die Siedlung und das Verkaufen ihrer Produkte zu erleichtern, wird beabsichtigt, ein Geschäft in Popayan zu gründen. Wir haben gerade die richtigen Leute für diesen Zweck – einen spanischen Mann und seine Frau (die Kenntnis der spanischen Sprache ist natürlich von Wichtigkeit), welche sehr geschäftstüchtig sind. Sie sind uns persönlich bekannt und sind peinlich gewissenhaft. Unter Berücksichtigung der erwähnten Zahlungen reichen die £ 900,-, welche Rudolph Messel mitgebracht hat, auch für die Anschaffung von Saatgut und Bäumen, Dünger, Hühnern, Schweinen und eines Wagens, sowie für die Hinterlegung von 600 Pesos als Kranken-Fonds. Zu dem Zeitpunkt, als dieser Bericht von Columbia geschickt wurde, waren sogar noch ungefähr 1'000 Pesos als Reserve übrig, doch wurde damit gerechnet, dass der grösste Teil davon für den Klubraum verwendet werden würde.

Daraus geht hervor, dass das Geld, welches wir aufgebracht hatten, für wesentliche und dringende Bedürfnisse verwendet worden ist. Aber in Zusammenhang mit der Entwicklung der Landarbeit erwiesen sich auch noch andere Dinge als wesentlich; eines davon, um welches ein dringender Hilferuf kam, war eine Windmühle für das Pumpen von Wasser zur Bewässerung der jungen Pflanzen in der fünfmonatigen Trockenzeit. Alles Wasser musste von Quellen aus einer Tiefe von fünfzehn Metern gewonnen werden – eine entsetzlich schwere Arbeit, wenn sie gänzlich durch menschliche Arbeitskraft geleistet werden musste! Jedes der hundert Beete, die in dem neuen gemeinschaftlichen Garten angelegt worden waren, musste bewässert werden, und ausserdem die Einzelparzellen. An einem Tage musste einer der Siedler 80 Eimer Wasser einzig und allein zur Bewässerung seines Gartens aufbrauchen! Es wurde geschätzt, dass eine Pumpanlage, wie sie erforderlich wäre, um £ 250 beschafft werden könnte. Man kam überein, die 50 £ an Rudolph Messel telegraphisch zu überweisen – indem die Internationale der Kriegsdienstgegner das Geld vorstreckte, welches sie durch eine spätere Sammlung wieder hereinzubringen hoffte.

Eine weitere nützliche Arbeit, welche in Angriff genommen wurde, ist der Bau einer Strasse durch die Siedlung bis zu dem Ende des dazu gehörigen Grundes, in einer Gesamtlänge von 2-2½ Kilometer (etwa 4 Meilen). Rudolph Messel spricht bei dem Gouverneur der Provinz vor, um seine Einwilligung für den Bau einer Strasse vom Ende ihres Grundes bis zu der Station in Cajibío zu erhalten. Da ergab sich ein weiteres dringendes Bedürfnis, nämlich ein Traktor, für welchen man uns um Aufbringung von £ 200 bat. Wenn die Siedler eine Produktion in grossem Massstabe auf-

nehmen sollten, – was sehr zu hoffen war – dann schien ein Traktor von Wichtigkeit zu sein und beim Bau der Strasse würde er die Arbeit genau um Zweidrittel verringern. Rudolph Messel ersuchte einen befreundeten Ingenieur, der in Cali bei General Motors arbeitet, um Rat; dieser kam für ein Wochenende in die Siedlung. Es wurde entschieden, dass, falls der Traktor gekauft werden könne, die Anschaffung einer Pumpanlage nicht notwendig sein würde, da der Traktor auch für das Wasserpumpen verwendet werden könnte. Wir beschlossen nun, weitere £ 150 telegraphisch zu überweisen, was insgesamt £ 200 ergab (mit den £ 50, welche schon für die Pumpanlage geschickt worden waren), so dass der Traktor gekauft und Strassenbau und Feldarbeit gut aufgenommen werden konnten, bevor die feuchte Jahreszeit einsetzte.

Mit dem Eintreffen des Traktor durchdrang eine neue Atmosphäre die ganze Siedlung und Rudolph Messel konnte Folgendes schreiben:

«Ich habe die grosse Freude sagen zu können, dass der Erfolg jetzt für uns erreichbar geworden ist! Der Dämon des Pessimismus ist gebrochen und die Siedlung hat nun ein für allemal die Idee des individuellen Arbeitens aufgegeben und sich entschlossen, das ganze Land als eine Einheit zu behandeln und auch so zu bewirtschaften. Das ist natürlich ein Triumph, wie Sie wohl begreifen werden, denn es bedeutet, dass die Leute jetzt bestimmt eine Möglichkeit haben, sich ein Leben zu gestalten, anstatt hier eben nur zu vegetieren und wie die Ärmsten der Armen Columbiens zu leben.»

«Der Traktor» schreibt Rudolph Messel, «war der Wendepunkt in jeder Beziehung; ehe er kam, herrschte Zweifel und Depression, und es war stark die Meinung vertreten, dass das Ganze eine Dummheit sei und es in Wirklichkeit weit besser wäre, das Geld unter den Leuten aufzuteilen und sie in Frieden zu lassen. Nun schickten wir aber zwei Siedler hinunter nach Cali, um den Traktor auszuprobieren, und als sie nun einmal den Traktor arbeiten gesehen hatten und mit ihrem Bericht zurückkehrten, veränderte sich die ganze Atmosphäre ... kurz, es war gerade so wie ein russischer Film. Wir haben nun den Traktor, einen 5 Scheiben-Pflug, der jeden Tag erwartet wird, und eine ganz kolossale Egge (ein und eine halbe Tonne), welche bereits hier ist. Der Traktor ist schon an der Arbeit und reisst Baumstücke aus. Diese Arbeit führt er in zwei oder drei Minuten aus, gegenüber zwei Stunden (welche Zeit man oft braucht, um einen Strunk durch menschliche Arbeitskraft zu entfernen). Mit Hilfe des Traktors hoffen wir, bis zum Ende des Monats eine grosse Bodenfläche fertig pflügen zu können. Dieses Land wird dann mit Mais und Kartoffeln bebaut werden und, wenn nicht Dürren oder Erdbeben eintreten, so sind gute Ernten in beiden für das nächste Jahr zu erwarten. Allerdings setzt das voraus, dass die Leute von frühmorgens bis spätabends und die ganze Nacht hindurch arbeiten, wenn das Pflügen beginnt; aber da sie dies selbst vorgeschlagen haben und durchaus gewillt sind, es zu tun, so finde ich, dass es bewundernswert ist. Der Traktor hat ausgezeichnete Lampen, so dass dies ganz gut durchführbar ist, und sie beabsichtigen, in Nachtschichten ganz durchzuarbeiten.» ...

Am 1. Januar nächsten Jahres werden voraussichtlich 25 Hektar kultiviert sein, das sind ungefähr 62 acres. Die Siedlung konnte auch einen Vertrag eingehen, für eine Firma Gerste zu pflanzen; die Firma wird das Saatgut sowie die Dresch- und Erntemaschinen beistellen und garantiert, die Ernte zu einem fixen Preis zu kaufen. Dieser Vertrag soll ein festes Einkommen sichern. Dann wurden auch andere Maschinen benötigt, aber vielleicht kann man meinen, dass Dinge wie eine Kartoffelfurchmaschine und eine Maissämaschine Luxusgegenstände sind und dass man ohne diese auskommen könnte – nun gut, man *könnte*, aber wenn man einmal einen Traktor hat und dadurch imstande ist, so viel mehr Land zu kultivieren, als man jemals für möglich gehalten hätte, dann erscheint es einem ausgesprochen töricht, Zeit zu verlieren, indem man für das Säen zur Handarbeit zurückkehrt.

Es ist einfach die alte Geschichte von der Maschine, wenn man einmal eine hat, dann erscheint einem alles, was nicht mechanisiert ist, veraltet.

Alles was seit dem 14. Juli gekauft wurde, ist Eigentum der Siedlung, ebenso die durch gemeinsame Arbeit erzielte Ernte und das Holz, welches hier in grossen Mengen vorhanden ist. Durch das Urbarmachen des Landes werden schätzungsweise ca. 1'000 Kubikmeter Holz zum Verkauf verfügbar werden, was der Gemeinschaft einiges Geld einbringen wird.

Ich erwähnte in diesem Berichte bereits, wie erinnerlich, ein Übereinkommen, wonach die Siedler für ihr Land durch die Arbeit in der Kollektive bezahlen sollten. Es wurde geschätzt, dass das Arbeiten fünf Jahre in Anspruch nehmen werde, und man machte den Vorschlag, dass, wenn das Komitee der Siedlung nur £ 100 pro Jahr für die Dauer von fünf Jahren garantieren könnte, alles in Ordnung wäre. Da wir von dem grossen Wert dieser Gemeinschaftsarbeit überzeugt waren und die Siedlung so gut, wie wir nur können, zu fördern wünschten, haben Mr. Runham Brown und ich versprochen, persönlich für die £ 100 für das erste Jahr, zahlbar am 1. Januar 1939, zu bürgen.

Obgleich jeder Siedler noch ein Recht auf 17 Hektar Landes nach fünf Jahren hat – 12 Hektar werden für gemeinsame Arbeit und 5 für private Kultivierung zugeteilt – hat das neue System der Bearbeitung des Landes als einer Einheit uns der Notwendigkeit eines solchen Vertrages enthoben (ein neuer Vertrag wird eben ausgearbeitet). Aber wir hatten schon unser Versprechen gegeben, und Rudolph Messel nahm es an und bat uns, ob wir ihm das Geld schon jetzt überlassen könnten, denn durch all die anfänglichen Ausgaben, die sich infolge der neuen Arbeitsmethode und der sich nun bietenden grossen Möglichkeiten ergeben hatten, war die Siedlung gegenwärtig beinahe aller Mittel entblösst. Er schreibt:

«Ich glaube aber, dass ich Sie und das Komitee um diesen weiteren Betrag bitten darf, da ich persönlich den halben Kaufpreis für den Traktor und heute noch weitere £ 250 für den Ankauf weiterer Maschinen aufgebracht habe, welche wir sehr dringend brauchen. Wenn Sie also nach Erhalt dieses Briefes £ 100 für Rechnung der Colonia Alemana überweisen können, wird beinahe alles geordnet sein.

R. Pfaff² sagte in seinem letzten Brief, dass die Siedlung etwa £ 654 brauchen würde, um durchzukommen; nun ist natürlich dieses Geld, nämlich die £ 100, welche Sie uns senden, inbegriffen. Wir müssen daher nur noch etwa £ 300 aufbringen, und dann wird die Sache wirklich laufen. Ich hoffe, Sie verstehen, dass ich nur deshalb bitte, diese weiteren £ 100 schon jetzt anstatt im Januar zu schicken, weil jetzt die kritische Zeit ist oder vielmehr die Zeit, während welcher die Siedlung noch ernährt werden muss, also bitte, ernähren Sie sie, durch Kabelüberweisung, selbst wenn es noch so viel Opfer erfordern sollte! Es tut mir leid, dass ich Sie damit bemühen muss, aber ich kann die weiteren £ 100 unmöglich selbst aufbringen.»

Ich habe daher die versprochenen £ 100 überwiesen.

Es ist nun auch jedes Haus mit einer «Erste-Hilfe»-Ausrüstung ausgestattet worden, ferner wurde ein zentraler Medikamentenschrank eingerichtet und mit Spritzen und mit Antischlangenbissserum etc. versehen, so dass jetzt ein Unfall nicht mehr ganz so schrecklich ist, wie er bisher war. Wir hoffen auch, dass in Kürze einer der Siedler, der schon ein bisschen ambulatorische Praxis hat, in das Spital nach Popayan geschickt werden wird, um Wundbehandlung und überhaupt Behandlung bei Unfällen zu erlernen ...

Ich will diesen Bericht schliessen, indem ich folgende Stelle aus einem der früheren Briefe Rudolph Messels anführe:

2 Reinhold Pfaff, politischer Flüchtling, der in Prag mit seiner Familie von der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge betreut wurde.

«Die Siedler haben nun wieder Hoffnung und damit auch den Willen zu leben und zu arbeiten; und da es gerade die Hoffnung war, welche so sichtlich gefehlt hat, als ich ankam und es infolgedessen so schwer war, irgendeine Arbeit durchzuführen, so glaube ich jetzt, dass wir wirklich sagen können, dass mehr als die Hälfte der Schlacht gewonnen ist. Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie begeistert ich jetzt bin und wie herrlich es ist zu wissen, dass jetzt jeder gerne arbeitet und nicht murrend und nur weil ich es von ihnen verlangte, wie es im Anfang der Fall war, und auch dass sie nun das erste Mal wagten, in die Zukunft zu blicken, da sie jetzt wissen, dass sie etwas für sie verspricht.»

18. Oktober 1938 Gez.: Grace M. Beaton

Dokument 25

KURT R. GROSSMANN

DIE LAGE DER JUDEN IN EUROPA

BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES RESCUE DEPARTMENT DES WORLD JEWISH CONGRESS, FEBRUAR 1945

Im Februar ist die Offensive im Osten fortgesetzt worden und die Offensive im Westen begonnen worden. Neues Land wurde von den Russen erobert, und unbestätigten Berichten zufolge wurden 10'500 Juden aus den Vernichtungslagern Birkenau und Auschwitz befreit. Im letztgenannten Lager waren einige tausend Ausländer (Tschechoslowaken, Holländer, Franzosen und Jugoslawen). Von Budapest kamen Berichte, dass schätzungsweise 100'000 Juden befreit worden sind. Sogar Himmler hat zugegeben, dass 700'000 Juden überlebt haben. Vertrauliche Berichte des World Jewish Congress haben enthüllt, dass die physische Vernichtung der Juden zurückgegangen ist.

Auf der anderen Seite jedoch kommen sorgenerregende Berichte über Theresienstadt, von wo 5'000 Juden im September und 18'000 im Oktober 1944 deportiert wurden. Riegner informierte uns, dass, obwohl der Transport vom Oktober von 18'000 nach Birkenau ging, alle 23'000 zum Arbeitsdienst in Deutschland herangezogen wurden. 50'000 Juden aus Ungarn sind im November nach Österreich geschickt worden, wo wir wissen, dass 18'000 Juden aller Nationen arbeiten. Ob diese 50'000 mit den 18'000 zusammengekommen sind, ist nicht bekannt.

Die Situation der 20'000 Flüchtlinge in Shanghai ist zuverlässigen Berichten zufolge sehr schlecht. Und wir wissen aus Augenzeugenberichten, dass die 9'200 Juden in Bergen Belsen verhungern. Die letzten Ankömmlinge aus diesem Lager schätzen die Zahl der in Bergen Belsen Verbliebenen auf 4'000 ...

Die Ankunft von 1'210 älteren Juden aus Theresienstadt in der Schweiz erregte grosses Aufsehen; besonders aus Kreisen jüdischer Flüchtlinge hatten viele Leute Verwandte im Lager. Der W.J.C. wurde mit Fragen überschwemmt; wir schätzen, dass es etwa 300 in den ersten Tagen waren. Das «Rescue Department» sowie die Abteilung, die sich mit Theresienstadt befasst hatte, war eifrig damit beschäftigt, Informationen zu geben und Rundbriefe zu verschicken, die Informationen aus verschiedenen Quellen enthielten. Der Rundbrief wurde im «Aufbau» nachgedruckt...

Am 28. Februar haben wir einen Brief an die deutsche Stelle des O.W.I. in New York und Washington gerichtet und sie gebeten, folgende fünf Vorschläge zu beachten:

1. Rundfunksendungen sollen für die Juden ausgestrahlt werden, um sie aufzufordern, bis zur Ankunft der befreienden Armeen unterzutauchen.
2. An die ausländischen Arbeiter soll ein Aufruf gemacht werden, Juden soweit wie möglich zu schützen.
3. Rundfunksendungen sollen gesendet werden, um Widerstandsgruppen in Deutschland – die sich zusammensetzen können aus ausländischen Arbeitern und kleinen Teilen der deutschen Opposition – aufzufordern, die Juden zu befreien, die in Lagern interniert sind.
4. Besonders an die deutsche Bevölkerung gerichtete Warnungen sollen gegeben werden, dass sie verantwortlich ist für jedes Blutvergiessen an Juden.
5. Den deutschen Behörden soll eindeutig klargemacht werden, dass angesichts der Tausende von deutschen Zivilisten in den Händen der Alliierten sie verantwortlich sind für den Schutz der Juden gemäss der Genfer Konvention von 1929 ...

Wie angedeutet wurde, sind Lebensmittelpakete für die Insassen von Bergen Belsen zur Zeit von

grösster Bedeutung. Leute, die aus Bergen Belsen kommen, erzählen, dass die Juden dort verhungern. Die Lebensmittelpakete, die wir ihnen schicken, ergänzen ihre tägliche Kost aus Rüben und Schwarzbrot und helfen ihnen gegen den Hungertod. Wir sind deshalb fieberhaft darum bemüht, soviel Namen wie möglich von Personen in Lagern zu erhalten, damit sie Lebensmittelpakete von unserer schwedischen Abteilung und durch den War Refugee Board erhalten können. Der Vorsitzende unseres «Representative Committee» ist gebeten worden, uns diese Namen zu geben, damit wir diesen Plan ausdehnen können.

Im abgelaufenen Monat haben unser Informationsdienst und die Unterstützungsarbeit einen Höhepunkt erreicht, nicht allein in der Abteilung, die sich mit Theresienstadt befasst, sondern auch in unserer eigenen Abteilung. Im Durchschnitt hatte ich im Januar täglich 8 bis 10 Personen zu sprechen, im Februar stieg die Zahl auf 15 bis 18. Hinzu kommen noch Hunderte von Telefongesprächen täglich . . .

Anmerkung:

Nach Fertigstellung meines Budies sind mir von dem Schriftsteller Georg Heintz, Worms, freundlicherweise eine Anzahl amtlicher Dokumente aus den Hitlerjahren, die sich im Bundesarchiv in Koblenz befinden, zur Verfügung gestellt worden, die eine Bestätigung der von mir erzählten Ereignisse darstellen. Zum 7. Kapitel: «Der braune Arm greift über die Grenze» (S. 67) z.B. Sonderbericht über die Presse, Geheimes Staatspolizeiamt. Vergiftung des Verhältnisses zwischen Waffenträgern der Nation und Träger von Weltanschauung in Staat und Partei. Nr. 4781 (geheim) Dez./Jan. 1934/5; auch Sonderbericht über Brunnenvergiftung durch Auslandspresse und Gerüchtemacher, Okt. 1934 (geheim) Nr. 2868, Zur Frage der Bespitzelung der Emigranten im gleichen Kapitel (S. 77) sind von grossem Interesse: Erlass an alle Staatspolizeistellen wegen listenmässiger Erfassung der Emigranten. Geheimes Staatspolizeiamt, Berlin v. 4. Mai 1933 (Dez. 3 E. 33), gezeitmet Diehls, und Nachgang v. 5. Feb. 1934 (II F. 264.4 E. 3.34). Siehe insbesondere die Instruktionen im Runderlass v. 23. Nov. 1934 der preussischen Geheimen Staatspolizei, Der Stellv. Chef und Inspektor, gez. Heydrich (II, B 2 64696/2 59 5); auch Schreiben der Staatspolizeistelle für den Reg. Bezirk Köln vom 29. Jan. 1935 (Z. A. d. 2 No. 2060/34).

Auch ein Agentenbericht Ra 2 über die Stimmung in den Reihen der im Ausland lebenden deutschen Kommunisten mit Vorschlägen, wie man den KP Apparat infiltrieren könnte, ist interessant. (Reichssicherheitshauptmann II. A/A v. 29. April 1937.) Zu meiner Schilderung des Mordanschlags auf Otto Strasser und mich selbst ist der Bericht der Gestapo Dresden vom 7. Juni 1934 an das Reichssicherheitshauptamt über «Emigranten, die als Hetzer und Hochverräter eine Rolle spielen» interessant. Der Bericht enthält neun Namen, darunter den des Autors dieses Buches (siehe S. 92).

Namenregister

- Abel, Werner 233
Adam, Heinrich 331
Adams, Walter 299
Adler 331
Adler, H.G. 349
Adler, Victor 186
Adler-Rudel, S. 62 ff., 315 ff.
Akzin, Benjamin 287
Albrecht, Gertrud 44, 322 f.
Alexander II. von Jugoslawien 11, 68
Alfringhaus, Erich 331
Amrine, Michael 301
Anders, (SA-Mann) 81
Anderson, Sir John 218 f., 223
Angell, Norman 216
Apel, Willi 302
Apfel, Alfred 328
Aschberg, Olaf 38
Ascher, Georg 141
Asquith, Sir Cyrel 220, 226
Aufhäuser, Siegfried 34, 35
- Bach, Irma 299
Bader, Rolf 127
Baker, Philipp J. Noel 226
Barbusse, Henri 26, 36
Bar-Gilad 172
Barth, Emil 92
Barth, Karl 245
Barthou, Louis 11, 68
Bartok, Bela 302
Basch, Victor 104
Batista, Fulgencio 121 f.
Bauer, Anna 211, 331
Bauer, Leo 131, 134 ff., 194, 243
Baum, Hans 331
- Baumann, Johannes 17, 19
Beaton, Grace M. 395
Beethoven, Ludwig van 67
Behrendt, Heinz 207, 356 ff.
Bell, George – siehe Chichester, Bischof von
Bell, Heinrich 14
Benda (Prager Oberpolizeirat) 31, 32 f., 92 f.
Benesch, Eduard 34, 41, 47, 138
Benitas, Manuel 120 f.
Bentwich, Norman 315
Berendson, Laurence 121 f.
Berenger, Henry 316
Bergas 331
Berija, Lawrentij D. 186
Berlet, Hartmut 290
Bernhard, Georg (Journalist) 99 ff.
Bernhard, Georg (Professor) 243, 328
Bernhard, Paul 202
Bernheim, Fritz 54
Berthold, Gerhard 79
Berthold, Martha 79
Beschnitt 80
Bethe, Hans 301
Bettelheim, Bruno 301
Beveridge, Lord 299
Bevin, Ernest 228
Biddle, Franxis 269 ff., 376, 379, 381
Bieber, Martin 141
Biewald, Oskar 141
Bill, Friedrich 25, 32, 98
Bismarck, Otto von 84
Bleibtreu, Louis 331
Bloch, Emmi 273
Bloch, Ernst 235
Bloch, Felix 301
Bloom, Sol 279, 280
Blum, Léon 13, 126, 190, 359

- Blumberg, Eduard 91
 Blumenstock, D. 331
 Bobzien, Franz 331
 Böchel, Karl 35
 Bögler, Franz 202
 Bohn, Frank 203
 Bornstein, Josef 100, 201
 Brailsford, H. N. 221 f., 224
 Brand, Joel 291
 Brandström, Elsa 292
 Brandt, George 278
 Brandt, Willy 231
 Braude, Max 92 f.
 Braun, Max 38 f., 40, 85, 99, 201
 Brecht, Bert 235
 Brehm, Eugen 137
 Breitmann, Kurt 331
 Breitscheid, Rudolf 211, 231, 328, 331
 Brekenfeld, Dr. 200
 Bretholz, Wolfgang 45
 Brett, Homer 260
 Breuer, Robert 213
 Brod, Max 138
 Bromberg, Dr. 185
 Brooks, Howard L. 206
 Brouckère, Louis de 58, 243
 Brown, Runham 394
 Bru, Frederico Laredo 120 ff.
 Brüning, Heinrich 40
 Buchwald, Arthur 102
 Buchwitz, Otto 331
 Budzislawski, Hermann 37, 98, 194
 Bülow, Bernhard von 81, 87
 Büttner, Kurt Martin 79
 Bukofzer, Manfred 302
 Burckhardt, Carl J. 241
 Busch, Adolf, 302

 Canaris, Wilhelm 74
 Cantor, Eddy 261
 Campbell, Sir Ronald 279
 Carlos 88
 Caro, Kurt 100 ff.
 Carr, Unterstaatssekretär im US-State Department 259 f.
 Cecil, Lord Hugh 49, 220 f.
 Celler, Emanuel 266 f., 277, 283, 285, 375 ff.
 Cerny, Bohumil 41, 45, 78

 Chagall, Marc 203, 302
 Chaimson, J. 180
 Chamberlain, Neville 129, 137, 215, 316
 Chatigneau, M. 148
 Chichester, Bischof von 156, 219, 220
 Childs, Stephen Lawford 23
 Chmela (Ministerialrat) 37
 Churchill, Sir Winston 38
 Clasing, Luis 121
 Clattenburg, Albert 291
 Cleveland, Grover 256
 Cohn, Oscar 39, 162
 Colbert, Dr. 141
 Coller, Erich 331
 Compton, Carl T. 303
 Coudenhove-Calergi, Graf Richard N. 150

 Dahlberg, Walter – siehe Büttner,
 Kurt Martin
 Dahlem, Franz, 331
 Daluege, Kurt 349
 Danneker 204, 366
 Darlan, François 215
 Daubner 94
 Davie, Maurice R. 302
 Demuth (Geheimrat) 217, 299
 Dessoir 241
 Deutsch, Felix 301
 Deutsch, Julius 203
 Dexter, Robert C. 287
 Dickstein, Samuel 263
 Diedrich, W. 332
 Dies, Martin 150, 258 f.
 Dietrich 331
 Dimitroff, Georgi 36
 Dodd, Thomas 239
 Dodds, Harold Willes 279
 Döblin, Alfred 203, 235
 Dollinger, Leo 205
 Doriot, Jacques 204
 Dorsch, Käte 235
 Dosenbach, August 331
 Dreyfus, Paul 205
 DuBois, J. 284, 287
 Duchamp, Marcel 302
 Duckwitz, Georg Ferdinand 231
 Duggan, Stephen 296, 298 f.
 Dworzecki, Dr. 187

Ebert, Carl 300
 Eckert, Max Rudolf 94
 Eden, Anthony 38, 55, 279
 Ehrlich, Henryk 186
 Eichler 331
 Eichmann, Adolf 172, 173, 242, 275, 291
 Einstein, Albert 26, 39, 300, 301, 303
 Einstein, Albert (SPD-Funktionär) 211, 331
 Einstein, Karl 201
 Ellenbogen, Wilhelm 203
 Emerson, Sir Herbert 65, 146, 188, 226
 Endlass, Fridolin 331
 Ennis, Edward J. 274, 380
 Eppstein, Eugen 328
 Eppstein, Paul 315
 Ernst, Helmut 78
 Ernst, Max 302

Fabian, Dora 331
 Fabian, Ewald 191, 201
 Fabian, Ruth 202
 Falk, Alfred 328
 Feigl 372
 Fermi, Laura 294, 301
 Feuchtwanger, Lion 39, 103, 199, 201, 203, 328
 Fibbe 331
 Filip, Stefan 79
 Finmann 200
 Fischer, Ruth 29, 30 f., 328
 Fischer, Walter 148
 Flake, Minna 191
 Fletcher, C. Paul 258
 Flexner, Abraham 300
 Foerster, Friedrich-Wilhelm 328
 Foot, Dingle M. 289
 Formis, Rudolf 95 ff., 332
 Forster, Peter 90 f., 330, 332, 346
 Forster, Rudolf – siehe Eckert, Max Rudolf
 Fosdick 296 f.
 Franck, James 301, 303
 Franco, Francisco 47, 234
 Frank, Bruno 39, 271, 380
 Frank, Hans 178
 Frank, Leonhard 203
 Franke-Grieksch 97
 Frankhähner, Arno 332
 Frankl, Paul 300

Franik, Thomas 332
 Franz, Willy 332
 Frei, Bruno – siehe Freistadt, Benedikt
 Freisler, Roland 91 f.
 Freistadt, Benedikt 36
 Frenay, Henri 210
 Freudenberg, Adolf 242
 Friedländer, Otto 34, 37, 333
 Friedrich, B. 332
 Friedsam (Rabbiner) 231
 Frielaender, Walter 302
 Frodl 82
 Froehlich, Ernst 141
 Frölich, Paul 207, 356 ff.
 Frölich, Rose 363
 Frömsdorf, Kurt 332
 Fromm, Erich 301
 Fry, Varian 88, 203, 211, 301, 355
 Fuchs, Georg 48, 333
 Fuchs, Walter 211, 332
 Füllenbach, Josef-Peter 211, 332

Gamow, George 301
 Gapp (Pater) 91E
 Gaille, Charles de 210
 Genschei, Helmut 65
 George, Manfred 118, 213
 Gerard 332
 Gerber, Wolfgang 141
 Gerlach, Hellmut von 39, 328
 Gersch, Konrad 332
 Giesselmann, Otto 332
 Ginsberg, Marie 299
 Girard 238
 Giraud, Henri-Honoré 215
 Globke, Hans 240
 Goebbels, Joseph 69 f., 112 f., 114, 212
 Göpfert, Josef 79
 Göring, Hermann 113
 Goethe, Johann Wolfgang von 67, 304
 Götsch, Werner 95 ff.
 Götz, Berndt 107
 Goga, Octavian 115
 Gohlke, Elfriede – siehe Fischer, Ruth
 Goldenhauer 332
 Goldmann, Nahum 315, 382
 Goldschalk, Hans 332
 Goldschmidt, Alfons 71

- Gorgias 340 ff., 343 ff.
 Graber, Pierre 245
 Grabler, Eduard 332
 Gradmann, Julius 332
 Gräf, Hugo 132, 135 f.
 Gräfenberg, Rosi 100
 Graml, Hermann in, 112 f.
 Graudan, Nikolai 302
 Greiser (Kriminalkommissar) 72
 Grigg, Sir Edward 225
 Gropius, Walter 302
 Gross, Babette 201
 Gross, Peter 332
 Grossmann 332
 Grossmann, Kurt R. 62 f., 120, 168, 188, 308,
 320 ff., 328, 346 ff., 349 f., 370f., 379ff.,
 396 f.
 Grossmann, Meir 93
 Grünspan, Herschel 112
 Grumbach, Salomon 102
 Grumbach, Samuel 198
 Grzesinski, Albert 328
 Günther, Helmuth Adalbert 332
 Günther, Kurt 332
 Güterbock, Hans 300
 Gumbel, Emil 201, 298, 328
- Haas, Willy 29
 Habas, Bracha 171
 Hacha, Emil 137
 Häberlein, Fritz 246
 Haefner, Heinrich 211, 332
 Härtel, Walter 78
 Häsler, Alfred A. 238, 241, 243 f., 245
 Hahn, von 240
 Hajek, (Ministerialdirektor) 347
 Halifax, Lord 125
 Halle, Hiram 295
 Hannsson, Michael 57
 Hansen, Hans 333
 Hansmann, Wilhelm 328
 Harrison, Earl G. 267, 271, 285, 305
 Harrison, Leland 276
 Hartig, Valentin 211
 Hasek, Jaroslav 48
 Hasenclever, Walter 201
 Haupt, Gerhard-Günther 333
 Hauschmann 333
- Hayes, Carlton J.H. 290
 Heatfield, John – siehe Herzfelde, Hellmut
 Heckendorf, Franz 333
 Heckert, Friedrich 328
 Heiden, Konrad 71, 103 f., 197, 203
 Heine, Heinrich 213
 Heine, Th. Th. 29, 231, 372 ff.
 Heinig, Kurt 231
 Heller, Peter J. 369
 Henderson, Sir Neville 125
 Henlein, Konrad 126, 129
 Henning, August 108 f., 137
 Henni, Karl 94
 Heppenheimer 141
 Herlin, Hans 119 f., 123
 Herrmann, Lazar – siehe Lania, Leo
 Hertz, Paul 126, 243
 Herzfeld, Ernst 300
 Herzfelde, Hellmut 133
 Herzfelde, Wieland 54, 106
 Herzl, Theodor 161, 162
 Hesterberg, Trude 333 f.
 Heydrich, Reinhard 74, 113 f., 275, 349
 Hildebrandt (Journalist) –
 siehe Franke-Grieksch
 Hilferding, Rudolf 211, 235, 333
 Himmler, Heinrich 74, 113, 247, 275, 355, 396
 Hindemith, Paul 235, 300, 302
 Hindenburg, Paul von 26
 Hindier, Friedrich 333
 Hirohito, Kaiser von Japan 249
 Hirsch, Helmuth 333
 Hirsch, Otto 315
 Hirschfeld, Hans E. 203, 273
 Hirschmann, Ira A. 287, 288 f., 291
 Hitler, Adolf 31, 52, 61, 67 f., 71, 75 f., 78, 83,
 87, 94, 95, 98, 101, 108, 114, 125, 126, 129,
 137, 139, 145, 150, 162, 165, 177, 188, 195,
 198, 199, 204, 207, 209 f., 214, 218, 220 ff.,
 228, 229, 230, 232 f., 248, 252, 257 ff., 261,
 269 f., 276, 280, 282, 285, 287, 288, 292, 294,
 295, 298, 303, 304, 311, 322, 326 334, 344,
 346, 347, 357, 377
- Hodza, Milan 32
 Höllering, Franz 29, 98
 Hölz, Max 328

Hoffmann, Dr. – siehe Strasser, Otto
 Hoffmann, Chaim 31
 Hoffmann, Michael L. 309
 Hoffmann, Hans 81
 Hofmann, Hans 302
 Hohenstein (Regierungsrat) 29
 Hohlfeld 79
 Holen, Franz 333
 Holle, Max 211, 333
 Hollos, Julius 29, 98, 134, 140 f., 144
 Holthusen, Claus Gottfried 119
 Hoover, Herbert 259, 261, 262
 Hornbustel 302
 Horowicz Vladimir 302
 Horthy, Nikolaus 292
 Huber, Max 289
 Hugo, Viktor 200
 Hull, Cordell 277, 278, 286

Iturbi, José 302

Jacob, Berthold 9, 83 ff.
 Jacob, Hans 40
 Jacob, Mathilde 334
 Jacobsohn, Edith 37 f.
 Jacobsohn, Siegfried 37
 Jahnke 74
 Jefferson, Thomas 251, 256
 Johnson, Alvin 294, 295 ff., 300 f., 302
 Johnson, Lyndon B. 259
 Joseph II. 349
 Jubitz 200
 Juchacz, Marie 203
 Judith, Avram A. 377
 Jungk, Robert 40, 237

Kadmon, Otto 273
 Kahn, Bernhard 316
 Kaiser, Erich 201
 Kalisch, Arnold 231
 Kantorowicz, Alfred 194
 Karlsbach, Edith 95 f.
 Katz, Jack 80
 Katz, Rudolf – siehe Bauer, Leo
 Katz, Theodor 333
 Kauders, Walter 29
 Keller, Friedrich von 54
 Kent, Donald P. 297

Kemal Pascha, Mustafa 299
 Kemper, Max 333
 Kempner, Benedikta Maria 91
 Kempner, Robert M.W. 26, 69, 94, 97, 196,
 232, 273, 275, 303
 Kerr, Alfred 328
 Kersten, Kurt 201, 213
 Kersten-Hill, Gertrud 211, 334
 Kesten, Hermann 302
 Keun, Irmgard 201
 Kieras, 211, 334
 Kiesinger, Kurt Georg 240, 242
 Kimche, David 171
 Kimche, Jon 171
 Kinkeldy, Otto 302
 Kiomka, H. 333 f.
 Kirchner, Johanna 211, 334
 Kirn, Richard 211, 334
 Kistner (Kriminalbeamter) 200
 Klein, Fritz 211, 334
 Klemperer, Otto 302
 Klepper, Jochen 241 f.
 Klepper, Johanna 241
 Klien 334
 Klug, Rudolf 81
 Knickerbocker, H.R. 173 f., 351 ff.
 Knöpfel, Walter 334
 Koenen, Wilhelm 109, 137, 194
 Körner, Hugo 127
 Körner, Theodor – siehe Zischka, Rudolf
 Köstler, Arthur 196, 199, 359
 Kohn, Georg 44
 Kossek, Rudolf 78
 Kossuth, Louis 256 f.
 Kotschnig, Walter 300
 Krause – siehe Ott, Gustav
 Krause, Franz 88 ff.
 Krautter, Kurt 334
 Krofta, Kamil 32
 Kronberg, Hjalmar 80
 Kronenberg – siehe Kronberg, Hjalmar
 Krüger, Anna – siehe Vitrichowa, Anna
 Krummenerl, Fritz 202
 Kruschwitz (Kriminalbeamter) 82
 Kubowy, A. Leon 282, 288, 382 ff.
 Kuczynski, Robert 29
 Kühne 334
 Kulka, Olga 79

Kundt, Ernst 200
Kuttner, Erich 334

Lafitte, François 221, 225
Lambert, M. 320
Lambert, Raoul 132 f.
Lamm, Fritz 254
Lammers, Hans 87
Lampersberger, Josef 81
Landau, Edwin 242
Landon, Alf 261
Landowska, Wanda 302
Lang, Cosmo 229
Lang, Joset 135, 202
Lang, Paul Henry 302
Lange, Christian
Lange, Robert 195
Lange, Willi 35
Lania, Leo 199
Lasker, Bruno 250
Lauterpacht 382
Laval, Kurt 207
Laval, Pierre 191, 203 f., 209 f., 359, 367
Law, Richard K. 279
Lazarus, Emma 251, 259
Lederer, bolivianischer Konsul 152
Lederer, Zdenek 349
Lehmann, Karl 302
Lehmann-Russbüldt, Otto 45, 328
Leichter, Otto 203
Leinsdorf, Emil 302
Leites, Constantin 101 f.
Lenin, Wladimir Iljitsch 15
Leonhard (SA-Führer) 81
Leopold III. von Belgien 219
Leschnitzer, Adolf 70
Lessing, Theodor 93 f., 336
Lester, Sean 54
Lestschinsky, Jacob 178
Leupold 334
Levi, Paul 333 f.
Levinsohn, Richard 101 f.
Lewinski, Erich 273
Lieberwirth, Hertha 79
Lieberwirth, Manfred 79
Lindhagen, Anna 130
Lindsay, Sir Ronald 263
Linnert, Franz 334

Lippert 81
Lipski, Louis 93
Litten, Hans 358

Litwinow, Maxim M. 186
Loewenherz, Josef 316
Löwenstein, Prinz Hubertus zu 301
Long, Breckenridge 252, 265 ff., 277 ff., 283,
285 f., 575 ff.
Lorentz, Mitglied der SOPADE 92
Lorenz 78
Lubell, Samuel 173
Lubitsch, Ernst 127
Lucas, Scott 279
Ludwig, Carl 19, 235, 236, 239
Ludwig, Emil 235
Lüdtke 200
Lüthi, Walter 245
Lukas, Hans 92 f.
Luperon (General) 156
Luxemburg, Rosa 207
Lytton, Lord 220, 226

Maag-Socin, Albert 245
Maass, Ilse 127
MacDonald, Ramsey 166, 168
Madison, James 256
Männchen 334
Mai, Ernst 191
Mahler, Fritz 302
Maiskij, Iwan 106 f.
Malcolm, Sir Neill 57, 60, 63, 65, 106 f.,
226 f.
Maldener, Nikolaus 336
Mann, Erika 71
Mann, Heinrich 32, 39, 70 f., 194, 201, 203,
322 f., 328, 380
Mann, Katharina 71
Mann, James 287
Mann, Klaus 71
Mann, Thomas 26, 39, 71, 201, 202, 235,
271
Manoch (Gendarmeriewachtmeister) 81
Manz 85f.
Marcel, Raoul 57
Marcuse, Ludwig 126
Marguerite, Victor 26
Margulies, Dr. 54
Marlee, Arnold 141

Marx, Karl 15
 Masaryk, Thomas 25, 33, 47, 98, 322
 Maslow, Arkadij 29, 30 f.
 Maslowski, Peter, 328
 Massigli, René 55
 MatuSkova, Helena 132
 Mausbrey, Erich 334
 Mawitz, Luise 335
 McClelland, Roswell, 290
 McCormick, John 287
 McDonald, James 36, 61, 259 f., 271, 300, 311,
 316, 351 f.
 McFadyean, Sir Andrew 220
 Mehring, Walter 211
 Meierhans, Paul 245
 Meissner, Otto 26
 Menne, Bernhard 136 f..
 Mertin, Max 47
 Messel, Rudolph 391 ff.
 Meyer, Charlotte 103
 Meyer, Hertha 84
 Meyer, Peter 185
 Meyerhoff, Otto 203
 Michaelis 57
 Milhaud, Darius 302
 Miller, Irving 382
 Milstein, Nathan 302
 Misch, Carl 194, 201
 Mischler, Richard 29
 Moissi, Alexander 235
 Moley, Raymond 257
 Monte, Hilde 335
 Monteux, Pierre 302
 Moore, John Basset 256
 Morgenthau, Henry 283 f., 286, 289
 Morrison, Herbert 226
 Morse, Arthur D. 120, 122 f., 258, 260, 263,
 277, 283, 284, 289
 Motta, Guisepe 18
 Moutet, Marius 13, 198
 Müller, Hans – siehe Naujocks, Alfred
 Müller (Kriminalbeamter) 200
 Münzenberg, Willi 36 f., 38 f., 40, 84, 194, 201,
 328
 Mundelein (Kardinal) 261
 Mundt 377
 Muschg, Walter 245
 Mussolini, Benito 232, 378
 Napoleon I. 200
 Nathan, Otto 301
 Natonek, Hans 203
 Naujocks, Alfred 95 ff.
 Nedelke 82
 Nelke, Günther 126 ff., 130, 135 f.
 Nelson, Leonhard 38
 Nenni, Pietro 150
 Netti, Paul 302
 Neuhaus, D. 91
 Neumann, Prof. 316
 Neumann, Franz 273
 Neumann, Heinz-Werner 328
 Neumann, Reinhold – siehe Schwabe,
 Reinhold
 Neumann, Siegfried 140
 Neurath, Konstantin Freiherr von 87, 349
 Neuwirth, Simon 335
 Niemeyer 211
 Norden, Heinz 301

 Ochmann, Ernst 78
 Oeri, Albert 245
 Österreich, Ruth 188 f.
 Olberg, Paul 107
 Olberg, Valeria 107
 Olberg, Vladimir 107 f.
 Olden, Balder 29
 Olden, Ika 178
 Olden, Rudolf 29, 47, 71, 178
 Ollenhauer, Erich 201
 Onterholt 335
 Oppenheim 383
 Oppenheimer, Franz 50
 Oppenheimer, J. Robert 303
 Oprecht, Dr. 236
 Ossietzky, Carl von 26, 72, 88, 201, 231
 Osuský, Stefan 55, 57
 Otis, James 272
 Ott, Gustav 85 f.

 Painlevé, Paul 195
 Panofsky, Erwin 300
 Papen, Franz von 26
 Parisius 91
 Paul, Randolph 284 f.
 Paul-Boncour, Joseph 55, 195
 Pauli, Hertha 203

- Peel, Lord 168
 Pehle, John 284 ff., 289
 Pell, Robert 64
 Perlzweig, Maurice 382
 Peroutka, Ferdinand 141, 347
 Pétain, Henri Philippe 199, 203 f., 209, 359
 Peter, Marc 277, 382 ff.
 Petry, Hermann 211, 335
 Petschek 127
 Pfaff, Reinhold 394
 Pfeiff, Georg 335
 Pfemfert, Franz 109
 Piatigorsky, Gregor 302
 Pickthorn, H.W.M. 223 f.
 Pieck, Wilhelm 328
 Pieper – siehe Schwabe, Reinhold
 Pino 172
 Pinthus, Kurt 298
 Pitschowa 205
 Pius XII. 279, 292
 Plässmann, Otto 47
 Plassmann, Wilhelm 47
 Plessner, Monika 295
 Plietz 335
 Pol, Heinz 29, 98 f., 197, 203
 Polgar, Alfred 5, 203, 325
 Poliakoff, Leo 115
 Poliakoff, Wladimir 99 ff.
 Pontiller, Edmund 91
 Pontulla, Richard 335
 Prato, A. 18
 Prietro 202
 Prikryl, Bohumil 141
 Proft, Richard 82
 Pross, Helge 303

 Radziński 55
 Raff, Kurt 335
 Raphael, Dr. 132
 Rapp 335
 Rath, Ernst-Eduard von 112 f.
 Rathbone, Eleanor 226 f., 281
 Rauschnig, Hermann 40
 Razowski, Cecilia 121 f., 259 f.
 Reading, Marquess of 226, 229 f.
 Reams, Robert Borden 278, 279
 Rehberg, Erna 202
 Reik, Theodor 301

 Reissner, Gert 201
 Reissner, Konrad 193, 201
 Reuter, Kurt 335
 Reuther, Ernst 300
 Ribbentrop, Joachim von 40, 125
 Richter, Dr. 85
 Riegner, Gerhard 240, 275 f., 278, 396
 Rinner, Erich 39, 201
 Ripka, Hubert 108
 Rittmeyer, Ludwig 245
 Robinson, Nehemiah 382
 Rodgers, Edith Nourse 261
 Röbisch 335
 Röhm, Ernst 30
 Roesche, Heinz 20
 Rohe, Mies van der 302
 Rohwer, Jürgen 175
 Rolf, Friedrich 335
 Rolland, Romain 26
 Roosevelt, Eleanor 202, 261 f.
 Roosevelt, Franklin Delano 61, 64, 122, 214,
 251 ff., 257, 259, 262, 263, 265 f., 277, 285
 f., 287, 292, 301, 304, 315, 316, 317, 385
 Rosenberg, Werner 315
 Rosenfeld, Kurt 29
 Rosenstock, W. 52
 Rosenthal, Karl 335
 Rothmund, Heinrich 239, 241, 242 ff., 246 f.
 Rothschild, de 157
 Rottenfusser, Willi 47
 Rubinstein, Arthur 302
 Rublee, George 64, 65, 115 f., 260, 317
 Rufer 84
 Ruf, August 335
 Rumbold, Horace 57
 Runciman, Lord 126
 Ruppin, Arthur 150, 315
 Rusch, J.B. 245
 Russo 128
 Rutherford of Nelson, Lord Ernst 57, 299

 Sachs, Kurt 302
 Sagalowitz, Benjamin 276
 Sailer, Hans 203
 Salda, F.X. 34
 Saleck, Dr. 200

Salomon, Berthold 328
 Samuel, Lord 215
 Sander, Wilhelm 34, 77 f.
 Sarraut, Albert 198
 Scelle, George 9
 Schaar 335
 Schacht, Hjalmar 83, 317
 Schaeffer, Hans 62 ff.
 Schaper, Edgar 335
 Scheidemann, Philipp 328
 Schellenberg, Walter 74, 80 f.
 Scherchen, Hermann 302
 Scherpenberg, Hilger van 83
 Scheuer, Phillip 335
 Scheuermann, Dr. 200
 Schiller, Friedrich von 67
 Schlamm, Willi 37, 98 f.
 Schmidt, Erich 202
 Schmidt, Joseph 246
 Schmidt, Paul 125
 Schmieder 335
 Schmolka, Marie 31, 42, 54, 131, 133, 135,
 136 f., 141, 347
 Schmolz 101
 Schnabel, Arthur 302
 Schneeberger, Michael 335
 Schneider (Kriminalbeamter) 200
 Schnog, Karl 71
 Schönberner, Franz 196, 231, 372 ff.
 Schönfeld, Hilde 202
 Schönfeld, Otto 202
 Schönherr, Fritz 333 f.
 Schrader, Wilhelm 33, 72
 Schreiber, Alfred 335
 Schroeder, Gustav 121 ff.
 Schubert 335
 Schubert, Gert – siehe Götsch, Werner
 Schüle, Ernst 94, 97
 Schütz, Eberhard 105
 Schütz, Otto 138
 Schulz, Gottfried Herbert 79
 Schwabe, Reinhold 77
 Schwartz, Levi 172, 174
 Schwartz, Philipp 299
 Schwarz, Solomon M. 187
 Schwarzschild, Leopold 45, 98, 100, 103,
 201, 203, 328
 Schweitzer, Albert 247
 Seger, Gerhart H. 73, 270
 Seidenfaden, Johannes 75
 Sekanina, Dr. 141
 Selbach, Walter 335
 Serkin, Rudolf 302
 Seydewitz, Max 29, 35
 Sforza, Graf Carlo 150
 Shaw, Sir Walter 166
 Shind, Zeev 172
 Sievers, Max 328, 336
 Silverman, Sidney 276
 Simon, Ernst 163
 Simon, Hugo 38, 100
 Simon, Sir John 61
 Simpson, Sir John Hope 166, 193, 216
 Sirots, Dr. 185
 Sirovich, William I. 154
 Skavlen 373
 Smith (Reverend) 143
 Smith, Alfred E. 257, 258
 Sollmann, Wilhelm 38, 71
 Sonderegger, René 80
 Spellman, Francis 292
 Spielmann – siehe Schwabe, Reinhold
 Springer, Axel Cäsar 98
 Stalin, Josef W. 186, 197, 344
 Stampfer, Friedrich 201, 203, 328
 Starke, 336
 Stassova, Helena 105
 Staudinger, Else 294
 Stead, Wickham 84
 Steffelbauer, Kurt 336
 Steiger, Eduard v. 19, 235, 239, 242, 244
 Stein, Brigitte 241
 Stein, Renate 241 f.
 Steinberg, J. 160
 Steinhardt, Lawrence 288
 Steinke 16
 Steinschneider, Adolf 336
 Stern, Isaac 302
 Stern, Joseph Luitpold 203
 Sternberg, Fritz 273
 Sternfeld, Wilhelm 99
 Stettinius, Edward R. 286
 Stimson, Henry 286, 301
 Stoeve, Else 79
 Stone, Martin 214
 Strasser, Otto 29, 31, 39, 75 f., 92, 95

Strauss, Emil 141
 Stresemann Gustav 71
 Streicher, Julius 326
 Strunsky, Sheba 213, 291
 Studnitz, von 200
 Sturz, Louis 382
 Sündermann 384
 Sutro, Nettie 189, 237, 247
 Swarzenski, Hans 302
 Sylt, Raoul 10
 Szell, George 302
 Szigetti, Joseph 302
 Szilard, Leo 299, 301

Tabouis, Genevieve 39
 Tarnow, Fritz 231
 Tartakower, Arieh 7, 62 f., 120, 168, 282,
 382 ff.
 Taub, Siegfried 33, 333
 Taylor, Myron C. 61, 62, 64, 262, 263, 279,
 316
 Teller, Edward 301
 Thormann, Werner 201
 Thron 336
 Thyssen, Fritz 211
 Tiedemann, Eva 99
 Tillich, Paul 299
 Toch, Ernst 302
 Toller [Pseud.] 73
 Toller, Ernst 26, 73, 328
 Torberg, Friedrich 203
 Toscanini, Arturo 299, 302
 Traub, Michael 315
 Traven, B. 27
 Travers, Howard K. 278
 Treviranus, Hans von 40
 Troper, Morris 119, 123 f.
 Trujillo, Raphael 156 f.
 Truman, Harry S. 305, 307
 Tucholsky, Kurt 26, 70, 213, 235, 328
 Türkisdier Dr. 141
 Turra, Frau 336

Uhl, Alexander H. 281
 Ulbich 336
 Ullstein, Franz 100
 Unruh, Fritz von 201
 Uris, Leon 307

Veldmann 336
 Viertel, Berthold 118
 Vitrichowa, Anna 92 f.
 Vogel, Hans 201
 Vogt, Franz 336
 Vogt, Paul 242, 245
 Voigt, F.A. 61
 Voltaire, François Marie Arouet 200
 Voska (Kapitän) 44

Wachsmann – siehe Weiss, Bernhard
 Wagner 78
 Wagner, Robert F. 260, 262, 263
 Wagner, Wilhelm 201, 203
 Walcher, Jacob 201 f.
 Wallenberg, Raoul 292, 387 f., 389 f.
 Walter, Bruno 302
 Walther, Heinrich 245
 Walz, Hugo 336
 Warren, Abra M. 253
 Warren, George L. 202, 270, 316
 Waterman-Wise, James 382
 Watz, Rita 108 f., 137
 Weber, Willi 205
 Wedgwood 221
 Weill, Kurt 302
 Weinberger, Martin 302
 Weise 336
 Weismann, Robert 328
 Weiss, Bernhard 29 f., 215, 328
 Weiss, Manfred 389
 Weitzmann, Kurt 302
 Weizmann, Chaim 93, 166
 Welles, Sumner 262, 263, 276, 279, 284
 Wells, H.G. 220
 Wels, Otto 328
 Weltsch, Felix 138
 Weltsch, Robert 162
 Werfel, Franz 39, 203, 380
 Werner, Alfred 229
 Werthauer, Johann 328
 Wesemann, Hans 83 ff.
 West, H. 340 ff., 343 ff.
 White, William Allen 261
 Wichmann 200
 Wickel, Heinz 273
 Wiesner (Polizeibeamter) 142
 Wigner, Eugene 301

Wildnagel 336
Wilk, Gerhard H. 21
Willkommen, E.H. 81
Wilson, Woodrow 265
Winant, John G. 289
Winterton, Lord 160, 316, 317
Wise, Jonah B. 315
Wise, Stephen S. 93, 276, 282, 284, 382
Wohlers, Werner 336
Wohlfahrt, Herbert 317
Wolf, Viktor 79
Wolff, Fritz 100,103
Wolff, Humbert 102
Wolff, Theodor 211
Wollenberg, Erich 105
Wollenberg, Otto 130, 134 f., 148
Woolcott, Alexander 262
Worringer, Miss 135

Wulf, Josef 115
Wymon, David S. 265
Wyspeck (Gendarm) 81

Zaugg, Otto 238
Zeissig, Margarete 141
Zerbe, Karl 302
Zielenziger, Kurt 150
Zielke 336
Zimmermann, Otto 137
Zirker, Hans 92 f.
Zischka, Rudolf 94
Zucker, Hermann 48, 107
Zucker, Tilly 48
Zuckerman, Baruch 382
Zuckmayer, Carl 39
Zwehl, Hans von 29
Zweig, Friderike 203

Inhalt

Vorwort	7
1. Das ungeschriebene Asylrecht	9
2. Die politischen Flüchtlinge	25
3. Zufluchtsland Tschechoslowakei	41
4. Die jüdischen Flüchtlinge	49
5. Der Völkerbund und die Hitler-Flüchtlinge	54
6. Die Hoffnung auf Evian	61
7. Der braune Arm greift über die Grenze	67
8. Die Affäre um das «Pariser Tageblatt»	98
9. Die Kommunisten und das Asylrecht	105
10. November 1938	111
11. Die Irrfahrt der St. Louis	118
12. München 1938 – Prag 1939	125
13. Verschlussene Tore – verschlossene Herzen	150
14. Der Krieg und die Flüchtlinge	177
15. Hilfe aus USA?	251
16. Bermuda Konferenz	275
17. Der War Refugee Board	282
18. Der Auszug des Geistes	293
19. Nach dem 8. Mai 1945	304
Nachwort	311
<i>Anhang</i>	
Dokumente	315
Namenregister	399